

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Nachdruck der Ausgabe Berlin 1951.

Die vorliegende deutsche Übersetzung wurde nach der russischen Auflage von 1944 neu überprüft. Bei den aus früher erschienenen deutschen Ausgaben der Werke Lenins und Stalins entlehnten Zitaten ist in vorliegendem Buch die Übersetzung nach dem russischen Originaltext neu überprüft und in berichtigter Fassung gegeben worden. Die Quellenangabe Lenin, Ausgew. Werke, bezieht sich auf die 12-bändige Ausgabe, Moskau 1934; die 2-bändige Ausgabe, Moskau 1946 bzw. 1947, ist zitiert: Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden.

Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Postfach 10 20 51
D-63020 Offenbach
www.verlag-benario-baum
1. Auflage 2012
ISBN 978-3-86589-091-17

Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) – Kurzer Lehrgang

Unter Redaktion einer Kommission
des Zentralkomitees der KPdSU(B)

Gebilligt vom Zentralkomitee der KPdSU(B) 1938

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

EINLEITUNG

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) hat den langen und ruhmvollen Weg von den ersten kleinen marxistischen Zirkeln und Gruppen, die in Rußland in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden, bis zu der großen Partei der Bolschewiki zurückgelegt, die heute den ersten sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt leitet.

Die KPdSU (B) wuchs auf der Grundlage der Arbeiterbewegung des vorrevolutionären Rußland aus den marxistischen Zirkeln und Gruppen hervor, die sich mit der Arbeiterbewegung verbanden und sozialistisches Bewußtsein in sie hineintrugen. Die Richtschnur der KPdSU (B) war und ist die revolutionäre Lehre des Marxismus-Leninismus. Ihre Führer haben in den neuen Verhältnissen der Epoche des Imperialismus, der imperialistischen Kriege und proletarischen Revolutionen die Lehre von Marx und Engels weiterentwickelt, sie auf eine neue Stufe gehoben.

Die KPdSU (B) wuchs und erstarkte im prinzipiellen Kampf gegen die kleinbürgerlichen Parteien innerhalb der Arbeiterbewegung — die Sozialrevolutionäre (und früher noch gegen deren Vorläufer, die Volkstümmler), die Menschewiki, Anarchisten, bürgerlichen Nationalisten aller Spielarten, und innerhalb der Partei gegen die menschevistischen, opportunistischen Strömungen — die Trotzkiisten, Bucharinleute, Vertreter nationalistischer Abweichungen und andere antileninistische Gruppen.

Die KPdSU (B) festigte und stählte sich im revolutionären Kampf gegen alle Feinde der Arbeiterklasse, gegen alle Feinde der Werktätigen — die Gutsbesitzer, Kapitalisten, Kulaken, Schädlinge, Spione, gegen alle Söldlinge der kapitalistischen Umwelt.

Die Geschichte der KPdSU (B) ist die Geschichte dreier Revolutionen: der bürgerlich-demokratischen Revolution vom Jahre 1905, der bürgerlich-demokratischen Revolution vom Februar 1917 und der sozialistischen Revolution vom Oktober 1917.

Die Geschichte der KPdSU(B) ist die Geschichte des Sturzes des Zarismus, des Sturzes der Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten, die Geschichte der Zerschmetterung der auswärtigen bewaffneten Intervention während des Bürgerkrieges, die Geschichte des Aufbaus des Sowjetstaates und der sozialistischen Gesellschaft in unserem Lande.

Das Studium der Geschichte der KPdSU(B) bereichert uns mit den Erfahrungen des Kampfes der Arbeiter und Bauern unseres Landes für den Sozialismus.

Das Studium der Geschichte der KPdSU(B), das Studium der Geschichte des Kampfes unserer Partei gegen alle Feinde des Marxismus-Leninismus, gegen alle Feinde der Werktätigen, hilft uns, *den Bolschewismus zu meistern*, erhöht die politische Wachsamkeit.

Das Studium der heroischen Geschichte der bolschewistischen Partei wappnet uns mit der Kenntnis der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und des politischen Kampfes, mit der Kenntnis der Triebkräfte der Revolution.

Das Studium der Geschichte der KPdSU(B) stärkt die Zuversicht in den endgültigen Sieg des großen Werkes der Partei Lenins-Stalins, in den Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt.

Dieses Buch gibt eine kurze Darlegung der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki).

KAPITEL I

Der Kampf für die Schaffung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Rußland (1883—1901)

1

Die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Entwicklung des industriellen Kapitalismus in Rußland · Das Aufkommen des modernen Industrieproletariats · Die ersten Schritte der Arbeiterbewegung

Das zaristische Rußland beschritt später als andere Länder den Weg der kapitalistischen Entwicklung. Bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gab es in Rußland sehr wenige Fabriken und Werke. Vorherrschend war die auf Leibeigenschaft beruhende Wirtschaft der adligen Gutsbesitzer. Unter dem System der Leibeigenschaft konnte sich die Industrie nicht richtig entfalten. Die unfreie Arbeit der Leibeigenen ergab eine niedrige Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft. Der gesamte Verlauf der ökonomischen Entwicklung drängte zur Abschaffung der Leibeigenschaft. Die zaristische Regierung, geschwächt durch die militärische Niederlage im Krimkrieg und erschreckt durch die „Rebellionen“ der Bauern gegen die Gutsbesitzer, sah sich gezwungen, die Leibeigenschaft im Jahre 1861 aufzuheben.

Aber auch nach Aufhebung der Leibeigenschaft fuhren die Gutsbesitzer fort, die Bauern zu unterdrücken. Die Gutsbesitzer beraubten die Bauern, indem sie ihnen bei der „Befreiung“ einen beträchtlichen Teil des Bodens, den die Bauern vorher in Nutzung hatten, wegnahmen, „abschnitten“. Dieser Teil des Bodens wurde von den Bauern „Otreski“ (Boden„abschnitte“) genannt. Die Bauern wurden gezwungen, den Gutsbesitzern Ablösegeder für ihre „Befreiung“ — ungefähr zwei Milliarden Rubel — zu zahlen.

Nach Aufhebung der Leibeigenschaft waren die Bauern gezwungen, bei den Gutsbesitzern zu den schwersten Bedingungen Land zu pachten. Der Gutsherr zwang die Bauern nicht selten, für die Pacht außer der Leistung einer Geldzahlung eine bestimmte Fläche des Gutsherrnlandes mit ihren eigenen Ackergeräten und Pferden unentgeltlich zu bearbeiten. Das wurde „Otrabotki“ (Abarbeit) und „Barschtschina“

(Frondienst) genannt. Am häufigsten wurde der Bauer gezwungen, die Bodenpacht an den Gutsherrn in Naturalleistungen zu entrichten, und zwar im Ausmaße des halben Ernteertrages. Das wurde „Ispolu“-Arbeit (Halbpacht) genannt.

Auf diese Weise blieben fast die gleichen Zustände wie unter der Leibeigenschaft bestehen, nur mit dem Unterschied, daß der Bauer jetzt persönlich frei war, daß man ihn nicht wie eine Sache kaufen oder verkaufen konnte.

Die Gutsbesitzer preßten mit verschiedenen räuberischen Mitteln (Pacht, Strafen) die letzten Säfte aus der rückständigen Bauernwirtschaft heraus. Unter dem Joch der Gutsbesitzer konnte die große Masse der Bauernschaft ihre Wirtschaft nicht verbessern. Daher die äußerste Rückständigkeit der Landwirtschaft im vorrevolutionären Rußland, die zu häufigen Mißernten und Hungersnöten führte.

Die Überreste der Leibeigenenwirtschaft, die ungeheuren Abgaben und Ablöse Gelder an die Gutsbesitzer, die den Ertrag der Bauernwirtschaft nicht selten überstiegen, verursachten den Ruin, die Verelendung der Bauernmassen, zwangen die Bauern, auf der Suche nach Verdienst das Dorf zu verlassen. Sie gingen in die Fabriken und Werke. Die Fabrikanten erhielten billige Arbeitskräfte.

Über den Arbeitern und Bauern stand ein ganzes Heer von Polizeihauptleuten, Wachtmeistern, Gendarmen, Polizisten, Landjägern, die den Zaren, die Kapitalisten und Gutsbesitzer gegen die Werktätigen, gegen die Ausgebeuteten schützten. Bis zum Jahre 1903 bestand die Prügelstrafe. Trotz Aufhebung der Leibeigenschaft wurden die Bauern für die geringsten Vergehen, für die Nichtzahlung von Abgaben, mit Ruten gepeitscht. Die Arbeiter wurden von Polizei und Kosaken geprügelt, besonders während der Streiks, wenn die Arbeiter, weil sie die Bedrückung durch die Fabrikanten nicht mehr aushielten, die Arbeit einstellten. Die Arbeiter und Bauern hatten im zaristischen Rußland keinerlei politische Rechte. Die zaristische Selbstherrschaft war der schlimmste Feind des Volkes.

Das zaristische Rußland war ein Völkergefängnis. Die zahlreichen nichtrussischen Völkerschaften des zaristischen Rußland waren völlig rechtlos und ständig allen erdenklichen Erniedrigungen und Beleidigungen ausgesetzt. Die zaristische Regierung suchte der russischen Bevölkerung beizubringen, die einheimischen Völkerschaften der nationalen Gebiete als niedere Rasse zu betrachten, nannte sie offiziell

„Fremdstämmige“, suchte Haß und Verachtung gegen sie großzuzüchten. Die zaristische Regierung entfachte bewußt den nationalen Hader, hetzte ein Volk gegen das andere, organisierte Judenpogrome, tatarisch-armenische Massaker in Transkaukasien.

In den nationalen Gebieten waren alle oder fast alle Staatsämter mit russischen Beamten besetzt. Vor den Behörden und vor Gericht wurden alle Angelegenheiten in russischer Sprache verhandelt. Es war verboten, Zeitungen und Bücher in den nationalen Sprachen herauszugeben, in den Schulen war der Unterricht in der Muttersprache untersagt. Die zaristische Regierung war bestrebt, jede Regung nationaler Kultur zu ersticken, sie betrieb eine Politik gewaltsamer „Russifizierung“ der nichtrussischen Nationalitäten. Der Zarismus trat als Henker und Peiniger der nichtrussischen Völker auf.

Nach Aufhebung der Leibeigenschaft ging die Entwicklung des industriellen Kapitalismus in Rußland ziemlich schnell vor sich, trotz der Überreste der Leibeigenschaft, die diese Entwicklung noch hemmten. In 25 Jahren, von 1865 bis 1890, stieg die Zahl der Arbeiter allein in den großen Fabriken, Werken und an den Eisenbahnen von 706 000 auf 1 433 000, das heißt auf mehr als das Doppelte.

Noch schneller begann sich die kapitalistische Großindustrie in Rußland in den neunziger Jahren zu entwickeln. Gegen Ende der neunziger Jahre war die Zahl der Arbeiter in den großen Fabriken und Werken, im Bergbau und an der Eisenbahn allein in 50 Gouvernements des europäischen Rußland auf 2 207 000 und in ganz Rußland auf 2 792 000 angewachsen.

Das war ein modernes Industrieproletariat, das sich von den Arbeitern der Fabriken der Leibeigenschaftsperiode und von den Arbeitern des kleinen, handwerklichen und jeglichen anderen Gewerbes von Grund aus unterschied, sowohl durch seine Zusammenballung in großen kapitalistischen Betrieben wie durch seine kämpferischen, revolutionären Eigenschaften.

Der industrielle Aufschwung der neunziger Jahre hing in erster Linie mit dem verstärkten Eisenbahnbau zusammen. In einem Jahrzehnt, von 1890 bis 1900, wurden mehr als 21 000 Werst¹ neuer Eisenbahnlinien erbaut. Die Eisenbahnen erforderten eine riesige Menge Metall (für Schienen, Lokomotiven, Waggons), erforderten

¹ 1 Werst = 1,067 km. *Die Red.*

immer mehr Heizmaterial, Steinkohle und Erdöl. Das führte zur Entwicklung des Hüttenwesens und der Brennstoffindustrie.

Wie in allen anderen kapitalistischen Ländern, so wurden auch im vorrevolutionären Rußland die Jahre des Industrieaufschwungs durch Jahre der Industriekrisen, des Stillstands der Industrie abgelöst, die die Arbeiterklasse schwer trafen, hunderttausende Arbeiter zu Arbeitslosigkeit und Elend verurteilten.

Wenngleich die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland nach Aufhebung der Leibeigenschaft ziemlich schnell vonstatten ging, so blieb Rußland dennoch in seiner ökonomischen Entwicklung hinter den anderen kapitalistischen Ländern sehr zurück. Die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung war noch in der Landwirtschaft beschäftigt. In seinem berühmten Buche „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ führte Lenin aus den Ergebnissen der allgemeinen Volkszählung von 1897 wichtige Daten an. Es erwies sich, daß ungefähr fünf Sechstel der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt waren, während in der Groß- und Kleinindustrie, im Handel, im Eisenbahnverkehr und in der Schifffahrt, im Bauwesen, in der Holzgewinnung und so weiter insgesamt nur ungefähr ein Sechstel der Bevölkerung tätig war.

Das zeigt, daß Rußland, obwohl sich im Lande der Kapitalismus entwickelte, ein Agrarland war, ein in ökonomischer Hinsicht rückständiges, kleinbürgerliches Land, das heißt ein Land, in dem noch die auf Kleinbesitz beruhende, wenig produktive Einzelbauernwirtschaft vorherrschte.

Die Entwicklung des Kapitalismus ging nicht nur in der Stadt, sondern auch im Dorfe vor sich. Die Bauernschaft, die zahlenmäßig stärkste Klasse des vorrevolutionären Rußland, zerfiel, differenzierte sich. Im Dorfe bildete sich aus den wohlhabendsten Bauern eine kulakische Oberschicht heraus, die Dorfbourgeoisie, während andererseits viele Bauern ruiniert wurden, die Zahl der zur Dorfarmut gehörenden Bauern, der Dorfproletarier und Halbproletarier, sich vergrößerte. Die Zahl der Mittelbauern hingegen verringerte sich von Jahr zu Jahr.

Im Jahre 1903 wurden in Rußland ungefähr 10 Millionen Bauernhöfe gezählt. In seiner Broschüre „An die Dorfarmut“ errechnete Lenin, daß nicht weniger als dreieinhalb Millionen dieser Höfe Bauern gehörten, die *kein Pferd* hatten. Diese ärmsten Bauern bebauten gewöhnlich einen kärglichen Landfetzen, überließen das übrige Land den

Kulaken und gingen selbst auf die Suche nach Verdienst. Ihrer Lage nach standen die ärmsten Bauern dem Proletariat am nächsten. Lenin nannte sie Dorfproletarier oder Halbproletarier.

Andererseits hatten die eineinhalb Millionen reicher, kulakischer Bauernhöfe (bei einer Gesamtzahl von 10 Millionen Bauernhöfen) die Hälfte der gesamten bäuerlichen Aussaatfläche an sich gerissen. Diese bäuerliche Bourgeoisie wurde reich, indem sie die arme Bauernschaft und die Mittelbauern bedrängte, sich an der Arbeit der Landarbeiter und Tagelöhner mästete und sich in landwirtschaftliche Kapitalisten verwandelte.

Schon in den siebziger Jahren und besonders in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begann die Arbeiterklasse in Rußland zu erwachen und den Kampf gegen die Kapitalisten zu führen. Die Lage der Arbeiter im zaristischen Rußland war außergewöhnlich schwer. In den achtziger Jahren betrug der Arbeitstag in den Fabriken und Betrieben nie weniger als 12½ Stunden, in der Textilindustrie aber erreichte er 14 bis 15 Stunden. Weit verbreitet war die Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit. Die Kinder arbeiteten ebenso viele Stunden wie die Erwachsenen, erhielten aber, ebenso wie die Frauen, bedeutend weniger Lohn. Die Arbeitslöhne waren maßlos niedrig. Der größte Teil der Arbeiter erhielt 7 bis 8 Rubel im Monat. Die höchstbezahlten Arbeiter in den metallverarbeitenden und Gießereibetrieben verdienten nicht mehr als 35 Rubel im Monat. Es gab keinerlei Arbeitsschutz, was massenhaft Verstümmelungen und tödliche Unfälle unter den Arbeitern zur Folge hatte. Es gab keine Arbeiterversicherung; ärztliche Hilfe wurde nur gegen Bezahlung gewährt. Außergewöhnlich drückend waren die Wohnungsverhältnisse. In den Arbeiterkasernen wohnten die Arbeiter in winzigen „Kammern“ zu 10 und 12 Menschen zusammengepfercht. Die Fabrikanten betrogen die Arbeiter häufig bei den Lohnberechnungen, zwangen sie, die Lebensmittel in den Betriebsläden zu hochgeschraubten Preisen zu kaufen, plünderten sie durch Geldstrafen aus.

Die Arbeiter begannen, sich untereinander zu verabreden und gemeinsam dem Besitzer der Fabrik oder des Betriebes Forderungen zwecks Verbesserung ihrer unerträglichen Lage zu stellen. Sie warfen die Arbeit hin, das heißt sie traten in den Streik, den Ausstand. Die ersten Streiks der siebziger und achtziger Jahre entstanden gewöhnlich wegen der maßlosen Strafen, der Prellerei, des Betrages

bei der Lohnzahlung an die Arbeiter und wegen der Kürzung der Lohnsätze.

Die Arbeiter, denen die Geduld riß, hatten während der ersten Streiks zuweilen Maschinen zerschlagen, Fenster in den Fabrikgebäuden eingeworfen, Fabrikläden und Kontore zertrümmert.

Die fortgeschrittenen Arbeiter kamen zu der Einsicht, daß für den erfolgreichen Kampf gegen die Kapitalisten eine Organisation notwendig sei. Arbeiterbünde begannen zu entstehen.

Im Jahre 1875 wurde in Odessa der „Südrussische Arbeiterbund“ organisiert. Diese erste Arbeiterorganisation bestand acht bis neun Monate und wurde dann von der zaristischen Regierung zerschlagen.

In Petersburg wurde im Jahre 1878 der „Nordbund russischer Arbeiter“ organisiert, an dessen Spitze der Tischler Chalturin und der Schlosser Obnorski standen. Im Programm dieses Bundes hieß es, daß er sich in seinen Aufgaben an die sozialdemokratischen Arbeiterparteien des Westens anlehne. Als Endziel setzte sich der Bund die Durchführung der sozialistischen Revolution, — „den Sturz der bestehenden politischen und ökonomischen Ordnung des Staates, als einer äußerst ungerechten Ordnung“. Einer der Organisatoren des Bundes, Obnorski, hatte einige Zeit im Ausland gelebt und sich dort mit der Tätigkeit der marxistischen sozialdemokratischen Parteien und der von Marx geleiteten Ersten Internationale bekannt gemacht. Das drückte dem Programm des „Nordbundes russischer Arbeiter“ seinen Stempel auf. Zur unmittelbaren Aufgabe setzte sich dieser Bund die Er kämpfung politischer Freiheit und politischer Rechte für das Volk (Rede- und Pressefreiheit, Versammlungsrecht usw.). Zu den unmittelbaren Forderungen gehörte auch die Begrenzung des Arbeitstages.

Die Mitgliederzahl des Bundes erreichte 200, und er hatte ebensoviel Sympathisierende. Der Bund begann an den Arbeiterstreiks teilzunehmen und leitete sie. Die zaristische Regierung zertrümmerte auch diesen Arbeiterbund.

Die Arbeiterbewegung wuchs jedoch weiter, erfaßte immer neue und neue Gebiete. Die achtziger Jahre brachten eine große Zahl von Streiks. In einem Jahrzehnt (1881 bis 1886) gab es mehr als 48 Streiks mit 80 000 streikenden Arbeitern.

Besonders große Bedeutung in der Geschichte der revolutionären Bewegung hatte der große Streik, der im Jahre 1885 in der Fabrik von Morosow in Orechowo-Sujewo ausbrach.

In dieser Fabrik arbeiteten ungefähr 8000 Arbeiter. Die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich von Tag zu Tag: in der Zeit von 1882 bis 1884 wurde der Arbeitslohn fünfmal herabgesetzt, wobei im Jahre 1884 die Lohnsätze gleich um ein Viertel, das heißt um 25 Prozent, gesenkt wurden. Außerdem drangsalierte der Fabrikant Morosow die Arbeiter durch Strafen. Wie sich nach dem Streik vor Gericht herausstellte, wurden dem Arbeiter von jedem verdienten Rubel in Form von Geldstrafen 30 bis 50 Kopeken zugunsten des Fabrikanten abgezogen. Die Arbeiter ertrugen diese Ausplünderung nicht länger und begannen im Januar 1885 den Streik. Der Streik war vorher organisiert worden. Er wurde von dem fortgeschrittenen Arbeiter Peter Moissejenko geleitet, der früher Mitglied des „Nordbundes russischer Arbeiter“ gewesen war und schon revolutionäre Erfahrung hatte. Am Vorabend des Streiks arbeitete Moissejenko gemeinsam mit anderen besonders klassenbewußten Webern eine Reihe von Forderungen an den Fabrikanten aus, die in einer geheimen Beratung der Arbeiter bestätigt wurden. Vor allem forderten die Arbeiter die Abschaffung der räuberischen Geldstrafen.

Dieser Streik wurde mit Waffengewalt niedergeworfen. Über 600 Arbeiter wurden verhaftet, einige Dutzend von ihnen vor Gericht gestellt.

Ähnliche Streiks fanden im Jahre 1885 in den Fabriken von Iwanowo-Wosnessensk statt.

Erschreckt durch das Wachstum der Arbeiterbewegung, sah sich die zaristische Regierung im folgenden Jahre gezwungen, ein Gesetz über die Geldstrafen herauszugeben. In diesem Gesetz hieß es, daß die Straf gelder nicht in die Taschen des Fabrikanten fließen, sondern für Bedürfnisse der Arbeiter selbst verwendet werden sollen.

Aus den Erfahrungen des Streiks bei Morosow und anderer Streiks lernten die Arbeiter, daß sie durch organisierten Kampf viel erreichen können. Aus den Reihen der Arbeiterbewegung gingen fähige Führer und Organisatoren hervor, die die Interessen der Arbeiterklasse standhaft verteidigten.

Gleichzeitig begannen in Rußland auf dem Boden der wachsenden Arbeiterbewegung und unter dem Einfluß der westeuropäischen Arbeiterbewegung die ersten marxistischen Organisationen zu entstehen.

Die Volkstümlerrichtung und der Marxismus in Rußland · Plechanow und seine Gruppe „Befreiung der Arbeit“ · Der Kampf Plechanows gegen die Volkstümlerrichtung · Die Ausbreitung des Marxismus in Rußland

Vor der Entstehung marxistischer Gruppen wurde die revolutionäre Arbeit in Rußland von den Volkstümlern (Narodniki) geführt, die Gegner des Marxismus waren.

Die erste russische marxistische Gruppe entstand im Jahre 1885. Dies war die Gruppe „Befreiung der Arbeit“, von G. W. Plechanow im Auslande, in Genf, organisiert, wohin er ausgereist war, um sich den Verfolgungen der zaristischen Regierung wegen revolutionärer Tätigkeit zu entziehen.

Plechanow war vorher selbst Volkstümler gewesen. Als er sich in der Emigration mit dem Marxismus vertraut gemacht hatte, brach er mit der Volkstümlerrichtung und wurde zu einem hervorragenden Propagandisten des Marxismus.

Die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ leistete eine große Arbeit für die Verbreitung des Marxismus in Rußland. Sie übersetzte Arbeiten von Marx und Engels ins Russische: „Manifest der Kommunistischen Partei“, „Lohnarbeit und Kapital“, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ und andere, druckte sie im Ausland und begann sie geheim in Rußland zu verbreiten. G. W. Plechanow, Sassulitsch, Axelrod und andere Teilnehmer dieser Gruppe schrieben auch eine Reihe von Arbeiten, in denen sie die Lehre von Marx und Engels erläuterten, die Ideen des *wissenschaftlichen Sozialismus* darlegten.

Marx und Engels, die großen Lehrer des Proletariats, erklärten als erste — im Gegensatz zu den utopischen Sozialisten —, daß der Sozialismus keine Erfindung von Träumern (Utopisten) sei, sondern das notwendige Resultat der Entwicklung der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Sie zeigten, daß die kapitalistische Ordnung ebenso stürzen werde, wie die Feudalordnung gestürzt ist, daß der Kapitalismus im Proletariat seinen eigenen Totengräber selbst hervorbringe. Sie zeigten, daß nur der Klassenkampf des Proletariats, nur der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie die Menschheit vom Kapitalismus, von der Ausbeutung befreien werde.

Marx und Engels lehrten das Proletariat, sich seiner Kräfte bewußt zu werden, seine Klasseninteressen zu erkennen und sich zum entschiedenen Kampf gegen die Bourgeoisie zu vereinigen. Marx und Engels deckten die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft auf und wiesen wissenschaftlich nach, daß die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und der Klassenkampf in ihr unvermeidlich zum Sturz des Kapitalismus, zum Siege des Proletariats, zur *Diktatur des Proletariats* führen müssen.

Marx und Engels lehrten, daß es unmöglich sei, sich auf friedlichem Wege von der Herrschaft des Kapitals zu befreien und das kapitalistische Eigentum in gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln, daß die Arbeiterklasse dies nur erreichen könne durch Anwendung der revolutionären Gewalt gegen die Bourgeoisie, durch die *proletarische Revolution*, durch die Errichtung ihrer politischen Herrschaft, der Diktatur des Proletariats, die den Widerstand der Ausbeuter brechen und eine neue, klassenlose, kommunistische Gesellschaft aufbauen muß.

Marx und Engels lehrten, daß das Industrieproletariat die revolutionärste und deshalb die fortschrittlichste Klasse der kapitalistischen Gesellschaft sei, daß nur eine Klasse wie das Proletariat alle mit dem Kapitalismus unzufriedenen Kräfte um sich sammeln und sie zum Sturm gegen den Kapitalismus führen könne. Um aber die alte Welt zu besiegen und die neue, klassenlose Gesellschaft aufzubauen, muß das Proletariat seine eigene Arbeiterpartei haben, die Marx und Engels Kommunistische Partei nannten.

An der Verbreitung der Auffassungen von Marx und Engels arbeitete nun die erste russische marxistische Gruppe, die Plechanowsche Gruppe „Befreiung der Arbeit“.

Die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ erhob das Banner des Marxismus in der russischen Auslandspresse zu einem Zeitpunkt, da es eine sozialdemokratische Bewegung in Rußland noch nicht gab. Es war vor allem notwendig, dieser Bewegung theoretisch, ideologisch den Weg zu bahnen. Das wichtigste ideologische Hindernis auf dem Wege der Verbreitung des Marxismus und der sozialdemokratischen Bewegung waren zu jener Zeit die Ansichten der Volkstümler, die damals unter den fortgeschrittenen Arbeitern und der revolutionär gestimmten Intelligenz vorherrschten.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland wurde die Arbeiterklasse zu einer mächtigen fortschrittlichen Kraft, fähig zum

organisierten revolutionären Kampf. Die Volkstümpler verstanden jedoch die führende Rolle der Arbeiterklasse nicht. Die russischen Volkstümpler glaubten irrigerweise, daß die revolutionäre Hauptkraft nicht die Arbeiterklasse, sondern die Bauernschaft sei, daß die Macht des Zaren und der Gutsbesitzer allein durch die „Rebellionen“ der Bauern gestürzt werden könne. Die Volkstümpler kannten die Arbeiterklasse nicht und begriffen nicht, daß ohne das Bündnis mit der Arbeiterklasse und ohne deren Führung die Bauern allein den Zarismus und die Gutsbesitzer nicht besiegen können. Die Volkstümpler begriffen nicht, daß die Arbeiterklasse die revolutionärste und fortgeschrittenste Klasse der Gesellschaft ist.

Die Volkstümpler versuchten anfangs, die Bauern zum Kampf gegen die zaristische Regierung aufzurütteln. Zu diesem Zwecke ging die revolutionäre intellektuelle Jugend in Bauerntracht gekleidet ins Dorf, „ins Volk“, wie man damals sagte. Daher stammt auch die Bezeichnung „Volkstümpler“. Aber die Bauernschaft folgte ihnen nicht, da sie auch die Bauern nicht richtig kannten und verstanden. Der größte Teil der Volkstümpler wurde von der Polizei verhaftet. Da beschlossen die Volkstümpler, den Kampf gegen die zaristische Selbstherrschaft allein, mit eigenen Kräften, ohne das Volk fortzusetzen, was zu noch ernstern Fehlern führte.

Der Geheimbund der Volkstümpler, der „Volkswille“ („Narodnaja Wolja“), bereitete ein Attentat auf den Zaren vor. Am 1. März (13. März neuen Stils) 1881 gelang es den Mitgliedern dieses Geheimbundes (den „Narodowolzen“), den Zaren Alexander II. durch Bombenwurf zu töten. Das brachte jedoch dem Volke keinerlei Nutzen. Durch die Tötung einzelner Personen konnte die zaristische Selbstherrschaft nicht gestürzt, die Klasse der Gutsbesitzer nicht vernichtet werden. An die Stelle des getöteten Zaren trat ein anderer, Alexander III., unter dem das Leben der Arbeiter und Bauern noch schlechter wurde.

Der von den Volkstümplern gewählte Weg des Kampfes gegen den Zarismus durch einzelne Attentate, durch den individuellen Terror war irrig und für die Revolution schädlich. Die Politik des individuellen Terrors entsprang der falschen Theorie der Volkstümpler von den aktiven „Helden“ und dem passiven „Haufen“, der von den „Helden“ Großtaten erwartet. Diese falsche Theorie besagte, daß nur einzelne hervorragende Persönlichkeiten die Geschichte machen, die Masse jedoch, das Volk, die Klasse, der „Haufe“, wie sich die volkstümple-

rischen Schriftsteller verächtlich ausdrückten, zu bewußten organisierten Handlungen nicht fähig sei, daß sie den „Helden“ nur blindlings folgen könne. Deshalb verzichteten die Volkstümpler auf die revolutionäre Massenarbeit unter der Bauernschaft und in der Arbeiterklasse und gingen zum individuellen Terror über. Die Volkstümpler brachten einen der größten Revolutionäre jener Zeiten, Stepan Chalturin, dazu, die Arbeit zur Organisierung des revolutionären Arbeiterbundes einzustellen und sich ausschließlich dem Terror zu widmen.

Die Volkstümpler lenkten die Aufmerksamkeit der Werkstätigen vom Kampfe gegen die Klasse der Unterdrücker durch die — für die Revolution nutzlosen — Attentate gegen einzelne Vertreter dieser Klasse ab. Sie hemmten die Entwicklung der revolutionären Initiative und Aktivität der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

Die Volkstümpler hinderten das Proletariat, seine führende Rolle in der Revolution zu begreifen, und verzögerten die Schaffung der selbständigen Partei der Arbeiterklasse.

Obwohl die Geheimorganisation der Volkstümpler von der zaristischen Regierung zerschlagen worden war, erhielten sich die Auffassungen der Volkstümpler noch lange unter der revolutionär gestimmten Intelligenz. Die Reste der Volkstümpler widersetzten sich hartnäckig der Verbreitung des Marxismus in Rußland, hemmten die Organisierung der Arbeiterklasse.

Deshalb konnte der Marxismus in Rußland nur im Kampfe gegen die Volkstümlerrichtung wachsen und sich festigen.

Die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ entfaltete den Kampf gegen die irrigen Auffassungen der Volkstümpler, sie zeigte, welchen Schaden die Lehre der Volkstümpler und ihre Kampfmethoden der Arbeiterbewegung zufügen.

In seinen gegen die Volkstümpler gerichteten Arbeiten zeigte Plechanow, daß die Auffassungen der Volkstümpler mit dem wissenschaftlichen Sozialismus nichts gemein haben, wenn auch die Volkstümpler sich Sozialisten nannten.

Plechanow gab als erster eine marxistische Kritik der irrigen Auffassungen der Volkstümpler. Zugleich mit der Austeilung seiner treffsicheren Schläge gegen die volkstümplerischen Auffassungen wußte Plechanow die marxistischen Auffassungen glänzend zu verfechten.

Worin bestanden die falschen Grundauffassungen der Volkstümpler, denen Plechanow einen vernichtenden Schlag versetzte?

Erstens behaupteten die Volkstümler, daß der Kapitalismus in Rußland eine „zufällige“ Erscheinung sei, daß er sich in Rußland nicht entwickeln werde und daß folglich auch das Proletariat nicht wachsen und sich nicht entwickeln werde.

Zweitens hielten die Volkstümler die Arbeiterklasse nicht für die führende Klasse in der Revolution. Sie träumten von der Erreichung des Sozialismus ohne das Proletariat. Für die revolutionäre Hauptkraft hielten die Volkstümler die Bauernschaft, unter Führung der Intelligenz, und die bäuerliche Dorfgemeinschaft („Obschtschina“), die sie als Keim und Grundlage des Sozialismus betrachteten.

Drittens hatten die Volkstümler eine irriige und schädliche Auffassung vom Gesamtverlauf der Geschichte der Menschheit. Weder konnten sie noch verstanden sie die Gesetze der ökonomischen und politischen Entwicklung der Gesellschaft. Sie waren in dieser Hinsicht völlig rückständige Leute. Nach ihrer Meinung wird die Geschichte weder von den Klassen noch vom Klassenkampf gemacht, sondern lediglich von einzelnen hervorragenden Persönlichkeiten, „Helden“, denen die Masse, der „Haufe“, das Volk, die Klassen blind nachfolgen.

In seinem Kampfe zur Entlarvung der Volkstümler schrieb Plechanow eine Reihe marxistischer Arbeiten, an denen sich die Marxisten in Rußland schulten und heranbildeten. Solche Arbeiten Plechanows wie „Sozialismus und politischer Kampf“, „Unsere Meinungsverschiedenheiten“, „Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung“ legten den Boden für den Sieg des Marxismus in Rußland frei.

In seinen Arbeiten gab Plechanow eine Darlegung der Grundfragen des Marxismus. Besonders große Bedeutung hatte sein Buch „Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung“, das im Jahre 1895 erschien. Lenin wies darauf hin, daß durch dieses Buch „eine ganze Generation russischer Marxisten erzogen wurde“. (*Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XIV, S. 347 russ.*)

In seinen gegen die Volkstümler gerichteten Arbeiten bewies Plechanow, daß es unsinnig sei, die Frage so zu stellen, wie sie die Volkstümler stellten: soll sich der Kapitalismus in Rußland entwickeln oder nicht? Es handelt sich darum, sagte Plechanow und wies das an Tatsachen nach, daß Rußland den Weg der kapitalistischen Entwicklung *schon beschritten hat* und daß es keine Kraft gibt, die es von diesem Wege abbringen könnte.

Die Aufgabe der Revolutionäre bestand nicht darin, die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland *aufzuhalten*, — das hätten sie sowieso nicht vermocht. Die Aufgabe der Revolutionäre bestand darin, sich auf jene mächtige revolutionäre Kraft zu stützen, die durch die Entwicklung des Kapitalismus hervorgebracht wird — auf die Arbeiterklasse; sie bestand darin, ihr Klassenbewußtsein zu entwickeln, sie zu organisieren, ihr zu helfen, ihre eigene Arbeiterpartei zu schaffen.

Plechanow zerschlug auch die zweite irrige Grundauffassung der Volkstümler — ihre Verneinung der führenden Rolle des Proletariats im revolutionären Kampf. Die Volkstümler betrachteten die Entstehung des Proletariats in Rußland als eine Art „historischen Malheurs“ und sprachen von einem „Geschwür des Proletariats“. In Verfechtung der marxistischen Lehre und ihrer völligen Anwendbarkeit auf Rußland wies Plechanow nach, daß die Revolutionäre, ungeachtet des zahlenmäßigen Überwiegens der Bauernschaft und der verhältnismäßig geringen Zahl des Proletariats, ihre wesentlichsten Hoffnungen gerade auf das Proletariat, auf sein Wachstum setzen müssen.

Warum gerade auf das Proletariat?

Weil das Proletariat, ungeachtet seiner heute noch geringen Zahl, die werktätige Klasse ist, die mit der *fortgeschrittensten* Form der Wirtschaft, mit der Großproduktion, verbunden ist und infolgedessen eine große Zukunft hat.

Weil das Proletariat als Klasse von Jahr zu Jahr *wächst*, sich politisch *entwickelt*, infolge der Arbeitsbedingungen in der Großproduktion leicht organisierbar und infolge seiner proletarischen Lage am revolutionärsten ist, denn es hat in der Revolution nichts zu verlieren als seine Ketten.

Anders steht die Sache bei der Bauernschaft.

Die Bauernschaft (gemeint waren die Einzelbauern. *Die Red.*) ist, ungeachtet ihrer großen Zahl, eine werktätige Klasse, die mit der *rückständigsten* Form der Wirtschaft, der Kleinproduktion, verbunden ist und infolgedessen keine große Zukunft hat, noch haben kann.

Als Klasse hat die Bauernschaft nicht nur kein Wachstum aufzuweisen, im Gegenteil, *sie zerfällt* von Jahr zu Jahr immer mehr in Bourgeoisie (Kulaken) und Dorfarmut (Proletarier, Halbproletarier). Außerdem ist sie infolge ihrer Zersplitterung schwerer zu organisieren, tritt sie infolge ihrer Lage als Kleineigentümer weniger bereitwillig in die revolutionäre Bewegung ein als das Proletariat.

Die Volkstümler behaupteten, daß in Rußland der Sozialismus nicht durch die Diktatur des Proletariats kommen werde, sondern durch die bäuerliche Dorfgemeinschaft, die sie als den Keim und die Basis des Sozialismus betrachteten. Aber die Dorfgemeinschaft war weder die Basis noch der Keim des Sozialismus, noch konnte sie es sein, da in der Dorfgemeinschaft die Kulaken herrschten, die „Blutsauger des Dorfes“, die die armen Bauern, die Landarbeiter und die wirtschaftlich schwachen Mittelbauern ausbeuteten. Der formal bestehende gemeinschaftliche Bodenbesitz und die von Zeit zu Zeit erfolgende Neuverteilung des Bodens entsprechend der Kopffzahl änderten nichts an der Sache. Den Boden nutzten jene Mitglieder der Dorfgemeinschaft, die Arbeitsvieh, Geräte und Saatgut hatten, das heißt die wohlhabenden Mittelbauern und Kulaken. Die Bauern ohne Pferd, die armen Bauern und überhaupt die wirtschaftlich Schwachen waren gezwungen, den Boden den Kulaken zu überlassen und sich als Landarbeiter zu verdingen. Die bäuerliche Dorfgemeinschaft war in Wirklichkeit eine bequeme Form zur Verschleierung der Machtstellung der Kulaken und in den Händen des Zarismus ein billiges Werkzeug zur Eintreibung der Steuern von den Bauern nach dem Prinzip der solidarischen Haftung. Deshalb eben wurde die Dorfgemeinschaft vom Zarismus nicht ange-tastet. Es wäre lächerlich gewesen, eine solche Dorfgemeinschaft als Keim oder Basis des Sozialismus zu betrachten.

Plechanow zerschlug auch die dritte irrige Grundauffassung der Volkstümler — über die ausschlaggebende Rolle der „Helden“, der hervorragenden Persönlichkeiten, und ihrer Ideen in der gesellschaftlichen Entwicklung sowie über die belanglose Rolle der Massen, des „Haufens“, des Volkes, der Klassen. Plechanow beschuldigte die Volkstümler des *Idealismus* und wies nach, daß die Wahrheit nicht auf seiten des Idealismus, sondern auf seiten des *Materialismus* von Marx und Engels ist.

Plechanow entwickelte und begründete den Standpunkt des marxistischen Materialismus. Entsprechend dem marxistischen Materialismus wies er nach, daß die Entwicklung der Gesellschaft in letzter Instanz nicht durch die Wünsche und Ideen hervorragender Persönlichkeiten bestimmt wird, sondern durch die Entwicklung der materiellen Existenzbedingungen der Gesellschaft, durch die Veränderungen in der Produktionsweise der materiellen Güter, die für die Existenz der Gesellschaft notwendig sind, durch die Veränderungen in den Wechsel-

beziehungen der Klassen auf dem Gebiete der Produktion materieller Güter, durch den Kampf der Klassen um ihre Rolle und ihren Platz in der Produktion und der Verteilung der materiellen Güter. Nicht die Ideen bestimmen die gesellschaftlich-wirtschaftliche Lage der Menschen, sondern die gesellschaftlich-wirtschaftliche Lage der Menschen bestimmt ihre Ideen. Die hervorragenden Persönlichkeiten können sich in ein Nichts verwandeln, wenn ihre Ideen und Wünsche zur ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft im Gegensatz stehen, im Gegensatz zu den Bedürfnissen der fortgeschrittenen Klasse, und umgekehrt können hervorragende Menschen wirklich hervorragende Persönlichkeiten werden, wenn ihre Ideen und Wünsche die Bedürfnisse der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft, die Bedürfnisse der fortgeschrittenen Klasse richtig zum Ausdruck bringen.

Auf die Behauptungen der Volkstümpler, daß die Masse ein Haufe sei, daß nur die Helden Geschichte machen und den Haufen zum Volk gestalten, antworteten die Marxisten: Nicht die Helden machen die Geschichte, sondern die Geschichte macht Helden, folglich schaffen nicht die Helden das Volk, sondern das Volk schafft die Helden und treibt die Geschichte vorwärts. Helden, hervorragende Persönlichkeiten, können nur insoweit eine ernsthafte Rolle im Leben der Gesellschaft spielen, als sie es vermögen, die Entwicklungsbedingungen der Gesellschaft richtig zu verstehen — zu verstehen, wie diese zum Besseren zu wenden sind. Helden, hervorragende Persönlichkeiten, können in die Lage von lächerlichen Pechvögeln geraten, die niemand braucht, wenn sie es nicht vermögen, die Entwicklungsbedingungen der Gesellschaft richtig zu verstehen, und wenn sie beginnen, sich den historischen Bedürfnissen der Gesellschaft entgegenzustemmen, da sie sich „Gestalter“ der Geschichte wähnen.

Zur Kategorie gerade solcher Pechvögel, solcher trauriger Helden, gehörten die Volkstümpler.

Die literarischen Arbeiten Plechanows, sein Kampf gegen die Volkstümpler untergruben gründlich den Einfluß der Volkstümpler unter der revolutionären Intelligenz. Aber die ideologische Zertrümmerung der Volkstümlerrichtung war bei weitem noch nicht vollendet. Diese Aufgabe — der Volkstümlerrichtung als dem Feind des Marxismus den letzten Stoß zu versetzen — blieb Lenin vorbehalten.

Die Mehrheit der Volkstümpler verzichtete bald nach der Zertrümmerung der Partei „Narodnaja Wolja“ auf den revolutionären Kampf

gegen die zaristische Regierung; sie begann Versöhnung, Verständigung mit der zaristischen Regierung zu predigen. In den achtziger und neunziger Jahren wurden die Volkstümmler zu Wortführern der Interessen des Kulakentums.

Die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ schuf zwei Entwürfe eines Programms der russischen Sozialdemokraten (den ersten im Jahre 1884 und den zweiten im Jahre 1887). Das war ein sehr wichtiger Schritt in der Vorarbeit zur Schaffung der marxistischen sozialdemokratischen Partei in Rußland.

Die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ hatte jedoch auch ernste Fehler. In ihrem ersten Programmentwurf waren noch Reste von volkstümmlerischen Auffassungen enthalten, wurde die Taktik des individuellen Terrors als zulässig angesehen. Plechanow berücksichtigte ferner nicht, daß das Proletariat im Verlauf der Revolution die Bauernschaft mit sich führen kann und muß, daß nur im Bündnis mit der Bauernschaft das Proletariat den Sieg über den Zarismus erringen kann. Plechanow betrachtete weiter die liberale Bourgeoisie als eine Kraft, die der Revolution Unterstützung, wenn auch eine unsichere Unterstützung, erweisen kann, die Bauernschaft aber hatte er in einigen seiner Arbeiten gänzlich aus dem Spiel gelassen. Er erklärte zum Beispiel:

„Außer der Bourgeoisie und dem Proletariat sehen wir keine anderen gesellschaftlichen Kräfte, auf die sich bei uns oppositionelle oder revolutionäre Kombinationen stützen könnten.“ (*Plechanow*, Werke, Bd. III, S. 119 russ.)

Diese irrigen Auffassungen Plechanows waren der Keim seiner künftigen menschowistischen Auffassungen.

Sowohl die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ wie die marxistischen Zirkel jener Zeit waren praktisch mit der Arbeiterbewegung noch nicht verbunden. Dies war in Rußland noch die Periode des Entstehens und der Festigung der Theorie des Marxismus, der marxistischen Ideen, der programmatischen Leitsätze der Sozialdemokratie. In dem Jahrzehnt von 1884 bis 1894 bestand die Sozialdemokratie noch in Gestalt einzelner kleiner Gruppen und Zirkel, die mit der Massenbewegung der Arbeiter nicht oder sehr wenig verbunden waren. Gleich dem noch ungeborenen, aber sich im Mutterleib schon entwickelnden Kinde durchlebte die Sozialdemokratie, wie Lenin schrieb, den „*Prozeß der embryonalen Entwicklung*“.

Die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ hat „nur theoretisch die Sozialdemokratie gegründet und zur Arbeiterbewegung hin den ersten Schritt gemacht“, betonte Lenin.

Die Lösung der Aufgabe, den Marxismus mit der Arbeiterbewegung in Rußland zu vereinigen und ebenso die Fehler der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ zu korrigieren, blieb Lenin vorbehalten.

3

Der Beginn der revolutionären Tätigkeit Lenins • Der Petersburger „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“

Wladimir Iljitsch Lenin, der Begründer des Bolschewismus, wurde im Jahre 1870 in der Stadt Simbirsk (heute Uljanowsk) geboren. Im Jahre 1887 bezog Lenin die Kasaner Universität, wurde aber bald wegen Teilnahme an der revolutionären Studentenbewegung verhaftet und aus der Universität ausgeschlossen. In Kasan trat Lenin einem marxistischen Zirkel bei, den Fedossejew organisiert hatte. Nach der Übersiedlung Lenins nach Samara bildete sich um ihn schnell der erste Zirkel der Samaraer Marxisten. Schon damals setzte Lenin alle durch seine Kenntnisse des Marxismus in Erstaunen.

Ende des Jahres 1893 übersiedelte Lenin nach Petersburg. Schon die ersten Reden und Vorträge Lenins hinterließen bei den Teilnehmern der Petersburger marxistischen Zirkel einen starken Eindruck. Ungewöhnlich tiefe Kenntnis der Werke von Marx, die Fähigkeit, den Marxismus auf die ökonomischen und politischen Verhältnisse des damaligen Rußland anzuwenden, der glühende, unerschütterliche Glaube an den Sieg der Arbeitersache, das hervorragende organisatorische Talent — alles das machte Lenin zum anerkannten Führer der Petersburger Marxisten.

Lenin erfreute sich der heißen Liebe der fortgeschrittenen Arbeiter, die er in den Zirkeln unterrichtete.

„Unsere Lektionen“, erzählte der Arbeiter Babuschkin in seinen Erinnerungen an die Unterrichtsstunden Lenins in den Arbeiterzirkeln, „trugen einen sehr lebhaften, interessanten Charakter, wir alle waren mit diesen Lektionen überaus zufrieden und waren stets voll Bewunderung für den Geist unseres Lektors.“

Im Jahre 1895 vereinigte Lenin in Petersburg alle marxistischen

Arbeiterzirkel (es bestanden schon ungefähr zwanzig) zu *einem* „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“. Damit bereitete er die Schaffung der revolutionären marxistischen Arbeiterpartei vor.

Lenin stellte dem „Kampfbund“ die Aufgabe, sich mit der Massenbewegung der Arbeiter enger zu verbinden und sie politisch zu leiten. Lenin schlug vor, von der *Propaganda* des Marxismus unter einer geringen Anzahl fortgeschrittener Arbeiter, die sich in den propagandistischen Zirkeln sammelten, zur tagtäglichen politischen *Agitation* unter den breiten Massen der Arbeiterklasse überzugehen. Diese Wendung zur Massenagitation hatte für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung in Rußland große Bedeutung.

In den neunziger Jahren durchlebte die Industrie eine Periode des Aufschwungs. Die Zahl der Arbeiter wuchs. Die Arbeiterbewegung erstarkte. Von 1895 bis 1899 streikten nach unvollständigen Angaben nicht weniger als 221 000 Arbeiter. Die Arbeiterbewegung gestaltete sich zu einer ernststen Kraft im politischen Leben des Landes. Die im Kampfe gegen die Volkstümler von den Marxisten vertretenen Auffassungen über die führende Rolle der Arbeiterklasse in der revolutionären Bewegung wurden vom Leben selbst bestätigt.

Unter Lenins Führung verband der „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ den Kampf der Arbeiter für wirtschaftliche Forderungen — für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für die Verkürzung des Arbeitstages, für die Erhöhung der Löhne — mit dem politischen Kampf gegen den Zarismus. Die Arbeiter wurden vom „Kampfbund“ politisch erzogen.

Unter Lenins Führung begann der Petersburger „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ zum erstenmal in Rußland die *Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung* in die Tat umzusetzen. Wenn in irgendeiner Fabrik ein Streik ausbrach, so reagierte der „Kampfbund“, der durch die Teilnehmer seiner Zirkel über die Lage in den Betrieben gut unterrichtet war, unverzüglich durch Herausgabe von Flugblättern, durch Herausgabe sozialistischer Aufrufe. In diesen Flugblättern wurden die von den Fabrikherren an den Arbeitern verübten Drangsalierungen gegeißelt, wurde erläutert, wie die Arbeiter für ihre Interessen kämpfen sollen, wurden die Forderungen der Arbeiter veröffentlicht. In den Flugblättern wurde über die Eiterbeulen des Kapitalismus, über das elende Leben der Arbeiter, über ihre maßlos schwere, zwölf- bis vierzehnstündige Arbeit, über

ihre rechtlose Lage die volle Wahrheit gesagt. Hier wurden auch die entsprechenden politischen Forderungen gestellt. Ende des Jahres 1894 schrieb Lenin unter Teilnahme des Arbeiters Babuschkin das erste dieser Agitationsflugblätter und einen Aufruf an die streikenden Arbeiter des Semjannikow-Werkes in Petersburg. Im Herbst 1895 schrieb Lenin ein Flugblatt an die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik Thornton. Diese Fabrik gehörte englischen Fabrikanten, die Millionenprofite einsteckten. Der Arbeitstag dauerte hier mehr als 14 Stunden, während die Weber ungefähr 7 Rubel im Monat verdienten. Der Streik endete für die Arbeiter erfolgreich. In kurzer Zeit wurden vom „Kampfbund“ Dutzende solcher Flugblätter gedruckt, die sich an die Arbeiter der verschiedenen Fabriken wandten. Durch jedes dieser Flugblätter wurde der Mut der Arbeiter erheblich gesteigert. Die Arbeiter sahen, daß die Sozialisten ihnen helfen und sie verteidigen.

Unter der Leitung des „Kampfbundes“ wurde im Sommer 1896 der Streik der 30000 Petersburger Textilarbeiter durchgeführt. Die Hauptforderung war die Verkürzung des Arbeitstages. Durch die Wucht dieses Streiks wurde die zaristische Regierung gezwungen, das Gesetz vom 2. (14.) Juni 1897 zu erlassen, das den Arbeitstag auf 11½ Stunden beschränkte. Bis zu diesem Gesetz war der Arbeitstag überhaupt nicht begrenzt gewesen.

Im Dezember 1895 wurde Lenin von der zaristischen Regierung verhaftet. Lenin stellte auch im Gefängnis den revolutionären Kampf nicht ein. Er half dem „Kampfbund“ durch seine Ratschläge und Anweisungen, durch Übersendung von Broschüren und Flugblättern aus dem Gefängnis. Im Gefängnis schrieb Lenin die Broschüre „Über die Streiks“ und das Flugblatt „An die zaristische Regierung“, in dem er die brutale Willkür der zaristischen Regierung entlarvte. Im Gefängnis schrieb Lenin auch den Entwurf des Parteiprogramms (er war mit Milch zwischen die Zeilen eines medizinischen Buches geschrieben).

Der Petersburger „Kampfbund“ gab auch in anderen Städten und Gebieten Rußlands einen mächtigen Anstoß zur Vereinigung der Arbeiterzirkel zu ebensolchen Bündern. Mitte der neunziger Jahre entstehen marxistische Organisationen in Transkaukasien. Im Jahre 1894 wird in Moskau der Moskauer „Arbeiterbund“ geschaffen. In Sibirien wird Ende der neunziger Jahre der sibirische „Sozialdemokratische Bund“ organisiert. In den neunziger Jahren entstehen in Iwanowo-

Wosnessensk, Jaroslawl, Kostroma marxistische Gruppen, die sich in der Folge zum „Nordbund der sozialdemokratischen Partei“ vereinigten. In Rostow am Don, Jekaterinoslaw, Kiew, Nikolajew, Tula, Samara, Kasan, Orechow-Sujewo und anderen Städten werden in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre sozialdemokratische Gruppen und Bünde geschaffen.

Die Bedeutung des Petersburger „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse“ bestand darin, daß er, nach einem Ausspruch Lenins, der erste bedeutsame *Keim einer revolutionären Partei* war, die sich auf die Arbeiterbewegung stützt.

Auf die revolutionäre Erfahrung des Petersburger „Kampfbundes“ stützte sich Lenin in seiner weiteren Arbeit zur Schaffung der marxistischen sozialdemokratischen Partei in Rußland.

Nach der Verhaftung Lenins und seiner nächsten Mitkämpfer veränderte sich die Zusammensetzung der Leitung des Petersburger „Kampfbundes“ bedeutend. Neue Leute tauchten auf, die sich die „Jungen“, Lenin aber und seine Mitkämpfer die „Alten“ nannten. Sie begannen eine falsche politische Linie durchzuführen. Sie erklärten, man solle die Arbeiter nur zum ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer aufrufen, was aber den politischen Kampf betreffe, so sei das Sache der liberalen Bourgeoisie, der die Leitung des politischen Kampfes vorbehalten sein müsse.

Diese Leute wurden „Ökonomen“ genannt.

Das war die erste kompromißlerische, opportunistische Gruppe in den Reihen der marxistischen Organisationen in Rußland.

4

Der Kampf Lenins gegen die Volkstümlerrichtung und den „legalen Marxismus“ · Die Leninsche Idee des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft · Der I. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands

Obwohl Plechanow schon in den achtziger Jahren dem Ideensystem der Volkstümler den Hauptschlag versetzt hatte, so fanden zu Beginn der neunziger Jahre die Auffassungen der Volkstümler doch immer noch Sympathie bei einem Teil der revolutionären Jugend. Ein gewisser Teil der Jugend ließ sich von dem Gedanken nicht abbringen,

daß Rußland den kapitalistischen Weg der Entwicklung vermeiden könne, daß die Bauernschaft, und nicht die Arbeiterklasse, die Hauptrolle in der Revolution spielen werde. Die Nachzügler der Volkstümpler trachteten mit allen Mitteln die Ausbreitung des Marxismus in Rußland zu verhindern und bemühten sich, in ihrem Kampfe gegen die Marxisten diese in jeder Weise in Verruf zu bringen. Es war notwendig, die Volkstümlerrichtung ideologisch endgültig zu zertrümmern, um die weitere Ausbreitung des Marxismus und die Möglichkeit der Schaffung der sozialdemokratischen Partei zu sichern.

Diese Arbeit wurde von Lenin geleistet.

In seinem Buche „Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“ (1894) hat Lenin das wahre Gesicht der Volkstümpler als falscher „Volksfreunde“, die in Wirklichkeit gegen das Volk waren, restlos enthüllt.

Die Volkstümpler der neunziger Jahre hatten im Grunde schon lange auf jeden revolutionären Kampf gegen die zaristische Regierung verzichtet. Die liberalen Volkstümpler predigten die Versöhnung mit der zaristischen Regierung. „Sie glauben einfach“, schrieb Lenin über die Volkstümpler jener Zeit, „daß die Regierung, wenn man sie nur recht schön und artig darum bitte, alles aufs beste einrichten könnte.“ (Lenin, Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 161.)

Die Volkstümpler der neunziger Jahre verschlossen die Augen vor der Lage der Dorfarmut, vor dem Klassenkampf im Dorfe, vor der Ausbeutung der armen Bauern durch das Kulakentum und verherrlichten die Entwicklung der Kulakenwirtschaften. Sie traten dem Wesen der Sache nach als Wortführer der Interessen des Kulakentums auf.

Gleichzeitig betrieben die Volkstümpler in ihren Zeitschriften eine Hetze gegen die Marxisten. Durch bewußte Entstellung und Verdrehung der Auffassungen der russischen Marxisten suchten die Volkstümpler glauben zu machen, daß die Marxisten den Ruin des Dorfes, daß sie „jeden Bauern im Fabrikessel umkochen“ wollen. Lenin entlarvte diese verlogene volkstümplerische Kritik und zeigte, daß es sich nicht um „Wünsche“ der Marxisten handle, sondern um den wirklichen Verlauf der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, unter dem sich die Zahl der Proletarier unvermeidlich erhöht. Das Proletariat aber werde der Totengräber des kapitalistischen Systems sein.

Lenin zeigte, daß die wahren Volksfreunde, die das Joch der Kapitalisten und Gutsbesitzer vernichten, den Zarismus stürzen wollen, nicht die Volkstümler, sondern die Marxisten sind.

Lenin rückte in seinem Buche „Was sind die ‚Volksfreunde‘“ die Idee des revolutionären Bündnisses der Arbeiter und Bauern zum ersten Male in den Vordergrund, als des Hauptmittels zum Sturz des Zarismus, der Gutsbesitzer, der Bourgeoisie.

Lenin unterzog in einer Reihe seiner Arbeiten aus dieser Periode diejenigen politischen Kampfmittel der Volkstümler einer eingehenden Kritik, die von der Hauptgruppe der Volkstümler — den Narodowolzen — und später von den Nachfolgern der Volkstümler — den Sozialrevolutionären — angewandt wurden, im besonderen die Taktik des individuellen Terrors. Lenin betrachtete diese Taktik als schädlich für die revolutionäre Bewegung, da sie den Kampf der Massen durch den Kampf der „Helden“, der Einzelgänger, zu ersetzen suchte. Sie bedeutete Unglauben an die revolutionäre Volksbewegung.

In seinem Buche „Was sind die ‚Volksfreunde‘“ umriß Lenin die Hauptaufgaben der russischen Marxisten. Nach Lenins Meinung mußten die russischen Marxisten in erster Reihe aus den zersplitterten marxistischen Zirkeln eine einheitliche sozialistische Arbeiterpartei organisieren. Lenin wies weiter darauf hin, daß es eben die Arbeiterklasse Rußlands ist, die im Bündnis mit der Bauernschaft die zaristische Selbstherrschaft zu Fall bringen wird, worauf das russische Proletariat, im Bündnis mit den werktätigen und ausgebeuteten Massen, Schulter an Schulter mit dem Proletariat der anderen Länder, den geraden Weg des offenen politischen Kampfes zur siegreichen kommunistischen Revolution beschreiten wird.

So hat Lenin bereits vor mehr als 40 Jahren den Weg des Kampfes der Arbeiterklasse richtig gewiesen, die Rolle der Arbeiterklasse als der führenden revolutionären Kraft der Gesellschaft und die Rolle der Bauernschaft als des Bundesgenossen der Arbeiterklasse gekennzeichnet.

Der Kampf Lenins und seiner Anhänger gegen die Volkstümlerichtung führte schon in den neunziger Jahren zur endgültigen ideologischen Zertrümmerung der Volkstümlerichtung.

Von größter Bedeutung war auch der Kampf Lenins gegen den „legalen Marxismus“. Wie es in der Geschichte stets vorzukommen pflegt, biedern sich einer großen gesellschaftlichen Bewegung gewöhnlich zeitweilige „Mitläufer“ an. Solche „Mitläufer“ waren auch die

sogenannten „*legalen Marxisten*“. Der Marxismus begann in Rußland weite Verbreitung zu finden. Nun gingen die bürgerlichen Intellektuellen daran, sich mit marxistischen Gewändern zu drapieren. Sie druckten ihre Artikel in legalen, das heißt von der zaristischen Regierung erlaubten Zeitungen und Zeitschriften. Deshalb wurden sie auch „legale Marxisten“ genannt.

Sie führten auf ihre Art den Kampf gegen die Volkstümlerrichtung. Aber sie versuchten diesen Kampf und das Banner des Marxismus auszunutzen, um die Arbeiterbewegung den Interessen der bürgerlichen Gesellschaft, den Interessen der Bourgeoisie unterzuordnen und anzupassen. Sie warfen aus der Lehre von Marx das Wichtigste über Bord, die Lehre von der proletarischen Revolution, von der Diktatur des Proletariats. Der prominenteste legale Marxist, Peter Struve, verherrlichte die Bourgeoisie, und statt zum revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus rief er dazu auf, „unsere Kulturlosigkeit anzuerkennen und beim Kapitalismus in die Lehre zu gehen“.

Im Kampf gegen die Volkstümpler hielt Lenin ein zeitweiliges Abkommen mit den „legalen Marxisten“ für zulässig, um sie gegen die Volkstümpler auszunutzen, wie zum Beispiel zu gemeinsamer Herausgabe eines gedruckten Sammelbandes gegen die Volkstümpler. Aber gleichzeitig kritisierte Lenin die „legalen Marxisten“ mit aller Schärfe, entlarvte er ihr bürgerlich-liberales Wesen.

Viele von diesen „Mitläufern“ wurden später Kadetten, Anhänger der Konstitutionell-Demokratischen Partei (der Hauptpartei der russischen Bourgeoisie) und während des Bürgerkrieges eingefleischte Weißgardisten.

Neben den „Kampfbünden“ in Petersburg, Moskau, Kiew usw. entstanden auch in den westlichen nationalen Randgebieten Rußlands sozialdemokratische Organisationen. In den neunziger Jahren lösten sich die marxistischen Elemente von der polnischen nationalistischen Partei und gründeten die „Sozialdemokratie Polens und Litauens“. Ende der neunziger Jahre entstanden Organisationen der lettischen Sozialdemokratie. Im Oktober 1897 wurde in den westlichen Gouvernements Rußlands die allgemeine jüdische sozialdemokratische Organisation „Bund“ geschaffen.

Im Jahre 1898 machten einige „Kampfbünde“, und zwar der von Petersburg, Moskau, Kiew, Jekaterinoslaw und der „Bund“, den ersten Versuch, sich zur sozialdemokratischen Partei zu vereinigen. Zu

diesem Zweck versammelten sie sich im März 1898 in Minsk zum I. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR).

Auf dem I. Parteitag der SDAPR waren im ganzen neun Teilnehmer anwesend. Lenin war nicht auf dem Parteitag, da er sich zu dieser Zeit in sibirischer Verbannung befand. Das auf dem Parteitag gewählte Zentralkomitee der Partei wurde bald verhaftet. Das „Manifest“, das im Namen des Parteitags herausgegeben wurde, war noch in vielem unbefriedigend. Die Aufgabe der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat wurde darin umgangen; über die Hegemonie des Proletariats wurde nichts gesagt, der Frage nach den Verbündeten des Proletariats in seinem Kampfe gegen Zarismus und Bourgeoisie wick man aus.

Der Parteitag verkündete in seinen Beschlüssen und im „Manifest“ die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

In diesem formalen Akt, der eine große revolutionär-propagandistische Rolle spielte, bestand die Bedeutung des I. Parteitags der SDAPR.

Aber obwohl der I. Parteitag stattgefunden hatte, war die marxistische sozialdemokratische Partei in Rußland tatsächlich noch nicht geschaffen. Es war dem Parteitag nicht gelungen, die einzelnen marxistischen Zirkel und Organisationen zu vereinigen und organisatorisch zu verbinden. In der Arbeit der örtlichen Organisationen gab es noch keine einheitliche Linie, es gab kein Parteiprogramm, kein Parteistatut, es gab keine Leitung von einem Zentrum aus.

Infolge dieses Umstandes und wegen einer Reihe anderer Ursachen griff die ideologische Zerfahrenheit in den örtlichen Organisationen immer weiter um sich, und dadurch wurden für die Verstärkung des „Ökonomismus“, dieser opportunistischen Strömung in der Arbeiterbewegung, günstige Bedingungen geschaffen.

Es bedurfte einiger Jahre angestrebter Arbeit Lenins und der von ihm organisierten Zeitung „Iskra“, um die Zerfahrenheit zu überwinden, die opportunistischen Schwankungen niederzukämpfen und die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands vorzubereiten.

*Der Kampf Lenins gegen den „Ökonomismus“ · Das Erscheinen der
Leninschen Zeitung „Iskra“*

An dem I. Parteitag der SDAPR hatte Lenin nicht teilgenommen. Er befand sich zu dieser Zeit in der Verbannung, in dem Dorf Schuschenskoje in Sibirien, wohin er von der zaristischen Regierung nach langer Haft im Petersburger Gefängnis wegen der Sache des „Kampfbundes“ verschickt worden war.

Aber auch in der Verbannung setzte Lenin die revolutionäre Arbeit fort. In der Verbannung beendete Lenin die überaus wichtige wissenschaftliche Arbeit „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“, die die ideologische Zertrümmerung der Volkstümlerrichtung vollendete. Dort schrieb er auch die bekannte Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“.

Obwohl Lenin der unmittelbaren revolutionären praktischen Arbeit entrissen war, verstand er es dennoch, gewisse Verbindungen zu den Praktikern aufrechtzuerhalten: er unterhielt aus der Verbannung einen Briefwechsel mit ihnen, stellte Anfragen, gab ihnen Ratschläge. Besonders beschäftigte ihn zu dieser Zeit die Frage der „Ökonomisten“. Lenin verstand besser als sonst jemand, daß der „Ökonomismus“ die Grundzelle des Paktierertums, des Opportunismus war, daß der Sieg des „Ökonomismus“ in der Arbeiterbewegung die Untergrabung der revolutionären Bewegung des Proletariats, die Niederlage des Marxismus bedeuten würde.

Und Lenin begann den „Ökonomisten“, von den ersten Tagen ihres Auftauchens an, wuchtige Schläge zu versetzen.

Die „Ökonomisten“ behaupteten, daß die Arbeiter nur den ökonomischen Kampf führen sollen, was aber den politischen Kampf betreffe, so möge ihn die liberale Bourgeoisie führen, die von den Arbeitern unterstützt werden solle. Lenin betrachtete eine derartige Predigt der „Ökonomisten“ als Abkehr vom Marxismus, als Verneinung der Notwendigkeit einer selbständigen politischen Partei für die Arbeiterklasse, als Versuch, die Arbeiterklasse in ein politisches Anhängsel der Bourgeoisie zu verwandeln.

Im Jahre 1899 gab eine Gruppe „Ökonomisten“ (Prokopowitsch, Kuskowa und andere, die später Kadetten wurden) ein Manifest heraus. Sie wandten sich gegen den revolutionären Marxismus und for-

derten den Verzicht auf die Schaffung einer selbständigen politischen Partei des Proletariats, den Verzicht auf selbständige politische Forderungen der Arbeiterklasse. Die „Ökonomen“ waren der Auffassung, daß der politische Kampf eine Angelegenheit der liberalen Bourgeoisie sei, was jedoch die Arbeiter betreffe, so genüge für sie vollauf der wirtschaftliche Kampf gegen die Unternehmer.

Als Lenin sich mit diesem opportunistischen Dokument bekannt gemacht hatte, berief er aus den benachbarten Ansiedlungen der politischen Verbannten eine Beratung der Marxisten zusammen, und 17 Genossen mit Lenin an der Spitze brandmarkten in einem scharfen Protest die Auffassungen der „Ökonomen“.

Dieser von Lenin verfaßte Protest wurde in ganz Rußland in den marxistischen Organisationen verbreitet und hatte für die Entwicklung des marxistischen Gedankens und der marxistischen Partei in Rußland gewaltige Bedeutung.

Die russischen „Ökonomen“ predigten dieselben Auffassungen wie die Gegner des Marxismus in den ausländischen sozialdemokratischen Parteien, die sogenannten Bernsteinianer, das heißt die Anhänger des Opportunisten Bernstein.

Deshalb war der Kampf Lenins gegen die „Ökonomen“ gleichzeitig ein Kampf gegen den internationalen Opportunismus.

Den Hauptkampf gegen den „Ökonomismus“ und für die Schaffung der selbständigen politischen Partei des Proletariats führte die von Lenin organisierte illegale Zeitung „Iskra“.

Zu Beginn des Jahres 1900 kehrten Lenin und andere Mitglieder des „Kampfbundes“ aus der sibirischen Verbannung nach Rußland zurück. Lenin beabsichtigte, eine große gesamtrussische illegale marxistische Zeitung zu schaffen. Die große Zahl kleiner marxistischer Zirkel und Organisationen, die in Rußland schon bestanden, waren untereinander noch nicht verbunden. In diesem Augenblick, da, nach einem Ausspruch des Genossen Stalin, „die Handwerkskerei und das Zirkelwesen die Partei von oben bis unten zerfraßen, da die ideologische Zerfahrenheit einen charakteristischen Zug des inneren Lebens der Partei bildete“, war die Schaffung einer gesamtrussischen illegalen Zeitung die Hauptaufgabe der russischen revolutionären Marxisten. Nur eine solche Zeitung konnte die zersplitterten marxistischen Organisationen untereinander verbinden und die Schaffung einer wirklichen Partei vorbereiten.

Eine solche Zeitung im zaristischen Rußland zu organisieren, war aber wegen der polizeilichen Verfolgungen unmöglich. Nach ein, zwei Monaten wäre die Zeitung von den zaristischen Spitzeln aufgespürt und zerstört worden. Deshalb faßte Lenin den Entschluß, sie im Ausland herauszugeben. Hier wurde die Zeitung auf ganz dünnem und festem Papier gedruckt und geheim nach Rußland befördert. Einzelne Nummern der „Iskra“ wurden in Rußland, in geheimen Druckereien in Baku, Kischinew und Sibirien, nachgedruckt.

Im Herbst 1900 fuhr Wladimir Iljitsch ins Ausland, um mit den Genossen von der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ die Herausgabe einer gesamtrossischen politischen Zeitung zu vereinbaren. Diesen Gedanken hatte Lenin in der Verbannung in allen Einzelheiten durchdacht. Auf dem Wege aus der Verbannung veranstaltete Lenin eine Reihe von Beratungen über diese Frage in Ufa, Pskow, Moskau und Petersburg. Überall vereinbarte er mit den Genossen Chiffren für den geheimen Briefwechsel, Adressen für die Zustellung von Literatur usw. und erörterte mit ihnen den Plan des künftigen Kampfes.

Die zaristische Regierung spürte, daß sie in Lenin ihren gefährlichsten Feind vor sich hatte. In seinem geheimen Briefwechsel schrieb der zaristische Scherge, Gendarm Subatow, daß es „in der Revolution jetzt keinen Größeren gibt als Uljanow“, weshalb er es für zweckmäßig hielt, die Ermordung Lenins zu organisieren.

Nach seiner Ankunft im Ausland verabredete Lenin mit der Gruppe „Befreiung der Arbeit“, das heißt mit Plechanow, Axelrod, W. Sassulitsch, die gemeinsame Herausgabe der „Iskra“. Der gesamte Plan war von Anfang bis zu Ende von Lenin ausgearbeitet.

Im Dezember 1900 erschien im Ausland die erste Nummer der Zeitung „Iskra“ (Der Funke). Unter dem Titel trug die Zeitung den Leitspruch: „*Aus dem Funken wird die Flamme schlagen.*“ Diese Worte waren der Antwort der Dekabristen¹ an den Dichter Puschkin entnommen, der ihnen in die sibirische Verbannung eine Begrüßung geschickt hatte.

Und wirklich, aus dem von Lenin entzündeten „Funken“ ist in der Folge die Flamme des großen revolutionären Brandes emporgelodert, die die feudal-gutsherrliche zaristische Monarchie und die Herrschaft der Bourgeoisie bis auf den Grund zerstörte.

¹ *Dekabristen* — Revolutionäre aus dem Adel, die sich im Dezember 1825 gegen Absolutismus und Feudalherrschaft erhoben. *Der Übers.*

Kurze Zusammenfassung

Die marxistische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Rußland wurde im Kampfe geschaffen, der sich in erster Linie gegen die Volkstümlerrichtung, gegen deren irrige, der Sache der Revolution schädliche Auffassungen richtete.

Nur durch die ideologische Zerschlagung der Auffassungen der Volkstümler konnte der Boden für die Schaffung der marxistischen Arbeiterpartei in Rußland frei gemacht werden. Der entscheidende Schlag wurde gegen die Volkstümlerrichtung in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von Plechanow und seiner Gruppe „Befreiung der Arbeit“ geführt.

Lenin vollendete in den neunziger Jahren die ideologische Zerschmetterung der Volkstümlerrichtung, versetzte ihr den Todesstoß.

Die im Jahre 1883 gebildete Gruppe „Befreiung der Arbeit“ leistete eine große Arbeit zur Verbreitung des Marxismus in Rußland, begründete theoretisch die Sozialdemokratie und machte den ersten Schritt zur Arbeiterbewegung hin.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland nahm die Zahl des Industrieproletariats rasch zu. Mitte der achtziger Jahre beschrift die Arbeiterklasse den Weg des organisierten Kampfes, den Weg der Massenaktionen in Form von organisierten Streiks. Die marxistischen Zirkel und Gruppen beschäftigten sich jedoch nur mit Propaganda, verstanden nicht die Zweckmäßigkeit des Überganges zur Massenagitation in den Reihen der Arbeiterklasse und waren deshalb mit der Arbeiterbewegung praktisch noch nicht verbunden, leiteten sie nicht.

Die von Lenin vollzogene Gründung des Petersburger „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse“ (1895), der unter den Arbeitern Massenagitation betrieb und Massenstreiks leitete, bedeutete eine neue Etappe, den Übergang zur Massenagitation unter den Arbeitern und die Vereinigung des Marxismus mit der Arbeiterbewegung. Der Petersburger „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ war der erste Keim der revolutionären proletarischen Partei in Rußland. Bald nach dem Petersburger „Kampfbund“ wurden Organisationen der Marxisten in allen großen Industriezentren sowie in den Randgebieten geschaffen.

Im Jahre 1898 wurde der erste, wenn auch nicht geglückte Versuch unternommen, die marxistischen sozialdemokratischen Organisationen

zu einer Partei zu vereinigen: der I. Parteitag der SDAPR fand statt. Dieser Parteitag hat jedoch die Partei noch nicht geschaffen: es gab weder ein Programm noch ein Statut der Partei, noch eine Leitung von einem Zentrum aus, es gab fast keine Verbindung zwischen den einzelnen marxistischen Zirkeln und Gruppen.

Um die zersplitterten marxistischen Organisationen miteinander zu verbinden und zu *einer* Partei zu vereinigen, entwarf und verwirklichte Lenin den Plan der Schaffung der ersten gesamtrussischen Zeitung der revolutionären Marxisten — der „Iskra“.

Die Hauptgegner der Schaffung der einheitlichen politischen Arbeiterpartei waren in dieser Periode die „Ökonomen“. Sie verneinten die Notwendigkeit einer solchen Partei. Sie förderten die Zersplitterung und Handwerksklerei der einzelnen Gruppen. Und gegen sie gerade richtete Lenin und die von ihm organisierte „Iskra“ ihre Schläge.

Die Herausgabe der ersten Nummern der „Iskra“ (1900 bis 1901) bedeutete den Übergang zu einer neuen Periode, der Periode der tatsächlichen Bildung der einheitlichen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands aus den zersplitterten Gruppen und Zirkeln.

KAPITEL II

Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Die Entstehung der Fraktionen der Bolschewiki und der Menschewiki innerhalb der Partei (1901–1904)

1

Der Aufschwung der revolutionären Bewegung in Rußland in den Jahren 1901–1904

Ende des 19. Jahrhunderts brach in Europa eine Industriekrise aus. Diese Krise erfaßte bald auch Rußland. In den Krisenjahren, 1900 bis 1903, wurden nahezu 3000 Groß- und Kleinbetriebe stillgelegt. Mehr als 100000 Arbeiter wurden auf die Straße geworfen. Der Arbeitslohn der in den Betrieben gebliebenen Arbeiter wurde stark herabgesetzt. Die unbedeutenden Zugeständnisse, die die Arbeiter früher den Kapitalisten in zähen wirtschaftlichen Streikkämpfen entrisen hatten, wurden jetzt von den Kapitalisten wieder rückgängig gemacht.

Industriekrise und Arbeitslosigkeit konnten die Arbeiterbewegung weder zum Stillstand bringen noch schwächen. Im Gegenteil, der Kampf der Arbeiter begann einen immer revolutionärerem Charakter anzunehmen. Von wirtschaftlichen Streiks schreiten die Arbeiter zu politischen Streiks. Schließlich gehen die Arbeiter zu Demonstrationen über, stellen politische Forderungen nach demokratischen Freiheiten, stellen die Losung „Nieder mit der zaristischen Selbstherrschaft“ auf.

Im Jahre 1901 verwandelte sich der 1.-Mai-Streik im Obuchowschen Kriegsbetrieb in Petersburg in einen blutigen Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Truppen. Den bewaffneten zaristischen Truppen konnten die Arbeiter nur mit Steinen und Eisenstücken entgegentreten. Der hartnäckige Widerstand der Arbeiter wurde gebrochen. Und dann folgte die brutale Abrechnung: ungefähr 800 Arbeiter wurden verhaftet, viele ins Gefängnis geworfen und zu Zwangsarbeit (Katorga) verschickt. Die heldenmütige „Verteidigung der Obuchower“ übte jedoch auf die Arbeiter in Rußland bedeutenden Einfluß aus und rief eine Welle von Sympathiekundgebungen unter den Arbeitern hervor.

Im März 1902 kam es zu großen, vom Batumer sozialdemokratischen Komitee organisierten Streiks und Demonstrationen der Batumer Arbeiter. Die Batumer Demonstration rüttelte die Arbeiter und die Bauernmassen Transkaukasiens auf.

In demselben Jahre 1902 brach in Rostow am Don ein großer Streik aus. Zuerst traten die Eisenbahner in Streik; bald schloß sich ihnen die Arbeiterschaft vieler Betriebe an. Der Streik rüttelte alle Arbeiter auf, zu den Meetings außerhalb der Stadt versammelten sich einige Tage hindurch bis zu 30000 Arbeiter. Auf diesen Meetings wurden sozialdemokratische Proklamationen laut verlesen und Reden gehalten. Polizei und Kosaken waren außerstande, diese vieltausendköpfigen Arbeiterversammlungen auseinanderzujagen. Als einige Arbeiter von der Polizei getötet wurden, kam es am nächsten Tag bei ihrer Beerdigung zu einer gewaltigen Arbeiterdemonstration. Erst nachdem die zaristische Regierung Truppen aus den benachbarten Städten zusammengezogen hatte, gelang es, den Streik zu unterdrücken. Der Kampf der Rostower Arbeiter wurde vom Don-Komitee der SDAPR geleitet.

Noch gewaltigere Ausmaße nahmen die Streiks im Jahre 1903 an. In diesem Jahre finden im Süden politische Massenstreiks statt, die Transkaukasien (Baku, Tiflis, Batum) und die größten Städte der Ukraine (Odessa, Kiew, Jekaterinoslaw) erfassen. Die Streiks werden immer hartnäckiger und organisierter. Zum Unterschied von den früheren Aktionen der Arbeiterklasse wird nunmehr der politische Kampf der Arbeiter fast überall von den sozialdemokratischen Komitees geleitet.

Die Arbeiterklasse Rußlands erhob sich zum revolutionären Kampf gegen die Zarenherrschaft.

Die Arbeiterbewegung übte auf die Bauernschaft ihren Einfluß aus. Im Frühjahr und Sommer 1902 entfaltete sich die Bauernbewegung in der Ukraine (in den Gouvernements Poltawa und Charkow) und im Wolgagebiet. Die Bauern brannten Gutshöfe nieder, besetzten gutherrliche Ländereien, töteten verhaßte Landeshauptleute und Gutsbesitzer. Gegen die aufständischen Bauern wurde Militär eingesetzt, auf die Bauern wurde geschossen, sie wurden zu Hunderten verhaftet, die Führer und Organisatoren wurden ins Gefängnis geworfen, doch die revolutionäre Bewegung der Bauern wuchs weiter an.

Die revolutionären Aktionen der Arbeiter und Bauern zeigten, daß in Rußland die Revolution heranreifte und näher rückte.

Unter dem Einfluß des revolutionären Kampfes der Arbeiter ver-

stärkte sich auch die oppositionelle Studentenbewegung. Die Regierung reagierte auf die Demonstrationen und Streiks der Studenten dadurch, daß sie die Universitäten schließen ließ, Hunderte von Studenten ins Gefängnis warf, und heckte schließlich den Plan aus, widerspenstige Studenten in den Soldatenrock zu stecken. Als Antwort darauf organisierten die Studenten aller Hochschulen im Winter 1901/02 einen Generalstreik der Studenten. Dieser Streik erfaßte an die 30000 Personen.

Die revolutionäre Bewegung der Arbeiter und Bauern und insbesondere die Repressalien gegen die Studenten brachten auch die in den sogenannten „Semstwo“ (Landschaftsvertretungen) sitzenden liberalen Bourgeois und liberalen Gutsbesitzer auf die Beine und bewogen sie, ihre Stimme zum „Protest“ gegen die „Übergriffe“ der zaristischen Regierung zu erheben, die gegen ihre Söhnchen, die Studenten, zu Repressalien griff.

Den Semstwo-Liberalen dienten die Semstwo-Verwaltungen als Stützpunkte. Semstwo-Verwaltungen wurden örtliche Verwaltungsorgane genannt, die rein örtliche, die ländliche Bevölkerung betreffende Angelegenheiten (Straßenbau, Errichtung von Krankenhäusern und Schulen) verwalteten. Die liberalen Gutsbesitzer spielten in den Semstwo-Verwaltungen eine recht ansehnliche Rolle. Sie waren mit den liberalen Bourgeois eng verbunden und verschmolzen nahezu mit ihnen, denn sie selbst hatten auf ihren Gütern den Übergang von der halbfeudalen zu der vorteilhafteren kapitalistischen Wirtschaft begonnen. Diese beiden Gruppen von Liberalen waren natürlich für die zaristische Regierung, sie waren aber gegen die „Übergriffe“ des Zarismus, da sie befürchteten, daß eben diese „Übergriffe“ die revolutionäre Bewegung stärken könnten. Sie fürchteten die „Übergriffe“ des Zarismus, noch mehr aber fürchteten sie die Revolution. Mit ihren Protesten gegen die „Übergriffe“ des Zarismus verfolgten die Liberalen zwei Ziele: erstens, den Zaren „zur Vernunft zu bringen“, zweitens, die Maske einer „großen Unzufriedenheit“ mit dem Zarismus anzulegen, das Vertrauen des Volkes zu erlangen, das Volk oder einen Teil des Volkes von der Revolution abzuspalten und dadurch die Revolution zu schwächen.

Natürlich bedeutete die Bewegung der Semstwo-Liberalen keinerlei Gefahr für das Bestehen des Zarismus, sie war aber dennoch ein Anzeichen, daß es um die „ewigen, ehernen“ Grundfesten des Zarismus nicht zum besten bestellt war.

Die Bewegung der Semstwo-Liberalen führte im Jahre 1902 zur Organisierung der bürgerlichen Gruppe „Oswoboshdenije“ („Befreiung“), die den Kern der künftigen Hauptpartei der Bourgeoisie in Rußland, der Partei der Kadetten, bildete.

Als der Zarismus sah, wie die Arbeiter- und Bauernbewegung gleich einem reißenden Strom immer drohender das Land überflutete, traf er alle Maßnahmen, um der revolutionären Bewegung Einhalt zu gebieten. Immer häufiger wird gegen die Arbeiterstreiks und Demonstrationen Militär eingesetzt; Kosakenpeitsche, Pulver und Blei werden zur üblichen Antwort der zaristischen Regierung auf die Aktionen der Arbeiter und Bauern; die Gefängnisse und Verbannungsorte werden überfüllt.

Neben den verstärkten Gewaltmaßnahmen versuchte die zaristische Regierung, auch andere, „elastischere“ Maßnahmen zu ergreifen, die nicht den Charakter von Gewaltmaßnahmen trugen, um die Arbeiter von der revolutionären Bewegung abzulenken. Es wurden Versuche unternommen, falsche Arbeiterorganisationen unter der Vormundschaft der Gendarmerie und Polizei zu schaffen. Diese Organisationen wurden damals Organisationen des „Polizeisozialismus“ oder Subatoworganisationen genannt (nach dem Namen des Gendarmerie-Obersten Subatow, der diese polizeilichen Arbeiterorganisationen gegründet hatte). Die zaristische Ochrana (Geheimpolizei) versuchte durch ihre Agenten, den Arbeitern vorzutäuschen, daß die zaristische Regierung selbst bereit sei, den Arbeitern bei der Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Forderungen zu helfen. „Wozu sich mit Politik befassen, wozu Revolution machen, wenn der Zar selbst auf der Seite der Arbeiter steht“, so sprachen die Subatowleute zu den Arbeitern. Die Subatowleute gründeten in einigen Städten ihre Organisationen. Nach dem Vorbild der Subatoworganisationen und zu demselben Zwecke wurde im Jahre 1904 von dem Popen Gapon eine Organisation unter dem Namen „Verein russischer Fabrik- und Betriebsarbeiter Petersburgs“ geschaffen.

Der Versuch der zaristischen Ochrana, sich die Arbeiterbewegung zu unterwerfen, mißlang jedoch. Die zaristische Regierung war außerstande, mit solchen Maßnahmen der anwachsenden Arbeiterbewegung Herr zu werden. Die wachsende revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse fegte diese Polizeiorganisationen von ihrer Bahn hinweg.

Der Leninsche Plan des Aufbaus der marxistischen Partei · Der Opportunismus der „Ökonomen“ · Der Kampf der „Iskra“ für den Leninschen Plan · Lenins Werk „Was tun?“ · Die ideologischen Grundlagen der marxistischen Partei

Ungeachtet des im Jahre 1898 abgehaltenen I. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, der die Gründung der Partei verkündet hatte, war die Partei doch nicht geschaffen. Es gab kein Programm und kein Statut der Partei. Das auf dem I. Parteitag gewählte Zentralkomitee der Partei war verhaftet worden und wurde nicht mehr erneuert, weil niemand da war, um es zu erneuern. Mehr noch, nach dem I. Parteitag hatten sich die ideologische Zerfahrenheit und die organisatorische Zersplitterung der Partei noch gesteigert.

Waren die Jahre 1884–1894 eine Periode des Sieges über die Volkstümlerrichtung und der ideologischen Vorbereitung der Sozialdemokratie, und die Jahre 1894–1898 eine Periode des allerdings mißlungenen Versuches, aus einzelnen marxistischen Organisationen eine sozialdemokratische Partei zu schaffen, so wurde die Periode nach 1898 zu einer Periode der Steigerung des ideologischen und organisatorischen Wirrwarrs in der Partei. Der Sieg des Marxismus über die Volkstümlerrichtung sowie die revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse erhöhten die Sympathien der revolutionären Jugend für den Marxismus, da sie gezeigt hatten, daß die Marxisten recht haben. Der Marxismus wurde Mode. Das hatte zur Folge, daß in die marxistischen Organisationen ganze Massen der revolutionären Jugend aus den Kreisen der Intelligenz strömten, die in der Theorie schwach, in organisatorischer und politischer Hinsicht unerfahren waren; sie hatten nur eine nebelhafte, größtenteils unrichtige Vorstellung vom Marxismus, die sie aus den opportunistischen Schreibereien der „legalen Marxisten“ schöpften, von denen die Presse voll war. Dies führte zu einer Senkung des theoretischen und politischen Niveaus der marxistischen Organisationen, trug „legal-marxistische“ opportunistische Stimmungen in sie hinein, steigerte die ideologische Zerfahrenheit, die politischen Schwankungen und den organisatorischen Wirrwarr.

Der wachsende Aufschwung der Arbeiterbewegung und die offenkundige Tatsache, daß die Revolution nahe war, erforderten die Schaffung einer einheitlichen zentralisierten Partei der Arbeiterklasse, die

zur Leitung der revolutionären Bewegung fähig wäre. Die örtlichen Parteiorgane, die Ortskomitees, die Gruppen und Zirkel befanden sich jedoch in einem so trostlosen Zustand, ihre organisatorische Zusammenhanglosigkeit und ihre ideologischen Unstimmigkeiten waren so groß, daß die Aufgabe der Schaffung einer solchen Partei auf unglaubliche Schwierigkeiten stieß.

Die Schwierigkeiten bestanden nicht allein darin, daß man die Partei unter den unausgesetzten brutalen Verfolgungen des Zarismus aufbauen mußte, der den Reihen der Organisationen immer wieder die besten Kräfte entriß und sie in die Verbannung schickte, in Gefängnisse und Zuchthäuser warf. Die Schwierigkeiten bestanden auch darin, daß ein bedeutender Teil der Ortskomitees und ihrer Funktionäre nicht über ihre örtliche praktische Kleinarbeit hinausblicken wollten, daß sie nicht begriffen, wie schädlich das Fehlen der organisatorischen und ideologischen Einheit der Partei war, daß sie sich an die Zersplitterung der Partei, an den ideologischen Wirrwarr in der Partei gewöhnten und der Meinung waren, man könne ohne eine einheitliche zentralisierte Partei auskommen.

Um eine zentralisierte Partei zu schaffen, mußten diese Rückständigkeit, die Trägheit und der enge Praktizismus der örtlichen Organe überwunden werden.

Aber nicht allein das. In der Partei bestand eine ziemlich zahlreiche Gruppe von Leuten, die ihre Presseorgane hatten — „Rabotschaja Mysl“ (Arbeitergedanke) in Rußland und „Rabotscheje Djelo“ (Arbeitersache) im Auslande —, eine Gruppe, die bestrebt war, die organisatorische Zersplitterung und ideologische Zerfahrenheit in der Partei theoretisch zu rechtfertigen, ja sogar nicht selten zu verherrlichen. Diese Gruppe vertrat die Ansicht, daß die Aufgabe der Schaffung einer einheitlichen zentralisierten politischen Partei der Arbeiterklasse eine unnötige und ausgeklügelte Aufgabe sei.

Das waren die „Ökonomen“ und ihre Anhänger.

Um eine einheitliche politische Partei des Proletariats zu schaffen, mußte man vor allem die „Ökonomen“ schlagen.

Die Erfüllung dieser Aufgaben und den Aufbau der Partei der Arbeiterklasse nahm Lenin in Angriff.

Über die Frage, womit der Aufbau der einheitlichen Partei der Arbeiterklasse zu beginnen sei, bestanden verschiedene Meinungen. Manche meinten, daß man den Aufbau der Partei mit der Einberufung

des II. Parteitags beginnen müsse, der sowohl die Ortsorganisationen vereinigen als auch die Partei schaffen werde. Lenin war gegen diese Meinung. Er war der Auffassung, man müsse vor der Einberufung des Parteitags die Frage der Ziele und Aufgaben der Partei klarstellen, man müsse wissen, was für eine Partei man aufbauen wolle, man müsse sich von den „Ökonomen“ ideologisch abgrenzen, man müsse der Partei offen und ehrlich sagen, daß über die Ziele und Aufgaben der Partei zwei verschiedene Meinungen bestehen, die Meinung der „Ökonomen“ und die Meinung der revolutionären Sozialdemokraten, man müsse eine umfassende Pressepropaganda für die Anschauungen der revolutionären Sozialdemokratie durchführen, ebenso wie sie von den „Ökonomen“ in ihrer Presse für ihre Anschauungen betrieben wird, man müsse den Ortsorganisationen die Möglichkeit geben, zwischen diesen beiden Strömungen bewußt ihre Wahl zu treffen. Erst nach dieser notwendigen Vorarbeit könne der Parteitag einberufen werden.

Lenin sagte geradeheraus:

„Bevor man sich vereinigt und um sich zu vereinigen, muß man sich zuerst entschieden und bestimmt voneinander abgrenzen.“
(*Lenin, Was tun?*, Dietz Verlag, Berlin 1946, 3. Aufl., S. 53.)

Demzufolge war Lenin der Auffassung, daß man den Aufbau der politischen Partei der Arbeiterklasse beginnen muß mit der Organisation einer gesamt-russischen politischen Kampfzeitung, die für die Anschauungen der revolutionären Sozialdemokratie Propaganda und Agitation betreibt, daß die Schaffung einer solchen Zeitung der erste Schritt im Aufbau der Partei sein muß.

Lenin entwarf in seinem bekannten Aufsatz „Womit beginnen?“ einen konkreten Plan des Aufbaus der Partei, der später in seinem berühmten Werke „Was tun?“ entwickelt wurde.

„Unserer Meinung nach“, sagte Lenin in diesem Aufsatz, „muß der Ausgangspunkt der Tätigkeit, der erste praktische Schritt zur Schaffung der gewünschten Organisation¹, schließlich der Leitfaden, an Hand dessen wir diese Organisation unbeirrt entwickeln, vertiefen und erweitern könnten — die Schaffung einer gesamt-russischen politischen Zeitung sein . . . Ohne sie ist jene systematische Durchführung einer prinzipienfesten und allseitigen Propa-

¹ Gemeint ist die Schaffung der Partei. *Die Red.*

ganda und Agitation unmöglich, die die ständige und wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie im allgemeinen und eine besonders dringliche Aufgabe des gegenwärtigen Moments darstellt, wo das Interesse für Politik, für Fragen des Sozialismus in den breitesten Bevölkerungsschichten wach geworden ist.“ (Ebenda, S. 27.)

Lenin war der Auffassung, daß eine solche Zeitung nicht nur ein Mittel zum ideologischen Zusammenschluß der Partei, sondern auch ein Mittel zur organisatorischen Vereinigung der Ortsorganisationen zu einer Partei sein werde. Das Netz von Vertrauensleuten und Korrespondenten einer solchen Zeitung, die Vertreter der Ortsorganisationen sind, wird als Gerippe dienen, um das die Partei organisatorisch zusammengefügt wird. „Denn“, sagte Lenin, „die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator.“

„Dieses Netz von Vertrauensleuten“, sagte Lenin in demselben Aufsatz, „wird das Gerippe gerade einer solchen Organisation bilden, wie wir sie brauchen: genügend groß, um das ganze Land zu erfassen; genügend breit und vielseitig, um eine strenge und detaillierte Arbeitsteilung durchzuführen; genügend standhaft, um unter allen Umständen, bei allen ‚Wendungen‘ und Überraschungen ihre *eigene* Arbeit unbeirrt zu leisten; genügend elastisch, um zu verstehen, einerseits einer offenen Feldschlacht gegen einen an Kraft überlegenen Feind, wenn er alle seine Kräfte an einem Punkt gesammelt hat, auszuweichen, und andererseits die Schwerfälligkeit dieses Feindes auszunutzen und ihn dann und dort anzugreifen, wo der Überfall am wenigsten erwartet wird.“ (Ebenda, S. 29/30.)

Eine solche Zeitung müsse die „Iskra“ sein.

Und in der Tat, die „Iskra“ wurde eben zu einer solchen gesamt-russischen politischen Zeitung, die den ideologischen und organisatorischen Zusammenschluß der Partei vorbereitete.

Was die Struktur und Zusammensetzung der Partei selbst betrifft, so war Lenin der Auffassung, daß die Partei aus zwei Teilen bestehen muß: a) aus einem engen Kreise ständiger leitender Kaderarbeiter, dem hauptsächlich Berufsrevolutionäre angehören sollen, das heißt Parteiarbeiter, die von allen anderen Arbeiten, außer der Parteiarbeit,

befreit sind, die über das nötige Mindestmaß theoretischer Kenntnisse, politischer Erfahrung, organisatorischer Fertigkeiten und über ein Mindestmaß der Kunst verfügen, den Kampf gegen die zaristische Polizei zu führen, der Kunst, sich vor der Polizei zu verbergen, und b) aus einem weitverzweigten Netz von Peripherie-Parteiorganisationen, aus einer zahlreichen Masse von Parteimitgliedern, die von der Sympathie Hunderttausender von Werktätigen umgeben sind und von ihnen unterstützt werden.

„Ich behaupte“, schrieb Lenin, „daß 1. keine einzige revolutionäre Bewegung ohne eine stabile und die Kontinuität wahrende Führerorganisation Bestand haben kann; 2. je breiter die Masse ist, die spontan in den Kampf hineingezogen wird..., um so dringender ist die Notwendigkeit einer solchen Organisation und um so fester muß diese Organisation sein...; 3. eine solche Organisation muß hauptsächlich aus Leuten bestehen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen; 4. je mehr wir die Mitgliedschaft einer solchen Organisation *einengen*, und zwar so weit, daß sich an der Organisation nur diejenigen Mitglieder beteiligen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen und in der Kunst des Kampfes gegen die politische Polizei berufsmäßig geschult sind, um so schwieriger wird es in einem absolutistischen Lande sein, eine solche Organisation ‚abzufangen‘, und 5. um so *breiter* wird der Kreis der Personen aus der Arbeiterklasse wie aus den übrigen Gesellschaftsklassen sein, die die Möglichkeit haben werden, an der Bewegung teilzunehmen und sich in ihr aktiv zu betätigen.“ (Ebenda, S. 153.)

Was den Charakter der zu schaffenden Partei und die Rolle der Partei in ihrem Verhältnis zur Arbeiterklasse sowie die Ziele und Aufgaben der Partei betrifft, so war Lenin der Auffassung, daß die Partei der Vortrupp der Arbeiterklasse, daß sie die führende Kraft der Arbeiterbewegung sein muß, die den Klassenkampf des Proletariats vereinigt und lenkt. Das Endziel der Partei ist der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus. Das nächste Ziel ist der Sturz des Zarismus und die Herbeiführung demokratischer Zustände. Und da der Sturz des Kapitalismus ohne den vorhergehenden Sturz des Zarismus unmöglich ist, so besteht die Hauptaufgabe der Partei im gegenwärtigen Moment darin, die Arbeiterklasse, das ganze Volk

gegen den Zarismus in den Kampf zu führen, eine revolutionäre Volksbewegung gegen den Zarismus zu entfalten, den Zarismus niederzuwerfen als das erste, ernsthafte Hindernis auf dem Wege zum Sozialismus.

„Die Geschichte hat uns jetzt die nächste Aufgabe gestellt“, sagte Lenin, „welche die *revolutionärste* von allen *nächsten* Aufgaben des Proletariats irgendeines anderen Landes ist. Die Verwirklichung dieser Aufgabe, die Zerstörung des mächtigsten Bollwerks nicht nur der europäischen, sondern (wir können jetzt sagen) auch der asiatischen Reaktion, würde das russische Proletariat zur Avantgarde des internationalen revolutionären Proletariats machen.“ (Ebenda, S. 58.)

Und ferner:

„Wir dürfen nicht vergessen, daß der Kampf gegen die Regierung um einzelne Forderungen, die Erkämpfung einzelner Zugeständnisse, nur kleine Scharmützel mit dem Feinde, kleine Vorpostengefechte sind und daß das entscheidende Gefecht noch bevorsteht. Vor uns liegt in ihrer ganzen Macht eine feindliche Festung, aus der man uns mit einem Hagel von Kugeln und Kartätschen überschüttet, die uns die besten Kämpfer entreißen. Wir müssen diese Festung erstürmen, und wir werden sie erstürmen, wenn wir alle Kräfte des erwachenden Proletariats mit allen Kräften der russischen Revolutionäre zu *einer* Partei vereinigen, zu der sich alles hingezogen fühlen wird, was es in Rußland an Lebendigem und Ehrlichem gibt. Und erst dann wird die große Prophezeiung des russischen Arbeiterrevolutionärs Peter Alexejew in Erfüllung gehen: ‚Die Millionenmasse des Arbeitervolks wird ihren muskulösen Arm erheben, und das von Soldatenbajonetten gestützte Joch der Despotie wird in Staub zerfallen!‘“ (Lenin, Ausgew. Werke, Bd. 2, S. 15.)

Das war der Leninsche Plan für die Schaffung der Partei der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des zaristischen absolutistischen Rußland.

Die „Ökonomen“ zögerten nicht, gegen den Leninschen Plan das Feuer zu eröffnen.

Die „Ökonomen“ behaupteten, daß der allgemeinpolitische Kampf gegen den Zarismus die Sache aller Klassen sei, vor allem die Sache

der Bourgeoisie, daß er in folgedessen für die Arbeiterklasse von keinem ernsthaften Interesse sei, denn das Hauptinteresse der Arbeiter sei der wirtschaftliche Kampf gegen die Unternehmer für Lohnerhöhung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen usw. Deswegen sollten sich die Sozialdemokraten nicht den politischen Kampf gegen den Zarismus, nicht den Sturz des Zarismus als nächste Hauptaufgabe stellen, sondern die Organisierung „des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter gegen die Unternehmer und die Regierung“, wobei unter wirtschaftlichem Kampf gegen die Regierung der Kampf für die Verbesserung der Fabrikgesetzgebung gemeint war. Die „Ökonomen“ versicherten, daß man auf diese Weise „dem wirtschaftlichen Kampf selbst politischen Charakter verleihen“ könnte.

Die „Ökonomen“ wagten nicht mehr, die Notwendigkeit einer politischen Partei für die Arbeiterklasse formal zu bestreiten. Sie waren aber der Auffassung, daß die Partei nicht die führende Kraft der Arbeiterbewegung sein soll, daß sie sich nicht in die spontane Bewegung der Arbeiterklasse einzumischen und noch weniger sie zu führen habe, sondern daß sie ihr zu folgen, sie zu studieren und aus ihr Lehren zu ziehen habe.

Die „Ökonomen“ behaupteten weiter, daß die Rolle des bewußten Elements in der Arbeiterbewegung, die organisierende und lenkende Rolle des sozialistischen Bewußtseins, der sozialistischen Theorie belanglos oder fast belanglos sei, daß die Sozialdemokratie die Arbeiterschaft nicht auf das Niveau des sozialistischen Bewußtseins emporzuheben, sondern im Gegenteil, sich selbst dem Niveau der mittleren oder sogar noch rückständigeren Schichten der Arbeiterklasse anzupassen habe und auf dieses Niveau hinabsteigen müsse, daß die Sozialdemokratie nicht das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen, sondern abzuwarten habe, bis die spontane Bewegung der Arbeiterklasse selbst das sozialistische Bewußtsein mit ihren eigenen Kräften herausbildet.

Was den Leninschen Organisationsplan des Aufbaus der Partei betrifft, so betrachteten sie diesen Plan als eine Art Vergewaltigung der spontanen Bewegung.

Lenin führte in den Spalten der „Iskra“ und insbesondere in seinem berühmten Buch „Was tun?“ vernichtende Schläge gegen diese opportunistische Philosophie der „Ökonomen“ und ließ von ihr keinen Stein auf dem andern.

1. Lenin zeigte, daß die Ablenkung der Arbeiterklasse vom allgemeinen politischen Kampf gegen den Zarismus und die Beschränkung ihrer Aufgaben auf den wirtschaftlichen Kampf gegen die Unternehmer und die Regierung, wobei man sowohl die Unternehmer als auch die Regierung unversehrt läßt, nichts anderes bedeuten, als die Arbeiter zu ewiger Sklaverei zu verurteilen. Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und die Regierung ist ein tradé-unionistischer Kampf für bessere Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft an die Kapitalisten, die Arbeiter wollen aber nicht nur für bessere Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft an die Kapitalisten kämpfen, sondern auch für die Beseitigung des kapitalistischen Systems selbst, das sie dazu verdammt, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen zu müssen und sich ausbeuten zu lassen. Die Arbeiter können aber den Kampf gegen den Kapitalismus, den Kampf für den Sozialismus nicht entfalten, solange der Zarismus, der Kettenhund des Kapitalismus, der Arbeiterbewegung im Wege steht. Daher besteht die nächste Aufgabe der Partei und der Arbeiterklasse darin, den Zarismus aus dem Wege zu räumen und dadurch den Weg zum Sozialismus zu bahnen.

2. Lenin zeigte, daß die Verherrlichung des spontanen Prozesses der Arbeiterbewegung und die Verneinung der führenden Rolle der Partei, die Beschränkung ihrer Rolle auf die eines Registrators der Ereignisse, nichts anderes bedeutet, als „Nachtrabpolitik“ („Chwostismus“) zu predigen, die Verwandlung der Partei in einen Nachtrab des spontanen Prozesses zu propagieren, in eine passive Kraft der Bewegung, zu nichts anderem fähig, als dem spontanen Prozeß zuzusehen und sich auf den Lauf der Dinge zu verlassen. Eine solche Propaganda betreiben, bedeutet, auf die Vernichtung der Partei hinarbeiten, das heißt die Arbeiterklasse ohne Partei belassen, das heißt die Arbeiterklasse ungerüstet lassen. Aber die Arbeiterklasse ungerüstet lassen — zu einer Zeit, wo sie solchen Feinden gegenübersteht wie dem mit allen Kampfmitteln bewaffneten Zarismus und der auf moderne Art organisierten Bourgeoisie, die ihre Partei hat, die den Kampf gegen die Arbeiterklasse leitet — heißt die Arbeiterklasse verraten.

3. Lenin zeigte, daß die Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung und die Herabminderung der Rolle der Bewußtheit, die Herabminderung der Rolle des sozialistischen Bewußtseins, der sozialistischen Theorie, nichts anderes bedeutet, als erstens, die Arbeiter, die sich zur Bewußtheit wie zum Licht hingezogen fühlen, zu verhöhnen, zweitens,

die Theorie in den Augen der Partei zu entwerten, das heißt jene Waffe zu entwerten, mit deren Hilfe sie die Gegenwart erkennt und die Zukunft voraussieht, und drittens, völlig und endgültig in den Sumpf des Opportunismus hinabzusinken.

„Ohne revolutionäre Theorie“, sagte Lenin, „kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben . . . Die Rolle des Vorkämpfers kann nur eine Partei erfüllen, die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird.“ (*Lenin, Was tun?*, S. 55 und 56.)

4. Lenin zeigte, daß die „Ökonomen“ die Arbeiterklasse dadurch betrügen, daß sie behaupten, die sozialistische Ideologie könne der spontanen Bewegung der Arbeiterklasse entspringen, denn in Wirklichkeit entspringt die sozialistische Ideologie nicht der spontanen Bewegung, sondern der Wissenschaft. Dadurch, daß die „Ökonomen“ die Notwendigkeit verneinen, das sozialistische Bewußtsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen, machen sie der bürgerlichen Ideologie den Weg frei, erleichtern sie es, diese Ideologie in die Arbeiterklasse hineinzutragen und in ihr zu verwurzeln — folglich begraben sie die Idee der Vereinigung der Arbeiterbewegung mit dem Sozialismus, helfen sie der Bourgeoisie.

„Jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung“, sagte Lenin, „jede Herabminderung der Rolle des ‚bewußten Elementes‘, der Rolle der Sozialdemokratie, *bedeutet zugleich — ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, es wünscht oder nicht — die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter.*“ (Ebenda, S. 71.)

Und ferner:

„Die Frage kann *nur so* stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht . . . Darum bedeutet *jede* Herabminderung der sozialistischen Ideologie, *jedes* Abschwenken von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie.“ (Ebenda, S. 72/73.)

5. Alle diese Fehler der „Ökonomen“ zusammenfassend, kam Lenin zu der Schlußfolgerung, daß die „Ökonomen“ keine Partei der sozialen Revolution, die die Arbeiterklasse vom Kapitalismus befreit, sondern eine Partei „sozialer Reformen“ haben wollen, die die Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitalismus voraussetzt, daß die

„Ökonomen“ infolgedessen Reformisten sind, die die ureigensten Interessen des Proletariats verraten.

6. Lenin zeigte schließlich, daß der „Ökonomismus“ keine zufällige Erscheinung in Rußland ist, daß die „Ökonomen“ Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses in der Arbeiterklasse sind, daß sie in den westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien Bundesgenossen in Gestalt der Revisionisten, der Anhänger des Opportunisten Bernstein, haben. Im Westen erstarkte in der Sozialdemokratie immer mehr eine opportunistische Strömung, die unter der Flagge der „Freiheit der Kritik“ an Marx auftrat, die eine „Revision“, das heißt Überprüfung der Marxschen Lehre forderte (daher der Name „Revisionismus“), die den Verzicht auf die Revolution, auf den Sozialismus, auf die Diktatur des Proletariats forderte. Lenin zeigte, daß die russischen „Ökonomen“ dieselbe Linie des Verzichts auf den revolutionären Kampf, auf den Sozialismus, auf die Diktatur des Proletariats befolgten.

Das sind die grundlegenden theoretischen Leitsätze, die Lenin in seinem Werke „Was tun?“ entwickelte.

Die Verbreitung des Werkes „Was tun?“ führte dazu, daß ein Jahr nach seinem Erscheinen (es wurde im März 1902 herausgegeben), um die Zeit des II. Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Rußlands, von den ideologischen Positionen des „Ökonomismus“ nur noch eine unangenehme Erinnerung übriggeblieben war und daß die Bezeichnung „Ökonomist“ von den meisten Parteiarbeitern als Beleidigung aufgefaßt wurde.

Das war die völlige ideologische Zertrümmerung des „Ökonomismus“, eine Zertrümmerung der Ideologie des Opportunismus, der Nachtrapolitik, der Spontaneität.

Aber die Bedeutung des Werkes Lenins „Was tun?“ beschränkt sich nicht allein darauf.

Die historische Bedeutung des Werkes „Was tun?“ besteht darin, daß Lenin in diesem seinem berühmten Buche:

1. als erster in der Geschichte des marxistischen Denkens die ideologischen Quellen des Opportunismus bis auf den Grund bloßlegte, indem er aufzeigte, daß sie vor allem in der Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung und in der Herabminderung der Rolle des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterbewegung bestehen;
2. die Bedeutung der Theorie, der Bewußtheit, die Bedeutung der

Partei als der revolutionierenden und führenden Kraft der spontanen Arbeiterbewegung in all ihrer Größe hervorhob;

3. den grundlegenden marxistischen Leitsatz, daß die marxistische Partei die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit dem Sozialismus darstellt, in glänzender Weise begründete;

4. die ideologischen Grundlagen der marxistischen Partei genial ausarbeitete.

Die theoretischen Leitsätze, die in dem Werke „Was tun?“ entwickelt wurden, bildeten später die Grundlage der Ideologie der bolschewistischen Partei.

Mit einem solchen theoretischen Reichtum ausgerüstet, konnte die „Iskra“ in der Tat eine breite Kampagne für den Leninschen Plan des Aufbaus der Partei, für die Sammlung der Kräfte der Partei, für den II. Parteitag, für die revolutionäre Sozialdemokratie, gegen die „Ökonomen“, gegen alle und jegliche Opportunisten, gegen die Revisionisten entfalten.

Die wichtigste Aufgabe der „Iskra“ bestand in der Ausarbeitung eines Entwurfs für das Parteiprogramm. Das Programm der Arbeiterpartei bildet bekanntlich eine kurzgefaßte, wissenschaftlich formulierte Darlegung der Ziele und Aufgaben des Kampfes der Arbeiterklasse. Das Programm setzt sowohl das Endziel der revolutionären Bewegung des Proletariats fest als auch die Forderungen, für die die Partei auf dem Wege zum Endziel kämpft. Deshalb war die Ausarbeitung des Programmentwurfs von überragender Bedeutung.

Während der Ausarbeitung des Programmentwurfs entstanden innerhalb der Redaktion der „Iskra“ ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen Lenin und Plechanow sowie anderen Redaktionsmitgliedern. Diese Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen führten fast zum völligen Bruch zwischen Lenin und Plechanow. Zum Bruch kam es aber damals noch nicht. Lenin setzte durch, daß in den Programmentwurf der höchst wichtige Punkt über die Diktatur des Proletariats aufgenommen und auf die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution klar hingewiesen wurde.

Von Lenin stammt auch der ganze Agrarteil des Parteiprogramms. Lenin trat schon damals für die Nationalisierung des Bodens ein, in der ersten Kampfperiode hielt er es jedoch für notwendig, die Forderung nach Rückgabe der Boden„abschnitte“ („Otreski“) an die Bauern aufzustellen, das heißt jener Bodenstücke, die die Gutsbesitzer bei der

„Bauernbefreiung“ vom bäuerlichen Boden abgeschnitten hatten. Gegen die Nationalisierung des Bodens trat Plechanow auf.

Lenins Auseinandersetzungen mit Plechanow in der Frage des Parteiprogramms waren zum Teil für die künftigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bolschewiki und Menschewiki bestimmend.

3

Der II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands Die Annahme des Programms und des Statuts und die Schaffung einer einheitlichen Partei · Die Meinungsverschiedenheiten auf dem Parteitag und die Entstehung zweier Strömungen in der Partei: der bolschewistischen und der menschewistischen

Somit hatten der Sieg der Leninschen Prinzipien und der erfolgreiche Kampf der „Iskra“ für den Leninschen Organisationsplan alle grundlegenden Bedingungen vorbereitet, die notwendig waren, um eine Partei zu schaffen oder — wie man damals sagte — eine wirkliche Partei zu schaffen. Die „Iskra“-Richtung hatte in den sozialdemokratischen Organisationen in Rußland den Sieg davongetragen. Jetzt konnte man den II. Parteitag einberufen.

Am 17. (30.) Juli 1903 wurde der II. Parteitag der SDAPR eröffnet. Der Parteitag trat im Auslande geheim zusammen. Zuerst fanden die Sitzungen in Brüssel statt. Dann forderte jedoch die belgische Polizei die Parteitagsdelegierten auf, Belgien zu verlassen. Der Parteitag wurde daraufhin nach London verlegt.

Zum Parteitag trafen insgesamt 43 Delegierte von 26 Organisationen ein. Jedes Komitee hatte das Recht, zwei Delegierte zum Parteitag zu entsenden, manche Komitees entsandten jedoch nur einen Delegierten. Auf diese Weise hatten die 43 Delegierten 51 beschließende Stimmen.

Die Hauptaufgabe des Parteitags bestand „in der Schaffung einer *wirklichen* Partei auf denjenigen prinzipiellen und organisatorischen Grundlagen, die von der ‚Iskra‘ vorgeschlagen und ausgearbeitet worden waren“. (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 329.)

Die Zusammensetzung des Parteitags war nicht gleichartig. Die offenkundigen „Ökonomen“ waren infolge der Niederlage, die sie erlitten hatten, auf dem Parteitag nicht vertreten. Seitdem jedoch hatten sich die „Ökonomen“ so geschickt verstellt, daß es ihnen gelang, einige Delegierte durchzuschmuggeln. Außerdem unterschieden sich die De-

legierten des „Bund“ nur in Worten von den „Ökonomen“, in Wirklichkeit waren sie jedoch für die „Ökonomen“.

Auf dem Parteitag waren somit nicht nur Anhänger, sondern auch Gegner der „Iskra“ anwesend. Anhänger der „Iskra“ gab es 33, sie hatten also die Mehrheit. Aber nicht alle, die sich zu den „Iskra“-Leuten zählten, waren wirkliche „Iskra“-Leute, Leninisten. Die Delegierten zerfielen in einige Gruppierungen. Die Anhänger Lenins oder die standhaften „Iskra“-Leute hatten 24 Stimmen, 9 „Iskra“-Leute gingen mit Martow. Das waren die unbeständigen „Iskra“-Leute. Ein Teil der Delegierten schwankte zwischen der „Iskra“ und deren Gegnern; diese Delegierten hatten auf dem Parteitag 10 Stimmen. Das war das Zentrum. Die offenen Gegner der „Iskra“ hatten 8 Stimmen (3 „Ökonomen“ und 5 Bundisten). Es genügte, daß sich die „Iskra“-Leute spalteten, und die Feinde der „Iskra“ konnten die Oberhand gewinnen.

Hieraus ist zu ersehen, wie kompliziert die Situation auf dem Parteitag war. Lenin wandte viel Kraft auf, um den Sieg der „Iskra“ auf dem Parteitag sicherzustellen.

Die wichtigste Angelegenheit des Parteitags war die Annahme des Parteiprogramms. Die Hauptfrage, die bei der Erörterung des Programms bei dem opportunistischen Teil des Parteitags auf Einwände stieß, war die Frage der Diktatur des Proletariats. Die Opportunisten waren auch in einer Reihe anderer Programmfragen mit dem revolutionären Teil des Parteitags nicht einverstanden. Sie entschlossen sich jedoch, hauptsächlich in der Frage der Diktatur des Proletariats eine Schlacht zu liefern, wobei sie sich darauf beriefen, daß eine Reihe sozialdemokratischer Parteien des Auslands keinen Punkt über die Diktatur des Proletariats in ihrem Programm habe und daß man ihn daher auch nicht in das Programm der Sozialdemokratie Rußlands aufzunehmen brauche.

Die Opportunisten erhoben auch Einwände gegen die Aufnahme von Forderungen zur Bauernfrage in das Parteiprogramm. Diese Leute wollten nicht die Revolution, deshalb verhielten sie sich dem Bundesgenossen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, gegenüber fremd und feindselig.

Die Bundisten und die polnischen Sozialdemokraten erhoben Einwände gegen das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung. Lenin lehrte stets, daß die Arbeiterklasse verpflichtet ist, gegen die nationale Unterdrückung zu kämpfen. Einwände gegen diese Programmforderung

wären gleichbedeutend mit dem Vorschlag, auf den proletarischen Internationalismus zu verzichten, zum Helfershelfer der nationalen Unterdrückung zu werden.

Lenin führte einen vernichtenden Schlag gegen alle diese Einwände.

Der Parteitag nahm das von der „Iskra“ vorgeschlagene Programm an.

Dieses Programm bestand aus zwei Teilen: aus dem Maximalprogramm und dem Minimalprogramm. Im Maximalprogramm wurde von der Hauptaufgabe der Partei der Arbeiterklasse gesprochen: von der sozialistischen Revolution, vom Sturz der Macht der Kapitalisten, von der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Im Minimalprogramm wurde von den nächsten Aufgaben der Partei gesprochen, die noch vor dem Sturz der kapitalistischen Ordnung, vor der Errichtung der Diktatur des Proletariats durchzuführen sind: vom Sturz der zaristischen Selbstherrschaft, von der Errichtung der demokratischen Republik, von der Einführung des achtstündigen Arbeitstags für die Arbeiter, von der Liquidierung aller Überreste der Leibeigenschaft auf dem Lande, von der Rückgabe des Bodens an die Bauern, den ihnen die Gutsbesitzer geraubt hatten (der Boden „abschnitte“, der „Otreski“).

Später ersetzten die Bolschewiki die Forderung nach Rückgabe der Boden „abschnitte“ durch die Forderung nach Konfiskation des gesamten Bodens der Gutsbesitzer.

Das auf dem II. Parteitag angenommene Programm war ein revolutionäres Programm der Partei der Arbeiterklasse.

Es bestand bis zum VIII. Parteitag, als unsere Partei nach dem Siege der proletarischen Revolution ein neues Programm annahm.

Nach Annahme des Programms schritt der II. Parteitag zur Erörterung des Entwurfs des Parteistatuts. Nachdem der Parteitag das Programm angenommen und die Grundlage der ideologischen Vereinigung der Partei geschaffen hatte, mußte er auch ein Parteistatut annehmen, um der Handwerkskerei und dem Zirkelwesen, der organisatorischen Zersplitterung und dem Fehlen einer straffen Disziplin in der Partei ein Ende zu bereiten.

War jedoch die Annahme des Programms verhältnismäßig glatt verlaufen, so löste die Frage des Parteistatuts auf dem Parteitag heftige Auseinandersetzungen aus. Die schärfsten Meinungsverschiedenheiten kamen wegen der Formulierung des ersten Paragraphen des Statuts, über die Parteimitgliedschaft, zum Ausbruch. Wer Mitglied der Partei sein kann, wie die Zusammensetzung der Partei sein soll, was die Par-

tei in organisatorischer Beziehung darstellen soll — ein organisiertes Ganzes oder irgend etwas Ungeformtes —, das waren die Fragen, die im Zusammenhang mit dem ersten Paragraphen des Statuts auftauchten. Zwei Formulierungen kämpften miteinander: die Formulierung Lenins, die von Plechanow und den standhaften „Iskra“-Leuten unterstützt wurde, und die Formulierung Martows, die von Axelrod, Sassulitsch, den unbeständigen „Iskra“-Leuten, von Trotzki und dem gesamten offen opportunistischen Teil des Parteitags unterstützt wurde.

Die Formulierung Lenins besagte, daß Mitglied der Partei jeder sein kann, der das Parteiprogramm anerkennt, die Partei in materiel-ler Hinsicht unterstützt und Mitglied einer ihrer Organisationen ist. Die Formulierung Martows dagegen betrachtete zwar die Anerkennung des Programms und die materielle Unterstützung der Partei als notwendige Bedingungen, um Mitglied der Partei zu sein, sah jedoch die Beteiligung an einer der Parteiorganisationen nicht als Bedingung der Parteimitgliedschaft an, da sie den Standpunkt vertrat, daß ein Parteimitglied nicht auch Mitglied einer der Parteiorganisationen zu sein brauche.

Lenin betrachtete die Partei als *organisierten* Trupp, dessen Mitglied man nicht dadurch wird, daß man sich selber zur Partei zählt, sondern dessen Mitglieder von einer der Parteiorganisationen in die Partei aufgenommen werden und sich folglich der Parteidisziplin unterwerfen, während Martow die Partei als etwas organisatorisch *Ungeformtes* betrachtete, dessen Mitglied man wird, wenn man sich selber zur Partei zählt, und dessen Mitglieder folglich nicht verpflichtet sind, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen, da sie keiner Parteiorganisation angehören.

Somit öffnete die Formulierung Martows zum Unterschied von der Leninschen Formulierung unbeständigen, nichtproletarischen Elementen die Tore der Partei sperrangelweit. Am Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution gab es unter der bürgerlichen Intelligenz Leute, die vorübergehend mit der Revolution sympathisierten. Sie konnten hin und wieder der Partei sogar einen kleinen Dienst erweisen. Diese Leute wären jedoch nicht gewillt gewesen, einer Parteiorganisation beizutreten, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen, Parteaufträge auszuführen und sich den damit verbundenen Gefahren auszusetzen. Und solche Leute sollten nach dem Vorschlag Martows und anderer Menschewiki als Parteimitglieder betrachtet werden,

ihnen sollte das Recht und die Möglichkeit gegeben werden, auf die Parteiangelegenheiten Einfluß zu nehmen. Sie machten sogar den Vorschlag, jedem Streikenden das Recht zu geben, sich zu den Parteimitgliedern zu „zählen“, obwohl sich an den Streiks auch Nichtsozialisten, Anarchisten, Sozialrevolutionäre beteiligten.

Es ergab sich somit, daß die Martowleute an Stelle einer Kampfpartei aus einem Guß, an Stelle einer straff organisierten Partei, für die Lenin und die Leninisten auf dem Parteitag kämpften, eine buntscheckige und verschwommene, eine ungeformte Partei haben wollten, die schon deswegen keine Kampfpartei sein konnte, weil sie buntscheckig gewesen wäre und einer festen Disziplin entbehrt hätte.

Die Abspaltung der unbeständigen „Iskra“-Leute von den standhaften „Iskra“-Leuten, ihr Bündnis mit dem Zentrum und der Anschluß der offenen Opportunisten an sie, gaben Martow in dieser Frage das Übergewicht. Der Parteitag nahm mit einer Mehrheit von 28 gegen 22 Stimmen bei einer Stimmenthaltung den ersten Paragraphen des Statuts in der Martowschen Formulierung an.

Nach der Spaltung der „Iskra“-Leute in der Frage des ersten Paragraphen des Statuts verschärfte sich der Kampf auf dem Parteitag noch mehr. Der Parteitag näherte sich seinem Ende, den Wahlen der leitenden Parteiinstitutionen: der Redaktion des Zentralorgans der Partei („Iskra“) und des Zentralkomitees. Bevor jedoch der Parteitag zu den Wahlen schritt, kam es zu einigen Ereignissen, die das Kräfteverhältnis auf dem Parteitag änderten.

Im Zusammenhang mit dem Parteistatut hatte sich der Parteitag mit dem „Bund“ zu befassen. Der „Bund“ erhob Anspruch auf eine Sonderstellung in der Partei. Er verlangte, daß man ihn als einzigen Vertreter der jüdischen Arbeiter in Rußland anerkenne. Auf diese Forderung des „Bund“ einzugehen, hätte bedeutet, die Arbeiter in den Parteiorganisationen nach ihrer Nationalität zu trennen, auf einheitliche territoriale Klassenorganisationen der Arbeiterklasse zu verzichten. Der Parteitag lehnte den organisatorischen Nationalismus des „Bund“ ab. Daraufhin verließen die Bundisten den Parteitag. Den Parteitag verließen auch zwei „Ökonomen“, als der Parteitag es ablehnte, ihren Auslandsverband als Vertretung der Partei im Auslande anzuerkennen.

Dadurch, daß sieben Opportunisten den Parteitag verließen, veränderte sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Leninisten.

Die Frage der Zusammensetzung der zentralen Parteiinstitutionen

stand von Anfang an im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit Lenins. Lenin hielt es für notwendig, daß in das Zentralkomitee standhafte und konsequente Revolutionäre gewählt werden. Die Martowleute strebten danach, ein Übergewicht der unbeständigen, opportunistischen Elemente im Zentralkomitee herbeizuführen. Die Mehrheit des Parteitag ging in dieser Frage mit Lenin. In das Zentralkomitee wurden Anhänger Lenins gewählt.

Auf Antrag Lenins wurden in die Redaktion der „Iskra“ Lenin, Plechanow und Martow gewählt. Martow forderte auf dem Parteitag, daß alle sechs alten Redakteure der „Iskra“, deren Mehrheit aus seinen Anhängern bestand, in die Redaktion der „Iskra“ gewählt werden. Der Parteitag lehnte diese Forderung mit Stimmenmehrheit ab. Gewählt wurde die von Lenin vorgeschlagene Dreiergruppe. Darauf erklärte Martow, daß er in die Redaktion des Zentralorgans nicht eintreten werde.

Somit bekräftigte der Parteitag durch seine Abstimmung in der Frage der zentralen Parteiinstitutionen die Niederlage der Anhänger Martows und den Sieg der Anhänger Lenins.

Von diesem Zeitpunkt an nannte man die Anhänger Lenins, die auf dem Parteitag bei den Wahlen die Mehrheit (russisch: Bolschinstwo) der Stimmen erhalten hatten, Bolschewiki, und die Gegner Lenins, die die Minderheit (russisch: Menschinstwo) der Stimmen erhalten hatten, nannte man Menschewiki.

Die Ergebnisse der Arbeit des II. Parteitags zusammenfassend, können folgende Schlußfolgerungen gezogen werden:

1. der Parteitag verankerte den Sieg des Marxismus über den „Ökonomismus“, über den offenen Opportunismus;
2. der Parteitag nahm das Programm und das Statut an, schuf die sozialdemokratische Partei und fügte auf diese Weise den Rahmen für eine einheitliche Partei;
3. der Parteitag deckte das Vorhandensein ernster organisatorischer Meinungsverschiedenheiten auf, die die Partei in zwei Teile trennten, in Bolschewiki und Menschewiki, von denen die ersteren die organisatorischen Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie verfochten, die letzteren aber in den Sumpf der organisatorischen Verschwommenheit, in den Sumpf des Opportunismus hinabsanken;
4. der Parteitag zeigte, daß die Stelle der alten, bereits von der Partei geschlagenen Opportunisten, die Stelle der „Ökonomen“, in

der Partei neue Opportunisten einzunehmen begannen — die Menschewiki;

5. der Parteitag stand auf dem Gebiet der Organisationsfragen nicht auf der Höhe seiner Aufgaben, machte Schwankungen durch, gab den Menschewiki zuweilen sogar das Übergewicht, und obwohl zum Schluß eine Wendung zum Bessern eintrat, vermochte der Parteitag nicht, den Opportunismus der Menschewiki in Organisationsfragen zu entlarven und sie in der Partei zu isolieren, ja, er vermochte nicht einmal der Partei diese Aufgabe zu stellen.

Der letztgenannte Umstand war eine der Hauptursachen, daß der Kampf zwischen Bolschewiki und Menschewiki nach dem Parteitag nicht nur nicht abflaute, sondern im Gegenteil sich noch mehr verschärfte.

4

Die Spaltungstätigkeit der menschewistischen Führer und die Verschärfung des Kampfes innerhalb der Partei nach dem II. Parteitag
Der Opportunismus der Menschewiki · Lenins Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ · Die organisatorischen Grundlagen der marxistischen Partei

Nach dem II. Parteitag verschärfte sich der Kampf innerhalb der Partei noch mehr. Die Menschewiki waren aus allen Kräften bemüht, die Beschlüsse des II. Parteitags zu durchkreuzen und sich der Parteizentren zu bemächtigen. Die Menschewiki forderten, daß in die Redaktion der „Iskra“ und in das Zentralkomitee ihre Vertreter in einer Anzahl aufgenommen werden, daß sie in der Redaktion die Mehrheit und im Zentralkomitee ebensoviel Mitglieder hätten wie die Bolschewiki. Da dies den direkten Beschlüssen des II. Parteitags widersprach, lehnten die Bolschewiki die Forderung der Menschewiki ab. Daraufhin gründeten die Menschewiki unter Geheimhaltung vor der Partei ihre parteifeindliche fraktionelle Organisation, an deren Spitze Martow, Trotzki und Axelrod standen, und „begannen“, wie Martow schrieb, „den Aufstand gegen den Leninismus“. Als Kampfmethode gegen die Partei wählten sie „die Desorganisation der gesamten Parteiarbeit, Schadenstiftung, Sabotage auf Schritt und Tritt“ (Ausspruch Lenins). Sie verschanzten sich in der „Auslandsliga“ der russischen Sozialdemokraten, die zu neun Zehnteln aus emigrierten, von der

Arbeit in Rußland losgelösten Intellektuellen bestand, und eröffneten von hier aus das Feuer gegen die Partei, gegen Lenin und die Leninisten.

Die Menschewiki fanden große Hilfe bei Plechanow. Auf dem II. Parteitag war Plechanow mit Lenin gegangen. Nach dem II. Parteitag jedoch ließ sich Plechanow von den Menschewiki durch die Drohung mit der Spaltung einschüchtern. Er faßte den Entschluß, sich um jeden Preis mit den Menschewiki „auszusöhnen“. Zu den Menschewiki wurde Plechanow durch den Ballast seiner früheren opportunistischen Fehler hingezogen. Aus einem Versöhnler gegenüber den menschwistischen Opportunisten wurde Plechanow bald selbst zu einem Menschewik. Plechanow forderte die Aufnahme aller alten, vom Parteitag abgelehnten menschwistischen Redakteure in die Redaktion der „Iskra“. Lenin konnte sich natürlich damit nicht einverstanden erklären und trat aus der Redaktion der „Iskra“ aus, um sich im Zentralkomitee der Partei eine feste Position zu sichern und von hier aus die Opportunisten zu bekämpfen. Plechanow kooptierte eigenmächtig, unter Verletzung des Willens des Parteitags, die früheren menschwistischen Redakteure in die Redaktion der „Iskra“. Von diesem Zeitpunkt an, von Nummer 52 der „Iskra“ angefangen, verwandelten die Menschewiki die „Iskra“ in ihr Organ und begannen durch die „Iskra“ ihre opportunistischen Anschauungen zu propagieren.

Seit dieser Zeit spricht man in der Partei von der *alten* „Iskra“ als der Leninschen, bolschewistischen „Iskra“ und von der *neuen* „Iskra“ als der menschwistischen, opportunistischen „Iskra“.

Mit dem Übergang der „Iskra“ in die Hände der Menschewiki wurde sie zum Organ des Kampfes gegen Lenin, gegen die Bolschewiki, zum Organ der Propaganda des menschwistischen Opportunismus, vor allem auf dem Gebiete der Organisationsfragen. Die Menschewiki schlossen sich mit den „Ökonomen“ und Bundisten zusammen und eröffneten in den Spalten der „Iskra“ einen Feldzug gegen den — wie sie sagten — Leninismus. Plechanow konnte nicht in der Position des Versöhnlertums verharren und schloß sich nach einiger Zeit ebenfalls dem Feldzug an. Der Logik der Dinge nach mußte es auch so kommen: wer auf dem Versöhnlertum gegenüber Opportunisten besteht, der muß zum Opportunismus hinabsinken. Aus den Spalten der neuen „Iskra“ ergossen sich wie aus einem Kübel Erklärungen und Artikel, daß die Partei kein organisiertes Ganzes sein solle, daß man in der

Partei freie Gruppen und Einzelgänger zulassen müsse, die nicht verpflichtet sind, sich den Beschlüssen der Parteiorgane unterzuordnen, daß es jedem Intellektuellen, jedem mit der Partei Sympathisierenden ebenso wie „jedem Streikenden“ und „jedem Demonstranten“ gestattet werden müsse, sich für ein Mitglied der Partei zu erklären, daß die Forderung nach Unterordnung unter alle Parteibeschlüsse ein „formal-bürokratisches“ Verhalten sei, daß die Forderung nach Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit eine „mechanische Unterdrückung“ des Willens der Parteimitglieder sei, daß die Forderung nach gleichmäßiger Unterordnung aller Parteimitglieder, der Führer wie der einfachen Mitglieder, unter die Parteidisziplin die Einführung einer „Leibeigenschaft“ in der Partei bedeute, daß „wir“ in der Partei keinen Zentralismus, sondern einen anarchischen „Autonomismus“ brauchen, der einzelnen Personen und Parteiorganisationen das Recht gibt, die Parteibeschlüsse nicht durchzuführen.

Das war eine hemmungslose Propaganda für die organisatorische Verlotterung, für die Untergrabung des Parteiprinzips und der Parteidisziplin, für die Verherrlichung des Intellektuellen-Individualismus, für die Rechtfertigung der anarchischen Undiszipliniertheit.

Die Menschewiki zerrten offenkundig die Partei vom II. Parteitag zur organisatorischen Zersplitterung, zum Zirkelwesen, zur Handwerkerei zurück.

Den Menschewiki mußte eine entschiedene Abfuhr erteilt werden.

Diese Abfuhr erteilte ihnen Lenin in seinem berühmten Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, das im Mai 1904 erschien.

Die grundlegenden organisatorischen Leitsätze, die Lenin in diesem Buch entwickelte und die in der Folge die Organisationsgrundlagen der bolschewistischen Partei wurden, bestehen in folgendem:

1. Die marxistische Partei ist ein Teil, ein Trupp der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse hat jedoch viele Trupps, folglich kann nicht jeder Trupp der Arbeiterklasse als Partei der Arbeiterklasse bezeichnet werden. Die Partei unterscheidet sich von anderen Trupps der Arbeiterklasse vor allem dadurch, daß sie keinen einfachen Trupp, sondern den *Vortrupp*, den *bewußten* Trupp, den *marxistischen* Trupp der Arbeiterklasse darstellt, der mit der Kenntnis des gesellschaftlichen Lebens, mit der Kenntnis der Entwicklungsgesetze des gesellschaftlichen Lebens, mit der Kenntnis der Gesetze des Klassenkampfes gewappnet und infolgedessen fähig ist, die Arbeiterklasse zu führen, ihren Kampf

zu leiten. Daher darf man die Partei und die Arbeiterklasse nicht verwechseln, wie man den Teil und das Ganze nicht verwechseln darf, man darf nicht fordern, daß sich jeder Streikende für ein Mitglied der Partei erklären kann, denn wer Partei und Klasse verwechselt, der setzt das Niveau der Bewußtheit der Partei auf das Niveau „jedes Streikenden“ herab, der liquidiert die Partei als bewußten Vortrupp der Arbeiterklasse. Die Aufgabe der Partei besteht nicht darin, ihr Niveau auf das Niveau „jedes Streikenden“ zu *senken*, sondern darin, die Massen der Arbeiter zu *heben*, „jeden Streikenden“ auf das Niveau der Partei zu *heben*.

„Wir sind die Partei der Klasse“, schrieb Lenin, „und deshalb muß *fast die gesamte Klasse* (und in Kriegszeiten, in der Epoche des Bürgerkrieges, restlos die gesamte Klasse) unter der Leitung unserer Partei handeln, sie muß sich unserer Partei so eng wie möglich anschließen, doch wäre es ‚Manilowerei‘¹ und ‚Nachtrabpolitik‘, wollte man glauben, daß irgendwann unter der Herrschaft des Kapitalismus fast die gesamte Klasse oder die gesamte Klasse imstande wäre, sich bis zu der Bewußtheit und der Aktivität zu erheben, auf der ihr Vortrupp, ihre sozialdemokratische Partei steht. Kein vernünftiger Sozialdemokrat hat je daran gezweifelt, daß unter dem Kapitalismus selbst die Gewerkschaftsorganisation (die primitiver, dem Bewußtsein der unentwickelten Schichten zugänglicher ist) außerstande ist, fast die gesamte oder die gesamte Arbeiterklasse zu erfassen. Es würde bedeuten, nur sich selbst zu betrügen, die Augen vor der gewaltigen Größe unserer Aufgaben zu verschließen, diese Aufgaben einzuengen, wollte man den Unterschied zwischen dem Vortrupp und all den Massen, die sich zu ihm hingezogen fühlen, vergessen, wollte man die ständige Pflicht des Vortrupps vergessen, immer breitere Schichten auf das Niveau dieses Vortrupps zu *heben*.“ (Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 356.)

2. Die Partei ist nicht nur der Vortrupp, der bewußte Trupp der Arbeiterklasse, sondern zugleich auch der *organisierte* Trupp der Arbeiterklasse, der seine Disziplin besitzt, die für alle seine Mitglieder verbindlich ist. Deshalb müssen die Parteimitglieder unbedingt Mit-

¹ *Manilowerei* — müßige Gefühlsduselei und leere Träumerei; *Manilow* — Gestalt aus Gogols Werk „Die toten Seelen“. *Der Übers.*

glieder einer der Organisationen der Partei sein. Wäre die Partei kein *organisierter* Trupp der Klasse, kein *Organisationssystem*, sondern eine einfache Summe von Menschen, die sich selbst für Parteimitglieder erklären, aber keiner der Organisationen der Partei angehören und daher *nicht organisiert*, folglich auch nicht verpflichtet sind, sich den Parteibeschlüssen unterzuordnen, so würde die Partei niemals einen einheitlichen Willen haben, würde sie niemals die Aktionseinheit ihrer Mitglieder verwirklichen können und würde infolgedessen nicht die Möglichkeit haben, den Kampf der Arbeiterklasse zu leiten. Die Partei kann nur dann den Kampf der Arbeiterklasse praktisch leiten und die Arbeiterklasse auf ein Ziel hinlenken, wenn alle ihre Mitglieder in einem einheitlichen gemeinsamen Trupp *organisiert* sind, der durch die Einheit des Willens, die Einheit der Aktionen, die Einheit der Disziplin zusammengeschweißt ist.

Der Einwand der Menschewiki, daß in diesem Falle viele Intellektuelle, zum Beispiel Professoren, Studenten, Gymnasiasten u. dgl., außerhalb der Partei verbleiben würden, da sie keiner Parteiorganisation beitreten wollen, entweder deswegen, weil ihnen die Parteidisziplin beschwerlich ist, oder deswegen, wie Plechanow auf dem II. Parteitag sagte, weil sie es „als erniedrigend betrachten, in diese oder jene Ortsorganisation einzutreten“, — dieser Einwand der Menschewiki schlägt ihnen selbst ins Gesicht, denn die Partei braucht keine Mitglieder, denen die Parteidisziplin beschwerlich ist und die sich fürchten, in eine Parteiorganisation einzutreten. Die Arbeiter fürchten die Disziplin und die Organisation nicht und treten gerne einer Organisation bei, wenn sie sich entschlossen haben, Mitglieder der Partei zu werden. Die Disziplin und die Organisation fürchten individualistisch gesinnte Intellektuelle, und diese werden wirklich außerhalb der Partei bleiben. Das ist aber gerade gut, denn die Partei wird von dem Zustrom unbeständiger Elemente befreit werden, der besonders jetzt, in der Periode des beginnenden Aufschwungs der bürgerlich-demokratischen Revolution, zugenommen hat.

„Wenn ich sage“, schrieb Lenin, „daß die Partei die *Summe* (nicht die einfache arithmetische Summe, sondern ein Komplex) von *Organisationen* sein muß, so . . . bringe ich damit ganz klar und genau meinen Wunsch, meine Forderung zum Ausdruck, daß die Partei als Vortrupp der Klasse etwas möglichst *Organisiertes* darstelle, daß die Partei nur solche Elemente in sich aufnehme,

die wenigstens ein Mindestmaß an Organisiertheit ermöglichen.“
(Ebenda, S. 353/54.)

Und ferner:

„In Worten verteidigt Martows Formel die Interessen der breiten Schichten des Proletariats; in der Tat wird diese Formel den Interessen der bürgerlichen Intelligenz dienen, die sich vor der proletarischen Disziplin und Organisation scheut. Niemand wird zu leugnen wagen, daß die Intelligenz als besondere Schicht der modernen kapitalistischen Gesellschaft im großen und ganzen gerade durch den Individualismus und die Unfähigkeit zur Disziplin und Organisation gekennzeichnet ist.“ (Ebenda, S. 362.)

Und schließlich:

„Das Proletariat fürchtet die Organisation und die Disziplin nicht . . . Das Proletariat wird keinen Finger dafür rühren, daß die Herren Professoren und Gymnasiasten, die keiner Organisation beitreten wollen, als Parteimitglieder anerkannt werden, nur weil sie unter der Kontrolle einer Organisation arbeiten . . . Nicht dem Proletariat, sondern manchen Intellektuellen in unserer Partei mangelt es an Selbsterziehung im Geiste der Organisation und der Disziplin.“ (Ebenda, S. 392.)

3. Die Partei ist nicht einfach ein organisierter Trupp, sondern unter allen Organisationen der Arbeiterklasse „die höchste Form der Organisation“, die berufen ist, alle anderen Organisationen der Arbeiterklasse zu leiten. Die Partei als höchste Form der Organisation, die aus den besten Menschen der Klasse besteht, die mit der fortgeschrittenen Theorie, mit der Kenntnis der Gesetze des Klassenkampfes und mit der Erfahrung der revolutionären Bewegung gewappnet sind, hat alle Möglichkeiten — und ist verpflichtet —, alle anderen Organisationen der Arbeiterklasse zu leiten. Das Bestreben der Menschewiki, die leitende Rolle der Partei zu verkleinern und herabzusetzen, führt zur Schwächung aller anderen, von der Partei geleiteten Organisationen des Proletariats, folglich zur Schwächung und Entwaffnung des Proletariats, denn „das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation“ (ebenda, S. 415).

4. Die Partei ist die Verkörperung der Verbindung des Vortrupps der Arbeiterklasse mit den Millionenmassen der Arbeiterklasse. Mag

die Partei der beste Vortrupp sein und mag sie noch so gut organisiert sein, sie kann dennoch ohne Verbindung mit den parteilosen Massen, ohne Mehrung dieser Verbindungen, ohne Festigung dieser Verbindungen nicht leben und sich entwickeln. Eine Partei, die sich abgekapselt hat, die sich von den Massen abgesondert und die Verbindungen mit ihrer Klasse verloren oder auch nur abgeschwächt hat, muß das Vertrauen und die Unterstützung der Massen verlieren und folglich unvermeidlich untergehen. Um ein vollkräftiges Leben zu führen und sich zu entwickeln, muß die Partei die Verbindungen mit den Massen mehren und das Vertrauen der Millionenmassen ihrer Klasse erlangen.

„Um eine sozialdemokratische *Partei* zu sein“, sagte Lenin, „muß man die *Unterstützung* gerade *der Klasse* erlangen.“ (Lenin, Sämtl. Werke, Bd. VI, S. 208 russ.)

5. Die Partei muß — um richtig zu funktionieren und die Massen planmäßig zu leiten — auf der Grundlage des *Zentralismus* organisiert sein, ein einheitliches Statut, eine einheitliche Parteidisziplin, ein einheitliches leitendes Organ in Gestalt des Parteitags und in der Zeit zwischen den Parteitagungen in Gestalt des Zentralkomitees der Partei an der Spitze haben, wobei sich die Minderheit der Mehrheit, die einzelnen Organisationen dem Zentrum, die unteren Organisationen den höheren unterordnen müssen. Ohne diese Vorbedingungen kann die Partei der Arbeiterklasse keine wirkliche Partei sein, kann sie ihre Aufgaben bei der Führung der Klasse nicht erfüllen.

Natürlich konnten die Parteiorganisationen zu jenen Zeiten infolge der Illegalität der Partei unter dem Regime der zaristischen Selbstherrschaft nicht auf der Grundlage der Wählbarkeit von unten aufgebaut sein; die Partei war gezwungen, einen streng konspirativen Charakter zu tragen. Lenin war jedoch der Auffassung, daß diese *vorübergehende* Erscheinung im Leben unserer Partei schon in den ersten Tagen nach der Beseitigung des Zarismus wegfallen wird, wo die Partei zu einer offen auftretenden und legalen Partei werden wird und die Parteiorganisationen auf der Grundlage demokratischer Wahlen, auf der Grundlage des *demokratischen Zentralismus* aufgebaut sein werden.

„Früher“, schrieb Lenin, „war unsere Partei kein formal organisiertes Ganzes, sondern nur die Summe vereinzelter Gruppen,

und darum konnte es auch keine anderen Beziehungen zwischen diesen Gruppen geben als die ideologische Beeinflussung. *Jetzt* sind wir eine organisierte Partei geworden, und dies eben bedeutet die Schaffung einer Macht, die Verwandlung der Autorität der Ideen in eine Autorität der Macht, die Unterordnung der unteren Parteikörperschaften unter die höheren.“ (*Lenin, Sämtl. Werke, Bd. VI, S. 291 russ.*)

Lenin beschuldigte die Menschewiki des organisatorischen Nihilismus und des Edelanarchismus, der die Macht der Partei und ihre Disziplin über sich nicht duldet, und schrieb:

„Dem russischen Nihilisten ist dieser Edelanarchismus besonders eigen. Die Parteiorganisation erscheint ihm als eine ungeheuerliche ‚Fabrik‘, die Unterordnung des Teiles unter das Ganze und der Minderheit unter die Mehrheit erscheint ihm als ‚Hörigkeit‘ ... die Arbeitsteilung unter der Leitung des Zentrums ruft bei ihm ein tragikomisches Gezeter gegen die Verwandlung der Menschen in ‚Rädchen und Schräubchen‘ hervor (wobei als besonders mörderische Art dieser Verwandlung die Verwandlung von Redakteuren in Mitarbeiter betrachtet wird), die Erwähnung des Organisationsstatuts der Partei ruft eine verächtliche Grimasse und die geringschätzigte Bemerkung (an die Adresse der ‚Formalisten‘) hervor, daß es ja auch ganz ohne Statut gehen könnte.“ (*Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 395.*)

6. Will die Partei die *Einheit* ihrer Reihen bewahren, so muß sie in ihrer Praxis eine *einheitliche* proletarische Disziplin durchsetzen, die für alle Parteimitglieder *gleicherweise* verbindlich ist, sowohl für die Führer als auch für die einfachen Mitglieder. Daher darf es in der Partei keine Teilung geben in „Auserwählte“, für die die Disziplin nicht verbindlich ist, und „Nichtauserwählte“, die sich der Disziplin fügen müssen. Ohne diese Vorbedingung kann die Unversehrtheit der Partei und die Einheit ihrer Reihen nicht gewahrt werden.

„Das vollständige Fehlen *vernünftiger* Argumente“, schrieb Lenin, „gegen die vom Parteitag eingesetzte Redaktion bei Martow und Konsorten wird am besten durch das von ihnen selber geprägte Sprüchlein beleuchtet: ‚Wir sind keine Leibeigenen‘ ... Die Mentalität des bürgerlichen Intellektuellen, der sich zu den ‚erwählten Geistern‘ zählt, die über der Massenorganisation und

der Massendisziplin stehen, tritt hier mit ausgezeichneter Prägnanz hervor... Dem Intellektuellen-Individualismus... erscheint *jede* proletarische Organisation und Disziplin als *Leibeigenschaft*.“ (Lenin, Sämtl. Werke, Bd. VI, S. 282 russ.)

Und ferner:

„In dem Maße, wie sich bei uns eine *wirkliche* Partei herausbildet, muß der klassenbewußte Arbeiter lernen, die Mentalität eines Soldaten der proletarischen Armee von der Mentalität eines bürgerlichen Intellektuellen zu unterscheiden, der mit anarchistischen Phrasen prunkt; er muß lernen, die Erfüllung der Pflichten eines Parteimitglieds nicht nur von den einfachen Mitgliedern, sondern auch von den ‚Leuten an der Spitze‘ zu *fordern*.“ (Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 398.)

Die Ergebnisse der Analyse der Meinungsverschiedenheiten zusammenfassend und die Position der Menschewiki als „Opportunismus in Organisationsfragen“ kennzeichnend, hielt Lenin es für eine der Hauptsünden des Menschewismus, daß dieser die Bedeutung der *Parteiorganisation* als Waffe des Proletariats im Kampfe um seine Befreiung unterschätzt. Die Menschewiki waren der Auffassung, daß die *Parteiorganisation* des Proletariats keine ernsthafte Bedeutung für den Sieg der Revolution habe. Entgegen den Menschewiki war Lenin der Auffassung, daß die *ideologische* Vereinigung des Proletariats allein für den Sieg *nicht genügt* — um zu siegen, muß man die ideologische *Einheit* durch die „materielle Einheit der *Organisation*“ des Proletariats „*verankern*“. Lenin war der Auffassung, daß das Proletariat nur unter dieser Bedingung eine unbesiegbare Kraft werden kann.

„Das Proletariat“, schrieb Lenin, „besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die *Organisation*. Das Proletariat, das durch die Herrschaft der anarchischen Konkurrenz in der bürgerlichen Welt gespalten wird, das durch die unfreie Arbeit für das Kapital niedergedrückt wird, das ständig in die Tiefe völliger Verelendung, der Verwilderung und Entartung geworfen wird, kann und wird unbedingt nur dadurch eine unbesiegbare Kraft werden, daß seine ideologische Vereinigung auf Grund der Prinzipien des Marxismus durch die materielle Einheit der *Organisation* gefestigt wird, die Millionen Werktätiger zur Armee der Arbeiterklasse zusammenschließt. Dieser Armee wird weder die

morsche Macht der russischen Selbstherrschaft, noch die immer morschere werdende Macht des internationalen Kapitals standhalten.“ (Ebenda, S. 415.)

Mit diesen prophetischen Worten schließt Lenin sein Werk.

Das sind die grundlegenden organisatorischen Leitsätze, die Lenin in seinem berühmten Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ entwickelt hat.

Die Bedeutung dieses Werkes besteht vor allem darin, daß es das Parteiprinzip gegen das Zirkelwesen und die Partei gegen die desorganisierenden Elemente behauptete, den menschowistischen Opportunismus in Organisationsfragen zerschlug und die Organisationsgrundlagen der bolschewistischen Partei schuf.

Damit ist jedoch seine Bedeutung nicht erschöpft. Seine historische Bedeutung besteht darin, daß Lenin in diesem Werke als erster in der Geschichte des Marxismus die *Lehre von der Partei* ausarbeitete als der führenden *Organisation* des Proletariats, als der *Hauptwaffe* in den Händen des Proletariats, ohne die man im Kampfe für die proletarische Diktatur nicht siegen kann.

Die Verbreitung des Werkes Lenins „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ unter den Parteiarbeitern führte dazu, daß sich die Mehrheit der Ortsorganisationen um Lenin zusammenschloß.

Je enger sich aber die Organisationen um die Bolschewiki zusammenschlossen, um so gehässiger benahmen sich die menschowistischen Führer.

Im Sommer 1904 rissen die Menschewiki mit Hilfe Plechanows und durch den Verrat zweier demoralisierter Bolschewiki, Krassin und Noskow, die Mehrheit im Zentralkomitee an sich. Es war offenkundig, daß die Menschewiki auf eine Spaltung hinsteuerten. Der Verlust der „Iskra“ und des Zentralkomitees brachte die Bolschewiki in eine schwere Lage. Es war notwendig, eine eigene, bolschewistische Zeitung zu organisieren. Es war notwendig, einen neuen, den III. Parteitag zu organisieren, um ein neues Zentralkomitee der Partei zu schaffen und mit den Menschewiki abzurechnen.

An diese Aufgabe schritt Lenin, schritten die Bolschewiki.

Die Bolschewiki nahmen den Kampf für die Einberufung des III. Parteitags auf. Im August 1904 fand in der Schweiz unter Führung Lenins eine Beratung von 22 Bolschewiki statt. Diese Beratung

nahm den Aufruf „An die Partei“ an, der für die Bolschewiki zum Kampfprogramm für die Einberufung des III. Parteitag wurde.

Auf drei Gebietskonferenzen bolschewistischer Komitees (des Südens, des Kaukasus und des Nordens) wurde ein Büro der Mehrheitskomitees gewählt, das die praktischen Vorbereitungen zum III. Parteitag in Angriff nahm.

Am 4. Januar 1905 erschien die erste Nummer der bolschewistischen Zeitung „Wperjod“ (Vorwärts).

Somit hatten sich in der Partei zwei gesonderte Fraktionen, die Fraktion der Bolschewiki und die der Menschewiki, mit eigenen Zentren, mit eigenen Presseorganen gebildet.

Kurze Zusammenfassung

In der Periode 1901–1904 wachsen und erstarken auf der Grundlage der ansteigenden revolutionären Arbeiterbewegung die marxistischen sozialdemokratischen Organisationen in Rußland. In zähem prinzipiellem Kampf gegen die „Ökonomen“ siegt die revolutionäre Linie der Leninschen „Iskra“, wird die ideologische Zerfahrenheit und „Handwerkerei“ überwunden.

Die „Iskra“ stellt die Verbindung zwischen den zersplitterten sozialdemokratischen Zirkeln und Gruppen her und bereitet den II. Parteitag vor. Auf dem II. Parteitag, 1903, wird die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands gebildet, werden das Programm und das Statut der Partei angenommen und die leitenden Zentralorgane der Partei geschaffen.

In dem Kampfe, der auf dem II. Parteitag für den endgültigen Sieg der „Iskra“-Richtung innerhalb der SDAPR geführt wurde, entstehen zwei Gruppen: die Gruppe der Bolschewiki und die Gruppe der Menschewiki.

Die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Bolschewiki und Menschewiki nach dem II. Parteitag kommen in den Organisationsfragen zur Entfaltung.

Die Menschewiki nähern sich den „Ökonomen“ und treten in der Partei an deren Stelle. Der Opportunismus der Menschewiki äußert sich zunächst auf dem Gebiete der Organisationsfragen. Die Menschewiki sind gegen eine revolutionäre Kampfpartei vom Leninschen Typus.

Sie sind für eine verschwommene, unorganisierte Nachtrabpartei. Sie verfolgen in der Partei eine Linie der Spaltung. Mit Hilfe Plechanows reißen sie die „Iskra“ sowie das Zentralkomitee an sich und nutzen diese Zentren für ihre Spaltungszwecke aus.

Die Bolschewiki, die die Gefahr der Spaltung von seiten der Menschewiki sehen, treffen Maßnahmen zur Zügelung der Spalter, mobilisieren die Ortsorganisationen zur Einberufung des III. Parteitags, geben ihre Zeitung „Wperjod“ heraus.

Somit treten am Vorabend der ersten russischen Revolution, in der Periode des bereits ausgebrochenen Russisch-Japanischen Krieges, die Bolschewiki und die Menschewiki als zwei voneinander gesonderte politische Gruppen auf.

KAPITEL III

Menschewiki und Bolschewiki in der Periode des Russisch-Japanischen Krieges und der ersten russischen Revolution (1904—1907)

1

Der Russisch-Japanische Krieg · Der weitere Aufschwung der revolutionären Bewegung in Rußland · Die Streiks in Petersburg · Die Demonstration der Arbeiter vor dem Winterpalast am 9. Januar 1905 · Die Niederschießung der Demonstranten · Der Beginn der Revolution

Ende des 19. Jahrhunderts gingen die imperialistischen Staaten zum verschärften Kampf um die Herrschaft am Stillen Ozean, um die Aufteilung Chinas über. An diesem Kampf nahm auch das zaristische Rußland teil. Im Jahre 1900 schlugen zaristische Truppen, gemeinsam mit japanischen, deutschen, englischen und französischen, den Volksaufstand in China, dessen Spitze sich gegen die ausländischen Imperialisten richtete, mit beispielloser Grausamkeit nieder. Schon vorher hatte die zaristische Regierung China gezwungen, die Halbinsel Liau-tung mit der Festung Port-Arthur an Rußland abzutreten. Rußland erzwang sich das Recht, auf chinesischem Territorium Eisenbahnen zu bauen. In der Nordmandschurei wurde eine Eisenbahn — die Ostchinalbahn — erbaut; zu ihrem Schutz wurden russische Truppen entsandt. Die Nordmandschurei wurde vom zaristischen Rußland militärisch okkupiert. Der Zarismus schickte sich zum Sprunge nach Korea an. Die russische Bourgeoisie schmiedete Pläne für die Schaffung eines „Gelbrußland“ in der Mandschurei.

Bei seinen Eroberungen im Fernen Osten stieß der Zarismus auf einen anderen Räuber, auf Japan, das sich rasch in ein imperialistisches Land verwandelt hatte und ebenfalls Annexionen auf dem asiatischen Festlande anstrebte, in erster Linie auf Kosten Chinas. Japan trachtete ebenso wie das zaristische Rußland, Korea und die Mandschurei an sich zu reißen. Japan sann schon damals auf die Eroberung Sachalins und des Fernen Ostens. England, das die Stärkung des zaristischen Rußland im Fernen Osten fürchtete, stand insgeheim auf der Seite Japans. Der Russisch-Japanische Krieg reifte heran. Zu diesem Krieg wurde die zaristische Regierung von der Großbourgeoisie, die neue

Märkte suchte, und von den reaktionärsten Schichten der Gutsbesitzer gedrängt.

Ohne abzuwarten, daß die zaristische Regierung den Krieg erklärt, begann Japan zuerst den Krieg. Japan, das in Rußland über einen guten Spionagedienst verfügte, rechnete damit, daß es in diesem Kampf einen unvorbereiteten Gegner haben werde. Ohne Kriegserklärung überfiel Japan im Januar 1904 unerwartet die russische Festung Port-Arthur und fügte der dort befindlichen russischen Flotte ernste Verluste zu.

So begann der Russisch-Japanische Krieg.

Die zaristische Regierung rechnete darauf, daß der Krieg ihr helfen werde, ihre Stellung politisch zu festigen und der Revolution Einhalt zu tun. Sie hatte sich jedoch verrechnet. Der Krieg erschütterte den Zarismus noch mehr.

Die schlecht ausgerüstete und ausgebildete, von unfähigen und käuflichen Generalen geführte russische Armee erlitt eine Niederlage nach der anderen.

An dem Kriege bereicherten sich Kapitalisten, Beamte, Generale. Ringsum blühte der Diebstahl. Die Truppen wurden schlecht versorgt. Als es an Geschossen fehlte, erhielt die Armee wie zum Hohn ganze Waggons mit Heiligenbildern. Die Soldaten sagten mit Bitterkeit: „Die Japaner traktieren uns mit Geschossen, wir sie mit Heiligenbildern.“ Statt die Verwundeten abzutransportieren, beförderten Sonderzüge das von den zaristischen Generalen zusammengeraubte Gut.

Die Japaner belagerten die Festung Port-Arthur und nahmen sie dann ein. Nachdem die zaristische Armee eine Reihe von Niederlagen erlitten hatte, wurde sie von den Japanern vor Mukden vernichtend geschlagen. Die 300 000 Mann starke zaristische Armee verlor in dieser Schlacht gegen 120 000 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen. Darauf erfolgte in der Meerenge von Tsushima die völlige Zerstörung und der Untergang der zaristischen Flotte, die aus der Ostsee dem belagerten Port-Arthur zu Hilfe gesandt worden war. Die Niederlage bei Tsushima bedeutete eine völlige Katastrophe: von den zwanzig vom Zaren entsandten Kriegsschiffen wurden dreizehn versenkt bzw. vernichtet, vier vom Feinde erbeutet. Das zaristische Rußland hatte den Krieg endgültig verloren.

Die zaristische Regierung war gezwungen, mit Japan einen schmäh-

lichen Frieden zu schließen. Japan riß Korea an sich, nahm Rußland Port-Arthur und die Hälfte von Sachalin ab.

Die Volksmassen hatten diesen Krieg nicht gewollt und waren sich seiner Schädlichkeit für Rußland bewußt. Das Volk mußte die Rückständigkeit des zaristischen Rußland teuer bezahlen.

Die Bolschewiki und die Menschewiki verhielten sich zu diesem Krieg verschieden.

Die Menschewiki, darunter Trotzki, sanken auf die Position der Vaterlandsverteidigung hinab, das heißt der Verteidigung des „Vaterlandes“ des Zaren, der Gutsbesitzer und der Kapitalisten.

Lenin und die Bolschewiki hielten im Gegenteil die Niederlage der zaristischen Regierung in diesem räuberischen Kriege für nützlich, da sie zur Schwächung des Zarismus und zur Stärkung der Revolution führen werde.

Die Niederlagen der zaristischen Truppen deckten vor den breitesten Volksmassen die Fäulnis des Zarismus auf. Der Haß gegen den Zarismus wuchs in den Volksmassen von Tag zu Tag. Der Fall Port-Arthurs — das ist der Beginn des Falles der Selbstherrschaft, schrieb Lenin.

Der Zar wollte durch den Krieg die Revolution ersticken. Er erreichte das Gegenteil. Der Russisch-Japanische Krieg beschleunigte die Revolution.

Im zaristischen Rußland wurde das kapitalistische Joch durch das Joch des Zarismus noch schwerer. Die Arbeiter litten nicht nur unter der kapitalistischen Ausbeutung, unter dem Zuchthausregime der Arbeit, sondern auch unter der Rechtlosigkeit des gesamten Volkes. Deshalb strebten die klassenbewußten Arbeiter danach, in der revolutionären Bewegung aller demokratischen Elemente in Stadt und Land gegen den Zarismus die Führung zu übernehmen. Die Bauernschaft erstickte vor Landlosigkeit, litt schwer unter den zahlreichen Überresten der Leibeigenschaft; sie befand sich in der Schuldknechtschaft der Gutsbesitzer und Kulaken. Die Völker, die das zaristische Rußland bewohnten, stöhnten unter dem Doppeljoch ihrer eigenen und der russischen Gutsbesitzer und Kapitalisten. Die Wirtschaftskrise der Jahre 1900—1903 hatte die Leiden der werktätigen Massen gesteigert, der Krieg verschärfte sie noch mehr. Die Niederlagen im Kriege steigerten in den Massen den Haß gegen den Zarismus. Die Geduld des Volkes näherte sich ihrem Ende.

Wie man sieht, gab es mehr als genug Ursachen für die Revolution.

Im Dezember 1904 wurde unter Leitung des bolschewistischen Komitees in Baku ein riesiger, gut organisierter Streik der Arbeiter von Baku durchgeführt. Dieser Streik endete mit dem Sieg der Arbeiter, mit dem Abschluß eines Kollektivvertrages zwischen Arbeitern und Erdölindustriellen, des ersten Kollektivvertrages in der Geschichte der Arbeiterbewegung Rußlands.

Der Bakuer Streik war der Beginn des revolutionären Aufschwungs in Transkaukasien und in einer Reihe von Gebieten Rußlands.

„Der Bakuer Streik diente als Signal für die ruhmvollen Januar-Februar-Aktionen in ganz Rußland.“ (*Stalin.*)

Dieser Streik war gleichsam ein gewitterkündender Blitz am Vorabend des großen revolutionären Sturmes.

Der revolutionäre Sturm begann mit den Ereignissen vom 9. Januar (22. Januar neuen Stils) 1905 in Petersburg.

Am 3. (16.) Januar 1905 begann ein Streik in dem größten Petersburger Betrieb, den Putilow-Werken (jetzt Kirow-Werke). Dieser Streik begann wegen der Entlassung von vier Arbeitern aus dem Betrieb. Der Streik in den Putilow-Werken griff schnell um sich; ihm schlossen sich andere Werke und Fabriken Petersburgs an. Der Streik wurde zum Generalstreik. Die Bewegung wuchs drohend an. Die zaristische Regierung entschloß sich, die Bewegung in ihren Anfängen zu ersticken.

Schon im Jahre 1904, vor dem Streik in den Putilow-Werken, hatte die Polizei mit Hilfe eines Provokateurs, des Popen Gapon, ihre Organisation unter den Arbeitern, den „Verein russischer Fabrik- und Betriebsarbeiter“, geschaffen. Diese Organisation hatte ihre Abteilungen in allen Bezirken Petersburgs. Als der Streik begann, schlug der Pope Gapon in den Versammlungen seines Vereins einen provokatorischen Plan vor: am 9. Januar mögen sich alle Arbeiter versammeln und in friedlichem Zuge mit Kirchenfahnen und Zarenbildern zum Winterpalast ziehen und dem Zaren eine Petition (Bittschrift) über ihre Nöte überreichen. Der Zar werde gewiß zum Volke herauskommen, es anhören und seine Forderungen erfüllen. Gapon übernahm es, der zaristischen Ochrana zu helfen, ein Blutbad unter den Arbeitern zu provozieren und die Arbeiterbewegung in Blut zu ertränken. Der Plan der Polizei kehrte sich jedoch gegen die zaristische Regierung.

Die Petition wurde in Arbeiterversammlungen erörtert, es wurden Verbesserungen und Abänderungen an ihr vorgenommen. In diesen Versammlungen traten auch Bolschewiki auf, ohne sich offen als Bolschewiki zu bezeichnen. Unter ihrem Einfluß wurden in die Petition Forderungen aufgenommen, wie Presse- und Redefreiheit, Freiheit der Arbeiterverbände, Einberufung einer Konstituierenden Versammlung zur Abänderung der Staatsordnung Rußlands, Gleichheit aller vor dem Gesetz, Trennung der Kirche vom Staat, Beendigung des Krieges, Einführung des achtstündigen Arbeitstages, Übergabe des Bodens an die Bauern.

Die in diesen Versammlungen auftretenden Bolschewiki bewiesen den Arbeitern, daß man die Freiheit nicht mit Bittschriften an den Zaren erreicht, sondern mit der Waffe in der Hand erkämpft. Die Bolschewiki sagten warnend voraus, daß man auf die Arbeiter schießen werde. Sie konnten jedoch den Zug zum Winterpalast nicht verhindern. Ein bedeutender Teil der Arbeiter glaubte noch, daß der Zar ihnen helfen werde. Die Bewegung hatte die Massen mit ungeheurer Kraft erfaßt.

In der Petition der Petersburger Arbeiter hieß es:

„Wir, die Arbeiter der Stadt Petersburg, unsere Frauen, Kinder und hilflosen greisen Eltern sind zu Dir, Herrscher, gekommen, um Wahrheit und Schutz zu suchen. Wir sind verelendet, wir werden unterdrückt, mit unsagbar schwerer Arbeit belastet, man höhnt uns, sieht in uns keine Menschen... Wir haben geduldig alles ertragen, aber wir werden immer tiefer in den Abgrund des Elends, der Rechtlosigkeit und Unwissenheit gestoßen; uns würgen Despotismus und Willkür... Die Geduld hat ihre Grenze erreicht. Für uns ist jener furchtbare Augenblick eingetreten, wo der Tod besser ist als die Fortdauer der unerträglichen Leiden...“

Am frühen Morgen des 9. Januar 1905 zogen die Arbeiter zum Winterpalast, wo sich damals der Zar aufhielt. Die Arbeiter zogen zum Zaren mit ihren Familien, mit Frauen, Kindern und Greisen, trugen Zarenbilder und Kirchenfahnen, sangen Kirchenlieder, marschierten ohne Waffen. Insgesamt versammelten sich in den Straßen mehr als 140 000 Menschen.

Nikolaus II. empfing sie feindselig. Er gab den Befehl, auf die un-

bewaffneten Arbeiter zu schießen. Mehr als 1000 Arbeiter wurden an diesem Tage von den zaristischen Truppen getötet, mehr als 2000 verwundet. Die Straßen Petersburgs waren rot vom Blute der Arbeiter.

Die Bolschewiki marschierten zusammen mit den Arbeitern. Viele von ihnen wurden getötet oder verhaftet. Gleich an Ort und Stelle, auf den von Arbeiterblut überströmten Straßen, erklärten die Bolschewiki den Arbeitern, wer der Schuldige an dieser gräßlichen Missetat sei und wie man gegen ihn kämpfen müsse.

Der 9. Januar wurde von nun an der „Blutige Sonntag“ genannt. Am 9. Januar erhielten die Arbeiter eine blutige Lehre. An diesem Tage wurde der Glaube der Arbeiter an den Zaren zerschossen. Sie begriffen, daß sie nur durch Kampf ihre Rechte erringen können. Schon am Abend des 9. Januar begann man in den Arbeiterbezirken Barrikaden zu bauen. Die Arbeiter sagten: „Der Zar hat uns gedroht, nun gut — auch wir werden ihn dreschen!“

Die furchtbare Kunde von der blutigen Missetat des Zaren verbreitete sich überall. Empörung und Entrüstung erfaßte die gesamte Arbeiterklasse, das ganze Land. Es gab keine Stadt, wo die Arbeiter zum Zeichen des Protestes gegen das Verbrechen des Zaren nicht gestreikt und politische Forderungen aufgestellt hätten. Die Arbeiter gingen jetzt mit der Losung „Nieder mit der Selbstherrschaft“ auf die Straße. Die Zahl der Streikenden erreichte im Januar das riesige Ausmaß von 440000. In *einem* Monat streikten mehr Arbeiter als in dem ganzen vorhergehenden Jahrzehnt. Die Arbeiterbewegung erhob sich zu gewaltiger Höhe.

In Rußland begann die Revolution.

2

Die politischen Streiks und Demonstrationen der Arbeiter · Das Anwachsen der revolutionären Bewegung der Bauern · Der Aufstand auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“

Nach dem 9. Januar nahm der revolutionäre Kampf der Arbeiter einen schärferen, politischen Charakter an. Von wirtschaftlichen Streiks und Solidaritätsstreiks gingen die Arbeiter zu politischen Streiks, zu Demonstrationen und stellenweise zu bewaffnetem Widerstand gegen die zaristischen Truppen über. Einen besonders hartnäckigen und

organisierten Charakter trugen die Streiks in den großen Städten, wo bedeutende Arbeitermassen konzentriert waren, — in Petersburg, Moskau, Warschau, Riga, Baku. In den ersten Reihen des kämpfenden Proletariats marschierten die Metallarbeiter. Die fortgeschrittenen Arbeitertrupps rüttelten durch ihre Streiks die weniger klassenbewußten Schichten auf, rissen die gesamte Arbeiterklasse zum Kampfe mit. Der Einfluß der Sozialdemokratie wuchs rasch.

Die Demonstrationen am 1. Mai waren in vielen Orten von Zusammenstößen mit Polizei und Militär begleitet. In Warschau gab es infolge der Beschießung der Demonstration einige hundert Tote und Verwundete. Die Arbeiter antworteten auf das Blutvergießen in Warschau, dem Aufruf der polnischen Sozialdemokratie folgend, mit einem allgemeinen Proteststreik. Während des ganzen Monats Mai hörten die Streiks und Demonstrationen nicht auf. An den Maistreiks nahmen in Rußland mehr als 200 000 Arbeiter teil. Die Arbeiter von Baku, Łódz, Iwanowo-Wosnessensk traten in den Generalstreik. Immer häufiger kam es zu Zusammenstößen der streikenden Arbeiter und Demonstranten mit den zaristischen Truppen. Solche Zusammenstöße ereigneten sich in einer Reihe von Städten — in Odessa, Warschau, Riga, Łódz und anderen Orten.

Besonders heftigen Charakter nahm der Kampf in der Stadt Łódz an, dem großen Industriezentrum Polens. Die Arbeiter von Łódz errichteten in den Straßen der Stadt Dutzende Barrikaden und führten drei Tage lang (vom 22. bis 24. Juni 1905) Straßenkämpfe gegen die zaristischen Truppen. Die bewaffnete Aktion verschmolz hier mit dem Generalstreik. Lenin betrachtete diese Kämpfe als die erste bewaffnete Aktion der Arbeiterschaft in Rußland.

Unter den Sommerstreiks nimmt der Streik der Iwanowo-Wosnessensker Arbeiter einen besonderen Platz ein. Er dauerte von Ende Mai bis Anfang August 1905, das heißt beinahe zweieinhalb Monate. An diesem Streik nahmen ungefähr 70 000 Arbeiter teil, darunter viele Frauen. Der Streik wurde vom Nordkomitee der Bolschewiki geleitet. Fast täglich versammelten sich außerhalb der Stadt, am Flusse Talka, Tausende von Arbeitern. Hier, in den Versammlungen, besprachen sie ihre Arbeiternöte. In den Versammlungen der Arbeiter traten Bolschewiki auf. Um den Streik zu unterdrücken, befahlen die zaristischen Behörden den Truppen, die Arbeiter auseinanderzujagen und auf sie zu schießen. Einige Dutzend Arbeiter wurden getötet und einige hun-

dert verwundet. Über die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Arbeiter hielten sich jedoch standhaft und gingen nicht zur Arbeit. Die Arbeiter und ihre Familien hungerten, aber sie ergaben sich nicht. Erst die äußerste Erschöpfung zwang sie, die Arbeit aufzunehmen. Der Streik stählte die Arbeiter. Er bot ein vorbildliches Beispiel des Mutes, der Standhaftigkeit, Ausdauer und Solidarität der Arbeiterklasse. Er war eine wahre Schule der politischen Erziehung der Iwanowo-Wosnessensker Arbeiter.

Während dieses Streiks schufen die Arbeiter von Iwanowo-Wosnessensk einen Sowjet der Vertrauensmänner, der faktisch einer der ersten Sowjets von Arbeiterdeputierten in Rußland war.

Die politischen Streiks der Arbeiter rüttelten das ganze Land auf. Nach der Stadt begann sich das Dorf zu erheben. Im Frühjahr kam es zu Bauernunruhen. In riesigen Haufen zogen die Bauern gegen die Gutsbesitzer, zerstörten deren Gutshöfe, Zuckerfabriken und Branntweinbrennereien, setzten die gutsherrlichen Paläste und Landsitze in Brand. In einer Reihe von Orten nahmen die Bauern Gutsherrnland gewaltsam in Besitz, machten sich an das massenhafte Abholzen der Wälder, forderten die Übergabe der gutsherrlichen Ländereien an das Volk. Die Bauern beschlagnahmten das Getreide und sonstige Vorräte der Gutsbesitzer und verteilten sie an die Hungernden. Die von Schrecken erfaßten Gutsbesitzer waren gezwungen, in die Stadt zu flüchten. Die zaristische Regierung entsandte Soldaten und Kosaken zur Niederwerfung der Bauernaufstände. Die Truppen schossen die Bauern nieder, verhafteten die „Rädelsführer“, peitschten und mißhandelten sie. Die Bauern jedoch stellten den Kampf nicht ein.

Die Bewegung der Bauern verbreitete sich immer mehr im Zentrum Rußlands, im Wolgagebiet, in Transkaukasien, insbesondere in Georgien.

Die Sozialdemokraten drangen immer tiefer in das Dorf ein. Das Zentralkomitee der Partei gab einen Aufruf an die Bauern heraus: „Bauern, euch gilt unser Wort.“ Die sozialdemokratischen Komitees von Twer, Saratow, Poltawa, Tschernigow, Jekaterinoslaw, Tiflis und vieler anderer Gouvernements gaben Aufrufe an die Bauern heraus. Die Sozialdemokraten veranstalteten in den Dörfern Versammlungen, organisierten Bauernzirkel, schufen Bauernkomitees. Im Sommer 1905 kam es in einer Reihe von Orten zu Landarbeiterstreiks, die von den Sozialdemokraten organisiert waren.

Das war jedoch erst der Beginn der Bauernkämpfe. Die Bauernbewegung hatte nur 85 Kreise, das heißt annähernd den siebenten Teil aller Kreise des europäischen Teils des zaristischen Rußland erfaßt.

Die Arbeiter- und Bauernbewegung und eine Reihe von Niederlagen der russischen Truppen im Russisch-Japanischen Krieg übten ihren Einfluß auf die Armee aus. Diese Stütze des Zarismus geriet ins Wanken.

Im Juni 1905 brach in der Schwarzmeerflotte, auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“, ein Aufstand aus. Der Panzerkreuzer lag zu dieser Zeit unweit von Odessa, wo ein Generalstreik der Arbeiter im Gange war, vor Anker. Die aufständischen Matrosen rechneten mit den ihnen am meisten verhaßten Offizieren ab und führten den Panzerkreuzer nach Odessa. Der Panzerkreuzer „Potemkin“ ging auf die Seite der Revolution über.

Lenin maß diesem Aufstand gewaltige Bedeutung bei. Er hielt es für notwendig, daß die Bolschewiki diese Bewegung leiten, sie mit der Bewegung der Arbeiter, Bauern und örtlichen Garnisonen verbinden.

Der Zar entsandte Kriegsschiffe gegen den „Potemkin“; die Matrosen dieser Schiffe weigerten sich jedoch, auf ihre aufständischen Kameraden zu schießen. Einige Tage wehte auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“ die rote Fahne der Revolution. Damals jedoch, im Jahre 1905, war die Partei der Bolschewiki nicht die einzige Partei, die die Bewegung leitete, wie das später, im Jahre 1917, der Fall war. Auf dem „Potemkin“ gab es nicht wenige Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Anarchisten. Deshalb hatte der Aufstand, obwohl einzelne Sozialdemokraten an ihm teilnahmen, keine richtige und genügend erfahrene Leitung. In den entscheidenden Augenblicken begann ein Teil der Matrosen zu schwanken. Die übrigen Schiffe der Schwarzmeerflotte schlossen sich dem aufständischen Panzerkreuzer nicht an. Mangel an Kohle und Lebensmitteln zwang den aufständischen Panzerkreuzer, auf die Küste Rumäniens Kurs zu nehmen und sich den rumänischen Behörden zu ergeben.

Der Aufstand der Matrosen auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“ endete mit einer Niederlage. Die Matrosen, die der zaristischen Regierung später in die Hände fielen, wurden vor Gericht gestellt. Ein Teil wurde hingerichtet, ein Teil zu Zwangsarbeit verurteilt. Aber schon die Tatsache des Aufstands hatte außerordentlich große Bedeu-

tung. Der Aufstand auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“ war die erste revolutionäre Massenaktion in Armee und Flotte, der erste Übergang einer größeren Einheit der zaristischen Streitkräfte auf die Seite der Revolution. Dieser Aufstand bewirkte es, daß der Gedanke eines Anschlusses der Armee und Flotte an die Arbeiterklasse, an das Volk, den Massen der Arbeiter und Bauern, besonders den Massen der Soldaten und Matrosen selber verständlicher und vertrauter wurde.

Der Übergang der Arbeiter zu politischen Massenstreiks und Demonstrationen, die Verstärkung der Bauernbewegung, die bewaffneten Zusammenstöße des Volkes mit Polizei und Militär, endlich der Aufstand in der Schwarzmeerflotte — alles das zeugte davon, daß die Bedingungen für den bewaffneten Aufstand des Volkes heranreiften. Dieser Umstand bewog die liberale Bourgeoisie, sich ernsthaft aufzuraffen. Die liberale Bourgeoisie, die selbst die Revolution fürchtete und gleichzeitig den Zaren mit der Revolution schreckte, wollte mit dem Zaren ein Kompromiß gegen die Revolution abschließen und forderte kleinere Reformen „für das Volk“, um das Volk „zu beruhigen“, die Kräfte der Revolution zu spalten und dadurch den „Schrecken der Revolution“ vorzubeugen. „Man muß den Bauern Land abtreten, sonst werden sie uns zertreten“, sagten die liberalen Gutsbesitzer. Die liberale Bourgeoisie schickte sich an, mit dem Zaren die Macht zu teilen. „Das Proletariat kämpft, die Bourgeoisie schleicht sich zur Macht“, schrieb Lenin in diesen Tagen über die Taktik der Arbeiterklasse und die Taktik der liberalen Bourgeoisie.

Die zaristische Regierung fuhr fort, die Arbeiter und Bauern mit wilder Grausamkeit zu unterdrücken. Sie mußte jedoch einsehen, daß man mit Gewaltmaßnahmen allein der Revolution unmöglich Herr werden kann. Deshalb nahm sie außer zu Gewaltmaßnahmen zur Politik des Lavierens ihre Zuflucht. Einerseits hetzte sie mit Hilfe ihrer Provokateure die Völker Rußlands gegeneinander, organisierte Judengprome und armenisch-tatarische Massaker. Andererseits versprach sie, eine „Vertretungskörperschaft“ in Gestalt eines Semski Sobor¹ oder einer Reichsduma einzuberufen, und beauftragte den Minister Bulygin, den Entwurf für eine solche Duma auszuarbeiten, jedoch mit dem Vorbehalt, daß diese Duma keine gesetzgeberischen Rechte erhalte.

¹ *Semski Sobor* — Versammlung der Ständevertreter in Rußland, die im 16. und 17. Jahrhundert von Zeit zu Zeit zu Beratungen mit der Regierung einberufen wurde. *Der Übers.*

Alle diese Maßnahmen wurden ergriffen, um die Kräfte der Revolution zu spalten und die gemäßigten Volksschichten von der Revolution loszureißen.

Die Bolschewiki erklärten der Bulyginschen Duma den Boykott und stellten sich das Ziel, diese Karikatur einer Volksvertretung zu vereiteln.

Die Menschewiki beschlossen im Gegenteil, die Duma nicht zu vereiteln, und hielten es für notwendig, sich an ihr zu beteiligen.

3

Die taktischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bolschewiki und Menschewiki · Der III. Parteitag · Das Buch Lenins „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ · Die taktischen Grundlagen der marxistischen Partei

Die Revolution brachte alle Klassen der Gesellschaft in Bewegung. Der Umschwung im politischen Leben des Landes, den die Revolution hervorgerufen hatte, drängte sie aus den alten, herkömmlichen Positionen und veranlaßte sie, sich der neuen Situation entsprechend umzugruppieren. Jede Klasse, jede Partei bemühte sich, ihre Taktik, die Linie ihres Verhaltens, ihre Stellung zu den anderen Klassen, ihr Verhältnis zur Regierung auszuarbeiten. Selbst die zaristische Regierung sah sich gezwungen, eine eigene, für sie ungewohnte, neue Taktik auszuarbeiten, die in dem Versprechen bestand, eine „Vertretungskörperschaft“, die Bulyginsche Duma, einzuberufen.

Auch die Sozialdemokratische Partei mußte ihre Taktik ausarbeiten. Das erforderte der herannahende Aufschwung der Revolution. Das erforderten die unaufschiebbaren praktischen Fragen, vor die sich das Proletariat gestellt sah: die Frage der Organisation des bewaffneten Aufstandes, des Sturzes der zaristischen Regierung, die Frage der Schaffung einer provisorischen revolutionären Regierung, der Teilnahme der Sozialdemokratie an dieser Regierung, die Frage des Verhältnisses zur Bauernschaft, des Verhältnisses zur liberalen Bourgeoisie usw. Es war notwendig, eine einheitliche und durchdachte marxistische Taktik der Sozialdemokratie auszuarbeiten.

Infolge des Opportunismus und der Spaltungstätigkeit der Menschewiki war jedoch die Sozialdemokratie Rußlands zu dieser Zeit in zwei

Fraktionen gespalten. Die Spaltung konnte noch nicht als vollständig angesehen werden, und diese zwei Fraktionen waren *formell* noch nicht zwei verschiedene Parteien, in *Wirklichkeit* aber erinnerten sie sehr an zwei verschiedene Parteien, die ihre eigenen Zentren, ihre eigenen Zeitungen hatten.

Die Vertiefung der Spaltung wurde durch den Umstand gefördert, daß die Menschewiki ihren alten Meinungsverschiedenheiten mit der Mehrheit der Partei in *organisatorischen Fragen* neue Meinungsverschiedenheiten hinzufügten — Meinungsverschiedenheiten in *taktischen Fragen*.

Das Fehlen einer einheitlichen Partei hatte das Fehlen einer einheitlichen Parteitaktik zur Folge.

Ein Ausweg aus dieser Lage wäre zu finden gewesen, wenn der nächste, der III. Parteitag unverzüglich einberufen, auf dem Parteitag eine einheitliche Taktik festgelegt und die Minderheit verpflichtet worden wäre, die Beschlüsse des Parteitags ehrlich durchzuführen, sich den Beschlüssen der Mehrheit des Parteitags zu fügen. Eben diesen Ausweg schlugen die Bolschewiki den Menschewiki auch vor. Aber die Menschewiki wollten vom III. Parteitag nicht einmal hören. Da die Bolschewiki es als ein Verbrechen ansahen, die Partei weiterhin ohne eine von der Partei gebilligte und alle Parteimitglieder bindende Taktik zu lassen, beschlossen sie, die Initiative zur Einberufung des III. Parteitags selbst zu ergreifen.

Zum Parteitag wurden alle Organisationen der Partei, sowohl die bolschewistischen als auch die menschewistischen, eingeladen. Die Menschewiki lehnten jedoch die Teilnahme am III. Parteitag ab und beschlossen, ihren eigenen Parteitag einzuberufen. Sie bezeichneten ihren Parteitag als Konferenz, da sich herausstellte, daß sie nur wenige Delegierte hatten; tatsächlich jedoch war dies ein Parteitag der Menschewiki, dessen Beschlüsse für alle Menschewiki als bindend angesehen wurden.

Der III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands wurde im April 1905 nach London einberufen. Zum Parteitag trafen 24 Delegierte von 20 bolschewistischen Komitees ein. Alle größeren Organisationen der Partei waren vertreten.

Der Parteitag verurteilte die Menschewiki als „Teil der Partei, der sich abgespalten hat“, und ging zur Tagesordnung, zur Ausarbeitung der Parteitaktik über.

Gleichzeitig mit dem Parteitag versammelte sich in Genf die Konferenz der Menschewiki.

„Zwei Parteitage — zwei Parteien“, so kennzeichnete Lenin die Lage.

Sowohl der Parteitag wie die Konferenz erörterten im Grunde genommen die gleichen taktischen Fragen, aber die Beschlüsse, die zu diesen Fragen angenommen wurden, trugen direkt entgegengesetzten Charakter. Die zwei verschiedenartigen Gruppen von Resolutionen, die auf dem Parteitag und der Konferenz angenommen wurden, deckten die ganze Tiefe der taktischen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem III. Parteitag und der Konferenz der Menschewiki, zwischen den Bolschewiki und Menschewiki, auf.

Hier die grundlegenden Punkte dieser Meinungsverschiedenheiten:

Die taktische Linie des III. Parteitags. Der Parteitag war der Auffassung, daß trotz des bürgerlich-demokratischen Charakters der vor sich gehenden Revolution, trotz des Umstandes, daß sie im gegebenen Moment nicht über den Rahmen des unter dem Kapitalismus Möglichen hinausgehen könne, vor allem das Proletariat an ihrem vollen Siege interessiert ist, denn der Sieg dieser Revolution gäbe dem Proletariat die Möglichkeit, sich zu organisieren, sich politisch aufzurichten, Erfahrung und Übung in der politischen Führung der werktätigen Massen zu erwerben und von der bürgerlichen Revolution zur sozialistischen Revolution überzugehen.

Die auf den vollen Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution abzielende Taktik des Proletariats kann nur von der Bauernschaft unterstützt werden, da diese ohne den vollen Sieg der Revolution mit den Gutsbesitzern nicht fertig werden und das Gutsbesitzerland nicht erhalten kann. Die Bauernschaft ist daher der natürliche Verbündete des Proletariats.

Die liberale Bourgeoisie ist an dem vollen Sieg dieser Revolution nicht interessiert, da sie die zaristische Macht als Knute gegen die Arbeiter und Bauern braucht, die sie am meisten fürchtet. Sie wird daher bestrebt sein, die zaristische Macht zu erhalten und sie in ihren Rechten nur etwas einzuschränken. Deshalb wird die liberale Bourgeoisie danach trachten, die Sache durch ein Kompromiß mit dem Zaren auf der Basis einer konstitutionellen Monarchie zum Abschluß zu bringen.

Die Revolution wird nur dann siegen, wenn das Proletariat an ihre Spitze tritt; wenn das Proletariat als Führer der Revolution es ver-

steht, das Bündnis mit der Bauernschaft zu sichern; wenn die liberale Bourgeoisie isoliert wird; wenn die Sozialdemokratie an der Organisation des Volksaufstands gegen den Zarismus aktiv Anteil nimmt; wenn infolge des siegreichen Aufstandes eine provisorische revolutionäre Regierung gebildet wird, die fähig ist, die Konterrevolution mit Stumpf und Stiel auszurotten und eine vom gesamten Volk getragene Konstituierende Versammlung einzuberufen; wenn die Sozialdemokratie nicht darauf verzichtet, beim Vorliegen günstiger Bedingungen an der provisorischen revolutionären Regierung teilzunehmen, um die Revolution zu Ende zu führen.

Die taktische Linie der Konferenz der Menschewiki. Da die Revolution eine bürgerliche ist, so könne nur die liberale Bourgeoisie Führer der Revolution sein. Nicht an die Bauernschaft, sondern an die liberale Bourgeoisie solle das Proletariat Annäherung suchen. Das wichtigste sei hier — die liberale Bourgeoisie nicht durch eine revolutionäre Haltung abzuschrecken und ihr keinen Anlaß zu geben, von der Revolution abzuschwenken; denn wenn sie von der Revolution abschwenkt, werde die Revolution geschwächt.

Es sei möglich, daß der Aufstand siegt; die Sozialdemokratie jedoch müsse nach dem Sieg das Feld räumen, um die liberale Bourgeoisie nicht abzuschrecken. Es sei möglich, daß infolge des Aufstandes eine provisorische revolutionäre Regierung gebildet werde, die Sozialdemokratie aber dürfe auf keinen Fall an ihr teilnehmen, da diese Regierung ihrem Charakter nach keine sozialistische sein werde, und, was die Hauptsache ist, durch die Teilnahme an ihr und durch ihre revolutionäre Haltung könne die Sozialdemokratie die liberale Bourgeoisie abschrecken und damit die Revolution vereiteln.

Vom Standpunkt der Perspektiven der Revolution sei es besser, wenn irgendeine Vertretungskörperschaft in der Art eines Semski Sobor oder einer Reichsduma einberufen würde, die von außen her unter den Druck der Arbeiterklasse gesetzt werden könnte, um sie in eine Konstituierende Versammlung zu verwandeln oder sie dahin zu drängen, eine Konstituierende Versammlung einzuberufen.

Das Proletariat habe seine besonderen, rein proletarischen Interessen und solle eben diesen Interessen nachgehen, aber nicht versuchen, Führer der bürgerlichen Revolution zu werden, die eine allgemeine politische Revolution sei und daher alle Klassen, nicht nur das Proletariat, angehe.

Dies waren, kurz gesagt, die zwei Taktiken der zwei Fraktionen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Eine klassische Kritik an der Taktik der Menschewiki und eine geniale Begründung der bolschewistischen Taktik hat Lenin in seinem historisch gewordenen Buch „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ gegeben.

Diese Arbeit erschien im Juli 1905, das heißt zwei Monate nach dem III. Parteitag. Urteilt man nach dem Titel des Buches, so könnte man glauben, daß Lenin darin die Fragen der Taktik nur der Periode der bürgerlich-demokratischen Revolution behandle und nur die russischen Menschewiki im Auge habe. In Wirklichkeit entlarvte er in seiner Kritik der Taktik der Menschewiki zugleich die Taktik des internationalen Opportunismus; in der Begründung der Taktik der Marxisten in der Periode der bürgerlichen Revolution und in der Herausarbeitung des Unterschiedes zwischen der bürgerlichen Revolution und der sozialistischen Revolution aber formulierte er gleichzeitig die Grundlagen der marxistischen Taktik in der Periode des Übergangs von der bürgerlichen Revolution zur sozialistischen Revolution.

Hier die grundlegenden taktischen Leitsätze, die Lenin in seiner Schrift „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ entwickelt hat:

1. Der grundlegende taktische Leitsatz, der das Buch Lenins durchdringt, ist der Gedanke, daß das Proletariat der *Führer* der bürgerlich-demokratischen Revolution, der *Leiter* der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland sein kann und muß.

Lenin anerkannte den bürgerlichen Charakter dieser Revolution, da sie, wie er betonte, „nicht fähig ist, *unmittelbar* über den Rahmen eines bloß demokratischen Umsturzes hinauszugehen“. Er war aber der Auffassung, daß sie nicht eine Revolution von oben, sondern eine Volksrevolution ist, die das gesamte Volk, die gesamte Arbeiterklasse, die gesamte Bauernschaft in Bewegung bringt. Deshalb betrachtete Lenin die Versuche der Menschewiki, die Bedeutung der bürgerlichen Revolution für das Proletariat herabzumindern, die Rolle des Proletariats in ihr zu verkleinern und das Proletariat von ihr fernzuhalten, als Verrat an den Interessen des Proletariats.

„Der Marxismus“, schrieb Lenin, „lehrt den Proletarier nicht, sich von der bürgerlichen Revolution fernzuhalten, auf die Teil-

nahme an ihr zu verzichten, die Führung in ihr der Bourgeoisie zu überlassen, sondern im Gegenteil, er lehrt die energischste Teilnahme, den entschiedensten Kampf für einen konsequenten proletarischen Demokratismus, für die Durchführung der Revolution bis zu Ende.“ (*Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Dietz Verlag, Berlin 1946, 3. Aufl., S. 46.*)

„Wir dürfen nicht vergessen“, schrieb Lenin weiter, „daß es in der gegenwärtigen Zeit ein anderes Mittel weder gibt noch geben kann, um den Sozialismus näher zu bringen, als die volle politische Freiheit, als die demokratische Republik.“ (*Ebenda, S. 103.*)

Lenin sah zwei Möglichkeiten des Ausgangs der Revolution voraus:

a) entweder endet sie mit einem entscheidenden Sieg über den Zarismus, mit dem Sturz des Zarismus und der Errichtung der demokratischen Republik;

b) oder, falls die Kräfte nicht reichen, so kann sie mit einem Kompromiß des Zaren mit der Bourgeoisie auf Kosten des Volkes enden, mit irgendeiner kümmerlichen Konstitution, am ehesten mit der Karikatur selbst einer solchen Konstitution.

Das Proletariat ist an dem besten Ausgang der Revolution, das heißt an einem entscheidenden Sieg über den Zarismus interessiert. Aber ein solcher Ausgang ist nur dann möglich, wenn das Proletariat es versteht, Führer, Leiter der Revolution zu werden.

„Der Ausgang der Revolution“, schrieb Lenin, „hängt davon ab, ob die Arbeiterklasse die Rolle eines Handlungers der Bourgeoisie, der zwar in seiner Stoßkraft gegen die Selbstherrschaft mächtig, politisch jedoch ohnmächtig ist, oder aber die Rolle des Führers der Volksrevolution spielen wird.“ (*Ebenda, S. 11.*)

Lenin war der Auffassung, daß das Proletariat alle *Möglichkeiten* hat, sich von dem Los eines Handlungers der Bourgeoisie frei zu machen und Führer der bürgerlich-demokratischen Revolution zu werden. Diese Möglichkeiten bestehen nach Lenin in folgendem:

Erstens ist „das Proletariat, das seiner Stellung nach die fortgeschrittenste und einzig konsequent-revolutionäre Klasse darstellt, eben dadurch berufen, die führende Rolle in der allgemein-demokratischen revolutionären Bewegung Rußlands zu spielen.“ (*Ebenda, S. 69.*)

Zweitens hat das Proletariat seine eigene, von der Bourgeoisie unabhängige politische Partei, die ihm die Möglichkeit gibt, sich „zu einer einheitlichen und selbständigen politischen Kraft“ zusammenzuschließen. (Ebenda, S. 69.)

Drittens ist das Proletariat an einem entscheidenden Siege der Revolution mehr interessiert als die Bourgeoisie, weshalb „in einem gewissen Sinne die bürgerliche Revolution für das Proletariat vorteilhafter ist als für die Bourgeoisie“. (Ebenda, S. 44.)

„Für die Bourgeoisie ist es vorteilhaft“, schrieb Lenin, „sich gegen das Proletariat auf einige Überreste der alten Zeit zu stützen, zum Beispiel auf die Monarchie, auf das stehende Heer und dgl. Für die Bourgeoisie ist es vorteilhaft, daß die bürgerliche Revolution nicht gar zu entschieden mit allen Überresten der alten Zeit aufräumt, sondern einige von ihnen bestehen läßt, das heißt, daß diese Revolution nicht völlig konsequent ist, nicht bis zu Ende geht, daß sie nicht entschieden und schonungslos ist... Für die Bourgeoisie ist es vorteilhafter, daß sich die notwendigen Umgestaltungen in bürgerlich-demokratischer Richtung langsamer, allmählicher, vorsichtiger, unentschiedener, auf dem Wege von Reformen und nicht auf dem Wege der Revolution vollziehen... daß diese Umgestaltungen die revolutionäre Selbsttätigkeit, Initiative und Energie des einfachen Volkes, das heißt der Bauernschaft und besonders der Arbeiter, möglichst wenig entwickeln. Denn sonst wird es den Arbeitern um so leichter, ‚das Gewehr von einer Schulter auf die andere zu legen‘, wie die Franzosen sagen, das heißt die Waffen, mit denen die bürgerliche Revolution sie ausrüstet, jene Freiheit, die sie ihnen gibt, und jene demokratischen Institutionen, die auf dem von der Leibeigenschaft gesäuberten Boden entstehen werden, gegen die Bourgeoisie selbst zu richten. Umgekehrt ist es für die Arbeiterklasse vorteilhafter, daß sich die notwendigen Umgestaltungen in bürgerlich-demokratischer Richtung eben nicht auf dem Wege der Reformen, sondern auf revolutionärem Wege vollziehen, denn der Weg der Reformen ist ein Weg der Verschleppung, der Amtsschimmelrei, des qualvoll langsamen Absterbens der faulenden Teile des Volksorganismus. Unter dieser Fäulnis leiden zuerst und zumeist das Proletariat und die Bauernschaft. Der

revolutionäre Weg ist der Weg der raschen, für das Proletariat am wenigsten schmerzhaften Operation; er ist der Weg der direkten Entfernung der faulenden Teile, der Weg der geringsten Nachgiebigkeit und Nachsicht gegenüber der Monarchie und den ihr entsprechenden abscheulichen und widerlichen, faulen und mit ihrer Fäulnis die Luft verpestenden Institutionen.“ (*Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, S. 44/45.*)

„Deshalb eben“, führte Lenin weiter aus, „kämpft das Proletariat in den vordersten Reihen für die Republik und weist mit Verachtung die dummen und seiner unwürdigen Ratschläge zurück, darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Bourgeoisie möglicherweise abschwenkt.“ (Ebenda, S. 95.)

Damit die *Möglichkeiten* der proletarischen Führung der Revolution zur *Wirklichkeit* werden, damit das Proletariat *in der Tat* zum Führer, zum Leiter der bürgerlichen Revolution werde, dazu sind nach Lenin mindestens zwei Bedingungen notwendig.

Dazu ist erstens notwendig, daß das Proletariat einen Verbündeten hat, der an einem entscheidenden Sieg über den Zarismus interessiert ist und dafür gewonnen werden kann, die Führung des Proletariats anzunehmen. Dies erforderte schon die Idee der Führung, denn der Leiter hört auf, Leiter zu sein, wenn es keine Geleiteten gibt, der Führer hört auf, Führer zu sein, wenn es keine Geführten gibt. Als solchen Verbündeten sah Lenin die Bauernschaft an.

Dazu ist zweitens notwendig, daß die Klasse, die mit dem Proletariat um die Führung der Revolution kämpft und danach strebt, selbst der einzige Führer der Revolution zu werden, von der Führerstelle verdrängt und isoliert werde. Auch dies erforderte schon die Idee der Führung, die die Möglichkeit, zwei Führer der Revolution zuzulassen, ausschließt. Als solche Klasse betrachtete Lenin die liberale Bourgeoisie.

„Ein konsequenter Kämpfer für die Demokratie“, schrieb Lenin, „kann nur das Proletariat sein. Ein siegreicher Kämpfer für den Demokratismus kann das Proletariat nur unter der Bedingung werden, daß sich die Masse der Bauernschaft seinem revolutionären Kampfe anschließt.“ (Ebenda, S. 55.)

Und weiter:

„Die Bauernschaft umfaßt eine Masse halbproletarischer Elemente neben kleinbürgerlichen Elementen. Dieser Umstand macht auch die Bauernschaft unbeständig, so daß das Proletariat genötigt wird, sich zu einer streng klassenmäßigen Partei zusammenzuschließen. Aber die Unbeständigkeit der Bauernschaft ist von der Unbeständigkeit der Bourgeoisie grundverschieden, denn die Bauernschaft ist im gegebenen Augenblick nicht so sehr an dem unbedingten Schutz des Privateigentums, als vielmehr an der Enteignung des Gutsbesitzerlandes, einer der Hauptformen des Privateigentums, interessiert. Ohne dadurch sozialistisch zu werden, ohne aufzuhören, kleinbürgerlich zu sein, ist die Bauernschaft fähig, zum völligen und radikalsten Anhänger der demokratischen Revolution zu werden. Die Bauernschaft wird unweigerlich ein solcher Anhänger der Revolution werden, wenn nur der sie aufklärende Gang der revolutionären Ereignisse nicht durch den Verrat der Bourgeoisie und die Niederlage des Proletariats allzufrüh unterbrochen wird. Die Bauernschaft wird unter der aufgezeigten Bedingung unweigerlich zur Stütze der Revolution und der Republik werden, denn einzig die zum vollen Sieg gelangte Revolution wird der Bauernschaft auf dem Gebiete der Agrarreformen *alles* zu bieten vermögen: *alles das*, was die Bauernschaft will, was sie erträumt, was tatsächlich für sie notwendig ist.“ (Ebenda, S. 95/96.)

In der Auseinandersetzung mit den Einwendungen der Menschewiki, die behaupteten, eine solche Taktik der Bolschewiki werde „die bürgerlichen Klassen veranlassen, von der Sache der Revolution abzuschwenken und dadurch deren Schwung abschwächen“, charakterisierte Lenin diese Einwendungen als „Taktik des Verrats an der Revolution“, als „Taktik der Verwandlung des Proletariats in ein klägliches Anhängsel der bürgerlichen Klassen“ und schrieb:

„Wer die Rolle der Bauernschaft in der siegreichen russischen Revolution wirklich versteht, der könnte unmöglich davon reden, daß der Schwung der Revolution sich abschwächt, wenn die Bourgeoisie von ihr abschwenkt. Denn in Wirklichkeit wird der wahre Schwung der russischen Revolution erst dann einsetzen, wird der wirklich höchste revolutionäre Schwung, der in der Epoche der

bürgerlich-demokratischen Umwälzung möglich ist, erst dann vorhanden sein, wenn die Bourgeoisie abschwanken und die Masse der Bauernschaft an der Seite des Proletariats als aktiver Revolutionär auftreten wird. Damit unsere demokratische Revolution konsequent zu Ende geführt werde, muß sie sich auf solche Kräfte stützen, die fähig sind, die unvermeidliche Inkonsequenz der Bourgeoisie zu paralysieren, das heißt fähig sind, sie eben zu ‚veranlassen, abzuschwenken‘.“ (*Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, S. 97.*)

Das ist der grundlegende taktische Leitsatz über das Proletariat als Führer der bürgerlichen Revolution, der grundlegende taktische Leitsatz über die Hegemonie (führende Rolle) des Proletariats in der bürgerlichen Revolution, den Lenin in seinem Werke „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ entwickelt hat.

Das war eine neue Einstellung der marxistischen Partei zu den Fragen der Taktik in der bürgerlich-demokratischen Revolution, die sich tiefgehend von den taktischen Einstellungen unterschied, die bis dahin im marxistischen Arsenal existierten. Bis dahin lief die Sache darauf hinaus, daß in den bürgerlichen Revolutionen, zum Beispiel im Westen, der Bourgeoisie die führende Rolle verblieb, das Proletariat, mochte es wollen oder nicht, die Rolle ihres Handlungers spielte, die Bauernschaft aber die Reserve der Bourgeoisie bildete. Die Marxisten hielten eine solche Kombination für mehr oder minder unvermeidlich, machten jedoch gleich hier den Vorbehalt, daß das Proletariat dabei nach Möglichkeit seine unmittelbaren Klassenforderungen verteidigen und seine eigene politische Partei haben muß. Jetzt, unter den neuen historischen Verhältnissen, nahmen nach Lenins Einstellung die Dinge eine solche Wendung, daß das Proletariat zur führenden Kraft der bürgerlichen Revolution wurde, daß die Bourgeoisie von der Führung der Revolution abgedrängt wurde und die Bauernschaft sich in die Reserve des Proletariats verwandelte.

Das Gerede darüber, daß für die Hegemonie des Proletariats Plechanow „ebenfalls eintrat“, beruht auf einem Mißverständnis. Plechanow liebäugelte mit der Idee der Hegemonie des Proletariats und war nicht abgeneigt, sie in Worten anzuerkennen — das stimmt —, aber in Wirklichkeit trat er gegen das Wesen dieser Idee auf. Die Hegemonie des Proletariats bedeutet die führende Rolle des Proletariats in der

bürgerlichen Revolution bei einer Politik des *Bündnisses* des Proletariats mit der Bauernschaft, bei einer Politik der *Isolierung* der liberalen Bourgeoisie, während Plechanow bekanntlich *gegen* die Politik der Isolierung der liberalen Bourgeoisie, *für* eine Politik der *Verständigung* mit der liberalen Bourgeoisie, *gegen* die Politik des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft war. In Wirklichkeit war die taktische Stellungnahme Plechanows die menschewistische Stellungnahme der Verneinung der Hegemonie des Proletariats.

2. Das wichtigste Mittel zum Sturze des Zarismus und zur Eroberung der demokratischen Republik sah Lenin im siegreichen bewaffneten Aufstand des Volkes. Im Gegensatz zu den Menschewiki war Lenin der Auffassung, „daß die allgemeindemokratische revolutionäre Bewegung *die Notwendigkeit* des bewaffneten Aufstandes *schon herbeigeführt* hat“, daß „die Organisierung des Proletariats für den Aufstand“ schon „als eine der wesentlichen, hauptsächlichlichen und *notwendigen* Aufgaben der Partei auf die Tagesordnung gesetzt“ ist, daß es notwendig ist, „die *energischsten* Maßnahmen zur Bewaffnung des Proletariats und zur Sicherung der Möglichkeit einer unmittelbaren Leitung des Aufstandes zu treffen“ (ebenda, S. 69).

Um die Massen an den Aufstand heranzuführen und ihn zu einem Aufstand des gesamten Volkes zu machen, hielt Lenin es für notwendig, solche Losungen, solche Aufrufe an die Massen herauszugeben, die geeignet wären, die revolutionäre Initiative der Massen zu entfesseln, sie für den Aufstand zu organisieren und den Machtapparat des Zarismus zu desorganisieren. Als solche Losungen betrachtete er die taktischen Beschlüsse des III. Parteitag's, deren Verfechtung das Buch Lenins „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ gewidmet ist.

Als solche Losungen betrachtete er:

a) die Anwendung von „politischen Massenstreiks, die bei Beginn und im Verlauf des Aufstandes große Bedeutung haben können“ (Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, S. 69);

b) die Organisierung der „sofortigen, auf revolutionärem Wege erfolgenden Verwirklichung des achtstündigen Arbeitstages und der anderen auf der Tagesordnung stehenden Forderungen der Arbeiterklasse“ (ebenda, S. 30);

c) „die sofortige Organisation von revolutionären Bauernkomitees zur“ – auf revolutionärem Wege erfolgenden – „Durchführung aller demokratischen Umgestaltungen“ bis zur Konfiskation der Gutsbesitzereiländereien (ebenda, S. 87);

d) die Bewaffnung der Arbeiter.

Hier sind zwei Momente besonders interessant:

Erstens die Taktik der *revolutionären* Verwirklichung des achtstündigen Arbeitstages in der Stadt und der demokratischen Umgestaltungen auf dem Lande, das heißt eine Verwirklichung, die mit den Behörden nicht rechnet, auf das Gesetz keine Rücksicht nimmt, die sowohl die Behörden wie die Gesetzlichkeit ignoriert, die bestehenden Gesetze bricht und eigenmächtig, durch Schaffung vollendeter Tatsachen, neue Zustände herbeiführt. Das war ein neues taktisches Mittel, dessen Anwendung den Machtapparat des Zarismus lähmte, die Aktivität und schöpferische Initiative der Massen auslöste. Auf der Grundlage dieser Taktik erwuchsen die revolutionären Streikkomitees in der Stadt und die revolutionären Bauernkomitees auf dem Lande, von denen sich die ersteren dann zu Sowjets der Arbeiterdeputierten und die letzteren zu Sowjets der Bauerndeputierten entwickelten.

Zweitens die Anwendung von *politischen Massenstreiks*, die Anwendung von politischen Generalstreiks, die dann im Verlauf der Revolution bei der revolutionären Mobilisierung der Massen eine überragende Rolle spielten. Das war eine neue, sehr wichtige Waffe in den Händen des Proletariats, die bis dahin in der Praxis der marxistischen Parteien unbekannt war und sich später Bürgerrecht erworben hat.

Lenin war der Auffassung, daß in der Folge eines siegreichen Volksaufstands die zaristische Regierung durch eine provisorische revolutionäre Regierung ersetzt werden soll. Die Aufgaben der provisorischen revolutionären Regierung bestehen darin, die Errungenschaften der Revolution zu verankern, den Widerstand der Konterrevolution zu unterdrücken und das Minimalprogramm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu verwirklichen. Lenin war der Auffassung, daß ohne Verwirklichung dieser Aufgaben ein entscheidender Sieg über den Zarismus unmöglich war. Um aber diese Aufgaben zu verwirklichen und über den Zarismus einen entscheidenden Sieg zu erringen, darf die provisorische revolutionäre Regierung keine gewöhnliche Regierung sein, sondern muß eine Regierung der Diktatur der siegreichen Klassen, der Arbeiter und Bauern, sie muß die revolutionäre Diktatur des

Proletariats und der Bauernschaft sein. Unter Hinweis auf die bekannte These von Marx: „Jede provisorische Staatsordnung nach einer Revolution erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische Diktatur“, kam Lenin zu dem Schluß, daß die provisorische revolutionäre Regierung, will sie den entscheidenden Sieg über den Zarismus sichern, nichts anderes sein kann als die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

„Ein entscheidender Sieg der Revolution über den Zarismus“, schrieb Lenin, „ist die *revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft* . . . Und ein solcher Sieg wird eben eine Diktatur sein, das heißt, er wird sich unweigerlich auf militärische Gewalt, auf die Bewaffnung der Masse, auf den Aufstand stützen müssen, nicht aber auf diese oder jene auf ‚legalem‘, ‚friedlichem‘ Wege geschaffenen Institutionen. Das kann nur die Diktatur sein, denn die Verwirklichung der für das Proletariat und die Bauernschaft unverzüglich und unabweislich notwendigen Umgestaltungen wird den verzweifelten Widerstand sowohl der Gutsbesitzer als auch der Großbourgeoisie und des Zarismus hervorrufen. Ohne Diktatur diesen Widerstand zu brechen, die konterrevolutionären Anschläge abzuwehren, ist unmöglich. Doch wird das selbstverständlich keine sozialistische, sondern eine demokratische Diktatur sein. Sie wird nicht imstande sein (ohne eine ganze Reihe Zwischenstufen der revolutionären Entwicklung), die Grundlagen des Kapitalismus anzutasten. Sie wird im besten Fall imstande sein, eine radikale Neuverteilung des Grundeigentums zugunsten der Bauernschaft vorzunehmen, einen konsequenten und vollen Demokratismus bis zur Errichtung der Republik durchzuführen, alle asiatischen Wesenszüge und Knechtschaftsverhältnisse im Leben nicht nur des Dorfes, sondern auch der Fabrik auszumerzen und für eine ernstliche Verbesserung der Lage der Arbeiter, für die Hebung ihrer Lebenshaltung den Grund zu legen, und schließlich — das Letzte der Stelle, aber nicht der Bedeutung nach — die Flamme der Revolution nach Europa zu tragen. Ein solcher Sieg wird aus unserer bürgerlichen Revolution noch keineswegs eine sozialistische machen; die demokratische Umwälzung wird aus dem Rahmen der bürgerlichen gesellschaftlich-ökonomischen Beziehungen nicht unmittelbar hinaustreten; aber nichtsdestoweniger wird die Bedeutung eines solchen Sieges für

die künftige Entwicklung sowohl Rußlands als auch der ganzen Welt gigantisch sein. Nichts wird die revolutionäre Energie des Weltproletariats so sehr steigern, nichts wird den Weg, der zu seinem vollen Siege führt, so sehr abkürzen wie dieser entscheidende Sieg der in Rußland begonnenen Revolution.“ (Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, S. 51/52.)

Was die Stellung der Sozialdemokratie zur provisorischen revolutionären Regierung und die Zulässigkeit der Teilnahme der Sozialdemokratie an ihr betrifft, so verfocht Lenin in vollem Umfang die entsprechende Resolution des III. Parteitags. Sie lautet:

„Je nach dem Kräfteverhältnis und den anderen Faktoren, die im voraus nicht genau bestimmt werden können, ist die Teilnahme von Bevollmächtigten unserer Partei an der provisorischen revolutionären Regierung zwecks schonungsloser Bekämpfung aller konterrevolutionären Anschläge und zwecks Wahrung der selbständigen Interessen der Arbeiterklasse zulässig; die unerläßliche Vorbedingung für eine solche Teilnahme ist eine strenge Kontrolle der Partei über ihre Bevollmächtigten und die unentwegte Wahrung der Unabhängigkeit der Sozialdemokratie, die die volle sozialistische Umwälzung anstrebt und insoweit allen bürgerlichen Parteien in unversöhnlicher Feindschaft gegenübersteht; unabhängig davon, ob die Teilnahme der Sozialdemokratie an der provisorischen revolutionären Regierung möglich sein wird oder nicht, muß in den weitesten Schichten des Proletariats Propaganda gemacht werden für die Idee von der Notwendigkeit eines ständigen Drucks auf die provisorische Regierung durch das bewaffnete und von der Sozialdemokratie geführte Proletariat, zum Zwecke der Verteidigung, Festigung und Erweiterung der revolutionären Errungenschaften.“ (Ebenda, S. 16.)

Die Einwendungen der Menschewiki, daß die provisorische Regierung doch eine bürgerliche Regierung sein werde, daß die Teilnahme der Sozialdemokraten an einer solchen Regierung nicht zugelassen werden dürfe, wenn man nicht denselben Fehler begehen wolle, den der französische Sozialist Millerand beging, der an einer französischen bürgerlichen Regierung teilnahm, entkräftete Lenin mit dem Hinweis darauf, daß die Menschewiki hier zwei *verschiedene* Dinge durchein-

anderbringen und ihre Unfähigkeit zeigen, an die Frage marxistisch heranzugehen: in Frankreich handelte es sich um die Teilnahme von Sozialisten an einer *reaktionären* bürgerlichen Regierung in einer Periode, da es im Lande *keine* revolutionäre Situation *gab*, und das verpflichtete die Sozialisten, an einer solchen Regierung nicht teilzunehmen; in Rußland aber geht es um die Teilnahme der Sozialisten an einer *revolutionären* bürgerlichen Regierung, die für den *Sieg der Revolution* in einer Periode kämpft, da die Revolution *voll entbrannt ist* — ein Umstand, der die Teilnahme der Sozialdemokraten an einer solchen Regierung *zulässig* und bei günstigen Bedingungen *zur Pflicht* macht, um die Konterrevolution nicht nur „von unten“, von außen, sondern auch „von oben“ zu schlagen, aus der Mitte der Regierung heraus.

3. In seinem Kampfe für den Sieg der bürgerlichen Revolution und für die Erringung der demokratischen Republik dachte Lenin keineswegs daran, in der demokratischen Etappe stehenzubleiben und den Schwung der revolutionären Bewegung auf die Erfüllung bürgerlich-demokratischer Aufgaben zu beschränken. Im Gegenteil: Lenin war der Auffassung, daß gleich nach Erfüllung der demokratischen Aufgaben der Kampf des Proletariats und der anderen ausgebeuteten Massen nunmehr für die *sozialistische* Revolution werde beginnen müssen. Lenin wußte das und hielt es für die Pflicht der Sozialdemokratie, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die bürgerlich-demokratische Revolution in die sozialistische Revolution *hinüberzuwachsen* beginne. Die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft war nach Lenin nötig, nicht um nach vollbrachtem Sieg der Revolution über den Zarismus die Revolution damit zu *beenden*, sondern um den Revolutionszustand soweit als möglich zu *verlängern*, um die Reste der Konterrevolution bis auf den Grund zu vernichten, um die Flamme der Revolution nach Europa hinüberzuschleudern und — nachdem die Revolution dem Proletariat die Möglichkeit gegeben hat, sich während dieser Zeit politisch zu schulen und sich zu einer großen Armee zu organisieren — den direkten Übergang zur sozialistischen Revolution zu beginnen.

Bei der Erörterung der Frage über den Schwung der bürgerlichen Revolution und über den Charakter, den die marxistische Partei diesem Schwung geben soll, schrieb Lenin:

„Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich heranzieht,

um den Widerstand des Absolutismus mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralysieren. Das Proletariat muß die sozialistische Umwälzung vollbringen, indem es die Masse der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung an sich heranzieht, um den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie zu paralysieren. Das sind die Aufgaben des Proletariats, die sich die Leute von der neuen ‚Iskra‘ (das heißt die Menschewiki. *Die Red.*) in allen ihren Betrachtungen und Resolutionen über den Schwung der Revolution so beschränkt vorstellen.“ (*Lenin*, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, S. 97/98.)

Oder weiter:

„An der Spitze des gesamten Volkes und besonders der Bauernschaft — für die volle Freiheit, für die konsequente demokratische Umwälzung, für die Republik! An der Spitze aller Werktätigen und Ausgebeuteten — für den Sozialismus! *Das* muß in der Tat die Politik des revolutionären Proletariats sein, *so* muß die Klassenlösung lauten, die während der Revolution die Lösung jeder taktischen Frage und jeden praktischen Schritt der Arbeiterpartei bestimmen und durchdringen muß.“ (Ebenda, S. 110.)

Um keinerlei Unklarheiten übrigzulassen, gab *Lenin* zwei Monate nach Erscheinen seines Buches „Zwei Taktiken“ in seinem Artikel „Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung“ folgende Erläuterung:

„Von der demokratischen Revolution werden wir sofort, und zwar nach Maßgabe unserer Kraft, der Kraft des klassenbewußten und organisierten Proletariats, den Übergang zur sozialistischen Revolution beginnen. Wir sind für die ununterbrochene Revolution. Wir werden nicht auf halbem Wege stehenbleiben.“ (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 541.)

Das war eine neue Stellungnahme zu der Frage des gegenseitigen Verhältnisses zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Revolution, eine neue Theorie der Umgruppierung der Kräfte um das Proletariat gegen Ende der bürgerlichen Revolution zum Zwecke des direkten Übergangs zur sozialistischen Revolution — die Theorie des

Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution.

Bei der Ausarbeitung dieser neuen Einstellung stützte sich Lenin erstens auf die bekannte These von Marx über die ununterbrochene Revolution, die dieser Ende der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten“ aufgestellt hat, und zweitens auf den bekannten Gedanken von Marx über die Notwendigkeit der Verknüpfung der revolutionären Bauernbewegung mit der proletarischen Revolution, den er in einem Brief an Engels im Jahre 1856 geäußert hat, wo er sagte: „The whole thing in Germany“ (Die ganze Sache in Deutschland) „wird abhängen von der Möglichkeit, to back the Proletarian revolution by some second edition of the Peasants' war“ (die proletarische Revolution durch eine Art zweite Auflage des Bauernkrieges zu unterstützen). Diese genialen Gedanken von Marx sind jedoch in den späteren Arbeiten von Marx und Engels nicht entwickelt worden, und die Theoretiker der II. Internationale taten ihrerseits alles, um sie zu begraben und der Vergessenheit zu überliefern. Lenin fiel die Aufgabe zu, diese vergessenen Thesen von Marx ans Licht zu ziehen und sie in vollem Umfang wiederherzustellen. Bei der Wiederherstellung dieser Thesen von Marx hat sich Lenin aber nicht darauf beschränkt — und konnte sich nicht darauf beschränken —, sie einfach zu wiederholen, sondern er entwickelte sie weiter und arbeitete sie zu einer geschlossenen Theorie der sozialistischen Revolution aus, wobei er dem Problem ein neues Moment, als *unerläßliches* Moment der sozialistischen Revolution hinzufügte — das *Bündnis* des Proletariats mit den halbproletarischen Elementen in Stadt und Land als *Vorbedingung* des Sieges der proletarischen Revolution.

Diese Einstellung zerstörte völlig die taktischen Positionen der westeuropäischen Sozialdemokratie, die davon ausging, daß die Bauernmassen, darunter auch die Massen der armen Bauern, nach der bürgerlichen Revolution unbedingt von der Revolution abschwenken müssen, und daß infolgedessen nach der bürgerlichen Revolution eine lang andauernde Periode der *Pause*, eine lange Periode der „Befriedung“ von 50 bis 100 Jahren, wenn nicht noch länger, eintreten müsse, in deren Verlauf das Proletariat „friedlich“ ausgebeutet wird, während die Bourgeoisie sich „gesetzlich“ bereichert, bis die Zeit für eine neue, die sozialistische Revolution anbricht.

Es war dies eine neue Theorie der *sozialistischen* Revolution, die

nicht von einem isolierten Proletariat gegen die *gesamte* Bourgeoisie, sondern vom Proletariat als Hegemon durchgeführt wird, das in den halbproletarischen Elementen der Bevölkerung, in den Millionen der „werk tätigen und ausgebeuteten Massen“, *Verbündete* hat.

Nach dieser Theorie mußte die Hegemonie des Proletariats in der bürgerlichen Revolution *bei einem Bündnis* des Proletariats mit der Bauernschaft hinüberwachsen in die Hegemonie des Proletariats in der sozialistischen Revolution *bei einem Bündnis* des Proletariats mit den übrigen werk tätigen und ausgebeuteten Massen, wobei die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft den Boden für die sozialistische Diktatur des Proletariats vorbereiten mußte.

Diese Theorie warf die landläufige Theorie der westeuropäischen Sozialdemokraten über den Haufen, die die revolutionären Möglichkeiten der halbproletarischen Massen in Stadt und Land leugneten und davon ausgingen, daß „wir außer der Bourgeoisie und dem Proletariat keine anderen gesellschaftlichen Kräfte sehen, auf die sich bei uns oppositionelle oder revolutionäre Kombinationen stützen könnten“ (Worte Plechanows, die für die westeuropäischen Sozialdemokraten typisch sind).

Die westeuropäischen Sozialdemokraten waren der Auffassung, daß in der sozialistischen Revolution das Proletariat *allein* gegen die *gesamte* Bourgeoisie, *ohne* Verbündete, gegen *alle* nichtproletarischen Klassen und Schichten stehen wird. Sie wollten nicht mit der Tatsache rechnen, daß das Kapital nicht nur die Proletarier ausbeutet, sondern auch die Millionen der halbproletarischen Schichten in Stadt und Land, die der Kapitalismus zu Boden drückt und die im Kampfe für die Befreiung der Gesellschaft vom kapitalistischen Joch Verbündete des Proletariats sein können. Deshalb waren die westeuropäischen Sozialdemokraten der Meinung, daß die Bedingungen für die sozialistische Revolution in Europa noch nicht herangereift seien, daß man diese Bedingungen erst dann als herangereift betrachten könne, wenn das Proletariat infolge der weiteren ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft zur Mehrheit der Nation, zur Mehrheit der Gesellschaft geworden sei.

Diese faule und antiproletarische Einstellung der westeuropäischen Sozialdemokraten wurde durch die Leninsche Theorie der sozialistischen Revolution völlig über den Haufen geworfen.

In der Theorie Lenins war die direkte Schlußfolgerung, daß der

Sieg des Sozialismus in einem einzeln genommenen Lande möglich ist, noch nicht enthalten. Aber in ihr waren alle oder fast alle Grundelemente enthalten, die notwendig waren, um früher oder später eine solche Schlußfolgerung zu ziehen.

Bekanntlich kam Lenin im Jahre 1915, das heißt zehn Jahre später, zu diesem Schluß.

Das sind die grundlegenden taktischen Leitsätze, die Lenin in seinem historisch gewordenen Werke „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ entwickelt hat.

Die historische Bedeutung dieses Werkes Lenins besteht vor allem darin, daß es die kleinbürgerliche taktische Einstellung der Menschewiki ideologisch zertrümmerte, die Arbeiterklasse Rußlands für die weitere Entfaltung der bürgerlich-demokratischen Revolution, für den neuen Ansturm gegen den Zarismus wappnete und den russischen Sozialdemokraten die klare Perspektive von der Notwendigkeit des Hinüberwachsens der bürgerlichen Revolution in die sozialistische Revolution gab.

Aber damit ist die Bedeutung des Werkes Lenins nicht erschöpft. Seine unschätzbare Bedeutung besteht darin, daß es den Marxismus durch eine neue Theorie der Revolution bereicherte und das Fundament zu jener revolutionären Taktik der bolschewistischen Partei legte, mit deren Hilfe das Proletariat unseres Landes im Jahre 1917 den Sieg über den Kapitalismus errang.

4

Der weitere Aufschwung der Revolution

Der gesamtrussische politische Streik im Oktober 1905 · Der Rückzug des Zarismus · Das Manifest des Zaren · Die Entstehung der Sowjets der Arbeiterdeputierten

Im Herbst 1905 erfaßte die revolutionäre Bewegung das ganze Land. Sie wuchs mit Riesenkraft an.

Am 19. September (2. Oktober) begann in Moskau der Streik der Buchdrucker. Er griff auf Petersburg und eine Reihe anderer Städte über. In Moskau selbst wurde der Streik der Buchdrucker von den Arbeitern anderer Produktionszweige unterstützt und verwandelte sich in einen politischen Generalstreik.

Anfang Oktober begann der Streik auf der Moskau-Kasaner Eisenbahn. Einen Tag später brach der Streik auf allen Eisenbahnen des Moskauer Knotenpunkts aus. Bald wurden alle Eisenbahnen des Landes vom Streik erfaßt. Post und Telegraph stellten die Arbeit ein. In den verschiedenen Städten Rußlands versammelten sich die Arbeiter zu vieltausendköpfigen Meetings und beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Der Streik erfaßte Betrieb um Betrieb, Stadt um Stadt, Gebiet um Gebiet. Den streikenden Arbeitern schlossen sich kleine Angestellte, Studierende und Intellektuelle — Rechtsanwälte, Ingenieure, Ärzte — an.

Der politische Oktoberstreik wurde zu einem gesamtrossischen Streik, erfaßte nahezu das ganze Land bis in die entferntesten Gebiete, erfaßte nahezu alle Arbeiter bis in die rückständigsten Schichten hinein. An dem politischen Generalstreik beteiligten sich allein von den Industriearbeitern ungefähr eine Million, die Eisenbahner, Post-, Telegraphen- und anderen Angestellten nicht mitgerechnet, die ebenfalls in großer Zahl an dem Streik teilnahmen. Das gesamte Leben des Landes kam zum Stillstand. Die Macht der Regierung war gelähmt.

Die Arbeiterklasse stand an der Spitze des Kampfes der Volksmassen gegen die Selbstherrschaft.

Die von den Bolschewiki ausgegebene Losung des politischen Massenstreiks hatte ihre Resultate gezeitigt.

Der Oktober-Generalstreik, der die Kraft, die Macht der proletarischen Bewegung bekundete, zwang den zu Tode erschrockenen Zaren, das Manifest vom 17. (30.) Oktober zu erlassen. Im Manifest vom 17. Oktober 1905 wurden dem Volke die „unerschütterlichen Grundlagen bürgerlicher Freiheit: wirkliche Unantastbarkeit der Person, Gewissens- und Redefreiheit, Freiheit der Versammlungen und Koalitionen“ versprochen. Es wurde das Versprechen gegeben, eine gesetzgebende Duma einzuberufen, alle Klassen der Bevölkerung zur Teilnahme an den Wahlen heranzuziehen.

So wurde durch die Kraft der Revolution die Bulyginsche beratende Duma hinweggefegt. Die bolschewistische Taktik des Boykotts der Bulyginschen Duma erwies sich als richtig.

Ungeachtet dessen war das Manifest vom 17. Oktober dennoch ein Betrug an den Volksmassen, ein Manöver des Zaren, eine Art Atempause, die der Zar brauchte, um die Leichtgläubigen einzulullen, Zeit zu gewinnen, Kräfte zu sammeln und dann gegen die Revolution loszuschlagen. Die zaristische Regierung, die in Worten Freiheit

versprach, gab in Wirklichkeit nichts von Belang. Die Arbeiter und Bauern hatten bis jetzt, außer Versprechungen, von der Regierung nichts erhalten. Anstatt der erwarteten umfassenden politischen Amnestie wurde am 21. Oktober eine Amnestie für einen unbedeutenden Teil der politischen Gefangenen erlassen. Gleichzeitig organisierte die Regierung, um die Kräfte des Volkes zu spalten, eine Reihe blutiger Judenpogrome, bei denen tausende und aber tausende Menschen umkamen, und gründete polizeiliche Banditenorganisationen wie den „Bund des russischen Volkes“, den „Bund des Erzengels Michael“, um mit der Revolution blutige Abrechnung zu halten. Diese Organisationen, in denen reaktionäre Gutsbesitzer, Kaufleute, Popen und halbkriminelle Elemente aus dem Lumpenproletariat eine große Rolle spielten, hat das Volk „Schwarzhundertschaft“ getauft. Die Schwarzhunderter mißhandelten und erschlugen in aller Öffentlichkeit, unter Beihilfe der Polizei, fortgeschrittene Arbeiter, revolutionäre Intellektuelle und Studenten, legten Feuer und schossen in die Meetings und Volksversammlungen. So sahen vorläufig die Resultate des Zarenmanifestes aus.

Damals war im Volke das folgende Liedchen über das Manifest des Zaren im Umlauf:

„Der Zar in seinem Schrecken
erließ ein Manifest:
den Toten gab er Freiheit,
den Lebenden — Arrest!“

Die Bolschewiki erläuterten den Massen, daß das Manifest vom 17. Oktober eine Falle sei. Sie brandmarkten die Haltung der Regierung nach dem Manifest als Provokation. Die Bolschewiki riefen die Arbeiter zu den Waffen, riefen sie zur Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes auf.

Die Arbeiter gingen noch energischer an die Schaffung von Kampfscharen. Es wurde ihnen klar, daß der erste Sieg vom 17. Oktober, errungen durch den politischen Generalstreik, von ihnen weitere Anstrengungen, weiteren Kampf für den Sturz des Zarismus erforderte.

Lenin wertete das Manifest vom 17. Oktober als Ausdruck eines gewissen zeitweiligen Gleichgewichts der Kräfte, da das Proletariat und die Bauernschaft dem Zaren zwar das Manifest abgetrotzt hatten, aber *noch nicht die Kraft besaßen*, den Zarismus niederzuwerfen, — *der Zarismus hingegen* mit den früheren Mitteln allein *schon nicht mehr*

regieren konnte und gezwungen war, in Worten „bürgerliche Freiheiten“ und eine „gesetzgebende“ Duma zu versprechen.

In den stürmischen Tagen des politischen Oktoberstreiks, im Feuer des Kampfes gegen den Zarismus, schuf die revolutionäre Schöpferkraft der Arbeitermassen eine neue mächtige Waffe — die Sowjets der Arbeiterdeputierten.

Die Sowjets der Arbeiterdeputierten, die eine Versammlung von Delegierten aller Fabriken und Werke darstellten, waren eine in der Welt noch nicht dagewesene politische Massenorganisation der Arbeiterklasse. Die Sowjets, erstmalig im Jahre 1905 entstanden, waren das *Vorbild* der Sowjetmacht, die vom Proletariat unter Führung der bolschewistischen Partei im Jahre 1917 errichtet wurde. Die Sowjets waren eine neue revolutionäre Form der Schöpferkraft des Volkes. Sie wurden ausschließlich von den revolutionären Schichten der Bevölkerung gebildet und stießen alle Gesetze und Normen des Zarismus um. Sie waren eine Äußerung der selbsttätigen Kraft des Volkes, das sich zum Kampf gegen den Zarismus erhoben hatte.

Die Bolschewiki betrachteten die Sowjets als Keime der revolutionären Macht. Sie waren der Meinung, daß die Kraft und Bedeutung der Sowjets ganz und gar von der Kraft und dem Erfolg des Aufstandes abhängen.

Die Menschewiki hielten die Sowjets weder für Keime der revolutionären Macht, noch für Organe des Aufstandes. Sie sahen in ihnen Organe der örtlichen Selbstverwaltung, von der Art demokratisierter städtischer Selbstverwaltungen.

Am 13. (26.) Oktober 1905 gingen in Petersburg in allen Fabriken und Werken die Wahlen zum Sowjet der Arbeiterdeputierten vor sich. In der Nacht fand die erste Sitzung des Sowjets statt. Gleich nach Petersburg wurde in Moskau ein Sowjet der Arbeiterdeputierten organisiert.

Der Sowjet der Arbeiterdeputierten von Petersburg als Sowjet des größten industriellen und revolutionären Zentrums Rußlands, der Hauptstadt des Zarenreiches, hätte in der Revolution von 1905 eine entscheidende Rolle spielen müssen. Der Sowjet erfüllte jedoch infolge seiner schlechten, menschewistischen Führung seine Aufgaben nicht. Bekanntlich war Lenin damals noch nicht in Petersburg, er weilte immer noch im Ausland. Die Menschewiki nützten die Abwesenheit Lenins aus, schlichen sich in den Petersburger Sowjet ein und rissen dessen Führung an sich. Kein Wunder, daß es unter solchen Umständen

den Menschewiki Chrustalew, Trotzki, Parvus und anderen gelang, den Petersburger Sowjet gegen die Politik des Aufstands zu kehren. Anstatt die Soldaten dem Sowjet näherzubringen und sie in den gemeinsamen Kampf einzubeziehen, forderten sie die Entfernung der Soldaten aus Petersburg. Anstatt die Arbeiter zu bewaffnen und sie zum Aufstand vorzubereiten, rührte sich der Sowjet nicht vom Fleck und stand der Vorbereitung des Aufstands ablehnend gegenüber.

Eine ganz andere Rolle spielte in der Revolution der Moskauer Sowjet der Arbeiterdeputierten. Der Moskauer Sowjet führte von den ersten Tagen seines Bestehens an eine konsequent revolutionäre Politik durch. Im Moskauer Sowjet hatten die Bolschewiki die Führung. Dank den Bolschewiki entstand neben dem Sowjet der Arbeiterdeputierten in Moskau ein Sowjet der Soldatendeputierten. Der Moskauer Sowjet wurde zum Organ des bewaffneten Aufstandes.

In der Zeitspanne von Oktober bis Dezember 1905 wurden in einer Reihe großer Städte und in fast allen Arbeiterzentren Sowjets der Arbeiterdeputierten gebildet. Es wurden Versuche unternommen, Sowjets der Soldaten- und Matrosendeputierten zu organisieren und sie mit den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu vereinigen. Hier und da wurden Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten gebildet.

Der Einfluß der Sowjets war gewaltig. Obwohl sie häufig spontan entstanden, obwohl sie ungeformt und in ihrer Zusammensetzung verschwommen waren, fungierten sie als Machtorgane. Die Sowjets verwirklichten aus eigener Machtvollkommenheit die Freiheit der Presse, führten den achtstündigen Arbeitstag ein, wandten sich an das Volk mit der Aufforderung, an die zaristische Regierung keine Steuern zu entrichten. In einzelnen Fällen beschlagnahmten sie Gelder der zaristischen Regierung und verwendeten sie für die Zwecke der Revolution.

5

Der bewaffnete Aufstand vom Dezember · Die Niederlage des Aufstandes · Der Rückzug der Revolution · Die I. Reichsduma Der IV. (Vereinigungs-) Parteitag

Im Oktober und November 1905 entwickelte sich der revolutionäre Kampf der Massen mit gewaltiger Kraft weiter. Die Streiks der Arbeiter dauerten an.

Der Kampf der Bauern gegen die Gutsbesitzer nahm im Herbst 1905 breite Ausmaße an. Im ganzen Lande wurde mehr als ein Drittel der Landkreise von der Bauernbewegung erfaßt. In den Gouvernements Saratow, Tambow, Tschernigow, Tiflis, Kutais und einigen anderen kam es zu regelrechten Bauernaufständen. Dennoch war der Ansturm der Bauernmassen noch ungenügend. Der Bauernbewegung mangelte es an Organisiertheit und Führung.

In einer Reihe von Städten — Tiflis, Wladiwostok, Taschkent, Samarkand, Kursk, Suchumi, Warschau, Kiew, Riga — griffen die Unruhen auch unter den Soldaten um sich. In Kronstadt und unter den Matrosen der Schwarzmeerflotte in Sewastopol flammten Aufstände auf (im November 1905). Da diese Aufstände aber zersplittert waren, wurden sie vom Zarismus niedergeworfen.

Anlaß zu den Aufständen in einzelnen Teilen der Armee und Flotte waren nicht selten das ungemein grobe Verhalten der Offiziere, die schlechte Verpflegung („Erbsen-Revolten“) usw. Die Masse der aufständischen Matrosen und Soldaten hatte noch nicht das klare Bewußtsein von der Notwendigkeit, die zaristische Regierung zu stürzen, von der Notwendigkeit, den bewaffneten Kampf energisch fortzusetzen. Die aufständischen Matrosen und Soldaten waren noch viel zu friedfertig und gutmütig gestimmt; nicht selten machten sie den Fehler, die zu Beginn des Aufstandes verhafteten Offiziere freizulassen, und ließen sich durch Versprechungen und Überredung der Vorgesetzten beschwichtigen.

Die Revolution kam dicht an den bewaffneten Aufstand heran. Die Bolschewiki riefen die Massen zum bewaffneten Aufstand gegen den Zaren und die Gutsbesitzer auf, erklärten ihnen dessen Unvermeidlichkeit. Rastlos bereiteten die Bolschewiki den bewaffneten Aufstand vor. Unter den Soldaten und Matrosen wurde revolutionäre Arbeit geleistet, in der Armee wurden Militärorganisationen der Partei geschaffen. In einer Reihe von Städten wurden Kampfscharen aus Arbeitern geschaffen; die Mitglieder der Kampfscharen lernten die Waffen handhaben. Der Ankauf von Waffen im Ausland und ihre geheime Beförderung nach Rußland wurden organisiert. An der Organisation des Waffentransportes nahmen führende Parteiarbeiter teil.

Im November 1905 kehrte Lenin nach Rußland zurück. Vor den Nachstellungen der zaristischen Gendarmen und Spione geborgen, nahm Lenin in diesen Tagen an der Vorbereitung des bewaffneten

Aufstands unmittelbaren Anteil. Seine Artikel in der bolschewistischen Zeitung „Nowaja Shisn“ (Neues Leben) dienten als Anweisungen für die tagtägliche Arbeit der Partei.

In dieser Zeit leistete Genosse Stalin eine gewaltige revolutionäre Arbeit in Transkaukasien. Genosse Stalin entlarvte und geißelte die Menschewiki als Gegner der Revolution und des bewaffneten Aufstands. Festen Willens bereitete er die Arbeiter zum entscheidenden Kampf gegen die Selbstherrschaft vor. Am Tage der Verkündung des zaristischen Manifestes sagte Genosse Stalin auf einem Meeting in Tiflis den Arbeitern:

„Was brauchen wir, um wirklich zu siegen? Dazu sind drei Dinge nötig: erstens — Bewaffnung, zweitens — Bewaffnung, drittens — Bewaffnung und noch einmal Bewaffnung.“

Im Dezember 1905 trat in Finnland, in Tammerfors, die Konferenz der Bolschewiki zusammen. Obwohl Bolschewiki und Menschewiki formal derselben Sozialdemokratischen Partei angehörten, bildeten sie faktisch zwei verschiedene Parteien mit eigenen, besonderen Zentren. Auf dieser Konferenz trafen sich Lenin und Stalin zum ersten Male persönlich. Bis dahin unterhielten sie durch Briefe oder durch Genossen Verbindung miteinander.

Von den Beschlüssen der Tammerforser Konferenz müssen zwei hervorgehoben werden: der eine — über die Wiederherstellung der Einheit der Partei, die faktisch in zwei Parteien gespalten war, und der andere — über den Boykott der ersten, sogenannten Witteschen Duma.

Da zu dieser Zeit in Moskau der bewaffnete Aufstand schon seinen Anfang genommen hatte, beendete die Konferenz auf Lenins Rat eilig ihre Arbeit, und die Delegierten fuhren zu ihren Ortsorganisationen zurück, um an dem Aufstand persönlich teilzunehmen.

Aber auch die zaristische Regierung schlief nicht. Sie rüstete ebenfalls zum entscheidenden Kampf. Durch den Friedensschluß mit Japan hatte die zaristische Regierung ihre schwierige Lage erleichtert, und nun ging sie gegen die Arbeiter und Bauern zum Angriff über. Die zaristische Regierung verhängte über mehrere Gouvernements, die von Bauernaufständen erfaßt waren, den Kriegszustand, gab blutrünstige Befehle aus — „Gefangene werden nicht gemacht“, „keine Patronen sparen“ —, erließ die Verfügung, die Führer der revolutionären Bewegung zu verhaften und die Sowjets der Arbeiterdeputierten auseinanderzujagen.

Die Moskauer Bolschewiki und der von ihnen geleitete Moskauer Sowjet der Arbeiterdeputierten, der mit den breiten Massen der Arbeiter verbunden war, entschlossen sich unter solchen Umständen, die Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand unverzüglich durchzuführen. Am 5. (18.) Dezember faßte das Moskauer Komitee den Beschluß: den Sowjet aufzufordern, den politischen Generalstreik auszurufen, um ihn im Verlauf des Kampfes in den Aufstand überzuleiten. Dieser Beschluß wurde von Massenversammlungen der Arbeiter unterstützt. Der Moskauer Sowjet trug dem Willen der Arbeiterklasse Rechnung und beschloß einmütig, den politischen Generalstreik zu beginnen.

Als das Proletariat Moskaus den Aufstand begann, besaß es eine eigene Kampforganisation von ungefähr 1000 Freischärlern, von denen mehr als die Hälfte Bolschewiki waren. Kampfscharen gab es auch in einer Reihe Moskauer Fabriken. Im ganzen zählten die Aufständischen ungefähr 2000 Freischärler. Die Arbeiter rechneten darauf, die Garnison zu neutralisieren, einen Teil der Garnison abzuspalten und auf ihre Seite zu ziehen.

Am 7. (20.) Dezember begann in Moskau der politische Streik. Es gelang jedoch nicht, den Streik über das ganze Land auszudehnen, er fand in Petersburg keine genügende Unterstützung, und das schwächte von Anfang an die Erfolgchancen des Aufstandes. Die Nikolaus-, heute Oktober-Eisenbahn blieb in der Hand der zaristischen Regierung. Auf dieser Eisenbahnlinie wurde der Verkehr nicht eingestellt, und die Regierung konnte von Petersburg nach Moskau Garderegimenter zur Niederwerfung des Aufstandes hinüberwerfen.

In Moskau selbst schwankte die Garnison. Zum Teil auch in der Erwartung, von der Garnison Unterstützung zu erhalten, begannen die Arbeiter den Aufstand. Die Revolutionäre verpaßten jedoch den Augenblick, und die zaristische Regierung wurde der Unruhen in der Garnison Herr.

Am 9. (22.) Dezember tauchten in Moskau die ersten Barrikaden auf. Bald bedeckten sich Moskaus Straßen mit Barrikaden. Die zaristische Regierung setzte Artillerie ein. Sie zog Truppen zusammen, die die Kräfte der Aufständischen um ein Vielfaches überstiegen. Neun Tage lang führten einige tausend bewaffnete Arbeiter einen heldenmütigen Kampf. Erst als der Zarismus Regimenter aus Petersburg, Twer und dem Westgebiet herangezogen hatte, konnte er den Aufstand niederwerfen. Die leitenden Organe des Aufstandes waren am Vorabend

des Kampfes zum Teil verhaftet, zum Teil isoliert worden. Das Moskauer Komitee der Bolschewiki war verhaftet. Die bewaffnete Aktion verwandelte sich in den Aufstand einzelner voneinander getrennter Stadtteile. Des leitenden Zentrums beraubt, beschränkten sich die Stadtteile, die keinen gemeinsamen Kampfplan für die Stadt hatten, hauptsächlich auf die Verteidigung. Das war der Hauptgrund für die Schwäche des Moskauer Aufstandes und eine der Ursachen seiner Niederlage, wie Lenin nachher hervorhob.

Besonders hartnäckigen und erbitterten Charakter trug der Aufstand in dem Moskauer Stadtteil Krasnaja Presnja. Krasnaja Presnja war die Hauptfestung des Aufstandes, sein Zentrum. Hier konzentrierten sich die besten Kampfscharen, die unter der Führung der Bolschewiki standen. Krasnaja Presnja wurde jedoch mit Feuer und Schwert niedergeworfen, in Blut erstickt und flammte lichterloh im Feuerschein der Brände, die von der Artillerie hervorgerufen wurden. Der Moskauer Aufstand war niedergeworfen.

Der Aufstand blieb nicht allein auf Moskau beschränkt. Von revolutionären Aufständen waren auch eine Reihe anderer Städte und Bezirke erfaßt. Zu bewaffneten Aufständen kam es in Krasnojarsk, Motowilicha (Perm), Noworossijsk, Sormowo, Sewastopol und Kronstadt.

Zum bewaffneten Kampf erhoben sich auch die unterdrückten Völker Rußlands. Fast ganz Georgien war vom Aufstand erfaßt. Zu einem großen Aufstand kam es im Donezbecken in der Ukraine: in Gorlowka, Alexandrowsk und Lugansk (Woroschilowgrad). Zähem Charakter trug der Kampf in Lettland. In Finnland schufen die Arbeiter ihre Rote Garde und erhoben sich zum Aufstand.

Alle diese Aufstände wurden jedoch ebenso wie der Moskauer Aufstand vom Zarismus mit unmenschlicher Grausamkeit niedergeworfen.

Die Menschewiki und die Bolschewiki gaben dem bewaffneten Dezemberaufstand eine verschiedene Einschätzung.

Nach dem bewaffneten Aufstand kam der Menschewik Plechanow der Partei mit dem Vorwurf: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen.“ Die Menschewiki suchten nachzuweisen, daß der Aufstand ein überflüssiges und schädliches Unternehmen sei, daß man in der Revolution ohne Aufstand auskommen, daß man den Erfolg nicht durch einen bewaffneten Aufstand, sondern durch friedliche Kampfmittel erringen könne.

Die Bolschewiki brandmarkten eine solche Einschätzung als Verrat.

Sie waren der Auffassung, daß die Erfahrung des Moskauer bewaffneten Aufstandes die Möglichkeit eines erfolgreichen bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse nur bestätigt hat. Auf den Vorwurf Plechanows: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen“, antwortete Lenin:

„Im Gegenteil, man hätte entschlossener, energischer und offensiver zu den Waffen greifen, hätte den Massen die Unmöglichkeit eines bloß friedlichen Streiks und die Notwendigkeit eines furchtlosen und rücksichtslosen bewaffneten Kampfes klarmachen müssen.“ (*Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 546.*)

Der Dezemberaufstand von 1905 war der Höhepunkt der Revolution. Im Dezember brachte die zaristische Selbstherrschaft dem Aufstand eine Niederlage bei. Nach der Niederlage des Dezemberaufstandes begann eine Wendung zum schrittweisen Rückzug der Revolution. Der Aufschwung der Revolution wich ihrem allmählichen Abebben.

Die zaristische Regierung beeilte sich, diese Niederlage auszunützen, um die Revolution endgültig niederzuschlagen. Die zaristischen Henker und Kerkermeister gingen an ihr blutiges Werk. Hemmungslos wüteten Strafexpeditionen in Polen, Lettland, Estland, Transkaukasien und Sibirien.

Die Revolution war jedoch noch nicht unterdrückt. Die Arbeiter und revolutionären Bauern zogen sich langsam, kämpfend zurück. Neue Arbeiterschichten wurden in den Kampf hineingezogen. Im Jahre 1906 beteiligten sich an den Streiks mehr als eine Million Arbeiter, im Jahre 1907 — 740 000. Die Bauernbewegung erfaßte im ersten Halbjahr 1906 ungefähr die Hälfte der Landkreise des zaristischen Rußland, im zweiten Halbjahr ein Fünftel aller Kreise. Die Unruhen in Armee und Flotte dauerten an.

Die zaristische Regierung beschränkte sich in ihrem Kampfe gegen die Revolution nicht allein auf Gewaltmaßnahmen. Nach den ersten Erfolgen, die sie durch die Gewaltmaßnahmen erreicht hatte, beschloß sie, durch die Einberufung einer neuen, „gesetzgebenden“ Duma der Revolution einen neuen Schlag zu versetzen. Sie rechnete darauf, durch die Einberufung einer solchen Duma die Bauern von der Revolution abzuspalten und dadurch der Revolution den letzten Stoß zu versetzen. Im Dezember 1905 erließ die zaristische Regierung ein Gesetz über die Einberufung der neuen, „gesetzgebenden“ Duma, zum Unter-

schied von der alten, „beratenden“ Bulyginschen Duma, die durch den bolschewistischen Boykott hinweggefegt worden war. Das zaristische Wahlgesetz war natürlich antidemokratisch. Es gab kein allgemeines Wahlrecht. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung war überhaupt des Stimmrechts beraubt, zum Beispiel die Frauen und mehr als zwei Millionen Arbeiter. Es gab kein gleiches Wahlrecht. Die Wähler waren in vier Kurien, wie man damals sagte, geteilt: die Grundbesitzerkurie (die Gutsherren), die Städtekurie (die Bourgeoisie), die Bauernkurie und die Arbeiterkurie. Es gab keine direkten, sondern mehrstufige Wahlen. Es gab faktisch keine geheimen Wahlen. Das Wahlgesetz sicherte dem Häuflein von Gutsbesitzern und Kapitalisten in der Duma ein gewaltiges Übergewicht über die Millionen der Arbeiter und Bauern.

Mit der Duma wollte der Zar die Massen von der Revolution ablenken. Ein beträchtlicher Teil der Bauernschaft glaubte zu jener Zeit an die Möglichkeit, durch die Duma Boden zu erhalten. Die Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre täuschten den Arbeitern und Bauern vor, man könne ohne Aufstand, ohne Revolution, die für das Volk nötigen Zustände erreichen. Im Kampf gegen diesen Betrug am Volk wurde von den Bolschewiki entsprechend dem auf der Konferenz von Tammerfors angenommenen Beschluß die Taktik des Boykotts der I. Reichsduma verkündet und durchgeführt.

Während die Arbeiter gegen den Zarismus im Kampfe standen, erhoben sie zugleich die Forderung nach Einheit der Kräfte der Partei, nach der Vereinigung der Partei des Proletariats. Die Bolschewiki, mit dem bekannten Beschluß der Konferenz von Tammerfors über die Einheit ausgerüstet, unterstützten diese Forderung der Arbeiter und schlugen den Menschewiki vor, einen Vereinigungsparteitag einzuberufen. Unter dem Druck der Arbeitermassen waren die Menschewiki gezwungen, der Vereinigung zuzustimmen.

Lenin war für die Vereinigung, aber für eine solche Vereinigung, bei der die Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der Revolution nicht vertuscht werden. Großen Schaden fügten der Partei die Versöhnler (Bogdanow, Krassin und andere) zu, die nachzuweisen sich bemühten, daß es zwischen Bolschewiki und Menschewiki keine ernstesten Meinungsverschiedenheiten gebe. Im Kampf gegen die Versöhnler forderte Lenin, daß die Bolschewiki zum Parteitag mit ihrer Plattform kommen, damit den Arbeitern klar werde, welche Positionen die

Bolschewiki einnehmen und auf welcher Grundlage die Vereinigung erfolgt. Die Bolschewiki arbeiteten eine solche Plattform aus und legten sie den Parteimitgliedern zur Diskussion vor.

Im April 1906 versammelte sich in Stockholm (Schweden) der IV. Parteitag der SDAPR, der Vereinigungsparteitag genannt. Auf dem Parteitag waren 111 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, die 57 Ortsorganisationen der Partei vertraten. Außerdem waren auf dem Parteitag Vertreter der nationalen sozialdemokratischen Parteien anwesend: drei vom „Bund“, drei von der Polnischen Sozialdemokratischen Partei und drei von der lettischen sozialdemokratischen Organisation.

Infolge der Zerschlagung der bolschewistischen Organisationen während und nach dem Dezemberaufstand konnten nicht alle Organisationen Delegierte entsenden. Außerdem hatten die Menschewiki in den „Tagen der Freiheit“ des Jahres 1905 eine Masse kleinbürgerlicher Intellektueller in ihre Reihen aufgenommen, die mit dem revolutionären Marxismus nichts gemein hatten. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Tifliser Menschewiki (und in Tiflis gab es wenig Industriearbeiter) ebenso viele Delegierte zum Parteitag entsandten wie die stärkste proletarische Organisation, — die von Petersburg. So kam es, daß die Menschewiki auf dem Stockholmer Parteitag über eine, allerdings nur unbedeutende Mehrheit verfügten.

Eine solche Zusammensetzung des Parteitags bestimmte in einer ganzen Reihe von Fragen den menschewistischen Charakter der Beschlüsse.

Auf diesem Parteitag erfolgte nur eine *formale* Vereinigung. Dem Wesen nach blieben Bolschewiki und Menschewiki bei ihren Auffassungen, behielten sie ihre selbständigen Organisationen.

Die wichtigsten Fragen, die auf dem IV. Parteitag erörtert wurden, waren: die Agrarfrage, die Einschätzung der gegebenen Situation und der Klassenaufgaben des Proletariats, das Verhältnis zur Reichsduma und Organisationsfragen.

Obwohl die Menschewiki auf diesem Parteitag die Mehrheit hatten, waren sie gezwungen, die Leninsche Formulierung des ersten Paragraphen des Statuts, über die Parteimitgliedschaft, anzunehmen, um die Arbeiter nicht von sich abzustoßen.

In der Agrarfrage verfocht Lenin die *Nationalisierung* des Bodens. Lenin hielt die Nationalisierung des Bodens nur beim Sieg der Revo-

lution, nur nach dem Sturze des Zarismus für möglich. In diesem Falle würde die Nationalisierung des Bodens dem Proletariat im Bündnis mit der Dorfarmut den Übergang zur sozialistischen Revolution erleichtern. Die Nationalisierung des Bodens erforderte die entschädigungslose Enteignung (Konfiskation) des gesamten Bodens der Gutsbesitzer zugunsten der Bauern. Das bolschewistische Agrarprogramm rief die Bauern zur Revolution gegen den Zaren und die Gutsbesitzer auf.

Auf anderen Positionen standen die Menschewiki. Sie verteidigten das Programm der *Munizipalisierung*. Nach diesem Programm kam der Boden der Gutsbesitzer nicht in die Verfügungsgewalt, ja nicht einmal in die Nutzung der Bauerngemeinschaften, sondern in die Verfügung der Munizipalitäten (das heißt der örtlichen Selbstverwaltungen oder Semstvos). Diesen Boden sollten die Bauern, jeder seinen Kräften entsprechend, *pachten*.

Das menschewistische Programm der Munizipalisierung war kompromißlerisch und deshalb für die Revolution schädlich. Es konnte die Bauern nicht zum revolutionären Kampf mobilisieren, es war nicht auf die vollständige Vernichtung des gutsherrlichen Bodenbesitzes berechnet. Das menschewistische Programm war auf eine Revolution berechnet, deren Ergebnis eine Halbheit sein sollte. Die Menschewiki wollten nicht die Bauern zur Revolution mobilisieren.

Der Parteitag nahm mit Stimmenmehrheit das menschewistische Programm an.

Die Menschewiki enthüllten ihr antiproletarisches, opportunistisches Wesen insbesondere bei der Erörterung der Resolution über die Einschätzung der augenblicklichen Lage und über die Reichsduma. Der Menschewik Martynow trat offen gegen die Hegemonie des Proletariats in der Revolution auf. Den Menschewiki antwortete Genosse Stalin, der die Frage in aller Schärfe stellte:

„Entweder Hegemonie des Proletariats oder Hegemonie der demokratischen Bourgeoisie — so steht die Frage in der Partei, darin bestehen unsere Meinungsverschiedenheiten.“

Was die Reichsduma betrifft, so priesen die Menschewiki sie in ihrer Resolution als das beste Mittel zur Lösung der Fragen der Revolution, zur Befreiung des Volkes vom Zarismus. Die Bolschewiki dagegen betrachteten die Duma als machtloses Anhängsel des Zarismus,

als eine Hülle, die die Eiterbeulen des Zarismus verdeckt, die er sofort abwerfen wird, wenn sie sich ihm als unbequem erweist.

In das Zentralkomitee, das auf dem IV. Parteitag gewählt wurde, kamen drei Bolschewiki und sechs Menschewiki. In die Redaktion des Zentralorgans wurden nur Menschewiki gewählt.

Es war klar, daß der innerparteiliche Kampf fort dauern werde.

Der Kampf zwischen Bolschewiki und Menschewiki entbrannte nach dem IV. Parteitag mit neuer Kraft. In den formal vereinigten Ortsorganisationen traten sehr häufig zwei Referenten mit Berichten über den Parteitag auf: ein Bolschewik und ein Menschewik. Die Erörterung der beiden Linien ergab, daß sich die Mehrheit der Mitglieder der Organisationen in den meisten Fällen auf die Seite der Bolschewiki stellte.

Das Leben bewies immer klarer, daß die Bolschewiki recht hatten. Das auf dem IV. Parteitag gewählte menschewistische Zentralkomitee offenbarte immer mehr seinen Opportunismus, seine völlige Unfähigkeit, den revolutionären Kampf der Massen zu leiten. Im Sommer und Herbst 1906 schwoll der revolutionäre Kampf der Massen von neuem an. In Kronstadt und Sveaborg kam es zu Matrosenaufständen, der Kampf der Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer flammte auf. Das menschewistische Zentralkomitee gab aber opportunistische Losungen aus, denen die Massen nicht folgten.

6

Die Auseinanderjagung der I. Reichsduma · Die Einberufung der II. Reichsduma · Der V. Parteitag · Die Auseinanderjagung der II. Reichsduma · Die Ursachen der Niederlage der ersten russischen Revolution

Da sich die I. Reichsduma als nicht genügend gefügig erwies, jagte die zaristische Regierung sie im Sommer 1906 auseinander. Die Regierung verstärkte die Gewaltmaßnahmen gegen das Volk noch mehr, dehnte die Pogromtätigkeit der Strafexpeditionen über das ganze Land aus und gab ihren Entschluß bekannt, in kurzer Zeit die II. Reichsduma einzuberufen. Die zaristische Regierung wurde ganz offenkundig immer dreister. Sie fürchtete die Revolution nicht mehr, da sie sah, daß die Revolution im Abflauen begriffen war.

Die Bolschewiki hatten die Frage der Teilnahme an der II. Duma oder ihres Boykotts zu entscheiden. Wenn die Bolschewiki vom Boykott sprachen, so meinten sie gewöhnlich den aktiven Boykott, nicht aber eine einfache und passive Wahlenthaltung. Die Bolschewiki betrachteten den aktiven Boykott als ein revolutionäres Mittel zur Warnung des Volkes vor den Versuchen des Zaren, das Volk vom revolutionären Wege auf den Weg der zaristischen „Konstitution“ hinüberzulenken, als Mittel, einen solchen Versuch zu vereiteln und einen neuen Ansturm des Volkes gegen den Zarismus zu organisieren.

Die Erfahrung des Boykotts der Bulyginschen Duma hatte gezeigt, daß der Boykott „die einzig richtige Taktik war, der die Ereignisse in vollem Umfang recht gegeben haben“ (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 553). Dieser Boykott war erfolgreich, da er nicht nur das Volk vor der Gefahr des zaristisch-konstitutionellen Weges gewarnt hatte, sondern auch die Duma sprengte, noch ehe sie dazu kam, das Licht der Welt zu erblicken. Er war erfolgreich, weil er während des *wachsenden Aufschwungs* der Revolution durchgeführt wurde und sich auf diesen Aufschwung stützte, nicht aber beim Abebben der Revolution, denn die Duma konnte nur unter den Bedingungen des *Aufschwungs* der Revolution gesprengt werden.

Der Boykott der Witteschen, das heißt der I. Duma wurde nach der Niederlage des Dezemberaufstands durchgeführt, als der Zar sich als Sieger erwies, das heißt zu einer Zeit, da man glauben konnte, daß die Revolution abzuflauen beginne.

„Aber“, schrieb Lenin, „selbstverständlich lag damals noch kein Grund vor, diesen Sieg (des Zaren. *Die Red.*) als entscheidend anzusehen. Der Dezemberaufstand von 1905 fand seine Fortsetzung in einer ganzen Reihe zersplitterter militärischer Teilaufstände und in den Streiks des Sommers 1906. Die Losung des Boykotts der Witteschen Duma war eine Losung des Kampfes für die Konzentrierung und Verallgemeinerung dieser Aufstände.“ (*Lenin*, Sämtl. Werke, Bd. XII, S. 20 russ.)

Der Boykott der Witteschen Duma konnte die Duma nicht sprengen, obwohl er die Autorität dieser Duma beträchtlich untergrub und bei einem Teil der Bevölkerung den Glauben an die Duma schwächte; er konnte die Duma nicht sprengen, da er, wie jetzt klar wurde, unter den Bedingungen des Zurückflutens, des Abebbens der Revolution

durchgeführt wurde. Deshalb erwies sich der Boykott der I. Duma im Jahre 1906 als nicht erfolgreich. Im Zusammenhang damit schrieb Lenin in seiner berühmten Broschüre „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“:

„Der bolschewistische Boykott des ‚Parlaments‘ im Jahre 1905 hat das revolutionäre Proletariat um eine außerordentlich wertvolle politische Erfahrung bereichert, indem er zeigte, daß es bei Kombinierung von legalen und illegalen, parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfformen bisweilen nützlich, ja sogar notwendig ist, zu verstehen, auf die parlamentarischen Kampfformen zu verzichten . . . Der Boykott der ‚Duma‘ durch die Bolschewiki im Jahre 1906 war bereits ein Fehler, wenn auch ein kleiner, leicht korrigierbarer Fehler . . . Für die Politik und die Parteien gilt — mit entsprechenden Änderungen — dasselbe, was für einzelne Personen gilt. Klug ist nicht, wer keine Fehler macht. Solche Menschen gibt es nicht und kann es nicht geben. Klug ist, wer keine allzu wesentlichen Fehler macht und es versteht, sie leicht und rasch zu korrigieren.“ (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 683.)

Was die II. Reichsduma betrifft, so war Lenin der Auffassung, daß die Bolschewiki angesichts der veränderten Situation und des Abebbens der Revolution „die Frage des Boykotts der Reichsduma revidieren müssen“ (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 552).

„Die Geschichte hat gezeigt“, schrieb Lenin, „daß der Zusammentritt der Duma die Möglichkeit bietet, eine nützliche Agitation innerhalb der Duma und um die Duma herum zu entfalten; daß eine Taktik der Annäherung an die revolutionäre Bauernschaft gegen die Kadetten innerhalb der Duma möglich ist.“ (Ebenda, S. 555/56.)

Aus alledem ging hervor, daß man verstehen muß, nicht nur entschieden anzugreifen, in den vordersten Reihen anzugreifen, wenn ein Aufschwung der Revolution vorhanden ist, sondern sich auch in richtiger Weise zurückzuziehen, sich als letzte zurückzuziehen, wenn der Aufschwung schon vorbei ist, wobei man entsprechend der veränderten Situation die Taktik ändert; daß man verstehen muß, sich nicht in Unordnung, sondern organisiert, ruhig, ohne Panik zurückzuziehen, dabei jede kleinste Möglichkeit ausnutzend, um die Kader

dem Schlag des Feindes zu entziehen, um sich umzugruppieren, Kräfte zu sammeln und sich zum neuen Angriff auf den Feind vorzubereiten.

Die Bolschewiki beschlossen, an den Wahlen zur II. Duma teilzunehmen.

Aber die Bolschewiki gingen in die Duma nicht, um in ihr organische „gesetzgeberische“ Arbeit im Block mit den Kadetten zu leisten, wie das die Menschewiki taten, sondern um sie als Tribüne im Interesse der Revolution auszunutzen.

Das menschewistische Zentralkomitee rief, im Gegenteil, dazu auf, Wahlabkommen mit den Kadetten zu schließen, die Kadetten in der Duma zu unterstützen, denn es betrachtete die Duma als gesetzgebende Institution, fähig, den Zarismus zu zügeln.

Die Mehrzahl der Parteiorganisationen trat gegen die Politik des menschewistischen Zentralkomitees auf.

Die Bolschewiki forderten die Einberufung eines neuen Parteitags.

Im Mai 1907 trat in London der V. Parteitag zusammen. Zur Zeit dieses Parteitags zählte die SDAPR (zusammen mit den nationalen sozialdemokratischen Organisationen) etwa 150 000 Mitglieder. Auf dem Parteitag waren insgesamt 336 Delegierte anwesend. Davon waren 105 Bolschewiki und 97 Menschewiki. Die übrigen Delegierten vertraten die nationalen sozialdemokratischen Organisationen — die polnischen und lettischen Sozialdemokraten und den „Bund“, die der vorhergehende Parteitag in die SDAPR aufgenommen hatte.

Trotzki versuchte, auf dem Parteitag ein eigenes zentristisches, das heißt halb-menschewistisches Sondergruppchen zusammenzustoppeln; mit ihm ging jedoch niemand.

Da die Bolschewiki die Polen und Letten auf ihre Seite zogen, hatten sie auf dem Parteitag eine feste Mehrheit.

Eine der wichtigsten Kampffragen auf dem Parteitag war die Frage des Verhältnisses zu den bürgerlichen Parteien. Um diese Frage war schon auf dem II. Parteitag der Kampf zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki geführt worden. Der Parteitag gab eine bolschewistische Einschätzung aller nichtproletarischen Parteien — der Schwarzhunderter, der Oktobristen, der Kadetten, der Sozialrevolutionäre — und formulierte die bolschewistische Taktik gegenüber diesen Parteien.

Der Parteitag billigte die Politik der Bolschewiki und faßte den Beschluß, sowohl gegen die Schwarzhunderter-Parteien — den „Bund des russischen Volkes“, die Monarchisten, den Rat des vereinigten Adels —

wie auch gegen den „Verband vom 17. Oktober“ (Oktobristen), die Handels- und Industriepartei und die Partei „Friedliche Erneuerung“ einen schonungslosen Kampf zu führen. Alle diese Parteien waren offen konterrevolutionär.

Was die liberale Bourgeoisie, die Partei der Kadetten, betrifft, so forderte der Parteitag auf, gegen sie einen unversöhnlichen Entlarvungskampf zu führen. Der Parteitag gab die Weisung, den heuchlerischen, verlogenen „Demokratismus“ der Kadettenpartei zu entlarven und gegen die von der liberalen Bourgeoisie unternommenen Versuche, sich an die Spitze der Bauernbewegung zu stellen, den Kampf zu führen.

Hinsichtlich der sogenannten Volkstümpler- oder Werk tätigenparteien (Volkssozialisten, Gruppe der Trudowiki¹, Sozialrevolutionäre) empfahl der Parteitag die Entlarvung ihrer Versuche, sich als Sozialisten zu maskieren. Gleichzeitig erklärte der Parteitag es für zulässig, vereinzelte Abkommen mit diesen Parteien für einen gemeinsamen und gleichzeitigen Vorstoß gegen den Zarismus und gegen die kadetische Bourgeoisie abzuschließen, insoweit diese Parteien damals demokratische Parteien waren und die Interessen des Kleinbürgertums in Stadt und Land zum Ausdruck brachten.

Noch vor dem Parteitag kamen die Menschewiki mit dem Antrag, einen sogenannten „Arbeiter-Kongreß“ einzuberufen. Der Plan der Menschewiki ging dahin, einen Kongreß einzuberufen, an dem sowohl Sozialdemokraten wie Sozialrevolutionäre und Anarchisten teilnehmen sollten. Dieser „Arbeiter“-Kongreß sollte so etwas wie eine „parteilose Partei“ oder so etwas wie eine „breite“ kleinbürgerliche, programmlose Arbeiterpartei schaffen. Lenin entlarvte diesen überaus schädlichen Versuch der Menschewiki, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zu liquidieren und den Vortrupp der Arbeiterklasse in der kleinbürgerlichen Masse aufgehen zu lassen. Die menschewistische Lösung des „Arbeiter-Kongresses“ wurde vom Parteitag scharf verurteilt.

In der Arbeit des Parteitags nahm die Frage der Gewerkschaften einen besonderen Platz ein. Die Menschewiki verteidigten die „Neutralität“ der Gewerkschaften, das heißt, sie traten gegen die führende Rolle der Partei in den Gewerkschaften auf. Der Parteitag lehnte den

¹ *Trudowiki* — eine kleinbürgerliche Gruppierung, die in der I. Reichsduma von einem Teil der Bauerndeputierten gebildet wurde, der unter Führung der sozialrevolutionären Intelligenz stand. *Der Übers.*

Antrag der Menschewiki ab und nahm die bolschewistische Resolution über die Gewerkschaften an. In dieser Resolution wurde betont, daß die Partei die ideologische und politische Führung der Gewerkschaften erlangen muß.

Der V. Parteitag bedeutete einen großen Sieg der Bolschewiki in der Arbeiterbewegung. Aber die Bolschewiki wurden nicht überheblich, ruhten nicht auf den Lorbeeren aus. Nicht *das* hatte Lenin sie gelehrt. Die Bolschewiki wußten, daß der Kampf mit den Menschewiki noch bevorstand.

Genosse Stalin gab in seinem im Jahre 1907 erschienenen Artikel „Aufzeichnungen eines Delegierten“ den Ergebnissen des Parteitags folgende Einschätzung:

„Die faktische Vereinigung der fortgeschrittenen Arbeiter ganz Rußlands zu einer einheitlichen gesamtrossischen Partei unter dem Banner der *revolutionären* Sozialdemokratie — das ist der Sinn des Londoner Parteitags, das ist sein allgemeiner Charakter.“
(*Stalin*, Werke, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 43.)

In diesem Artikel führte Genosse Stalin Angaben *über die Zusammensetzung* des Parteitags an. Es stellte sich heraus, daß die bolschewistischen Delegierten hauptsächlich von den großen Industriegebieten (Petersburg, Moskau, Ural, Iwanowo-Wosnessensk und anderen) zum Parteitag entsandt worden waren. Die Menschewiki aber kamen auf den Parteitag aus Gebieten der Kleinproduktion, wo handwerkliche Arbeiter, Halbproletarier überwogen, und ebenso aus manchen rein bäuerlichen Gebieten.

„Offensichtlich“, sagte Genosse Stalin, die Ergebnisse des Parteitags zusammenfassend, „ist die Taktik der Bolschewiki die Taktik der Proletarier der Großindustrie, die Taktik derjenigen Gebiete, wo die Klassengegensätze besonders klar sind und der Klassenkampf besonders scharf ist. Der Bolschewismus — das ist die Taktik der echten Proletarier. Andererseits ist es nicht weniger offensichtlich, daß die Taktik der Menschewiki vorwiegend eine Taktik der im Handwerk beschäftigten Arbeiter und der bäuerlichen Halbproletarier ist, eine Taktik derjenigen Gebiete, wo die Klassengegensätze nicht ganz klar sind und der Klassenkampf verschleiert ist. Der Menschewismus — das ist die Taktik der halb-bürgerlichen Elemente des Proletariats. Das besagen die Ziffern.“
(*Ebenda*, S. 45.)

Als der Zar die I. Duma auseinanderjagte, glaubte er, eine gefügigere II. Duma zu erhalten. Aber diese Erwartungen wurden auch von der II. Duma nicht gerechtfertigt. Der Zar entschloß sich daher, auch diese Duma auseinanderzujagen und die III. Duma auf Grund eines verschlechterten Wahlgesetzes einzuberufen, in der Hoffnung, daß sie sich als fügsamer erweisen werde.

Bald nach dem V. Parteitag vollführte die zaristische Regierung den sogenannten Staatsstreich vom 3. (16.) Juni. Am 3. Juni 1907 jagte der Zar die II. Reichsduma auseinander. Die sozialdemokratische Dumafraktion, die 65 Deputierte zählte, wurde verhaftet und nach Sibirien verschickt. Ein neues Wahlgesetz wurde erlassen. Die Rechte der Arbeiter und Bauern wurden noch mehr beschnitten. Die zaristische Regierung setzte ihre Offensive fort.

Der zaristische Minister Stolypin entfaltete sein blutiges Henkerwerk gegen die Arbeiter und Bauern. Tausende revolutionärer Arbeiter und Bauern wurden von den Strafexpeditionen erschossen bzw. gehängt. In den zaristischen Kerkern wurden die Revolutionäre mißhandelt und gefoltert. Besonders grausamen Verfolgungen waren die Arbeiterorganisationen, in erster Linie die Bolschewiki, ausgesetzt. Die zaristischen Spürhunde suchten Lenin, der in Finnland illegal lebte. Sie wollten den Führer der Revolution aus dem Weg räumen. Unter großen Gefahren gelang es Lenin im Dezember 1907, von neuem ins Ausland zu entkommen, wieder in die Emigration zu gehen.

Die schweren Jahre der Stolypinschen Reaktion brachen an.

Die erste russische Revolution endete so mit einer Niederlage.

Dazu haben folgende Ursachen beigetragen:

1. Es gab in der Revolution noch kein festes Bündnis der Arbeiter und Bauern gegen den Zarismus. Die Bauern erhoben sich zum Kampf gegen die Gutsbesitzer und gingen auf ein Bündnis mit der Arbeiterklasse gegen die Gutsbesitzer ein. Sie verstanden jedoch noch nicht, daß es ohne den Sturz des Zaren unmöglich ist, die Gutsbesitzer niederzuwerfen, sie verstanden nicht, daß der Zar mit den Gutsbesitzern gemeinsame Sache macht; ein bedeutender Teil der Bauern glaubte noch an den Zaren und setzte auf die zaristische Reichsduma Hoffnungen. Deshalb wollten viele Bauern mit den Arbeitern kein Bündnis zum Sturz des Zarismus eingehen. Die Bauern glaubten der Paktiererpartei der Sozialrevolutionäre mehr als den wirklichen Revolutio-

nären — den Bolschewiki. Infolgedessen war der Kampf der Bauern gegen die Gutsbesitzer unzureichend organisiert. Lenin betonte:

„...die Bauern gingen zu zersplittert, zu unorganisiert, zu wenig offensiv vor, und darin besteht eine der Grundursachen der Niederlage der Revolution.“ (*Lenin*, Ausgew. Werke, Bd. 3, S. 16.)

2. Der bei einem bedeutenden Teile der Bauern mangelnde Wille, gemeinsam mit den Arbeitern an die Niederwerfung des Zarismus zu gehen, zeigte sich auch in der Haltung der Armee, deren Mehrheit aus in Soldatenröcke gesteckten Bauernsöhnen bestand. In einzelnen Truppenteilen der zaristischen Armee kam es zu Unruhen und Aufständen, die Mehrheit der Soldaten aber half dem Zaren noch, die Streiks und Aufstände der Arbeiter niederzuwerfen.

3. Auch die Arbeiter handelten nicht einmütig genug. Die fortgeschrittenen Kolonnen der Arbeiterklasse entfalteten im Jahre 1905 einen heroischen revolutionären Kampf. Die rückständigeren Schichten — die Arbeiter der am wenigsten industriellen Gouvernements und diejenigen, die auf dem flachen Lande lebten — kamen langsamer in Schwung. Ihre Teilnahme am revolutionären Kampf verstärkte sich besonders im Jahre 1906; zu dieser Zeit war jedoch die Avantgarde der Arbeiterklasse schon in bedeutendem Maße geschwächt.

4. Die Arbeiterklasse war die führende Kraft, die Hauptkraft der Revolution, aber in den Reihen der Partei der Arbeiterklasse fehlte die notwendige Einheit und Geschlossenheit. Die SDAPR — die Partei der Arbeiterklasse — war in zwei Gruppen gespalten: Bolschewiki und Menschewiki. Die Bolschewiki führten eine konsequente revolutionäre Linie durch und riefen die Arbeiter zum Sturz des Zarismus auf. Die Menschewiki hemmten durch ihre Paktierertaktik die Revolution, verwirrten einen bedeutenden Teil der Arbeiter, spalteten die Arbeiterklasse. Deshalb traten die Arbeiter in der Revolution nicht immer einmütig auf, und die Arbeiterklasse, der die Einheit in ihren eigenen Reihen noch fehlte, konnte nicht zum wahren Führer der Revolution werden.

5. Bei der Niederwerfung der Revolution des Jahres 1905 halfen der zaristischen Selbstherrschaft die westeuropäischen Imperialisten. Die ausländischen Kapitalisten zitterten um ihre in Rußland angelegten Kapitalien und um ihre riesigen Einkünfte. Außerdem befürchteten

sie, daß im Falle eines Sieges der russischen Revolution auch die Arbeiter anderer Länder zur Revolution schreiten würden. Deshalb halfen die westeuropäischen Imperialisten dem Henker-Zaren. Die französischen Bankiers gewährten dem Zaren für die Niederwerfung der Revolution eine große Anleihe. Der deutsche Kaiser hielt eine vieltausendköpfige Armee bereit, um dem russischen Zaren durch eine Intervention zu helfen.

6. Eine bedeutsame Hilfe für den Zaren war der Friedensschluß mit Japan im September 1905. Die Niederlage im Kriege und das bedrohliche Anwachsen der Revolution zwangen den Zaren, sich mit der Unterzeichnung des Friedens zu beeilen. Die Niederlage im Kriege hatte den Zarismus geschwächt. Der Friedensschluß festigte die Lage des Zaren.

Kurze Zusammenfassung

Die erste russische Revolution stellt eine ganze historische Phase in der Entwicklung unseres Landes dar. Diese historische Phase besteht aus zwei Perioden. Aus der ersten Periode, in der die Revolution im Aufschwung begriffen war, vom politischen Generalstreik im Oktober zum bewaffneten Aufstand im Dezember emporstieg, dabei die Schwäche des Zaren, der auf den mandschurischen Schlachtfeldern Niederlagen erlitt, ausnutzte, die Bulyginsche Duma hinwegfegte und dem Zaren Zugeständnis um Zugeständnis abtrotzte; und aus der zweiten Periode, in der der Zar, der sich nach dem Friedensschluß mit Japan wieder erholt hatte, die Angst der liberalen Bourgeoisie vor der Revolution ausnutzt, die Schwankungen der Bauernschaft ausnutzt, ihnen die Wittesche Duma als Almosen hinwirft und zur Offensive gegen die Arbeiterklasse, gegen die Revolution übergeht.

In knapp drei Jahren der Revolution (1905—1907) machte die Arbeiterklasse und die Bauernschaft eine so erfahrungsreiche Schule der politischen Erziehung durch, wie sie sie in dreißig Jahren gewöhnlicher friedlicher Entwicklung nicht hätte erhalten können. Einige Jahre Revolution machten das klar, was im Verlaufe von Jahrzehnten friedlicher Entwicklung nicht hätte klargemacht werden können.

Die Revolution enthüllte, daß der Zarismus der geschworene Feind des Volkes war, daß der Zarismus jenem Buckligen glich, den nur der Tod gradmachen kann.

Die Revolution zeigte, daß die liberale Bourgeoisie ein Bündnis nicht mit dem Volke, sondern mit dem Zaren suchte, daß sie eine konterrevolutionäre Kraft war, mit der eine Verständigung einzugehen dem Verrat am Volke gleichkam.

Die Revolution zeigte, daß nur die Arbeiterklasse der Führer der bürgerlich-demokratischen Revolution sein konnte, daß nur sie fähig war, die liberale kadettische Bourgeoisie zu verdrängen, die Bauernschaft von deren Einfluß zu befreien, die Gutsbesitzer zu zerschmettern, die Revolution zu Ende zu führen und den Weg zum Sozialismus frei zu machen.

Die Revolution zeigte schließlich, daß die werktätige Bauernschaft trotz ihrer Schwankungen dennoch die einzige ernsthafte Kraft darstellte, die fähig war, mit der Arbeiterklasse ein Bündnis einzugehen.

In der SDAPR ging während der Revolution der Kampf um zwei entgegengesetzte Linien: die Linie der Bolschewiki und die der Menschewiki. Die Bolschewiki hielten Kurs auf die Entfaltung der Revolution, auf den Sturz des Zarismus durch den bewaffneten Aufstand, auf die Hegemonie der Arbeiterklasse, auf die Isolierung der kadettischen Bourgeoisie, auf das Bündnis mit der Bauernschaft, auf die Schaffung einer provisorischen revolutionären Regierung aus Vertretern der Arbeiter und Bauern. Sie hielten Kurs darauf, die Revolution siegreich zu Ende zu führen. Die Menschewiki hielten umgekehrt Kurs auf die Eindämmung der Revolution. Statt des Sturzes des Zarismus durch den Aufstand schlugen sie seine Reformierung und „Verbesserung“ vor, statt der Hegemonie des Proletariats — die Hegemonie der liberalen Bourgeoisie, statt des Bündnisses mit der Bauernschaft — das Bündnis mit der kadettischen Bourgeoisie, statt der provisorischen revolutionären Regierung — die Reichsduma als Zentrum der „revolutionären Kräfte“ des Landes.

So sanken die Menschewiki in den Sumpf des Paktierertums hinab, wurden zu Schrittmachern des bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterklasse, wurden in der Tat Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse.

Die Bolschewiki erwiesen sich als die einzige revolutionär-marxistische Kraft in der Partei und im Lande.

Es ist verständlich, daß nach so ernsten Meinungsverschiedenheiten die SDAPR sich in der Tat als in zwei Parteien gespalten erwies, in die Partei der Bolschewiki und die Partei der Menschewiki. Der

IV. Parteitag änderte nichts an der tatsächlichen Lage der Dinge innerhalb der Partei. Er bewahrte nur und festigte ein wenig die *formale* Einheit der Partei. Der V. Parteitag machte in der Richtung der *tatsächlichen* Vereinigung der Partei einen Schritt vorwärts, wobei diese Vereinigung unter dem Banner des Bolschewismus vor sich ging.

Die Ergebnisse der revolutionären Bewegung zusammenfassend, verurteilte der V. Parteitag die Linie der Menschewiki als kompromißlerisch und billigte die bolschewistische Linie als revolutionär-marxistisch. Damit bestätigte er noch einmal, was der gesamte Verlauf der ersten russischen Revolution schon bestätigt hatte.

Die Revolution zeigte, daß die Bolschewiki anzugreifen verstehen, wenn die Situation es erfordert, daß sie gelernt hatten, in den ersten Reihen anzugreifen und das Volk zum Sturm mitzureißen. Die Revolution zeigte aber außerdem, daß die Bolschewiki auch verstehen, sich geordnet zurückzuziehen, wenn die Situation sich ungünstig gestaltet, wenn die Revolution im Abebben ist, daß die Bolschewiki gelernt hatten, den Rückzug richtig durchzuführen, ohne Panik und ohne Hast, um ihre Kader zu erhalten, Kräfte zu sammeln und nach einer der neuen Situation entsprechenden Umgruppierung von neuem gegen den Feind zum Angriff zu schreiten.

Man kann den Feind nicht besiegen, wenn man es nicht versteht, richtig anzugreifen.

Man kann bei einer Niederlage der Zertrümmerung nicht entgehen, wenn man nicht versteht, den Rückzug richtig durchzuführen, sich ohne Panik und ohne Verwirrung zurückzuziehen.

KAPITEL IV

Menschewiki und Bolschewiki in der Periode der Stolypinschen Reaktion. Formierung der Bolschewiki zu einer selbständigen marxistischen Partei (1908—1912)

1

Die Stolypinsche Reaktion · Zersetzung in den oppositionellen Schichten der Intelligenz · Verfallstendenzen · Der Übergang eines Teils der Parteiintelligenz in das Lager der Feinde des Marxismus und Versuche zur Revision der Theorie des Marxismus · Lenins Abrechnung mit den Revisionisten in seinem Buche „Materialismus und Empiriokritizismus“ und seine Verfechtung der theoretischen Grundlagen der marxistischen Partei

Die II. Reichsduma wurde von der zaristischen Regierung am 3. (16.) Juni 1907 aufgelöst. Diesen Tag pflegt man in der Geschichte als Tag des Staatsstreichs vom 3. Juni zu bezeichnen. Die zaristische Regierung erließ ein neues Gesetz über die Wahlen zur III. Reichsduma und stieß dadurch ihr eigenes Manifest vom 17. Oktober 1905 um, da sie gemäß diesem Manifest neue Gesetze nur mit Zustimmung der Duma erlassen durfte. Die sozialdemokratische Fraktion der II. Duma wurde vor Gericht gestellt, die Vertreter der Arbeiterklasse wurden ins Zuchthaus geworfen und in Verbannungsorte geschickt.

Das neue Wahlgesetz war so abgefaßt, daß es die Anzahl der Vertreter der Gutsbesitzer und der Handels- und Industriebourgeoisie in der Duma beträchtlich vermehrte. Gleichzeitig wurde die schon früher geringe Anzahl von Vertretern der Bauern und Arbeiter auf einen Bruchteil verringert.

Die III. Duma war ihrer Zusammensetzung nach eine Duma der Schwarzhunderter und der Kadetten. Von insgesamt 442 Deputierten waren: Rechte (Schwarzhunderter) 171, Oktobristen und Mitglieder ihnen verwandter Gruppen 113, Kadetten und Mitglieder ihnen nahestehender Gruppen 101, Trudowiki 13, Sozialdemokraten 18.

Die Rechten (so hießen sie, weil sie in der Duma auf der rechten Seite saßen) waren die Vertreter der schlimmsten Feinde der Arbeiter

und Bauern, die Vertreter der erzreaktionären Gutsbesitzer, der Fronherren, die bei Unterdrückung der Bauernbewegung unter den Bauern Massenauspeitschungen und Metzereien veranstalteten, sie waren die Organisatoren der Judenpogrome, der Niederknüppelung proletarischer Demonstrationen, der bestialischen Niederbrennung von Gebäuden, in denen in den Tagen der Revolution Meetings stattfanden. Die Rechten waren für die brutalste Unterdrückung der Werktätigen, für die unumschränkte Macht des Zaren und gegen das Zarenmanifest vom 17. (30.) Oktober 1905.

Den Rechten in der Duma nahe stand die Partei der Oktobristen oder der „Verband vom 17. Oktober“. Die Oktobristen vertraten die Interessen des großen Industriekapitals und derjenigen großen Gutsbesitzer, die kapitalistisch wirtschafteten. (Bei Beginn der Revolution von 1905 war ein bedeutender Teil der Kadetten aus den Reihen der großen Gutsbesitzer zu den Oktobristen übergegangen.) Die Oktobristen unterschieden sich von den Rechten nur dadurch, daß sie — und das nur als Lippenbekenntnis — das Manifest vom 17. Oktober anerkannten. Die Oktobristen unterstützten restlos sowohl die Innenpolitik als auch die Außenpolitik der zaristischen Regierung.

Die Kadetten (oder „Konstitutionell-Demokratische“ Partei) hatten in der III. Duma weniger Sitze als in der I. und II. Duma. Das erklärt sich dadurch, daß ein Teil der Gutsbesitzerstimmen von den Kadetten zu den Oktobristen übergegangen war.

In der III. Duma war eine zahlenmäßig schwache Gruppe kleinbürgerlicher Demokraten vertreten, die der sogenannten Trudowiki. Die Trudowiki schwankten in der Duma zwischen den Kadetten und der Arbeiterdemokratie (den Bolschewiki). Lenin wies darauf hin, daß die Trudowiki, obwohl sie in der Duma sehr schwach waren, die *Massen*, die Bauernmassen, vertreten. Das Schwanken der Trudowiki zwischen Kadetten und Arbeiterdemokratie war die unvermeidliche Folge der Klassenlage der Kleinbesitzer. Lenin stellte den bolschewistischen Deputierten, der Arbeiterdemokratie, die Aufgabe, „den schwachen kleinbürgerlichen Demokraten zu helfen, sie dem Einfluß der Liberalen zu entreißen, das Lager der Demokratie gegen die konterrevolutionären Kadetten, und nicht nur gegen die Rechten, zusammenzuschließen . . .“ (*Lenin*, Sämtl. Werke, Bd. XV, S. 623.)

Sowohl im Laufe der Revolution von 1905 als auch besonders nach ihrer Niederlage erwiesen sich die Kadetten immer mehr als ein konter-

revolutionärer Faktor. Sie entledigten sich immer mehr der „demokratischen“ Maske und traten als richtige Monarchisten, als Verteidiger des Zarismus auf. Im Jahre 1909 gab eine Gruppe prominenter Schriftsteller aus dem Lager der Kadetten den Sammelband „Wjechi“ (Marksteine) heraus, worin die Kadetten im Namen der Bourgeoisie dem Zarismus für die Unterdrückung der Revolution dankten. In ihrer Kriecherei und Liebedienerei vor der zaristischen Regierung der Knute und des Galgens schrieben die Kadetten ganz unverblümt, man müsse „diese Macht segnen, die allein noch mit ihren Bajonetten und Gefängnissen uns (das heißt die liberale Bourgeoisie) vor der Volkswut schirmt“.

Nachdem die II. Reichsduma auseinandergejagt und die sozialdemokratische Dumafraktion gemäßregelt worden war, begann die zaristische Regierung in verstärktem Maße, die politischen und wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zu zerschlagen. Die Zuchthäuser, Festungen und Verbannungsorte waren überfüllt von Revolutionären. Die Revolutionäre wurden in den Gefängnissen bestialisch geschlagen, gequält und gefoltert. Der Terror der Schwarzhunderter raste zügellos. Der zaristische Minister Stolypin bedeckte das Land mit Galgen. Es wurden mehrere tausend Revolutionäre hingerichtet. Man nannte den Strang damals „Stolypin-Krawatte“.

Bei der Niederwerfung der revolutionären Bewegung der Arbeiter und Bauern konnte die zaristische Regierung mit Gewaltmaßnahmen allein, mit Strafexpeditionen, Erschießungen, Gefängnissen, Zwangsarbeit, nicht auskommen. Die zaristische Regierung sah mit Beunruhigung, daß der naive Glaube der Bauernschaft an „Väterchen Zar“ immer mehr dahinschwand. Deshalb nahm sie Zuflucht zu einem großangelegten Manöver und heckte den Plan aus, sich in der zahlreichen Klasse der Dorfbourgeoisie, dem Kulakentum, eine feste Stütze auf dem Lande zu verschaffen.

Am 9. (22.) November 1906 erließ Stolypin ein neues Bodengesetz über die Ausscheidung der Bauern aus der Dorfgemeinschaft und die Bildung von Einzelgehöften (Chutors). Durch das Stolypinsche Bodengesetz wurde die gemeinsame Bodennutzung vernichtet. Jedem Bauern wurde anheimgestellt, seinen Anteil in persönlichen Besitz zu nehmen, aus der Dorfgemeinschaft auszuscheiden. Der Bauer konnte seinen Anteil verkaufen, wozu er früher nicht das Recht gehabt hatte. Die Bauerngemeinde wurde verpflichtet, den aus der Dorfgemein-

schaft ausscheidenden Bauern an einer Stelle Land anzuweisen (Chutor, das heißt Einzelgehöft, Otrub, das heißt Sonderland).

Die reichen Bauern, die Kulaken, erhielten hierbei die Möglichkeit, den wirtschaftlich schwachen Bauern das Land zu niedrigem Preis abzukaufen. Im Laufe einiger Jahre nach Erlaß dieses Gesetzes gingen mehr als 1 Million wirtschaftlich schwache Bauern ihres Bodens völlig verlustig und wurden ruiniert. Durch Vertreibung der wirtschaftlich schwachen Bauern von der Scholle wuchs die Zahl der kulakischen Einzelgehöfte und Sonderlandbesitzungen. Zuweilen waren dies regelrechte Gutshöfe, auf denen in großem Umfang landwirtschaftliche Lohnarbeit angewandt wurde. Die Regierung nötigte die Bauern, den Einzelgehöftbesitzern, den Kulaken, das beste Land der Dorfgemeinschaft abzutreten.

Hatten bei der „Befreiung“ der Bauern die Gutsbesitzer das Bauernland geraubt, so begannen jetzt die Kulaken das Gemeinschaftsland zu rauben, wobei sie die besten Parzellen erhielten und der Dorfarmut ihre Anteile zu niedrigem Preis abkauften.

Die zaristische Regierung gewährte den Kulaken bedeutende Darlehen zum Ankauf von Boden und zur Einrichtung von Einzelgehöften. Stolypin wollte aus den Kulaken kleine Gutsbesitzer machen, treue Knappen der zaristischen Selbstherrschaft.

In neun Jahren (von 1906 bis 1915) schieden im ganzen über 2 Millionen Bauernfamilien aus der Dorfgemeinschaft aus.

Das Stolypinregime verschlechterte die Lage der landarmen Bauern und der Dorfarmut noch mehr. Die Differenzierung der Bauernschaft verstärkte sich. Es begannen Zusammenstöße der Bauern mit den kulakischen Einzelbauern.

Gleichzeitig begann die Bauernschaft zu begreifen, daß sie kein Gutsbesitzerland erhalten werde, solange die zaristische Regierung und die gutsbesitzerlich-kadettische Reichsduma existieren.

Die Bauernbewegung ließ in den Jahren der verstärkten Bildung von Einzelgehöften (1907—1909) anfänglich nach, aber nach kurzer Zeit, 1910—1911 und später, kam es auf Grundlage der Zusammenstöße zwischen den Mitgliedern der Dorfgemeinschaft und den Einzelbauern zu einer Verstärkung der Bauernbewegung gegen die Gutsbesitzer und die kulakischen Einzelbauern.

Auf dem Gebiet der Industrie gingen nach der Revolution ebenfalls bedeutende Veränderungen vor sich. Die Konzentration der Industrie;

das heißt die Vergrößerung der Betriebe und die Zusammenfassung der Industrie in den Händen immer mächtigerer kapitalistischer Gruppen, verstärkte sich bedeutend. Bereits vor der Revolution von 1905 hatten die Kapitalisten begonnen, sich zu Verbänden zusammenzuschließen, um die Warenpreise im Inland zu erhöhen und den erzielten Extraprofit einem Fonds zur Exportförderung zuzuführen mit dem Ziel, die Waren zu niedrigen Preisen auf die äußeren Märkte zu werfen und diese Märkte zu erobern. Solche Verbände, solche Kapitalistenvereinigungen (Monopole) wurden Truste und Syndikate genannt. Nach der Revolution vergrößerte sich die Zahl der kapitalistischen Truste und Syndikate noch mehr. Die Zahl der Großbanken vermehrte sich ebenfalls, und ihre Rolle in der Industrie wuchs. Der Zustrom ausländischer Kapitalien nach Rußland wurde stärker.

Auf diese Weise wurde der Kapitalismus in Rußland immer mehr zu einem monopolistischen, imperialistischen Kapitalismus.

Nach einigen Jahren der Stagnation belebte sich die Industrie aufs neue: Kohlenförderung, Metallgewinnung, Erdölförderung nahmen zu, die Produktion von Textilien und Zucker vergrößerte sich. Die Getreideausfuhr ins Ausland wuchs stark an.

Obwohl Rußland damals auf dem Gebiete der Industrie einen gewissen Schritt vorwärts machte, blieb es nach wie vor ein im Vergleich mit Westeuropa zurückgebliebenes und von den ausländischen Kapitalisten abhängiges Land. In Rußland gab es noch keine Produktion von Maschinen und Werkbänken — sie wurden aus dem Ausland eingeführt. Es gab auch keine Automobilindustrie, keine chemische Industrie, keine Kunstdüngererzeugung. In der Rüstungsindustrie blieb Rußland ebenfalls hinter anderen kapitalistischen Ländern zurück.

Unter Hinweis auf den niedrigen Metallverbrauch in Rußland als ein Kennzeichen der Rückständigkeit des Landes schrieb Lenin:

„In dem halben Jahrhundert nach der Bauernbefreiung ist der Eisenverbrauch in Rußland auf das Fünffache gestiegen, und doch bleibt Rußland ein unglaublich, ein unerhört rückständiges, bettelarmes und halbbarbarisches Land, so schlecht mit modernen Produktionsinstrumenten ausgerüstet, daß es davon nicht mehr besitzt als ein Viertel von der Produktionsausrüstung Englands, ein Fünftel von der Deutschlands, ein Zehntel von der Amerikas.“
(*Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVI, S. 543 russ.*)

Eine unmittelbare Folge der wirtschaftlichen und politischen Rückständigkeit Rußlands war die Abhängigkeit sowohl des russischen Kapitalismus als auch des Zarismus selber von dem westeuropäischen Kapitalismus.

Dies fand seinen Ausdruck darin, daß so außerordentlich wichtige Zweige der Volkswirtschaft wie Kohle, Erdöl, Elektroindustrie, Hüttenwesen sich in den Händen des ausländischen Kapitals befanden, und daß das zaristische Rußland gezwungen war, fast alle Maschinen, die ganze Industrieausrüstung aus dem Ausland einzuführen.

Dies fand seinen Ausdruck in den knechtenden Auslandsanleihen, für deren Zinsendienst der Zarismus alljährlich aus der Bevölkerung viele hundert Millionen Rubel herauspreßte.

Dies fand seinen Ausdruck in den Geheimverträgen mit den „Verbündeten“, in denen sich der Zarismus verpflichtete, im Kriegsfall für die imperialistischen Fronten Millionen russischer Soldaten zu stellen zur Unterstützung der „Verbündeten“ und zur Sicherstellung der wahnsinnigen Profite der englisch-französischen Kapitalisten.

Besonders kennzeichnend für die Jahre der Stolypinschen Reaktion waren die räuberischen Überfälle der Gendarmen und Polizisten, der zaristischen Provokateure und der Schwarzhunderter-Banden auf die Arbeiterklasse. Aber die Arbeiter wurden nicht nur von den Zarensherren mit Gewaltmaßnahmen heimgesucht. In dieser Beziehung standen ihnen die Fabrikanten und Schlotbarone nicht nach, die die Offensive gegen die Arbeiterklasse in den Jahren der Stagnation der Industrie und der wachsenden Arbeitslosigkeit besonders verstärkten. Die Fabrikanten führten Massenentlassungen von Arbeitern (Aussparungen) durch, legten „schwarze Listen“ an, in die die klassenbewußten Arbeiter, die an Streiks aktiv teilgenommen hatten, eingetragen wurden. Wer in dieser „schwarzen Liste“ oder einem „schwarzen Buch“ stand, wurde in keinen Betrieb eingestellt, der dem Verband der Fabrikanten des betreffenden Industriezweiges angehörte. Die Lohnsätze wurden schon 1908 um 10 bis 15 Prozent gesenkt. Der Arbeitstag wurde überall auf 10 bis 12 Stunden verlängert. Das System räuberischer Geldstrafen blühte neuerlich auf.

Die Niederlage der Revolution von 1905 rief unter den Mitläufern der Revolution Zerfall und Zersetzung hervor. Besonders verstärkten sich die Zersetzung und die Verfallstendenzen unter der Intelligenz. Die Mitläufer, die in der Periode des stürmischen Aufschwungs der

Revolution aus bürgerlichen Kreisen in die Reihen der Revolution gekommen waren, verließen die Partei in den Tagen der Reaktion. Ein Teil von ihnen wanderte in das Lager der offenen Feinde der Revolution ab, ein Teil setzte sich in den unversehrte gebliebenen legalen Vereinigungen der Arbeiterklasse fest und bemühte sich, das Proletariat vom revolutionären Wege abzubringen, bemühte sich, die revolutionäre Partei des Proletariats zu diskreditieren. Die Mitläufer, die von der Revolution abfielen, waren bestrebt, sich der Reaktion anzupassen, sich mit dem Zarismus abzufinden.

Die zaristische Regierung benutzte die Niederlage der Revolution, um die feigsten und nur auf ihre eigene Haut bedachten Mitläufer der Revolution als ihre Agenten, als Lockspitzel anzuwerben. Die niederträchtigen Judasse, die Provokateure, die die zaristische Ochrana in die Arbeiter- und Parteiorganisationen entsandte, leisteten hier Spitzeldienste und verrieten Revolutionäre.

Die Offensive der Konterrevolution setzte auch an der ideologischen Front ein. Auf der Bildfläche erschien ein ganzer Schwarm von Modeschriftstellern, die den Marxismus „kritisierten“ und „erledigten“, die Revolution verunglimpften, sie verhöhnten, den Verrat verherrlichten und sexuelle Ausschweifungen unter der Flagge eines „Kultus der Persönlichkeit“ anpriesen.

Auf dem Gebiet der Philosophie mehrten sich die Versuche einer „Kritik“, einer Revision des Marxismus, auch kamen alle möglichen religiösen Strömungen, durch angeblich „wissenschaftliche“ Beweisgründe bemäntelt, zum Vorschein.

Die „Kritik“ des Marxismus wurde zur Mode.

Alle diese Herren verfolgten, ungeachtet ihrer großen Buntscheckigkeit, ein gemeinsames Ziel — die Massen von der Revolution abzubringen.

Verfallstendenzen und Unglaube erfaßten auch einen Teil der zur Partei gehörenden Intellektuellen, die sich für Marxisten hielten, aber niemals fest auf den Positionen des Marxismus gestanden hatten. Zu ihnen gehörten Schriftsteller wie Bogdanow, Basarow, Lunatscharski (die es 1905 mit den Bolschewiki gehalten hatten), Juschkewitsch, Valentinow (Menschewiki). Sie richteten ihre „Kritik“ gleichzeitig gegen die philosophisch-theoretischen Grundlagen des Marxismus, das heißt gegen den dialektischen Materialismus, und gegen seine wissenschaftlich-historischen Grundlagen, das heißt gegen den historischen Mate-

rialismus. Diese Kritik unterschied sich von der gewöhnlichen Kritik dadurch, daß sie nicht offen und ehrlich, sondern versteckt und heuchlerisch unter der Flagge der „Verteidigung“ der wichtigsten Positionen des Marxismus betrieben wurde. Wir sind im wesentlichen Marxisten, sagten sie, aber wir möchten den Marxismus „verbessern“, ihn von einigen seiner Grundsätze entlasten. In Wirklichkeit aber waren sie dem Marxismus feindlich gesinnt, denn sie bemühten sich, die theoretischen Grundlagen des Marxismus zu untergraben, obwohl sie in Worten ihre Feindseligkeit gegen den Marxismus heuchlerisch leugneten und fortfuhrten, sich doppelzünglerisch als Marxisten zu bezeichnen. Die Gefährlichkeit einer solchen heuchlerischen Kritik bestand darin, daß sie auf den Betrug der einfachen Parteiarbeiter berechnet war und sie in die Irre führen konnte. Und je heuchlerischer diese Kritik zur Untergrabung der theoretischen Grundlagen des Marxismus betrieben wurde, desto gefährlicher wurde sie für die Partei, denn um so fester verband sie sich mit der Reaktion in ihrem allgemeinen Feldzug gegen die Partei, gegen die Revolution. Ein Teil der Intellektuellen, die sich vom Marxismus abgewandt hatten, ging so weit, daß er die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Religion zu predigen begann (die sogenannten „Gottsucher“ und „Gottbildner“).

Vor den Marxisten stand die unaufschiebbare Aufgabe, diesen in Fragen der Theorie des Marxismus entarteten Intellektuellen die gebührende Abfuhr zu erteilen, ihnen die Maske herunterzureißen, sie bis zu Ende zu entlarven und auf diese Weise die theoretischen Grundlagen der marxistischen Partei zu verteidigen.

Man hätte erwarten können, daß Plechanow und seine menschewistischen Freunde, die sich für „bekannte Theoretiker des Marxismus“ hielten, diese Aufgabe auf sich nehmen würden. Aber sie zogen es vor, die Sache mit der Abfassung einiger unbedeutender Aufsätze von feuilletonistisch-kritischem Charakter abzutun und sich hierauf seitwärts in die Büsche zu schlagen.

Die erwähnte Aufgabe erfüllte Lenin in seinem berühmten Buch „Materialismus und Empirio-kritizismus“, das im Jahre 1909 erschien.

„In weniger als einem halben Jahre“, schrieb Lenin in diesem Buch, „sind vier Bücher herausgekommen, die hauptsächlich, ja fast gänzlich, aus Angriffen gegen den dialektischen Materialismus bestehen. Hierher gehören vor allem: ‚Beiträge zur (? es müßte heißen: gegen die) Philosophie des Marxismus‘, Peters-

burg 1908, eine Artikelsammlung von Basarow, Bogdanow, Lunatscharski, Berman, Helfond, Juschkewitsch, Suworow; ferner die Bücher: ‚Materialismus und kritischer Realismus‘ von Juschkewitsch, ‚Die Dialektik vom Standpunkt der modernen Erkenntnistheorie‘ von Berman und ‚Die philosophischen Konstruktionen des Marxismus‘ von Valentinow . . . Alle diese Leute, die, trotz scharfer Differenzen in den politischen Ansichten, durch ihre Feindschaft gegen den dialektischen Materialismus geeinigt sind, erheben gleichzeitig den Anspruch, in der Philosophie Marxisten zu sein! Die Engellsche Dialektik sei ‚Mystik‘, erklärt Berman, die Ansichten von Engels seien ‚veraltet‘, wirft Basarow so nebenbei, als etwas Selbstverständliches hin. Unsere wackeren Streiter glauben den Materialismus widerlegt zu haben und berufen sich stolz auf die ‚moderne Erkenntnistheorie‘, die ‚neueste Philosophie‘ (oder den ‚neuesten Positivismus‘), auf die ‚Philosophie der modernen Naturwissenschaft‘ oder gar die ‚Philosophie der Naturwissenschaft des 20. Jahrhunderts‘.“ (*Lenin, Materialismus und Empirioskritizismus*, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 7.)

In seiner Antwort an Lunatscharski — der zur Rechtfertigung seiner Freunde, der Revisionisten in der Philosophie, gesagt hatte: „Vielleicht irren wir, aber wir suchen“ — schrieb Lenin:

„Was mich betrifft, so bin auch ich ein ‚Suchender‘ in der Philosophie. Nämlich: ich habe es mir in den folgenden Aufzeichnungen (gemeint ist das Buch „Materialismus und Empirioskritizismus“. *Die Red.*) zur Aufgabe gemacht, die Grillen herauszusuchen, die sich die Leute in den Kopf gesetzt haben, daß sie uns unter dem Schein des Marxismus ein so unglaublich wirres, verdrehtes und reaktionäres Zeug aufzutischen.“ (Ebenda, S. 8/9.)

In Wirklichkeit ging Lenins Buch jedoch weit über den Rahmen dieser bescheidenen Aufgabe hinaus. Denn tatsächlich ist das Buch Lenins nicht nur eine Kritik an Bogdanow, Juschkewitsch, Basarow, Valentinow und an ihren philosophischen Lehrern — Avenarius und Mach —, die in ihren Werken versucht hatten, uns einen verfeinerten und zurechtfrisierten Idealismus aufzutischen, als Gegengewicht zum marxistischen Materialismus. Lenins Buch ist zugleich eine Verteidigung der theoretischen Grundlagen des Marxismus — des dialektischen und des historischen Materialismus — und eine materialistische Ver-

allgemeinerung alles Wichtigen und Wesentlichen, was die Wissenschaft, und vor allem die Naturwissenschaft, in einer ganzen historischen Periode, in der Periode von Engels' Tod bis zum Erscheinen von Lenins Buch „Materialismus und Empirioskritizismus“, gefunden hatte.

Nach einer gehörigen Kritik an den russischen Empirioskritizisten und ihren ausländischen Lehrern gelangt Lenin in seinem Buche zu folgenden Schlußfolgerungen gegen den philosophisch-theoretischen Revisionismus:

1. „Eine immer raffiniertere Verfälschung des Marxismus, immer raffiniertere Unterschiebungen von antimaterialistischen Lehren unter den Marxismus – das kennzeichnet den modernen Revisionismus sowohl in der politischen Ökonomie als auch in den Fragen der Taktik und in der Philosophie überhaupt.“ (Ebenda, S. 321.)

2. „Die ganze Schule von Mach und Avenarius marschirt zum Idealismus.“ (Ebenda, S. 348.)

3. „Unsere Machisten stecken alle tief im Idealismus.“ (Ebenda, S. 337.)

4. „Man kann nicht umhin, hinter der erkenntnistheoretischen Scholastik des Empirioskritizismus den Parteienkampf in der Philosophie zu sehen, einen Kampf, der in letzter Instanz die Tendenzen und die Ideologie der feindlichen Klassen der modernen Gesellschaft zum Ausdruck bringt.“ (Ebenda, S. 349.)

5. „Die objektive, die Klassenrolle des Empirioskritizismus läuft ganz und gar hinaus auf Handlangerdienste für die Fideisten (Reaktionäre, die dem Glauben vor der Wissenschaft den Vorzug geben. *Die Red.*), in deren Kampf gegen den Materialismus überhaupt und gegen den historischen Materialismus insbesondere.“ (Ebenda, S. 349.)

6. „Der philosophische Idealismus ist . . . *ein Weg* zum Pfaffen-tum.“ (Lenin, Aus dem philosophischen Nachlaß, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 289.)

Um die gewaltige Bedeutung von Lenins Buch in der Geschichte unserer Partei einschätzen zu können und um zu verstehen, welchen theoretischen Reichtum Lenin im Kampfe gegen alle und jegliche Revisionisten und Entarteten der Periode der Stolypinschen Reaktion behauptete, ist es notwendig, sich, sei es auch nur kurz, mit den Grund-

lagen des dialektischen und des historischen Materialismus bekannt zu machen.

Das ist um so notwendiger, als der dialektische und der historische Materialismus das theoretische Fundament des Kommunismus, die theoretischen Grundlagen der marxistischen Partei bilden, die Kenntnis dieser Grundlagen aber und folglich ihre Aneignung Pflicht jedes aktiven Kämpfers unserer Partei ist.

Also:

1. Was ist dialektischer Materialismus?
2. Was ist historischer Materialismus?

2

Über dialektischen und historischen Materialismus

Der dialektische Materialismus ist die Weltanschauung der marxistisch-leninistischen Partei. Diese Weltanschauung heißt darum dialektischer Materialismus, weil ihr Herangehen an die Naturerscheinungen, ihre Methode der Erforschung der Naturerscheinungen, ihre Methode der Erkenntnis dieser Erscheinungen die *dialektische* ist, und weil ihre Deutung der Naturerscheinungen, ihre Auffassung der Naturerscheinungen, ihre Theorie *materialistisch* ist.

Der historische Materialismus ist die Ausdehnung der Leitsätze des dialektischen Materialismus auf die Erforschung des gesellschaftlichen Lebens, die Anwendung der Leitsätze des dialektischen Materialismus auf die Erscheinungen des Lebens der Gesellschaft, auf die Erforschung der Gesellschaft, auf die Erforschung der Geschichte der Gesellschaft.

Bei der Charakterisierung ihrer dialektischen Methode berufen sich Marx und Engels gewöhnlich auf Hegel, als den Philosophen, der die Grundzüge der Dialektik formuliert hat. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Dialektik von Marx und Engels identisch ist mit der Dialektik Hegels. In Wirklichkeit haben Marx und Engels der Dialektik Hegels nur deren „rationellen Kern“ entnommen, die Hegelsche idealistische Hülle jedoch beiseitegeworfen und die Dialektik weiterentwickelt, um ihr moderne wissenschaftliche Gestalt zu geben.

„Meine dialektische Methode“, sagt Marx, „ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil. Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar

unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg“ (Schöpfer) „des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle.“ (*Karl Marx*, Nachwort zur zweiten Auflage des ersten Bandes des „Kapital“, Dietz Verlag, Berlin 1947, S. 17/18.)

Bei der Charakterisierung ihres Materialismus berufen sich Marx und Engels gewöhnlich auf Feuerbach, als den Philosophen, der den Materialismus wieder in seine Rechte eingesetzt hat. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Materialismus von Marx und Engels identisch ist mit dem Materialismus Feuerbachs. In Wirklichkeit haben Marx und Engels dem Materialismus Feuerbachs nur dessen „Grundkern“ entnommen, ihn zu einer wissenschaftlich-philosophischen Theorie des Materialismus weiterentwickelt und seine idealistischen und religiös-ethischen Überlagerungen weggeräumt. Bekanntlich wehrte sich Feuerbach, der im Grunde Materialist war, gegen die Bezeichnung Materialismus. Engels erklärte wiederholt, daß Feuerbach, „trotz der“ materialistischen „Grundlage“, in den überkommenen idealistischen Banden befangen“ blieb, daß der „wirkliche Idealismus Feuerbachs“ zutage tritt, „sobald wir auf seine Religionsphilosophie und Ethik kommen“. (*Friedrich Engels*, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, Dietz Verlag, Berlin 1946, S. 24 u. 26.)

Dialektik stammt von dem griechischen Wort „dialego“, was ein Gespräch führen, eine Polemik führen heißt. Unter Dialektik verstand man im Altertum die Kunst, durch Aufdeckung der Widersprüche in den Urteilen des Gegners und durch Überwindung dieser Widersprüche zur Wahrheit zu gelangen. Im Altertum gab es Philosophen, die der Meinung waren, daß die Aufdeckung der Widersprüche im Denken und der Zusammenstoß entgegengesetzter Meinungen das beste Mittel zur Auffindung der Wahrheit seien. Diese dialektische Denkweise, die in der Folge auf die Naturerscheinungen ausgedehnt wurde, verwandelte sich in die dialektische Methode der Naturerkenntnis, die die Naturerscheinungen als in ewiger Bewegung und Veränderung befindlich und die Entwicklung der Natur als Resultat der Entwicklung der Widersprüche in der Natur, als Resultat der Wechselwirkung entgegengesetzter Kräfte in der Natur betrachtete.

In ihrem Wesen ist die Dialektik der Metaphysik gerade entgegengesetzt.

1. *Die marxistische dialektische Methode* wird durch folgende Grundzüge charakterisiert:

a) Im Gegensatz zur Metaphysik betrachtet die Dialektik die Natur nicht als zufällige Anhäufung von Dingen, von Erscheinungen, die voneinander losgelöst, voneinander isoliert und voneinander nicht abhängig wären, sondern als zusammenhängendes einheitliches Ganzes, wobei die Dinge, die Erscheinungen miteinander organisch verbunden sind, voneinander abhängen und einander bedingen.

Darum geht die dialektische Methode davon aus, daß keine einzige Erscheinung in der Natur begriffen werden kann, wenn sie isoliert, außerhalb des Zusammenhangs mit den sie umgebenden Erscheinungen genommen wird, denn jede beliebige Erscheinung auf jedem Naturgebiet kann in Widersinn verwandelt werden, wenn sie außerhalb des Zusammenhangs mit den sie umgebenden Erscheinungen, losgelöst von ihnen, betrachtet wird, und, umgekehrt, jede beliebige Erscheinung kann verstanden und begründet werden, wenn sie in ihrem unlösbaren Zusammenhang mit den sie umgebenden Erscheinungen, in ihrer Bedingtheit durch die sie umgebenden Erscheinungen, betrachtet wird.

b) Im Gegensatz zur Metaphysik betrachtet die Dialektik die Natur nicht als einen Zustand der Ruhe und Unbeweglichkeit, des Stillstands und der Unveränderlichkeit, sondern als Zustand unaufhörlicher Bewegung und Veränderung, unaufhörlicher Erneuerung und Entwicklung, in welchem immer irgend etwas entsteht und sich entwickelt, irgend etwas zugrunde geht und sich überlebt.

Darum verlangt die dialektische Methode, daß die Erscheinungen nicht nur vom Standpunkt ihres gegenseitigen Zusammenhangs und Bedingtheits, sondern auch vom Standpunkt ihrer Bewegung, ihrer Veränderung, ihrer Entwicklung, vom Standpunkt ihres Entstehens und Vergehens betrachtet werden.

Für die dialektische Methode ist vor allem nicht das wichtig, was im gegebenen Augenblick als fest erscheint, jedoch bereits abzusterben beginnt, sondern das, was entsteht und sich entwickelt, selbst wenn es im gegebenen Augenblick nicht fest aussieht, denn für die dialektische Methode ist nur das unüberwindlich, was entsteht und sich entwickelt.

„... die gesamte Natur“, sagt Engels, „vom Kleinsten bis zum Größten, von den Sandkörnern bis zu den Sonnen, von den

Protisten (lebendigen Urzellen. *Die Red.*) bis zum Menschen“ hat „in ewigem Entstehen und Vergehen, in unaufhörlichem Fluß, in rastloser Bewegung und Veränderung ihr Dasein.“ (*Friedrich Engels*, *Dialektik der Natur*. Siehe Sonderband der Marx-Engels-Gesamtausgabe, Moskau 1935, S. 491.)

Darum nimmt, wie Engels sagt, die Dialektik „die Dinge und ihre begrifflichen Abbilder wesentlich in ihrem Zusammenhang, ihrer Verkettung, ihrer Bewegung, ihrem Entstehen und Vergehen“. (*Friedrich Engels*, *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft* [Anti-Dühring], Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 25/26.)

c) Im Gegensatz zur Metaphysik betrachtet die Dialektik den Entwicklungsprozeß nicht als einfachen Wachstumsprozeß, in welchem quantitative Veränderungen nicht zu qualitativen Veränderungen führen, sondern als eine Entwicklung, die von unbedeutenden und verborgenen quantitativen Veränderungen zu sichtbaren Veränderungen, zu grundlegenden Veränderungen, zu qualitativen Veränderungen übergeht, in welcher die qualitativen Veränderungen nicht allmählich, sondern rasch, plötzlich, in Gestalt eines sprunghaften Übergangs von dem einen Zustand zu dem anderen Zustand eintreten, nicht zufällig, sondern gesetzmäßig, als Ergebnis der Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen.

Darum ergibt sich aus der dialektischen Methode, daß der Entwicklungsprozeß nicht als Kreisbewegung, nicht als einfache Wiederholung des Früheren, sondern als fortschreitende Bewegung, als Bewegung in aufsteigender Linie, als Übergang von einem alten qualitativen Zustand zu einem neuen qualitativen Zustand, als Entwicklung von Einfachem zu Kompliziertem, von Niedrigerem zu Höherem aufgefaßt werden muß.

„Die Natur“, sagt Engels, „ist die Probe auf die Dialektik, und wir müssen es der modernen Naturwissenschaft nachsagen, daß sie für diese Probe ein äußerst reichliches, sich täglich häufendes Material geliefert und damit bewiesen hat, daß es in der Natur, in letzter Instanz, dialektisch und nicht metaphysisch hergeht, daß sie sich nicht im ewigen Einerlei eines stets wiederholten Kreises bewegt, sondern eine wirkliche Geschichte durchmacht. Hier ist vor allen Darwin zu nennen, der der metaphysischen Naturauffassung den gewaltigsten Stoß versetzt hat durch seinen Nachweis, daß die ganze heutige organische Natur, Pflanzen und

Tiere und damit auch der Mensch, das Produkt eines durch Millionen Jahre fortgesetzten Entwicklungsprozesses ist.“ (*Friedrich Engels*, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft [Anti-Dühring], S. 26.)

In seiner Charakterisierung der dialektischen Entwicklung als eines Übergangs von quantitativen Veränderungen zu qualitativen Veränderungen sagt Engels:

„In der Physik... ist jede Veränderung ein Umschlagen von Quantität in Qualität, eine Folge quantitativer Veränderung der dem Körper innewohnenden oder mitgeteilten Bewegungsmenge irgendwelcher Form. ‚So ist z. B. der Temperaturgrad des Wassers zunächst gleichgültig in Beziehung auf dessen tropfbare Flüssigkeit; es tritt dann aber beim Vermehren oder Vermindern der Temperatur des flüssigen Wassers ein Punkt ein, wo dieser Kohäsionszustand sich ändert und das Wasser einerseits in Dampf und andererseits in Eis verwandelt wird.‘... So gehört eine bestimmte Minimalstromstärke dazu, den Platindraht des elektrischen Glühlichts zum Glühen zu bringen; so hat jedes Metall seine Glüh- und Schmelzwärme, so jede Flüssigkeit ihren bei bekanntem Druck feststehenden Gefrier- und Siedepunkt — soweit unsere Mittel uns erlauben, die betreffende Temperatur hervorzubringen; so endlich auch jedes Gas seinen kritischen Punkt, wo Druck und Abkühlung es tropfbar flüssig machen... Die sogenannten Konstanten der Physik (Punkte des Umschlagens von dem einen Zustand in einen anderen Zustand. *Die Red.*) sind größtenteils nichts anderes als Bezeichnungen von Knotenpunkten, wo quantitative (Veränderung) Zufuhr oder Entziehung von Bewegung qualitative Änderung im Zustand des betreffenden Körpers hervorruft, wo also Quantität in Qualität umschlägt.“ (*Friedrich Engels*, *Dialektik der Natur*, a. a. O., S. 502/03.)

Weiterhin zur Chemie übergehend, fährt Engels fort:

„Man kann die Chemie bezeichnen als die Wissenschaft von den qualitativen Veränderungen der Körper infolge veränderter quantitativer Zusammensetzung. Das wußte schon Hegel selbst... Gleich der Sauerstoff: vereinigen sich drei Atome zu einem Molekül, statt der gewöhnlichen zwei, so haben wir Ozon, einen Körper, der durch Geruch und Wirkung von gewöhnlichem

Sauerstoff sehr bestimmt verschieden. Und gar die verschiedenen Verhältnisse, mit denen Sauerstoff sich mit Stickstoff oder Schwefel verbindet, und deren jedes einen von allen andern qualitativ verschiedenen Körper bildet!“ (Ebenda, S. 503.)

Schließlich sagt Engels in seiner Kritik Dührings, der Hegel aufs Größte anpöbelt und ihm doch gleichzeitig stillschweigend den bekannten Satz entlehnt, daß der Übergang aus dem Reich der empfindungslosen Welt in das Reich der Empfindung, aus dem Reich der unorganischen Welt in das Reich des organischen Lebens ein Sprung in einen neuen Zustand sei:

„Dies ist ganz die Hegelsche Knotenlinie von Maßverhältnissen, wo bloß quantitative Steigerung oder Abnahme an gewissen bestimmten Knotenpunkten einen *qualitativen Sprung* verursacht, z. B. bei erwärmtem oder abgekühltem Wasser, wo der Siedepunkt und der Gefrierpunkt die Knoten sind, an denen der Sprung in einen neuen Aggregatzustand — unter Normaldruck — sich vollzieht, wo also Quantität in Qualität umschlägt.“ (Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft [Anti-Dühring], S. 52/53.)

d) Im Gegensatz zur Metaphysik geht die Dialektik davon aus, daß den Naturdingen, den Naturerscheinungen innere Widersprüche eigen sind, denn sie alle haben ihre negative und positive Seite, ihre Vergangenheit und Zukunft, ihr Ablebendes und sich Entwickelndes, daß der Kampf dieser Gegensätze, der Kampf zwischen Altem und Neuem, zwischen Absterbendem und neu Entstehendem, zwischen Ablebendem und sich Entwickelndem, den inneren Gehalt des Entwicklungsprozesses, den inneren Gehalt des Umschlagens quantitativer Veränderungen in qualitative bildet.

Darum ergibt sich aus der dialektischen Methode, daß der Prozeß der Entwicklung von Niedermem zu Höherem nicht in Form einer harmonischen Entfaltung der Erscheinungen verläuft, sondern in Form eines Hervorbrechens der Widersprüche, die den Dingen und Erscheinungen eigen sind, in Form eines „Kampfes“ gegensätzlicher Tendenzen, die auf der Grundlage dieser Widersprüche wirksam sind.

„Im eigentlichen Sinne ist die Dialektik“, sagt Lenin, „die Erforschung der Widersprüche *im Wesen der Dinge selbst*.“ (Lenin, Aus dem philosophischen Nachlaß, S. 188.)

Und ferner:

„Entwicklung ist ‚Kampf‘ der Gegensätze.“ (Ebenda, S. 286.)

Dies sind in kurzem die Grundzüge der marxistischen dialektischen Methode.

Es ist nicht schwer zu begreifen, welche gewaltige Bedeutung die Ausdehnung der Leitsätze der dialektischen Methode auf die Erforschung des gesellschaftlichen Lebens, auf die Erforschung der Geschichte der Gesellschaft hat, welche gewaltige Bedeutung der Anwendung dieser Leitsätze auf die Geschichte der Gesellschaft, auf die praktische Tätigkeit der Partei des Proletariats zukommt.

Wenn es in der Welt keine isolierten Erscheinungen gibt, wenn alle Erscheinungen miteinander verbunden sind und einander bedingen, so ist es klar, daß jede gesellschaftliche Ordnung und jede gesellschaftliche Bewegung in der Geschichte nicht vom Standpunkt „ewiger Gerechtigkeit“ oder irgendeiner andern vorgefaßten Idee einzuschätzen ist, wie dies nicht selten die Historiker tun, sondern vom Standpunkt der Bedingungen, die diese Ordnung und diese gesellschaftliche Bewegung hervorgebracht haben und mit denen sie verbunden sind.

Die auf Sklaverei beruhende Gesellschaftsordnung ist unter modernen Bedingungen ein Unsinn, eine widernatürliche Dummheit. Die Sklaverei unter den Bedingungen der sich zersetzenden Urgemeinschaft ist eine völlig verständliche und gesetzmäßige Erscheinung, weil sie im Vergleich mit der Urgesellschaft einen Schritt vorwärts bedeutet.

Die Forderung der bürgerlich-demokratischen Republik war unter den Bedingungen der Existenz des Zarismus und der bürgerlichen Gesellschaft in Rußland, sagen wir im Jahre 1905, eine völlig verständliche, richtige und revolutionäre Forderung, denn die bürgerliche Republik bedeutete damals einen Schritt vorwärts. Die Forderung der bürgerlich-demokratischen Republik ist für unsere gegenwärtigen Bedingungen in der Sowjetunion eine unsinnige und konterrevolutionäre Forderung, denn im Vergleich mit der Sowjetrepublik wäre die bürgerliche Republik ein Schritt zurück.

Alles hängt ab von den Bedingungen, von Ort und Zeit.

Es ist verständlich, daß ohne ein solches *historisches* Herangehen an die gesellschaftlichen Erscheinungen die Existenz und die Entwicklung einer Wissenschaft von der Geschichte unmöglich ist, denn nur ein solches Herangehen bewahrt die historische Wissenschaft davor, in

ein Chaos von Zufälligkeiten und in einen Haufen unsinnigster Irrtümer verwandelt zu werden.

Ferner. Wenn die Welt sich in ununterbrochener Bewegung und Entwicklung befindet, wenn das Absterben des Alten und das Heranwachsen des Neuen ein Entwicklungsgesetz ist, so ist es klar, daß es keine „unerschütterlichen“ gesellschaftlichen Zustände, keine „ewigen Prinzipien“ des Privateigentums und der Ausbeutung, keine „ewigen Ideen“ der Unterwerfung der Bauern unter die Gutsbesitzer, der Arbeiter unter die Kapitalisten mehr gibt.

Also kann man die kapitalistische Ordnung durch die sozialistische Ordnung ersetzen, ebenso wie die kapitalistische Ordnung seinerzeit die Feudalordnung ersetzt hat.

Also darf man sich nicht auf diejenigen Schichten der Gesellschaft orientieren, die sich nicht mehr entwickeln, auch wenn sie im gegenwärtigen Augenblick die vorherrschende Kraft darstellen, sondern muß sich auf diejenigen Schichten orientieren, die sich entwickeln, die eine Zukunft haben, auch wenn sie im gegenwärtigen Augenblick nicht die vorherrschende Kraft darstellen.

In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, in der Epoche des Kampfes der Marxisten gegen die Volkstümpler, stellte das Proletariat in Rußland eine unbedeutende Minderheit im Vergleich zur Einzelbauernschaft dar, die die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung ausmachte. Aber das Proletariat, als Klasse, entwickelte sich, während die Bauernschaft, als Klasse, zerfiel. Und eben weil das Proletariat sich als Klasse entwickelte, orientierten sich die Marxisten auf das Proletariat. Und sie gingen nicht fehl, denn bekanntlich wuchs das Proletariat dann aus einer unbedeutenden Kraft zu einer erstrangigen historischen und politischen Kraft heran.

Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß man vorwärts schauen und nicht rückwärts.

Ferner. Wenn das Umschlagen langsamer quantitativer Veränderungen in rasche und plötzliche qualitative Veränderungen ein Entwicklungsgesetz darstellt, so ist es klar, daß die von unterdrückten Klassen vollzogenen revolutionären Umwälzungen eine völlig natürliche und unvermeidliche Erscheinung darstellen.

Also kann der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch nicht auf dem Wege langsamer Veränderungen, nicht auf dem Wege von Reformen,

sondern einzig und allein auf dem Wege qualitativer Veränderung der kapitalistischen Ordnung, auf dem Wege der Revolution verwirklicht werden.

Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß man Revolutionär sein und nicht Reformist.

Ferner. Wenn die Entwicklung in Form des Hervorbrechens der inneren Widersprüche, in Form von Zusammenstoßen gegensätzlicher Kräfte auf der Basis dieser Widersprüche verläuft mit dem Ziel, diese Widersprüche zu überwinden, so ist es klar, daß der Klassenkampf des Proletariats eine völlig natürliche und unvermeidliche Erscheinung ist.

Also darf man die Widersprüche der kapitalistischen Zustände nicht verkleistern, sondern muß sie aufdecken und entwirren, darf man den Klassenkampf nicht eindämmen, sondern muß ihn zu Ende führen.

Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß man eine unversöhnliche proletarische Klassenpolitik, nicht eine reformistische Politik der Interessensharmonie zwischen Proletariat und Bourgeoisie, nicht eine Paktiererpolitik des „Hineinwachsens“ des Kapitalismus in den Sozialismus durchführen.

So verhält es sich mit der marxistischen dialektischen Methode, wenn man sie in ihrer Anwendung auf das gesellschaftliche Leben nimmt, in ihrer Anwendung auf die Geschichte der Gesellschaft.

Was den marxistischen philosophischen Materialismus betrifft, so ist er in seinem Wesen dem philosophischen Idealismus gerade entgegengesetzt.

2. *Der marxistische philosophische Materialismus* wird durch folgende Grundzüge charakterisiert:

a) Im Gegensatz zum Idealismus, der die Welt als Verkörperung der „absoluten Idee“, des „Weltgeistes“, des „Bewußtseins“ auffaßt, geht der philosophische Materialismus von Marx davon aus, daß die Welt ihrer Natur nach *materiell* ist, daß die mannigfaltigen Erscheinungen in der Welt verschiedene Formen der sich bewegenden Materie darstellen, daß der wechselseitige Zusammenhang und die wechselseitige Bedingtheit der Erscheinungen, die durch die dialektische Methode festgestellt werden, Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der sich bewegenden Materie darstellen, daß die Welt sich nach den Bewegungsgesetzen der Materie entwickelt und keines „Weltgeistes“ bedarf.

„Allerdings heißt materialistische Naturanschauung weiter nichts als einfache Auffassung der Natur so wie sie sich gibt, ohne fremde Zutat . . .“ (*Friedrich Engels*, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, Anhang, S. 60.)

Zu der materialistischen Auffassung des antiken Philosophen Heraklit: „Die Welt, eine und dieselbe aus allem, hat keiner der Götter noch Menschen gemacht, sondern sie war und ist und wird sein ewig-lebendes Feuer, nach Maß sich entzündend und nach Maß erlöschend“, bemerkt Lenin: „Eine sehr gute Darlegung der Prinzipien des dialektischen Materialismus.“ (*Lenin*, Aus dem philosophischen Nachlaß, S. 276.)

b) Im Gegensatz zum Idealismus, der behauptet, daß nur unser Bewußtsein wirklich existiere, daß die materielle Welt, das Sein, die Natur nur in unserem Bewußtsein, in unseren Empfindungen, Vorstellungen, Begriffen existiere, geht der marxistische philosophische Materialismus davon aus, daß die Materie, die Natur, das Sein die objektive Realität darstellt, die außerhalb des Bewußtseins und unabhängig von ihm existiert, daß die Materie das Primäre, das Ursprüngliche ist, weil sie Quelle der Empfindungen, Vorstellungen, des Bewußtseins ist, das Bewußtsein aber das Sekundäre, das Abgeleitete ist, weil es ein Abbild der Materie, ein Abbild des Seins ist, daß das Denken ein Produkt der Materie ist, die in ihrer Entwicklung einen hohen Grad von Vollkommenheit erreicht hat, und zwar ein Produkt des Gehirns, das Gehirn aber das Organ des Denkens ist, daß man darum das Denken nicht von der Materie trennen kann, ohne in einen groben Irrtum zu verfallen.

Die „höchste Frage der gesamten Philosophie“, sagt Engels, ist die „Frage nach dem Verhältnis des Denkens zum Sein, des Geistes zur Natur . . .“ „Je nachdem diese Frage so oder so beantwortet wurde, spalteten sich die Philosophen in zwei große Lager. Diejenigen, die die Ursprünglichkeit des Geistes gegenüber der Natur behaupteten, . . . bildeten das Lager des *Idealismus*. Die andern, die die Natur als das Ursprüngliche ansahen, gehören zu den verschiedenen Schulen des *Materialismus*.“ (*Friedrich Engels*, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, S. 16/17.)

Ferner ist

„die stoffliche, sinnlich wahrnehmbare Welt, zu der wir selbst gehören, das einzig Wirkliche . . .“ Unser „Bewußtsein und Denken, so übersinnlich es scheint“, ist „das Erzeugnis eines stofflichen, körperlichen Organs, des Gehirns . . . Die Materie ist nicht ein Erzeugnis des Geistes, sondern der Geist ist selbst nur das höchste Produkt der Materie.“ (Ebenda, S. 20.)

Auf die Frage von Materie und Denken eingehend, sagt Marx:

„Man kann den Gedanken nicht von einer Materie trennen, die denkt. Sie ist das Subjekt aller Veränderungen.“ (Marx-Engels-Gesamtausgabe, Erste Abteilung, Bd. 3, S. 305.)

Den marxistischen philosophischen Materialismus charakterisierend, sagt Lenin:

„Der Materialismus überhaupt erkennt das objektiv reale Sein (die Materie) als unabhängig von dem Bewußtsein, der Empfindung, der Erfahrung . . . an . . . Das Bewußtsein ist . . . nur das Abbild des Seins, bestenfalls sein annähernd getreues (adäquates, ideal-exaktes) Abbild.“ (Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, S. 316/17.)

Und ferner:

„. . . Materie ist das, was durch seine Wirkung auf unsere Sinnesorgane die Empfindung erzeugt; die Materie ist die objektive, uns in der Empfindung gegebene Realität . . . Materie, Natur, Sein, Physisches sind das Primäre, während Geist, Bewußtsein, Empfindung, Psychisches das Sekundäre sind.“ (Ebenda, S. 134 und 135/36.)

„Das Weltbild ist ein Bild dessen, wie sich die Materie bewegt und wie ‚die Materie denkt‘.“ (Ebenda, S. 345.)

„. . . das Gehirn“ ist „das Organ des Denkens . . .“ (Ebenda, S. 141.)

c) Im Gegensatz zum Idealismus, der die Möglichkeit der Erkenntnis der Welt und ihrer Gesetzmäßigkeiten bestreitet, der nicht an die Zuverlässigkeit unseres Wissens glaubt, der die objektive Wahrheit nicht anerkennt und der Ansicht ist, daß die Welt voll sei von „Dingen an sich“, die niemals von der Wissenschaft erkannt werden können, geht der marxistische philosophische Materialismus davon aus, daß die Welt und ihre Gesetzmäßigkeiten durchaus erkennbar sind, daß

unser Wissen von den Naturgesetzen, durch die Erfahrung, durch die Praxis geprüft, zuverlässiges Wissen ist, das die Bedeutung objektiver Wahrheit hat, daß es in der Welt keine unerkennbaren Dinge gibt, wohl aber Dinge, die noch nicht erkannt sind, und diese werden durch die Kräfte der Wissenschaft und der Praxis aufgedeckt und erkannt werden.

In seiner Kritik der These Kants und anderer Idealisten von der Unerkennbarkeit der Welt und den unerkennbaren „Dingen an sich“ und in seiner Verfechtung der bekannten These des Materialismus von der Zuverlässigkeit unseres Wissens schreibt Engels:

„Die schlagendste Widerlegung dieser, wie aller andern philosophischen Schrullen ist die Praxis, nämlich das Experiment und die Industrie. Wenn wir die Richtigkeit unsrer Auffassung eines Naturvorgangs beweisen können, indem wir ihn selbst machen, ihn aus seinen Bedingungen erzeugen, ihn obendrein unsern Zwecken dienstbar werden lassen, so ist es mit dem Kantschen unfaßbaren ‚Ding an sich‘ zu Ende. Die im pflanzlichen und tierischen Körper erzeugten chemischen Stoffe blieben solche ‚Dinge an sich‘, bis die organische Chemie sie einen nach dem andern darzustellen anfang; damit wurde das ‚Ding an sich‘ ein Ding für uns, wie z. B. der Farbstoff des Krapps, das Alizarin, das wir nicht mehr auf dem Felde in den Krappwurzeln wachsen lassen, sondern aus Kohlenteer weit wohlfeiler und einfacher herstellen. Das kopernikanische Sonnensystem war dreihundert Jahre lang eine Hypothese, auf die hundert, tausend, zehntausend gegen eins zu wetten war, aber doch immer eine Hypothese; als aber Leverrier aus den durch dies System gegebenen Daten nicht nur die Notwendigkeit der Existenz eines unbekanntten Planeten, sondern auch den Ort berechnete, wo dieser Planet am Himmel stehn müsse, und als Galle dann diesen Planeten wirklich fand, da war das kopernikanische System bewiesen.“ (*Friedrich Engels*, *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie*, S. 18.)

Lenin, der Bogdanow, Basarow, Juschkewitsch und andere Anhänger Machs des Fideismus (reaktionäre Theorie, die dem Glauben vor der Wissenschaft den Vorzug gibt) beschuldigt und die bekannte These des Materialismus verächt, daß unsere wissenschaftliche Erkenntnis der

Gesetzmäßigkeiten der Natur zuverlässiges Wissen ist, daß die Gesetze der Wissenschaft objektive Wahrheit darstellen, sagt in diesem Zusammenhang:

„Der moderne Fideismus verwirft die Wissenschaft durchaus nicht; er verwirft nur die ‚übermäßigen Ansprüche‘ der Wissenschaft, und zwar den Anspruch auf objektive Wahrheit. Wenn es eine objektive Wahrheit gibt (wie die Materialisten meinen), wenn nur die Naturwissenschaft allein, die die Außenwelt in der menschlichen ‚Erfahrung‘ abbildet, fähig ist, uns die objektive Wahrheit zu vermitteln, so ist damit jeglicher Fideismus unbedingt verworfen.“ (*Lenin, Materialismus und Empirio-kritizismus, S. 114.*)

Dies sind in kurzem die charakteristischen Züge des marxistischen philosophischen Materialismus.

Es ist leicht zu begreifen, welche gewaltige Bedeutung die Ausdehnung der Leitsätze des philosophischen Materialismus auf die Erforschung des gesellschaftlichen Lebens, auf die Erforschung der Geschichte der Gesellschaft hat, welche gewaltige Bedeutung der Anwendung dieser Leitsätze auf die Geschichte der Gesellschaft, auf die praktische Tätigkeit der Partei des Proletariats zukommt.

Wenn der Zusammenhang der Naturerscheinungen und ihre wechselseitige Bedingtheit Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Natur darstellen, so folgt daraus, daß der Zusammenhang und die wechselseitige Bedingtheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens ebenfalls nichts Zufälliges, sondern Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaft darstellen.

Also hört das gesellschaftliche Leben, die Geschichte der Gesellschaft auf, eine Anhäufung von „Zufälligkeiten“ zu sein, denn die Geschichte der Gesellschaft wird zur gesetzmäßigen Entwicklung der Gesellschaft, und die Erforschung der Geschichte der Gesellschaft verwandelt sich in eine Wissenschaft.

Also darf sich die praktische Tätigkeit der Partei des Proletariats nicht auf die frommen Wünsche „hervorragender Persönlichkeiten“, nicht auf Forderungen der „Vernunft“, der „allgemeinen Moral“ usw. gründen, sondern muß sich auf die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaft, auf die Erforschung dieser Gesetzmäßigkeiten gründen.

Ferner. Wenn die Welt erkennbar ist und unser Wissen von den

Entwicklungsgesetzen der Natur zuverlässiges Wissen ist, das die Bedeutung objektiver Wahrheit hat, so folgt daraus, daß das gesellschaftliche Leben, die Entwicklung der Gesellschaft ebenfalls erkennbar ist und daß die Ergebnisse der Wissenschaft bezüglich der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft zuverlässige Ergebnisse sind, die die Bedeutung objektiver Wahrheiten haben.

Also kann die Wissenschaft von der Geschichte der Gesellschaft trotz aller Kompliziertheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens zu einer genau so exakten Wissenschaft werden wie, sagen wir, die Biologie, zu einer Wissenschaft, die imstande ist, die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft in der Praxis auszunutzen.

Also darf sich die Partei des Proletariats in ihrer praktischen Tätigkeit nicht von irgendwelchen zufälligen Beweggründen leiten lassen, sondern muß sich von den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft, von praktischen Schlußfolgerungen aus diesen Gesetzen leiten lassen.

Also verwandelt sich der Sozialismus aus einem Traum von einer besseren Zukunft der Menschheit in eine Wissenschaft.

Also muß die Verbindung von Wissenschaft und praktischer Tätigkeit, die Verbindung von Theorie und Praxis, ihre Einheit zum Leitstern der Partei des Proletariats werden.

Ferner. Wenn die Natur, das Sein, die materielle Welt primär sind, das Bewußtsein, das Denken aber sekundär, abgeleitet, wenn die materielle Welt die objektive Realität darstellt, die unabhängig von dem Bewußtsein der Menschen existiert, das Bewußtsein aber ein Spiegelbild dieser objektiven Realität ist, so folgt daraus, daß das materielle Leben der Gesellschaft, ihr Sein ebenfalls das Primäre, das Ursprüngliche ist, ihr geistiges Leben aber das Sekundäre, das Abgeleitete, daß das materielle Leben der Gesellschaft eine objektive Realität ist, die unabhängig vom Willen der Menschen existiert, das geistige Leben der Gesellschaft aber eine Widerspiegelung dieser objektiven Realität, eine Widerspiegelung des Seins ist.

Also darf man die Quelle der Gestaltung des geistigen Lebens der Gesellschaft, den Ursprung der gesellschaftlichen Ideen, der gesellschaftlichen Theorien, der politischen Anschauungen, der politischen Einrichtungen nicht in den Ideen, Theorien, Anschauungen, politischen Einrichtungen selbst suchen, sondern muß sie in den Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft, in dem gesellschaftlichen Sein suchen, dessen Abbild diese Ideen, Theorien, Anschauungen usw. sind.

Wenn also in verschiedenen Perioden der Geschichte der Gesellschaft verschiedene gesellschaftliche Ideen, Theorien, Anschauungen, politische Einrichtungen zu beobachten sind, wenn wir in der auf Sklaverei beruhenden Gesellschaftsordnung die einen gesellschaftlichen Ideen, Theorien, Anschauungen, politischen Einrichtungen antreffen, unter dem Feudalismus andere, unter dem Kapitalismus wieder andere, so erklärt sich das nicht aus der „Natur“, aus der „Eigenschaft“ der Ideen, Theorien, Anschauungen, politischen Einrichtungen selbst, sondern aus den verschiedenen Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft in den verschiedenen Perioden der gesellschaftlichen Entwicklung.

Wie das Sein der Gesellschaft, wie die Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft, so sind ihre Ideen, Theorien, politischen Anschauungen, politischen Einrichtungen.

In diesem Zusammenhang sagt Marx:

„Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ (*Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Vorwort, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 13.*)

Um also in der Politik nicht fehlzugehen und nicht in die Lage weltfremder Träumer zu geraten, muß die Partei des Proletariats in ihrer Tätigkeit ausgehen nicht von abstrakten „Prinzipien der menschlichen Vernunft“, sondern von den konkreten Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft als der entscheidenden Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung, nicht von den frommen Wünschen „großer Männer“, sondern von den realen Bedürfnissen der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft.

Das Scheitern der Utopisten, darunter der Volkstümler, Anarchisten, Sozialrevolutionäre, erklärt sich unter anderem dadurch, daß sie die primäre Rolle der Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft in der Entwicklung der Gesellschaft nicht anerkannten und — in Idealismus verfallend — ihre praktische Tätigkeit nicht auf der Grundlage der Bedürfnisse der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft aufbauten, sondern unabhängig von ihnen und im Gegensatz zu ihnen auf der Grundlage „idealer Pläne“ und „allumfassender Projekte“, die von dem realen Leben der Gesellschaft losgelöst waren.

Stärke und Lebenskraft des Marxismus-Leninismus bestehen darin, daß er sich in seiner praktischen Tätigkeit eben auf die Bedürfnisse der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft stützt, ohne sich jemals von dem realen Leben der Gesellschaft loszulösen.

Aus den Worten von Marx folgt jedoch nicht, daß die gesellschaftlichen Ideen, Theorien, politischen Anschauungen, politischen Einrichtungen im Leben der Gesellschaft keine Bedeutung haben, daß sie auf das gesellschaftliche Sein, auf die Entwicklung der materiellen Lebensbedingungen der Gesellschaft nicht zurückwirken. Wir haben hier zunächst von dem *Ursprung* der gesellschaftlichen Ideen, Theorien, Anschauungen, politischen Einrichtungen, von ihrer *Entstehung* gesprochen, davon, daß das geistige Leben der Gesellschaft ein Abbild der Bedingungen ihres materiellen Lebens ist. Was die *Bedeutung* der gesellschaftlichen Ideen, Theorien, Anschauungen, politischen Einrichtungen betrifft, was ihre *Rolle* in der Geschichte betrifft, so wird ihre gewichtige Rolle und Bedeutung im Leben der Gesellschaft, in der Geschichte der Gesellschaft, vom historischen Materialismus nicht nur nicht bestritten, sondern im Gegenteil hervorgehoben.

Es gibt verschiedene gesellschaftliche Ideen und Theorien. Es gibt alte Ideen und Theorien, die sich überlebt haben und den Interessen der absterbenden Kräfte der Gesellschaft dienen. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie die Entwicklung der Gesellschaft, ihre Vorwärtsbewegung hemmen. Es gibt neue, fortschrittliche Ideen und Theorien, die den Interessen der fortschrittlichen Kräfte der Gesellschaft dienen. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie die Entwicklung der Gesellschaft, ihre Vorwärtsbewegung erleichtern, wobei sie um so größere Bedeutung erlangen, je genauer sie die Bedürfnisse der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft zum Ausdruck bringen.

Neue gesellschaftliche Ideen und Theorien entstehen erst, nachdem die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft diese vor neue Aufgaben gestellt hat. Aber nachdem sie entstanden sind, werden sie zu einer höchst bedeutenden Kraft, die die Lösung der neuen, durch die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft gestellten Aufgaben erleichtert, die Vorwärtsbewegung der Gesellschaft erleichtert. Gerade hier äußert sich die gewaltige organisierende, mobilisierende und umgestaltende Rolle neuer Ideen, neuer Theorien, neuer politischer Anschauungen, neuer politischer Einrichtungen. Neue gesellschaftliche Ideen und Theorien entstehen im Grunde genommen

eben darum, weil sie für die Gesellschaft notwendig sind, weil es ohne ihr organisierendes, mobilisierendes und umgestaltendes Wirken *unmöglich* ist, die herangereiften Aufgaben der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft zu lösen. Entstanden auf der Basis der neuen Aufgaben, welche die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft stellt, bahnen sich die neuen gesellschaftlichen Ideen und Theorien den Weg, werden sie zum Gemeingut der Volksmassen, mobilisieren diese, organisieren sie gegen die absterbenden Kräfte der Gesellschaft und erleichtern auf diese Weise den Sturz der absterbenden Kräfte der Gesellschaft, die die Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft hemmen.

So wirken die gesellschaftlichen Ideen, Theorien, politischen Einrichtungen, die auf der Basis der herangereiften Aufgaben der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft, der Entwicklung des gesellschaftlichen Seins entstanden sind, in der Folge selber auf das gesellschaftliche Sein, auf das materielle Leben der Gesellschaft zurück, indem sie die Bedingungen schaffen, die notwendig sind, um die Lösung der herangereiften Aufgaben des materiellen Lebens der Gesellschaft zu Ende zu führen und seine Weiterentwicklung zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang sagt Marx:

„Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“ (Marx-Engels-Gesamtausgabe, Erste Abteilung, Bd. 1, Erster Halbbd., S. 614.)

Um also die Möglichkeit zu haben, auf die Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft einzuwirken und die Entwicklung dieser Bedingungen zu beschleunigen, ihre Verbesserung zu beschleunigen, muß die Partei des Proletariats sich auf eine gesellschaftliche Theorie, eine gesellschaftliche Idee stützen, welche die Bedürfnisse der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft richtig zum Ausdruck bringt und infolgedessen fähig ist, die breiten Massen des Volkes in Bewegung zu setzen, sie zu mobilisieren und aus ihnen die große Armee der proletarischen Partei zu organisieren, die bereit ist, die reaktionären Kräfte niederzuschlagen und den fortschrittlichen Kräften der Gesellschaft den Weg zu bahnen.

Das Scheitern der „Ökonomen“ und Menschewiki erklärt sich u. a. daraus, daß sie die mobilisierende, organisierende und umgestaltende Rolle der fortschrittlichen Theorie, der fortschrittlichen Idee nicht an-

erkannten, und — in Vulgärmaterialismus verfallend — deren Rolle fast auf ein Nichts reduzierten, daß sie folglich die Partei zur Passivität, zum Dahinvegetieren verurteilten.

Stärke und Lebenskraft des Marxismus-Leninismus bestehen darin, daß er sich auf die fortschrittliche Theorie stützt, die die Bedürfnisse der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft richtig zum Ausdruck bringt, die Theorie auf die ihr gebührende Höhe erhebt und es für seine Pflicht hält, ihre mobilisierende, organisierende und umgestaltende Kraft restlos auszunutzen.

So löst der historische Materialismus die Frage des Verhältnisses zwischen dem gesellschaftlichen Sein und dem gesellschaftlichen Bewußtsein, zwischen den Bedingungen der Entwicklung des materiellen Lebens und der Entwicklung des geistigen Lebens der Gesellschaft.

3. *Der historische Materialismus.*

Bleibt noch die Frage zu klären: was ist vom Standpunkt des historischen Materialismus unter den „Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft“ zu verstehen, die in letzter Instanz das Gepräge der Gesellschaft, ihre Ideen, Anschauungen, politischen Einrichtungen usw. bestimmen?

In der Tat — was sind das für „Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft“, welcher Art sind ihre charakteristischen Züge?

Ohne Zweifel gehört zu dem Begriff „Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft“ vor allem die die Gesellschaft umgebende Natur, das geographische Milieu, das eine der notwendigen und ständigen Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft ist und natürlich auf die Entwicklung der Gesellschaft einwirkt. Welcher Art ist die Rolle des geographischen Milieus in der Entwicklung der Gesellschaft? Ist nicht das geographische Milieu jener Hauptfaktor, der das Gepräge der Gesellschaft, den Charakter der gesellschaftlichen Ordnung der Menschen, den Übergang von einer Ordnung zur anderen bestimmt?

Der historische Materialismus beantwortet diese Frage verneinend.

Das geographische Milieu ist unbestreitbar eine der ständigen und notwendigen Bedingungen der Entwicklung der Gesellschaft, und es übt natürlich auf die Entwicklung der Gesellschaft seine Wirkung aus — es beschleunigt oder verlangsamt den Entwicklungsgang der Gesellschaft. Aber sein Einfluß ist kein *bestimmender* Einfluß, da die Veränderungen und die Entwicklung der Gesellschaft unvergleichlich

rascher vor sich gehen als die Veränderungen und die Entwicklung des geographischen Milieus. In einem Zeitraum von nur dreitausend Jahren sind in Europa drei verschiedene Gesellschaftsordnungen vom Schauplatz abgetreten: die Ordnung der Urgemeinschaft, die auf Sklaverei beruhende Gesellschaftsordnung, die Feudalordnung, und im östlichen Teil Europas, in der Sowjetunion, sind sogar vier Gesellschaftsordnungen vom Schauplatz abgetreten. Indessen haben sich in derselben Periode die geographischen Bedingungen in Europa entweder gar nicht oder derart unbedeutend verändert, daß die Geographie es nicht einmal für nötig hält, davon überhaupt zu sprechen. Das ist auch verständlich. Für einigermaßen bedeutsame Veränderungen des geographischen Milieus sind Millionen von Jahren erforderlich, dagegen genügen einige hundert oder ein paar tausend Jahre sogar für überaus bedeutsame Veränderungen der menschlichen Gesellschaftsordnung.

Hieraus folgt aber, daß das geographische Milieu nicht die Hauptursache, nicht die *bestimmende* Ursache der gesellschaftlichen Entwicklung sein kann, denn das, was im Laufe von Zehntausenden von Jahren fast unverändert bleibt, kann nicht Hauptursache der Entwicklung dessen sein, was im Laufe von Jahrhunderten tiefgehende Veränderungen durchmacht.

Es ist ferner unzweifelhaft, daß das Wachstum der Bevölkerung, diese oder jene Bevölkerungsdichte, ebenfalls zu dem Begriff „Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft“ gehört, denn die Menschen bilden ein notwendiges Element der Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft, und ohne das Vorhandensein einer gewissen Mindestzahl von Menschen kann es keinerlei materielles Leben der Gesellschaft geben. Ist nicht das Wachstum der Bevölkerung jener Hauptfaktor, der den Charakter der gesellschaftlichen Ordnung der Menschen bestimmt?

Der historische Materialismus beantwortet diese Frage ebenfalls verneinend.

Natürlich hat das Wachstum der Bevölkerung Einfluß auf die Entwicklung der Gesellschaft, es erleichtert oder verlangsamt die Entwicklung der Gesellschaft, aber es kann nicht der Hauptfaktor der Entwicklung der Gesellschaft sein, und sein Einfluß auf die Entwicklung der Gesellschaft kann nicht der *bestimmende* Einfluß sein, da das Wachstum der Bevölkerung an und für sich nicht den Schlüssel zur Erklärung dessen liefert, weshalb eine gegebene Gesellschaftsordnung ge-

rade von einer so gestalteten neuen Ordnung, und nicht von irgend-einer anderen, abgelöst wird, warum die Urgemeinschaft abgelöst wird gerade von der Sklaverei, die Sklaverei von der Feudalordnung, die Feudalordnung von der bürgerlichen Ordnung, und nicht von irgend-einer anderen Gesellschaftsordnung.

Wäre das Wachstum der Bevölkerung die bestimmende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung, so müßte eine größere Bevölkerungsdichte unbedingt einen entsprechend höheren Typus der Gesellschaftsordnung ins Leben rufen. In Wirklichkeit ist dies jedoch nicht der Fall. Die Bevölkerungsdichte in China ist viermal so groß wie die in den Vereinigten Staaten von Amerika, aber die Vereinigten Staaten stehen in der gesellschaftlichen Entwicklung höher als China, denn in China herrscht immer noch eine halbfeudale Gesellschaftsordnung, während die Vereinigten Staaten schon lange das höchste Stadium der Entwicklung des Kapitalismus erreicht haben. Die Bevölkerungsdichte in Belgien ist 19mal so groß wie in den Vereinigten Staaten und 26mal so groß wie in der Sowjetunion, aber die Vereinigten Staaten stehen in der gesellschaftlichen Entwicklung höher als Belgien, und hinter der Sowjetunion ist Belgien um eine ganze historische Epoche zurückgeblieben, denn in Belgien herrscht die kapitalistische Ordnung, während die Sowjetunion bereits mit dem Kapitalismus Schluß gemacht und die sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet hat.

Daraus folgt aber, daß das Wachstum der Bevölkerung der den Charakter der Gesellschaftsordnung, das Gepräge der Gesellschaft *bestimmende* Hauptfaktor der Entwicklung der Gesellschaft weder ist noch sein kann.

a) Worin besteht denn also der Hauptfaktor in dem System der Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft, der das Gepräge der Gesellschaft, den Charakter der Gesellschaftsordnung, die Entwicklung der Gesellschaft von einer Ordnung zur andern bestimmt?

Diesen Faktor sieht der historische Materialismus in der *Art und Weise der Gewinnung der Mittel für den Lebensunterhalt*, die für die Existenz der Menschen notwendig sind, in der *Produktionsweise der materiellen Güter* — Nahrung, Kleidung, Schuhwerk, Wohnung, Heizung, Produktionsinstrumente u. ä. —, die notwendig sind, damit die Gesellschaft leben und sich entwickeln kann.

Um zu leben, muß man Nahrung, Kleidung, Schuhwerk, Wohnung, Heizung u. ä. haben, um diese materiellen Güter zu haben, muß man

sie produzieren, um sie aber zu produzieren, muß man Produktionsinstrumente haben, mit deren Hilfe die Menschen Nahrung, Kleidung, Schuhwerk, Wohnung, Heizung u. ä. produzieren, muß man diese Instrumente zu produzieren verstehen, muß man diese Instrumente zu gebrauchen verstehen.

Produktionsinstrumente, mit deren Hilfe materielle Güter produziert werden, *Menschen*, die diese Produktionsinstrumente in Bewegung setzen und die Produktion der materiellen Güter dank einer gewissen *Produktionserfahrung* und *Arbeitsfertigkeit* bewerkstelligen — alle diese Elemente zusammen bilden die *Produktivkräfte* der Gesellschaft.

Aber die Produktivkräfte bilden nur eine Seite der Produktion, eine Seite der Produktionsweise, die das Verhältnis der Menschen zu den für die Produktion der materiellen Güter benutzten Gegenständen und Naturkräften zum Ausdruck bringt. Die andere Seite der Produktion, die andere Seite der Produktionsweise, bilden die Wechselbeziehungen der Menschen im Produktionsprozeß, die *Produktionsverhältnisse* der Menschen. Die Menschen führen einen Kampf mit der Natur und benutzen die Natur zur Produktion materieller Güter nicht voneinander isoliert, nicht als voneinander losgelöste Einzelwesen, sondern gemeinsam, in Gruppen, in Gesellschaften. Darum ist die Produktion immer und unter allen Bedingungen eine *gesellschaftliche* Produktion. Im Prozeß der Produktion der materiellen Güter stellen die Menschen untereinander diese oder jene Wechselbeziehungen innerhalb der Produktion, diese oder jene Produktionsverhältnisse her. Diese Verhältnisse können Verhältnisse der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe von Menschen sein, die von Ausbeutung frei sind, sie können Verhältnisse der Herrschaft und Unterordnung sein, sie können endlich Übergangsverhältnisse von einer Form der Produktionsverhältnisse zu einer anderen Form sein. Aber welchen Charakter die Produktionsverhältnisse auch tragen mögen, sie bilden — immer und in allen Gesellschaftsordnungen — ein ebenso notwendiges Element der Produktion wie die Produktivkräfte der Gesellschaft.

„In der Produktion“, sagt Marx, „wirken die Menschen nicht allein auf die Natur, sondern auch aufeinander. Sie produzieren nur, indem sie auf eine bestimmte Weise zusammenwirken und ihre Tätigkeiten gegeneinander austauschen. Um zu produzieren, treten sie in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander, und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Ver-

hältnisse findet ihre Einwirkung auf die Natur, findet die Produktion statt.“ (*Karl Marx*, Lohnarbeit und Kapital, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 27.)

Folglich umfaßt die Produktion, die Produktionsweise, sowohl die Produktivkräfte der Gesellschaft als auch die Produktionsverhältnisse der Menschen, sie ist somit die Verkörperung ihrer Einheit im Prozeß der Produktion der materiellen Güter.

b) *Die erste Besonderheit* der Produktion besteht darin, daß sie niemals für längere Zeit an einer Stelle verharret, sondern sich immer im Zustand der Veränderung und Entwicklung befindet, wobei Veränderungen in der Produktionsweise unvermeidlich eine Veränderung der gesamten Gesellschaftsordnung, der gesellschaftlichen Ideen, der politischen Anschauungen, der politischen Einrichtungen, eine Umwälzung der gesamten gesellschaftlichen und politischen Struktur hervorrufen. Auf verschiedenen Entwicklungsstufen bedienen sich die Menschen verschiedener Produktionsweisen oder, gröber gesprochen, führen sie eine verschiedene Lebensweise. Im urwüchsigen Gemeinwesen besteht die eine Produktionsweise, unter der Sklaverei eine andere, unter dem Feudalismus eine dritte Produktionsweise usw. Dementsprechend sind auch die Gesellschaftsordnung der Menschen, ihr geistiges Leben, ihre Anschauungen, ihre politischen Einrichtungen verschieden.

Wie die Produktionsweise einer Gesellschaft, so ist im wesentlichen auch die Gesellschaft selber, so sind ihre Ideen und Theorien, ihre politischen Anschauungen und Einrichtungen.

Oder gröber gesprochen: wie die Lebensweise der Menschen, so ist ihre Denkweise.

Das bedeutet, daß die Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft vor allem die Entwicklungsgeschichte der Produktion ist, die Geschichte der Produktionsweisen, die einander im Laufe der Jahrhunderte ablösen, die Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse der Menschen.

Also ist die Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung zugleich auch die Geschichte der Produzenten der materiellen Güter, die Geschichte der werktätigen Massen, die der Hauptfaktor des Produktionsprozesses sind und die Produktion der für die Existenz der Gesellschaft notwendigen materiellen Güter besorgen.

Also kann die Geschichtswissenschaft, will sie eine wirkliche Wissenschaft sein, nicht mehr die Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung auf die Handlungen von Königen und Heerführern, auf die Handlungen von „Eroberern“ und „Staatenbezwingern“ reduzieren, sondern muß sich vor allem mit der Geschichte der Produzenten der materiellen Güter, mit der Geschichte der werktätigen Massen, mit der Geschichte der Völker beschäftigen.

Also darf man den Schlüssel zur Erforschung der Gesetze der Geschichte der Gesellschaft nicht in den Köpfen der Menschen, nicht in den Anschauungen und Ideen der Gesellschaft suchen, sondern muß ihn in der Produktionsweise suchen, die die Gesellschaft in jeder gegebenen historischen Periode anwendet, in der Ökonomie der Gesellschaft.

Also ist die allererste Aufgabe der Geschichtswissenschaft die Erforschung und Aufdeckung der Gesetze der Produktion, der Entwicklungsgesetze der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, der ökonomischen Entwicklungsgesetze der Gesellschaft.

Also muß die Partei des Proletariats, will sie eine wirkliche Partei sein, sich vor allem die Kenntnis der Entwicklungsgesetze der Produktion, die Kenntnis der ökonomischen Entwicklungsgesetze der Gesellschaft aneignen.

Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß die Partei des Proletariats sowohl im Aufbau ihres Programms als auch in ihrer praktischen Tätigkeit vor allem von den Entwicklungsgesetzen der Produktion ausgehen, von den ökonomischen Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft.

c) *Die zweite Besonderheit* der Produktion besteht darin, daß ihre Veränderungen und ihre Entwicklung immer mit Veränderungen und mit der Entwicklung der Produktivkräfte beginnen, vor allem mit Veränderungen und mit der Entwicklung der Produktionsinstrumente. Die Produktivkräfte sind folglich das beweglichste und revolutionärste Element der Produktion. Zuerst verändern und entwickeln sich die Produktivkräfte der Gesellschaft und dann, *in Abhängigkeit* von diesen Veränderungen und *in Übereinstimmung mit ihnen*, verändern sich die Produktionsverhältnisse der Menschen, ihre ökonomischen Beziehungen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Produktionsverhältnisse nicht auf die Entwicklung der Produktivkräfte einwirken und daß diese nicht von jenen abhängen. Die Produktionsverhältnisse, die sich

in Abhängigkeit von der Entwicklung der Produktivkräfte entwickeln, wirken ihrerseits zurück auf die Entwicklung der Produktivkräfte, beschleunigen oder verlangsamen ihre Entwicklung. Hierbei muß erwähnt werden, daß die Produktionsverhältnisse nicht allzulange hinter dem Wachstum der Produktivkräfte zurückbleiben und mit ihnen in Widerspruch stehen können, da sich die Produktivkräfte nur dann in vollem Umfang entwickeln können, wenn die Produktionsverhältnisse dem Charakter, dem Zustand der Produktivkräfte entsprechen und der Entwicklung der Produktivkräfte freien Spielraum gewähren. Wie sehr daher auch die Produktionsverhältnisse hinter der Entwicklung der Produktivkräfte zurückbleiben mögen, sie müssen früher oder später in Übereinstimmung kommen — und kommen wirklich in Übereinstimmung — mit dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, mit dem Charakter der Produktivkräfte. Im entgegengesetzten Falle käme es zu einer tiefgehenden Störung der Einheit der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse im Produktionssystem, zu einer Sprengung der Produktion in ihrer Gesamtheit, zu einer Krise der Produktion, zu einer Zerstörung von Produktivkräften.

Ein Beispiel der Nichtübereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte, ein Beispiel des Konflikts zwischen ihnen sind die Wirtschaftskrisen in den kapitalistischen Ländern, wo das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln sich in schreiender Nichtübereinstimmung mit dem gesellschaftlichen Charakter des Produktionsprozesses, mit dem Charakter der Produktivkräfte befindet. Ergebnis dieser Nichtübereinstimmung sind die Wirtschaftskrisen, die zur Zerstörung von Produktivkräften führen, wobei eben diese Nichtübereinstimmung die ökonomische Grundlage der sozialen Revolution darstellt, deren Bestimmung es ist, die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse zu zerstören und neue, dem Charakter der Produktivkräfte entsprechende, hervorzubringen.

Und umgekehrt — ein Beispiel völliger Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte ist die sozialistische Volkswirtschaft in der Sowjetunion, wo das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln sich in völliger Übereinstimmung mit dem gesellschaftlichen Charakter des Produktionsprozesses befindet und wo es infolgedessen weder Wirtschaftskrisen noch eine Zerstörung von Produktivkräften gibt.

Folglich sind die Produktivkräfte nicht nur das beweglichste und

revolutionärste Element der Produktion. Sie sind gleichzeitig auch das bestimmende Element der Entwicklung der Produktion.

Wie die Produktivkräfte, so müssen auch die Produktionsverhältnisse sein.

Während der Stand der Produktivkräfte anzeigt, mit welchen Produktionsinstrumenten die Menschen die für sie notwendigen materiellen Güter produzieren, zeigen die jeweiligen Produktionsverhältnisse bereits etwas anderes an: in wessen Besitz sich die *Produktionsmittel* (der Boden, die Waldungen, die Gewässer, die Bodenschätze, die Rohmaterialien, die Produktionsinstrumente, die Betriebsgebäude, die Verkehrsmittel, das Nachrichtenwesen u. ä.) befinden, in wessen Verfügung sich die Produktionsmittel befinden, in der Verfügung der gesamten Gesellschaft oder in der Verfügung einzelner Personen, Gruppen, Klassen, die sie zur Ausbeutung anderer Personen, Gruppen, Klassen gebrauchen.

Im folgenden ein schematisches Bild der Entwicklung der Produktivkräfte von den ältesten Zeiten bis auf unsere Tage. Übergang von groben Steinwerkzeugen zu Bogen und Pfeil und in Verbindung damit Übergang von der Lebensweise der Jäger zur Zähmung von Tieren und zu Urformen der Viehzucht; Übergang von Steinwerkzeugen zu Metallwerkzeugen (eiserne Axt, Pflug mit eiserner Pflugschar u. ä.) und dementsprechend Übergang zur Pflanzenkultur und zum Ackerbau; weitere Verbesserung der Metallwerkzeuge zur Bearbeitung von Materialien, Übergang zum Blasebalg der Schmiede, Übergang zur Töpferei und dementsprechend Entwicklung des Handwerks, Trennung des Handwerks vom Ackerbau, Entwicklung der selbständigen Handwerks- und späterhin der Manufakturproduktion; Übergang von handwerklichen Produktionsinstrumenten zur Maschine und Verwandlung der Handwerks- und Manufakturproduktion in maschinelle Industrie; Übergang zum Maschinensystem und Aufkommen der modernen maschinellen Großindustrie — das ist das allgemeine, bei weitem nicht vollständige Bild der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte im Verlaufe der Geschichte der Menschheit. Hierbei ist es verständlich, daß die Produktionsinstrumente von den Menschen, die zur Produktion in Beziehung standen, entwickelt und verbessert wurden, und nicht unabhängig von den Menschen — daher veränderten und entwickelten sich zugleich mit der Veränderung und Entwicklung der Produktionsinstrumente auch die Menschen, das wichtigste Ele-

ment der Produktivkräfte, veränderten und entwickelten sich ihre Produktionserfahrung, ihre Arbeitsfertigkeit, ihre Fähigkeit, die Produktionsinstrumente zu handhaben.

In Übereinstimmung mit der Veränderung und Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft im Verlaufe der Geschichte veränderten und entwickelten sich die Produktionsverhältnisse der Menschen, ihre ökonomischen Verhältnisse.

Die Geschichte kennt fünf *Grundtypen* von Produktionsverhältnissen: die Produktionsverhältnisse der Urgemeinschaft, der Sklaverei, des Feudalismus, des Kapitalismus, des Sozialismus.

In der Urgemeinschaft war die Grundlage der Produktionsverhältnisse das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Dies entspricht im wesentlichen dem Charakter der Produktivkräfte in jener Periode. Die Steinwerkzeuge sowie Bogen und Pfeil, die später aufkamen, schlossen die Möglichkeit aus, daß der Kampf mit den Naturkräften und wilden Tieren von einzelnen allein geführt werde. Um Früchte im Walde zu sammeln, in den Gewässern Fischfang zu treiben, irgendeine Behausung zu bauen, sind die Menschen genötigt, gemeinsam zu arbeiten, wenn sie nicht Hungers sterben, wilden Tieren oder benachbarten Gemeinschaften zum Opfer fallen wollen. Die gemeinsame Arbeit führt zu Gemeineigentum an den Produktionsmitteln ebenso wie an den erzeugten Produkten. Hier ist der Begriff des Privateigentums an den Produktionsmitteln noch unbekannt, wenn wir absehen von dem persönlichen Eigentum an einzelnen Produktionsinstrumenten, die zugleich Waffen zur Verteidigung gegen wilde Tiere sind. Hier gibt es keine Ausbeutung, keine Klassen.

In der auf Sklaverei beruhenden Gesellschaftsordnung ist die Grundlage der Produktionsverhältnisse das Eigentum des Sklavenhalters an den Produktionsmitteln, aber auch an dem Produzenten, dem Sklaven, den der Sklavhalter verkaufen, kaufen, töten kann wie ein Stück Vieh. Derartige Produktionsverhältnisse entsprechen im wesentlichen dem Stand der Produktivkräfte in jener Periode. An Stelle der Steinwerkzeuge hatten die Menschen jetzt Metallwerkzeuge zu ihrer Verfügung, an Stelle der armseligen und primitiven Jagdwirtschaft, die weder Viehzucht noch Ackerbau kannte, kamen Viehzucht, Ackerbau, Handwerk und die Arbeitsteilung unter diesen Produktionszweigen auf, kam die Möglichkeit des Austausches von Produkten zwischen einzelnen Personen und Gemeinschaften auf, die Möglichkeit der An-

häufung von Reichtümern in den Händen weniger, die tatsächliche Anhäufung von Produktionsmitteln in den Händen einer Minderheit, die Möglichkeit einer Unterwerfung der Mehrheit durch eine Minderheit und der Verwandlung der Angehörigen dieser Mehrheit in Sklaven. Hier gibt es bereits keine gemeinsame und freie Arbeit aller Mitglieder der Gesellschaft im Produktionsprozeß, hier herrscht die Zwangsarbeit von Sklaven, die von den nichtarbeitenden Sklavenhaltern ausgebeutet werden. Daher gibt es auch kein Gemeineigentum an den Produktionsmitteln sowie an den erzeugten Produkten. Es wird abgelöst durch das Privateigentum. Hier erscheint der Sklavenhalter als der erste, der grundlegende vollwertige Eigentümer.

Reiche und Arme, Ausbeuter und Ausgebeutete, Vollberechtigte und Rechtlose, heftiger Klassenkampf zwischen ihnen — das ist das Bild der auf Sklaverei beruhenden Gesellschaftsordnung.

In der Feudalordnung ist die Grundlage der Produktionsverhältnisse das Eigentum des Feudalherrn an den Produktionsmitteln und beschränktes Eigentum an dem Produzenten, dem Leibeigenen, den der Feudalherr zwar nicht mehr töten darf, den er aber verkaufen und kaufen kann. Neben dem Feudaleigentum existiert das individuelle Eigentum des Bauern und des Handwerkers an den Produktionsinstrumenten und an seiner auf persönlicher Arbeit beruhenden privaten Wirtschaft. Derartige Produktionsverhältnisse entsprechen im wesentlichen dem Stand der Produktivkräfte in jener Periode. Weitere Verbesserung der Gewinnung und Verarbeitung des Eisens; Verbreitung des eisernen Pfluges und des Webstuhls; weitere Entwicklung des Ackerbaus, der Gartenwirtschaft, des Weinbaus, der Ölgewinnung; das Aufkommen von Manufakturbetrieben neben den Werkstätten der Handwerker — das sind die charakteristischen Kennzeichen des Standes der Produktivkräfte.

Die neuen Produktivkräfte erfordern, daß der Arbeitende eine gewisse Initiative in der Produktion und Lust zur Arbeit habe, in gewissem Maße an der Arbeit interessiert sei. Darum verzichtet der Feudalherr auf den Sklaven, als auf einen Produzenten, der nicht an der Arbeit interessiert und jeder Initiative bar ist, und zieht es vor, mit dem Leibeigenen zu tun zu haben, der eine eigene Wirtschaft, eigene Produktionsinstrumente hat und der in gewissem Maße an der Arbeit interessiert ist, was notwendig ist, um den Boden zu bestellen und aus seinem Ernteertrag dem Feudalherrn Naturalabgaben zu leisten.

Das Privateigentum erfährt hier eine weitere Entwicklung. Die Ausbeutung ist fast ebenso grausam wie unter der Sklaverei, sie ist nur ein wenig gemildert. Der Klassenkampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten bildet den Grundzug der feudalen Gesellschaftsordnung.

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist die Grundlage der Produktionsverhältnisse das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln ohne Eigentum an den Produzenten, den Lohnarbeitern, die der Kapitalist weder töten noch verkaufen kann, denn sie sind frei von persönlicher Abhängigkeit, sind aber der Produktionsmittel beraubt und, um nicht Hungers zu sterben, gezwungen, ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten zu verkaufen und das Joch der Ausbeutung auf ihrem Nacken zu tragen. Neben dem kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln besteht das Privateigentum des von fronherrlicher Abhängigkeit befreiten Bauern und Handwerkers an den Produktionsmitteln, das auf persönlicher Arbeit beruht und in der ersten Zeit weit verbreitet ist. An Stelle der Werkstätten der Handwerker und der Manufakturbetriebe sind große, mit Maschinen ausgerüstete Fabriken und Werke aufgekomen. An Stelle der Adelsgüter, die mit primitiven bäuerlichen Produktionsinstrumenten bestellt werden, sind große kapitalistische Wirtschaften aufgekomen, die auf der Grundlage der agronomischen Technik betrieben werden und mit landwirtschaftlichen Maschinen versehen sind.

Die neuen Produktivkräfte erfordern, daß die Produzenten auf höherer Kulturstufe stehen und anstelliger seien als die eingeschüchterten und unwissenden Leibeigenen, daß sie fähig seien, die Maschine zu verstehen und richtig mit ihr umzugehen. Darum ziehen die Kapitalisten die von feudalen Fesseln freien Lohnarbeiter vor, die auf hinreichend hoher Kulturstufe stehen, um mit den Maschinen richtig umzugehen.

Aber indem der Kapitalismus die Produktivkräfte bis zu kolossalen Ausmaßen entwickelte, verstrickte er sich in Widersprüche, die für ihn unlösbar sind. Dadurch, daß der Kapitalismus immer mehr Waren produziert und die Warenpreise senkt, verschärft er die Konkurrenz, ruiniert er die Massen der kleinen und mittleren Privateigentümer, verwandelt er sie in Proletarier und verringert ihre Kaufkraft, wodurch es unmöglich wird, die produzierten Waren abzusetzen. Dadurch, daß der Kapitalismus die Produktion erweitert und Millionen Arbeiter in gewaltigen Fabriken und Werken zusammenballt, verleiht

er dem Produktionsprozeß gesellschaftlichen Charakter, wodurch er seine eigene Basis untergräbt, da der gesellschaftliche Charakter des Produktionsprozesses gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln erfordert, während das Eigentum an den Produktionsmitteln privatkapitalistisch bleibt, was mit dem gesellschaftlichen Charakter des Produktionsprozesses unvereinbar ist.

Diese unversöhnlichen Gegensätze zwischen dem Charakter der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen tun sich in periodischen Überproduktionskrisen kund, in deren Verlauf die Kapitalisten, die infolge des von ihnen selbst verursachten Ruins der Massen der Bevölkerung keine zahlungsfähige Nachfrage finden, gezwungen sind, Produkte zu verbrennen, fertige Waren zu vernichten, die Produktion stillzulegen, Produktivkräfte zu zerstören, indessen Millionen der Bevölkerung gezwungen sind, unter der Arbeitslosigkeit und dem Hunger zu leiden, nicht weil es an Waren mangelt, sondern weil zuviel Waren produziert worden sind.

Dies bedeutet, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufgehört haben, dem Stand der Produktivkräfte der Gesellschaft zu entsprechen und in unversöhnlichen Gegensatz zu ihnen geraten sind.

Dies bedeutet, daß der Kapitalismus mit der Revolution schwanger geht, die berufen ist, das gegenwärtige kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln durch das sozialistische Eigentum zu ersetzen.

Dies bedeutet, daß der schärfste Klassenkampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten den Grundzug der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bildet.

In der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die vorerst nur in der Sowjetunion verwirklicht ist, ist die Grundlage der Produktionsverhältnisse das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Hier gibt es keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten mehr. Die erzeugten Produkte werden nach der Arbeitsleistung verteilt gemäß dem Prinzip: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen.“ Die Wechselbeziehungen der Menschen im Produktionsprozeß haben hier den Charakter kameradschaftlicher Zusammenarbeit und sozialistischer gegenseitiger Hilfe von Produzenten, die von Ausbeutung frei sind. Hier befinden sich die Produktionsverhältnisse in voller Übereinstimmung mit dem Stande der Produktivkräfte, denn der gesellschaftliche Charakter des Produktionsprozesses wird untermauert durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln.

Darum kennt die sozialistische Produktion in der Sowjetunion keine periodischen Krisen der Überproduktion, noch die mit ihnen verbundenen Absurditäten.

Darum entwickeln sich die Produktivkräfte hier in beschleunigtem Tempo, da die ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse den Produktivkräften zu einer solchen Entwicklung freien Spielraum lassen.

Das ist das Bild der Entwicklung der Produktionsverhältnisse der Menschen im Verlaufe der Geschichte der Menschheit.

Solcherart ist die Abhängigkeit der Entwicklung der Produktionsverhältnisse von der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft, vor allem von der Entwicklung der Produktionsinstrumente, wodurch die Veränderungen und die Entwicklung der Produktivkräfte früher oder später zu entsprechenden Veränderungen und entsprechender Entwicklung der Produktionsverhältnisse führen.

„Der Gebrauch und die Schöpfung von Arbeitsmitteln¹“, sagt Marx, „obgleich im Keim schon gewissen Tierarten eigen, charakterisieren den spezifisch menschlichen Arbeitsprozeß, und Franklin definiert daher den Menschen als . . . ein Werkzeug fabrizierendes Tier. Dieselbe Wichtigkeit, welche der Bau von Knochenreliquien für die Erkenntnis der Organisation untergegangener Tiergeschlechter, haben Reliquien von Arbeitsmitteln für die Beurteilung untergegangener ökonomischer Gesellschaftsformationen. Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen Epochen. Die Arbeitsmittel sind nicht nur Gradmesser der Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft, sondern auch Anzeiger der gesellschaftlichen Verhältnisse, worin gearbeitet wird.“ (*Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, S. 187/88.*)

Und ferner:

„Die sozialen Verhältnisse sind eng verknüpft mit den Produktivkräften. Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung der Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sie alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse. Die

¹ Unter „Arbeitsmitteln“ versteht Marx in der Hauptsache die Produktionsinstrumente. *Die Red.*

Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampf-
mühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten.“ (*Karl Marx*,
Das Elend der Philosophie, Dietz Verlag, Berlin 1947, S. 127.)

„Wir leben inmitten einer beständigen Bewegung des An-
wachsens der Produktivkräfte, der Zerstörung sozialer Verhält-
nisse, der Bildung von Ideen; unbeweglich ist nur die Abstraktion
von der Bewegung.“ (Ebenda, S. 127.)

Bei der Charakterisierung des historischen Materialismus, wie er im
„Manifest der Kommunistischen Partei“ formuliert ist, sagt Engels,

„daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendig-
keit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichts-
epoche die Grundlage bildet für die politische und intellektuelle
Geschichte dieser Epoche; daß demgemäß (seit Auflösung des ur-
alten Gemeinbesitzes an Grund und Boden) die ganze Geschichte
eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist, Kämpfen zwi-
schen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herr-
schenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen
Entwicklung; daß dieser Kampf aber jetzt eine Stufe erreicht hat,
wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse (das Proletariat) sich
nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse
(der Bourgeoisie) befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesell-
schaft für immer von Ausbeutung, Unterdrückung und Klassen-
kämpfen zu befreien...“ (*Engels*, Vorwort zur deutschen Ausgabe
des „Manifest“ von 1883, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. XVII/XVIII.)

d) *Die dritte Besonderheit* der Produktion besteht darin, daß neue
Produktivkräfte und die ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse
nicht losgelöst von der alten Gesellschaftsordnung entstehen, nicht nach
dem Verschwinden der alten Ordnung, sondern im Schoße der alten
Gesellschaft, nicht als Ergebnis vorsätzlicher, bewußter Tätigkeit der
Menschen, sondern elementar, unbewußt, unabhängig vom Willen der
Menschen. Sie entstehen elementar und unabhängig vom Willen der
Menschen aus zwei Gründen:

Erstens darum, weil die Menschen nicht frei sind in der Wahl dieser
oder jener Produktionsweise, denn jede neue Generation, die ins Leben
tritt, findet bereits fertige Produktivkräfte und Produktionsverhält-
nisse als Resultat der Arbeit vergangener Generationen vor, so daß sie
für die erste Zeit alles das übernehmen muß, was sie in fertiger Ge-

stalt auf dem Gebiete der Produktion vorfindet, und sich diesen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen anpassen muß, um die Möglichkeit zu erhalten, die materiellen Güter zu produzieren.

Zweitens darum, weil die Menschen bei der Verbesserung dieses oder jenes Produktionsinstruments, dieses oder jenes Elements der Produktivkräfte sich dessen nicht bewußt sind, nicht verstehen und sich keine Gedanken darüber machen, zu welchen *gesellschaftlichen* Resultaten diese Verbesserungen führen müssen, sondern nur an ihre Alltagsinteressen denken, nur daran, sich die Arbeit zu erleichtern und irgendeinen unmittelbaren, greifbaren Vorteil für sich zu erlangen.

Als einzelne Mitglieder der Urgemeinschaft allmählich und tastend von den Steinwerkzeugen zu eisernen Werkzeugen übergangen, wußten sie natürlich nicht und machten sich keine Gedanken darüber, zu welchen *gesellschaftlichen* Resultaten diese Neuerung führen werde, verstanden sie nicht und waren sie sich dessen nicht bewußt, daß der Übergang zu Metallwerkzeugen eine Umwälzung in der Produktion bedeutete, daß er schließlich zur Sklaverei führen werde — sie wollten sich einfach die Arbeit erleichtern und einen nächstliegenden, fühlbaren Vorteil erlangen, ihre bewußte Tätigkeit war auf den engen Rahmen dieses persönlichen Alltagsvorteils beschränkt.

Als in der Periode der Feudalordnung die junge europäische Bourgeoisie neben den kleinen Zunftwerkstätten große Manufakturbetriebe zu bauen begann und auf diese Weise die Produktivkräfte der Gesellschaft vorwärtstrieb, wußte sie natürlich nicht und machte sich keine Gedanken darüber, zu welchen *gesellschaftlichen* Folgen diese Neuerung führen werde: sie war sich dessen nicht bewußt und verstand nicht, daß diese „kleine“ Neuerung zu einer Umgruppierung der gesellschaftlichen Kräfte führen werde, die mit einer Revolution enden mußte sowohl gegen die Königsmacht, deren Gnade sie so hoch schätzte, als auch gegen die Adligen, in deren Reihen aufzusteigen nicht selten der Traum ihrer besten Vertreter war, — sie wollte einfach die Warenproduktion verbilligen, möglichst viel Waren auf die Märkte Asiens und des soeben entdeckten Amerikas werfen und möglichst viel Profit erlangen: ihre bewußte Tätigkeit war auf den engen Rahmen dieser Alltagspraxis beschränkt.

Als die russischen Kapitalisten gemeinsam mit den ausländischen Kapitalisten in Rußland in verstärktem Maße die moderne maschinelle Großindustrie einführten, wobei sie den Zarismus unangetastet ließen

und die Bauern den Gutsbesitzern zur Ausplünderung auslieferten, wußten sie natürlich nicht und machten sich keine Gedanken darüber, zu welchen *gesellschaftlichen* Folgen dies bedeutsame Anwachsen der Produktivkräfte führen werde: sie waren sich dessen nicht bewußt und verstanden nicht, daß dieser bedeutsame Sprung auf dem Gebiete der gesellschaftlichen Produktivkräfte zu einer Umgruppierung der gesellschaftlichen Kräfte führen werde, die es dem Proletariat ermöglicht, die Bauernschaft in seinen Kampf einzureihen und die siegreiche sozialistische Revolution zu vollbringen, — sie wollten einfach die Industrieproduktion aufs äußerste erweitern, den kolossalen inneren Markt erobern, zu Monopolisten werden und möglichst viel Profit aus der Volkswirtschaft herauspressen; ihre bewußte Tätigkeit ging nicht über ihre eng praktischen Alltagsinteressen hinaus.

Dementsprechend sagt Marx:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens (das heißt in der Produktion der für das Leben der Menschen notwendigen materiellen Güter. *Die Red.*) gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen *unabhängige*¹ Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen.“ (*Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie*, S. 13.)

Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Veränderungen der Produktionsverhältnisse und der Übergang von alten Produktionsverhältnissen zu neuen sich glatt, ohne Konflikte, ohne Erschütterungen vollziehen. Im Gegenteil, ein solcher Übergang vollzieht sich gewöhnlich auf dem Wege des revolutionären Sturzes der alten Produktionsverhältnisse und der Herstellung und Verankerung neuer. Bis zu einer gewissen Periode vollziehen sich die Entwicklung der Produktivkräfte und die Veränderungen auf dem Gebiete der Produktionsverhältnisse als elementarer Prozeß, unabhängig vom Willen der Menschen. Aber dies nur bis zu einem gewissen Augenblick, bis zu dem Augenblick, wo die neu entstandenen und sich entwickelnden Produktivkräfte die notwendige Reife erlangt haben. Nachdem die neuen Produktivkräfte ausgereift sind, verwandeln sich die bestehenden Produktionsverhältnisse und ihre Träger, die herrschenden Klassen, in das „unüberwind-

¹ Von der Redaktion hervorgehoben.

liche“ Hindernis, das nur aus dem Wege geräumt werden kann durch die bewußte Tätigkeit der neuen Klassen, durch gewaltsame Handlungen dieser Klassen, durch die Revolution. Hier zeigt sich besonders klar die gewaltige Rolle der neuen gesellschaftlichen Ideen, der neuen politischen Einrichtungen, der neuen politischen Macht, die berufen sind, die alten Produktionsverhältnisse gewaltsam zu beseitigen. Auf der Grundlage des Konflikts zwischen den neuen Produktivkräften und den alten Produktionsverhältnissen, auf der Grundlage der neuen ökonomischen Bedürfnisse der Gesellschaft entstehen neue gesellschaftliche Ideen, die neuen Ideen organisieren und mobilisieren die Massen, die Massen schließen sich zusammen zu einer neuen politischen Armee, schaffen eine neue revolutionäre Macht und benutzen sie, um die alten Zustände auf dem Gebiet der Produktionsverhältnisse gewaltsam zu beseitigen und neue Zustände herzustellen und zu verankern. Der elementare Entwicklungsprozeß macht der bewußten Tätigkeit der Menschen Platz, die friedliche Entwicklung der gewaltsamen Umwälzung, die Evolution der Revolution.

„... das Proletariat“, sagt Marx, vereint „im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse“, macht „durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse“ und hebt „als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse auf ...“ („Manifest der Kommunistischen Partei“, S. 34.)

Und ferner:

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“ (Ebenda, S. 32.)

„Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.“ (Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, S. 791.)

Hier die geniale Formulierung des Wesens des historischen Materialismus, die Marx im Jahre 1859 in dem historischen „Vorwort“ zu seinem berühmten Buch „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ gegeben hat:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. So wenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue, höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit

immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.“ (*Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, S. 13/14.*)

So verhält es sich mit dem marxistischen Materialismus, wenn man ihn in seiner Anwendung auf das gesellschaftliche Leben nimmt, in seiner Anwendung auf die Geschichte der Gesellschaft.

Das sind die Grundzüge des dialektischen und des historischen Materialismus.

Daraus ist ersichtlich, welchen theoretischen Reichtum Lenin gegen die Anschläge der Revisionisten und Entarteten für die Partei behauptet hat und welche große Bedeutung das Erscheinen von Lenins Buch „Materialismus und Empiriokritizismus“ für die Entwicklung unserer Partei hatte.

3

Bolschewiki und Menschewiki in den Jahren der Stolypinschen Reaktion · Der Kampf der Bolschewiki gegen die Liquidatoren und Otsowisten

In den Jahren der Reaktion war es weit schwieriger, in den Parteiorganisationen zu arbeiten, als in der vorhergehenden Periode der Entfaltung der Revolution. Die Zahl der Parteimitglieder schmolz sehr zusammen. Viele kleinbürgerliche Mitläufer, besonders Intellektuelle, verließen die Reihen der Partei, weil sie die Verfolgungen der zaristischen Regierung fürchteten.

Lenin wies darauf hin, daß revolutionäre Parteien in solchen Augenblicken zulernen müssen. In der Periode des Aufschwungs der Revolution hatten sie angreifen gelernt, in der Periode der Reaktion müssen sie lernen, wie man einen Rückzug richtig durchzuführen, wie man zur Illegalität überzugehen, wie man die illegale Partei zu erhalten und zu festigen hat, wie man die legalen Möglichkeiten, die verschiedensten legalen Organisationen, besonders die Massenorganisationen, zur Festigung der Verbindungen mit den Massen auszunutzen hat.

Die Menschewiki zogen sich panikartig zurück, da sie nicht an die

Möglichkeit eines neuen Aufschwungs der Revolution glaubten, sie verleugneten schimpflich die revolutionären Forderungen des Programms und die revolutionären Losungen der Partei, sie wollten die revolutionäre illegale Partei des Proletariats liquidieren, vernichten. Daher nannte man solche Menschewiki von nun an *Liquidatoren*.

Zum Unterschied von den Menschewiki waren die Bolschewiki von der Zuversicht durchdrungen, daß in den nächsten Jahren ein revolutionärer Aufschwung erfolgen werde und daß die Partei verpflichtet sei, die Massen auf diesen neuen Aufschwung vorzubereiten. Die Grundaufgaben der Revolution waren nicht gelöst. Die Bauernschaft hatte kein Gutsbesitzerland erhalten, die Arbeiter hatten den achtstündigen Arbeitstag nicht erhalten, die dem Volke verhaßte zaristische Selbstherrschaft, welche die ihr im Jahre 1905 durch das Volk abgerungenen kleinen politischen Freiheiten wieder zunichte gemacht hatte, war nicht gestürzt. Somit wirkten die Ursachen weiter, die im Jahre 1905 die Revolution hervorgerufen hatten. Darum waren die Bolschewiki von dem neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung überzeugt, bereiteten sie sich auf ihn vor, sammelten sie die Kräfte der Arbeiterklasse.

Die Bolschewiki schöpften ihre Zuversicht, daß ein neuer Aufschwung der Revolution unvermeidlich sei, auch noch aus der Tatsache, daß die Revolution von 1905 die Arbeiterklasse gelehrt hatte, im revolutionären Massenkampf ihre Rechte zu erobern. In den Jahren der Reaktion, in den Jahren der Offensive des Kapitals konnten die Arbeiter diese Lehren des Jahres 1905 nicht vergessen. Lenin führte Stellen aus Arbeiterbriefen an, in denen diese, von den neuerlichen Bedrückungen und Schikanen der Fabrikanten berichtend, erklärten: „*Wartet nur, es kommt ein neues 1905!*“

Das politische Hauptziel der Bolschewiki blieb dasselbe wie im Jahre 1905 — den Zarismus zu stürzen, die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen, zur sozialistischen Revolution überzugehen. Die Bolschewiki vergaßen keine Minute dieses Ziel und fuhrten fort, vor den Massen die revolutionären Hauptlosungen zu entwickeln: demokratische Republik, Konfiskation des Bodens der Gutsbesitzer, achtstündiger Arbeitstag.

Jedoch konnte die *Taktik* der Partei nicht dieselbe bleiben wie in der Periode des Aufschwungs der Revolution von 1905. Man konnte zum Beispiel nicht in nächster Zeit die Massen zum politischen Gene-

ralstreik oder zum bewaffneten Aufstand aufrufen; weil ein Niedergang der revolutionären Bewegung, eine tiefe Ermüdung der Arbeiterklasse, eine bedeutende Stärkung der reaktionären Klassen zu verzeichnen waren. Die Partei mußte der neuen Situation Rechnung tragen. Man mußte die Angriffstaktik ersetzen durch die Verteidigungstaktik, durch die Taktik der Sammlung der Kräfte, durch die Taktik der Überführung der Kader in die Illegalität und durch die Taktik der illegalen Parteiarbeit, der Verbindung der illegalen Arbeit mit der Arbeit in den legalen Arbeiterorganisationen.

Und die Bolschewiki verstanden es, diese Aufgabe zu erfüllen.

„Wir haben es verstanden, lange Jahre vor der Revolution zu arbeiten. Nicht umsonst hat man uns die Felsenfesten genannt. Die Sozialdemokraten haben eine proletarische Partei aufgebaut, die beim Mißlingen ihres ersten militärischen Ansturms nicht den Mut sinken lassen, nicht den Kopf verlieren, sich nicht zu Abenteuern hinreißen lassen wird“, schrieb Lenin. (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 574/75.)

Die Bolschewiki kämpften für die Erhaltung und Festigung der illegalen Parteiorganisationen. Aber gleichzeitig hielten die Bolschewiki es für notwendig, alle legalen Möglichkeiten, jeden legalen Anknüpfungspunkt auszunutzen, durch den man die Verbindungen mit den Massen aufrechterhalten und bewahren und somit die Partei stärken konnte.

„Dies war die Periode der Wendung unserer Partei vom offenen revolutionären Kampf gegen den Zarismus zu den Kampfmethoden der Umgehung, zur Ausnutzung aller und jeglicher legalen Möglichkeiten — von den Versicherungskassen bis zur Dumatribüne. Das war die Periode des Rückzugs, nachdem wir in der Revolution von 1905 geschlagen worden waren. Diese Wendung erforderte von uns die Aneignung neuer Kampfmethoden, um nach der Sammlung der Kräfte den offenen revolutionären Kampf gegen den Zarismus aufs neue aufzunehmen.“ (*Stalin*, Stenographisches Protokoll des XV. Parteitags, Moskau 1935, S. 366/67 russ.)

Die unversehrt gebliebenen legalen Organisationen waren gleichsam eine Deckung für die illegalen Parteiorganisationen und ein

Mittel der Verbindung mit den Massen. Um die Verbindung mit den Massen aufrechtzuerhalten, nutzten die Bolschewiki die Gewerkschaften und andere legale gesellschaftliche Organisationen aus: Krankenversicherungskassen, Arbeiterkonsumgenossenschaften, Klubs und Bildungsvereine, Volkshäuser. Die Bolschewiki nutzten die Tribüne der Reichsduma aus zur Entlarvung der Politik der zaristischen Regierung, zur Entlarvung der Kadetten, zur Gewinnung der Bauern für den Kampf des Proletariats. Die Erhaltung der illegalen Parteiorganisation und die Leitung aller anderen Arten von politischer Arbeit durch diese Organisation sicherten der Partei die Durchführung der richtigen Parteilinie, die Vorbereitung der Kräfte für den neuen revolutionären Aufschwung.

Die Bolschewiki verwirklichten ihre revolutionäre Linie im Kampfe an zwei Fronten, gegen zwei Arten des Opportunismus in der Partei: gegen die *Liquidatoren*, die direkten Gegner der Partei, und gegen die sogenannten *Otsowisten*, die versteckten Widersacher der Partei.

Lenin, die Bolschewiki führten seit dem Tage der Entstehung des Liquidatorentums einen unversöhnlichen Kampf gegen diese opportunistische Strömung. Lenin hat wiederholt darauf hingewiesen, daß das Liquidatorentum eine Agentur der liberalen Bourgeoisie in der Partei war.

Im Dezember 1908 fand in Paris die V. (gesamtrussische) Konferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands statt. Diese Konferenz verurteilte auf Lenins Vorschlag das Liquidatorentum, das heißt die Versuche eines gewissen Teils der Parteiintelligenz (der Menschewiki), „die bestehende Organisation der SDÄPR zu liquidieren und sie zu ersetzen durch eine formlose Vereinigung im Rahmen der Legalität um jeden Preis, selbst wenn diese Legalität um den Preis offensichtlicher Absage an das Programm, die Taktik und die Traditionen der Partei erkauf werden mußte“. (Die KPdSU [B] in Resolutionen, Teil I, S. 128 russ.)

Die Konferenz rief alle Parteiorganisationen zu entschiedenem Kampf gegen die liquidatorischen Versuche auf.

Aber die Menschewiki fügten sich diesem Beschluß der Konferenz nicht und glitten immer mehr auf die Bahn des Liquidatorentums, des Verrats an der Revolution, der Annäherung an die Kadetten. Die Menschewiki sagten sich immer offener von dem revolutionären Programm der proletarischen Partei los, von der Forderung der demo-

kratischen Republik, des achtstündigen Arbeitstags, der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien. Die Menschewiki wollten um den Preis der Absage an das Programm und an die Taktik der Partei von der zaristischen Regierung die Zustimmung zur Existenz einer offenen, legalen, angeblichen „Arbeiter“partei erlangen. Die Menschewiki waren bereit, sich mit dem Stolypinschen Regime auszusöhnen, sich ihm anzupassen. Darum wurden die Liquidatoren auch „Stolypinsche Arbeiterpartei“ genannt.

Gleichzeitig mit dem Kampf gegen die offenen Gegner der Revolution — die Liquidatoren, an deren Spitze Dan, Axelrod, Potressow standen, während ihnen Martow, Trotzki und andere Menschewiki halfen — führten die Bolschewiki auch einen unversöhnlichen Kampf gegen die verkappten Liquidatoren, gegen die Otsowisten, die ihren Opportunismus mit „linken“ Phrasen maskierten. Otsowisten nannte man einen Teil früherer Bolschewiki, die die Abberufung der Arbeiterdeputierten aus der Reichsduma und überhaupt die Einstellung jeder Arbeit in den legalen Organisationen forderten.

Im Jahre 1908 verlangte ein Teil der Bolschewiki die Abberufung (russisch: Otsyww) der sozialdemokratischen Deputierten aus der Reichsduma. Daher die Bezeichnung „Otsowisten“. Die Otsowisten bildeten ihre besondere Gruppe (Bogdanow, Lunatscharski, Alexinski, Pokrowski, Bubnow u. a.), die einen Kampf gegen Lenin und die Leninische Linie eröffnete. Die Otsowisten lehnten es entschieden ab, in den Arbeitergewerkschaften und anderen legalen Vereinigungen zu arbeiten. Damit fügten sie der Arbeitersache großen Schaden zu. Die Otsowisten suchten die Partei von der Arbeiterklasse loszureißen, sie ihrer Verbindung mit den parteilosen Massen zu berauben; sie wollten sich in einer illegalen Organisation abkapseln, und zugleich setzten sie diese der Gefahr des Hochgehens aus, da sie ihr die Möglichkeit nahmen, legale Deckungen auszunutzen. Die Otsowisten begriffen nicht, daß die Bolschewiki in der Reichsduma und von der Dumatribüne aus in stande waren, die Bauernschaft zu beeinflussen, die Politik der zaristischen Regierung, die Politik der Kadetten zu entlarven, die auf betrügerische Weise die Bauernschaft für sich zu gewinnen suchten. Die Otsowisten hinderten die Sammlung der Kräfte für einen neuen revolutionären Aufschwung. Die Otsowisten waren daher „umgestülpte Liquidatoren“ — sie versuchten die Möglichkeit der Ausnutzung legaler Organisationen zunichte zu machen und verzichteten

in der Tat auf eine Leitung der breiten parteilosen Massen durch das Proletariat, verzichteten auf revolutionäre Arbeit.

Die Beratung der erweiterten Redaktion der bolschewistischen Zeitung „Proletari“ (Der Proletarier), die im Jahre 1909 zur Erörterung des Verhaltens der Otsowisten einberufen wurde, verurteilte die Otsowisten. Die Bolschewiki erklärten, mit den Otsowisten nichts gemein zu haben, und schlossen sie aus der bolschewistischen Organisation aus.

Sowohl die Liquidatoren als auch die Otsowisten waren alles in allem nur kleinbürgerliche Mitläufer des Proletariats und seiner Partei. In einem für das Proletariat schwierigen Augenblick zeigten die Liquidatoren und die Otsowisten besonders anschaulich ihr wahres Gesicht.

4

Der Kampf der Bolschewiki gegen den Trotzkiismus Der parteifeindliche Augustblock

Während die Bolschewiki an zwei Fronten — gegen Liquidatoren und Otsowisten — einen unversöhnlichen Kampf für die feste Linie der proletarischen Partei führten, unterstützte Trotzki die Liquidatoren in den Reihen der Menschewiki. Eben in diesen Jahren nannte Lenin ihn „Judas Trotzki“. Trotzki organisierte in Wien eine literarische Gruppe und ging daran, eine „außerfraktionelle“, in Wirklichkeit aber menschewistische Zeitung herauszugeben. Lenin schrieb damals über Trotzki: „Trotzki hat sich benommen wie der niederträchtigste Karrierist und Fraktionsmacher... Schwatzt von der Partei, benimmt sich aber schlimmer als alle übrigen Fraktionsmacher.“

Späterhin, im Jahre 1912, war Trotzki der Organisator des Augustblocks, das heißt eines Blocks aller antibolschewistischen Gruppen und Strömungen gegen Lenin, gegen die bolschewistische Partei. In diesem dem Bolschewismus feindlichen Block schlossen sich sowohl Liquidatoren als auch Otsowisten zusammen, womit sie ihre enge Verwandtschaft bewiesen. Trotzki und die Trotzkiisten bezogen in allen grundlegenden Fragen eine liquidatorische Position. Aber Trotzki maskierte sein Liquidatorentum durch Zentrismus, das heißt durch Versöhnler-tum, indem er vorgab, außerhalb der Bolschewiki und der Menschewiki zu stehen und angeblich ihre Versöhnung anzustreben. Lenin

sagte aus diesem Anlaß, daß Trotzki niederträchtiger und schädlicher ist als die offenen Liquidatoren, weil er den Arbeitern vorlügt, daß er „außerhalb der Fraktionen“ stehe, in Wirklichkeit aber restlos die Liquidatoren unter den Menschewiki unterstützt. Der Trotzkiismus war der Hauptherd für die Verbreitung des Zentrismus.

„Zentrismus“, schreibt Genosse Stalin, „ist ein politischer Begriff. Seine Ideologie ist die Ideologie der Anpassung, die Ideologie der Unterordnung der proletarischen Interessen unter die Interessen der Kleinbourgeoisie *innerhalb einer gemeinsamen Partei*. Diese Ideologie ist dem Leninismus fremd und widerwärtig.“ (Stalin, Probleme des Leninismus, Zweite Folge, 1934, S. 77.)

In dieser Periode erwiesen sich Kamenew, Sinowjew, Rykow in Wirklichkeit als verkappte Agenten Trotzkis, da sie ihm nicht selten gegen Lenin Hilfe leisteten. Unter Mitwirkung Sinowjews, Kamenews, Rykows und anderer verkappter Bundesgenossen Trotzkis wurde *gegen Lenins Willen* im Januar 1910 ein Plenum des Zentralkomitees einberufen. Um diese Zeit hatte sich die Zusammensetzung des Zentralkomitees infolge der Verhaftung einer Reihe von Bolschewiki geändert, und die schwankenden Elemente erhielten die Möglichkeit, antileninsche Beschlüsse durchzubringen. So wurde auf diesem Plenum beschlossen, das Erscheinen der bolschewistischen Zeitung „Proletari“ einzustellen und einer Zeitung Trotzkis, der „Prawda“, die dieser in Wien herausgab, Geldunterstützung zu gewähren. Kamenew trat in die Redaktion von Trotzkis Zeitung ein und trachtete im Verein mit Sinowjew danach, Trotzkis Zeitung in ein Organ des Zentralkomitees zu verwandeln.

Erst auf Drängen Lenins nahm das Januarplenum des Zentralkomitees den Beschluß an, das Liquidatorenentum und den Otsowismus zu verurteilen, aber auch hier beharrten Sinowjew und Kamenew auf dem trotzkiistischen Antrag, die Liquidatoren nicht bei ihrem wahren Namen zu nennen.

Es kam so, wie Lenin es vorausgesehen und wovor er gewarnt hatte: nur die Bolschewiki fügten sich dem Beschluß des ZK-Plenums, stellten das Erscheinen ihres Organs, des „Proletari“, ein, die Menschewiki aber fuhren fort, ihr fraktionelles, liquidatorisches Organ „Golos Sozialdemokrata“ (Stimme des Sozialdemokraten) herauszugeben.

Der Standpunkt Lenins wurde restlos unterstützt von Genossen

Stalin, der in Nr. 11 des „Sozialdemokrat“ einen besonderen Artikel veröffentlichte. In diesem Artikel wurde das Verhalten der Helfershelfer des Trotzismus verurteilt und von der Notwendigkeit gesprochen, die in der bolschewistischen Fraktion infolge des verräterischen Verhaltens Kamenews, Sinowjews, Rykows entstandene unnormale Lage zu beseitigen. In dem Artikel wurden die aktuellen Aufgaben dargelegt, die später auf der Prager Parteikonferenz verwirklicht wurden: Einberufung einer Konferenz der Gesamtpartei, Herausgabe einer legalen Parteizeitung und Schaffung eines illegalen, mit der praktischen Leitung beauftragten Parteizentrums in Rußland. Der Artikel des Genossen Stalin fußte auf Beschlüssen des Bakuer Komitees, das in vollem Umfang Lenin unterstützte.

Als Gegengewicht zum parteifeindlichen Augustblock Trotzkis, dem ausschließlich parteifeindliche Elemente, von den Liquidatoren und Trotzisten bis zu den Otsowisten und Gottbildnern, angehörten, wurde ein Parteiblock der Anhänger der Erhaltung und Stärkung der illegalen proletarischen Partei geschaffen. Diesen Block bildeten die Bolschewiki mit Lenin an der Spitze und eine kleine Anzahl Menschewiki, die für die Erhaltung der Partei waren und an deren Spitze Plechanow stand. Plechanow und seine Gruppe der Parteianhänger unter den Menschewiki, die in einer Reihe von Fragen auf ihrem menschewistischen Standpunkt verblieben, rückten von dem Augustblock und den Liquidatoren entschieden ab und strebten ein Abkommen mit den Bolschewiki an. Lenin nahm den Vorschlag Plechanows an und ging auf einen zeitweiligen Block mit Plechanow gegen die parteifeindlichen Elemente ein, in der Erwägung, daß ein solcher Block für die Partei vorteilhaft und für die Liquidatoren verderblich war.

Genosse Stalin unterstützte diesen Block in vollem Maße. Er befand sich zu dieser Zeit in der Verbannung. In einem Brief aus der Verbannung an Lenin schrieb Genosse Stalin:

„Meiner Meinung nach ist die Linie des Blocks (Lenin-Plechanow) die einzig richtige: 1. entspricht sie, und nur sie, den wirklichen Interessen der Arbeit in Rußland, die den Zusammenschluß aller wirklich zur Partei stehenden Elemente erfordern; 2. beschleunigt sie, und nur sie, den Prozeß der Befreiung der legalen Organisationen vom Joche der Liquidatoren, indem sie zwischen den menschewistischen Arbeitern und den Liquidatoren eine Kluft

aufreißt und die letzteren zerstreut und tödlich trifft.“ („*Lenin und Stalin*“, Bd. I, S. 529/30 russ.)

Dank geschickter Verbindung der illegalen Arbeit mit der legalen Arbeit gelang es den Bolschewiki, zu einer bedeutenden Kraft in den offen tätigen Arbeiterorganisationen zu werden. Dies äußerte sich unter anderem in dem gewichtigen Einfluß, den die Bolschewiki auf die Arbeitergruppen der vier legalen Kongresse — der Volkshochschulen, der Frauen, der Fabrikärzte und der Alkoholgegner — ausübten, die in dieser Periode stattfanden. Das Auftreten der Bolschewiki auf diesen legalen Kongressen hatte große politische Bedeutung, es fand Wiederhall im ganzen Land. So entlarvte zum Beispiel die bolschewistische Arbeiterdelegation auf dem Kongreß der Volkshochschulen die Politik des Zarismus, der jede Bildungsarbeit erstickte, und wies nach, daß ohne die Beseitigung des Zarismus ein wahrer Kulturaufschwung im Lande undenkbar war. Die auf dem Kongreß der Fabrikärzte auftretende Arbeiterdelegation berichtete von den fürchterlichen sanitären Verhältnissen, unter denen die Arbeiter arbeiten und leben mußten, und kam zu dem Schluß, daß ohne den Sturz des zaristischen Regimes die Gewerbehygiene nicht richtig organisiert werden konnte.

Die Bolschewiki verdrängten die Liquidatoren allmählich aus den verschiedenen unversehrt gebliebenen legalen Organisationen. Die eigenartige Taktik der Einheitsfront mit der Plechanowschen Parteigruppe ermöglichte es den Bolschewiki, eine Reihe menschewistischer Arbeiterorganisationen zu erobern (Wiborger Rayon in Petersburg, Jekaterinoslaw u. a.).

In dieser schwierigen Periode boten die Bolschewiki durch ihre Arbeit ein Musterbeispiel dafür, wie man die legale mit der illegalen Arbeit verbinden muß.

5

Die Prager Parteikonferenz von 1912 · Die Formierung der Bolschewiki zu einer selbständigen marxistischen Partei

Der Kampf mit den Liquidatoren und Otsowisten sowie der Kampf mit den Trotzkiisten stellte den Bolschewiki die dringliche Aufgabe, alle Bolschewiki zu einer Einheit zusammenzuschließen und eine selbständige bolschewistische Partei aus ihnen zu formieren. Dies war dringend notwendig nicht nur, um mit den opportunistischen Strömungen in der

Partei, die die Arbeiterklasse spalteten, Schluß zu machen. Dies mußte man außerdem tun, um die Sammlung der Kräfte der Arbeiterklasse zu Ende zu führen und die Arbeiterklasse für den neuen revolutionären Aufschwung vorzubereiten.

Um aber diese Aufgabe zu erfüllen, war es vor allem notwendig, die Partei von den Opportunisten, von den Menschewiki zu säubern.

Jetzt zweifelte keiner der Bolschewiki mehr daran, daß ein weiteres Verbleiben der Bolschewiki in *einer* Partei mit den Menschewiki undenkbar geworden war. Die verräterische Haltung der Menschewiki in der Periode der Stolypinschen Reaktion, ihre Versuche, die proletarische Partei zu liquidieren und eine neue, eine reformistische Partei zu organisieren, machten den Bruch mit ihnen unvermeidlich. Solange sich die Bolschewiki mit den Menschewiki in einer Partei befanden, übernahmen sie in dieser oder jener Hinsicht die moralische Verantwortung für die Haltung der Menschewiki. Aber die moralische Verantwortung für den offenen Verrat der Menschewiki auf sich zu nehmen, wurde nun undenkbar, wenn die Bolschewiki nicht selbst zu Verrätern an der Partei und der Arbeiterklasse werden wollten. Die Einheit mit den Menschewiki im Rahmen einer Partei ging auf diese Weise über in Verrat an der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Es war darum notwendig, den faktischen Bruch mit den Menschewiki zu Ende zu führen, ihn bis zum formellen organisatorischen Bruch mit ihnen zu führen und die Menschewiki aus der Partei zu vertreiben.

Nur auf diesem Wege konnte man die revolutionäre Partei des Proletariats mit einem einheitlichen Programm, einer einheitlichen Taktik, einer einheitlichen Klassenorganisation wiederherstellen.

Nur auf diesem Wege konnte man die wirkliche (und nicht nur formale), von den Menschewiki zerstörte Einheit der Partei herstellen.

Diese Aufgabe sollte die von den Bolschewiki vorbereitete VI. allgemeine Parteikonferenz erfüllen.

Aber diese Aufgabe bildete nur die eine Seite der Sache. Der formelle Bruch mit den Menschewiki und die Formierung der Bolschewiki zu einer besonderen Partei stellten natürlich eine sehr wichtige politische Aufgabe dar. Aber vor den Bolschewiki stand noch eine andere, wichtigere Aufgabe. Die Aufgabe bestand nicht nur darin, mit den Menschewiki zu brechen und sich zu einer besonderen Partei zu formieren, sondern vor allem darin, nach dem Bruch mit den Menschewiki eine *neue* Partei zu schaffen, eine Partei *von neuem Typus*,

unterschieden von den gewöhnlichen sozialdemokratischen Parteien des Westens, frei von opportunistischen Elementen, fähig, das Proletariat in den Kampf um die Macht zu führen.

Im Kampfe gegen die Bolschewiki benutzten alle Menschewiki, ohne Unterschied der Schattierungen, von Axelrod und Martynow bis zu Martow und Trotzki, unaufhörlich die aus dem Arsenal der westeuropäischen Sozialdemokraten entnommenen Waffen. Sie wollten in Rußland genau so eine Partei haben wie, sagen wir, die deutsche oder französische sozialdemokratische Partei. Sie kämpften eben darum gegen die Bolschewiki, weil sie in ihnen etwas Neues, Ungewöhnliches, von der Sozialdemokratie des Westens Verschiedenes witterten. Was aber stellten damals die sozialdemokratischen Parteien des Westens dar? Ein Gemisch, einen Mischmasch aus marxistischen und opportunistischen Elementen, aus Freunden und Gegnern der Revolution, aus Anhängern und Gegnern der Parteigesinnung — bei allmählicher ideologischer Versöhnung der ersteren mit den letzteren, bei allmählicher faktischer Unterordnung der ersteren unter die letzteren. Versöhnung mit den Opportunisten, mit den Verrätern an der Revolution — wessen wegen? fragten die Bolschewiki die westeuropäischen Sozialdemokraten. Um des „Friedens in der Partei“ willen, um der „Einheit“ willen — antworteten sie den Bolschewiki. Einheit mit wem, mit den Opportunisten? Ja, antworteten sie, mit den Opportunisten. Es war klar, daß solche Parteien keine revolutionären Parteien sein können.

Die Bolschewiki sahen nur allzugut, daß die westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien nach dem Tode von Engels aus Parteien der sozialen Revolution zu Parteien „sozialer Reformen“ zu entarten begonnen hatten, und daß sich jede dieser Parteien als Organisation bereits aus einer führenden Kraft in ein Anhängsel ihrer eigenen parlamentarischen Gruppe verwandelt hatte.

Die Bolschewiki wußten nur allzugut, daß eine solche Partei dem Proletariat übel bekommen würde, daß eine solche Partei nicht fähig ist, die Arbeiterklasse zur Revolution zu führen.

Die Bolschewiki wußten nur allzugut, daß das Proletariat nicht eine solche Partei, sondern eine andere, neue, wirklich marxistische Partei braucht, unversöhnlich gegenüber den Opportunisten und revolutionär gegenüber der Bourgeoisie, fest geschlossen und aus einem Guß, eine Partei der sozialen Revolution, eine Partei der Diktatur des Proletariats.

Die Bolschewiki wollten für sich eben eine solche, eine neue Partei haben. Und die Bolschewiki arbeiteten am Aufbau einer solchen Partei. Die ganze Geschichte des Kampfes mit den „Ökonomen“, den Menschewiki, den Trotzisten, den Otsowisten, den Idealisten aller Spielarten bis zu den Empiriokritizisten — war die Geschichte der Vorbereitung eben einer solchen Partei. Die Bolschewiki wollten eine neue, eine *bolschewistische* Partei schaffen, geeignet, ein Vorbild für alle die zu sein, die eine wirklich revolutionäre marxistische Partei haben wollten. Die Bolschewiki arbeiteten an der Schaffung einer solchen Partei schon seit den Zeiten der alten „Iskra“. Sie arbeiteten hartnäckig, standhaft daran, allen Hindernissen zum Trotz. Die wichtigste und entscheidende Rolle spielten in dieser Vorbereitungsarbeit Werke Lenins wie „Was tun?“, „Zwei Taktiken“ usw. Lenins Buch „Was tun?“ war die *ideologische* Vorbereitung einer solchen Partei. Lenins Buch „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ war die *organisatorische* Vorbereitung einer solchen Partei. Lenins Buch „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ war die *politische* Vorbereitung einer solchen Partei. Lenins Buch „Materialismus und Empiriokritizismus“ schließlich war die *theoretische* Vorbereitung einer solchen Partei.

Man kann mit Sicherheit sagen, daß noch niemals in der Geschichte auch nur eine einzige politische Gruppe so gründlich darauf vorbereitet war, sich als Partei zu formieren, wie die bolschewistische Gruppe.

Unter solchen Bedingungen war die Formierung der Bolschewiki zu einer Partei eine völlig spruchreife und fertige Sache.

Die Aufgabe der VI. Parteikonferenz bestand darin, die bereits fertige Sache durch den Akt der Vertreibung der Menschewiki und der Formierung der neuen Partei, der Partei der Bolschewiki, zu krönen.

Die VI. Allrussische Parteikonferenz fand im Januar 1912 in Prag statt. Mehr als 20 Parteiorganisationen waren auf dieser Konferenz vertreten. Sie hatte daher geradezu die Bedeutung eines Parteitags.

In der Verlautbarung über die Konferenz, die die Wiederherstellung des zerstörten zentralen Apparats der Partei, die Schaffung eines Zentralkomitees der Partei meldete, wurde davon gesprochen, daß die Jahre der Reaktion für die Partei die schwersten Jahre gewesen waren, seitdem die russische Sozialdemokratie sich als eine bestimmte Organisation im eigentlichen Sinne des Wortes herausgebildet hatte.

Trotz aller Verfolgungen, trotz der schweren Schläge von außen, trotz des Verrats und der Schwankungen der Opportunisten innerhalb der Partei hatte die Partei des Proletariats ihr Banner und ihre Organisation bewahrt.

„Unversehrt geblieben sind nicht nur das Banner der russischen Sozialdemokratie, ihr Programm, ihre revolutionären Vermächtnisse, unversehrt geblieben ist ihre Organisation, die zwar unterwühlt und geschwächt, aber durch keinerlei Verfolgungen bis auf den Grund niedergerissen werden konnte“, hieß es in der Verlautbarung der Konferenz.

Die Konferenz stellte die ersten Anzeichen des neuen Aufschwungs der Arbeiterbewegung in Rußland und eine Belebung der Parteiarbeit fest.

Auf Grund der Berichte aus den einzelnen Orten konstatierte die Konferenz, daß „überall im Lande unter den sozialdemokratischen Arbeitern eine energische Arbeit zur Festigung der illegalen sozialdemokratischen Ortsorganisationen und Gruppen geleistet wird“.

Die Konferenz stellte fest, daß in den Ortsorganisationen die überaus wichtige Regel der bolschewistischen Taktik in der Periode des Rückzugs überall anerkannt wird — die Verbindung der illegalen mit der legalen Arbeit in den verschiedenen legalen Arbeitervereinigungen und Arbeiterverbänden.

Die Prager Konferenz wählte ein bolschewistisches Zentralkomitee der Partei. In dieses ZK wurden Lenin, Stalin, Ordshonikidse, Swerdlow, Spandarian und andere gewählt. Die Genossen Stalin und Swerdlow wurden in ihrer Abwesenheit in das Zentralkomitee gewählt, da sie sich in der Verbannung befanden. Zum Kandidaten des ZK wurde u. a. Genosse Kalinin gewählt.

Es wurde ein Zentrum zur praktischen Leitung der revolutionären Arbeit in Rußland (Russisches Büro des Zentralkomitees) mit Genossen Stalin an der Spitze geschaffen. Dem Russischen Büro des Zentralkomitees gehörten außer Genossen Stalin die Genossen J. Swerdlow, S. Spandarian, S. Ordshonikidse, M. Kalinin an.

Die Prager Konferenz zog die Bilanz des gesamten vorhergegangenen Kampfes der Bolschewiki gegen den Opportunismus und beschloß, die Menschewiki aus der Partei zu vertreiben.

Die Prager Konferenz formierte nach der Vertreibung der Menschewiki die bolschewistische Partei als selbständig existierende Partei.

Indem die Bolschewiki die ideologische und organisatorische Zertrümmerung der Menschewiki zu Ende führten und sie aus der Partei vertrieben, wahrten die Bolschewiki sich das alte Banner der Partei, der SDAPR. Darum nannte sich die Partei der Bolschewiki noch bis zum Jahre 1918 Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, mit dem Zusatz „Bolschewiki“ in Klammern.

Über die Ergebnisse der Prager Konferenz schrieb Lenin Anfang 1912 an Gorki:

„Endlich ist es gelungen, trotz der liquidatorischen Schufte, die Wiedergeburt der Partei und ihres Zentralkomitees herbeizuführen. Ich hoffe, daß Sie sich darüber zusammen mit uns freuen werden.“ (*Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXIX, S. 19 russ.*)

In seiner Einschätzung der Bedeutung der Prager Konferenz führt Genosse Stalin aus:

„Diese Konferenz hatte größte Bedeutung in der Geschichte unserer Partei, denn sie zog den Trennungsstrich zwischen Bolschewiki und Menschewiki und vereinigte die bolschewistischen Organisationen im ganzen Lande zur einheitlichen bolschewistischen Partei.“ (*Stenographisches Protokoll des XV. Parteitags der KPdSU [B], S. 361/62 russ.*)

Nach Vertreibung der Menschewiki und Formierung der Bolschewiki zu einer selbständigen Partei wurde die Partei der Bolschewiki fester und stärker. *Die Partei festigt sich dadurch, daß sie sich von opportunistischen Elementen säubert* — das ist eine der Losungen der bolschewistischen Partei als der Partei von neuem Typus, die sich von den sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale grundsätzlich unterscheidet. Die Parteien der II. Internationale, die sich in Worten als marxistisch bezeichneten, duldeten in Wirklichkeit Gegner des Marxismus, offene Opportunisten in ihrer Mitte und gaben ihnen die Möglichkeit, die II. Internationale zu zersetzen und zugrunde zu richten. Die Bolschewiki hingegen führten einen unversöhnlichen Kampf gegen die Opportunisten, säuberten die proletarische Partei von dem Unflat des Opportunismus und brachten es zuwege, die Partei von neuem Typus, die Leninsche Partei zu schaffen, die Partei, die später die Diktatur des Proletariats erkämpft hat.

Wenn in den Reihen der proletarischen Partei Opportunisten ge-

blieben wären, so hätte die bolschewistische Partei sich nicht aus dem unwegsamen Gelände herausarbeiten und das Proletariat mit sich führen können, so hätte sie nicht die Macht ergreifen und die Diktatur des Proletariats organisieren können, so hätte sie nicht als Sieger aus dem Bürgerkrieg hervorgehen und den Sozialismus aufbauen können.

Die Prager Konferenz stellte in ihren Beschlüssen als aktuelle politische Hauptlosungen der Partei ein Minimalprogramm auf: demokratische Republik, achtstündiger Arbeitstag, Konfiskation des gesamten Bodens der Gutsbesitzer.

Unter diesen revolutionären Losungen führten die Bolschewiki die Wahlkampagne in den Wahlen zur IV. Reichsduma durch.

Unter diesen Losungen vollzog sich der neue Aufschwung der revolutionären Bewegung der Arbeitermassen in den Jahren 1912 bis 1914.

Kurze Zusammenfassung

Die Jahre 1908 bis 1912 waren eine außerordentlich schwierige Periode für die revolutionäre Arbeit. Nach der Niederlage der Revolution, unter den Bedingungen des Niedergangs der revolutionären Bewegung und der Ermüdung der Massen, änderten die Bolschewiki ihre Taktik und gingen vom direkten Kampf gegen den Zarismus zu Kampfmethoden der Umgehung über. In den schweren Verhältnissen der Stolypinschen Reaktion nutzten die Bolschewiki auch die geringsten legalen Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit den Massen aus (von Versicherungskassen und Gewerkschaften bis zur Dumatribüne). Die Bolschewiki sammelten unermüdlich die Kräfte für den neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung.

In der schweren Situation der Niederlage der Revolution, des Zerfalls der oppositionellen Strömungen, der Enttäuschung über die Revolution und der Verstärkung der revisionistischen Vorstöße der von der Partei abgefallenen Intellektuellen (Bogdanow, Basarow u. a.) gegen die theoretischen Grundlagen der Partei, erwiesen sich die Bolschewiki als einzige Kraft in der Partei, die das Banner der Partei nicht einrollten, die dem Programm der Partei die Treue bewahrten und die Angriffe der „Kritiker“ der marxistischen Theorie zurückschlugen (Lenins Buch „Materialismus und Empiriokritizismus“). Die marxi-

stisch-leninistische ideologische Stählung, die Einsicht in die Perspektiven der Revolution halfen dem festen Kern der Bolschewiki, der sich um Lenin zusammenschloß, die Partei und ihre revolutionären Prinzipien zu behaupten. „Nicht umsonst hat man uns die Felsenfesten genannt“, sagte Lenin von den Bolschewiki.

Die Menschewiki wenden sich in dieser Periode immer mehr von der Revolution ab. Sie werden zu Liquidatoren, fordern die Liquidierung, die Vernichtung der illegalen, revolutionären Partei des Proletariats, sagen sich immer offener von dem Parteiprogramm, von den revolutionären Aufgaben und Losungen der Partei los, versuchen ihre eigene, eine reformistische Partei zu organisieren, welche die Arbeiter „Stolypinsche Arbeiterpartei“ taufte. Trotzki unterstützt die Liquidatoren und maskiert sich dabei pharisäisch mit der Losung der „Einheit der Partei“ — was in Wirklichkeit die Einheit mit den Liquidatoren bedeutete.

Auf der anderen Seite fordert ein Teil der Bolschewiki, der die Notwendigkeit einer Wendung zu neuen Wegen, zu Umgehungs-methoden im Kampf gegen den Zarismus nicht verstanden hat, den Verzicht auf die Ausnutzung legaler Möglichkeiten, fordert die Aberufung der Arbeiterdeputierten aus der Reichsduma. Die Otsowisten drängen die Partei zur Loslösung von den Massen, stören die Sammlung der Kräfte für den neuen revolutionären Aufschwung. Sich mit „linken“ Phrasen drapierend, verzichteten die Otsowisten im Grunde ebenso wie die Liquidatoren auf den revolutionären Kampf.

Die Liquidatoren und Otsowisten vereinigen sich gegen Lenin zu einem gemeinsamen Block, dem von Trotzki organisierten Augustblock.

Im Kampfe gegen Liquidatoren und Otsowisten, im Kampfe gegen den Augustblock gewinnen die Bolschewiki die Oberhand und verteidigen erfolgreich die illegale proletarische Partei.

Das wichtigste Ereignis dieser Periode ist die Prager Parteikonferenz der SDAPR (Januar 1912). Auf dieser Konferenz wurden die Menschewiki aus der Partei verjagt, wurde mit der formalen Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki in einer Partei für immer Schluß gemacht. Aus einer politischen Gruppe formieren sich die Bolschewiki zu der selbständigen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki). Die Prager Konferenz legte den Grundstein zu einer Partei von neuem Typus, der Partei des Leninismus, der *bolschewistischen* Partei.

Die von der Prager Konferenz durchgeführte Säuberung der proletarischen Partei von den Opportunisten, von den Menschewiki, hatte große, entscheidende Bedeutung für die weitere Entwicklung der Partei und der Revolution. Hätten die Bolschewiki die Verräter an der Arbeitersache, die menschewistischen Paktierer, nicht aus der Partei vertrieben, so hätte die proletarische Partei im Jahre 1917 die Massen nicht zur Erkämpfung der Diktatur des Proletariats führen können.

KAPITEL V

Die Partei der Bolschewiki in den Jahren des Aufschwungs der Arbeiterbewegung vor dem ersten imperialistischen Krieg (1912–1914)

1

Der Aufschwung der revolutionären Bewegung in den Jahren 1912–1914

Der Triumph der Stolypinschen Reaktion erwies sich als kurzlebig. Eine Regierung, die dem Volke nichts geben wollte außer Knute und Galgen, konnte nicht stabil sein. Die Gewaltmaßnahmen wurden derart alltäglich, daß sie für das Volk ihren Schrecken verloren. Die Müdigkeit, die sich der Arbeiter in den ersten Jahren der Niederlage der Revolution bemächtigt hatte, begann zu schwinden. Die Arbeiter begannen sich erneut zum Kampf zu erheben. Die Voraussicht der Bolschewiki, daß ein neuer revolutionärer Aufschwung unvermeidlich war, erwies sich als richtig. Bereits im Jahre 1911 überstieg die Zahl der Streikenden 100000, während sie in den vorhergehenden Jahren insgesamt 50000 bis 60000 Personen betragen hatte. Schon die Prager Parteikonferenz vom Januar 1912 hatte die beginnende Belebung in der Arbeiterbewegung festgestellt. Der wirkliche Aufschwung der revolutionären Bewegung aber begann im April, Mai des Jahres 1912, als in Verbindung mit der Niederschießung der Arbeiter an der Lena politische Massenstreiks aufflammten.

Am 4. (17.) April wurden auf den Lena-Goldfeldern in Sibirien während eines Streiks, auf Befehl eines zaristischen Gendarmerieoffiziers, mehr als 500 Arbeiter getötet oder verwundet. Die Niederschießung der unbewaffneten Menge der Lena-Bergarbeiter, die sich friedlich zu Verhandlungen mit der Administration aufgemacht hatten, versetzte das ganze Land in Erregung. Diese neue blutige Freveltat der zaristischen Selbstherrschaft wurde zu Nutz und Frommen der Herren der Lena-Goldfelder, englischer Kapitalisten, verübt, um den wirtschaftlichen Streik der Bergarbeiter zu brechen. Die englischen Kapitalisten und ihre russischen Kompagnons zogen aus den Lena-Goldfeldern wahnwitzige Profite — alljährlich über 7 Millionen

Rubel —, und das durch die schamloseste Ausbeutung der Arbeiter. Sie zahlten den Arbeitern äußerst niedrige Arbeitslöhne und belieferten sie mit ungenießbaren, verdorbenen Lebensmitteln. Außerstande, diese Drangsalierungen und Schikanen länger zu ertragen, traten 6000 Arbeiter der Lena-Goldfelder in den Streik.

Auf das Blutbad an der Lena antwortete das Proletariat mit Massenstreiks, Demonstrationen und Meetings in Petersburg und Moskau sowie in allen industriellen Zentren und Gebieten.

„Wir waren so erschüttert und fassungslos, daß wir nicht gleich die passenden Worte fanden. Welchen Protest wir auch erheben mochten, es wäre nur ein matter Widerschein der seelischen Erregung gewesen, die jeder von uns durchlebte. Nichts wird uns helfen: weder Tränen noch Proteste, sondern nur der organisierte Massenkampf“, so schrieben die Arbeiter einer Gruppe von Betrieben in ihrer Resolution.

Die stürmische Empörung der Arbeiter steigerte sich noch mehr, als der zaristische Minister Makarow in Beantwortung einer Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion in der Reichsduma anläßlich des Blutbads an der Lena frech erklärte: „So war es und so wird's bleiben!“ Die Zahl der Teilnehmer politischer Proteststreiks gegen die blutige Niederschlagung der Lena-Arbeiter erreichte 300000.

Die Ereignisse der Lena-Tage brachen wie ein Gewittersturm in die Atmosphäre der „Befriedung“, die von dem Stolypinregime geschaffen worden war.

Genosse Stalin schrieb aus diesem Anlaß in der bolschewistischen Petersburger Zeitung „Swesda“ (Der Stern) im Jahre 1912 folgendes:

„Die Schüsse an der Lena haben das Eis des Schweigens gebrochen, und — der Strom der Volksbewegung ist in Gang gekommen. In Gang gekommen!... Alles, was es Böses und Unheilvolles im gegenwärtigen Regime gab, alles, woran das vielgeprüfte Rußland dahinkrankte — all das hat sich in der einen Tatsache, in den Ereignissen an der Lena zusammengeballt. Das ist der Grund, warum gerade die Schüsse an der Lena zum Signal für Streiks und Demonstrationen wurden.“

Vergeblich hatten die Liquidatoren und Trotzlisten die Revolution für begraben erklärt. Die Lena-Ereignisse zeigten, daß die revolutionären Kräfte lebendig waren, daß sich in der Arbeiterklasse eine gewaltige Menge revolutionärer Energie angesammelt hatte. Die Streiks

anlässlich des 1. Mai 1912 erfaßten etwa 400000 Arbeiter. Diese Streiks trugen ausgesprochen politischen Charakter, sie verliefen unter den bolschewistischen revolutionären Losungen: demokratische Republik, achtstündiger Arbeitstag, Konfiskation des gesamten Bodens der Gutsbesitzer. Diese grundlegenden Losungen waren darauf berechnet, breite Massen nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Bauern und der Soldaten zum revolutionären Ansturm gegen die Selbstherrschaft zu vereinigen.

„Der grandiose Maistreik des Proletariats von ganz Rußland und die damit verbundenen Straßendemonstrationen, die revolutionären Proklamationen und revolutionären Reden vor den Arbeitermassen haben deutlich gezeigt, daß Rußland in eine Phase des revolutionären Aufschwungs eingetreten ist“, schrieb Lenin in dem Artikel „Der revolutionäre Aufschwung“. (*Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 654.*)

Durch die revolutionäre Haltung der Arbeiter beunruhigt, wandten sich die Liquidatoren gegen den Streikkampf, den sie als Ausfluß eines „Streikfiebers“ bezeichneten. Die Liquidatoren und ihr Bundesgenosse Trotzki wollten den revolutionären Kampf des Proletariats durch eine „Petitionskampagne“ ersetzen. Den Arbeitern wurde angeraten, einen papiernen Wisch, eine „Petition“ mit der Bitte um Gewährung von „Rechten“ (um Aufhebung der Beschränkungen der Vereinsfreiheit, des Streikrechts usw.) zu unterzeichnen, um diesen Wisch sodann der Reichsduma zu unterbreiten. Die Liquidatoren konnten nur 1300 Unterschriften aufbringen, während sich um die von den Bolschewiki aufgestellten revolutionären Losungen hunderttausende Arbeiter zusammenschlossen.

Die Arbeiterklasse ging den von den Bolschewiki gewiesenen Weg.

Die wirtschaftliche Situation des Landes bot in dieser Periode das folgende Bild:

Die Depression in der Industrie war schon im Jahre 1910 einer Belebung, einer Erweiterung der Produktion in den entscheidenden Industriezweigen gewichen. Hatte die Erzeugung von Roheisen im Jahre 1910 186 Millionen Pud betragen, so waren es 1912 256 und 1913 283 Millionen Pud. Die Steinkohlenförderung im Jahre 1910 betrug 1522 Millionen Pud, 1913 aber bereits 2214 Millionen Pud.

Mit dem Wachstum der kapitalistischen Industrie ging ein rasches

Wachstum des Proletariats einher. Eine Besonderheit der industriellen Entwicklung war die weitere Konzentration der Produktion in großen und größten Betrieben. Hatten 1901 in Großbetrieben mit 500 Arbeitern und darüber 46,7 Prozent aller Arbeiter gearbeitet, so arbeiteten 1910 in den Betrieben dieses Typus schon etwa 54 Prozent, das heißt mehr als die Hälfte aller Arbeiter. Dies war eine beispiellose Konzentration der Industrie. Selbst in einem so entwickelten Industrieland wie Nordamerika arbeitete damals nur etwa ein Drittel aller Arbeiter in Großbetrieben.

Das Wachstum des Proletariats und seine Konzentration in Großbetrieben bei Bestehen einer solchen revolutionären Partei wie der Partei der Bolschewiki machten die Arbeiterklasse Rußlands zur gewaltigsten Kraft im politischen Leben des Landes. Die barbarischen Formen der Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben in Verbindung mit dem unerträglichen Polizeiregime der Zarenschergen verliehen jedem bedeutsamen Streik politischen Charakter. Die Verflechtung des wirtschaftlichen und des politischen Kampfes aber verlieh den Massenstreiks besondere revolutionäre Kraft.

In der Vorhut der revolutionären Arbeiterbewegung marschierte das heroische Proletariat Petersburgs, auf Petersburg folgten das Ostseegebiet, Moskau und das Moskauer Gouvernement, hierauf das Wolgagebiet und Südrußland. Im Jahre 1913 erfaßte die Bewegung das Westgebiet, Polen, den Kaukasus. Insgesamt streikten im Jahre 1912 nach offiziellen Zählungen 725 000, nach anderen, vollständigeren Angaben mehr als 1 Million Arbeiter, im Jahre 1913 nach offiziellen Zählungen 861 000, nach vollständigeren Angaben aber 1 272 000 Arbeiter. Im ersten Halbjahr 1914 nahmen bereits etwa 1½ Millionen Arbeiter an Streiks teil.

Somit wurde das Land durch den revolutionären Aufschwung der Jahre 1912 bis 1914 und durch das breite Ausmaß der Streikbewegung einer Situation wie zu Beginn der Revolution von 1905 nahegebracht.

Die revolutionären Massenstreiks des Proletariats waren von Bedeutung für das *ganze Volk*. Sie waren gegen die Selbstherrschaft gerichtet. Die Streiks fanden die Sympathie der übergroßen Mehrheit der werktätigen Bevölkerung. Die Fabrikanten und Schlotbarone nahmen an den Arbeitern für die Streiks durch Aussperrungen Rache. Im Jahre 1913 warfen die Kapitalisten im Gouvernement Moskau 50 000 Textilarbeiter auf die Straße. Im März 1914 wurden in Peters-

burg an einem Tage 70000 Arbeiter entlassen. Die Arbeiter anderer Betriebe und Industriezweige unterstützten die streikenden und ausgesperrten Kameraden durch breite Massen erfassende Geldsammlungen, manchmal durch Solidaritätsstreiks.

Der Aufschwung der Arbeiterbewegung und die Massenstreiks weckten auch die Bauernmassen und zogen sie mit in den Kampf. Die Bauern erhoben sich erneut zum Kampf gegen die Gutsbesitzer, zerstörten Landsitze der Gutsbesitzer und kulakische Einzelgehöfte. In den Jahren 1910 bis 1914 fanden mehr als 13000 Bauernaktionen statt.

Auch in Armee und Flotte setzten revolutionäre Aktionen ein. Im Jahre 1912 kam es zu einer bewaffneten Aktion unter den Truppen in Turkestan. In der Baltischen Flotte und in Sewastopol reiften Aufstände heran.

Die revolutionäre Streikbewegung und die Demonstrationen, die unter der Führung der bolschewistischen Partei vor sich gingen, zeigten, daß die Arbeiterklasse nicht für Teilforderungen, nicht für „Reformen“ kämpfte, sondern für die Befreiung des Volkes vom Zarismus. Das Land ging einer neuen Revolution entgegen.

Um Rußland näher zu sein, siedelte Lenin im Sommer 1912 von Paris nach Galizien (im ehemaligen Österreich) über. Hier fanden unter seinem Vorsitz zwei Beratungen von Mitgliedern des Zentralkomitees und verantwortlicher Funktionäre statt: eine Ende 1912 in Krakau und die andere im Herbst 1913 in der Ortschaft Poronino bei Krakau. In diesen Beratungen wurden über die wichtigsten Fragen der Arbeiterbewegung Beschlüsse gefaßt: über den revolutionären Aufschwung, über die Streiks und die Aufgaben der Partei, über die Stärkung der illegalen Organisationen, über die sozialdemokratische Dumafraktion, über die Parteipresse, über die Arbeiterversicherungskampagne.

2

Die bolschewistische Zeitung „Prawda“ Die bolschewistische Fraktion in der IV. Reichsduma

Eine mächtige Waffe in der Hand der bolschewistischen Partei zur Stärkung ihrer Organisation und zur Erringung des Einflusses auf die Massen wurde die bolschewistische Tageszeitung „Prawda“ (Die

Wahrheit), die in Petersburg herausgegeben wurde. Begründet wurde sie gemäß der Weisung Lenins, auf Initiative Stalins, Olminskis und Poletajews. Die proletarische Massenzeitung „Prawda“ trat zugleich mit dem neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung ins Leben. Am 22. April (5. Mai neuen Stils) 1912 erschien ihre erste Nummer. Dies war ein richtiger Festtag für die Arbeiter. Dem Erscheinen der „Prawda“ zu Ehren wurde beschlossen, den 5. Mai zum Festtag der Arbeiterpresse zu erklären.

Schon vor der „Prawda“ war die bolschewistische Wochenzeitung „Swesda“ erschienen, die für fortgeschrittene Arbeiter bestimmt war. Die „Swesda“ spielte eine große Rolle in den Tagen der Lena-Ereignisse. In ihr wurde eine Reihe politischer Kampfartikel Lenins und Stalins veröffentlicht, die die Arbeiterklasse zum Kampf mobilisierten. Aber angesichts des revolutionären Aufschwungs war eine Wochenzeitung für die bolschewistische Partei schon nicht mehr ausreichend. Man brauchte eine tägliche politische Massenzeitung, die für breiteste Arbeiterschichten bestimmt war. Und eine solche Zeitung war die „Prawda“.

In dieser Periode war die Rolle der „Prawda“ außerordentlich groß. Die „Prawda“ eroberte breite Massen der Arbeiterklasse für den Bolschewismus. Angesichts der unaufhörlichen polizeilichen Verfolgungen, Geldstrafen, Konfiskation wegen Veröffentlichung von Artikeln und Korrespondenzen, die der Zensur nicht gefielen, konnte die „Prawda“ nur bei aktiver Unterstützung durch Zehntausende fortgeschrittener Arbeiter existieren. Die „Prawda“ konnte die ungeheuren Geldstrafen nur bezahlen dank den großzügigen Geldsammlungen unter den Arbeitern. Nicht selten gelangte ein bedeutender Teil der Auflage konfiszierter Nummern der „Prawda“ doch in die Hände der Leser, weil die fortgeschrittenen Arbeiter schon in der Nacht in die Druckerei kamen und die Zeitungspakete davontrugen.

Die zaristische Regierung verbot die „Prawda“ in zweieinhalb Jahren achtmal, aber mit Unterstützung der Arbeiter begann sie jedesmal wieder unter neuen, ähnlichen Titeln zu erscheinen, wie zum Beispiel „Sa Prawdu“ (Für die Prawda), „Putj Prawdy“ (Der Weg der Prawda), „Trudowaja Prawda“ (Arbeits-Prawda).

Während die „Prawda“ eine durchschnittliche Tagesauflage von 40000 Exemplaren hatte, ging die Auflage der menschenwichtigen Tageszeitung „Lutsch“ (Der Strahl) nicht über 15000–16000 hinaus.

Die Arbeiter betrachteten die „Prawda“ als ihre Arbeiterzeitung, brachten ihr großes Vertrauen entgegen und hörten aufmerksam auf ihre Stimme. Jedes Exemplar der „Prawda“ ging von Hand zu Hand und tat bei Dutzenden von Lesern seinen Dienst, gestaltete ihr Klassenbewußtsein, erzog und organisierte sie, rief sie zum Kampf.

Worüber schrieb die „Prawda“?

In jeder Nummer der „Prawda“ wurden Dutzende von Arbeiterkorrespondenzen veröffentlicht, in denen geschildert wurde, wie die Arbeiter lebten, wie sie von den Kapitalisten, ihren Betriebsleitern und Meistern bestialisch ausgebeutet, auf die verschiedenste Weise drangsaliert und schikaniert wurden. Das waren scharfe, treffsichere Geißelungen der kapitalistischen Zustände. Nicht selten wurde in den Notizen der „Prawda“ von Selbstmorden hungernder Arbeitsloser berichtet, die die Hoffnung verloren hatten, jemals wieder Arbeit zu finden.

Die „Prawda“ schrieb über die Nöte und Forderungen der Arbeiter der verschiedenen Fabriken und Industriezweige, berichtete davon, wie die Arbeiter für ihre Forderungen kämpften. In fast jeder Nummer wurde über Streiks in verschiedenen Betrieben geschrieben. Wenn große, langwierige Streiks stattfanden, so organisierte die Zeitung die Arbeiter anderer Betriebe und Industriezweige zur Unterstützung der Streikenden durch Geldsammlungen. Manchmal wurden Zehntausende von Rubeln für die Streikfonds gesammelt — für jene Zeiten gewaltige Summen, wenn man in Betracht zieht, daß die Mehrzahl der Arbeiter nicht mehr als 70 bis 80 Kopeken pro Tag erhielt. Dies erzog die Arbeiter im Geiste proletarischer Solidarität und des Bewußtseins der Einheit der Interessen aller Arbeiter.

Auf jedes politische Ereignis, jeden Sieg, jede Niederlage reagierten die Arbeiter damit, daß sie der „Prawda“ Briefe, Begrüßungen, Proteste usw. einsandten. Die „Prawda“ beleuchtete in ihren Artikeln die Aufgaben der Arbeiterbewegung von konsequent bolschewistischem Standpunkt aus. Eine legale Zeitung konnte nicht direkt zum Sturz des Zarismus aufrufen. Man war genötigt, in Anspielungen zu schreiben, die die klassenbewußten Arbeiter gut verstanden und den Massen erläuterten. Als in der „Prawda“ zum Beispiel über die „vollen und unverkürzten Forderungen von 1905“ geschrieben wurde, verstanden die Arbeiter, daß von den revolutionären Losungen der Bolschewiki die Rede war, von den Losungen: für den Sturz des Zarismus, für die

demokratische Republik, für die Konfiskation des Bodens der Gutsbesitzer, für den achtstündigen Arbeitstag.

Die „Prawda“ organisierte die fortgeschrittenen Arbeiter am Vorabend der Wahlen zur IV. Duma. Sie entlarvte die Verräterposition der Anhänger der Verständigung mit der liberalen Bourgeoisie, der Anhänger der „Stolypinschen Arbeiterpartei“, der Menschewiki. Die „Prawda“ rief die Arbeiter auf, für die Anhänger der „unverkürzten Forderungen von 1905“, das heißt für die Bolschewiki, zu stimmen. Die Wahlen waren mehrstufig. Zunächst wurden in Arbeiterversammlungen Bevollmächtigte gewählt, hierauf wählten die Bevollmächtigten Wahlmänner, und erst die Wahlmänner schritten zur Wahl des Arbeiterdeputierten der Duma. Am Wahltag veröffentlichte die „Prawda“ eine Liste bolschewistischer Wahlmänner, für die sie den Arbeitern zu stimmen empfahl. Diese Liste durfte man nicht vorzeitig veröffentlichen, denn sonst wären die vorgesehenen Kandidaten der Gefahr der Verhaftung ausgesetzt worden.

Die „Prawda“ half, die Aktionen des Proletariats zu organisieren. Während der großen Aussperrung im Frühjahr 1914 in Petersburg, als es unzweckmäßig war, den Massenstreik zu erklären, rief die „Prawda“ die Arbeiter zu anderen Kampfformen auf, zu Massenmeetings in den Betrieben, zu Demonstrationen auf der Straße. Offen darüber schreiben durfte die Zeitung nicht. Aber dieser Aufruf war den klassenbewußten Arbeitern verständlich, die den Artikel Lenins unter der bescheidenen Überschrift „Von den Formen der Arbeiterbewegung“ gelesen hatten. In diesem Artikel hieß es, daß man im gegenwärtigen Augenblick den Streik durch eine höhere Form der Arbeiterbewegung ersetzen müsse, was eine Aufforderung zur Organisation von Meetings und Demonstrationen bedeutete.

So wurde die Verbindung der illegalen revolutionären Tätigkeit der Bolschewiki mit der legalen Agitation und Organisation der Arbeitermassen durch die „Prawda“ verwirklicht.

Die „Prawda“ schrieb nicht bloß über das Arbeiterleben, über Streiks und Demonstrationen der Arbeiter. Die „Prawda“ beleuchtete systematisch das Bauernleben, das Hungerdasein der Bauernschaft, die Ausbeutung der Bauern durch die Gutsbesitzer, die Fronherren, sie zeigte, wie infolge der Stolypinschen „Reform“ der beste bäuerliche Boden von den auf den Einzelgehöften sitzenden Kulaken geraubt wurde. Die „Prawda“ zeigte den klassenbewußten Arbeitern, wieviel

Zündstoff sich im Dorfe angehäuft hatte. Die „Prawda“ lehrte das Proletariat, daß die Aufgaben der Revolution von 1905 nicht gelöst waren, daß eine neue Revolution bevorstand. Die „Prawda“ lehrte, daß das Proletariat in dieser zweiten Revolution als wirklicher Führer und Leiter des Volkes auftreten müsse, daß es in dieser Revolution einen so starken Bundesgenossen wie die revolutionäre Bauernschaft haben werde.

Die Menschewiki setzten alles daran, damit das Proletariat den Gedanken an die Revolution fallen lasse. Die Menschewiki suchten den Arbeitern einzutrichtern: Hört auf, an das Volk, an das Hungerdasein der Bauern, an die Herrschaft der erzreaktionären Gutsbesitzer, der Fronherren, zu denken, kämpft lediglich für „Koalitionsfreiheit“, reicht „Petitionen“ darüber an die zaristische Regierung ein. Die Bolschewiki erklärten den Arbeitern, daß diese menschewistische Predigt des Verzichts auf die Revolution, des Verzichts auf das Bündnis mit der Bauernschaft im Interesse der Bourgeoisie erfolge, daß die Arbeiter den Zarismus unfehlbar besiegen werden, wenn sie die Bauernschaft als Verbündeten auf ihre Seite ziehen, daß man die schlechten Hirten von der Art der Menschewiki als Feinde der Revolution beiseite stoßen müsse.

Worüber schrieb die „Prawda“ in der Rubrik „Bäuerliches Leben“?

Nehmen wir einige Korrespondenzen aus dem Jahre 1913 als Beispiel.

Eine Korrespondenz unter der Überschrift „Agrarangelegenheiten“ meldete aus Samara, daß von 45 Bauern des Dorfes Nowochasbulat, Kreis Bugulma, die wegen Widerstands gegen den Landmesser bei Zuteilung von Gemeinschaftsland an die Sonderland-Bauern angeklagt waren, ein bedeutender Teil zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wurde.

Eine kleine Korrespondenz aus dem Gouvernement Pskow meldete: „Die Bauern des Dorfes Psitza (in der Nähe der Station Sawalje) haben den Landjägern bewaffneten Widerstand geleistet. Es sind Verwundete zu verzeichnen. Ursache des Zusammenstoßes sind Mißverständnisse in der Agrarfrage. In Psitza sind Polizeikräfte zusammengezogen; der Vizegouverneur und der Staatsanwalt sind ebenfalls dorthin abgereist.“

Eine Korrespondenz aus dem Gouvernement Ufa meldete den Ausverkauf bäuerlicher Fluranteile, meldete, daß der Hunger und das Gesetz über den Austritt aus der Dorfgemeinschaft den Prozeß der Ver-

treibung der Bauern von der Scholle verstärkt haben. Da ist die Dorfsiedlung Borissovka. Hier gibt es 27 Häuser, die 543 Deßjatinen¹ Ackerland besitzen. Während der Hungerzeit sind von 5 Landwirten 31 Deßjatinen zu 25 bis 33 Rubel pro Deßjatine für immer verkauft worden, während der Boden den drei- bis vierfachen Preis hat. 7 andere Wirtschaften haben 177 Deßjatinen hypothekarisch belastet, wofür sie pro Deßjatine 18 bis 20 Rubel auf 6 Jahre bei einem jährlichen Zinsfuß von 12 Prozent erhielten. Wenn man die Verelendung der Bevölkerung und die wahnsinnigen Zinsen in Betracht zieht, so kann man mit Sicherheit sagen: von den 177 Deßjatinen muß die Hälfte in die Hände des Wucherers übergehen, denn eine so gewaltige Summe wird schwerlich auch nur die Hälfte der Schuldner im Laufe von 6 Jahren bezahlen können.

In seinem Artikel „Der Großgrundbesitz und der kleine bäuerliche Landbesitz in Rußland“, der in der „Prawda“ veröffentlicht wurde, zeigte Lenin den Arbeitern und den Bauern anschaulich, welche gewaltigen Bodenreichtümer sich in der Hand der parasitären Gutsbesitzer befinden. Allein 30 000 Großgrundbesitzer besaßen etwa 70 Millionen Deßjatinen Land. Ebensoviel Land kam auf 10 Millionen Bauernhöfe. Auf jeden Großgrundbesitzer entfielen durchschnittlich 2300 Deßjatinen, auf jeden Bauernhof, die Kulakenhöfe eingeschlossen, durchschnittlich 7 Deßjatinen, wobei 5 Millionen wirtschaftlich schwacher Bauernfamilien, das heißt die Hälfte der ganzen Bauernschaft, nicht mehr als ein, zwei Deßjatinen Boden pro Hof besaßen. Diese Tatsachen zeigten anschaulich, daß das bäuerliche Elend und das Hungerdasein ihre Wurzeln im gutsherrlichen Großgrundbesitz hatten, in den Überbleibseln der Leibeigenschaft, von denen sich die Bauernschaft nur durch die Revolution unter Führung der Arbeiterklasse befreien kann.

Durch die mit dem Dorf in Verbindung stehenden Arbeiter drang die „Prawda“ auf das Land und weckte die fortgeschrittenen Bauern zu revolutionärem Kampf.

In der Periode, in der die „Prawda“ geschaffen wurde, befanden sich die illegalen sozialdemokratischen Organisationen vollständig in den Händen der Bolschewiki. Die legalen Formen der Organisation aber — Dumafraktion, Presse, Versicherungskassen, Gewerkschaften —

¹ 1 Deßjatine = 1,093 Hektar. *Die Red.*

waren den Menschewiki noch nicht völlig abgerungen. Zur Vertreibung der Liquidatoren aus den legalen Organisationen der Arbeiterklasse war ein entschiedener Kampf der Bolschewiki notwendig. Dank der „Prawda“ ward dieser Kampf von Erfolg gekrönt.

Die „Prawda“ stand im Mittelpunkt des Kampfes für das Parteiprinzip, für die Wiederherstellung einer revolutionären *Massenpartei* der Arbeiter. Die „Prawda“ arbeitete an dem Zusammenschluß der legalen Organisationen um die illegalen Stützpunkte der bolschewistischen Partei und lenkte die Arbeiterbewegung auf ein bestimmtes Ziel hin — auf die Vorbereitung der Revolution.

Die „Prawda“ verfügte über eine riesige Anzahl von Arbeiterkorrespondenten. In einem einzigen Jahre veröffentlichte sie mehr als 11 000 Arbeiterkorrespondenzen. Aber die „Prawda“ hatte mit den Arbeitermassen nicht nur durch Briefe und Korrespondenzen Verbindung. Jeden Tag sprachen zahlreiche Arbeiter aus den Betrieben in der Redaktion vor. In der Redaktion der „Prawda“ war ein bedeutender Teil der organisatorischen Arbeit der Partei konzentriert. Hier wurden Zusammenkünfte mit Vertretern örtlicher Parteizellen veranstaltet, hier liefen Mitteilungen über die Parteiarbeit in den Fabriken und Werken ein, von hier aus wurden Parteidirektiven des Petersburger Komitees und des Zentralkomitees der Partei weitergegeben.

Nach zweieinhalbjährigem beharrlichem Kampf gegen die Liquidatoren für die Wiederherstellung einer revolutionären Massenpartei der Arbeiter erreichten es die Bolschewiki, daß der bolschewistischen Partei, der Taktik der „Prawda“ im Sommer 1914 vier Fünftel der aktiven Arbeiter Rußlands folgten. Dafür sprach zum Beispiel die Tatsache, daß von insgesamt 7000 Arbeitergruppen, die im Jahre 1914 Geldsammlungen für Arbeiterzeitungen veranstalteten, 5600 Gruppen für die bolschewistische Presse und nur 1400 Gruppen für die menschewistische Presse Geld sammelten. Die Menschewiki hatten dafür viele „reiche Freunde“ aus der liberalen Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz, die mehr als die Hälfte der zur Erhaltung der menschewistischen Zeitung notwendigen Mittel hergaben.

Man nannte die Bolschewiki damals die „Prawdisten“ (Prawdaleute). Mit der „Prawda“ wuchs eine ganze Generation des revolutionären Proletariats heran, die später die Sozialistische Oktoberrevolution durchführte. Zehntausende und Hunderttausende von Arbeitern

standen hinter der „Prawda“. In den Jahren des revolutionären Aufschwungs (1912–1914) wurde für die bolschewistische Massenpartei das feste Fundament gelegt, das keinerlei Verfolgung durch den Zarsismus in der Periode des imperialistischen Krieges zerstören konnte.

„Die ‚Prawda‘ von 1912 — das war die Grundsteinlegung für den Sieg des Bolschewismus im Jahre 1917.“ (*Stalin.*)

Ein anderes legales gesamtrussisches Organ der Partei war die bolschewistische Fraktion in der IV. Reichsduma.

Im Jahre 1912 schrieb die Regierung die Wahlen zur IV. Duma aus. Der Teilnahme an den Wahlen maß unsere Partei große Bedeutung bei. Die sozialdemokratische Dumafraktion und die Zeitung „Prawda“ waren die wichtigsten legalen Stützpunkte in gesamtrussischem Maßstab, von denen aus die bolschewistische Partei ihre revolutionäre Arbeit in den Massen durchführte.

Die bolschewistische Partei trat in den Dumawahlen selbständig, mit ihren eigenen Losungen auf und versetzte gleichzeitig sowohl den Regierungsparteien als auch der liberalen Bourgeoisie (den Kadetten) empfindliche Schläge. Die Wahlkampagne wurde von den Bolschewiki unter den Losungen der demokratischen Republik, des achtstündigen Arbeitstages, der Konfiskation des Gutsbesitzerlandes geführt.

Die Wahlen zur IV. Duma erfolgten im Herbst 1912. Anfang Oktober versuchte die mit dem Verlauf der Wahlen in Petersburg unzufriedene Regierung, das Wahlrecht der Arbeiter in einer Reihe von Großbetrieben zu verletzen. Als Antwort darauf rief das Petersburger Komitee unserer Partei auf Vorschlag des Genossen Stalin die Arbeiter der größten Betriebe zu einem eintägigen Streik auf. Die Regierung, in eine schwierige Lage gebracht, mußte zurückweichen, und die Arbeiter erhielten die Möglichkeit, in Versammlungen diejenigen Kandidaten zu wählen, die ihr Vertrauen hatten. Die Arbeiter stimmten mit riesiger Mehrheit für den von Genossen Stalin verfaßten „Wählerauftrag“ an die Bevollmächtigten und an den Deputierten. Der „Wählerauftrag der Petersburger Arbeiter an ihren Arbeiterdeputierten“ rief die ungelösten Aufgaben des Jahres 1905 in Erinnerung.

„... Wir sind der Meinung“, hieß es in dem „Wählerauftrag“, „daß Rußland am Vorabend kommender Massenbewegungen steht, die vielleicht tiefer sein werden als im Jahre 1905... Vor-

kämpfer dieser Bewegungen wird wie im Jahre 1905 die fortgeschrittenste Klasse der russischen Gesellschaft sein, das russische Proletariat. Sein Bundesgenosse aber kann nur die vielgeprüfte Bauernschaft sein, die an der Befreiung Rußlands von feudalen Fesseln ein Lebensinteresse hat.“

Der „Wählerauftrag“ erklärte, daß die künftigen Aktionen des Volkes die Form eines Zweifrontenkampfes annehmen müssen — sowohl gegen die zaristische Regierung als auch gegen die liberale Bourgeoisie, die eine Verständigung mit dem Zarismus suchte.

Lenin maß diesem „Wählerauftrag“, der die Arbeiter zum revolutionären Kampf aufrief, große Bedeutung bei. Und die Arbeiter antworteten in ihren Resolutionen auf diesen Aufruf.

Die Bolschewiki siegten bei den Wahlen; von den Arbeitern Petersburgs wurde Genosse Badajew in die Duma gewählt.

Die Arbeiter wählten zur Duma gesondert von den übrigen Bevölkerungsschichten (sogenannte Arbeiterkurie). Von den 9 Deputierten der Arbeiterkurie waren 6 Mitglieder der bolschewistischen Partei: Badajew, Petrowski, Muranow, Samoilow, Schagow und Malinowski (der sich in der Folge als Provokateur entpuppte). Die bolschewistischen Deputierten waren in den größten Industriezentren gewählt worden, in denen nicht weniger als vier Fünftel der Arbeiterklasse lebten. Einige Liquidatoren waren jedoch nicht von Arbeitern, das heißt nicht in der Arbeiterkurie, gewählt worden. Daher gab es in der Duma 7 Liquidatoren gegenüber 6 Bolschewiki. Anfänglich bildeten die Bolschewiki und die Liquidatoren in der Duma eine gemeinsame sozialdemokratische Fraktion. Nach beharrlichem Kampf gegen die Liquidatoren, die der revolutionären Arbeit der Bolschewiki Hindernisse in den Weg legten, traten die bolschewistischen Deputierten im Oktober 1913 auf Weisung des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei aus der vereinigten sozialdemokratischen Fraktion aus und bildeten eine selbständige bolschewistische Fraktion.

Die bolschewistischen Deputierten hielten in der Duma revolutionäre Reden, in denen sie das System der Selbstherrschaft entlarvten, und richteten Anfragen an die Regierung über Gewalttaten gegen Arbeiter, über die unmenschliche Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten.

Auch die Agrarfrage brachten sie in der Duma zur Sprache: sie riefen

in ihren Reden die Bauern zum Kampf auf gegen die Gutsbesitzer, die Fronherren, und entlarvten die Kadettenpartei, die gegen die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien und ihre Übergabe an die Bauern war.

Die Bolschewiki brachten in der Reichsduma einen Gesetzentwurf über den achtstündigen Arbeitstag ein, der von der Schwarzhunderter-Duma natürlich nicht angenommen wurde, aber agitatorisch eine große Rolle spielte.

Die bolschewistische Dumafraktion war eng verbunden mit dem Zentralkomitee der Partei, mit Lenin und erhielt von ihm Weisungen. Unmittelbar wurde sie vom Genossen Stalin während seines Aufenthalts in Petersburg geleitet.

Die bolschewistischen Deputierten beschränkten sich nicht auf die Arbeit in der Duma, sie entfalteten auch außerhalb der Duma eine große Tätigkeit. Sie bereisten Fabriken und Werke, veranstalteten Vortragsreisen durch die Arbeiterzentren des Landes und hielten geheime Versammlungen ab, in denen sie die Parteibeschlüsse erläuterten und neue Parteiorganisationen schufen. Die Deputierten kombinierten die legale Tätigkeit geschickt mit der illegalen, unterirdischen Arbeit.

3

Der Sieg der Bolschewiki in den legalen Organisationen · Das weitere Anwachsen der revolutionären Bewegung · Der Vorabend des imperialistischen Krieges

Die Partei der Bolschewiki bot in dieser Periode vorbildliche Beispiele der Leitung des proletarischen Klassenkampfes in allen seinen Formen und Äußerungen. Sie baute illegale Organisationen auf. Sie gab illegale Flugblätter heraus. Sie leistete geheime revolutionäre Arbeit unter den Massen. Zugleich brachte sie die verschiedenen legalen Organisationen der Arbeiterklasse immer mehr unter ihren Einfluß. Die Partei strebte danach, die Gewerkschaften, die Volkshäuser, die Abenduniversitäten, die Klubs, die Versicherungskassen zu erobern. Diese legalen Organisationen dienten seit langem den Liquidatoren als Schlupfwinkel. Die Bolschewiki führten einen energischen Kampf für die Verwandlung der legalen Organisationen in Stützpunkte unserer Partei. Dank geschickter Verbindung der illegalen mit der

legalen Arbeit gewannen die Bolschewiki in beiden Hauptstädten die Mehrheit der Gewerkschaftsverbände für sich. Einen besonders glänzenden Sieg errangen die Bolschewiki im Jahre 1913 bei den Vorstandswahlen im Petersburger Metallarbeiterverband: in einer von 3000 Metallarbeitern besuchten Versammlung stimmten kaum 150 Personen für die Liquidatoren.

Dasselbe ist von einer solchen legalen Organisation zu sagen, wie es die sozialdemokratische Fraktion in der IV. Reichsduma war. Obwohl die Menschewiki in der Duma 7 Deputierte, die Bolschewiki aber 6 Deputierte hatten, vertrat die menschewistische Siebenergruppe, die hauptsächlich in nichtproletarischen Gebieten gewählt worden war, kaum den fünften Teil der Arbeiterklasse, während die bolschewistische Sechsergruppe, die in den entscheidenden Industriezentren des Landes (Petersburg, Moskau, Iwanowo-Wosnessensk, Kostroma, Jekaterinoslaw, Charkow) gewählt worden war, mehr als vier Fünftel der Arbeiterklasse des Landes vertrat. Die Arbeiter betrachteten als ihre Deputierten die Sechsergruppe (Badajew, Petrowski u. a.) und nicht die Siebenergruppe.

Es gelang den Bolschewiki, die legalen Organisationen zu erobern, weil sie es trotz der brutalen Verfolgungen durch den Zarismus und der Hetze der Liquidatoren und Trotzlisten verstanden, die illegale Partei und die eiserne Disziplin in ihren Reihen aufrechtzuerhalten, weil sie die Interessen der Arbeiterklasse standhaft verteidigten, weil sie mit den Massen eng verbunden waren und einen unversöhnlichen Kampf gegen die Feinde der Arbeiterbewegung führten.

So schritten die Bolschewiki in den legalen Organisationen auf der ganzen Linie von Sieg zu Sieg, während die Menschewiki eine Niederlage nach der anderen erlitten. Sowohl auf dem Gebiet der Agitation von der Dumatribüne aus als auch auf dem Gebiet der Arbeiterpresse und anderer legaler Organisationen wurden die Menschewiki zurückgedrängt. Die von der revolutionären Bewegung erfaßte Arbeiterklasse scharte sich entschieden um die Bolschewiki und stieß die Menschewiki beiseite.

Zu alledem erwiesen sich die Menschewiki als Bankrotteure auch auf dem Gebiet der nationalen Frage. Die revolutionäre Bewegung in den Randgebieten Rußlands verlangte ein klares Programm in der nationalen Frage. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Menschewiki keinerlei Programm besaßen, wenn man absieht von der „kulturellen

Autonomie“ des „Bund“, die niemand befriedigen konnte. Nur die Bolschewiki besaßen ein marxistisches Programm in der nationalen Frage, das in dem Artikel des Genossen Stalin „Marxismus und nationale Frage“ und in Lenins Artikeln „Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung“ und „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“ dargelegt worden war.

Kein Wunder, daß nach solchen Niederlagen des Menschewismus der Augustblock in allen Fugen zu krachen begann. Aus buntscheckigen Elementen zusammengesetzt, hielt er dem Druck der Bolschewiki nicht stand und begann in seine Bestandteile zu zerfallen. Geschaffen zum Kampf gegen die Bolschewiki, fiel der Augustblock bald unter den Schlägen der Bolschewiki auseinander. Zuerst verließen die „Wperjod“-Leute (Bogdanow, Lunatscharski u. a.) den Block, danach verließen ihn die Letten, hierauf verliefen sich auch die übrigen.

Nachdem die Liquidatoren im Kampf mit den Bolschewiki eine Niederlage erlitten hatten, wandten sie sich an die II. Internationale um Hilfe. Die II. Internationale kam ihnen zu Hilfe. Unter dem Vorwand einer „Versöhnung“ der Bolschewiki mit den Liquidatoren, unter dem Vorwand der Herbeiführung eines „Friedens in der Partei“ verlangte die II. Internationale von den Bolschewiki die Einstellung der Kritik an der Paktiererpolitik der Liquidatoren. Aber die Bolschewiki waren unversöhnlich: sie lehnten es ab, sich den Beschlüssen der opportunistischen II. Internationale zu unterwerfen und ließen sich auf keinerlei Zugeständnisse ein.

Der Sieg der Bolschewiki in den legalen Organisationen war kein Zufall und konnte es nicht sein. Er war nicht allein deshalb kein Zufall, weil nur die Bolschewiki eine richtige marxistische Theorie, ein klares Programm und eine in Kämpfen gestählte revolutionäre proletarische Partei besaßen. Er war kein Zufall auch darum, weil der Sieg der Bolschewiki das Wachstum des revolutionären Aufschwungs zum Ausdruck brachte.

Die revolutionäre Bewegung der Arbeiter entfaltete sich immer mehr, erfaßte neue Städte und Gebiete. Mit Anbruch des Jahres 1914 flauten die Arbeiterstreiks nicht nur nicht ab, sondern begannen sich im Gegenteil mit neuer Kraft zu entfalten. Die Streiks wurden immer hartnäckiger und erfaßten eine immer größere Anzahl von Arbeitern. Am 9. (22.) Januar streikten 250 000 Arbeiter, davon 140 000 in Petersburg. Am 1. Mai streikten über eine halbe Million, davon in Peters-

burg mehr als 250 000. In den Streiks legten die Arbeiter ungewöhnliche Standhaftigkeit an den Tag. Im Obuchow-Werk in Petersburg währte der Streik mehr als zwei Monate, im Leßner-Werk etwa drei Monate. Massenvergiftungen in einer Reihe von Petersburger Betrieben riefen einen Streik von 115 000 Arbeitern und anschließend Demonstrationen hervor. Die Bewegung wuchs weiter an. Insgesamt streikten im ersten Halbjahr 1914 (bis Anfang Juli einschließlich) 1 425 000 Arbeiter.

Im Mai begann der Generalstreik der Erdölarbeiter in Baku, der die Aufmerksamkeit des gesamten russischen Proletariats fesselte. Der Streik verlief organisiert. Am 20. Juni (3. Juli) fand in Baku eine Demonstration von 20 000 Arbeitern statt. Die Polizei traf bestialische Maßnahmen gegen die Bakuer Arbeiter. Zum Zeichen des Protestes und der Solidarität mit den Bakuer Arbeitern begann der Streik in Moskau, der auf andere Gebiete übersprang.

Am 3. (16.) Juli fand in den Putilow-Werken in Petersburg aus Anlaß des Bakuer Streiks ein Meeting statt. Die Polizei schoß auf die Arbeiter. Gewaltige Erregung bemächtigte sich des Petersburger Proletariats. Am 4. (17.) Juli traten in Petersburg auf den Aufruf des Petersburger Parteikomitees 90 000 Arbeiter in den Proteststreik, am 7. (20.) Juli streikten 130 000, am 8. (21.) Juli 150 000, am 11. (24.) Juli 200 000.

Alle Betriebe waren aufgewühlt, überall fanden Meetings und Demonstrationen statt. Die Sache ging so weit, daß Versuche zur Errichtung von Barrikaden unternommen wurden. Barrikaden wurden auch in Baku und in Lodz errichtet. In einer Reihe von Orten schoß die Polizei auf die Arbeiter. Zur Unterdrückung der Bewegung traf die Regierung „außerordentliche Maßnahmen“, die Hauptstadt wurde in ein Heerlager verwandelt, die „Prawda“ verboten.

Aber zu dieser Zeit erschien auf dem Schauplatz ein neuer Faktor von internationalem Charakter, der imperialistische Krieg, der den Gang der Ereignisse ändern sollte. Gerade zur Zeit der revolutionären Juli-Ereignisse traf der französische Präsident Poincaré in Petersburg ein, um mit dem Zaren über den Beginn des bevorstehenden Krieges zu verhandeln. Einige Tage darauf erklärte Deutschland Rußland den Krieg. Die zaristische Regierung benutzte den Krieg, um die bolschewistischen Organisationen zu zertrümmern und die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Der Aufschwung der Revolution wurde unterbrochen

vom Weltkrieg, in welchem die zaristische Regierung vor der Revolution Rettung suchte.

Kurze Zusammenfassung

In den Jahren des neuen revolutionären Aufschwungs (1912 bis 1914) stand die Partei der Bolschewiki an der Spitze der Arbeiterbewegung und führte sie unter bolschewistischen Losungen einer neuen Revolution entgegen. Die Partei verstand es, die Verbindung der illegalen Arbeit mit der legalen zu verwirklichen. Sie brach den Widerstand der Liquidatoren und ihrer Freunde, der Trotzlisten und der Otsowisten, meisterte alle Formen der legalen Bewegung und machte die legalen Organisationen zu Stützpunkten ihrer revolutionären Arbeit.

Im Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse und gegen deren Agenten in der Arbeiterbewegung festigte die Partei ihre eigenen Reihen und erweiterte ihre Verbindungen mit der Arbeiterklasse. Durch weitgehende Ausnutzung der Dumatribüne für revolutionäre Agitation und durch die Schaffung der ausgezeichneten proletarischen Massenzeitung „Prawda“ erzog die Partei eine neue Generation revolutionärer Arbeiter, die Prawdisten. Diese Arbeiterschicht blieb während des imperialistischen Krieges dem Banner des Internationalismus und der proletarischen Revolution treu. Sie war es auch, die später, in den Tagen der Oktoberrevolution von 1917, den Kern der bolschewistischen Partei bildete.

Am Vorabend des imperialistischen Krieges leitete die Partei die revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse. Das waren Vorhutgefechte, die vom imperialistischen Krieg unterbrochen, dann aber, nach drei Jahren, erneuert wurden, um den Zarismus zu stürzen. In die schwere Periode des imperialistischen Krieges trat die bolschewistische Partei unter den entfalteten Bannern des proletarischen Internationalismus ein.

KAPITEL VI

Die Partei der Bolschewiki in der Periode des imperialistischen Krieges. Die zweite Revolution in Rußland (1914 bis März 1917)

1

Entstehung und Ursachen des imperialistischen Krieges

Am 14. (27.) Juli 1914 verfügte die zaristische Regierung die allgemeine Mobilmachung. Am 19. Juli (1. August) wurde Rußland von Deutschland der Krieg erklärt.

Rußland trat in den Krieg ein.

Schon lange vor Beginn des Krieges hatte Lenin, hatten die Bolschewiki seine Unvermeidlichkeit vorausgesehen. Auf den Internationalen Sozialistenkongressen war Lenin mit seinen Anträgen hervorgetreten, die darauf gerichtet waren, die revolutionäre Linie für das Verhalten der Sozialisten im Falle eines Krieges zu bestimmen.

Lenin wies darauf hin, daß Kriege die unvermeidliche Begleiterscheinung des Kapitalismus sind. Der Raub fremder Territorien, die Okkupation und Plünderung von Kolonien, die Eroberung neuer Märkte hatten nicht selten als Ursachen von Eroberungskriegen der kapitalistischen Staaten gedient. Der Krieg ist für kapitalistische Länder ein genau so natürlicher und gesetzmäßiger Zustand wie die Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Im besonderen wurden Kriege unvermeidlich, als der Kapitalismus Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts endgültig in das höchste und letzte Stadium seiner Entwicklung, den Imperialismus, überging. Unter dem Imperialismus wurden die mächtigen Vereinigungen (Monopole) der Kapitalisten und die Banken zum entscheidenden Faktor im Leben der kapitalistischen Staaten. Das Finanzkapital wurde in den kapitalistischen Staaten Herr im Hause. Das Finanzkapital forderte neue Märkte, die Eroberung neuer Kolonien, neue Gebiete für die Kapitalausfuhr, neue Rohstoffquellen.

Aber schon Ende des 19. Jahrhunderts war das ganze Territorium des Erdballs unter den kapitalistischen Staaten aufgeteilt. Nun verläuft die Entwicklung des Kapitalismus in der Epoche des Imperialis-

mus äußerst ungleichmäßig und sprunghaft: einige Länder, die früher an erster Stelle gestanden haben, entwickeln ihre Industrie verhältnismäßig langsam, andere, früher rückständige, holen sie in schnellen Sprüngen ein und überholen sie. Das ökonomische und militärische Kräfteverhältnis der imperialistischen Staaten änderte sich. Das Streben nach einer Neuaufteilung der Welt trat zutage. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt machte den imperialistischen Krieg unvermeidlich. Der Krieg von 1914 war ein Krieg um die Neuaufteilung der Welt und der Einflußsphären. Er wurde von allen imperialistischen Staaten seit langem vorbereitet. An diesem Krieg waren die Imperialisten aller Länder schuld.

Im besonderen aber wurde dieser Krieg vorbereitet von Deutschland und Österreich auf der einen, Frankreich, England und dem von ihnen abhängigen Rußland auf der anderen Seite. Im Jahre 1907 entstand der Dreiverband oder die Entente, ein Bündnis Englands, Frankreichs und Rußlands. Ein anderes imperialistisches Bündnis bildeten Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien. Italien jedoch schied bei Beginn des Krieges von 1914 aus diesem Bündnis aus und schloß sich später der Entente an. Deutschland und Österreich-Ungarn wurden unterstützt von Bulgarien und der Türkei.

Mit der Vorbereitung des imperialistischen Krieges verfolgte Deutschland das Ziel, England und Frankreich Kolonien, Rußland die Ukraine, Polen, das Ostseegebiet abzunehmen. Durch den Bau der Bagdadbahn bedrohte Deutschland die Herrschaft Englands im Nahen Osten. England fürchtete das Wachstum der deutschen Flottenrüstungen.

Das zaristische Rußland strebte nach einer Aufteilung der Türkei, träumte von der Eroberung der Dardanellen, der Meerengen zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelländischen Meer, und von der Eroberung Konstantinopels. Zu den Plänen der zaristischen Regierung gehörte auch die Annexion Galiziens, eines Teils von Österreich-Ungarn.

England strebte danach, durch den Krieg seinen gefährlichen Konkurrenten, Deutschland, zu schlagen, dessen Waren vor dem Krieg die englischen Waren auf dem Weltmarkt immer mehr zu verdrängen begonnen hatten. Außerdem beabsichtigte England, der Türkei Mesopotamien und Palästina zu entreißen und fest in Ägypten Fuß zu fassen.

Die französischen Kapitalisten strebten danach, Deutschland das kohlenreiche Saarbecken und das eisenreiche Elsaß-Lothringen zu entreißen, das Deutschland im Kriege von 1870/71 Frankreich entrisen hatte.

Zum imperialistischen Kriege führten somit die äußerst großen Widersprüche, die zwischen den beiden Gruppen kapitalistischer Staaten bestanden.

Dieser Raubkrieg um die Neuaufteilung der Welt berührte die Interessen aller imperialistischen Länder, daher wurden späterhin auch Japan, die Vereinigten Staaten von Amerika und eine Reihe anderer Staaten in diesen Raubkrieg hineingezogen.

Der Krieg wurde zum Weltkrieg.

Die Vorbereitung des imperialistischen Kriege wurde von der Bourgeoisie ihren Völkern gegenüber mit tiefstem Geheimnis umgeben. Als der Krieg ausbrach, bemühte sich jede imperialistische Regierung zu beweisen, daß nicht sie die Nachbarn überfallen habe, sondern daß sie selbst überfallen worden sei. Die Bourgeoisie betrog das Volk, indem sie die wahren Kriegsziele, den imperialistischen, annexionistischen Charakter des Kriege verheimlichte. Jede imperialistische Regierung erklärte, daß der Krieg zur Verteidigung des eigenen Landes geführt werde.

Die Opportunisten aus der II. Internationale halfen der Bourgeoisie, das Volk zu betrügen. Die Sozialdemokraten der II. Internationale verrieten aufs niederträchtigste die Sache des Sozialismus, die Sache der internationalen Solidarität des Proletariats. Sie traten nicht nur nicht gegen den Krieg auf, sondern halfen im Gegenteil der Bourgeoisie, die Arbeiter und Bauern der kriegführenden Staaten unter der Flagge der Vaterlandsverteidigung aufeinanderzuhetzen.

Es war kein Zufall, daß Rußland auf der Seite der Entente, auf der Seite Frankreichs und Englands, in den imperialistischen Krieg eintrat. Man muß im Auge behalten, daß vor dem Jahre 1914 die wichtigsten Industriezweige Rußlands sich in der Hand des ausländischen Kapitals, hauptsächlich des französischen, englischen und belgischen, das heißt der Ententeländer, befanden. Die wichtigsten Hüttenwerke Rußlands befanden sich in den Händen französischer Kapitalisten. Insgesamt war das Hüttenwesen fast zu drei Vierteln (zu 72 Prozent) vom ausländischen Kapital abhängig. In der Steinkohlenindustrie, im Donezbecken, dasselbe Bild. Etwa die Hälfte der Erdölförderung be-

fand sich in der Hand des englisch-französischen Kapitals. Ein bedeutender Teil der Profite der russischen Industrie wanderte in ausländische, vorwiegend englisch-französische Banken. Alle diese Umstände sowie die Milliardenanleihen, die der Zar in Frankreich und England aufgenommen hatte, fesselten den Zarismus an den englisch-französischen Imperialismus, verwandelten Rußland in einen Tributpflichtigen dieser Länder, in ihre Halbkolonie.

Die russische Bourgeoisie gedachte, als sie den Krieg begann, dadurch den Gang ihrer Geschäfte zu bessern, neue Märkte zu erobern, sich an Kriegsaufträgen und Kriegslieferungen zu bereichern und gleichzeitig unter Ausnutzung der Kriegssituation die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken.

Das zaristische Rußland trat unvorbereitet in den Krieg ein. Die russische Industrie war hinter den anderen kapitalistischen Ländern weit zurückgeblieben. In ihr überwogen alte Fabriken und Werke mit abgenutzter Ausrüstung. Die Landwirtschaft konnte bei dem halbfeudalen Grundbesitz und der Masse der verelendeten, ruinierten Bauernschaft nicht als feste ökonomische Grundlage zur Führung eines langwierigen Krieges dienen.

Der Zar stützte sich hauptsächlich auf die Gutsbesitzer, die Fronherren. Die erzreaktionären Großgrundbesitzer in einem Block mit den Großkapitalisten schalteten und walteten im Lande und in der Reichsduma. Sie unterstützten die Innen- und Außenpolitik der zaristischen Regierung voll und ganz. Die russische imperialistische Bourgeoisie setzte ihre Hoffnung auf die zaristische Selbstherrschaft, in der sie die gepanzerte Faust erblickte, die imstande wäre, ihr einerseits die Eroberung neuer Märkte und neuer Territorien zu sichern, andererseits die revolutionäre Bewegung der Arbeiter und Bauern zu unterdrücken.

Die Partei der liberalen Bourgeoisie — die Kadetten — gebärdete sich zwar als Opposition, aber die äußere Politik der zaristischen Regierung unterstützte sie ohne Vorbehalte.

Die kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, maskiert durch die Flagge des Sozialismus, halfen der Bourgeoisie vom ersten Kriegstage an, das Volk zu betrügen, den imperialistischen, den räuberischen Charakter des Krieges zu verheimlichen. Sie predigten die Notwendigkeit des Schutzes, die Notwendigkeit der Verteidigung des bürgerlichen „Vaterlandes“ gegen die „preußischen

Barbaren“, unterstützten die Politik des „Burgfriedens“ und halfen auf diese Weise der Regierung des russischen Zaren, den Krieg zu führen, ebenso wie die deutschen Sozialdemokraten der Regierung des deutschen Kaisers halfen, den Krieg gegen die „russischen Barbaren“ zu führen.

Nur die Partei der Bolschewiki hielt dem erhabenen Banner des revolutionären Internationalismus die Treue und verblieb fest auf dem marxistischen Standpunkt des entschiedenen Kampfes gegen die zaristische Selbstherrschaft, gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten, gegen den imperialistischen Krieg. Die bolschewistische Partei vertrat gleich von den ersten Kriegstagen an die Auffassung, daß der Krieg nicht zur Verteidigung des Vaterlandes, sondern zur Eroberung fremder Territorien und zur Ausplünderung fremder Völker im Interesse der Gutsbesitzer und Kapitalisten begonnen worden ist, daß die Arbeiter gegen diesen Krieg entschieden Krieg führen müssen.

Die Arbeiterklasse unterstützte die Partei der Bolschewiki.

Allerdings hatte der bürgerlich-patriotische Taumel, der zu Anfang des Krieges die Intelligenz und die kulakischen Schichten der Bauernschaft erfaßte, auch einen gewissen Teil der Arbeiter gestreift. Aber dies waren vorwiegend Mitglieder der Banditenorganisation, des berüchtigten „Verbands des russischen Volkes“, und ein Teil sozialrevolutionär-menschewistisch gesinnter Arbeiter. Sie widerspiegelten natürlich keineswegs die Stimmungen der Arbeiterklasse, und konnten das auch gar nicht. Eben diese Elemente waren auch die Teilnehmer der chauvinistischen Kundgebungen der Bourgeoisie, die von der zaristischen Regierung in den ersten Kriegstagen organisiert wurden.

2

Der Übergang der Parteien der II. Internationale auf die Seite ihrer imperialistischen Regierungen • Der Zerfall der II. Internationale in einzelne sozialchauvinistische Parteien

Lenin hatte wiederholt vor dem Opportunismus der II. Internationale und vor der Wankelmütigkeit ihrer Führer gewarnt. Immerfort betonte er, daß die Führer der II. Internationale nur in Worten gegen den Krieg seien, daß sie im Falle eines Kriegsausbruchs ihren Standpunkt ändern und auf die Seite der imperialistischen Bourgeoisie über-

laufen könnten, daß sie Anhänger des Krieges werden könnten. Gleich die ersten Kriegstage bestätigten Lenins Voraussicht.

Im Jahre 1910 war auf dem Kopenhagener Kongreß der II. Internationale der Beschluß angenommen worden, daß die Sozialisten in den Parlamenten gegen Kriegskredite stimmen müssen. Während des Balkankriegs im Jahre 1912 hatte der Baseler Kongreß der II. Internationale erklärt, daß die Arbeiter aller Länder es für ein Verbrechen halten, um der Vergrößerung der Profite der Kapitalisten willen aufeinander zu schießen. So war es in Worten, in Resolutionen.

Als aber der Gewittersturm des imperialistischen Krieges losbrach, als es galt, diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen, erwiesen sich die Führer der II. Internationale als Fahnenflüchtige und Verräter an der Sache des Proletariats, erwiesen sie sich als Lakaien der Bourgeoisie, wurden sie Anhänger des Krieges.

Am 4. August 1914 stimmte die deutsche Sozialdemokratie im Parlament für die Kriegskredite, für die Unterstützung des imperialistischen Krieges. Dasselbe tat die übergroße Mehrheit der Sozialisten Frankreichs, Englands, Belgiens und anderer Länder.

Die II. Internationale hörte auf zu existieren. Sie zerfiel in der Tat in einzelne sozialchauvinistische Parteien, die gegeneinander Krieg führten.

Die Führer der sozialistischen Parteien gingen, das Proletariat verratend, auf die Position des Sozialchauvinismus und der Verteidigung der imperialistischen Bourgeoisie über. Sie halfen den imperialistischen Regierungen, die Arbeiterklasse an der Nase herumzuführen und sie mit dem Gift des Nationalismus zu verseuchen. Diese Sozialverräter begannen unter der Flagge der Vaterlandsverteidigung die deutschen Arbeiter auf die französischen, und die englischen und französischen Arbeiter auf die deutschen zu hetzen. Nur eine unbedeutende Minderheit in der II. Internationale verblieb auf der Position des Internationalismus und wandte sich gegen den Strom, zwar nicht ganz sicher und nicht ganz entschieden, aber sie wandte sich immerhin gegen den Strom.

Nur die Partei der Bolschewiki erhob sofort und ohne Schwanken das Banner des entschlossenen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. In seinen im Herbst 1914 verfaßten Thesen über den Krieg wies Lenin darauf hin, daß der Zusammenbruch der II. Internationale kein Zufall war. Die II. Internationale wurde zugrunde gerichtet von den

Opportunisten, gegen die die besten Vertreter des revolutionären Proletariats schon lange ihre warnende Stimme erhoben hatten.

Die Parteien der II. Internationale waren schon vor dem Kriege vom Opportunismus angesteckt. Die Opportunisten predigten offen den Verzicht auf den revolutionären Kampf, predigten die Theorie des „friedlichen Hineinwachsens des Kapitalismus in den Sozialismus“. Die II. Internationale wollte nicht gegen den Opportunismus kämpfen, sie wollte mit ihm Frieden halten und gab ihm die Möglichkeit, sich zu festigen. Indem sie gegenüber dem Opportunismus eine versöhnliche Politik betrieb, wurde die II. Internationale selbst opportunistisch.

Die imperialistische Bourgeoisie bestach systematisch mittels ihrer aus den Kolonien, aus der Ausbeutung rückständiger Länder gezogenen Profite, durch höhere Arbeitslöhne und andere Brosamen die Oberschicht der qualifizierten Arbeiter, die sogenannte Arbeiteraristokratie. Aus dieser Arbeiterschicht waren nicht wenige Führer der Gewerkschaften und Genossenschaften, Gemeindevertreter und Parlamentsabgeordnete, Journalisten und sozialdemokratische Parteibeamte hervorgegangen. Angesichts des Krieges wurden diese Leute, die ihre Stellung zu verlieren fürchteten, zu Gegnern der Revolution, zu eifrigsten Verteidigern ihrer Bourgeoisie, ihrer imperialistischen Regierungen.

Die Opportunisten wurden zu Sozialchauvinisten.

Die Sozialchauvinisten, darunter die russischen Menschewiki und Sozialrevolutionäre, predigten im eigenen Lande den *Klassenfrieden* der Arbeiter mit der Bourgeoisie und nach außen den Krieg gegen andere Völker. Sie täuschten die Massen über die wahren Kriegsschuldigen durch die Erklärung, daß die Bourgeoisie ihres Landes am Kriege nicht schuld sei. Viele Sozialchauvinisten wurden Minister in den imperialistischen Regierungen ihres Landes.

Nicht weniger gefährlich für die Sache des Proletariats waren die versteckten Sozialchauvinisten, die sogenannten Zentristen. Die Zentristen — Kautsky, Trotzki, Martow und andere — rechtfertigten und verteidigten die offenen Sozialchauvinisten und verrieten somit im Verein mit den Sozialchauvinisten das Proletariat, wobei sie ihren Verrat mit „linken“, auf Betrug an der Arbeiterklasse berechneten Phrasen vom Kampf gegen den Krieg verschleierten. In der Tat unterstützten die Zentristen den Krieg, denn der Vorschlag der Zentristen, nicht gegen die Kriegskredite zu stimmen und sich bei der Abstimmung

über die Kriegskredite auf Stimmenthaltung zu beschränken, bedeutete die Unterstützung des Krieges. Sie forderten ebenso wie die Sozialchauvinisten den Verzicht auf den Klassenkampf während des Krieges, um ihre imperialistische Regierung nicht an der Kriegführung zu behindern. Der Zentrist Trotzki war in allen wichtigen Fragen des Krieges und des Sozialismus gegen Lenin, gegen die bolschewistische Partei.

Lenin begann schon in den ersten Kriegstagen die Kräfte zur Schaffung einer neuen, der III. Internationale zu sammeln. Bereits in seinem Manifest gegen den Krieg vom November 1914 machte es sich das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei zur Aufgabe, an Stelle der schmählich zusammengebrochenen II. Internationale die III. Internationale zu schaffen.

Im Auftrag Lenins sprach im Februar 1915 Genosse Litwinow auf der Londoner Konferenz der Sozialisten der Ententeländer. Litwinow forderte den Austritt der Sozialisten (Vandervelde, Sembat, Guesde) aus den bürgerlichen Regierungen Belgiens und Frankreichs und den völligen Bruch mit den Imperialisten, den Verzicht auf Zusammenarbeit mit ihnen. Er verlangte von allen Sozialisten den entschiedenen Kampf gegen ihre imperialistischen Regierungen und die Verurteilung der Bewilligung der Kriegskredite. Aber Litwinows Stimme fand auf dieser Konferenz keinen Widerhall.

Anfang September 1915 versammelte sich in Zimmerwald die erste Konferenz der Internationalisten. Lenin bezeichnete diese Konferenz als „den ersten Schritt“ in der Entwicklung der internationalen Bewegung gegen den Krieg. Auf dieser Konferenz wurde von Lenin die Zimmerwalder Linke gebildet. In dieser Zimmerwalder Linken nahm jedoch nur die Partei der Bolschewiki mit Lenin an der Spitze den einzig richtigen, bis zu Ende konsequenten Standpunkt gegen den Krieg ein: Die Zimmerwalder Linke gab in deutscher Sprache die Zeitschrift „Der Vorbote“ heraus, worin Artikel Lenins veröffentlicht wurden.

Im Jahre 1916 gelang es, in dem Schweizer Dorf Kiental die zweite Konferenz der Internationalisten einzuberufen. Sie wird die zweite Zimmerwalder Konferenz genannt. Zu dieser Zeit hatten sich in fast allen Ländern Gruppen von Internationalisten herausgebildet, zeichnete sich die Abspaltung der internationalistischen Elemente von den Sozialchauvinisten schärfer ab. Die Hauptsache war aber, daß die

Massen selber zu diesem Zeitpunkt unter dem Einfluß des Krieges und des durch ihn hervorgerufenen Unheils eine Linksentwicklung durchgemacht hatten. Das Kientaler Manifest wurde auf Grund einer Vereinbarung der verschiedenen Gruppen, die sich auf der Konferenz bekämpften, ausgearbeitet. Es war ein Schritt vorwärts im Vergleich mit dem Zimmerwalder Manifest.

Aber auch die Kientaler Konferenz nahm die leitenden Grundsätze der Politik der Bolschewiki nicht an: Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg; Niederlage der eigenen imperialistischen Regierungen im Kriege; Organisierung der III. Internationale. Nichtsdestoweniger trug die Kientaler Konferenz zur Auslese der internationalistischen Elemente bei, aus denen sich in der Folge die Kommunistische, die III. Internationale bildete.

Lenin kritisierte die Fehler der inkonsequenten Internationalisten, linker Sozialdemokraten wie Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, aber gleichzeitig half er ihnen, den richtigen Standpunkt einzunehmen.

3

Theorie und Taktik der bolschewistischen Partei in den Fragen des Krieges, des Friedens und der Revolution

Die Bolschewiki waren keine einfachen Pazifisten (Friedensanhänger), die rührselig nach Frieden seufzen und sich auf Friedenspropaganda beschränken, wie das die meisten linken Sozialdemokraten taten. Die Bolschewiki waren für einen aktiven revolutionären Kampf um den Frieden bis zum Sturz der Macht der kriegslüsternen imperialistischen Bourgeoisie. Die Bolschewiki verbanden die Sache des Friedens mit der Sache des Sieges der proletarischen Revolution; sie hielten für das sicherste Mittel zur Beendigung des Krieges und zur Erreichung eines gerechten Friedens, eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, den Sturz der Macht der imperialistischen Bourgeoisie.

Der menschewistischen und sozialrevolutionären Absage an die Revolution, der verräterischen Losung von der Einhaltung des „Bürgerfriedens“ während des Krieges stellten die Bolschewiki die Losung der „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ entgegen. Diese Losung bedeutete, daß die Werktätigen, darunter die in den Soldatenrock gesteckten bewaffneten Arbeiter und Bauern, die

Gewehre gegen ihre eigene Bourgeoisie kehren und deren Macht stürzen müssen, wenn sie den Krieg loswerden und einen gerechten Frieden erreichen wollen.

Der menschewistischen und sozialrevolutionären Politik der Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes stellten die Bolschewiki die Politik der „*Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Kriege*“ entgegen. Dies bedeutete, daß es notwendig ist, gegen die Kriegskredite zu stimmen, illegale revolutionäre Organisationen in der Armee zu schaffen, die Verbrüderung der Soldaten an der Front zu unterstützen und revolutionäre Aktionen der Arbeiter und Bauern gegen den Krieg zu organisieren, um diese Aktionen in den Aufstand gegen die eigene imperialistische Regierung überzuleiten.

Die Bolschewiki waren der Meinung, daß im imperialistischen Krieg die militärische Niederlage der zaristischen Regierung für das Volk das geringste Übel wäre, denn sie würde den Sieg des Volkes über den Zarismus und den erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse für die Befreiung von kapitalistischer Sklaverei und imperialistischen Kriegen erleichtern. Hierbei vertrat Lenin die Auffassung, daß die Politik der Niederlage der eigenen imperialistischen Regierung nicht nur von den russischen Revolutionären, sondern von den revolutionären Parteien der Arbeiterklasse *aller* kriegführenden Länder durchgeführt werden müsse.

Die Bolschewiki waren nicht gegen *jeden* Krieg. Sie waren nur gegen den Eroberungskrieg, gegen den imperialistischen Krieg. Die Bolschewiki waren der Meinung, daß es zwei Arten von Kriegen gibt:

a) einen *gerechten* Krieg, der kein Eroberungskrieg, sondern ein Befreiungskrieg ist, der das Ziel hat, entweder das Volk gegen einen äußeren Überfall und gegen Unterjochungsversuche zu verteidigen, oder das Ziel der Befreiung des Volkes von der Sklaverei des Kapitalismus, oder endlich das Ziel der Befreiung der Kolonien und abhängigen Länder vom Joche der Imperialisten, und

b) einen *ungerechten*, einen Eroberungskrieg, der das Ziel hat, fremde Länder zu erobern, fremde Völker zu versklaven.

Einen Krieg der ersten Art unterstützten die Bolschewiki. Was den Krieg der zweiten Art betrifft, so waren die Bolschewiki der Auffassung, daß man gegen ihn einen entschiedenen Kampf bis zur Revolution und bis zum Sturz der eigenen imperialistischen Regierung führen muß.

Gewaltige Bedeutung für die Arbeiterklasse der ganzen Welt hatten Lenins theoretische Arbeiten während der Kriegszeit. Im Frühjahr 1916 schrieb Lenin das Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Lenin zeigte in diesem Buch, daß der Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus ist, in welchem dieser bereits aus dem „fortschrittlichen“ Kapitalismus umgeschlagen ist in den parasitären Kapitalismus, in den faulenden Kapitalismus, daß der Imperialismus sterbender Kapitalismus ist. Dies bedeutete natürlich nicht, daß der Kapitalismus von selbst absterben werde, ohne die Revolution des Proletariats, daß er, faul bis ins Mark, von selbst einstürzen werde. Lenin hat immer gelehrt, daß es ohne die Revolution der Arbeiterklasse unmöglich ist, den Kapitalismus zu stürzen. Darum wies Lenin, als er den Imperialismus als sterbenden Kapitalismus bezeichnete, in diesem Buche zugleich nach, daß der „Imperialismus der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats ist“.

Lenin zeigte, daß das kapitalistische Joch in der Epoche des Imperialismus immer schwerer wird, daß unter den Bedingungen des Imperialismus die Empörung des Proletariats gegen die Grundlagen des Kapitalismus wächst, daß sich innerhalb der kapitalistischen Länder Elemente einer revolutionären Explosion anhäufen.

Lenin zeigte, daß sich in der Epoche des Imperialismus die revolutionäre Krise in den kolonialen und abhängigen Ländern verschärft, daß die Kräfte der Empörung gegen den Imperialismus, daß die Elemente des Befreiungskrieges gegen den Imperialismus anwachsen.

Lenin zeigte, daß sich unter den Bedingungen des Imperialismus die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung und die Widersprüche des Kapitalismus besonders verschärft haben, daß der Kampf um die Märkte für Warenabsatz und Kapitalausfuhr, der Kampf um Kolonien, um Rohstoffquellen — periodische imperialistische Kriege um eine Neuverteilung der Welt unvermeidlich macht.

Lenin zeigte, daß es gerade infolge dieser Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus zu imperialistischen Kriegen kommt, die die Kräfte des Imperialismus schwächen und es möglich machen, die Front des Imperialismus an dem Punkt zu durchbrechen, der sich als der schwächste erweist.

Auf Grund von alledem kam Lenin zu der Schlußfolgerung, daß die Durchbrechung der imperialistischen Front durch das Proletariat an irgendeiner Stelle oder einigen Stellen durchaus möglich ist, daß

der Sieg des Sozialismus ursprünglich in einigen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande *möglich* ist, daß der gleichzeitige Sieg des Sozialismus in allen Ländern infolge der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus in diesen Ländern — *unmöglich* ist, daß der Sozialismus vorerst in einem Lande oder einigen Ländern siegen wird, während die übrigen Länder für eine gewisse Zeit bürgerliche Länder bleiben werden.

Hier die Formulierung, die Lenin dieser genialen Schlußfolgerung in zwei verschiedenen, in der Periode des imperialistischen Krieges geschriebenen Artikeln gegeben hat:

1. „Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus ursprünglich in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisation der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt *entgegenstellen* und würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen . . .“ (Aus dem Artikel „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“, geschrieben im August 1915.) (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 753.)

2. „Die Entwicklung des Kapitalismus geht in den verschiedenen Ländern höchst ungleichmäßig vor sich. Anders kann es auch nicht sein bei der Warenproduktion. Daher die unumgängliche Schlußfolgerung: der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in *allen* Ländern siegen. Er wird vorerst in einem Lande oder einigen Ländern siegen, die übrigen aber werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben. Das muß nicht nur Reibungen hervorrufen, sondern auch das direkte Bestreben der Bourgeoisie anderer Länder, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates niederzuwerfen. In diesen Fällen wäre ein Krieg von unserer Seite rechtmäßig und gerecht. Dies wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie.“ (Aus dem Artikel „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“, geschrieben im Herbst 1916.) (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 878.)

Das war eine *neue*, eine abgeschlossene Theorie der sozialistischen Revolution, eine Theorie von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einzelnen Ländern, von den Bedingungen seines Sieges, von den Perspektiven seines Sieges, eine Theorie, die Lenin in ihrem Grundriß schon im Jahre 1905 in der Broschüre „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ dargelegt hatte.

Sie unterschied sich von Grund aus von der Konzeption, die bei den Marxisten in der Periode des *vorimperialistischen* Kapitalismus im Schwange war, als die Marxisten der Meinung waren, daß der Sieg des Sozialismus in irgendeinem einzelnen Lande unmöglich sei, daß der Sieg des Sozialismus in allen zivilisierten Ländern gleichzeitig erfolgen werde. Lenin hat auf Grund der vorhandenen Daten über den *imperialistischen* Kapitalismus, die er in seinem vortrefflichen Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ darlegte, diese Konzeption als veraltet verworfen, sie umgekehrt, und eine neue theoretische Konzeption aufgestellt, die den gleichzeitigen Sieg des Sozialismus in allen Ländern als *unmöglich* ansieht, den Sieg des Sozialismus in einem einzeln genommenen kapitalistischen Lande hingegen als *möglich* anerkennt.

Die unanschätzbare Bedeutung der Leninschen Theorie der sozialistischen Revolution besteht nicht nur darin, daß sie den Marxismus um eine neue Theorie bereichert und ihn weitergeführt hat. Ihre Bedeutung besteht auch noch darin, daß sie den Proletariern der einzelnen Länder eine revolutionäre Perspektive gibt, ihre Initiative für den Ansturm gegen die eigene nationale Bourgeoisie auslöst, sie lehrt, die Kriegssituation zur Organisierung eines solchen Ansturms auszunutzen, und ihren Glauben an den Sieg der proletarischen Revolution festigt.

Das war die theoretische und taktische Einstellung der Bolschewiki zu den Fragen des Krieges, des Friedens und der Revolution.

Auf Grund dieser Einstellung führten die Bolschewiki ihre praktische Arbeit in Rußland durch.

Trotz grausamer Polizeiverfolgungen unternahmen die Dumadeputierten — die Bolschewiki Badajew, Petrowski, Muranow, Samoilow und Schagow — zu Anfang des Krieges eine Rundreise durch eine Reihe von Organisationen und hielten Referate über die Stellung der Bolschewiki zum Kriege und zur Revolution. Im November 1914 wurde eine Beratung der bolschewistischen Fraktion der Reichsduma zur

Erörterung der Frage der Stellung zum Kriege veranstaltet. Am dritten Tage wurden sämtliche Teilnehmer dieser Beratung verhaftet. Das Gericht verurteilte alle Deputierten zur Aberkennung der Rechte und zur Verbannung nach Ostsibirien. Die zaristische Regierung beschuldigte die bolschewistischen Deputierten der Reichsduma des „Hochverrats“.

Vor Gericht entrollte sich ein Bild der Tätigkeit der Dumadeputierten, das unserer Partei Ehre machte. Die bolschewistischen Deputierten benahmen sich vor dem zaristischen Gericht mutig und verwandelten es in eine Tribüne zur Entlarvung der Eroberungspolitik des Zarismus.

Anders benahm sich der in diesem Prozeß mitangeklagte Kamenew. Infolge seiner Feigheit sagte er sich schon bei der ersten Gefahr von der Politik der bolschewistischen Partei los. Kamenew erklärte vor Gericht, daß er mit den Bolschewiki in der Frage des Krieges nicht einverstanden sei, und bat, zum Beweise dessen den Menschewik Jordanski als Zeugen vorzuladen.

Große Arbeit leisteten die Bolschewiki gegen die Kriegsindustriekomitees, die mit der Kriegsversorgung beschäftigt waren, und gegen die Versuche der Menschewiki, die Arbeiter dem Einfluß der imperialistischen Bourgeoisie zu unterwerfen. Die Bourgeoisie hatte ein Lebensinteresse daran, den imperialistischen Krieg vor der Allgemeinheit als einen Krieg des ganzen Volkes hinzustellen. Die Bourgeoisie erlangte während des Krieges durch die Schaffung ihrer allrussischen Organisation, der Semstwo- und Stadtverbände, großen Einfluß auf die Staatsangelegenheiten. Notwendig war es für sie, auch die Arbeiter ihrer Führung, ihrem Einfluß zu unterwerfen. Die Bourgeoisie ersann hierfür ein Mittel – die Schaffung von „Arbeitergruppen“ bei den Kriegsindustriekomitees. Die Menschewiki griffen diese Idee der Bourgeoisie auf. Es war für die Bourgeoisie vorteilhaft, in diese Kriegsindustriekomitees Arbeitervertreter hineinzuziehen, die unter den Arbeitermassen für die Notwendigkeit einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität in den Munition, Geschütze, Gewehre, Patronen herstellenden Fabriken und anderen Rüstungsbetrieben agitieren sollten. „Alles für den Krieg, alles in den Krieg“, das war die Losung der Bourgeoisie. In Wirklichkeit bedeutete diese Losung: „Bereichere dich, was das Zeug hält, an den Kriegslieferungen und an dem Raub fremder Territorien.“ Die Menschewiki nahmen aktiv an dieser pseudopatrio-

tischen, von der Bourgeoisie eingefädelten Sache teil. Sie halfen den Kapitalisten durch gesteigerte Agitation für die Teilnahme der Arbeiter an der Wahl von „Arbeitergruppen“ bei den Kriegsindustriekomitees. Die Bolschewiki waren gegen diese Mache. Sie waren für den Boykott der Kriegsindustriekomitees und führten diesen Boykott erfolgreich durch. Ein Teil der Arbeiter jedoch nahm trotzdem an der Tätigkeit der Kriegsindustriekomitees unter Leitung des bekannten Menschewiks Gwosdew und des Provokateurs Abrossimow teil. Als jedoch die Arbeiterbevollmächtigten im September 1915 zwecks endgültiger Wahl der „Arbeitergruppen“ der Kriegsindustriekomitees zusammentraten, da stellte sich heraus, daß die Mehrheit der Bevollmächtigten gegen die Beteiligung an diesen war: Die Mehrheit der Arbeitervertreter nahm eine scharfe Resolution gegen die Beteiligung an den Kriegsindustriekomitees an und erklärte, daß die Arbeiter sich die Aufgabe stellen, für den Frieden, für den Sturz des Zarismus zu kämpfen.

Große Arbeit entfalteten die Bolschewiki auch in Armee und Flotte. Sie erklärten den Massen der Soldaten und Matrosen, wer an den unerhörten Greueln des Krieges und den Leiden des Volkes schuld ist, sie machten ihnen klar, daß die Revolution für das Volk der einzige Ausweg aus dem imperialistischen Gemetzel ist. Die Bolschewiki schufen Zellen in Armee und Flotte, an der Front und in der Etappe, und verbreiteten Flugblätter mit Aufrufen gegen den Krieg.

In Kronstadt schufen die Bolschewiki das „Hauptkollektiv der Kronstädter Militärorganisation“, das mit dem Petrograder Parteikomitee enge Verbindung unterhielt. Beim Petrograder Parteikomitee wurde eine militärische Organisation zur Arbeit in der Garnison geschaffen. Im August 1916 meldete der Leiter der Petrograder Geheimpolizei, daß in dem „Kronstädter Kollektiv die Sache sehr ernst, konspirativ betrieben wird und daß die Teilnehmer lauter verschwiegene und vorsichtige Leute sind. Auch an Land hat dieses Kollektiv seine Vertreter“.

Die Partei betrieb an der Front Agitation für die Verbrüderung zwischen den Soldaten der kriegführenden Armeen und hob hervor, daß der Feind die Weltbourgeoisie ist und daß man den Krieg nur durch Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg beendigen kann, dadurch, daß man die Gewehre gegen seine eigene Bourgeoisie und ihre Regierung richtet. Immer mehr häuften sich die

Fälle, daß einzelne Truppenteile sich weigerten, zum Angriff vorzugehen. Solche Tatsachen waren schon 1915 und besonders 1916 zu verzeichnen.

Besonders große Arbeit entfalteteten die Bolschewiki in den Armeen der Nordfront im Ostseegebiet. Der Oberbefehlshaber der Nordfront General Russki erstattete Anfang 1917 im Instanzenwege Meldung über die gewaltige revolutionäre Arbeit, die die Bolschewiki an dieser Front entfaltet hatten.

Der Krieg bedeutete den größten Umschwung im Leben der Völker, im Leben der internationalen Arbeiterklasse. Er setzte das Schicksal der Staaten, das Schicksal der Völker, das Schicksal der sozialistischen Bewegung auf eine Karte. Darum war er zugleich der Prüfstein, die Probe für alle Parteien und Strömungen, die sich sozialistisch nannten. Bleiben diese Parteien und Strömungen der Sache des Sozialismus, der Sache des Internationalismus treu, oder werden sie es vorziehen, die Arbeiterklasse zu verraten, ihre Banner einzurollen und sie der eigenen, der nationalen Bourgeoisie zu Füßen zu legen? So stand damals die Frage.

Der Krieg zeigte, daß die Parteien der II. Internationale die Probe nicht bestanden, daß sie die Arbeiterklasse verrieten und vor der eigenen nationalen, imperialistischen Bourgeoisie die Banner einzogen.

Diese Parteien konnten auch nicht anders handeln, sie, die in ihrer Mitte den Opportunismus großgezüchtet hatten und in der Praxis der Zugeständnisse an die Opportunisten, an die Nationalisten erzogen waren.

Der Krieg zeigte, daß die Partei der Bolschewiki die einzige Partei war, die die Prüfung in Ehren bestand und der Sache des Sozialismus, der Sache des proletarischen Internationalismus bis zu Ende treu blieb.

Das ist auch verständlich: nur eine Partei von neuem Typus, nur eine im Geiste des unversöhnlichen Kampfes gegen den Opportunismus erzogene Partei, nur eine von Opportunismus und Nationalismus freie Partei, nur eine solche Partei konnte die große Prüfung bestehen und der Sache der Arbeiterklasse, der Sache des Sozialismus und des Internationalismus, treu bleiben.

Die bolschewistische Partei war gerade eine solche Partei.

Die Niederlage der zaristischen Truppen an der Front · Die wirtschaftliche Zerrüttung · Die Krise des Zarismus

Der Krieg dauerte schon drei Jahre. Der Krieg raffte Millionen Menschen dahin, die getötet oder verwundet wurden oder an Kriegsepidemien zugrunde gingen. Die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer bereicherten sich am Krieg. Aber die Arbeiter und Bauern litten immer mehr Not und Entbehrung. Der Krieg zerstörte die Volkswirtschaft Rußlands. Etwa 14 Millionen gesunde Arbeitskräfte waren zur Armee eingezogen, von der Wirtschaft losgerissen. Fabriken und Werke wurden stillgelegt. Der Getreideanbau ging zurück, es fehlte an Arbeitskräften. Die Bevölkerung und die Soldaten an der Front hungerten, sie waren barfuß und abgerissen. Der Krieg verschlang alle Vorräte und Hilfsquellen des Landes.

Die zaristische Armee erlitt Niederlage auf Niederlage. Die deutsche Artillerie überschüttete die zaristischen Truppen mit einem Geschosshagel. In der zaristischen Armee fehlte es an Kanonen, fehlte es an Geschossen, fehlte es sogar an Gewehren. Zuweilen kam ein Gewehr auf drei Soldaten. Noch während des Krieges wurde der Verrat des zaristischen Kriegsministers Suchomlinow aufgedeckt, der, wie sich herausstellte, mit deutschen Spionen in Verbindung stand. Suchomlinow führte den Auftrag des deutschen Spionagedienstes durch — die Versorgung der Front mit Geschossen zu hintertreiben, keine Kanonen und Gewehre an die Front zu liefern. Einige zaristische Minister und Generale arbeiteten selbst insgeheim für den Erfolg der deutschen Armee: gemeinsam mit der Zarin, die mit den Deutschen in Verbindung stand, verrieten sie den Deutschen militärische Geheimnisse. Es kann nicht wundernehmen, daß die zaristische Armee eine Niederlage erlitt und zum Rückzug gezwungen war. Im Jahre 1916 war es den Deutschen bereits gelungen, Polen und einen Teil des Ostseegebiets zu besetzen.

All das rief unter den Arbeitern, Bauern, Soldaten, unter der Intelligenz Haß und Erbitterung gegen die zaristische Regierung hervor, verstärkte und verschärfte die revolutionäre Bewegung der Volksmassen gegen den Krieg, gegen den Zarismus, sowohl im Hinterland als auch an der Front, sowohl im Zentrum als auch in den Randgebieten.

Die Unzufriedenheit begann auch die russische imperialistische Bour-

geoisie zu erfassen. Sie war erbost durch den Umstand, daß am Zarenhofe Scharlatane vom Schlage Rasputins schalteten und walteten, die offenkundig auf den Abschluß eines Separatfriedens mit den Deutschen hinsteuerten. Sie überzeugte sich immer mehr, daß die zaristische Regierung unfähig war, den Krieg erfolgreich zu führen. Sie fürchtete, daß der Zarismus, um seine Stellung zu retten, sich zu einem Separatfrieden mit den Deutschen entschließen könnte. Darum beschloß die russische Bourgeoisie, eine Palastrevolution durchzuführen, um Zar Nikolaus II. abzusetzen und an seiner Stelle den mit der Bourgeoisie verbundenen Michael Romanow auf den Zarenthron zu setzen. Dadurch wollte sie zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: erstens an die Macht gelangen und die Weiterführung des imperialistischen Krieges sichern, zweitens durch eine kleine Palastrevolution dem Herannahen der großen Volksrevolution vorbeugen, deren Flut immer mehr anschwell.

Die russische Bourgeoisie wurde in ihrem Vorhaben in vollem Umfang von der englischen und der französischen Regierung unterstützt. Diese sahen, daß der Zar unfähig war, den Krieg fortzusetzen. Sie fürchteten, daß der Zar die Sache durch einen Separatfrieden mit den Deutschen beenden werde. Würde die zaristische Regierung einen Separatfrieden schließen, so würden die Regierungen Englands und Frankreichs an Rußland einen Bundesgenossen im Kriege verlieren, der nicht nur an seinen Fronten Kräfte des Gegners fesselte, sondern auch Frankreich Zehntausende auserlesener russischer Soldaten zur Verfügung stellte. Daher unterstützten sie die russische Bourgeoisie bei ihren Versuchen, die Palastrevolution durchzuführen.

So kam es, daß der Zar isoliert dastand.

Während die Mißerfolge an der Front nicht aufhörten, griff die wirtschaftliche Zerrüttung immer weiter um sich. In den Januar- und Februartagen des Jahres 1917 hatte die Zerrüttung der Lebensmittel-, Rohstoff- und Brennstoffversorgung ihren Höhepunkt und ihre größte Schärfe erreicht. Die Lebensmittelfuhr nach Petrograd und Moskau hatte nahezu aufgehört. Ein Betrieb nach dem andern wurde geschlossen. Die Schließung der Betriebe vergrößerte die Arbeitslosigkeit. Besonders unerträglich wurde die Lage der Arbeiter. Immer breitere Massen des Volkes kamen zu der Überzeugung, daß es nur einen Ausweg aus der unerträglichen Lage gab — den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft.

Der Zarismus durchlebte offenkundig seine Todeskrise.
Die Bourgeoisie gedachte die Krise durch eine Palastrevolution zu lösen.

Aber das Volk löste sie auf seine Weise.

5

Die Februarrevolution · Der Sturz des Zarismus · Die Bildung von Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten · Die Bildung der Provisorischen Regierung · Die Doppelherrschaft

Das Jahr 1917 begann mit einem Streik am 9. (22.) Januar. Während des Streiks kam es zu Demonstrationen in Petrograd, in Moskau, in Baku, in Nishnij-Nowgorod, wobei in Moskau am 9. (22.) Januar etwa ein Drittel aller Arbeiter am Streik teilnahm. Eine zweitausendköpfige Demonstration auf dem Twerskoj-Boulevard wurde von berittener Polizei auseinandergetrieben. Auf der Wiborger Chaussee in Petrograd schlossen sich Soldaten den Demonstranten an.

„Die Idee des Generalstreiks“, berichtete die Petrograder Polizei, „gewinnt von Tag zu Tag neue Anhänger und wird ebenso populär wie im Jahre 1905.“

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre bemühten sich, die ausgebrochene revolutionäre Bewegung in den der liberalen Bourgeoisie erwünschten Rahmen zu zwingen. Die Menschewiki kamen mit dem Vorschlag, am Tage der Eröffnung der Reichsduma, am 14. (27.) Februar, einen Aufmarsch der Arbeiter vor der Reichsduma zu organisieren. Aber die Arbeitermassen folgten den Bolschewiki, nicht zur Duma, sondern zur Demonstration.

Am 18. Februar (3. März) 1917 begann der Streik der Putilow-Arbeiter in Petrograd. Am 22. Februar (7. März) streikten die Arbeiter der meisten Großbetriebe. Am Internationalen Frauentag, am 23. Februar (8. März), gingen die Arbeiterinnen gemäß dem Aufruf des Petrograder Komitees der Bolschewiki auf die Straße, um gegen Hunger, Krieg und Zarismus zu demonstrieren. Die Demonstration der Arbeiterinnen wurde von den Arbeitern durch eine allgemeine Streikaktion in ganz Petrograd unterstützt. Der politische Streik begann in eine allgemeine politische Demonstration gegen die Zarenherrschaft umzuschlagen.

Am 24. Februar (9. März) erneuert sich die Demonstration mit größerer Kraft. Es streiken bereits etwa 200 000 Arbeiter.

Am 25. Februar (10. März) erfaßt die revolutionäre Bewegung das gesamte proletarische Petrograd. Die politischen Streiks in den einzelnen Stadtteilen gehen über in den politischen Generalstreik von ganz Petrograd. Überall Demonstrationen und Zusammenstöße mit der Polizei. Über den Kolonnen der Arbeitermassen rote Banner mit den Losungen: „Nieder mit dem Zaren!“, „Nieder mit dem Krieg!“, „Brot!“

Am Morgen des 26. Februar (11. März) beginnen der politische Streik und die Demonstrationen in Aufstandsversuche überzugehen. Die Arbeiter entwaffnen die Polizei und Gendarmerie und bewaffnen sich selbst. Die bewaffneten Zusammenstöße mit der Polizei enden aber mit einem Blutbad unter den Demonstranten auf dem Snamenskaja-Platz.

General Chabalow, der Befehlshaber des Petrograder Militärkreises, macht bekannt, daß die Arbeiter am 28. Februar (13. März) die Arbeit aufnehmen sollen, widrigenfalls sie an die Front geschickt werden. Am 25. Februar (10. März) gibt der Zar dem General Chabalow den Befehl: „Ich ordne an, mit den Unruhen in der Hauptstadt schon morgen Schluß zu machen.“

Aber mit der Revolution „Schluß zu machen“ war schon nicht mehr möglich.

Am 26. Februar (11. März) um die Mittagszeit eröffnete die 4. Kompanie des Reservebataillons des Pawlowsk-Regiments das Feuer, aber nicht auf die Arbeiter, sondern auf Abteilungen berittener Polizisten, die mit den Arbeitern in ein Feuergefecht eingetreten waren. Es entwickelte sich ein äußerst energischer und hartnäckiger Kampf um die Wehrmacht, im besonderen von seiten der Arbeiterinnen, die sich unmittelbar an die Soldaten wandten, sich mit ihnen verbrüdeten und sie aufforderten, dem Volke zu helfen, die verhaßte zaristische Selbstherrschaft zu stürzen.

Die Leitung der praktischen Arbeit der bolschewistischen Partei lag damals in der Hand des in Petrograd befindlichen Büros des Zentralkomitees unserer Partei mit Genossen Molotow an der Spitze. Das Büro des ZK erließ am 26. Februar (11. März) ein Manifest mit der Aufforderung, den bewaffneten Kampf gegen den Zarismus fortzusetzen und eine provisorische revolutionäre Regierung zu bilden.

Am 27. Februar (12. März) weigerten sich die Petrograder Truppen, auf die Arbeiter zu schießen, und begannen auf die Seite des aufständischen Volkes überzugehen. Noch am Morgen des 27. Februar (12. März) gab es nur 10000 aufständische Soldaten, am Abend aber waren es schon über 60000.

Die aufständischen Arbeiter und Soldaten gingen dazu über, die zaristischen Minister und Generale zu verhaften, die Revolutionäre aus den Gefängnissen zu befreien. Die befreiten politischen Gefangenen reichten sich in den revolutionären Kampf ein.

Auf den Straßen gab es noch Schießereien mit Polizisten und Gendarmen, die sich mit Maschinengewehren auf Dachböden festgesetzt hatten. Aber der rasche Übergang der Truppen auf die Seite der Arbeiter entschied das Schicksal der zaristischen Selbstherrschaft.

Als die Kunde vom Siege der Revolution in Petrograd sich in den anderen Städten und an der Front verbreitete, begannen die Arbeiter und Soldaten überall die zaristischen Bürokraten aus den Ämtern hinauszuerwerfen.

Die bürgerlich-demokratische Februarrevolution hatte gesiegt.

Die Revolution siegte, weil die Arbeiterklasse Vorkämpfer der Revolution war und die Bewegung der Millionenmassen der Bauern im Waffenrock — „für Frieden, für Brot, für Freiheit“ — leitete. Die Hegemonie des Proletariats bedingte den Erfolg der Revolution.

„Die Revolution war das Werk des Proletariats, das Proletariat hat heldenmütig gekämpft, das Proletariat hat sein Blut vergossen, es hat die breitesten Massen der Werktätigen und der armen Bevölkerung mit sich gerissen...“, schrieb Lenin in den ersten Tagen der Revolution. (*Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XX, S. 23/24 russ.*)

Die erste Revolution von 1905 hatte den raschen Sieg der zweiten Revolution von 1917 vorbereitet.

„Ohne die drei Jahre von 1905 bis 1907, drei Jahre gewaltigster Klassenschlachten und größter revolutionärer Energie des russischen Proletariats, wäre eine so rasche zweite Revolution, so rasch im Sinne des Durchlaufens ihrer *Anfangsetappe* in wenigen Tagen, unmöglich gewesen“, erklärte Lenin. (*Lenin/Stalin, Das Jahr 1917, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 5.*)

Gleich in den ersten Revolutionstagen entstanden Sowjets. Die siegreiche Revolution stützte sich auf die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Die aufständischen Arbeiter und Soldaten bildeten Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Die Revolution von 1905 hatte gezeigt, daß die Sowjets Organe des bewaffneten Aufstands und zu gleicher Zeit die Keime einer neuen, einer revolutionären Macht sind. Die Idee der Sowjets lebte im Bewußtsein der Arbeitermassen, und sie verwirklichten diese Idee gleich am Tage nach dem Sturz des Zarismus, jedoch mit dem Unterschied, daß im Jahre 1905 nur Sowjets der *Arbeiterdeputierten* gebildet wurden, im Februar 1917 aber auf Initiative der Bolschewiki Sowjets der *Arbeiter- und Soldatendeputierten* entstanden.

Während die Bolschewiki den unmittelbaren Kampf der Massen auf der Straße leiteten, besetzten die Paktiererparteien, Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die Deputiertensitze in den Sowjets, in denen sie die Mehrheit bildeten. Dies wurde teilweise durch den Umstand begünstigt, daß die meisten Führer der bolschewistischen Partei sich in den Gefängnissen und Verbannungsorten befanden (Lenin befand sich in der Emigration, Stalin und Swerdlow in sibirischer Verbannung), während die Menschewiki und Sozialrevolutionäre auf den Straßen Petrograds frei umherspazierten. So kam es, daß an der Spitze des Petrograder Sowjets und seines Exekutivkomitees Vertreter der Paktiererparteien, Menschewiki und Sozialrevolutionäre, standen. Dasselbe war der Fall in Moskau und in einer Reihe anderer Städte. Nur in Iwanowo-Wosnessensk, Krasnojarsk und einigen anderen Städten gehörte von Anfang an die Mehrheit in den Sowjets den Bolschewiki.

Das bewaffnete Volk — die Arbeiter und Soldaten — betrachtete den Sowjet, in den es seine Vertreter entsandte, als ein Organ der Volksmacht. Sie dachten und glaubten, daß der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten alle Forderungen des revolutionären Volkes erfüllen werde und daß in erster Linie Friede geschlossen werden würde.

Aber ihre übergroße Vertrauensseligkeit spielte den Arbeitern und Soldaten einen schlimmen Streich. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki dachten gar nicht daran, den Krieg zu beenden und Frieden zu erkämpfen. Sie gedachten die Revolution auszunutzen, um den Krieg fortzusetzen. Was die Revolution und die revolutionären Forderungen des Volkes betrifft, so waren die Sozialrevolutionäre und

Menschewiki der Ansicht, daß die Revolution bereits beendet sei und daß die Aufgabe jetzt darin bestehe, sie zu verankern und in die Bahnen eines „normalen“, verfassungsmäßigen Zusammenlebens mit der Bourgeoisie überzugehen. Darum traf die sozialrevolutionär-menschewistische Leitung des Petrograder Sowjets alle ihr zu Gebote stehenden Maßnahmen, um die Frage der Beendigung des Krieges, die Frage des Friedens zu vertuschen und der Bourgeoisie die Macht auszuliefern.

Am 27. Februar (12. März) 1917 bildeten die liberalen Deputierten der Reichsduma, gemäß einer hinter den Kulissen getroffenen Verabredung mit den sozialrevolutionär-menschewistischen Führern, ein Provisorisches Komitee der Reichsduma mit dem Vorsitzenden der IV. Duma, dem Gutsbesitzer und Monarchisten Rodsjanko, an der Spitze. Wenige Tage danach aber verständigten sich das Provisorische Komitee der Reichsduma und die sozialrevolutionär-menschewistischen Führer des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hinter dem Rücken der Bolschewiki über die Bildung einer neuen Regierung für Rußland, einer bürgerlichen Provisorischen Regierung mit dem Fürsten Lwow an der Spitze, den Zar Nikolaus II. noch vor der Februarumwälzung als Premierminister seiner Regierung ausersehen hatte. Der Provisorischen Regierung gehörten der Führer der Kadetten Miljukow, der Führer der Oktobristen Gutschkow und andere prominente Vertreter der Kapitalistenklasse an, als Vertreter der „Demokratie“ wurde der Sozialrevolutionär Kerenski hineingenommen.

So kam es dazu, daß die sozialrevolutionär-menschewistischen Führer des Exekutivkomitees des Sowjets die Macht an die Bourgeoisie auslieferten; der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten aber billigte, nachdem er hiervon Kenntnis erhalten hatte, durch Mehrheitsbeschluß die Handlungen der sozialrevolutionär-menschewistischen Führer, trotz der Proteste der Bolschewiki.

So wurde eine neue Staatsmacht in Rußland gebildet, die, wie Lenin sagte, aus Vertretern der „Bourgeoisie und der verbürgerlichten Gutsbesitzer“ bestand.

Aber neben der bürgerlichen Regierung existierte eine andere Macht — der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Die Soldatendeputierten im Sowjet waren in der Hauptsache Bauern, die für den Krieg mobilisiert worden waren. Der Sowjet der Arbeiter- und

Soldatendeputierten war das Organ des Bündnisses der Arbeiter und der Bauern gegen die zaristische Macht und zugleich das Organ ihrer eigenen Macht, das Organ der Diktatur der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

Somit ergab sich eine eigenartige Verflechtung von zwei Gewalten; zwei Diktaturen: der Diktatur der Bourgeoisie in Gestalt der Provisorischen Regierung und der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft in Gestalt des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Es ergab sich eine *Doppelherrschaft*.

Wodurch ist es zu erklären, daß die Mehrheit in den Sowjets anfangs den Menschewiki und Sozialrevolutionären zugefallen war?

Wodurch ist es zu erklären, daß die siegreichen Arbeiter und Bauern *freiwillig* die Macht an die Vertreter der Bourgeoisie abtraten?

Lenin erklärte dies damit, daß Millionen von Menschen erweckt und in die Politik hineingezogen wurden, die in der Politik nicht erfahren waren. Sie waren größtenteils Kleinbesitzer, Bauern, Arbeiter, die noch unlängst Bauern gewesen waren, Menschen, die zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat in der Mitte standen. Rußland war damals das kleinbürgerlichste Land unter allen großen europäischen Ländern. Und in diesem Lande „hat die riesige kleinbürgerliche Woge alles überflutet, sie hat das klassenbewußte Proletariat nicht nur durch ihre zahlenmäßige Stärke, sondern auch ideologisch überwältigt, das heißt, sie hat sehr breite Arbeiterkreise mit kleinbürgerlichen politischen Ansichten angesteckt, ergriffen“. (*Lenin/Stalin*, Das Jahr 1917, S. 49.)

Diese Woge kleinbürgerlicher Elementargewalt war es auch, die die kleinbürgerlichen Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre an die Oberfläche brachte.

Lenin wies darauf hin, daß eine andere Ursache in der veränderten Zusammensetzung des Proletariats während des Krieges und in der ungenügenden Bewußtheit und Organisiertheit des Proletariats zu Beginn der Revolution lag. Während des Krieges waren bedeutende Veränderungen in der Zusammensetzung des Proletariats selbst vor sich gegangen. Etwa 40 Prozent der Stamarbeiter waren zur Armee eingezogen. In die Betriebe waren in den Kriegsjahren viele Kleinrentümer, Kleingewerbetreibende, Ladenbesitzer hineingeraten, die sich dadurch vor der Einberufung drücken wollten und denen die proletarische Denkart fremd war.

Diese kleinbürgerlichen Arbeiterschichten waren denn auch der Nährboden für die kleinbürgerlichen Politiker, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre.

Das war der Grund, warum die in der Politik unerfahrenen breiten Volksmassen, überflutet von der Woge kleinbürgerlicher Elementargewalt und trunken von den ersten Erfolgen der Revolution, in den ersten Monaten der Revolution in den Bann der Paktiererparteien gerieten und sich dazu verstanden, der Bourgeoisie die Staatsmacht zu überlassen, in der naiven Meinung, daß die bürgerliche Macht die Sowjets an ihrer Arbeit nicht hindern werde.

Die bolschewistische Partei stand vor der Aufgabe, durch geduldige Aufklärungsarbeit in den Massen den imperialistischen Charakter der Provisorischen Regierung aufzudecken, den Verrat der Sozialrevolutionäre und Menschewiki zu entlarven und zu zeigen, daß es ohne Ersetzung der Provisorischen Regierung durch eine Regierung der Sowjets unmöglich sei, Frieden zu erlangen.

Und die Partei der Bolschewiki machte sich mit aller Energie an diese Arbeit.

Sie stellt ihre legalen Presseorgane wieder her. Bereits fünf Tage nach der Februarrevolution beginnt die Zeitung „Prawda“ in Petrograd zu erscheinen, einige Tage danach der „Sozialdemokrat“ in Moskau. Die Partei tritt nun an der Spitze der Massen auf, die sich von ihrem Vertrauen zur liberalen Bourgeoisie, von ihrem Vertrauen zu den Menschewiki und Sozialrevolutionären frei machen. Sie erklärt den Soldaten, den Bauern geduldig die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen mit der Arbeiterklasse. Sie erklärt ihnen, daß die Bauern ohne Weiterentwicklung der Revolution, ohne Ersetzung der bürgerlichen Provisorischen Regierung durch eine Regierung der Sowjets weder Frieden noch Boden erhalten würden.

Kurze Zusammenfassung

Der imperialistische Krieg entstand infolge der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder, infolge der Störung des Gleichgewichts zwischen den ausschlaggebenden Mächten, infolge der Notwendigkeit für die Imperialisten, die Welt durch Krieg neu aufzuteilen und ein neues Gleichgewicht der Kräfte zu schaffen.

Der Krieg hätte keinen so verheerenden Charakter gehabt und hätte vielleicht überhaupt nicht mit solcher Gewalt um sich gegriffen, wenn die Parteien der II. Internationale nicht die Sache der Arbeiterklasse verraten hätten, wenn sie nicht die Beschlüsse der Kongresse der II. Internationale gegen den Krieg gebrochen hätten, wenn sie sich entschlossen hätten, aktiv aufzutreten und die Arbeiterklasse gegen ihre imperialistischen Regierungen, gegen die Kriegsbrandstifter in den Kampf zu führen.

Die bolschewistische Partei erwies sich als die einzige proletarische Partei, die der Sache des Sozialismus und des Internationalismus treu blieb und den Bürgerkrieg gegen die imperialistische Regierung des eigenen Landes organisierte. Alle übrigen Parteien der II. Internationale, durch ihre leitenden Spitzen mit der Bourgeoisie verbunden, gaben sich dem Imperialismus gefangen, liefen auf die Seite der Imperialisten über.

Der Krieg, der ein Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus war, verschärfte diese Krise und schwächte den Weltkapitalismus. Die Arbeiter Rußlands und die Partei der Bolschewiki waren die ersten in der Welt, die die Schwäche des Kapitalismus erfolgreich ausnutzten, die Front des Imperialismus durchbrachen, den Zaren stürzten und Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten schufen.

Trunken von den ersten Erfolgen der Revolution und eingeschläfert durch die Beteuerungen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, daß von nun an alles gut gehen werde, schenkten breite Massen der Kleinbourgeoisie, der Soldaten, aber auch der Arbeiter, der Provisorischen Regierung Vertrauen und ließen ihr Unterstützung angedeihen.

Vor der bolschewistischen Partei erstand die Aufgabe, den von den ersten Erfolgen trunkenen Arbeiter- und Soldatenmassen klarzumachen, daß es noch weit sei bis zum vollen Sieg der Revolution; daß das Volk weder Frieden noch Boden noch Brot erhalten werde, solange die Macht sich in der Hand der bürgerlichen Provisorischen Regierung befindet und solange in den Sowjets die Paktierer, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, schalten und walten; daß es zum vollen Sieg notwendig sei, noch einen Schritt vorwärts zu machen und den Sowjets die Macht zu übergeben.

KAPITEL VII

Die Partei der Bolschewiki in der Periode der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Oktoberrevolution (April 1917—1918)

1

Die Lage im Lande nach der Februarrevolution · Die Partei tritt aus der Illegalität hervor und geht zu offener politischer Arbeit über · Die Ankunft Lenins in Petrograd · Die Aprilthesen Lenins · Die Einstellung der Partei auf den Übergang zur sozialistischen Revolution

Die Ereignisse und die Haltung der Provisorischen Regierung bestätigten tagtäglich die Richtigkeit der Linie der Bolschewiki. Sie zeigten immer klarer, daß die Provisorische Regierung nicht für das Volk, sondern gegen das Volk, nicht für den Frieden, sondern für den Krieg war, daß sie weder Frieden noch Boden noch Brot geben wollte und geben konnte. Die Aufklärungstätigkeit der Bolschewiki fand einen günstigen Boden.

Während die Arbeiter und Soldaten die zaristische Regierung niederwarfen und die Grundlagen der Monarchie zerstörten, steuerte die Provisorische Regierung entschieden auf die Erhaltung der Monarchie hin. Sie entsandte am 2. März 1917 insgeheim Gutschkow und Schulgin zum Zaren. Die Bourgeoisie wollte die Macht dem Bruder Nikolai Romanows, Michael, übergeben. Als jedoch Gutschkow in einer Versammlung der Eisenbahner seine Rede mit dem Rufe „Es lebe der Imperator Michael“ schloß, forderten die Arbeiter die sofortige Verhaftung und Durchsuchung Gutschkows und erwiderten entrüstet mit dem Sprichwort: „Der Meerrettich ist nicht weniger bitter als der Rettich.“

Es war klar, daß die Arbeiter die Wiederherstellung der Monarchie nicht dulden würden.

Während die Arbeiter und Bauern, die die Revolution durchführten und ihr Blut vergossen, erwarteten, daß mit dem Krieg Schluß gemacht werde, Brot und Boden verlangten und entschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Zerrüttung forderten, blieb die Provisorische Regierung gegenüber diesen lebenswichtigen

Forderungen des Volkes taub. Diese Regierung, die sich aus den prominentesten Vertretern der Kapitalisten und Gutsbesitzer zusammensetzte, dachte gar nicht daran, die Forderungen der Bauern, daß man ihnen den Boden übergebe, zu erfüllen. Sie konnte den Werkträgern auch kein Brot geben, denn hierzu hätte man die Interessen der Getreidegroßhändler antasten, den Gutsbesitzern, den Kulaken mit allen möglichen Mitteln das Getreide wegnehmen müssen; dazu entschloß sich aber die Regierung nicht, da sie selbst mit den Interessen dieser Klassen verbunden war. Sie konnte auch nicht den Frieden geben. Die mit den englischen und französischen Imperialisten verbundene Provisorische Regierung dachte keineswegs an die Einstellung des Krieges, sie versuchte im Gegenteil, die Revolution zu einer noch aktiveren Teilnahme Rußlands am imperialistischen Kriege auszunutzen, um ihre imperialistischen Pläne der Annexion Konstantinopels und der Meerengen, der Annexion Galiziens zu verwirklichen.

Es war klar, daß die vertrauensselige Einstellung der Volksmassen zur Politik der Provisorischen Regierung bald ein Ende nehmen mußte.

Es wurde klar, daß sich die Doppelherrschaft, die sich nach der Februarrevolution herausgebildet hatte, nicht mehr lange halten konnte, denn der Verlauf der Ereignisse erforderte es, daß die Macht an einer einzigen Stelle konzentriert werde: entweder bei der Provisorischen Regierung oder in den Händen der Sowjets.

Allerdings fand die Paktierpolitik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre vorläufig noch Unterstützung bei den Volksmassen. Noch gab es nicht wenige Arbeiter und noch mehr Soldaten und Bauern, die daran glaubten, daß „bald die Konstituierende Versammlung kommen und alles in bester Weise ordnen werde“, die daran glaubten, daß der Krieg nicht um Eroberungen, sondern aus Notwendigkeit, zur Verteidigung des Staates geführt werde. Lenin nannte solche Leute — in gutem Glauben irrende „Vaterlandsverteidiger“. Von allen diesen Leuten wurde die sozialrevolutionäre und menschewistische Politik der Versprechungen und Beschwichtigungen vorläufig noch als eine richtige Politik betrachtet. Es war aber klar, daß es mit Versprechungen und Beschwichtigungen nicht lange weitergehen konnte, denn der Verlauf der Ereignisse und die Haltung der Provisorischen Regierung enthüllten und zeigten Tag für Tag, daß die Paktierpolitik der Sozialrevolutionäre und Menschewiki eine Politik der Verschleppung und des Betruges an vertrauensseligen Leuten war.

Nicht immer beschränkte sich die Provisorische Regierung auf die Politik des versteckten Kampfes gegen die revolutionäre Massenbewegung, auf die Politik von Machenschaften, die hinter den Kulissen gegen die Revolution angezettelt wurden. Sie machte zuweilen Versuche, zum offenen Angriff gegen die demokratischen Freiheiten überzugehen, „die Disziplin wiederherzustellen“, besonders unter den Soldaten, „Ordnung zu schaffen“, das heißt die Revolution in den Rahmen zu zwingen, den die Bourgeoisie benötigte. Aber wie sehr sie sich auch in dieser Richtung bemühte, es gelang ihr nicht, und ungestüm setzten die Volksmassen die demokratischen Freiheiten, die Rede-, Presse-, Koalitions-, Versammlungs-, Demonstrationsfreiheit, in die Tat um. Die Arbeiter und Soldaten waren bestrebt, die von ihnen zum erstenmal eroberten demokratischen Rechte voll auszunutzen, um am politischen Leben des Landes aktiv teilzunehmen, um die neue Lage zu begreifen, sich in ihr zurechtzufinden und die Entscheidung zu treffen, was weiter zu tun sei.

Nach der Februarrevolution traten die Organisationen der bolschewistischen Partei, die unter dem Zarismus in überaus schweren Verhältnissen illegal gearbeitet hatten, aus der Illegalität hervor und begannen, eine offene politische und organisatorische Arbeit zu entfalten. Die Mitgliederzahl der Organisationen der Bolschewiki betrug in dieser Zeit nicht mehr als 40000—45000. Das waren aber kampfgestahlte Kader. Die Parteikomitees wurden auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus reorganisiert. Die Wählbarkeit aller Parteiorgane von unten bis oben wurde festgelegt.

Der Übergang der Partei zur Legalität brachte Meinungsverschiedenheiten in der Partei an den Tag. Kamenew und einige Mitglieder der Moskauer Organisation, zum Beispiel Rykow, Bubnow und Nogen, vertraten den halbmenschwistischen Standpunkt der bedingten Unterstützung der Provisorischen Regierung und der Politik der „Vaterlandsverteidiger“. Stalin, der soeben aus der Verbannung zurückgekehrt war, Molotow und andere verfochten zusammen mit der Mehrheit der Partei die Politik des Mißtrauens gegen die Provisorische Regierung, wandten sich gegen die Politik der „Vaterlandsverteidigung“ und riefen zum aktiven Kampf für den Frieden auf, zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Ein Teil der Parteiarbeiter schwankte, und darin kam ihre politische Zurückgebliebenheit infolge langjähriger Gefängnishaft oder Verbannung zum Ausdruck.

Man fühlte, daß der Führer der Partei, daß Lenin fehlte.

Am 3. (16.) April 1917 kehrte Lenin aus langjährigem Exil nach Rußland zurück.

Die Ankunft Lenins war für die Partei, für die Revolution von ungeheurer Bedeutung.

Noch aus der Schweiz schrieb Lenin, kaum daß er die ersten Nachrichten über die Revolution erhalten hatte, in den „Briefen aus der Ferne“ an die Partei und die Arbeiterklasse Rußlands:

„Arbeiter! Ihr habt im Bürgerkrieg gegen den Zarismus Wunder an proletarischem Heldentum, an Volksheldentum vollbracht. Ihr müßt Wunder an Organisation des Proletariats und des gesamten Volkes vollbringen, um euren Sieg in der zweiten Etappe der Revolution vorzubereiten.“ (*Lenin/Stalin*, Das Jahr 1917, S. 15.)

Lenin traf am 3. April nachts in Petrograd ein. Auf dem Finnländischen Bahnhof und auf dem Platze vor dem Bahnhof hatten sich Tausende von Arbeitern, Soldaten und Matrosen versammelt, um Lenin zu begrüßen. Unbeschreibliche Begeisterung erfaßte die Massen, als Lenin aus dem Waggon trat. Sie hoben Lenin auf ihre Hände, und so trugen sie ihren Führer in den großen Saal des Bahnhofs, wo die Menschewiki Tschcheidse und Skobelew im Namen des Petrograder Sowjets „Begrüßungsreden“ aufzusagen begannen, in denen sie „der Hoffnung Ausdruck gaben“, daß Lenin eine „gemeinsame Sprache“ mit ihnen finden werde. Aber Lenin hörte sie gar nicht an, ging an ihnen vorbei zur Masse der Arbeiter und Soldaten und hielt von einem Panzerauto seine berühmte Rede, in der er die Massen zum Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution aufrief. „Es lebe die sozialistische Revolution!“, so schloß Lenin diese seine erste Rede nach langen Jahren des Exils.

Nach der Ankunft in Rußland widmete sich Lenin mit aller Energie der revolutionären Arbeit. Am Tage nach seiner Ankunft hielt Lenin in einer Versammlung der Bolschewiki ein Referat über Krieg und Revolution und wiederholte dann die Thesen seines Referats in einer Versammlung, in der außer Bolschewiki auch Menschewiki anwesend waren.

Das waren die berühmten Aprilthesen Lenins, die der Partei und

dem Proletariat die klare revolutionäre Linie des Übergangs von der bürgerlichen Revolution zur sozialistischen Revolution gaben.

Lenins Thesen waren für die Revolution, für die weitere Arbeit der Partei von gewaltiger Bedeutung. Die Revolution bedeutete den größten Umschwung im Leben des Landes, und die Partei bedurfte unter den neuen Kampfbedingungen, nach dem Sturze des Zarismus, einer neuen Orientierung, um kühn und sicher den neuen Weg zu gehen. Lenins Thesen gaben der Partei diese Orientierung.

Lenins Aprilthesen umrissen den genialen Plan des Kampfes der Partei für den Übergang von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution, für den Übergang von der ersten Etappe der Revolution zur zweiten, zur Etappe der sozialistischen Revolution. Die Partei war durch ihre ganze bisherige Geschichte für diese große Aufgabe vorbereitet. Schon im Jahre 1905 hatte Lenin in seiner Broschüre „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ geschrieben, das Proletariat werde nach dem Sturz des Zarismus zur Durchführung der sozialistischen Revolution übergehen. Das Neue in den Thesen bestand darin, daß sie einen theoretisch begründeten konkreten Plan boten, wie der Übergang zur sozialistischen Revolution in Angriff zu nehmen sei.

Auf wirtschaftlichem Gebiete bestanden die Übergangsmaßnahmen in folgendem: Nationalisierung des gesamten Bodens im Lande bei Konfiskation der Ländereien der Gutsbesitzer, Verschmelzung aller Banken zu einer Nationalbank, Einführung der Kontrolle über die Nationalbank durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten, Einführung der Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Produkte.

Auf politischem Gebiete schlug Lenin den Übergang von der parlamentarischen Republik zur Sowjetrepublik vor. Das war ein wichtiger Schritt vorwärts auf dem Gebiete der Theorie und Praxis des Marxismus. Bis dahin hielten die marxistischen Theoretiker die parlamentarische Republik für die beste politische Form des Übergangs zum Sozialismus. Jetzt schlug Lenin vor, die parlamentarische Republik durch die Sowjetrepublik zu ersetzen, als die zweckmäßigste Form der politischen Organisation der Gesellschaft in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

„Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland“, hieß es in den Thesen, „besteht im *Übergang* von der ersten Etappe der

Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß.“ (*Lenin/Stalin*, Das Jahr 1917, S.21.)

Und ferner:

„Keine parlamentarische Republik – von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren, wäre ein Schritt rückwärts –, sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben.“ (Ebenda, S.22.)

Der Krieg, sagte Lenin, bleibt auch unter der neuen, der Provisorischen Regierung ein räuberischer, imperialistischer Krieg. Die Aufgabe der Partei besteht darin, die Massen darüber aufzuklären und ihnen zu zeigen, daß es ohne den Sturz der Bourgeoisie unmöglich ist, den Krieg durch einen wahrhaft demokratischen Frieden und nicht durch einen Gewaltfrieden zu beenden.

Der Provisorischen Regierung gegenüber stellte Lenin die Losung auf: „Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung!“

Lenin wies weiter in seinen Thesen darauf hin, daß unsere Partei in den Sowjets vorläufig in der Minderheit war, daß dort der Block der Menschewiki und Sozialrevolutionäre herrschte, die den Einfluß der Bourgeoisie in das Proletariat hineintrugen. Daher bestand die Aufgabe der Partei in der

„Aufklärung der Massen darüber, daß die Sowjets der Arbeiterdeputierten die *einzig mögliche* Form der revolutionären Regierung sind, und daß daher unsere Aufgabe, solange sich *diese* Regierung von der Bourgeoisie beeinflussen läßt, nur in geduldiger, systematischer, beharrlicher, besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen angepaßter *Aufklärung* über die Fehler ihrer Taktik bestehen kann. Solange wir in der Minderheit sind, leisten wir die Arbeit der Kritik und Klarstellung der Fehler, wobei wir gleichzeitig die Notwendigkeit des Übergangs der gesamten Staatsmacht an die Sowjets der Arbeiterdeputierten propagieren . . .“ (Ebenda, S.22.)

Das bedeutete, daß Lenin nicht zum Aufstand gegen die Provisorische Regierung aufrief, die in diesem Momente das Vertrauen der Sowjets genoß, daß er nicht ihren Sturz forderte, sondern danach strebte, durch Aufklärungs- und Werbearbeit die Mehrheit in den Sowjets zu gewinnen, die Politik der Sowjets zu ändern, durch die Sowjets aber die Zusammensetzung und die Politik der Regierung zu ändern.

Das war die Einstellung auf eine friedliche Entwicklung der Revolution.

Lenin forderte ferner, daß die Partei sich der „schmutzigen Wäsche“ entledige — auf den Namen Sozialdemokratische Partei verzichte. Sozialdemokraten nannten sich sowohl die Parteien der II. Internationale als auch die russischen Menschewiki. Dieser Name war von den Opportunisten, den Verrätern am Sozialismus, beschmutzt und geschändet worden. Lenin machte den Vorschlag, die bolschewistische Partei *Kommunistische Partei* zu nennen, wie Marx und Engels ihre Partei genannt hatten. Dieser Name ist wissenschaftlich richtig, denn das Endziel der bolschewistischen Partei ist die Verwirklichung des Kommunismus. Vom Kapitalismus kann die Menschheit unmittelbar nur zum Sozialismus übergehen, das heißt zum Gemeinbesitz an den Produktionsmitteln und zur Verteilung der Produkte nach dem Maße der Arbeitsleistung jedes einzelnen. Lenin sagte, daß unsere Partei weiter blicke. Der Sozialismus muß unvermeidlich allmählich in den Kommunismus hinüberwachsen, auf dessen Banner geschrieben steht: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

Schließlich forderte Lenin in seinen Thesen die Schaffung einer neuen, von Opportunismus, von Sozialchauvinismus freien Internationale, die Schaffung der III., der Kommunistischen Internationale.

Lenins Thesen riefen bei der Bourgeoisie, bei den Menschewiki und den Sozialrevolutionären wütendes Geheul hervor.

Die Menschewiki wandten sich an die Arbeiter mit einem Aufruf, der mit der Warnung begann: „Die Revolution ist in Gefahr.“ Die Gefahr bestand nach der Meinung der Menschewiki darin, daß die Bolschewiki die Forderung des Übergangs der Macht an die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten aufgestellt hatten.

Plechanow veröffentlichte in seiner Zeitung „Jedinstwo“ (Einheit) einen Artikel, in dem er Lenins Rede eine „Fieberphantasie“ nannte.

Plechanow berief sich auf die Worte des Menschewiks Tschcheidse, der erklärt hatte: „Außerhalb der Revolution wird nur Lenin bleiben, wir aber gehen unseren Weg.“

Am 14. April fand die Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki statt. Sie billigte die Thesen Lenins und legte sie ihrer Arbeit zugrunde.

Bald darauf billigten auch die Ortsorganisationen der Partei die Thesen Lenins.

Die *gesamte Partei*, mit Ausnahme einiger Einzelgänger vom Schlage eines Kamenew, Rykow, Pjatakow, nahm die Thesen Lenins mit größter Befriedigung auf.

2

Der Beginn der Krise der Provisorischen Regierung Die Aprilkonferenz der bolschewistischen Partei

Während sich die Bolschewiki auf die weitere Entfaltung der Revolution vorbereiteten, setzte die Provisorische Regierung ihr volksfeindliches Werk fort. Am 18. April erklärte der Außenminister der Provisorischen Regierung, Miljukow, den Verbündeten, „das ganze Volk sei bestrebt, den Weltkrieg bis zum entscheidenden Sieg weiterzuführen, und die Provisorische Regierung beabsichtige, die unseren Verbündeten gegenüber übernommenen Verpflichtungen in vollem Umfange einzuhalten“.

Somit gelobte die Provisorische Regierung den zaristischen Verträgen Treue und versprach, noch so viel Blut des Volkes zu vergießen, als die Imperialisten zur Erreichung des „Endsiegens“ benötigen.

Am 19. April wurde diese Erklärung („Note Miljukows“) den Arbeitern und Soldaten bekannt. Am 20. April rief das Zentralkomitee der Partei der Bolschewiki die Massen zum Protest gegen die imperialistische Politik der Provisorischen Regierung auf. Am 20. und 21. April (3. und 4. Mai) 1917 marschierten die Arbeiter- und Soldatenmassen, von Empörung über die „Note Miljukows“ ergriffen, in einer Anzahl von mindestens 100 000 Personen zu einer Demonstration auf. Auf den Fahnen leuchteten die Losungen: „Die Geheimverträge veröffentlichen!“, „Nieder mit dem Krieg!“, „Alle Macht den Sowjets!“ Die Arbeiter und Soldaten marschierten aus

den Vororten zum Stadtzentrum, zum Sitz der Provisorischen Regierung. Auf dem Newski-Prospekt und an anderen Stellen kam es zu Zusammenstößen mit einzelnen Gruppen der Bourgeoisie.

Die unverblümtesten Konterrevolutionäre, wie General Kornilow, riefen zur Niedermetzlung der Demonstranten auf und erteilten sogar dementsprechende Befehle. Aber die Truppenteile, die diese Befehle erhielten, weigerten sich, sie auszuführen.

Eine kleine Gruppe von Mitgliedern des Petrograder Parteikomitees (Bagdatjew und andere) stellte während der Demonstration die Losung des sofortigen Sturzes der Provisorischen Regierung auf. Das Zentralkomitee der Partei der Bolschewiki verurteilte aufs schärfste die Haltung dieser „linken“ Abenteurer, da es diese Losung für eine unzeitgemäße und unrichtige Losung hielt, die die Partei hinderte, die Mehrheit der Sowjets für sich zu gewinnen, und die der Einstellung der Partei auf eine friedliche Entwicklung der Revolution widersprach.

Die Ereignisse vom 20. und 21. April bedeuteten den Beginn der Krise der Provisorischen Regierung.

Das war der erste bedeutende Riß in der Paktiererpolitik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre.

Am 2. Mai 1917 mußten Miljukow und Gutschkow unter dem Druck der Massen aus der Provisorischen Regierung ausscheiden.

Es wurde die erste Provisorische *Koalition*-Regierung gebildet, in die neben Vertretern der Bourgeoisie auch Menschewiki (Skobelew, Zereteli) und Sozialrevolutionäre (Tschernow, Kerenski u. a.) eintraten.

Somit hielten die Menschewiki, die im Jahre 1905 die Zulässigkeit der Teilnahme von Vertretern der Sozialdemokratie an einer *revolutionären* Provisorischen Regierung verneint hatten, jetzt die Teilnahme ihrer Vertreter an einer *konterrevolutionären* Provisorischen Regierung für zulässig.

Das war der Übergang der Menschewiki und Sozialrevolutionäre in das Lager der konterrevolutionären Bourgeoisie.

Am 24. April 1917 wurde die VII. Konferenz (die Aprilkonferenz) der Bolschewiki eröffnet. Zum erstenmal seit Bestehen der Partei trat eine Konferenz der Bolschewiki offen zusammen, eine Konferenz, die ihrer Bedeutung nach in der Geschichte der Partei keinen geringeren Platz einnimmt als ein Parteitag.

Die Allrussische Aprilkonferenz zeigte das stürmische Wachstum

der Partei. Auf der Konferenz waren 133 Delegierte mit beschließender und 18 Delegierte mit beratender Stimme anwesend. Sie vertraten 80 000 organisierte Parteimitglieder.

Die Konferenz erörterte und arbeitete die Linie der Partei aus für alle grundlegenden Fragen des Krieges und der Revolution: für die Fragen der gegenwärtigen Lage, des Krieges, der Provisorischen Regierung, der Sowjets, für die Agrarfrage, die nationale Frage usw.

Lenin entwickelte in seinem Referat die Leitsätze, die er bereits früher in den Aprilthesen ausgesprochen hatte. Die Aufgabe der Partei bestand in der Durchführung des Übergangs von der ersten Etappe der Revolution, „die der Bourgeoisie die Macht gab... zur zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß“ (Lenin). Die Partei muß den Kurs auf die Vorbereitung der sozialistischen Revolution einschlagen. Die nächste Aufgabe der Partei faßte Lenin in der Losung zusammen: „Alle Macht den Sowjets!“

Die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ bedeutete, daß es notwendig war, mit der Doppelherrschaft, das heißt mit der Teilung der Macht zwischen der Provisorischen Regierung und den Sowjets, Schluß zu machen, daß die *gesamte* Macht den Sowjets übergeben werden mußte und daß die Vertreter der Gutsbesitzer und Kapitalisten aus den Machtorganen vertrieben werden mußten.

Die Konferenz stellte fest, eine der wichtigsten Aufgaben der Partei bestehe in der unermüdlichen Aufklärung der Massen über die Wahrheit, daß „die Provisorische Regierung ihrem Charakter nach ein Organ der Herrschaft der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie darstellt“, sowie in der Entlarvung der Verderblichkeit der Paktierpolitik der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die das Volk mit lügnerischen Versprechungen betrogen und es den Schlägen des imperialistischen Krieges und der Konterrevolution aussetzten.

Auf der Konferenz traten Kamenew und Rykow gegen Lenin auf. Sie plapperten den Menschewiki nach, daß Rußland für die sozialistische Revolution nicht reif sei, daß in Rußland nur eine bürgerliche Republik möglich sei. Sie schlugen der Partei und der Arbeiterklasse vor, sich darauf zu beschränken, die Provisorische Regierung zu „kontrollieren“. Im Grunde genommen standen sie, ebenso wie die Menschewiki, auf der Position der Erhaltung des Kapitalismus, der Erhaltung der Macht der Bourgeoisie.

Auch Sinowjew trat auf der Konferenz gegen Lenin auf, und zwar in der Frage, ob die bolschewistische Partei in der Zimmerwalder Vereinigung bleiben oder mit dieser Vereinigung brechen und eine neue Internationale schaffen solle. Wie die Kriegsjahre zeigten, hatte diese Vereinigung, die eine Propaganda für den Frieden betrieb, dennoch mit den bürgerlichen Vaterlandsverteidigern faktisch nicht gebrochen. Daher bestand Lenin auf dem sofortigen Austritt aus dieser Vereinigung und auf der Organisierung einer neuen, der Kommunistischen Internationale. Sinowjew stellte den Antrag, mit den Zimmerwaldern zusammenzubleiben. Lenin verurteilte entschieden dieses Auftreten Sinowjews und nannte seine Taktik „erzopportunistisch und schädlich“.

Die Aprilkonferenz behandelte auch die Agrarfrage und die nationale Frage.

Zum Referat Lenins über die Agrarfrage faßte die Konferenz den Beschluß über die Konfiskation des Gutsbesitzerlandes und seine Übergabe in die Verfügungsgewalt der Bauernkomitees, sowie über die Nationalisierung des gesamten Bodens im Lande. Die Bolschewiki riefen die Bauernschaft zum Kampf um den Boden auf und lieferten den Bauernmassen den Beweis, daß die Partei der Bolschewiki die einzige revolutionäre Partei ist, die den Bauern durch die Tat hilft, die Gutsbesitzer zu stürzen.

Von großer Bedeutung war das Referat des Genossen Stalin über die nationale Frage. Lenin und Stalin hatten schon vor der Revolution, am Vorabend des imperialistischen Krieges, die Grundlagen der Politik der bolschewistischen Partei in der nationalen Frage ausgearbeitet. Lenin und Stalin legten dar, daß die proletarische Partei die gegen den Imperialismus gerichtete nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker unterstützen muß. In Verbindung damit verfocht die bolschewistische Partei das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung und Bildung selbständiger Staaten. Diesen Standpunkt vertrat auf der Konferenz der Referent des Zentralkomitees, Genosse Stalin.

Gegen Lenin und Stalin trat Pjatakow auf, der schon in den Kriegsjahren gemeinsam mit Bucharin in der nationalen Frage eine nationalchauvinistische Stellung bezogen hatte. Pjatakow und Bucharin waren gegen das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung.

Die entschlossene und konsequente Position der Partei in der natio-

nalen Frage, der Kampf der Partei für die völlige Gleichberechtigung der Nationen und für die Aufhebung aller Formen der nationalen Unterdrückung und nationalen Nichtgleichberechtigung sicherten der Partei die Sympathien und die Unterstützung der unterdrückten Nationalitäten.

Hier der Wortlaut der Resolution zur nationalen Frage, die von der Aprilkonferenz angenommen wurde:

„Die Politik der nationalen Unterdrückung, ein Erbstück der Selbstherrschaft und der Monarchie, wird von den Gutsbesitzern, den Kapitalisten und dem Kleinbürgertum aufrechterhalten, um ihre Klassenprivilegien zu wahren und die Arbeiter der verschiedenen Völkerschaften zu entzweien. Der moderne Imperialismus, der die Bestrebungen zur Unterwerfung schwacher Völker verstärkt, ist ein neuer Faktor der Verschärfung der nationalen Unterdrückung.

Soweit die Beseitigung der nationalen Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft erreichbar ist, ist sie nur möglich bei einer konsequent-demokratischen republikanischen Staatsordnung und Staatsverwaltung, die die völlige Gleichberechtigung aller Nationen und Sprachen sichert.

Allen Nationen, die zu Rußland gehören, muß das Recht auf freie Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates zuerkannt werden. Die Verneinung dieses Rechtes und die Unterlassung von Maßnahmen, die seine praktische Durchführbarkeit verbürgen, ist gleichbedeutend mit der Unterstützung der Eroberungs- oder Annexionspolitik. Nur die Anerkennung des Rechtes der Nationen auf Lostrennung seitens des Proletariats sichert die volle Solidarität der Arbeiter der verschiedenen Nationen und fördert die wirklich demokratische Annäherung der Nationen . . .

Die Frage des Rechtes der Nationen auf freie Lostrennung darf nicht verwechselt werden mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung dieser oder jener Nation in diesem oder jenem Augenblick. Diese letztere Frage muß von der Partei des Proletariats in jedem einzelnen Falle vollkommen selbständig gelöst werden, und zwar vom Standpunkt der Interessen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung und des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus.

Die Partei fordert eine weitgehende Gebietsautonomie, die Beseitigung der Überwachung von oben, die Abschaffung der obligatorischen Staatssprache und die Festlegung der Grenzen der Selbstverwaltungsgebiete und der autonomen Gebiete auf Grund der von der örtlichen Bevölkerung selbst festzustellenden Wirtschafts- und Lebensverhältnisse, der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung usw.

Die Partei des Proletariats lehnt die sogenannte ‚national-kulturelle Autonomie‘ entschieden ab, bei der das Schulwesen usw. der Zuständigkeit des Staates entzogen und in die Hände einer Art nationaler Landtage gelegt wird. Die Arbeiter, die an ein und demselben Ort wohnen und sogar in ein und denselben Betrieben arbeiten, werden durch die national-kulturelle Autonomie nach ihrer Zugehörigkeit zu dieser oder jener ‚nationalen Kultur‘ künstlich abgesondert, das heißt die Verbindung der Arbeiter mit der bürgerlichen Kultur der einzelnen Nationen wird gestärkt, während doch die Aufgabe der Sozialdemokratie darin besteht, die internationale Kultur des Weltproletariats zu stärken.

Die Partei fordert die Aufnahme eines grundlegenden Gesetzes in die Verfassung, wonach alle wie immer gearteten Privilegien einer oder der anderen Nation, alle wie immer gearteten Verstöße gegen die Rechte der nationalen Minderheiten für ungültig erklärt werden.

Die Interessen der Arbeiterklasse erfordern den Zusammenschluß der Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands in einheitlichen proletarischen Organisationen, politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen Bildungsorganisationen usw. Nur ein solcher Zusammenschluß der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten in einheitlichen Organisationen gibt dem Proletariat die Möglichkeit, einen siegreichen Kampf gegen das internationale Kapital und gegen den bürgerlichen Nationalismus zu führen.“ (*Lenin/Stalin*, Das Jahr 1917, S. 137/38.)

Auf diese Weise wurde auf der Aprilkonferenz die opportunistische, antileninistische Linie Kamenews, Sinowjews, Pjatakows, Bucharins, Rykows und ihrer wenigen Gesinnungsgenossen entlarvt.

Die Konferenz stellte sich einmütig hinter Lenin, bezog in allen wichtigen Fragen eine klare Stellung und nahm Kurs auf den Sieg der sozialistischen Revolution.

*Die Erfolge der bolschewistischen Partei in der Hauptstadt
Die mißglückte Offensive der Truppen der Provisorischen Regierung
an der Front · Die Niederschlagung der Julidemonstration der Arbeiter
und Soldaten*

Die Partei entfaltete auf der Grundlage der Beschlüsse der Aprilkonferenz eine gewaltige Arbeit zur Eroberung der Massen, zu ihrer Kampfschulung und Organisierung. Die Linie der Partei bestand in dieser Periode darin, durch geduldige Aufklärung über die bolschewistische Politik und durch Entlarvung des Paktierertums der Menschewiki und Sozialrevolutionäre diese Parteien von den Massen zu isolieren und die Mehrheit in den Sowjets zu erobern.

Außer der Arbeit in den Sowjets entfalteten die Bolschewiki eine gewaltige Tätigkeit in den Gewerkschaften und Betriebsräten.

Insbesondere leisteten die Bolschewiki eine große Arbeit in der Armee. Überall ging man an die Schaffung von Militärorganisationen. An der Front und im Hinterland arbeiteten die Bolschewiki unermüdlich an der Organisierung der Soldaten und Matrosen. Eine besonders große Rolle spielte bei der Revolutionierung der Soldaten die bolschewistische Frontzeitung „Okopnaja Prawda“ (Schützengraben-Prawda).

Dank dieser Propaganda- und Agitationsarbeit der Bolschewiki nahmen die Arbeiter bereits in den ersten Monaten der Revolution in vielen Städten Neuwahlen der Sowjets vor, insbesondere der Bezirksowjets, warfen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre aus den Sowjets hinaus und wählten an ihrer Stelle Anhänger der bolschewistischen Partei.

Die Arbeit der Bolschewiki zeitigte ausgezeichnete Resultate, besonders in Petrograd.

Vom 30. Mai bis 3. Juni 1917 tagte die Petrograder Konferenz der Betriebsräte. Auf dieser Konferenz standen bereits drei Viertel der Delegierten hinter den Bolschewiki. Das Petrograder Proletariat folgte fast restlos der bolschewistischen Losung „Alle Macht den Sowjets!“

Am 3. (16.) Juni 1917 trat der I. Allrussische Sowjetkongreß zusammen. Die Bolschewiki waren in den Sowjets noch in der Minderheit, sie hatten auf dem Kongreß etwas mehr als 100 Delegierte gegenüber 700–800 Menschewiki, Sozialrevolutionären und anderen.

Die Bolschewiki enthüllten auf dem I. Sowjetkongreß beharrlich die Verderblichkeit des Paktierens mit der Bourgeoisie und deckten den imperialistischen Charakter des Krieges auf. Lenin hielt auf dem Kongreß eine Rede, in der er die Richtigkeit der Linie der Bolschewiki nachwies und erklärte, daß nur die Macht der Sowjets den Werktätigen Brot und den Bauern Boden geben kann, daß nur sie den Frieden erringen und das Land aus der wirtschaftlichen Zerrüttung herausführen kann.

In dieser Zeit war in den Arbeiterbezirken Petrograds eine Massenkampagne für die Organisierung einer Demonstration und für die Unterbreitung von Forderungen an den Sowjetkongreß im Gange. Von dem Wunsche geleitet, einer von der Arbeiterschaft auf eigene Faust durchgeführten Demonstration zuvorzukommen, und in der Hoffnung, die revolutionäre Stimmung der Massen für seine Zwecke ausnutzen zu können, beschloß das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets, für den 18. Juni (1. Juli) eine Demonstration in Petrograd anzusetzen. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre rechneten darauf, daß die Demonstration unter antibolschewistischen Losungen verlaufen werde. Die bolschewistische Partei traf energische Vorbereitungen zu dieser Demonstration. Genosse Stalin schrieb damals in der „Prawda“: „... Unsere Aufgabe ist es, durchzusetzen, daß die Demonstration in Petrograd am 18. Juni unter unseren revolutionären Losungen verlaufe.“

Die Demonstration vom 18. Juni 1917, die an den Gräbern der Opfer der Revolution stattfand, wurde zu einer wahren Heerschau der Kräfte der bolschewistischen Partei. Sie zeigte den zunehmenden revolutionären Geist der Massen und ihr steigendes Vertrauen zur bolschewistischen Partei. Die Losungen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die dazu aufforderten, der Provisorischen Regierung Vertrauen zu schenken und den Krieg fortzusetzen, gingen in der gewaltigen Masse bolschewistischer Losungen unter. 400 000 Demonstranten marschierten unter Bannern, die die Losungen trugen: „Nieder mit dem Krieg!“, „Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern!“, „Alle Macht den Sowjets!“

Das war ein völliges Fiasko der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, ein Fiasko der Provisorischen Regierung in der Hauptstadt.

Die Provisorische Regierung jedoch, die die Unterstützung des I. Sowjetkongresses gefunden hatte, beschloß, die imperialistische Politik

fortzusetzen. Gerade am 18. Juni jagte die Provisorische Regierung, den Willen der englischen und französischen Imperialisten erfüllend, die Soldaten an der Front in die Offensive. In dieser Offensive sah die Bourgeoisie die einzige Möglichkeit, mit der Revolution Schluß zu machen. Im Falle des Gelingens der Offensive hoffte die Bourgeoisie, die ganze Macht in ihre Hände nehmen, die Sowjets beiseite drängen und die Bolschewiki niederschlagen zu können. Bei einem Mißerfolg konnte man die ganze Schuld denselben Bolschewiki in die Schuhe schieben und sie bezichtigen, die Armee zersetzt zu haben.

Es war mit Sicherheit anzunehmen, daß die Offensive scheitern werde. Und sie scheiterte in der Tat. Die Soldaten waren ermüdet, sie verstanden die Ziele der Offensive nicht, sie hegten Mißtrauen gegen das ihnen fremd gegenüberstehende Offizierkorps, es mangelte an Munition und Artillerie — all dies entschied den Zusammenbruch der Offensive an der Front.

Die Nachricht von der Offensive an der Front und sodann vom Zusammenbruch der Offensive brachte die Hauptstadt in Erregung. Die Empörung der Arbeiter und Soldaten kannte keine Grenzen. Es zeigte sich, daß die Provisorische Regierung das Volk betrogen hatte, als sie die Friedenspolitik verkündete. Es zeigte sich, daß die Provisorische Regierung den imperialistischen Krieg fortführen wollte. Es zeigte sich, daß das Allrussische Zentralausführungskomitee der Sowjets und der Petrograder Sowjet sich den verbrecherischen Handlungen der Provisorischen Regierung nicht widersetzen wollten oder nicht widersetzen konnten und daß sie selbst hinter ihr einhertrotteten.

Die revolutionäre Empörung der Petrograder Arbeiter und Soldaten schäumte über. Am 3. (16.) Juli kam es in Petrograd, im Wiborger Stadtteil, zu spontanen Demonstrationen. Sie dauerten den ganzen Tag an. Die einzelnen Demonstrationen schwollen zu einer allgemein grandiosen bewaffneten Demonstration an unter der Losung des Übergangs der Macht an die Sowjets. Die bolschewistische Partei war gegen eine bewaffnete Aktion in diesem Moment, da sie der Auffassung war, daß die revolutionäre Krise noch nicht herangereift sei, daß die Armee und die Provinz noch nicht zur Unterstützung des Aufstandes in der Hauptstadt bereit seien, daß ein isolierter und vorzeitiger Aufstand in der Hauptstadt es der Konterrevolution nur erleichtern könne, die Vorhut der Revolution zu zerschlagen. Als aber klar wurde, daß es unmöglich war, die Massen von der Demonstration abzuhalten, beschloß

die Partei, an der Demonstration teilzunehmen, um ihr einen friedlichen und organisierten Charakter zu verleihen. Dies gelang der Partei der Bolschewiki, und Hunderttausende von Demonstranten marschierten zum Petrograder Sowjet und zum Allrussischen Zentralkomitee der Sowjets und forderten von den Sowjets, sie sollten die Macht übernehmen, mit der imperialistischen Bourgeoisie brechen und eine aktive Friedenspolitik durchführen.

Trotz des friedlichen Charakters der Demonstration wurden gegen die Demonstranten reaktionäre Truppenteile, Abteilungen von Offizieren und Offiziersschülern, aufgeboten. In den Straßen von Petrograd floß das Blut der Arbeiter und Soldaten in Strömen. Zur Niedermetzlung der Arbeiter wurden von der Front die rückständigsten, konterrevolutionärsten Truppenteile herbeigeholt.

Nachdem die Menschewiki und Sozialrevolutionäre im Bunde mit der Bourgeoisie und den weißgardistischen Generalen die Arbeiter- und Soldatendemonstration niedergeschlagen hatten, stürzten sie sich auf die bolschewistische Partei. Die Redaktionsräume der „Prawda“ wurden demoliert. Die „Prawda“, die „Soldatskaja Prawda“ und eine Reihe anderer bolschewistischer Zeitungen wurden verboten. Auf der Straße wurde der Arbeiter Wojinow von Offiziersschülern ermordet, nur weil er die Zeitung „Listok Prawdy“ verkauft hatte. Man begann die Rotgardisten zu entwaffnen. Die revolutionären Truppenteile der Petrograder Garnison wurden aus der Hauptstadt entfernt und an die Front abtransportiert. Im Hinterland und an den Fronten erfolgten Verhaftungen. Am 7. Juli wurde ein Haftbefehl gegen Lenin erlassen. Eine Reihe bedeutender Funktionäre der bolschewistischen Partei wurde verhaftet. Die Druckerei „Trud“, die bolschewistische Schriften druckte, wurde demoliert. In der Mitteilung des Staatsanwalts der Petrograder Gerichtskammer hieß es, daß Lenin und eine Reihe anderer Bolschewiki wegen „Hochverrats“ und Organisation eines bewaffneten Aufstandes vor Gericht gestellt würden. Die Anklageschrift gegen Lenin wurde im Stabe des Generals Denikin auf Grund der Aussagen von Spionen und Provokateuren fabriziert.

Somit war die Provisorische Koalitionsregierung, der so prominente Vertreter der Menschewiki und Sozialrevolutionäre angehörten wie Zereteli und Skobelew, Kerenski und Tschernow, in dem Sumpf des unverhüllten Imperialismus und der Konterrevolution versunken. Statt der Friedenspolitik betrieb sie eine Politik der Fortführung des Krieges.

Statt die demokratischen Rechte des Volkes zu schützen, betrieb sie eine Politik der Abschaffung dieser Rechte und der bewaffneten Abrechnung mit den Arbeitern und Soldaten.

Was die Vertreter der Bourgeoisie — Gutschkow und Miljukow — nicht gewagt hatten, dazu entschlossen sich die „Sozialisten“ — Kerenski und Zereteli, Tschernow und Skobelew.

Die Doppelherrschaft war zu Ende.

Sie endete zugunsten der Bourgeoisie, denn die ganze Macht ging an die Provisorische Regierung über, und die Sowjets mit ihrer sozial-revolutionär-menschewistischen Führung verwandelten sich in ein Anhängsel der Provisorischen Regierung.

Die friedliche Periode der Revolution war zu Ende, denn auf die Tagesordnung wurden die Bajonette gesetzt.

Angesichts der veränderten Situation beschloß die bolschewistische Partei, ihre Taktik zu ändern. Sie ging zur Illegalität über, verbarg ihren Führer Lenin in tiefster Illegalität und begann zum Aufstand zu rüsten, um die Macht der Bourgeoisie mit Waffengewalt zu stürzen und die Sowjetmacht zu errichten.

4

Der Kurs der Partei der Bolschewiki auf die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands • Der VI. Parteitag

Inmitten einer ungläublichen Hetze, die die bürgerliche und kleinbürgerliche Presse entfachte, trat in Petrograd der VI. Parteitag der Bolschewiki zusammen. Er trat zehn Jahre nach dem V. Londoner Parteitag und fünf Jahre nach der Prager Konferenz der Bolschewiki zusammen. Der Parteitag dauerte vom 26. Juli bis zum 3. August 1917 und tagte illegal. In der Presse wurde nur die Einberufung des Parteitags mitgeteilt, nicht aber der Tagungsort. Die ersten Sitzungen gingen im Wiborger Stadtteil vor sich. Die letzten Sitzungen wurden in einem Schulgebäude am Narwa-Tor abgehalten, wo jetzt der Kulturpalast errichtet ist. Die bürgerliche Presse forderte die Verhaftung der Parteitagsteilnehmer. Die Geheimagenten liefen sich die Füße wund, um den Tagungsort des Parteitags ausfindig zu machen, fanden ihn aber nicht.

Somit waren die Bolschewiki fünf Monate nach dem Sturze des Zarismus gezwungen, sich im geheimen zu versammeln, und der Führer

der proletarischen Partei, Lenin, war gezwungen, sich in dieser Zeit in einer Feldhütte in der Nähe der Bahnstation Rasliw verborgen zu halten.

Von den Spürhunden der Provisorischen Regierung verfolgt, konnte Lenin nicht am Parteitag teilnehmen, er leitete ihn aber aus der Illegalität durch seine Kampfgenossen und Schüler in Petrograd: Stalin, Swerdlow, Molotow, Ordshonikidse.

Auf dem Parteitag waren 157 Delegierte mit beschließender und 128 Delegierte mit beratender Stimme anwesend. Die Partei zählte um diese Zeit gegen 240 000 Mitglieder. Bis zum 3. Juli, das heißt vor der Niederschlagung der Arbeiterdemonstration, als die Bolschewiki noch legal arbeiteten, hatte die Partei 41 Presseorgane, darunter 29 in russischer Sprache und 12 in anderen Sprachen.

Die Hetzjagd auf die Bolschewiki und auf die Arbeiterklasse in den Julitagen hatte den Einfluß unserer Partei nicht nur nicht verringert, sondern im Gegenteil noch mehr erhöht. Die Delegierten der Ortsorganisationen führten zahlreiche Tatsachen an, wie die Arbeiter und Soldaten in Massen den Menschewiki und Sozialrevolutionären den Rücken kehrten und sie verächtlich „Sozial-Kerkermeister“ nannten. Arbeiter und Soldaten, die Mitglieder der Parteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre waren, zerrissen ihre Mitgliedsbücher, verließen mit Verwünschungen diese Parteien und ersuchten die Bolschewiki um Aufnahme in ihre Partei.

Die Hauptfragen des Parteitags waren der politische Bericht des Zentralkomitees und die Frage über die politische Lage. In den Referaten zu diesen Fragen zeigte Genosse Stalin mit aller Deutlichkeit, daß die Revolution trotz aller Anstrengungen der Bourgeoisie, sie niederzuschlagen, wuchs und sich entwickelte. Er zeigte, daß die Revolution die Frage der Verwirklichung der Arbeiterkontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte, der Übergabe des Bodens an die Bauern, der Übergabe der Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft auf die Tagesordnung setzte. Er sagte, daß die Revolution ihrem Charakter nach zu einer sozialistischen Revolution werde.

Die politische Lage im Lande hatte sich nach den Julitagen einschneidend verändert. Die Doppelherrschaft war vorbei. Die Sowjets mit ihrer sozialrevolutionär-menschewistischen Leitung hatten es abgelehnt, die gesamte Macht zu übernehmen. Daher waren die Sowjets

machtlos geworden. Die Macht war in den Händen der bürgerlichen Provisorischen Regierung konzentriert, die fortfuhr, die Revolution zu entwaffnen und gegen deren Organisationen, gegen die Partei der Bolschewiki, Schläge zu führen. Die Möglichkeiten einer friedlichen Entwicklung der Revolution waren geschwunden. Es bleibt, sagte Genosse Stalin, nur eines — die Macht mit Gewalt, durch den Sturz der Provisorischen Regierung zu ergreifen. Aber die Macht mit Gewalt ergreifen kann nur das Proletariat im Bunde mit der Dorfarmut.

Die Sowjets, die immer noch unter der Leitung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre standen, waren ins Lager der Bourgeoisie hinabgeglitten und konnten in der gegebenen Lage nur die Rolle von Helfershelfern der Provisorischen Regierung spielen. Die Losung „Alle Macht den Sowjets“, sagte Genosse Stalin, muß nach den Julitagen zurückgezogen werden. Aber die zeitweilige Zurückziehung dieser Losung bedeutet durchaus nicht den Verzicht auf den Kampf um die Macht der Sowjets. Es handelt sich nicht um die Sowjets im allgemeinen, als Organe des revolutionären Kampfes, sondern nur um die gegebenen, von den Menschewiki und den Sozialrevolutionären geleiteten Sowjets.

„Die friedliche Periode der Revolution“, sagte Genosse Stalin, „ist zu Ende. Angebrochen ist die Periode der Schlachten und Explosionen.“ (*Stalin, Werke, Bd. 3, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 164.*)

Die Partei ging dem bewaffneten Aufstand entgegen.

Auf dem Parteitag fanden sich Leute, die, den Einfluß der Bourgeoisie widerspiegelnd, gegen den Kurs auf die sozialistische Revolution auftraten.

Der Trotzkiist Preobraschenski stellte den Antrag, in der Revolution über die Eroberung der Macht zu sagen, man könnte nur im Falle der proletarischen Revolution im Westen das Land auf den sozialistischen Weg lenken.

Gegen diesen trotzkistischen Antrag trat Genosse Stalin auf.

„Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen“, sagte Genosse Stalin, „daß gerade Rußland das Land sein wird, das den Weg zum Sozialismus bahnt... Man muß die überlebte Vorstellung fallen lassen, daß nur Europa uns den Weg weisen könne. Es gibt einen dogmatischen Marxismus und einen schöpferischen Marxismus. Ich stehe auf dem Boden des letzteren.“ (*Ebenda, S. 172 und 173.*)

Bucharin, der auf dem Boden des Trotzismus stand, behauptete, daß die Bauern zugunsten der „Vaterlandsverteidiger“ gestimmt seien, daß sie sich in einem Block mit der Bourgeoisie befänden und der Arbeiterklasse nicht folgen würden.

Genosse Stalin trat Bucharin entgegen und legte dar, daß es verschiedene Bauern gibt: wohlhabende Bauern, die die imperialistische Bourgeoisie unterstützen, und eine arme Bauernschaft, die nach dem Bündnis mit der Arbeiterklasse strebt und sie im Kampfe um den Sieg der Revolution unterstützen wird.

Der Parteitag verwarf die Abänderungsanträge Preobrashenskis und Bucharins und nahm den Resolutionsentwurf des Genossen Stalin an.

Der Parteitag erörterte und bestätigte die ökonomische Plattform der Bolschewiki. Ihre Hauptpunkte waren: Konfiskation des Bodens der Gutsbesitzer und Nationalisierung des gesamten Bodens im Lande, Nationalisierung der Banken, Nationalisierung der Großindustrie, Arbeiterkontrolle über Produktion und Verteilung.

Der Parteitag unterstrich die Bedeutung des Kampfes für die Arbeiterkontrolle über die Produktion, die beim Übergang zur Nationalisierung der Großindustrie eine große Rolle spielte.

Der VI. Parteitag betonte in allen seinen Beschlüssen mit besonderem Nachdruck den Leninschen Leitsatz vom Bündnis des Proletariats mit der armen Bauernschaft als Vorbedingung des Sieges der sozialistischen Revolution.

Der Parteitag verurteilte die menschowistische Theorie von der Neutralität der Gewerkschaften. Der Parteitag wies darauf hin, daß die wichtigen Aufgaben, vor denen die Arbeiterklasse Rußlands steht, nur dann erfüllt werden können, wenn die Gewerkschaften kämpferische Klassenorganisationen bleiben, die die politische Führung der Partei der Bolschewiki anerkennen.

Der Parteitag nahm die Resolution „Über die Jugendverbände“ an, die in jener Zeit nicht selten spontan entstanden. Der Partei gelang es durch die nachfolgende Arbeit, sich diese jungen Organisationen als Reserve der Partei zu sichern.

Auf dem Parteitag wurde die Frage behandelt, ob sich Lenin dem Gerichte stellen solle. Kamenew, Rykow, Trotzki und andere vertraten schon vor dem Parteitag die Auffassung, daß sich Lenin dem Gericht der Konterrevolutionäre stellen solle. Genosse Stalin sprach sich entschieden gegen das Erscheinen Lenins vor Gericht aus. Der VI. Par-

teitag sprach sich ebenfalls dagegen aus, da er der Auffassung war, daß man dort nicht Gericht halten, sondern Henkerwerk verrichten werde. Der Parteitag zweifelte nicht daran, daß die Bourgeoisie nur das eine anstrebte — mit Lenin, als ihrem gefährlichsten Feind; physisch abzurechnen. Der Parteitag erhob Protest gegen die Hetze, die die Bourgeoisie und die Polizei gegen die Führer des revolutionären Proletariats betrieb, und sandte eine Begrüßung an Lenin.

Der VI. Parteitag nahm ein neues Parteistatut an. Im Parteistatut wurde darauf hingewiesen, daß alle Parteiorganisationen auf der Grundlage des *demokratischen Zentralismus* aufgebaut sein müssen.

Das bedeutete:

1. Wählbarkeit aller leitenden Organe der Partei von oben bis unten;
2. periodische Rechenschaftsablegung der Parteiorgane vor ihren Parteiorganisationen;
3. strenge Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit;
4. unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Organe für die unteren und für alle Parteimitglieder.

Im Parteistatut hieß es, daß die Aufnahme in die Partei durch die Ortsorganisationen erfolgt, auf Empfehlung zweier Parteimitglieder und nach Bestätigung durch die allgemeine Mitgliederversammlung der Parteiorganisation.

Der VI. Parteitag nahm die Mitglieder der „Zwischengruppe“ („Mesh-rajonzi“) samt ihrem Führer Trotzki in die Partei auf. Das war eine kleine Gruppe, die seit 1913 in Petrograd existierte und aus trotzkistischen Menschewiki und einem Teil ehemaliger Bolschewiki bestand, die sich von der Partei abgespalten hatten. Die „Zwischengruppe“ war während des Krieges eine zentristische Organisation. Sie kämpfte gegen die Bolschewiki, war aber auch mit den Menschewiki in vielem nicht einverstanden und nahm somit eine zentristische, schwankende Zwischenstellung ein. Während des VI. Parteitags erklärte die „Zwischengruppe“, daß sie mit den Bolschewiki in allem einverstanden sei, und bat um Aufnahme in die Partei. Der Parteitag kam ihrer Bitte nach, da er darauf rechnete, daß ihre Mitglieder mit der Zeit zu wirklichen Bolschewiki werden könnten. Manche Mitglieder dieser „Zwischengruppe“, zum Beispiel Wolodarski, Uritzki und andere, wurden in der Tat nachher Bolschewiki. Was Trotzki und das Häuflein seiner engeren Freunde betrifft, so traten diese, wie sich später zeigte, in die

Partei ein, nicht um für die Partei zu arbeiten, sondern um sie zu erschüttern und von innen zu sprengen.

Alle Beschlüsse des VI. Parteitags waren darauf gerichtet, das Proletariat und die arme Bauernschaft zum bewaffneten Aufstand vorzubereiten. Der VI. Parteitag stellte die Partei auf den bewaffneten Aufstand, auf die sozialistische Revolution ein.

Das vom Parteitag herausgegebene Manifest der Partei rief die Arbeiter, Soldaten und Bauern auf, alle Kräfte für die entscheidenden Kämpfe mit der Bourgeoisie bereitzustellen. Es schloß mit folgenden Worten:

„Rüstet euch zu neuen Schlachten, Kampfgenossen! Sammelt Kräfte, standhaft, mutig und ruhig, ohne euch provozieren zu lassen, schließt euch zu Kampfkolonnen zusammen! Unter das Banner der Partei, Proletarier und Soldaten! Unter unser Banner, Unterdrückte des Dorfes!“

5

Die Verschwörung des Generals Kornilow gegen die Revolution · Die Niederschlagung der Verschwörung · Die Sowjets in Petrograd und Moskau gehen zu den Bolschewiki über

Nachdem die Bourgeoisie die ganze Macht an sich gerissen hatte, begann sie Vorbereitungen zu treffen, um die entkräfteten Sowjets zu zerschlagen und eine unverhüllte konterrevolutionäre Diktatur zu errichten. Der Millionär Rjabuschinski erklärte frech, er sehe den Ausweg aus der Lage darin, daß „die knöcherne Hand des Hungers und des Volkselends die falschen Freunde des Volkes, die demokratischen Sowjets und Komitees, an der Gurgel packe“. An der Front wüteten die Feldgerichte mit Todesurteilen gegen die Soldaten. Am 3. August 1917 verlangte der Oberbefehlshaber General Kornilow die Einführung der Todesstrafe auch im Hinterland.

Am 12. August wurde im Großen Theater in Moskau die von der Provisorischen Regierung zur Mobilisierung der Kräfte der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer einberufene Staatsberatung eröffnet. An der Beratung nahmen hauptsächlich Vertreter der Gutsbesitzer, der Bourgeoisie, der Generalität, des Offizierkorps und des Kosakentums teil. Die Sowjets waren in der Beratung durch die Menschewiki und Sozialrevolutionäre vertreten.

Am Tage der Eröffnung der Staatsberatung organisierten die Bolschewiki in Moskau zum Zeichen des Protestes einen Generalstreik, der die Mehrheit der Arbeiterschaft erfaßte. Gleichzeitig kam es auch in einer Reihe anderer Städte zu Streiks.

Der Sozialrevolutionär Kerenski drohte in seiner Rede auf der Beratung großmäulig, er werde alle Versuche einer revolutionären Bewegung, darunter auch Versuche der eigenmächtigen Besetzung von Gutsbesitzerländereien durch die Bauern, „mit Blut und Eisen“ niederschlagen.

Der konterrevolutionäre General Kornilow forderte geradeheraus „die Abschaffung der Komitees und Sowjets“.

Nach dem Hauptquartier, dem Stab des Oberbefehlshabers, zum General Kornilow, pilgerten Bankiers, Kaufleute, Fabrikanten, die Geld und Hilfe versprochen.

Beim General Kornilow erschienen auch Vertreter der „Verbündeten“, das heißt Englands und Frankreichs, und forderten, mit dem Schlag gegen die Revolution nicht zu säumen.

Die Dinge trieben zur Verschwörung des Generals Kornilow gegen die Revolution.

Die Verschwörung Kornilows wurde offen vorbereitet. Um die Aufmerksamkeit von ihr abzulenken, setzten die Verschwörer das Gerücht in Umlauf, daß die Bolschewiki in Petrograd für den 27. August, den Tag der Halbjahrfeier der Revolution, einen Aufstand vorbereiten. Die Provisorische Regierung mit Kerenski an der Spitze stürzte sich auf die Bolschewiki, verstärkte den Terror gegen die proletarische Partei. Zugleich zog General Kornilow Truppen zusammen, um sie auf Petrograd marschieren zu lassen, die Sowjets zu liquidieren und eine Regierung der Militärdiktatur zu errichten.

Kornilow hatte seine konterrevolutionäre Aktion vorher mit Kerenski vereinbart. Aber in dem Augenblick, als die Aktion Kornilows einsetzte, nahm Kerenski einen jähen Frontwechsel vor und rückte von seinem Bundesgenossen ab. Kerenski befürchtete, daß die Volksmassen, sobald sie sich gegen Kornilow erheben und ihn niederschlagen, zugleich auch die bürgerliche Regierung Kerenskis hinwegfegen würden, falls sie sich nicht jetzt schon von der Kornilowaktion abgrenzt.

Am 25. August ließ Kornilow das 3. Kavalleriekorps unter dem Kommando des Generals Krymow auf Petrograd marschieren und erklärte, daß er „das Vaterland retten“ wolle. Als Antwort auf den

Kornilowaufstand rief das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei die Arbeiter und Soldaten zur aktiven bewaffneten Abwehr der Konterrevolution auf. Die Arbeiterschaft begann sich rasch zu bewaffnen und zur Abwehr vorzubereiten. Die Abteilungen der Roten Garde wuchsen in diesen Tagen um ein Vielfaches. Die Gewerkschaften mobilisierten ihre Mitglieder. Die revolutionären Truppenteile Petrograds wurden ebenfalls in Kampfbereitschaft gebracht. Um Petrograd wurden Schützengräben ausgehoben, Drahtverhaue errichtet, die Zufahrtswege aufgerissen. Einige tausende bewaffnete Kronstädter Matrosen eilten zur Verteidigung Petrograds herbei. Zur „Wilden Division“, die auf Petrograd marschierte, wurden Delegierte entsandt, die den Soldaten, die sich aus kaukasischen Bergvölkern rekrutierten, den Sinn der Kornilowaktion erklärten, worauf sich die „Wilde Division“ weigerte, gegen Petrograd vorzugehen. Auch in andere Kornilowsche Truppenteile wurden Agitatoren entsandt. Überall, wo Gefahr drohte, wurden Revolutionskomitees und Stäbe zum Kampfe gegen Kornilow geschaffen.

Die zu Tode erschrockenen sozialrevolutionär-menschewistischen Führer, darunter auch Kerenski, suchten in diesen Tagen bei den Bolschewiki Schutz, denn sie hatten sich überzeugt, daß es in der Hauptstadt nur eine einzige reale Kraft gab, die fähig war, Kornilow zu schlagen: die Bolschewiki.

Die Bolschewiki, die die Massen zur Niederwerfung des Kornilowputsches mobilisierten, stellten aber auch den Kampf gegen die Regierung Kerenskis nicht ein. Die Bolschewiki entlarvten vor den Massen die Regierung Kerenskis, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die mit ihrer gesamten Politik objektiv der konterrevolutionären Verschwörung Kornilows Hilfe leisteten.

Dank allen diesen Maßnahmen wurde der Kornilowputsch niedergeschlagen. Der General Krymow erschloß sich. Kornilow und seine Helfershelfer, Denikin und Lukomski, wurden verhaftet (übrigens aber von Kerenski bald wieder freigelassen).

Die Niederschlagung des Kornilowputsches enthüllte und beleuchtete mit einem Schlage das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution. Sie zeigte, daß das gesamte konterrevolutionäre Lager, von den Generalen und der Kadettenpartei bis zu den in den Netzen der Bourgeoisie verstrickten Menschewiki und Sozialrevolutionären, dem Untergang geweiht war. Es wurde offenkundig, daß

ihr Einfluß auf die Volksmassen durch die Politik der Hinausziehung des unerträglichen Krieges und durch die wirtschaftliche Zerrüttung, die der langwierige Krieg hervorgerufen hatte, endgültig untergraben war.

Die Niederschlagung des Kornilowputsches zeigte ferner, daß die bolschewistische Partei zu der entscheidenden Kraft der Revolution herangewachsen und fähig war, jedwede Machenschaften der Konterrevolution zu durchkreuzen. Unsere Partei war noch keine regierende Partei, sie handelte aber in den Tagen des Kornilowputsches wie eine wirklich regierende Macht, denn ihre Weisungen wurden von den Arbeitern und Soldaten ohne jede Schwankung durchgeführt.

Schließlich zeigte die Niederwerfung des Kornilowputsches, daß die Sowjets, die schon tot schienen, in Wirklichkeit eine gigantische revolutionäre Abwehrkraft in sich bargen. Es unterlag keinem Zweifel, daß es die Sowjets und ihre Revolutionskomitees waren, die den Kornilowtruppen den Weg versperrt und ihre Kräfte gebrochen hatten.

Der Kampf gegen die Kornilowaktion flößte den dahinsiechenden Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten neues Leben ein, befreite sie aus dem Bann der Paktiererpolitik, führte sie auf die breite Straße des revolutionären Kampfes und bewirkte ihre Schwenkung zur bolschewistischen Partei.

Der Einfluß der Bolschewiki in den Sowjets stieg wie nie zuvor.

Der Einfluß der Bolschewiki begann auch im Dorfe rasch zu wachsen.

Der Kornilowaufstand machte den breiten Massen der Bauernschaft klar, daß die Gutsbesitzer und Generale nach Niederschlagung der Bolschewiki und der Sowjets über die Bauernschaft herfallen würden. Deswegen scharten sich die breiten Massen der armen Bauernschaft immer enger um die Bolschewiki. Was die Mittelbauern betrifft, deren Schwankungen die Entwicklung der Revolution in der Periode von April bis August 1917 gehemmt hatten, so begannen sie sich nach der Niederschlagung Kornilows entschieden der bolschewistischen Partei zuzuwenden, indem sie sich der Masse der armen Bauernschaft angeschlossen. Die breiten Massen der Bauernschaft sahen immer mehr ein, daß nur die Partei der Bolschewiki sie vom Krieg erlösen könne, daß nur sie fähig sei, die Gutsbesitzer zu stürzen, und bereit sei, den Bauern den Boden zu geben. Die Monate September und Oktober 1917 bringen eine gewaltige Zunahme der Fälle, in denen die Bauern von Guts-

ländereien Besitz ergreifen. Die eigenmächtige Bestellung von Gutsländereien nimmt allgemeinen Charakter an. Nunmehr halten weder Ermahnungen noch Strafexpeditionen die Bauern zurück, die sich zur Revolution erheben.

Der Aufschwung der Revolution nahm zu.

Es setzte eine Phase der Belebung und Erneuerung der Sowjets, die Phase der *Bolschewisierung* der Sowjets ein. Fabriken, Betriebe, Truppendeile, die eine Neuwahl ihrer Deputierten vornehmen, entsenden statt der Menschewiki und Sozialrevolutionäre Vertreter der bolschewistischen Partei in die Sowjets. Am Tage nach dem Siege über Kornilow, am 31. August, erklärt sich der Petrograder Sowjet für die Politik der Bolschewiki. Das alte menschewistisch-sozialrevolutionäre Präsidium des Petrograder Sowjets mit Tschcheidse an der Spitze tritt zurück und räumt den Bolschewiki den Platz. Am 5. September geht der Moskauer Sowjet der Arbeiterdeputierten zu den Bolschewiki über. Das sozialrevolutionär-menschewistische Präsidium des Moskauer Sowjets tritt ebenfalls zurück und gibt den Bolschewiki den Weg frei.

Das bedeutete, daß die ausschlaggebenden Voraussetzungen, die für einen erfolgreichen Aufstand notwendig sind, bereits herangereift waren.

Wieder stand auf der Tagesordnung die Losung: „Alle Macht den Sowjets!“

Aber das war nicht mehr die alte Losung des Übergangs der Macht an die menschewistisch-sozialrevolutionären Sowjets. Nein, das war die Losung des Aufstands der Sowjets gegen die Provisorische Regierung mit dem Ziele der Übergabe der gesamten Macht im Lande an die von den Bolschewiki geleiteten Sowjets.

Unter den Paktiererparteien griff Zerfahrenheit um sich.

Bei den Sozialrevolutionären bildete sich unter dem Druck der revolutionär gesinnten Bauern ein linker Flügel heraus, die „linken“ Sozialrevolutionäre, die über die Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie Unzufriedenheit zu äußern begannen.

Bei den Menschewiki war ebenfalls eine Gruppe der „Linken“, der sogenannten „Internationalisten“ entstanden, die nunmehr zu den Bolschewiki hinneigte.

Was die Anarchisten betrifft, so zerfiel ihre dem Einflusse nach ohnedies belanglose Gruppe jetzt endgültig in kleine Grüppchen, von denen sich die einen mit kriminellen, verbrecherischen und provoka-

torischen Elementen aus dem Abschaum der Gesellschaft vermengten, während andere zu Expropriateuren „aus Prinzip“ wurden, die die Bauern und die kleinen Leute der Stadt plünderten und den Arbeiterklubs ihre Räume und Ersparnisse raubten, und die dritten offen in das Lager der Konterrevolutionäre abwanderten und sich in den Hinterhöfen der Bourgeoisie ein warmes Plätzchen sicherten. Sie alle waren gegen jedwede staatliche Macht, und ganz besonders gegen die revolutionäre Macht der Arbeiter und Bauern, da sie überzeugt waren, daß die revolutionäre Macht ihnen nicht erlauben werde, das Volk zu berauben und das Volksgut zu plündern.

Nach der Niederwerfung des Kornilowputsches unternahmen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre noch einen Versuch, den anwachsenden revolutionären Aufschwung zu schwächen. Zu diesem Zwecke beriefen sie am 12. September 1917 die Allrussische Demokratische Beratung von Vertretern der sozialistischen Parteien, der paktierischen Sowjets, Gewerkschaften, Semstvos, der Handels- und Industriekreise und Truppenteile ein. Diese Beratung setzte ein Vorparlament (Provisorischer Rat der Republik) ein. Die Paktierer glaubten, mit Hilfe des Vorparlaments die Revolution zum Stillstand bringen und das Land von dem Wege der Sowjetrevolution auf den Weg der bürgerlich-konstitutionellen Entwicklung, auf den Weg des bürgerlichen Parlamentarismus führen zu können. Das war aber ein hoffnungsloser Versuch bankrotter Politiker, das Rad der Revolution zurückzudrehen. Er mußte scheitern und scheiterte in der Tat. Die Arbeiter spöttelten über die Parlamentsspielerei der Paktierer. Sie nannten das Vorparlament ironisch die „Vor-Badestube“.

Das Zentralkomitee der Partei der Bolschewiki beschloß, das Vorparlament zu boykottieren. Allerdings wollte die bolschewistische Fraktion des Vorparlaments, in der Leute wie Kamenew und Theodorowitsch saßen, das Vorparlament nicht verlassen. Aber das Zentralkomitee der Partei zwang sie, aus dem Vorparlament auszutreten.

Die Teilnahme am Vorparlament wurde von Kamenew und Sinowjew hartnäckig verteidigt, die bestrebt waren, die Partei dadurch von der Vorbereitung des Aufstands abzulenken. Genosse Stalin trat in der Sitzung der bolschewistischen Fraktion der Allrussischen Demokratischen Beratung entschieden gegen die Teilnahme am Vorparlament auf. Er nannte das Vorparlament „eine Fehlgeburt des Kornilowputsches“.

Lenin und Stalin hielten selbst eine kurzfristige Teilnahme am Vorparlament für einen ernsten Fehler, da diese Teilnahme unter den Massen trügerische Hoffnungen hervorrufen konnte, als ob das Vorparlament tatsächlich irgend etwas für die Werktätigen tun könnte.

Gleichzeitig bereiteten die Bolschewiki beharrlich die Einberufung des II. Sowjetkongresses vor, wobei sie damit rechneten, auf diesem Kongreß die Mehrheit zu erlangen. Trotz aller Winkelzüge der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die im Allrussischen Zentral-exekutivkomitee saßen, wurde unter dem Drucke der bolschewistischen Sowjets der II. Allrussische Sowjetkongreß für die zweite Hälfte Oktober 1917 angesetzt.

6

Der Oktoberaufstand in Petrograd und die Verhaftung der Provisorischen Regierung · Der II. Sowjetkongreß und die Bildung der Sowjetregierung · Die Dekrete des II. Sowjetkongresses über den Frieden und über den Grund und Boden · Der Sieg der sozialistischen Revolution · Die Ursachen des Sieges der sozialistischen Revolution

Die Bolschewiki begannen mit aller Kraft zum Aufstand zu rüsten. Lenin wies darauf hin, daß die Bolschewiki, nachdem sie in den beiden hauptstädtischen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten – im Moskauer und Petrograder Sowjet – die Mehrheit erhalten hatten, die Staatsmacht in ihre Hände nehmen konnten und mußten. Die Ergebnisse des zurückgelegten Weges zusammenfassend, betonte Lenin: „Die Mehrheit des Volkes ist für uns.“ In seinen Aufsätzen und Briefen an das Zentralkomitee und an die bolschewistischen Organisationen stellte Lenin einen konkreten Aufstandsplan auf: wie die Truppenteile, die Flotte und die Rotgardisten eingesetzt werden sollen, welche entscheidenden Punkte in Petrograd besetzt werden müssen, um den Erfolg des Aufstands zu sichern usw.

Am 7. Oktober kam Lenin aus Finnland illegal in Petrograd an. Am 10. Oktober 1917 fand die historische Sitzung des Zentralkomitees der Partei statt, in der beschlossen wurde, in den nächsten Tagen den bewaffneten Aufstand zu beginnen. In der von Lenin verfaßten historischen Resolution des Zentralkomitees der Partei hieß es:

„Das Zentralkomitee stellt fest, daß sowohl die internationale Lage der russischen Revolution (der Aufstand in der deutschen

Flotte als höchster Ausdruck des Heranreifens der sozialistischen Weltrevolution in ganz Europa, ferner die Drohung des Friedens zwischen den Imperialisten, die Revolution in Rußland zu erdrosseln) als auch die militärische Lage (der nicht zu bezweifelnde Entschluß der russischen Bourgeoisie und Kerenskis und Konsorten, Petrograd den Deutschen auszuliefern) und die Eroberung der Mehrheit in den Sowjets durch die proletarische Partei — daß alles dies im Zusammenhang mit dem Bauernaufstand und mit der Tatsache, daß sich das Vertrauen des Volkes unserer Partei zugewandt hat (Wahlen in Moskau), und endlich die offenkundige Vorbereitung eines zweiten Kornilowputsches (Abtransport von Truppen aus Petrograd, Zusammenziehung von Kosaken bei Petrograd, Umzingelung von Minsk durch Kosaken usw.) — daß all dies den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung setzt.

Das Zentralkomitee stellt somit fest, daß der bewaffnete Aufstand unumgänglich und völlig herangereift ist, und fordert alle Parteiorganisationen auf, sich hiervon leiten zu lassen und von diesem Gesichtspunkt aus alle praktischen Fragen zu behandeln und zu entscheiden (Sowjetkongreß des Nordgebiets, Abtransport von Truppen aus Petrograd, die Aktionen der Moskauer und der Minsker usw.).“ (*Lenin/Stalin, Das Jahr 1917, S. 651/52.*)

Gegen diesen historischen Beschluß sprachen und stimmten zwei Mitglieder des Zentralkomitees, Kamenew und Sinowjew. Sie schwärmten ebenso wie die Menschewiki für eine bürgerliche parlamentarische Republik und verleumdete die Arbeiterklasse durch die Behauptung, sie hätte nicht die Kräfte, die sozialistische Revolution durchzuführen, sie wäre für die Machtübernahme noch nicht reif.

In dieser Sitzung stimmte Trotzki zwar nicht direkt gegen die Resolution, beantragte aber zur Resolution eine solche Abänderung, daß dadurch der Aufstand vereitelt und zum Scheitern gebracht werden mußte. Er beantragte, den Aufstand nicht vor der Eröffnung des II. Sowjetkongresses zu beginnen — was bedeutet hätte, die Durchführung des Aufstands hinauszuziehen, den Tag des Aufstands vorher zu verraten, die Provisorische Regierung davon in Kenntnis zu setzen.

Das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei entsandte Bevollmächtigte nach dem Donezbecken, nach dem Ural, nach Helsingfors, Kronstadt, an die Südwestfront usw. zur Organisation des Aufstands

an Ort und Stelle. Die Genossen Woroschilow, Molotow, Dzierzynski, Ordshonikidse, Kirow, Kaganowitsch, Kuibyschew, Frunse, Jaroslawski und andere erhielten besondere Parteiaufträge zur Leitung des Aufstands in den einzelnen Orten. In Schadrinsk, im Ural, arbeitete Genosse Shdanow unter den Truppen. Die Bevollmächtigten des Zentralkomitees machten die Leiter der bolschewistischen Ortsorganisationen mit dem Aufstandsplan bekannt und brachten die Organisationen in Alarmbereitschaft, um den Aufstand in Petrograd zu unterstützen.

Auf Weisung des Zentralkomitees der Partei wurde beim Petrograder Sowjet das *Revolutionäre Militärkomitee* gebildet, das zum legalen Stab des Aufstands wurde.

Indessen sammelte auch die Konterrevolution in aller Eile ihre Kräfte. Das Offizierskorps organisierte sich in einem konterrevolutionären „Offiziersbund“. Überall bildeten die Konterrevolutionäre Stäbe zur Formierung von Stoßbataillonen. Ende Oktober verfügte die Konterrevolution über 43 Stoßbataillone. Spezielle Bataillone wurden aus Inhabern des Georgsordens formiert.

Die Regierung Kerenski warf die Frage der Übersiedlung der Regierung aus Petrograd nach Moskau auf. Daraus war ersichtlich, daß sie die Übergabe Petrograds an die Deutschen vorbereitete, um dem Aufstand in Petrograd vorzubeugen. Der Protest der Petrograder Arbeiter und Soldaten zwang die Provisorische Regierung, in Petrograd zu bleiben.

Am 16. Oktober fand eine erweiterte Sitzung des Zentralkomitees der Partei statt. In dieser Sitzung wurde ein *Parteizentrum* zur Leitung des Aufstands mit Genossen Stalin an der Spitze gewählt. Dieses Parteizentrum war der leitende Kern des Revolutionären Militärkomitees beim Petrograder Sowjet und leitete praktisch den ganzen Aufstand.

In der Sitzung des Zentralkomitees traten die Kapitulanten Sinowjew und Kamenew neuerlich gegen den Aufstand auf. Nachdem sie zurückgewiesen worden waren, gingen sie so weit, in der Presse offen gegen den Aufstand, gegen die Partei Stellung zu nehmen. Am 18. Oktober erschien in der menschewistischen Zeitung „Nowaja Shisn“ (Das neue Leben) eine Erklärung Kamenews und Sinowjews, daß die Bolschewiki einen Aufstand vorbereiten, sie hingegen den Aufstand für ein Abenteuer halten. Damit enthüllten Kamenew und Sinowjew dem

Feind den Beschluß des Zentralkomitees über den Aufstand, über die unmittelbar bevorstehende Organisierung des Aufstandes. Das war Verrat. Lenin schrieb im Zusammenhang damit: „Kamenev und Sinowjew haben den Beschluß des Zentralkomitees ihrer Partei über den bewaffneten Aufstand an Rodsjanko und Kerenski *verraten*.“ Lenin warf vor dem Zentralkomitee die Frage auf, Sinowjew und Kamenev aus der Partei auszuschließen.

Durch die Verräter gewarnt, ergriffen die Feinde der Revolution sofort Maßnahmen, um dem Aufstand vorzubeugen und den leitenden Stab der Revolution, die Partei der Bolschewiki, zu zerschlagen. Die Provisorische Regierung veranstaltete eine geheime Sitzung, in der die Frage der Maßnahmen zum Kampf gegen die Bolschewiki entschieden wurde. Am 19. Oktober berief die Provisorische Regierung eilig Truppen von der Front nach Petrograd. Durch die Straßen zogen verstärkte Patrouillen. Besonders starke Kräfte vermochte die Konterrevolution in Moskau zu sammeln. Die Provisorische Regierung hatte folgenden Plan ausgearbeitet: einen Tag vor Eröffnung des II. Sowjetkongresses das Gebäude des Smolny-Instituts, wo das Zentralkomitee der Bolschewiki seinen Sitz hatte, anzugreifen und zu besetzen, und das leitende Zentrum der Bolschewiki zu zerschlagen. Zu diesem Zwecke wurden in Petrograd Truppen zusammengezogen, auf deren Verlässlichkeit die Regierung rechnete.

Doch die Tage und Stunden der Provisorischen Regierung waren schon gezählt. Keinerlei Kräfte waren mehr imstande, dem siegreichen Vormarsch der sozialistischen Revolution Einhalt zu gebieten.

Am 21. Oktober entsandten die Bolschewiki in alle revolutionären Truppenteile Kommissare des Revolutionären Militärkomitees. All die Tage vor dem Aufstand wurde in den Truppenteilen, in den Fabriken und Werken der Kampf energisch vorbereitet. Bestimmte Aufträge erhielten auch die Kriegsschiffe — der Panzerkreuzer „Aurora“ und „Sarja Swobody“ (Morgenröte der Freiheit).

In der Sitzung des Petrograder Sowjets posaunte Trotzki vor dem Feinde großmäulig den Termin des Aufstands aus, den Tag, für den die Bolschewiki den Beginn des Aufstands angesetzt hatten. Um der Regierung Kerenski nicht die Möglichkeit zu bieten, den bewaffneten Aufstand zu vereiteln, beschloß das Zentralkomitee der Partei, den Aufstand vor dem festgesetzten Termin, und zwar einen Tag vor der Eröffnung des II. Sowjetkongresses, zu beginnen und durchzuführen.

Kerenski begann seine Aktion am frühen Morgen des 24. Oktober (6. November) damit, daß er durch einen Erlaß das Verbot des Zentralorgans der Partei der Bolschewiki „Rabotschi Putj“ (Weg des Arbeiters) anordnete und Panzerautos zum Gebäude der Redaktion des „Rabotschi Putj“ und der Druckerei der Bolschewiki entsandte. Aber um 10 Uhr morgens zwangen Rotgardisten und revolutionäre Soldaten, auf Anweisung des Genossen Stalin, die Panzerautos zum Rückzug und stellten vor der Druckerei und der Redaktion des „Rabotschi Putj“ eine verstärkte Wache auf. Um 11 Uhr früh erschien „Rabotschi Putj“ mit der Aufforderung zum Sturz der Provisorischen Regierung. Gleichzeitig wurden auf Anweisung des Parteizentrums des Aufstands schleunigst Abteilungen revolutionärer Soldaten und Rotgardisten zum Smolny herangezogen.

Der Aufstand begann.

Am 24. Oktober nachts kam Lenin im Smolny an und nahm die Leitung des Aufstandes unmittelbar in seine Hand. Die ganze Nacht trafen beim Smolny revolutionäre Truppenteile und Abteilungen der Roten Garde ein. Sie wurden von den Bolschewiki in das Stadtzentrum geschickt, um den Winterpalast zu umzingeln, wo sich die Provisorische Regierung verschanzt hatte.

Am 25. Oktober (7. November) besetzten die Rote Garde und die revolutionären Truppen die Bahnhöfe, das Postamt, das Telegraphenamt, die Ministerien, die Staatsbank.

Das Vorparlament wurde aufgelöst.

Der Smolny, in dem sich der Petrograder Sowjet und das Zentralkomitee der Bolschewiki befanden, wurde zum Kampfstab der Revolution, von dem die Kampfbefehle ausgingen.

Die Petrograder Arbeiter zeigten in diesen Tagen, daß sie unter der Führung der bolschewistischen Partei eine gute Schule durchgemacht hatten. Die revolutionären Truppenteile, durch die Arbeit der Bolschewiki zum Aufstand vorbereitet, führten die Kampfbefehle genau aus und kämpften Schulter an Schulter mit der Roten Garde. Die Kriegsflotte blieb nicht hinter der Armee zurück. Kronstadt war ein Bollwerk der bolschewistischen Partei, wo schon lange die Macht der Provisorischen Regierung nicht anerkannt wurde. Der Kreuzer „Aurora“ kündete am 25. Oktober durch den Donner seiner auf den Winterpalast gerichteten Geschütze den Beginn einer neuen Ära an, der Ära der Großen Sozialistischen Revolution.

Am 25. Oktober (7. November) wurde der Aufruf der Bolschewiki „An die Bürger Rußlands“ veröffentlicht. In diesem Aufruf hieß es, daß die bürgerliche Provisorische Regierung gestürzt und die Staatsmacht in die Hände der Sowjets übergegangen sei.

Die Provisorische Regierung versteckte sich im Winterpalast, beschützt von Offiziersschülern und Stoßbataillonen. In der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober nahmen die revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen im Sturm den Winterpalast ein und verhafteten die Provisorische Regierung.

Der bewaffnete Aufstand hatte in Petrograd gesiegt.

Der II. Allrussische Sowjetkongreß wurde im Smolny am 25. Oktober (7. November) 1917 um 10 Uhr 45 Minuten abends eröffnet, als der siegreiche Aufstand in Petrograd bereits in vollem Gange war und die Macht in der Hauptstadt sich faktisch in den Händen des Petrograder Sowjets befand.

Die Bolschewiki erhielten auf dem Kongreß die überwältigende Mehrheit. Die Menschewiki, Bundisten und rechten Sozialrevolutionäre sahen, daß ihr Spiel zu Ende war, und verließen den Kongreß mit der Erklärung, daß sie auf die Teilnahme an seiner Arbeit verzichteten. Sie nannten die Oktoberrevolution in einer auf dem Sowjetkongreß verlesenen Erklärung eine „Militärverschwörung“. Der Kongreß brandmarkte die Menschewiki und Sozialrevolutionäre und betonte, daß er ihren Abgang nicht nur nicht bedauere, sondern vielmehr begrüße, da der Kongreß dank dem Abgang der Verräter zu einem wirklich revolutionären Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-deputierten geworden war.

Im Namen des Kongresses wurde der Übergang der gesamten Macht in die Hände der Sowjets verkündet.

Im Aufruf des II. Sowjetkongresses hieß es:

„Gestützt auf den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern, gestützt auf den in Petrograd vollzogenen siegreichen Aufstand der Arbeiter und der Garnison, nimmt der Kongreß die Macht in seine Hände.“

Am 26. Oktober (8. November) 1917, nachts, nahm der II. Sowjetkongreß das *Dekret über den Frieden* an. Der Kongreß richtete an die kriegführenden Länder die Aufforderung, sofort einen Waffenstillstand für mindestens drei Monate zur Führung von Friedensver-

handlungen abzuschließen. Der Kongreß wandte sich zugleich mit der Aufforderung an die Regierungen und Völker aller kriegführenden Länder auch an die „klassenbewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Kriege beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands“. Er forderte diese Arbeiter auf, mitzuhelfen, „die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen“.

In derselben Nacht nahm der II. Sowjetkongreß das *Dekret über den Grund und Boden* an, wonach „das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben wird“. Diesem Bodengesetz wurde der gesamt bäuerliche Wählerauftrag zugrunde gelegt, der auf Grund von 242 örtlichen bäuerlichen Wähleraufträgen zusammengestellt war. Diesem Wählerauftrag zufolge wurde das Privateigentum an Grund und Boden für immer aufgehoben und durch das Eigentum des gesamten Volkes, des Staates, an Grund und Boden ersetzt. Die Gutsbesitzer-, Kron- und Klosterländereien wurden allen Werktätigen zu unentgeltlicher Nutzung übergeben.

Insgesamt erhielt die Bauernschaft auf Grund dieses Dekretes von der Sozialistischen Oktoberrevolution mehr als 150 Millionen Deßjatinen neuen Bodens, der sich früher im Besitze der Gutsherren, der Bourgeoisie, der Zarenfamilie, der Klöster und Kirchen befunden hatte.

Die Bauern wurden von den alljährlichen Pachtzahlungen an die Gutsbesitzer in Höhe von ungefähr 500 Millionen Goldrubel befreit.

Alle Bodenschätze (Erdöl, Kohle, Erze usw.), die Waldungen, die Gewässer gingen in das Eigentum des Volkes über.

Schließlich wurde auf dem II. Allrussischen Sowjetkongreß die erste Sowjetregierung, der Rat der Volkskommissare, gebildet. Der Rat der Volkskommissare war ausschließlich aus Bolschewiki zusammengesetzt. Zum Vorsitzenden des ersten Rates der Volkskommissare wurde Lenin gewählt.

So endete der historische II. Sowjetkongreß.

Die Kongreßdelegierten kehrten in ihre Ortschaften zurück, um die Botschaft vom Siege der Sowjets in Petrograd zu verkünden und die Ausbreitung der Sowjetmacht auf das ganze Land zu sichern.

Die Macht ging nicht an allen Orten sofort an die Sowjets über.

Während in Petrograd die Sowjetmacht bereits bestand, fanden in Moskau noch einige Tage hindurch hartnäckige und heftige Straßenkämpfe statt. Um den Übergang der Macht an den Moskauer Sowjet zu verhindern, hatten die konterrevolutionären Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre zusammen mit den Weißgardisten und Offizierschülern den bewaffneten Kampf gegen die Arbeiter und Soldaten aufgenommen. Die Meuterer wurden erst nach einigen Tagen niedergeschlagen, und in Moskau wurde die Macht der Sowjets errichtet.

In Petrograd selbst und in einigen anliegenden Bezirken unternahmen die Konterrevolutionäre schon in den ersten Tagen nach dem Siege der Revolution Versuche, die Sowjetmacht zu stürzen. Am 10. November 1917¹ sammelte Kerenski, der während des Aufstands aus Petrograd in das Gebiet der Nordfront geflüchtet war, einige Kosakenabteilungen und ließ sie mit dem General Krasnow an der Spitze auf Petrograd marschieren. Am 11. November 1917 wurde in Petrograd von der konterrevolutionären Organisation „Komitee zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution“, an dessen Spitze Sozialrevolutionäre standen, eine Meuterei der Offiziersschüler organisiert. Die Meuterer wurden jedoch ohne besondere Mühe niedergeworfen. Im Laufe eines Tages, bis zum Abend des 11. November, wurde von den Matrosen und Rotgardisten die Meuterei der Offiziersschüler liquidiert, und am 13. November wurde bei den Pulkowo-Höhen der General Krasnow vernichtend geschlagen. Wie in den Tagen des Oktoberaufstands leitete Lenin persönlich die Niederwerfung der antisowjetischen Meuterei. Seine unbeugsame Entschlossenheit und ruhige Siegeszuversicht beseelten die Massen und schweißten sie zusammen. Der Feind war geschlagen. Krasnow wurde gefangengenommen und gab sein „Ehrenwort“, daß er den Kampf gegen die Sowjetmacht einstellen werde. Er wurde auf dieses „Ehrenwort“ hin freigelassen, wie sich aber später herausstellte, hat Krasnow sein Generalswort gebrochen. Was Kerenski betrifft, so gelang es ihm, in Frauenkleidern „in unbekannter Richtung“ zu entkommen.

In Mohilew, im Hauptquartier des Oberbefehlshabers der Truppen, versuchte auch General Duchonin eine Meuterei anzuzetteln. Als die Sowjetregierung Duchonin die Weisung gab, sofort Waffenstillstands-

¹ Von hier ab alle Kalenderdaten nach neuem Stil. *Die Red.*

verhandlungen mit der deutschen Heeresleitung aufzunehmen, weigerte er sich, die Weisung der Regierung zu befolgen. Daraufhin wurde Duchonin durch einen Befehl der Sowjetmacht abgesetzt. Das konterrevolutionäre Hauptquartier wurde zerschlagen, wobei Duchonin von Soldaten, die sich gegen ihn erhoben, getötet wurde.

Einen Vorstoß gegen die Sowjetmacht versuchten auch die bekannten Opportunisten innerhalb der Partei: Kamenew, Sinowjew, Rykow, Schljapnikow und andere. Sie verlangten die Bildung einer „einheitlich-sozialistischen Regierung“ unter Beteiligung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die soeben von der Oktoberrevolution gestürzt worden waren. Am 15. November 1917 nahm das Zentralkomitee der Partei der Bolschewiki eine Resolution an, in der eine Verständigung mit diesen konterrevolutionären Parteien abgelehnt wurde und Kamenew und Sinowjew als Streikbrecher der Revolution gekennzeichnet wurden. Am 17. November erklärten Kamenew, Sinowjew, Rykow und Miljutin, die mit der Politik der Partei nicht einverstanden waren, ihren Austritt aus dem Zentralkomitee. An demselben Tage, am 17. November, gab Nogin in seinem Namen und im Namen Rykows, W. Miljutins, Theodorowitschs, A. Schljapnikows, D. Rjasanows, Jurenews und Larins, die dem Rat der Volkskommissare angehörten, eine Erklärung ab, daß sie mit der Politik des Zentralkomitees der Partei nicht einverstanden seien und daß die genannten Personen aus dem Rat der Volkskommissare austreten. Die Flucht einer Handvoll Feiglinge löste bei den Feinden der Oktoberrevolution Jubel aus. Die gesamte Bourgeoisie und ihre Helfershelfer erhoben ein schadenfrohes Geschrei, sprachen von einem Zerfall des Bolschewismus und prophezeiten den Untergang der bolschewistischen Partei. Aber die Handvoll Deserteure konnte die Partei auch nicht für einen Augenblick ins Wanken bringen. Das Zentralkomitee der Partei stellte sie voller Verachtung an den Pranger, als Deserteure der Revolution und Helfershelfer der Bourgeoisie, und ging zur Tagesordnung über.

Die „linken“ Sozialrevolutionäre, die ihren Einfluß unter den unzufrieden mit den Bolschewiki sympathisierenden Bauernmassen behaupten wollten, beschlossen, sich mit den Bolschewiki nicht zu überwerfen und vorläufig an der Einheitsfront mit ihnen festzuhalten. Der Kongreß der Bauernsowjets, der im November 1917 stattfand, erkannte alle Errungenschaften der Sozialistischen Oktoberrevolution und die Dekrete der Sowjetmacht an. Mit den „linken“ Sozialrevolu-

tionären wurde ein Abkommen geschlossen, und einige „linke“ Sozialrevolutionäre wurden in den Rat der Volkskommissare aufgenommen (Kolegajew, Spiridonowa, Proschian und Steinberg). Dieses Abkommen bestand jedoch nur bis zur Unterzeichnung des Brester Friedens und der Bildung der Komitees der Dorfarmut, zu welcher Zeit in der Bauernschaft eine tiefgehende Differenzierung erfolgte und die „linken“ Sozialrevolutionäre, die immer mehr die Interessen des Kulakentums vertraten, eine Meuterei gegen die Bolschewiki anzettelten und von der Sowjetmacht niedergeworfen wurden.

In der kurzen Zeitspanne von Oktober 1917 bis Januar-Februar 1918 breitete sich die Sowjetrevolution über das ganze Land aus. Die Ausbreitung der Sowjetmacht über das Territorium des riesigen Landes ging in einem so schnellen Tempo vor sich, daß Lenin sie den „Triumphzug“ der Sowjetmacht nannte.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hatte gesiegt.

Aus der Reihe der Ursachen, die diesen verhältnismäßig leichten Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland bewirkten, sind folgende Hauptursachen hervorzuheben:

1. Der Oktoberrevolution stand ein verhältnismäßig schwacher, so schlecht organisierter, politisch wenig erfahrener Feind gegenüber, wie es die russische Bourgeoisie war. Die russische Bourgeoisie, die wirtschaftlich noch nicht erstarkt und völlig von Regierungsaufträgen abhängig war, hatte weder die politische Selbständigkeit noch die genügende Initiative, die notwendig gewesen wären, um einen Ausweg aus der Lage zu finden. Sie hatte weder die Erfahrung in politischen Kombinationen und in der politischen Prellerei großen Stils, über die zum Beispiel die französische Bourgeoisie verfügt, noch hatte sie die Schule gaunerischer Kompromisse in Großformat hinter sich, wie sie zum Beispiel die englische Bourgeoisie besitzt. Sie, die gestern noch eine Verständigung mit dem von der Februarrevolution gestürzten Zaren gesucht hatte, vermochte später, nach ihrem Machtantritt, nichts Besseres auszuhecken, als die Politik des verhaßten Zaren in allem Wesentlichen fortzuführen. Sie war, ebenso wie der Zar, für den „Krieg bis zum siegreichen Ende“, obwohl der Krieg für das Land untragbar wurde und das Volk, die Armee bis zum äußersten erschöpft hatte. Sie war ebenso wie der Zar dafür, daß das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden im wesentlichen erhalten bleibe, obwohl die Bauernschaft an der Landnot und unter dem Joche der Gutsbesitzer zugrunde

ging. Was die Politik gegenüber der Arbeiterklasse betrifft, so ging die russische Bourgeoisie in ihrem Hasse gegen die Arbeiterklasse noch weiter als der Zar, denn sie war bestrebt, das Joch der Fabrikanten und Schlotbarone nicht nur aufrechtzuerhalten und zu festigen, sondern auch durch Massenaussperrungen unerträglich zu machen.

Kein Wunder, daß das Volk zwischen der Politik des Zaren und der Politik der Bourgeoisie keinen wesentlichen Unterschied sah und seinen Haß gegen den Zaren auf die Provisorische Regierung der Bourgeoisie übertrug.

Solange die Paktiererparteien, die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, einen bestimmten Einfluß im Volke hatten, konnte die Bourgeoisie hinter ihnen Deckung finden und die Macht behalten. Nachdem sich aber Menschewiki und Sozialrevolutionäre als Agenten der imperialistischen Bourgeoisie entlarvt und dadurch ihren Einfluß im Volke verloren hatten, hing die Bourgeoisie mit ihrer Provisorischen Regierung in der Luft.

2. An der Spitze der Oktoberrevolution stand eine so revolutionäre Klasse wie die Arbeiterklasse Rußlands, eine kampfgeklärte Klasse, die in kurzer Zeit zwei Revolutionen durchgemacht und sich bis zum Beginn der dritten Revolution im Kampfe um Frieden und Boden, für Freiheit und Sozialismus die Autorität eines Führers des Volkes erobert hatte. Hätte es nicht einen Führer der Revolution gegeben, der sich das Vertrauen des Volkes verdient hatte, solch einen Führer wie die Arbeiterklasse Rußlands, so hätte es auch kein Bündnis der Arbeiter und Bauern gegeben, und ohne dieses Bündnis hätte die Oktoberrevolution nicht siegen können.

3. Die Arbeiterklasse Rußlands hatte in der Revolution einen so ernst zu nehmenden Bundesgenossen wie die arme Bauernschaft, die die gewaltige Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung umfaßte. Die Erfahrung der acht Monate Revolution, die getrost der Erfahrung von einigen Jahrzehnten „normaler“ Entwicklung gleichgestellt werden kann, war an den werktätigen Massen der Bauernschaft nicht spurlos vorübergegangen. Während dieser Zeit hatten sie die Möglichkeit, alle Parteien in Rußland in der Praxis zu erproben und sich davon zu überzeugen, daß weder die Kadetten noch die Sozialrevolutionäre und Menschewiki gewillt waren, sich mit den Gutsbesitzern ernsthaft zu überwerfen und für die Bauern ihr Blut zu vergießen, daß es in Rußland nur eine einzige Partei gab, die nicht mit den Gutsbesitzern verbun-

den, sondern bereit war, die Gutsbesitzer zu Boden zu schlagen, um die Bedürfnisse der Bauern zu befriedigen — die Partei der Bolschewiki. Dieser Umstand bildete die reale Grundlage des Bündnisses des Proletariats mit der armen Bauernschaft. Das Bestehen des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der armen Bauernschaft bestimmte auch die Haltung der Mittelbauern, die lange schwankten und sich erst vor dem Oktoberaufstand durch ihren Anschluß an die arme Bauernschaft entschieden der Revolution zuwandten.

Es bedarf wohl keines Beweises, daß die Oktoberrevolution ohne dieses Bündnis nicht hätte siegen können.

4. An der Spitze der Arbeiterklasse stand eine in politischen Kämpfen so erprobte Partei wie die Partei der Bolschewiki. Nur eine Partei wie die Partei der Bolschewiki, genügend kühn, um das Volk zum entscheidenden Sturmangriff zu führen, und genügend umsichtig, um alle und jegliche Klippen auf dem Wege zum Ziele zu umgehen — nur solch eine Partei war imstande, mit derartigem Können so verschiedenartige revolutionäre Bewegungen zu einem einheitlichen revolutionären Strom zu vereinigen, wie die allgemein-demokratische Bewegung für den Frieden, die bäuerlich-demokratische Bewegung für die Besitzergreifung der Gutsbesitzerländereien, die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker für nationale Gleichberechtigung und die sozialistische Bewegung des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Vereinigung dieser verschiedenartigen revolutionären Ströme zu einem einheitlichen mächtigen revolutionären Strom die Gesetze des Kapitalismus in Rußland entschied.

5. Die Oktoberrevolution begann in einem Moment, als der imperialistische Krieg noch in vollem Gange war, als die ausschlaggebenden bürgerlichen Staaten in zwei feindliche Lager gespalten waren, als sie, vom Kriege gegeneinander in Anspruch genommen und einander schwächend, nicht die Möglichkeit hatten, sich ernsthaft in die „russischen Angelegenheiten“ einzumischen und gegen die Oktoberrevolution aktiv vorzugehen.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß dieser Umstand den Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution wesentlich erleichtert hat.

*Der Kampf der bolschewistischen Partei
für die Festigung der Sowjetmacht · Der Brester Friede
Der VII. Parteitag*

Um die Sowjetmacht zu festigen, mußte man den alten, bürgerlichen Staatsapparat zerstören, zerbrechen und an seiner Stelle den neuen Apparat des Sowjetstaates schaffen. Man mußte ferner die Überreste der Ständeordnung und das Regime der nationalen Unterdrückung beseitigen, die Privilegien der Kirche abschaffen, die konterrevolutionäre Presse und die konterrevolutionären Organisationen aller Art – die legalen wie die illegalen – liquidieren, die bürgerliche Konstituierende Versammlung auflösen. Man mußte schließlich nach der Nationalisierung des Bodens auch die gesamte Großindustrie nationalisieren und sodann aus dem Kriegszustand herauskommen, mit dem Kriege Schluß machen, der der Festigung der Sowjetmacht mehr als alles andere im Wege stand.

Alle diese Maßnahmen wurden im Laufe einiger Monate von Ende 1917 bis Mitte 1918 durchgeführt.

Die von den Sozialrevolutionären und Menschewiki organisierte Sabotage der Beamten der alten Ministerien wurde gebrochen und liquidiert. Die Ministerien wurden beseitigt und an ihrer Stelle sowjetische Verwaltungsorgane und entsprechende Volkskommissariate geschaffen. Zur Verwaltung der Industrie des Landes wurde der Oberste Rat der Volkswirtschaft geschaffen. Zum Kampfe gegen Konterrevolution und Sabotage wurde die Allrussische Außerordentliche Kommission (Tscheka) mit Felix Dzierzynski an der Spitze geschaffen. Es wurde ein Dekret über die Schaffung der Roten Armee und Flotte erlassen. Die Konstituierende Versammlung, zu der die Wahlen im wesentlichen noch vor der Oktoberrevolution stattgefunden hatten und die sich weigerte, die Dekrete des II. Sowjetkongresses über den Frieden, über den Grund und Boden, über den Übergang der Macht an die Sowjets zu bestätigen, wurde aufgelöst.

Zur endgültigen Beseitigung der Überreste des Feudalismus, des Ständewesens und der rechtlichen Ungleichheit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens wurden Dekrete über die Abschaffung der Stände, über die Aufhebung der nationalen und konfessionellen Beschränkungen, über die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule

von der Kirche, über die Gleichberechtigung der Frauen, über die Gleichberechtigung der Nationalitäten Rußlands erlassen.

In einem besonderen Beschluß der Sowjetregierung, der als „Deklaration der Rechte der Völker Rußlands“ bekannt ist, wurde festgelegt, daß die freie Entwicklung der Völker Rußlands und ihre völlige Gleichberechtigung Gesetz sind.

Zur Untergrabung der wirtschaftlichen Macht der Bourgeoisie und zur Organisierung der neuen, der Sowjetvolkswirtschaft, vor allem zur Organisierung der neuen, der Sowjetindustrie, wurden die Banken, die Eisenbahnen, der Außenhandel, die Handelsflotte und die gesamte Großindustrie in all ihren Zweigen: die Kohlen-, Hütten-, Erdöl- und chemische Industrie, der Maschinenbau, die Textil-, Zuckerindustrie usw. nationalisiert.

Zur Befreiung unseres Landes von der finanziellen Abhängigkeit und der Ausbeutung durch ausländische Kapitalisten wurden die vom Zaren und der Provisorischen Regierung abgeschlossenen Auslandsanleihen Rußlands annulliert. Die Völker unseres Landes waren nicht gewillt, die Schulden zu bezahlen, die zur Fortführung des Raubkrieges gemacht worden waren und die unser Land in sklavische Abhängigkeit vom ausländischen Kapital gebracht hatten.

Alle diese und ähnliche Maßnahmen untergruben von Grund aus die Kräfte der Bourgeoisie, der Gutsbesitzer, des reaktionären Beamtentums, der konterrevolutionären Parteien und festigten wesentlich die Sowjetmacht im Lande.

Man konnte aber die Lage der Sowjetmacht nicht als völlig gefestigt betrachten, solange sich Rußland im Kriegszustand mit Deutschland und Österreich befand. Um die Sowjetmacht endgültig zu festigen, mußte mit dem Kriege Schluß gemacht werden. Daher entfaltete die Partei schon von den ersten Tagen des Sieges der Oktoberrevolution an den Kampf um den Frieden.

Die Sowjetregierung machte „allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen“ das Angebot, „unverzüglich Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden einzuleiten“. Die „Verbündeten“ — England und Frankreich — weigerten sich jedoch, das Angebot der Sowjetregierung anzunehmen. Angesichts der Weigerung Frankreichs und Englands, Friedensverhandlungen zu führen, beschloß die Sowjetregierung, in Ausführung des Willens der Sowjets, Verhandlungen mit Deutschland und Österreich einzuleiten.

Die Verhandlungen begannen am 3. Dezember in Brest-Litowsk. Am 5. Dezember wurde ein Abkommen über einen Waffenstillstand, über die zeitweilige Einstellung der Kriegshandlungen, unterschrieben.

Die Verhandlungen gingen in einer Lage vor sich, da die Volkswirtschaft zerrüttet war, allgemeine Kriegsmüdigkeit herrschte, unsere Truppen die Front verließen und die Front in Auflösung begriffen war. Während der Verhandlungen stellte sich heraus, daß die deutschen Imperialisten bestrebt waren, ungeheure Gebiete des ehemaligen Zarenreiches an sich zu reißen und Polen, die Ukraine und die baltischen Länder in von Deutschland abhängige Staaten zu verwandeln.

Den Krieg unter diesen Umständen fortsetzen, bedeutete die Existenz der eben geborenen Sowjetrepublik aufs Spiel setzen. Für die Arbeiterklasse und die Bauernschaft ergab sich die Nötwendigkeit, auf schwere Friedensbedingungen einzugehen, vor dem damals gefährlichsten Räuber, dem deutschen Imperialismus, zurückzuweichen, um eine Atempause zu erhalten, die Sowjetmacht zu festigen und eine neue, die Rote Armee, zu schaffen, die fähig wäre, das Land vor dem Überfall der Feinde zu schützen.

Alle Konterrevolutionäre, von den Menschewiki und Sozialrevolutionären bis zu den abgefeimtesten Weißgardisten, betrieben eine wütende Agitation gegen die Unterzeichnung des Friedens. Ihre Linie war klar: sie wollten die Friedensverhandlungen vereiteln, eine Offensive der Deutschen provozieren und die Existenz der noch nicht gefestigten Sowjetmacht aufs Spiel setzen, die Errungenschaften der Arbeiter und Bauern in Gefahr bringen.

Ihre Verbündeten bei diesem ruchlosen Treiben waren Trotzki und dessen Handlanger Bucharin, der zusammen mit Radek und Pjatakow an der Spitze einer parteifeindlichen Gruppe stand, die sich zur Tarnung Gruppe „linker Kommunisten“ nannte. Trotzki und die Gruppe „linker Kommunisten“ eröffneten innerhalb der Partei einen wütenden Kampf gegen Lenin und forderten die Fortführung des Krieges. Diese Leute arbeiteten offenkundig den deutschen Imperialisten und den Konterrevolutionären innerhalb des Landes in die Hände, da sie darauf ausgingen, die junge Sowjetrepublik, die noch keine Armee hatte, den Schlägen des deutschen Imperialismus auszusetzen.

Das war eine provokatorische Politik eigentümlicher Art, die mit linken Phrasen raffiniert verhüllt war.

Am 10. Februar 1918 wurden die Friedensverhandlungen in Brest-

Litowsk abgebrochen. Ungeachtet dessen, daß Lenin und Stalin im Namen des Zentralkomitees der Partei auf der Unterzeichnung des Friedens bestanden, setzte sich Trotzki, der Vorsitzende der Sowjetdelegation in Brest-Litowsk war, verräterisch über die ausdrücklichen Direktiven der bolschewistischen Partei hinweg. Er erklärte, daß die Sowjetrepublik die Unterzeichnung des Friedens zu den von Deutschland vorgeschlagenen Bedingungen ablehne, und teilte zugleich den Deutschen mit, daß die Sowjetrepublik keinen Krieg führen werde und die Demobilisierung der Armee fortsetze.

Das war ungeheuerlich. Mehr konnten die deutschen Imperialisten von einem Verräter an den Interessen des Sowjetlandes gar nicht verlangen.

Die deutsche Regierung brach den Waffenstillstand ab und ging zur Offensive über. Die Überreste unserer alten Armee konnten dem Drucke der deutschen Truppen nicht standhalten und begannen auseinanderzulaufen. Die Deutschen stießen rasch vor, besetzten ein riesiges Gebiet und bedrohten Petrograd. Der deutsche Imperialismus setzte sich, als er in das Sowjetland einbrach, das Ziel, die Sowjetmacht zu stürzen und unsere Heimat in seine Kolonie zu verwandeln. Die alte, in Auflösung begriffene zaristische Armee konnte den waffenstarreren Heerhaufen des deutschen Imperialismus nicht standhalten. Sie flutete unter den Schlägen der deutschen Armee zurück.

Die bewaffnete Intervention der deutschen Imperialisten bewirkte jedoch einen mächtigen revolutionären Aufschwung im Lande. Auf den Ruf der Partei und der Sowjetregierung „Das sozialistische Vaterland in Gefahr“ antwortete die Arbeiterklasse mit verstärkter Formierung von Truppenteilen der Roten Armee. Die jungen Abteilungen der neuen Armee — der Armee des revolutionären Volkes — schlugen den Ansturm des bis an die Zähne bewaffneten räuberischen deutschen Imperialismus heldenmütig zurück. Bei Narwa und Pskow wurde den deutschen Okkupanten entschiedener Widerstand geleistet. Ihr Vormarsch auf Petrograd wurde aufgehalten. Der Tag, an dem die Truppen des deutschen Imperialismus zurückgeschlagen wurden, der 23. Februar, wurde zum Geburtstag der jungen Roten Armee.

Bereits am 18. Februar 1918 war vom Zentralkomitee der Partei der Vorschlag Lenins angenommen worden, der deutschen Regierung telegraphisch sofortigen Friedensschluß vorzuschlagen. Um sich vorteilhaftere Friedensbedingungen zu sichern, setzten die Deutschen die

Offensive fort, und erst am 22. Februar erklärte sich die deutsche Regierung einverstanden, den Frieden zu unterzeichnen, wobei die Friedensbedingungen viel drückender waren als die ursprünglichen.

Lenin, Stalin und Swerdlow hatten im Zentralkomitee einen hartnäckigen Kampf gegen Trotzki, Bucharin und andere Trotzkiisten zu bestehen, um den Beschluß über den Frieden durchzusetzen. Lenin wies darauf hin, daß Bucharin und Trotzki „in Wirklichkeit den deutschen Imperialisten *geholfen* und das Wachstum und die Entwicklung der Revolution in Deutschland *behindert* haben“. (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 325.)

Am 25. Februar faßte das Zentralkomitee den Beschluß, die Bedingungen der deutschen Heeresleitung anzunehmen und den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der Verrat Trotzki's und Bucharin's kam der Sowjetrepublik teuer zu stehen. Lettland, Estland, ganz zu schweigen von Polen, fielen Deutschland zu, die Ukraine wurde von der Sowjetrepublik losgetrennt und in einen deutschen Vasallenstaat verwandelt. Die Sowjetrepublik übernahm die Verpflichtung, den Deutschen eine Kontribution zu zahlen.

Unterdessen setzten die „linken Kommunisten“ den Kampf gegen Lenin fort und glitten immer tiefer und tiefer in den Sumpf des Verrats hinab.

Das Moskauer Gebietsbüro der Partei, das die „linken Kommunisten“ (Bucharin, Ossinski, Jakowlewa, Stukow, Manzew) vorübergehend an sich gerissen hatten, nahm eine auf die Spaltung der Partei abzielende Resolution an, in der es dem Zentralkomitee das Mißtrauen aussprach und erklärte, daß es „die Spaltung der Partei in der nächsten Zeit für kaum abwendbar“ halte. Sie verstiegen sich in dieser Resolution zu der Annahme eines antisowjetischen Beschlusses: „Im Interesse der internationalen Revolution“, schrieben die „linken Kommunisten“ in diesem Beschluß, „halten wir es für zweckmäßig, es auf die Möglichkeit der Preisgabe der Sowjetmacht, die jetzt rein formal wird, ankommen zu lassen.“

Lenin nannte diesen Beschluß „seltsam und ungeheuerlich“.

Damals war die wirkliche Ursache dieses parteifeindlichen Verhaltens Trotzki's und der „linken Kommunisten“ für die Partei noch nicht klar. Wie aber vor kurzem der Prozeß gegen den antisowjetischen „Block der Rechten und Trotzkiisten“ (Anfang 1938) festgestellt hat, hatten damals Bucharin und die von ihm geleitete Gruppe „linker

Kommunisten“ zusammen mit Trotzki und den „linken“ Sozialrevolutionären, wie offenbar wurde, eine geheime Verschwörung gegen die Sowjetregierung angezettelt. Bucharin, Trotzki und ihre Mitverschworenen setzten sich, wie sich herausgestellt hat, das Ziel, den Brester Friedensvertrag zu vereiteln, W. I. Lenin, J. W. Stalin, J. M. Swerdlow zu verhaften, sie zu ermorden und eine neue Regierung aus Bucharinleuten, Trotzkiisten und „linken“ Sozialrevolutionären zu bilden.

Gleichzeitig mit der Organisierung der geheimen konterrevolutionären Verschwörung unternahm die Gruppe „linker Kommunisten“ mit Unterstützung Trotzki einen offenen Angriff gegen die bolschewistische Partei, in dem Bestreben, die Partei zu spalten und die Parteireihen zu zersetzen. Die Partei schloß sich aber in diesem schweren Moment um Lenin, Stalin, Swerdlow zusammen und unterstützte das Zentralkomitee in der Frage des Friedens ebenso wie in allen anderen Fragen.

Die Gruppe „linker Kommunisten“ war somit isoliert und geschlagen.

Zur endgültigen Beschlußfassung über die Frage des Friedens wurde der VII. Parteitag einberufen.

Der VII. Parteitag wurde am 6. März 1918 eröffnet. Das war der erste Parteitag, der nach der Machtübernahme durch unsere Partei einberufen wurde. Am Parteitag nahmen 46 Delegierte mit beschließender und 58 mit beratender Stimme teil. Auf dem Parteitag waren 145 000 Parteimitglieder vertreten. In Wirklichkeit hatte die Partei in dieser Zeit nicht weniger als 270 000 Mitglieder. Diese Differenz erklärt sich daraus, daß ein bedeutender Teil der Organisationen infolge des außerordentlichen Charakters des Parteitags nicht die Zeit hatte, Delegierte zu entsenden, und daß die Organisationen, deren Territorium vorübergehend von den Deutschen okkupiert war, dazu keine Möglichkeit hatten.

In seinem Bericht über den Brester Frieden sagte Lenin auf diesem Parteitag, daß „... die schwere Krise, die unsere Partei durchmacht, angesichts der Entstehung einer linken Opposition innerhalb der Partei, eine der größten Krisen ist, die die russische Revolution durchzumachen hat“. (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 340.)

Lenins Resolution über die Frage des Brester Friedens wurde mit 30 gegen 12 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Lenin schrieb am Tage nach der Annahme der Resolution in dem Artikel „Ein unseliger Friede“:

„Die Friedensbedingungen sind unerträglich schwer. Und dennoch wird die Geschichte zu ihrem Rechte kommen . . . Heran an die Arbeit der Organisation, der Organisation und abermals der Organisation. Die Zukunft wird allen Prüfungen zum Trotz unser sein.“ (*Lenin*, Sämtl. Werke, Bd. XXII, S. 288 russ.)

In der Resolution des Parteitags wurde hervorgehoben, daß auch in Zukunft militärische Aktionen der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetrepublik unvermeidlich seien, und daß es daher der Parteitag als Hauptaufgabe der Partei betrachte, die energischsten und entschlossensten Maßnahmen zur Erhöhung der eigenen Disziplin und der Disziplin der Arbeiter und Bauern, zur Vorbereitung der Massen für die selbstaufopfernde Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes, zur Organisierung der Roten Armee, zur allgemeinen militärischen Ausbildung der Bevölkerung zu ergreifen.

Der Parteitag bestätigte die Richtigkeit der Leninschen Linie in der Frage des Brester Friedens, verurteilte die Haltung Trotzki und Bucharins und brandmarkte den Versuch der „linken Kommunisten“, die eine Niederlage erlitten hatten, die Spaltungsarbeit auf dem Parteitag selbst fortzusetzen.

Der Abschluß des Brester Friedens gab der Partei die Möglichkeit, Zeit zu gewinnen, um die Sowjetmacht zu festigen und die Wirtschaft des Landes in Ordnung zu bringen.

Der Abschluß des Friedens bot die Möglichkeit, die Zusammenstöße im Lager des Imperialismus (den fortdauernden Krieg Österreichs und Deutschlands gegen die Entente) auszunutzen, die Kräfte des Gegners zu zersetzen, die Sowjetwirtschaft zu organisieren und die Rote Armee zu schaffen.

Der Abschluß des Friedens gab dem Proletariat die Möglichkeit, sich die Bauernschaft als Bundesgenossen zu erhalten und Kräfte zu sammeln zur Vernichtung der weißgardistischen Generale in der Periode des Bürgerkriegs.

In der Periode der Oktoberrevolution hatte Lenin die bolschewistische Partei gelehrt, wie man furchtlos und entschlossen angreifen muß, wenn die notwendigen Bedingungen hierzu vorhanden sind. In der Periode des Brester Friedens lehrte Lenin die Partei, wie man sich in einem Augenblick, da die Kräfte des Gegners offenkundig unsere Kräfte übersteigen, geordnet zurückziehen muß, um mit größter Energie einen neuen Angriff gegen die Feinde vorzubereiten.

Die Geschichte hat die völlige Richtigkeit der Leninschen Linie erwiesen.

Auf dem VII. Parteitag wurde der Beschluß über die Änderung des Namens der Partei sowie über die Änderung des Parteiprogramms angenommen. Die Partei nannte sich von nun an Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki) — KPR(B). Lenin machte den Vorschlag, unsere Partei Kommunistische Partei zu nennen, da dieser Name genau dem Ziele entspricht, das sich die Partei setzt — die Verwirklichung des Kommunismus.

Zur Abfassung des neuen Parteiprogramms wurde eine besondere Kommission gewählt, der Lenin, Stalin und andere angehörten, wobei als Grundlage des Programms der von Lenin ausgearbeitete Entwurf angenommen wurde.

Der VII. Parteitag vollbrachte somit ein gewaltiges historisches Werk: er zerschlug die versteckten Feinde innerhalb der Partei, die „linken Kommunisten“ und Trotzkiisten, er errang den Ausweg aus dem imperialistischen Krieg, er führte den Frieden herbei, eine Atempause, er gab der Partei die Möglichkeit, Zeit zu gewinnen, um die Rote Armee zu organisieren, und verpflichtete die Partei, in der Volkswirtschaft sozialistische Ordnung zu schaffen.

8

*Der Leninsche Plan der Inangriffnahme des sozialistischen Aufbaus
Die Komitees der Dorfarmut und die Bändigung des Kulakentums
Die Meuterei der „linken“ Sozialrevolutionäre und ihre Niederschlagung · Der V. Sowjetkongreß und die Annahme der Verfassung der
Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik*

Nachdem die Sowjetmacht Frieden geschlossen und eine Atempause erhalten hatte, nahm sie die Entfaltung des sozialistischen Aufbaus in Angriff. Lenin nannte die Periode vom November 1917 bis zum Februar 1918 die Periode der „rotgardistischen Attacke gegen das Kapital“. Der Sowjetmacht gelang es im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1918, die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie zu brechen, die Kommandohöhen der Volkswirtschaft (Fabriken, Werke, Banken, Eisenbahnen, Außenhandel, Handelsflotte usw.) in ihren Händen zu konzentrieren, den bürgerlichen Apparat der Staatsmacht zu zerbrechen und

die ersten Versuche der Konterrevolution, die Sowjetmacht zu stürzen, siegreich zunichte zu machen.

Aber all dies war noch bei weitem nicht genügend. Um vorwärtszuschreiten, mußte man von der Zerstörung des Alten zum Aufbau des Neuen übergehen. Deshalb begann im Frühjahr 1918 der Übergang zur neuen Etappe des sozialistischen Aufbaus— „von der Expropriation der Expropriateure“ zur organisatorischen Verankerung der erzielten Siege, zum Aufbau der Sowjetvolkswirtschaft. Lenin hielt es für notwendig, die Atempause maximal auszunutzen, um an die Errichtung des Fundaments der sozialistischen Ökonomie heranzugehen. Die Bolschewiki mußten lernen, die Produktion auf neue Art zu organisieren und zu verwalten. Lenin schrieb, daß die Partei der Bolschewiki Rußland überzeugt habe; die Partei der Bolschewiki hat Rußland den Reichen entrungen und dem Volk gegeben, jetzt, sagte Lenin, muß die Partei der Bolschewiki lernen, Rußland zu verwalten.

Als Hauptaufgaben in dieser Etappe betrachtete Lenin die Registrierung der Produkte der Volkswirtschaft sowie die Kontrolle über den Verbrauch des erzeugten Gesamtprodukts. In der Wirtschaft des Landes überwogen kleinbürgerliche Elemente. Millionen Kleinbesitzer in Stadt und Land bildeten den Nährboden für das Wachstum des Kapitalismus. Diese Kleinbesitzer erkannten weder die Arbeitsdisziplin noch die allgemeinstaatliche Disziplin an, sie ordneten sich weder einer Registrierung noch einer Kontrolle unter. In diesem schwierigen Moment waren der kleinbürgerliche elementare Drang nach Spekulation und Schacher, die Versuche der Kleinbesitzer und Händler, aus der Volksnot Profit zu ziehen, eine besondere Gefahr.

Die Partei entfaltete einen energischen Kampf gegen den Schlendrian in der Produktion, gegen den Mangel an Arbeitsdisziplin in der Industrie. Die Massen gewöhnten sich nur langsam an die neuen Arbeitsanforderungen. Infolgedessen wurde der Kampf für die Arbeitsdisziplin in dieser Periode zur zentralen Aufgabe.

Lenin wies auf die Notwendigkeit hin, in der Industrie den sozialistischen Wettbewerb zu entfalten, den Stücklohn einzuführen, gegen die Gleichmacherei zu kämpfen, neben erzieherischen Maßnahmen des Überzeugens auch Methoden des Zwangs gegenüber denjenigen anzuwenden, die vom Staate soviel als möglich erraffen wollen, die faulenzten und sich mit Spekulation beschäftigen. Er war der Auffassung, daß die neue Disziplin — die Arbeitsdisziplin, die kameradschaftliche

Disziplin, die Sowjetdisziplin — von den Millionen Werktätigen in der alltäglichen praktischen Arbeit herausgebildet wird. Er wies darauf hin, daß „diese Sache eine ganze historische Epoche in Anspruch nehmen wird“. (*Lenin*, Ausgew. Werke, Bd. 7, S. 403/04.)

Alle diese Fragen des sozialistischen Aufbaus, die Frage der Schaffung neuer, sozialistischer Produktionsverhältnisse, wurden von Lenin in seiner berühmten Schrift „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ beleuchtet.

Die „linken Kommunisten“, die zusammen mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki vorgingen, führten auch in diesen Fragen einen Kampf gegen Lenin. Bucharin, Ossinski und andere wandten sich gegen die Einführung der Arbeitsdisziplin, gegen die individuelle Leitung in den Betrieben, gegen die Verwendung von Spezialisten in der Industrie, gegen die Durchführung des Rentabilitätsprinzips. Sie verleumdete Lenin durch die Behauptung, daß eine solche Politik die Rückkehr zu bürgerlichen Zuständen bedeute. Gleichzeitig propagierten die „linken Kommunisten“ die trotzkistischen Auffassungen, daß der sozialistische Aufbau und der Sieg des Sozialismus in Rußland unmöglich seien.

Hinter den „linken“ Phrasen der „linken Kommunisten“ verbarg sich die Verteidigung der Kulaken, der Tagediebe, der Spekulanten, die gegen die Disziplin waren und sich zur staatlichen Regulierung des Wirtschaftslebens, zur Registrierung und Kontrolle feindselig verhielten.

Nachdem die Partei die Fragen der Organisierung der neuen Industrie, der Sowjetindustrie, gelöst hatte, ging sie zu den Fragen des Dorfes über. Im Dorf ging in jener Zeit ein heißer Kampf der Dorfarmut gegen das Kulakentum vor sich. Die Kulaken gewannen an Kraft und rissen den Gutsbesitzern abgenommene Ländereien an sich. Die Dorfarmut benötigte Hilfe. Die Kulaken weigerten sich in ihrem Kampfe gegen die proletarische Staatsmacht, Getreide zu festen Preisen an den Staat zu verkaufen. Sie wollten den Sowjetstaat durch Hunger zwingen, auf die Durchführung sozialistischer Maßnahmen zu verzichten. Die Partei stellte sich die Aufgabe, das konterrevolutionäre Kulakentum zu zerschlagen. Zur Organisierung der Dorfarmut und zum erfolgreichen Kampfe gegen das Kulakentum, das über Getreideüberschüsse verfügte, wurde eine Kampagne zur Entsendung von Arbeitern in das Dorf organisiert.

„Genossen Arbeiter!“, schrieb Lenin. „Seid dessen eingedenk, daß die Lage der Revolution kritisch ist. Seid dessen eingedenk, daß *nur ihr*, und sonst niemand die Revolution retten könnt. Zehntausende auserlesene, fortgeschrittene, dem Sozialismus ergebene Arbeiter, die gegen Bestechungen und Unterschlagungen gefeit sind, die fähig sind, eine eiserne Macht gegen die Kulaken, Spekulanten, Marodeure, gegen die bestechlichen und desorganisierenden Elemente aufzurichten, — das ist es, was uns not tut.“ (Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXIII, S. 32.)

„Der Kampf um das Brot, das ist der Kampf um den Sozialismus“, sagte Lenin, und unter dieser Losung ging die Entsendung von Arbeitern in das Dorf vor sich. Eine Reihe von Dekreten wurde erlassen, durch welche eine Diktatur im Ernährungswesen errichtet und den Organen des Volkskommissariats für Ernährung außerordentliche Vollmachten für den Einkauf von Getreide zu festen Preisen eingeräumt wurden.

Durch das Dekret vom 11. Juni 1918 wurden die *Komitees der Dorfarmut* geschaffen. Die Komitees der Dorfarmut spielten eine große Rolle im Kampfe gegen das Kulakentum, bei der Neuverteilung der beschlagnahmten Ländereien und der Verteilung des Wirtschaftsinventars, bei der Beschaffung der Lebensmittelüberschüsse von den Kulaken, bei der Versorgung der Arbeiterzentren und der Roten Armee mit Lebensmitteln. 50 Millionen Hektar Kulakenland gingen an die Dorfarmut und die Mittelbauern über. Ein bedeutender Teil der Produktionsmittel des Kulakentums wurde zugunsten der Dorfarmut konfisziert.

Die Organisierung von Komitees der Dorfarmut war eine weitere Etappe in der Entfaltung der sozialistischen Revolution im Dorfe. Die Komitees der Dorfarmut waren Stützpunkte der Diktatur des Proletariats im Dorfe. Durch die Komitees der Dorfarmut erfolgte auch in bedeutendem Maße die Formierung von Kadern der Roten Armee aus der bäuerlichen Bevölkerung.

Die Entsendung von Proletariern in das Dorf und die Organisierung von Komitees der Dorfarmut festigten die Sowjetmacht im Dorfe und waren von ungeheurer politischer Bedeutung für die Gewinnung des Mittelbauern für die Sowjetmacht.

Ende 1918, als die Komitees der Dorfarmut ihre Aufgaben erfüllt

hatten, verschmolzen sie sich mit den Dorfsowjets und hörten somit auf zu existieren.

Am 4. Juli 1918 wurde der V. Sowjetkongreß eröffnet. Auf dem Kongreß entfalteteten die „linken“ Sozialrevolutionäre zur Verteidigung der Kulaken einen wütenden Kampf gegen Lenin. Sie forderten die Einstellung des Kampfes gegen das Kulakentum und den Verzicht auf die Entsendung von Arbeiterabteilungen für Lebensmittelbeschaffung ins Dorf. Als sich die „linken“ Sozialrevolutionäre überzeugt hatten, daß ihre Linie bei der Kongreßmehrheit auf harten Widerstand stieß, organisierten sie in Moskau einen Putsch, besetzten die Trjochswjatitelski-Gasse und eröffneten von dort aus Artilleriefeuer auf den Kreml. Dieses Abenteuer der „linken“ Sozialrevolutionäre wurde jedoch von den Bolschewiki im Laufe weniger Stunden niedergeschlagen. An einigen Stellen des Landes unternahmen die örtlichen Organisationen der „linken“ Sozialrevolutionäre ebenfalls Putschversuche, doch wurde diesem Abenteuer überall rasch ein Ende bereitet.

Wie nunmehr im Prozeß gegen den antisowjetischen „Block der Rechten und Trotzlisten“ festgestellt worden ist, war die Meuterei der „linken“ Sozialrevolutionäre mit Wissen und Einverständnis von Bucharin und Trotzki angezettelt worden und bildete einen Teil des Gesamtplanes einer konterrevolutionären Verschwörung der Bucharinleute, Trotzlisten und „linken“ Sozialrevolutionäre gegen die Sowjetmacht.

In derselben Zeit drang der „linke“ Sozialrevolutionär Blumkin — in der Folge ein Agent Trotzki — in die deutsche Botschaft ein und ermordete den deutschen Botschafter in Moskau, Mirbach, um einen Krieg mit Deutschland zu provozieren. Der Sowjetregierung gelang es jedoch, den Krieg abzuwenden und die Provokation der Konterrevolutionäre zu durchkreuzen.

Auf dem V. Sowjetkongreß wurde die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, die erste Sowjetverfassung, angenommen.

Kurze Zusammenfassung

Im Laufe von acht Monaten, von Februar bis Oktober 1917, erfüllt die Partei der Bolschewiki eine äußerst schwierige Aufgabe: sie erobert die Mehrheit in der Arbeiterklasse, in den Sowjets, sie zieht

Millionen von Bauern auf die Seite der sozialistischen Revolution. Sie entreißt diese Massen dem Einfluß der kleinbürgerlichen Parteien (Sozialrevolutionäre, Menschewiki, Anarchisten), sie entlarvt Schritt für Schritt die gegen die Interessen der Werktätigen gerichtete Politik dieser Parteien. Die Partei der Bolschewiki entfaltet eine gewaltige politische Arbeit an der Front und im Hinterland, um die Massen zur Sozialistischen Oktoberrevolution vorzubereiten.

Die entscheidenden Momente in der Geschichte der Partei dieser Periode sind: die Ankunft Lenins aus der Emigration, die Aprilthesen Lenins, die Aprilkonferenz der Partei und der VI. Parteitag. Aus den Beschlüssen der Partei schöpft die Arbeiterklasse Kraft und Siegeszuversicht, in ihnen findet sie die Antwort auf die wichtigsten Fragen der Revolution. Die Aprilkonferenz lenkt die Partei auf den Weg des Kampfes für den Übergang von der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen Revolution. Der VI. Parteitag stellt die Partei auf den bewaffneten Aufstand gegen die Bourgeoisie und deren Provisorische Regierung ein.

Die Paktierparteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die Anarchisten und die übrigen nichtkommunistischen Parteien vollenden ihre Entwicklung: sie alle werden schon vor der Oktoberrevolution zu bürgerlichen Parteien, die die Unversehrtheit und Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung verteidigen. Einzig und allein die Partei der Bolschewiki leitet den Kampf der Massen für den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Macht der Sowjets.

Gleichzeitig vereiteln die Bolschewiki die Versuche der Kapitulanten innerhalb der Partei — Sinowjew, Kamenew, Rykows, Bucharin, Trozki, Pjatakow —, die Partei vom Wege der sozialistischen Revolution abzubringen.

Unter Führung der Partei der Bolschewiki stürzt die Arbeiterklasse im Bündnis mit der armen Bauernschaft, mit Unterstützung der Soldaten und Matrosen die Macht der Bourgeoisie, errichtet die Macht der Sowjets, begründet einen neuen Staatstypus, den sozialistischen Sowjetstaat, hebt das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden auf, übergibt den Boden der Bauernschaft zur Nutzung, nationalisiert den gesamten Grund und Boden im Lande, expropriert die Kapitalisten, erkämpft den Ausweg aus dem Kriege, den Frieden, gewinnt die notwendige Atempause und schafft auf diese Weise die Voraussetzungen zur Entfaltung des sozialistischen Aufbaus.

Die Sozialistische Oktoberrevolution hat den Kapitalismus zerschlagen, der Bourgeoisie die Produktionsmittel weggenommen und die Fabriken, Betriebe, den Grund und Boden, die Eisenbahnen, die Banken in Eigentum des ganzen Volkes, in gesellschaftliches Eigentum verwandelt.

Sie hat die Diktatur des Proletariats errichtet und die Leitung eines riesigen Staates in die Hände der Arbeiterklasse gelegt, sie somit zur herrschenden Klasse gemacht.

Damit hat die Sozialistische Oktoberrevolution eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit, die Ära der proletarischen Revolutionen eröffnet.

Die Partei der Bolschewiki in der Periode der ausländischen
militärischen Intervention und des Bürgerkrieges
(1918–1920)

1

*Der Beginn der ausländischen militärischen Intervention
Die erste Periode des Bürgerkrieges*

Der Abschluß des Brester Friedens und die Festigung der Sowjetmacht infolge einer Reihe von ihr durchgeführter revolutionär-ökonomischer Maßnahmen zu einer Zeit, als der Krieg im Westen noch in vollem Gange war, riefen unter den Imperialisten des Westens, ganz besonders unter den Imperialisten der Entente, die größte Beunruhigung hervor.

Die Imperialisten der Entente befürchteten, daß der Friedensschluß zwischen Deutschland und Rußland die militärische Lage Deutschlands erleichtern und die Lage der Ententetruppen an der Front entsprechend erschweren könnte. Sie befürchteten weiter, daß die Herstellung des Friedens zwischen Rußland und Deutschland den Friedensdrang in allen Ländern, an allen Fronten verstärken und dadurch die Ziele des Krieges, die Ziele der Imperialisten durchkreuzen könnte. Sie befürchteten schließlich, daß das Bestehen der Sowjetmacht auf dem Territorium eines riesigen Landes und ihre nach dem Sturz der Macht der Bourgeoisie in diesem Lande errungenen Erfolge für die Arbeiter und Soldaten des Westens ein ansteckendes Beispiel sein könnten, und daß diese, von tiefer Unzufriedenheit über den sich hinziehenden Krieg erfaßt, nach dem Beispiel der Russen die Bajonette gegen ihre Herren und Unterdrücker kehren könnten. Infolgedessen beschlossen die Regierungen der Entente, die militärische Intervention (Einmischung) in Rußland einzuleiten, um die Sowjetmacht zu stürzen und eine bürgerliche Macht aufzurichten, die im Lande bürgerliche Zustände wiederherstellen, den Friedensvertrag mit den Deutschen annullieren und aufs neue eine Kriegsfront gegen Deutschland und Österreich schaffen würde.

Die Imperialisten der Entente machten sich um so lieber an dieses

verbrecherische Werk, als sie von der Unhaltbarkeit der Sowjetmacht überzeugt waren und nicht daran zweifelten, daß deren rascher Sturz bei einiger Anstrengung ihrer Feinde unausbleiblich sei.

Noch größere Unruhe bewirkten die Erfolge der Sowjetmacht und ihre Festigung in den Reihen der gestürzten Klassen — der Gutsbesitzer und Kapitalisten, in den Reihen der zerschlagenen Parteien — der Kadetten, der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre, der Anarchisten, der bürgerlichen Nationalisten aller Art, in den Reihen der weißgardistischen Generale, des Kosakenoffizierkorps u. ä.

Alle diese feindlichen Elemente schrien es seit den ersten Tagen des Sieges der Oktoberrevolution von allen Dächern, daß in Rußland für die Sowjetmacht kein Boden sei, daß sie dem Untergange geweiht sei, daß sie in ein oder zwei Wochen, in einem Monat oder spätestens in zwei, drei Monaten unbedingt zugrunde gehen werde. Da aber die Sowjetmacht trotz aller Verwünschungen ihrer Feinde weiter existierte und sich weiter festigte, waren die Feinde der Sowjetmacht innerhalb Rußlands zu dem Eingeständnis gezwungen, daß die Sowjetmacht viel stärker sei, als sie früher gedacht hatten, daß zum Sturz der Sowjetmacht ernste Anstrengungen und ein rücksichtsloser Kampf aller Kräfte der Konterrevolution notwendig seien. Daher beschlossen sie, eine umfassende konterrevolutionär-auführerische Tätigkeit zu entfalten, um die Kräfte der Konterrevolution zu sammeln, militärische Kader zusammenzuziehen und Aufstände vor allem in den kosakischen und kulakischen Gebieten zu organisieren.

Somit formierten sich bereits im ersten Halbjahr 1918 zwei deutlich bestimmte Kräfte, bereit, auf den Sturz der Sowjetmacht hinzuwirken: die ausländischen Imperialisten der Entente und die Konterrevolution innerhalb Rußlands.

Keine von diesen beiden Kräften verfügte über genügende Voraussetzungen, um selbständig den Versuch zu unternehmen, die Sowjetmacht zu stürzen. Die Konterrevolution in Rußland besaß gewisse militärische Kader, wie auch eine gewisse Menge Menschenmaterial — hauptsächlich die kosakischen Oberschichten und das Kulakentum —, die notwendig waren, um einen Aufstand gegen die Sowjetmacht anzuzetteln. Sie hatte aber kein Geld und keine Waffen. Die ausländischen Imperialisten hingegen hatten Geld und Waffen, aber sie konnten nicht die genügende Anzahl militärischer Kräfte für die Intervention „liefern“, nicht nur weil sie diese für den Krieg gegen Deutschland

und Österreich brauchten, sondern auch weil es möglich war, daß diese Kräfte sich für den Kampf gegen die Sowjetmacht als nicht völlig zuverlässig erweisen würden.

Die Bedingungen des Kampfes gegen die Sowjetmacht erforderten die Vereinigung beider antisowjetischen Kräfte, der ausländischen und der inneren. Und diese Vereinigung erfolgte im ersten Halbjahr 1918.

So kam die ausländische militärische Intervention, unterstützt von konterrevolutionären Aufständen der Feinde der Sowjetmacht innerhalb Rußlands, gegen die Sowjetmacht zustande.

So endete die Atempause, und der Bürgerkrieg in Rußland begann, das heißt der Krieg der Arbeiter und Bauern der Völker Rußlands gegen die äußeren und inneren Feinde der Sowjetmacht.

Die Imperialisten Englands, Frankreichs, Japans, Amerikas begannen die militärische Intervention ohne Kriegserklärung, obwohl die Intervention ein Krieg gegen Rußland war, und zwar ein Krieg schlimmster Art. In aller Heimlichkeit, meuchlings, schlichen diese „zivilisierten“ Räuber heran und landeten ihre Truppen auf dem Territorium Rußlands.

Die Engländer und Franzosen landeten Truppen in Nordrußland, besetzten Archangelsk und Murmansk, unterstützten dort den weißgardistischen Aufruhr, stürzten die Macht der Sowjets und schufen die weißgardistische „Regierung Nordrußlands“.

Die Japaner landeten Truppen in Wladiwostok, annektierten das Küstengebiet, jagten die Sowjets auseinander und unterstützten die weißgardistischen Aufrührer, die sodann die bürgerlichen Zustände wiederherstellten.

Im Nordkaukasus organisierten die Generale Kornilow, Alexejew, Denikin mit Unterstützung der Engländer und Franzosen eine weißgardistische „Freiwilligenarmee“, zettelten einen Aufruhr der kosakischen Oberschichten an und eröffneten einen Feldzug gegen die Sowjets.

Am Don zettelten die Generale Krasnow und Mamontow mit geheimer Unterstützung der deutschen Imperialisten (zu ihrer offenen Unterstützung konnten sich die Deutschen angesichts des Friedensvertrags mit Rußland nicht entschließen) einen Aufruhr der Donkosaken an, besetzten das Dongebiet und eröffneten einen Feldzug gegen die Sowjets.

An der mittleren Wolga und in Sibirien wurde infolge der Ränke

der Engländer und Franzosen ein Aufruhr des tschechoslowakischen Korps organisiert. Dieses aus Kriegsgefangenen bestehende Korps hatte von der Sowjetregierung die Erlaubnis erhalten, durch Sibirien und den Fernen Osten nach seiner Heimat abzureisen. Auf der Reise wurde es jedoch von den Sozialrevolutionären und den Engländern und Franzosen zu einem Aufruhr gegen die Sowjetmacht ausgenutzt. Der Aufruhr des Korps diente als Signal für den Aufruhr des Kulakentums an der Wolga und in Sibirien und unter dem Einfluß der Sozialrevolutionäre stehender Arbeiter aus den Betrieben von Wotkinsk und Ishewsk. An der Wolga wurde die weißgardistisch-sozialrevolutionäre Regierung von Samara, in Omsk die sibirische weißgardistische Regierung geschaffen.

Deutschland nahm an dieser Intervention des Blocks der Engländer, Franzosen, Japaner, Amerikaner nicht teil und konnte das schon deswegen nicht, weil es sich mit diesem Block in Kriegszustand befand. Aber trotz dieses Umstandes und des zwischen Rußland und Deutschland geschlossenen Friedensvertrages zweifelte keiner der Bolschewiki daran, daß die deutsche Regierung Kaiser Wilhelms genau so ein geschworener Feind des Sowjetlandes war wie die englisch-französisch-japanisch-amerikanischen Interventen. Und wirklich taten die deutschen Imperialisten alles Mögliche und Unmögliche, um das Sowjetland zu isolieren, zu schwächen und zugrunde zu richten. Sie rissen die Ukraine von Sowjetrußland los, allerdings gemäß einem „Vertrag“ mit der Ukrainischen Rada¹, ließen auf Ersuchen der weißgardistischen Ukrainischen Rada ihre Truppen in die Ukraine einmarschieren und begannen das ukrainische Volk unmenschlich auszuplündern und zu unterjochen, wobei sie ihm untersagten, Verbindungen irgendwelcher Art mit Sowjetrußland zu unterhalten. Sie rissen Transkaukasien von Sowjetrußland los, ließen auf Ersuchen der georgischen und aserbaidshanischen Nationalisten deutsche und türkische Truppen dorthin einmarschieren und begannen in Tiflis und Baku zu schalten und zu walten. Auf jede Weise unterstützten sie, allerdings auf Schleichwegen, mit Waffen und Proviant den aufrührerischen Don-General Krasnow gegen die Sowjetmacht.

¹ *Ukrainische Rada* — Regierung der nationalistischen, konterrevolutionären ukrainischen Bourgeoisie, die die Truppen der österreichischen und deutschen Imperialisten zur Erdrosselung der Revolution in die Ukraine brief. *Die Red.*

Somit sah sich Sowjetrußland von seinen wichtigsten Lebensmittel-, Rohstoff- und Brennstoffgebieten abgeschnitten.

Schwer war es in dieser Periode in Sowjetrußland. Es mangelte an Brot. Es mangelte an Fleisch. Hunger quälte die Arbeiter. Die Arbeiter Moskaus und Petrograds erhielten ein Achtelpfund Brot für zwei Tage. Es gab Tage, wo überhaupt kein Brot zur Verteilung kam. Die Betriebe lagen still oder nahezu still; es fehlte an Rohstoffen und Brennstoffen. Aber die Arbeiterklasse verzagte nicht. Die Partei der Bolschewiki verzagte nicht. Die unglaublichen Schwierigkeiten dieser Periode und der verzweifelte Kampf gegen sie zeigten, welche unerschöpfliche Energie die Arbeiterklasse in sich birgt und wie groß, wie unermesslich die Kraft der Autorität der bolschewistischen Partei ist.

Die Partei erklärte das Land zum Kriegslager und stellte sein wirtschaftliches sowie sein kulturelles und politisches Leben auf den Krieg um. Die Sowjetregierung erklärte: „Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr!“, und rief das Volk zur Abwehr auf. Lenin stellte die Losung auf: „Alles für die Front!“, und hunderttausende Arbeiter und Bauern rückten als Freiwillige zur Roten Armee ein und gingen an die Front. Ungefähr die Hälfte der gesamten Mitgliedschaft der Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes eilte an die Front. Die Partei mobilisierte das Volk zum *vaterländischen Krieg* gegen die Invasion der Truppen der ausländischen Intervention, gegen die Aufstände der von der Revolution gestürzten Ausbeuterklassen. Der von Lenin organisierte Rat der Arbeiter- und Bauernverteidigung leitete die Versorgung der Front mit Menschen, mit Lebensmitteln, mit Bekleidung, mit Waffen. Der Übergang vom Prinzip der Freiwilligkeit zur allgemeinen Wehrpflicht führte der Roten Armee hunderttausende Mann neue Verstärkungen zu, und die Rote Armee wurde in kurzer Zeit zu einer Millionenarmee.

Trotz der schweren Lage des Landes und obwohl die Rote Armee eine junge Armee war, die sich noch nicht hatte festigen können, waren infolge der getroffenen Verteidigungsmaßnahmen bereits die ersten Erfolge zu verzeichnen. General Krasnow wurde von Zarizyn verdrängt, dessen Einnahme er für gesichert gehalten hatte, und hinter den Don zurückgeworfen. Die Operationen General Denikins wurden auf ein kleines Gebiet des Nordkaukasus lokalisiert. General Kornilow wurde im Kampf gegen die Rote Armee getötet. Die Tschecho-

slowaken und die sozialrevolutionär-weißgardistischen Banden wurden aus Kasan, Simbirsk, Samara vertrieben und bis zum Ural zurückgedrängt. Der Aufruhr des Weißgardisten Sawinkow in Jaroslawl, organisiert von dem Leiter der englischen Mission in Moskau, Lockhart, wurde niedergeschlagen und Lockhart verhaftet. Die Sozialrevolutionäre, die die Genossen Uritzki und Wolodarski ermordet und einen frevelhaften Anschlag auf das Leben Lenins verübt hatten, wurden für ihren weißen Terror gegen die Bolschewiki vom Schwert des roten Terrors getroffen und in allen irgendwie bedeutenden Punkten Zentralrußlands vernichtet.

In den Kämpfen gegen die Feinde gewann die junge Rote Armee stählerne Härte und männliche Kraft.

Die kommunistischen Kommissare, die damals in der Roten Armee tätig waren, spielten eine entscheidende Rolle bei der Festigung der Armee, bei ihrer politischen Aufklärung, bei der Steigerung ihrer Kampffähigkeit, ihrer Disziplin.

Die bolschewistische Partei verstand, daß diese Erfolge der Roten Armee noch nicht entscheidend waren, sondern nur ihre ersten Erfolge darstellten. Sie verstand, daß neue, noch viel ernstere Kämpfe bevorstanden, daß das Land seine verlorenen Lebensmittel-, Rohstoff- und Brennstoffgebiete nur durch langwierige und harte Kämpfe gegen die Feinde wiedererlangen konnte. Daher begannen sich die Bolschewiki intensiv auf einen längeren Krieg vorzubereiten und beschlossen, das ganze Hinterland in den Dienst der Front zu stellen. Die Sowjetregierung führte den *Kriegskommunismus* ein. Die Sowjetmacht stellte außer der Großindustrie auch die mittlere und kleine Industrie unter ihre Kontrolle, um Waren des Massenbedarfs anzusammeln und die Armee sowie das Dorf mit ihnen zu versorgen. Sie führte das Getreidehandelsmonopol ein, verbot den Privathandel mit Getreide und setzte die Ablieferungspflicht fest, um alle Lebensmittelüberschüsse bei den Bauern zu registrieren, Getreidevorräte anzusammeln und die Armee und die Arbeiter mit Lebensmitteln zu versorgen. Schließlich führte sie die allgemeine Arbeitsdienstpflicht für alle Klassen ein. Dadurch, daß die Partei die Bourgeoisie zu obligatorischer körperlicher Arbeit heranzog, setzte sie Arbeiter für andere, für die Front wichtigere Aufgaben frei und verwirklichte das Prinzip: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“

Dies gesamte System von Maßnahmen, die durch die ungemein

schwierigen Bedingungen der Landesverteidigung hervorgerufen waren und zeitweiligen Charakter trugen, wurde Kriegskommunismus genannt.

Das Land traf seine Vorbereitungen für einen langwierigen und harten Bürgerkrieg gegen die äußeren und inneren Feinde der Sowjetmacht. Es mußte die Stärke der Armee bis Ende 1918 verdreifachen. Es mußte die Mittel zur Versorgung dieser Armee ansammeln.

In diesen Tagen erklärte Lenin:

„Wir hatten beschlossen, im Frühjahr eine Armee von 1 000 000 Mann zu haben, jetzt brauchen wir eine Armee von drei Millionen Mann. Wir können sie haben. Und wir werden sie haben.“

2

Die militärische Niederlage Deutschlands · Die Revolution in Deutschland · Die Gründung der III. Internationale · Der VIII. Parteitag

Während das Sowjetland für die neuen Kämpfe gegen die ausländische Intervention seine Vorbereitungen traf, spielten sich im Westen, im Hinterland und an den Fronten der kriegführenden Länder entscheidende Ereignisse ab. Deutschland und Österreich erstickten in den Fängen des Krieges und der Lebensmittelkrise. Während England, Frankreich und Nordamerika immer neue Reserven einsetzten, versiegten in Deutschland und Österreich die letzten spärlichen Reserven. Die Dinge trieben dahin, daß Deutschland und Österreich, die in höchstem Grade erschöpft waren, sehr bald eine Niederlage erleiden mußten.

Unterdessen brodelte innerhalb Deutschlands und Österreichs die Empörung des Volkes gegen den endlosen und unheilvollen Krieg, gegen die imperialistischen Regierungen dieser Länder, die das Volk zur Erschöpfung, zum Hunger getrieben hatten. Hier wirkte sich auch der gewaltige revolutionäre Einfluß der Oktoberrevolution aus, die Verbrüderung der Sowjetsoldaten mit österreichischen und deutschen Soldaten an der Front noch vor dem Brester Frieden sowie später der unmittelbare Einfluß der Beendigung des Krieges mit Sowjetrußland und des mit ihm abgeschlossenen Friedens. Das Beispiel Rußlands, wo das Volk durch den Sturz seiner imperialistischen Regierung die Beendigung des verhaßten Krieges durchgesetzt hatte, mußte auch den

österreichischen und deutschen Arbeitern als Lehre dienen. Die deutschen Soldaten nun, die an der Ostfront gestanden hatten und später, nach dem Brester Frieden, an die Westfront geworfen wurden, übten dort auf die deutsche Armee notwendigerweise eine zersetzende Wirkung aus, als sie von der Verbrüderung mit den Sowjetsoldaten erzählten und davon, wie die Sowjetsoldaten sich vom Kriege befreit hatten. Was die österreichische Armee betrifft, so hatte sie sich schon früher aus denselben Ursachen zu zersetzen begonnen.

Infolge aller dieser Umstände verstärkte sich unter den deutschen Truppen der Drang nach Frieden, büßten sie ihre frühere Kampffähigkeit ein, begannen sie sich unter dem Druck der Ententetruppen zurückzuziehen, und in Deutschland selber brach im November 1918 die Revolution aus, die Wilhelm und seine Regierung stürzte.

Deutschland war gezwungen, sich für besiegt zu erklären, und bat die Entente um Frieden.

So wurde Deutschland, eine Macht ersten Ranges, mit einem Schlage auf die Stufe einer zweitrangigen Macht hinuntergeworfen.

Für die Lage der Sowjetmacht hatte dies eine gewisse negative Bedeutung, da dank diesem Umstand die Staaten der Entente, die die Intervention gegen die Sowjetmacht organisiert hatten, zum herrschenden Faktor in Europa und Asien wurden und die Möglichkeit erhielten, die Intervention zu verstärken, über das Sowjetland die Blockade zu verhängen und die Schlinge um die Sowjetmacht enger zu ziehen. Gerade das trat auch ein, wie wir weiterhin sehen werden. Andererseits aber hatte dieser Umstand eine noch viel ernsthaftere positive Bedeutung, da er die Lage des Sowjetlandes ganz wesentlich erleichterte. Erstens erhielt die Sowjetmacht die Möglichkeit, den Brester Raubfrieden zu annullieren, die Kontributionszahlungen einzustellen und den offenen militärischen und politischen Kampf für die Befreiung Estlands, Lettlands, Bjelorußlands, Litauens, der Ukraine, Transkaukasiens vom Joche des deutschen Imperialismus aufzunehmen. Zweitens — und das war die Hauptsache — mußten das Bestehen eines republikanischen Regimes und die Entstehung von Arbeiter- und Soldatenräten in Deutschland, im Zentrum Europas, die Länder Europas revolutionieren und revolutionierten sie auch tatsächlich, was die Lage der Sowjetmacht in Rußland notwendigerweise festigen mußte. Allerdings war die Revolution in Deutschland eine bürgerliche Revolution und keine sozialistische, waren die Räte das gefügte Werkzeug des bürgerlichen

Parlaments, denn in den Räten herrschten die Sozialdemokraten, Praktiker vom Schlage der russischen Menschewiki, und daraus eben erklärt sich die Schwäche der Revolution. Wie schwach die Revolution dort war, ist schon daraus ersichtlich, daß sie die straflose Ermordung so hervorragender Revolutionäre wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch deutsche Weißgardisten zuließ. Aber trotzdem war es eine Revolution, Wilhelm war gestürzt worden, die Arbeiter entledigten sich ihrer Ketten, und schon das allein mußte die Revolution im Westen entfesseln, einen Aufschwung der Revolution in den europäischen Ländern hervorrufen.

In Europa begann ein revolutionärer Aufschwung. In Österreich entfaltete sich die revolutionäre Bewegung. In Ungarn wurde die Sowjetrepublik ausgerufen. Von der revolutionären Woge getragen, kamen die kommunistischen Parteien Europas an die Oberfläche.

Es entstand der reale Boden für die Vereinigung der kommunistischen Parteien zu der III., der Kommunistischen Internationale.

Im März 1919 wurde in Moskau auf dem I. Kongreß der kommunistischen Parteien verschiedener Länder auf Initiative Lenins und der Bolschewiki die Kommunistische Internationale gegründet. Obwohl die Blockade und die imperialistischen Verfolgungen viele Delegierte hinderten, nach Moskau zu gelangen, waren auf dem I. Kongreß doch die Delegierten der wichtigsten Länder Europas und Amerikas anwesend. Der Kongreß arbeitete unter Lenins Führung.

In seinem Referat über die bürgerliche Demokratie und die Diktatur des Proletariats zeigte Lenin die Bedeutung der Sowjetmacht als der wahren Demokratie für die Werktätigen. Der Kongreß beschloß ein Manifest an das internationale Proletariat, worin er zu entschiedenem Kampf für die proletarische Diktatur, für den Sieg der Sowjets in allen Ländern aufrief.

Der Kongreß bildete das Exekutivkomitee der Komintern (EKKI), das Vollzugsorgan der III., der Kommunistischen Internationale.

So wurde eine internationale revolutionäre proletarische Organisation von neuem Typus geschaffen — die Kommunistische Internationale, die marxistisch-leninistische Internationale.

In einer Situation widerstreitender Umstände — bedingt einerseits durch die Verstärkung des reaktionären Blocks der Ententestaaten gegen die Sowjetmacht, anderseits durch den revolutionären Aufschwung in Europa, hauptsächlich in den Ländern, die eine militärische Nieder-

lage erlitten hatten, einen Aufschwung, der die Lage des Sowjetlandes beträchtlich erleichterte — trat im März 1919 der VIII. Parteitag unserer Partei zusammen.

Auf dem Parteitag waren 301 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, die 313766 Parteimitglieder vertraten. Delegierte mit beratender Stimme gab es 102.

Bei Eröffnung des Parteitags galt das erste Wort Lenins dem Andenken J. M. Swerdlows, eines der besten Organisatoren der Partei der Bolschewiki, der am Vorabend der Eröffnung des Parteitages gestorben war.

Auf dem Parteitag wurde das neue Parteiprogramm angenommen. In dem Programm wird eine Charakteristik des Kapitalismus und seines höchsten Stadiums, des Imperialismus, gegeben. In dem Programm werden zwei Staatssysteme, das bürgerlich-demokratische und das Sowjetsystem, miteinander verglichen. In dem Programm werden die konkreten Aufgaben der Partei im Kampf für den Sozialismus eingehend dargelegt: Zuendeführung der Expropriation der Bourgeoisie, Leitung der Wirtschaft des Landes nach einem einheitlichen sozialistischen Plan, Teilnahme der Gewerkschaften an der Organisation der Volkswirtschaft, sozialistische Arbeitsdisziplin, Ausnutzung von Spezialisten in der Volkswirtschaft unter Kontrolle der Sowjetorgane, allmähliche und planmäßige Einbeziehung der Mittelbauernschaft in die sozialistische Aufbauarbeit.

Der Parteitag nahm den Vorschlag Lenins an, neben der Definition des Imperialismus als des höchsten Stadiums des Kapitalismus eine Beschreibung des Industriekapitalismus und der einfachen Warenwirtschaft in das Programm aufzunehmen, wie sie schon in dem alten, vom II. Parteitag angenommenen Programm enthalten war. Lenin hielt es für notwendig, die Kompliziertheit unseres Wirtschaftslebens im Programm zu berücksichtigen und darauf hinzuweisen, daß es im Lande verschiedene Wirtschaftsformationen gab, darunter die kleine Warenwirtschaft, deren Träger der Mittelbauer war. Daher trat Lenin bei Erörterung des Programms entschieden gegen die antibolschewistischen Auffassungen Bucharins auf, der beantragte, aus dem Programm die Punkte für den Kapitalismus, über die kleine Warenproduktion, über die Wirtschaft des Mittelbauern zu streichen. Die Auffassungen Bucharins bedeuteten die menschowistisch-trotzkistische Verneinung der Rolle des Mittelbauern in der Aufbauarbeit des Sowjetlandes. Gleich-

zeitig vertuschte Bucharin die Tatsache der Entstehung und des Wachstums kulakischer Elemente aus der kleinen, bäuerlichen Warenwirtschaft.

Lenin wies auch die antibolschewistischen Auffassungen Bucharins und Pjatakows in der nationalen Frage schlagend zurück. Sie sprachen sich gegen die Aufnahme des Punktes über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in das Programm, gegen die Gleichberechtigung der Nationen aus, unter dem Vorwand, daß diese Losung den Sieg der proletarischen Revolution, die Vereinigung der Proletarier verschiedener Nationalitäten angeblich behindere. Lenin warf diese überaus schädliche chauvinistische Großmachtskonzeption Bucharins und Pjatakows über den Haufen.

Einen bedeutsamen Platz in den Arbeiten des VIII. Parteitag nahm die Frage des Verhältnisses zum Mittelbauern ein. In Auswirkung des bekannten Dekrets über den Grund und Boden erhielt das Dorf immer mehr mittelbäuerlichen Charakter. Die Mittelbauern bildeten jetzt die Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung. Die Stimmungen und das Verhalten der Mittelbauernschaft, die zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat hin und her schwankte, hatten gewaltige Bedeutung für das Schicksal des Bürgerkrieges und des sozialistischen Aufbaus. Der Ausgang des Bürgerkrieges hing in vieler Hinsicht davon ab, für welche Seite sich der Mittelbauer bei seinen Schwankungen entscheiden würde, welche Klasse es verstehen würde, die Mittelbauernschaft für sich zu gewinnen — das Proletariat oder die Bourgeoisie. Den Tschechoslowaken, Weißgardisten, Kulaken, Sozialrevolutionären, Menschewiki war es im Sommer 1918 gelungen, die Sowjetmacht im Wolgagebiet zu stürzen, weil sie von einem bedeutenden Teil der Mittelbauernschaft unterstützt worden waren. Dasselbe war der Fall während der von Kulaken organisierten Aufstände in Zentralrußland. Aber seit dem Herbst 1918 trat in der Stimmung der Massen der Mittelbauernschaft ein Umschwung zugunsten der Sowjetmacht ein. Die Bauernschaft sah, daß der Sieg der Weißen die Wiederherstellung der Macht der Gutsbesitzer, die Wegnahme des Bauernlandes, Plünderungen, Mißhandlungen und Peinigung der Bauern mit sich bringt. Der Umschwung in der Stimmung der Bauernschaft wurde auch durch die Tätigkeit der Komitees der Dorfarmut, von denen die Kulaken zu Boden geschlagen wurden, gefördert. Im Zusammenhang damit gab Lenin im November 1918 die Losung aus:

„Man muß verstehen, eine Verständigung mit dem Mittelbauern zu erzielen, dabei keine Minute lang auf den Kampf gegen den Kulaken verzichten und sich nur auf die Dorfarmut fest und sicher stützen.“ (*Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXIII, S. 376.*)

Natürlich hörten die Schwankungen der Mittelbauernschaft nicht völlig auf, aber die Mittelbauernschaft kam der Sowjetmacht näher und begann sie nachhaltiger zu unterstützen. Dies wurde in vieler Hinsicht gefördert durch die vom VIII. Parteitag vorgezeichnete Politik gegenüber der Mittelbauernschaft.

Der VIII. Parteitag war ein Wendepunkt in der Politik der Partei gegenüber der Mittelbauernschaft. Das Referat Lenins und die Beschlüsse des Parteitags bestimmten die neue Linie der Partei in dieser Frage. Der Parteitag verlangte, daß die Parteiorganisationen und alle Kommunisten die Mittelbauernschaft von den Kulaken streng unterscheiden und trennen, daß sie die Mittelbauernschaft durch entgegenkommendes Verhalten zu ihren Nöten auf die Seite der Arbeiterklasse ziehen. Gegen die Rückständigkeit des Mittelbauern mußte mit Methoden der Überzeugung und keinesfalls mit Zwangsmaßnahmen, durch Gewaltanwendung, gekämpft werden. Daher gab der Parteitag die Anweisung, sozialistische Maßnahmen auf dem Lande (Schaffung von Kommunen, von landwirtschaftlichen Artels) ohne jede Zwangsanwendung durchzuführen. In allen Fällen, wo die Lebensinteressen des Mittelbauern berührt wurden, sollte man eine praktische Verständigung mit ihm suchen, sich zu Zugeständnissen an den Mittelbauern in der Wahl der *Methoden* bei der Durchführung sozialistischer Umgestaltungen verstehen. Der Parteitag forderte dazu auf, eine Politik des *festen Bündnisses* mit dem Mittelbauern bei Aufrechterhaltung der *führenden Rolle* des Proletariats in diesem Bündnis durchzuführen.

Die neue, von Lenin auf dem VIII. Parteitag verkündete Politik gegenüber der Mittelbauernschaft verlangte vom Proletariat, daß es sich auf die Dorfarmut stütze, das feste Bündnis mit dem Mittelbauern pflege und den Kampf gegen den Kulaken führe. Bis zum VIII. Parteitag betrieb die Partei im allgemeinen die Politik der *Neutralisierung* des Mittelbauern. Dies bedeutet, daß sie den Mittelbauern dazu zu bestimmen suchte, nicht auf die Seite des Kulaken, auf die Seite der Bourgeoisie überhaupt überzugehen. Jetzt aber war das bereits ungenügend. Der VIII. Parteitag ging von der Politik der Neutralisierung

des Mittelbauern zum *festen Bündnis* mit ihm über zum Zwecke des Kampfes gegen die weißgardistische Konterrevolution und gegen die ausländische Intervention sowie zum Zwecke des erfolgreichen sozialistischen Aufbaus.

Die vom Parteitag eingeschlagene Linie gegenüber der großen Masse der Bauernschaft, gegenüber dem Mittelbauern, spielte eine entscheidende Rolle für den erfolgreichen Ausgang des Bürgerkrieges gegen die ausländische Intervention und ihre weißgardistischen Lakaien. Im Herbst 1919, als es galt, zwischen der Sowjetmacht und Denikin zu wählen, unterstützte die Bauernschaft die Sowjets, und die proletarische Diktatur besiegte ihren gefährlichsten Feind.

Besondere Behandlung fand auf dem Parteitag die Frage des Aufbaus der Roten Armee. Auf dem Parteitag trat eine sogenannte „militärische Opposition“ auf. Sie vereinigte eine nicht geringe Anzahl früherer „linker Kommunisten“. Aber außer Vertretern des zertrümmerten „linken Kommunismus“ gehörten der „militärischen Opposition“ auch Parteiarbeiter an, die niemals an irgendeiner Opposition teilgenommen hatten, aber unzufrieden waren mit Trotzki's Leitung in der Armee. Die meisten militärischen Delegierten waren schroff gegen Trotzki eingestellt, gegen seine Liebedienerei vor den militärischen Spezialisten aus der alten zaristischen Armee, von denen ein Teil uns während des Bürgerkrieges direkt verriet, gegen das hochmütige und feindliche Verhalten Trotzki's zu den alten bolschewistischen Kadern in der Armee. Auf dem Parteitag wurden Beispiele „aus der Praxis“ dafür angeführt, wie Trotzki eine ganze Reihe ihm mißliebiger verantwortlicher Kommunisten, die als militärische Funktionäre an der Front standen, erschießen lassen wollte, womit er dem Feind in die Hände arbeitete, und wie nur die Einmischung des Zentralkomitees und die Proteste der militärischen Funktionäre den Tod dieser Genossen abwendeten.

Im Kampf gegen die Entstellung der Militärpolitik der Partei durch Trotzki verfocht die „militärische Opposition“ jedoch unrichtige Auffassungen in einer Reihe von Fragen des militärischen Aufbaus. Lenin und Stalin traten entschieden gegen die „militärische Opposition“ auf, die die Überbleibsel des Partisanentums in der Armee verteidigte und gegen die Schaffung einer regulären Roten Armee, gegen die Ausnutzung militärischer Spezialisten und gegen die eiserne Disziplin kämpfte, ohne die eine Armee keine wirkliche Armee sein kann. Der „militä-

rischen Opposition“ entgegentretend, forderte Genosse Stalin die Schaffung einer vom Geiste strengster Disziplin durchdrungenen regulären Armee.

„Entweder bringen wir es fertig“, sagte Genosse Stalin, „eine streng disziplinierte wirkliche Arbeiter- und Bauernarmee, vorwiegend aus Bauern bestehend, zu schaffen und behaupten die Republik, oder wir gehen zugrunde.“

Der Parteitag, der eine Reihe von Anträgen der „militärischen Opposition“ ablehnte, versetzte gleichzeitig Trotzki einen Hieb, und zwar dadurch, daß er eine Verbesserung der Arbeit der zentralen militärischen Institutionen und eine Verstärkung der Rolle der Kommunisten in der Armee forderte.

Infolge der Arbeit der auf dem Parteitag eingesetzten militärischen Kommission wurde ein einmütiger Beschluß des Parteitags zur Militärfrage erreicht.

Die Beschlüsse des Parteitags zur Militärfrage führten zur Stärkung der Roten Armee und zu ihrer weiteren Annäherung an die Partei.

Auf dem Parteitag wurde weiter die Frage des Partei- und Sowjetaufbaus, die Frage der führenden Rolle der Partei in der Arbeit der Sowjets erörtert. Bei Erörterung dieser Frage erteilte der Parteitag der opportunistischen Gruppe Saponow-Ossinski, die die führende Rolle der Partei in der Arbeit der Sowjets verneinte, eine Abfuhr.

Endlich faßte der Parteitag angesichts des gewaltigen Zustroms neuer Parteimitglieder einen Beschluß über die Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei und über die Durchführung einer Umregistrierung.

Das war der Anfang der ersten Reinigung der Parteilisten.

3

Die Verstärkung der Intervention · Die Blockade gegen das Sowjetland · Der Feldzug Koltschaks und seine Vernichtung · Der Feldzug Denikins und seine Vernichtung · Die dreimonatige Atempause · Der IX. Parteitag

Nachdem die Ententestaaten Deutschland und Österreich besiegt hatten, beschlossen sie, große militärische Kräfte gegen das Sowjetland zu werfen. Nach der Niederlage Deutschlands und dem Abzug

seiner Truppen aus der Ukraine und aus Transkaukasien wurde der Platz der Deutschen von den Engländern und Franzosen eingenommen, die ihre Flotte in das Schwarze Meer entsandten und ihre Truppen in Odessa und in Transkaukasien landeten. Das Wüten der Entente-Interventen in den okkupierten Gebieten erreichte eine solche Bestialität, daß sie nicht davor zurückschreckten, ganze Gruppen von Arbeitern und Bauern durch ihre Soldateska niederzumetzeln. Zuletzt, nach der Okkupation Turkestans, gingen die Interventen in ihrer Vermessenhaftigkeit so weit, daß sie 26 führende Bakuer Bolschewiki, die Genossen Schaumian, Fioletow, Dshaparidse, Malygin, Asisbekow, Korganow und andere, in das transkaspische Gebiet entführten und sie unter Beihilfe der Sozialrevolutionäre bestialisch erschossen.

Nach einiger Zeit wurde von den Interventen die *Blockade* über Rußland verhängt. Alle Seewege und sonstigen Verbindungen mit der Außenwelt wurden abgeschnitten.

Auf diese Weise war das Sowjetland nahezu von allen Seiten eingekreist.

Die größte Hoffnung setzte die Entente damals auf Admiral Kolttschak, die vorgeschobene Figur der Entente in Sibirien, in Omsk. Er wurde zum „Obersten Regenten Rußlands“ erklärt. Unter seinem Oberbefehl stand die gesamte Konterrevolution in Rußland.

Somit wurde die Ostfront zur Hauptfront.

Im Frühjahr 1919 rückte Kolttschak, der eine gewaltige Armee zusammengebracht hatte, beinahe bis an die Wolga vor. Gegen Kolttschak wurden die besten Kräfte der Bolschewiki geworfen, wurden Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes, wurden Arbeiter mobilisiert. Im April 1919 brachte die Rote Armee Kolttschak eine ernste Niederlage bei. Bald darauf begann der Rückzug der Kolttschakarmee an der ganzen Front.

In dem Augenblick, da sich die Angriffsoperationen der Roten Armee an der Ostfront in vollem Gange befanden, brachte Trotzki einen verdächtigen Plan in Vorschlag: vor dem Ural haltzumachen, die Verfolgung des Kolttschakheeres einzustellen und die Truppen von der Ostfront an die Südfront zu werfen. Das Zentralkomitee der Partei, das ausgezeichnet verstand, daß der Ural und Sibirien nicht in Kolttschaks Händen gelassen werden durften, weil er sich dort mit Hilfe der Japaner und Engländer erholen und wieder auf die Beine kommen könnte, lehnte diesen Plan ab und erteilte die Direktive, den Vormarsch fort-

zusetzen. Trotzki, der mit dieser Direktive nicht einverstanden war, erklärte seinen Rücktritt. Das Zentralkomitee lehnte den Rücktritt Trotzkis ab und hielt ihn gleichzeitig dazu an, von der Teilnahme an der Führung der Operationen an der Ostfront unverzüglich Abstand zu nehmen. Die Offensive der Roten Armee gegen Koltschak entfaltete sich mit neuer Kraft. Die Rote Armee brachte Koltschak eine Reihe neuer Niederlagen bei und befreite den Ural und Sibirien von den Weißen, wobei die Rote Armee von einer mächtigen, im Rücken der Weißen entstandenen Partisanenbewegung unterstützt wurde.

Im Sommer 1919 wurde dem General Judenitsch, der an der Spitze der Konterrevolution im Nordwesten (im Ostseegebiet, vor Petrograd) stand, von den Imperialisten die Aufgabe auferlegt, durch einen Angriff auf Petrograd die Aufmerksamkeit der Roten Armee von der Ostfront abzulenken. Die Besetzung von zwei Außenwerken vor Petrograd, die der konterrevolutionären Agitation früherer Offiziere erlegen war, meuterte gegen die Sowjetmacht, zudem kam im Frontstab eine konterrevolutionäre Verschwörung ans Tageslicht. Der Feind bedrohte Petrograd. Aber durch die von der Sowjetmacht getroffenen Maßnahmen wurden die meuternden Außenwerke mit Unterstützung der Arbeiter und Matrosen von den Weißen gesäubert, den Truppen Judenitschs eine Niederlage beigebracht und Judenitsch über die estnische Grenze geworfen.

Die Niederlage Judenitschs vor Petrograd erleichterte den Kampf gegen Koltschak. Ende 1919 war die Armee Koltschaks endgültig zerschlagen. Koltschak selbst wurde verhaftet und in Irkutsk gemäß dem Urteil des Revolutionskomitees erschossen.

Auf diese Weise war mit Koltschak Schluß gemacht worden.

Über Koltschak sang die Bevölkerung Sibiriens das folgende Liedchen:

Englische Montur,
Französisch Posament,
Japanischer Tabak —
Sibirischer Regent.

In Fetzen die Montur,
Im Staub das Posament,
Vom Tabak keine Spur,
Verduftet — der Regent.

Als die Interventen sahen, daß Koltschak die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht rechtfertigte, änderten sie den Plan ihres Überfalls auf die Sowjetrepublik. Die Landungstruppen mußten aus Odessa zurückgezogen werden, da die Soldaten der Interventen durch die Berührung mit den Truppen der Sowjetrepublik vom revolutionären Geist angesteckt wurden und gegen ihre imperialistischen Herren zu meutern begannen. So erhoben sich in Odessa französische Matrosen unter Führung von André Marty zum Aufstand. Infolgedessen wandte die Entente jetzt, nach der Zertrümmerung Koltschaks, ihre Aufmerksamkeit vor allem dem General Denikin zu, einem Komplizen Kornilows und Organisator der sogenannten „Freiwilligenarmee“. Zu dieser Zeit wütete Denikin im Süden, im Kubangebiet, gegen die Sowjetmacht. Die Entente versorgte seine Armee mit Waffen, Munition und sonstiger Ausrüstung in großen Mengen und ließ sie nach Norden gegen die Sowjetmacht vorrücken.

Somit wurde diesmal die Südfront zur Hauptfront.

Denikin begann seinen Hauptfeldzug gegen die Sowjetmacht im Sommer 1919. Trotzki desorganisierte die Arbeit an der Südfront, und unsere Truppen erlitten eine Niederlage nach der anderen. Bis Mitte Oktober besetzten die Weißen die ganze Ukraine, nahmen Orel ein und rückten bis vor Tula, das unsere Armee mit Patronen, Gewehren und Maschinengewehren versorgte. Die Weißen näherten sich Moskau. Die Lage der Sowjetrepublik wurde mehr als ernst. Die Partei schlug Alarm und rief das Volk zur Abwehr auf. Lenin gab die Losung aus: „Alle zum Kampf gegen Denikin!“ Die von den Bolschewiki mit Kampfbegeisterung erfüllten Arbeiter und Bauern spannten alle Kräfte an, um den Feind zu vernichten.

Zur Organisierung des Vernichtungsfeldzuges gegen Denikin entsandte das Zentralkomitee die Genossen Stalin, Woroschilow, Ordshonikidse und Budjonny an die Südfront. Trotzki wurde von der Leitung der Operationen der Roten Armee im Süden entfernt. Vor dem Eintreffen des Genossen Stalin hatte das Kommando der Südfront gemeinsam mit Trotzki einen Plan ausgearbeitet, wonach der Hauptstoß gegen Denikin von Zarizyn auf Noworossijsk, durch die Donsteppen, geführt werden sollte, wo die Rote Armee völlig weglases Gelände zu passieren und Gebiete mit kosakischer Bevölkerung zu durchqueren gehabt hätte, von der ein bedeutender Teil damals unter dem Einfluß der Weißgardisten stand. Genosse Stalin unterzog diesen Plan einer scharfen

Kritik und schlug dem Zentralkomitee seinen eigenen Plan zur Vernichtung Denikins vor: den Hauptstoß in Richtung Charkow—Donezbecken—Rostow zu führen. Dieser Plan sicherte einen raschen Vormarsch unserer Truppen gegen Denikin angesichts der offenkundigen Sympathien der Bevölkerung in den proletarischen und bäuerlichen Rayons, durch die unsere Armee zu marschieren hatte. Außerdem bot das in diesem Gebiet vorhandene dichte Eisenbahnnetz die Möglichkeit, unsere Truppen regelmäßig mit allem Notwendigen zu versorgen. Schließlich gab dieser Plan die Möglichkeit, das Donezbecken zu befreien und unserem Lande Brennstoff zu sichern.

Das Zentralkomitee der Partei nahm den Plan des Genossen Stalin an. In der zweiten Hälfte Oktober 1919 wurde Denikin nach wütendem Widerstand in entscheidenden Kämpfen vor Orel und bei Woronesh von der Roten Armee geschlagen. Denikin trat eiligst den Rückzug an und flüchtete dann, von unseren Truppen verfolgt, nach dem Süden. Anfang 1920 waren die ganze Ukraine und der Nordkaukasus von den Weißen befreit.

Während der entscheidenden Kämpfe an der Südfront warfen die Imperialisten von neuem das Korps Judenitschs gegen Petrograd, um unsere Kräfte vom Süden abzulenken und die Truppen Denikins zu entlasten. Die Weißen rückten unmittelbar bis vor die Stadt, vor Petrograd. Das heroische Proletariat Petrograds trat mit Leib und Leben für die Verteidigung der ersten Stadt der Revolution ein. Die Kommunisten waren wie immer in den ersten Reihen. Nach erbitterten Kämpfen wurden die Weißen geschlagen und aufs neue über die Grenzen unseres Landes hinaus, nach Estland geworfen.

Auf diese Weise war mit Denikin ebenfalls Schluß gemacht worden.

Nach der Niederlage Koltshaks und Denikins trat eine kurze Atempause ein.

Als die Imperialisten sahen, daß die weißgardistischen Truppen geschlagen waren, daß die Intervention nicht gelang und daß die Sowjetmacht sich im ganzen Lande festigte, in Westeuropa aber die Empörung der Arbeiter über den Krieg der Interventionen gegen die Sowjetrepublik wuchs, begannen sie ihr Verhalten zum Sowjetstaat zu ändern. Im Januar 1920 faßten England, Frankreich und Italien den Beschluß, die Blockade gegen Sowjetrußland aufzuheben.

Damit war eine höchst bedeutsame Bresche in die Mauer der Intervention geschlagen worden.

Dies bedeutete natürlich nicht, daß der Sowjetstaat mit der Intervention und dem Bürgerkrieg bereits Schluß gemacht hätte. Noch blieb die Gefahr eines Überfalls von seiten des imperialistischen Polen. Noch waren die Interventen nicht endgültig aus dem Fernen Osten, aus Transkaukasien und aus der Krim vertrieben. Aber das Sowjetland erhielt eine zeitweilige Atempause und konnte mehr Kräfte für den wirtschaftlichen Aufbau verwenden. Die Partei erhielt die Möglichkeit, sich mit den Wirtschaftsfragen zu befassen.

Während des Bürgerkrieges hatten viele qualifizierte Arbeiter infolge der Stilllegung von Fabriken und Werken ihre Arbeitsplätze verlassen. Die Partei ließ die qualifizierten Arbeiter jetzt zu ihrer Facharbeit in die Produktion zurückkehren. Einige tausend Kommunisten wurden zum Wiederaufbau des Verkehrswesens abkommandiert, das sich in einer schweren Lage befand. Ohne das Verkehrswesen wieder aufzubauen, konnte man nicht ernsthaft an die Wiederherstellung der Hauptzweige der Produktion herangehen. Verstärkt und verbessert wurde die Beschaffung von Lebensmitteln. Die Ausarbeitung des Planes zur Elektrifizierung Rußlands wurde in Angriff genommen. Noch standen gegen 5 Millionen Rotarmisten unter Waffen, die man wegen der Kriegsgefahr vorläufig nicht demobilisieren konnte. Daher wurden einige Truppenverbände der Roten Armee in *Arbeitsarmeen* verwandelt, um auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Aufbaus verwendet zu werden. Der Rat der Arbeiter- und Bauernverteidigung wurde umgewandelt in den *Rat für Arbeit und Verteidigung* (STO). Zu seiner Unterstützung wurde die *Staatliche Plankommission* (Gosplan) geschaffen.

In dieser Situation wurde Ende März 1920 der IX. Parteitag eröffnet.

Auf dem Parteitag waren 554 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, die 611 978 Parteimitglieder vertraten. Delegierte mit beratender Stimme gab es 162.

Der Parteitag bestimmte die nächsten wirtschaftlichen Aufgaben des Landes auf dem Gebiete des Verkehrswesens und der Industrie und wies besonders auf die Notwendigkeit der Teilnahme der Gewerkschaften am wirtschaftlichen Aufbau hin.

Besondere Aufmerksamkeit wurde auf dem Parteitag der Frage des einheitlichen Wirtschaftsplans gewidmet, der in erster Linie die Hebung des Verkehrswesens, der Brennstoffförderung und des Hütten-

wesens vorsah. Das Kernstück dieses Plans bildete die Frage der Elektrifizierung der gesamten Volkswirtschaft, die Lenin als „das große Programm für 10 bis 20 Jahre“ hervorhob. Auf dieser Grundlage wurde später der bekannte Staatliche Elektrifizierungsplan (GOELRO) ausgearbeitet, der heute bereits bei weitem übererfüllt ist.

Der Parteitag erteilte der parteifeindlichen Gruppe des „demokratischen Zentralismus“ eine Abfuhr, die gegen die individuelle Leitung und die persönliche Verantwortlichkeit der Direktoren in der Industrie auftrat und eine schrankenlose „Kollegialität“ und Unverantwortlichkeit in der Leitung der Industrie verfocht. Die Hauptrolle in dieser parteifeindlichen Gruppe spielten Saprnow, Ossinski und W. Smirnow. Sie wurden auf dem Parteitag von Rykow und Tomski unterstützt.

4

Der Überfall der polnischen Barone auf das Sowjetland · Der Vorstoß des Generals Wrangel · Das Scheitern des polnischen Plans · Die Vernichtung Wrangels · Das Ende der Intervention

Obwohl Koltschak und Denikin vernichtend geschlagen waren, obwohl das Sowjetland sein Territorium immer weiter ausdehnte, da es das Nordgebiet, Turkestan, Sibirien, das Dongebiet, die Ukraine usw. von den Weißen und Interventen befreite, obwohl die Entente gezwungen war, die Blockade gegen Rußland aufzuheben, wollten die Ententestaaten sich immer noch nicht mit dem Gedanken abfinden, daß die Sowjetmacht sich als unbezwinglich, daß sie sich als Siegerin erwiesen hatte. Daher entschlossen sie sich, noch einen Interventionsversuch gegen das Sowjetland zu unternehmen. Diesmal beschlossen die Interventen, einerseits den bürgerlichen konterrevolutionären Nationalisten Pilsudski, das faktische Oberhaupt des polnischen Staates, und andererseits General Wrangel auszunutzen, der in der Krim die Überreste der Denikinarmee gesammelt hatte und von dorthier das Donezbecken und die Ukraine bedrohte.

Nach einem Ausdruck Lenins waren das von den Baronen beherrschte Polen und Wrangel die beiden Arme des internationalen Imperialismus, mit denen er das Sowjetland zu erdrosseln versuchte.

Der Plan der Polen war: die Sowjetukraine rechts vom Dnjepr und Sowjetbjelorußland zu annektieren, in diesen Gebieten die Macht der

polnischen Barone wiederherzustellen, die Grenzen des polnischen Staats „von Meer zu Meer“, von Danzig bis nach Odessa, zu erweitern und für die ihnen von Wrangel erwiesene Hilfe ihrerseits Wrangel zu helfen, die Rote Armee zu schlagen und in Sowjetrußland die Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten wiederherzustellen.

Dieser Plan wurde von den Ententestaaten gebilligt.

Die Versuche der Sowjetregierung, mit Polen zur Erhaltung des Friedens und zur Verhinderung des Krieges Verhandlungen einzuleiten, blieben völlig ergebnislos. Pilsudski wollte von Frieden nichts hören. Pilsudski wollte Krieg führen. Er spekulierte darauf, daß die in den Kämpfen gegen Koltshak und Denikin ermüdeten roten Truppen dem Überfall der polnischen Truppen nicht standhalten würden.

Die kurze Atempause war zu Ende.

Im April 1920 brachen die polnischen Truppen in das Gebiet der Sowjetukraine ein und besetzten Kiew. Gleichzeitig ging Wrangel zur Offensive über und bedrohte das Donezbecken.

Als Antwort auf den Überfall der polnischen Truppen entfalteten die roten Truppen an der ganzen Front eine Gegenoffensive. Nach Befreiung Kiews und Vertreibung der polnischen Barone aus der Ukraine und Bjelorußland stürmten die roten Truppen der Südfront im Schwung ihrer Offensive bis vor die Tore von Lemberg in Galizien, während die Truppen der Westfront sich Warschau näherten. Eine völlige Niederlage der Truppen der polnischen Barone stand bevor.

Aber die verdächtigen Handlungen Trotzki's und seiner Anhänger im Generalstab der Roten Armee vereitelten die Erfolge der Roten Armee. Die Offensive der roten Truppen an der Westfront, auf Warschau, verlief durch Verschulden Trotzki's und Tuchatschewski's völlig unorganisiert: man ließ die Truppen nicht die eroberten Positionen befestigen, die vordersten Truppeneinheiten wurden zu weit vorgeschickt, Reserven und Munition wurden zu weit in der Etappe belassen, so daß die vordersten Truppenteile ohne Munition, ohne Reserven blieben, die Frontlinie wurde endlos verlängert und infolgedessen die Durchbrechung der Front erleichtert. Infolge aller dieser Umstände waren unsere Truppen, als ein kleiner Teil der polnischen Truppen unsere Westfront an einem Punkte durchbrach, von der Munitionszufuhr abgeschnitten, zum Rückzug gezwungen. Was die Truppen der Südfront betrifft, die vor den Toren von Lemberg standen und dort die Polen bedrängten, so verbot der „Chef“ des Revolutionären Kriegs-

rats, Trotzki, diesen Truppen, Lemberg einzunehmen, und erteilte ihnen den Befehl, die Reiterarmee, das heißt die Hauptkraft der Südfront, weit nach Nordosten zu werfen, angeblich zur Unterstützung der Westfront, obwohl es nicht schwer war zu begreifen, daß die Einnahme Lembergs die einzig mögliche und beste Hilfe für die Westfront gewesen wäre. Aber die Abkommandierung der Reiterarmee aus dem Heeresbestand der Südfront und ihr Abzug von Lemberg bedeuteten in Wirklichkeit einen Rückzug unserer Truppen auch an der Südfront. Auf diese Weise wurde durch den Schädlingsbefehl Trotzki den Truppen unserer Südfront ein unverständlicher und durch gar nichts begründeter Rückzug aufgezwungen, zum Jubel der polnischen Barone.

Das war eine direkte Hilfe, aber nicht für unsere Westfront, sondern für die polnischen Barone und für die Entente.

Einige Tage später wurde die Offensive der polnischen Truppen zum Stehen gebracht, und unsere Truppen trafen ihre Vorbereitungen zu einem neuen Gegenschlag gegen die Polen. Polen jedoch, das nicht die Kraft hatte, den Krieg fortzusetzen und dem Gegenstoß der Roten voll Unruhe entgegensah, war gezwungen, seine Präntionen auf Annexion der Ukraine rechts vom Dnjepr und Bjelorußlands aufzugeben, und zog es vor, mit Rußland Frieden zu schließen. Am 20. Oktober 1920 wurde in Riga der Friedensvertrag mit Polen unterzeichnet, demzufolge Polen Galizien und einen Teil Bjelorußlands behielt.

Nach dem Friedensschluß mit Polen beschloß die Sowjetrepublik, mit Wrangel Schluß zu machen. Wrangel hatte von den Engländern und Franzosen die modernsten Waffen, Panzerwaffen, Tanks, Flugzeuge, sowie Munition erhalten. Er verfügte über weißgardistische Stoßtruppen, hauptsächlich Offizierstrupps. Es gelang Wrangel jedoch nicht, auch nur einigermaßen nennenswerte Kräfte von Bauern und Kosaken um die Landungstruppen zu sammeln, die er am Kuban und am Don ausgesetzt hatte. Aber Wrangel rückte dennoch hart an das Donezbecken heran und bedrohte unser Steinkohlengebiet. Die Lage der Sowjetmacht wurde noch dadurch erschwert, daß die Rote Armee zu dieser Zeit recht ermüdet war. Die Rotarmisten mußten in beispiellos schwierigen Verhältnissen vormarschieren, als sie die Offensive gegen Wrangels Truppen durchführten und gleichzeitig die anarchistischen Machnobanden zersprengten, die Wrangel Hilfe leisteten. Aber obwohl das technische Übergewicht auf Wrangels Seite lag, ob-

wohl die Rote Armee keine Tanks besaß, trieb die Rote Armee Wrangel auf die Krim-Halbinsel. Im November 1920 stürmten die roten Truppen die befestigten Stellungen von Perekop, drangen in die Krim ein, vernichteten Wrangels Truppen und befreiten die Krim von den Weißgardisten und Interventionen. Die Krim wurde Sowjetland.

Mit dem Scheitern der polnischen Großmachtspläne und der Vernichtung Wrangels endete die Periode der Interventionen.

Gegen Ende 1920 begann die Befreiung Transkaukasiens vom Joche der bürgerlichen nationalistischen Mussawatisten in Aserbaidshan, der National-Menschewiki in Georgien, der Daschnaken in Armenien. Die Sowjetmacht siegte in Aserbaidshan, Armenien und Georgien.

Dies bedeutete noch nicht die völlige Beendigung der Interventionen. Die japanische Intervention im Fernen Osten währte bis in das Jahr 1922. Außerdem fanden neue Versuche statt, eine Intervention zu organisieren (Ataman Semjonow und Baron Ungern im Osten, Intervention der finnischen Weißgardisten in Karelien im Jahre 1921). Aber die Hauptfeinde des Sowjetlandes, die Hauptkräfte der Intervention waren Ende 1920 vernichtet.

Der Krieg der ausländischen Interventionen und der russischen Weißgardisten gegen die Sowjets endete mit dem Sieg der Sowjets.

Die Sowjetrepublik behauptete ihre staatliche Unabhängigkeit, ihre freie Existenz.

Das war das Ende der ausländischen militärischen Interventionen und des Bürgerkrieges.

Das war der historische Sieg der Sowjetmacht.

5

Wie und warum hat das Sowjetland die vereinigten Kräfte der englisch-französisch-japanisch-polnischen Interventionen und der weißgardistischen Konterrevolution der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer in Rußland besiegt?

Nimmt man die große europäische und amerikanische Presse aus den Zeiten der Interventionen zur Hand, so kann man ohne Mühe feststellen, daß kein einziger angesehenener militärischer oder ziviler Schriftsteller, kein einziger Militärfachmann an den Sieg der Sowjetmacht geglaubt hat. Im Gegenteil, alle prominenten Schriftsteller, alle Militärfach-

leute und Historiker der Revolutionen aller Länder und Völker, die sogenannten Männer der Wissenschaft, alle schrien sie wie aus einem Munde, daß die Tage der Sowjetmacht gezählt seien, daß die Niederlage der Sowjetmacht unabwendbar sei.

In ihrem festen Glauben an den Sieg der Intervention gingen sie davon aus, daß das Sowjetland noch keine fertig formierte Rote Armee hatte, daß diese sozusagen im Feuer des Kampfes geschaffen werden mußte, während die Interventen und Weißgardisten eine mehr oder weniger fertige Armee hatten.

Sie gingen weiter davon aus, daß die Rote Armee keine erfahrenen militärischen Kader hatte, da die Mehrheit dieser Kader sich in das Lager der Konterrevolution geschlagen hatte, während die Interventen und Weißgardisten über solche Kader verfügten.

Sie gingen weiter davon aus, daß die Rote Armee infolge der Rückständigkeit der Kriegsindustrie Rußlands unter dem Mangel an Waffen und Munition und deren schlechter Qualität zu leiden hatte, aus anderen Ländern aber kein Kriegsmaterial erhalten konnte, da Rußland infolge der Blockade von allen Seiten abgeschlossen war, während die Armee der Interventen und Weißgardisten mit erstklassigen Waffen, mit Munition, mit Bekleidung im Überfluß versorgt war und weiter versorgt wurde.

Sie gingen schließlich davon aus, daß die Armee der Interventen und Weißgardisten damals die reichsten Lebensmittelgebiete Rußlands besetzt hielt, während die Rote Armee über solche Gebiete nicht verfügte und unter Lebensmittelmangel zu leiden hatte.

Und in der Tat, alle diese Mängel und Unzulänglichkeiten waren in den Truppenteilen der Roten Armee wirklich vorhanden.

In dieser Hinsicht — aber nur in dieser Hinsicht — hatten die Herren Interventen völlig recht.

Wodurch ist es dann aber zu erklären, daß die Rote Armee trotz so ernster Mängel die Armee der Interventen und Weißgardisten besiegt hat, die solche Mängel nicht aufzuweisen hatte?

1. Die Rote Armee hat darum gesiegt, weil die Politik der Sowjetmacht, in deren Namen die Rote Armee Krieg führte, die richtige Politik war, die den Interessen des Volkes entsprach, weil das Volk diese Politik als richtig, als seine eigene Politik erkannte, sie verstand und bis zum letzten unterstützte.

Die Bolschewiki wußten, daß eine Armee, die im Namen einer un-

richtigen, nicht vom Volke unterstützten Politik kämpft, nicht siegen kann. Eben eine solche Armee war die Armee der Interventionen und Weißgardisten. Die Armee der Interventionen und Weißgardisten hatte alles, sowohl alte erfahrene Offiziere als auch erstklassige Waffen und Munition, Bekleidung und Verpflegung. Es fehlte nur eines — die Unterstützung und Sympathie der Völker Rußlands, denn die Völker Rußlands wollten und konnten die volksfeindliche Politik der Interventionen und weißgardistischen „Regenten“ nicht unterstützen. Und so erlitt die Armee der Interventionen und Weißgardisten eine Niederlage.

2. Die Rote Armee hat darum gesiegt, weil sie ihrem Volk bis zum letzten treu und ergeben war, wofür das Volk sie auch als seine eigene Armee liebte und unterstützte. Die Rote Armee ist das Kind des Volkes, und wenn sie ihrem Volke treu ist, wie ein treuer Sohn seiner Mutter, so wird sie die Unterstützung des Volkes finden, so muß sie siegen. Eine Armee aber, die sich gegen ihr Volk wendet, muß eine Niederlage erleiden.

3. Die Rote Armee hat darum gesiegt, weil es der Sowjetmacht gelang, das ganze Hinterland, das ganze Land in den Dienst der Interessen der Front zu stellen. Eine Armee ohne ein starkes Hinterland, das die Front auf jede Weise unterstützt, ist zur Niederlage verurteilt. Die Bolschewiki wußten dies und eben darum verwandelten sie das Land in ein Kriegslager, das die Front mit Waffen, mit Munition, mit Bekleidung, mit Proviant, mit Nachschub versorgte.

4. Die Rote Armee hat darum gesiegt, weil: a) die Rotarmisten die Ziele und Aufgaben des Krieges verstanden und sich ihrer Richtigkeit bewußt waren; b) das Bewußtsein von der Richtigkeit der Ziele und Aufgaben des Krieges den Geist der Disziplin unter ihnen und ihre Kampffähigkeit stärkte; c) die Massen der Rotarmisten infolgedessen überall beispiellose Selbstverleugnung und unerhörten Massenheroismus im Kampfe gegen die Feinde bekundeten.

5. Die Rote Armee hat darum gesiegt, weil sie in ihrem Hinterland und an ihrer Front als führenden Kern die Partei der Bolschewiki hatte, eine Partei, einheitlich in ihrer Geschlossenheit und Disziplin, stark durch ihren revolutionären Geist und die Bereitschaft, um des Erfolges der gemeinsamen Sache willen alle Opfer auf sich zu nehmen, unübertroffen in ihrer Fähigkeit, die Millionenmassen zu organisieren und sie in einer komplizierten Situation richtig zu leiten.

„Nur weil die Partei auf der Hut war“, sagte Lenin, „weil in der Partei die strengste Disziplin herrschte, weil die Autorität der Partei alle Ämter und Institutionen zusammenfaßte und weil auf die vom Zentralkomitee ausgegebene Losung hin Dutzende, Hunderte, Tausende und schließlich Millionen sich wie *ein* Mann in Bewegung setzten, und nur weil unerhörte Opfer gebracht wurden — nur deshalb konnte das Wunder geschehen, das vollbracht wurde. Nur deshalb waren wir, obwohl die Imperialisten der Entente und die Imperialisten der ganzen Welt ihren Feldzug zweimal, dreimal und viermal unternahmen, imstande zu siegen.“ (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 650.)

6. Die Rote Armee hat darum gesiegt, weil: a) sie es verstand, in ihren Reihen militärische Führer von neuem Typus wie Frunse, Woroschilow, Budjonny und andere zu schmieden; b) in ihren Reihen urwüchsige Helden kämpften wie Kotowski, Tschapajew, Laso, Schtschors, Parchomenko und viele andere; c) an der politischen Erziehung der Roten Armee Männer arbeiteten wie Lenin, Stalin, Molotow, Kalinin, Swerdlow, Kaganowitsch, Ordshonikidse, Kirow, Kujbyschew, Mikojan, Shdanow, Andrejew, Petrowski, Jaroslawski, Dzierzynski, Schtschadenko, Mechlis, Chruschtschow, Schwernik, Schkirjatow und andere; d) die Rote Armee überragende Organisatoren und Agitatoren hatte wie die Militärkommissare, die durch ihre Arbeit die Reihen der Rotarmisten zusammenschweißten, den Geist der Disziplin und kühner Einsatzbereitschaft unter ihnen pflegten, verräterische Handlungen einzelner Personen des Kommandobestandes energisch, rasch und schonungslos durchkreuzten und, andererseits, die Autorität und den guten Namen der Kommandeure mit und ohne Parteibuch kühn und entschlossen unterstützten, die ihre Ergebenheit für die Sowjetmacht zeigten und fähig waren, die Führung der Truppenteile der Roten Armee fest in der Hand zu halten.

„Ohne die Militärkommissare hätten wir keine Rote Armee“, sagte Lenin.

7. Die Rote Armee hat darum gesiegt, weil im Rücken der weißgardistischen Armeen, im Hinterlande Koltshaks, Denikins, Krasnows, Wrangels, hervorragende Bolschewiki mit und ohne Parteibuch konspirativ arbeiteten, die die Arbeiter und Bauern gegen die Interventionen, gegen die Weißgardisten zum Aufstand führten, das Hinter-

land der Feinde der Sowjetmacht unsicher machten und dadurch den Vormarsch der Roten Armee erleichterten. Es ist allgemein bekannt, daß die Partisanen der Ukraine, Sibiriens, des Fernen Ostens, des Urals, Bjelorußlands, des Wolgagebiets, die das Hinterland der Weißgardisten und Interventen unsicher machten, der Roten Armee unschätzbare Dienste geleistet haben.

8. Die Rote Armee hat darum gesiegt, weil das Sowjetland in seinem Kampf mit der weißgardistischen Konterrevolution und der ausländischen Intervention nicht allein stand, weil der Kampf der Sowjetmacht und ihre Erfolge die Sympathie der Proletarier der ganzen Welt hervorriefen und ihre Unterstützung fanden. Während die Imperialisten versuchten, die Sowjetrepublik durch die Intervention und durch die Blockade zu erdrosseln, waren die Arbeiter dieser imperialistischen Länder auf der Seite der Sowjets und halfen ihnen. Ihr Kampf gegen die Kapitalisten der der Sowjetrepublik feindlichen Länder trug dazu bei, daß die Imperialisten gezwungen waren, von der Intervention Abstand zu nehmen. Die Arbeiter Englands, Frankreichs und anderer an der Intervention beteiligter Länder organisierten Streiks, weigerten sich, Kriegsmaterial für die Interventen und weißgardistischen Generale zu verladen und schufen „Aktionskomitees“ unter der Losung „Hände weg von Rußland!“

„Sobald die internationale Bourgeoisie“, sagte Lenin, „zum Schlage gegen uns ausholt, fallen ihr die eigenen Arbeiter in den Arm.“ (*Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXV, S. 405 russ.*)

Kurze Zusammenfassung

Die von der Oktoberrevolution niedergeworfenen Gutsbesitzer und Kapitalisten, im Verein mit den weißgardistischen Generalen, verabreden sich unter Preisgabe der Interessen ihrer Heimat mit den Regierungen der Ententeländer zum gemeinsamen militärischen Überfall auf das Sowjetland und zum Sturz der Sowjetmacht. Auf dieser Grundlage werden eine militärische Intervention der Entente und weißgardistische Aufstände in den Randgebieten Rußlands organisiert, wodurch Rußland sich von seinen Lebensmittel- und Rohstoffgebieten abgeschnitten sieht.

Die militärische Niederlage Deutschlands und die Beendigung des Krieges zwischen den beiden imperialistischen Koalitionen in Europa führen zu einer Stärkung der Entente, zu einer Verstärkung der Intervention und bereiten dem Sowjetland neue Schwierigkeiten.

Die Revolution in Deutschland und die beginnende revolutionäre Bewegung in anderen europäischen Ländern schaffen dagegen eine für die Sowjetmacht günstige internationale Situation und erleichtern die Lage des Sowjetlandes.

Die bolschewistische Partei mobilisiert die Arbeiter und Bauern zum *vaterländischen* Krieg gegen die ausländischen Eroberer und die weißgardistische Konterrevolution der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer. Die Sowjetrepublik und ihre Rote Armee vernichten die Kreaturen der Entente — Koltschak, Judenitsch, Denikin, Krasnow, Wrangel — einen nach dem andern, vertreiben aus der Ukraine und aus Bjelorußland noch eine Kreatur der Entente, Pilsudski, und schlagen auf diese Weise die ausländische militärische Intervention zurück, jagen deren Truppen aus dem Bereich des Sowjetlandes hinaus.

Auf diese Weise endete der erste militärische Überfall des internationalen Kapitals auf das Land des Sozialismus mit einem völligen Fiasko.

Die von der Revolution zerschlagenen Parteien der Sozialrevolutionäre, der Menschewiki, der Anarchisten, der Nationalisten unterstützen in der Periode der Intervention die weißgardistischen Generale und Interventen, zetteln konterrevolutionäre Verschwörungen gegen die Sowjetrepublik an und organisieren den Terror gegen die Vertreter der Sowjetmacht. Diese Parteien, die vor der Oktoberrevolution einigen Einfluß in der Arbeiterklasse hatten, entlarven sich in der Periode des Bürgerkrieges vor den Volksmassen vollständig als konterrevolutionäre Parteien.

Die Periode des Bürgerkrieges und der Intervention war die Periode des politischen Untergangs dieser Parteien und des endgültigen Triumphs der Kommunistischen Partei im Sowjetlande.

KAPITEL IX

Die Partei der Bolschewiki in der Periode des Übergangs zur friedlichen Arbeit an der Wiederherstellung der Volkswirtschaft (1921–1925)

1

Das Sowjetland nach der Liquidierung der Intervention und des Bürgerkrieges · Die Schwierigkeiten der Wiederherstellungsperiode

Nachdem das Sowjetland den Krieg beendet hatte, begann es sich auf den friedlichen wirtschaftlichen Aufbau umzustellen. Es war notwendig, die Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hatte. Es war notwendig, die zerstörte Volkswirtschaft wiederherzustellen, die Industrie, das Verkehrswesen, die Landwirtschaft in Ordnung zu bringen.

Der Übergang zum friedlichen Aufbau mußte jedoch unter außerordentlich schwierigen Umständen vollzogen werden. Der Sieg im Bürgerkrieg war nicht leicht errungen worden. Das Land war durch den vierjährigen imperialistischen Krieg und den dreijährigen Krieg gegen die Intervention ruiniert.

Die Gesamtproduktion der Landwirtschaft betrug im Jahre 1920 nur etwa die *Hälfte* der Vorkriegsproduktion. Und selbst das Vorkriegsniveau war ja das Niveau des bettelarmen Dorfes des zaristischen Rußland. Überdies waren im Jahre 1920 viele Gouvernements von einer Mißernte heimgesucht worden. Die bäuerliche Wirtschaft machte eine schwere Zeit durch.

Noch schlechter war die Lage der Industrie, die sich in einem Zustand der Zerrüttung befand. Die Produktion der Großindustrie betrug im Jahre 1920 nur wenig mehr als ein *Siebentel* der Vorkriegsproduktion. Die meisten Fabriken und Werke lagen still, Bergwerke und Schächte waren zerstört, ersoffen. In einem besonders schlimmen Zustand befand sich das Hüttenwesen. Die Erzeugung von Roheisen betrug für das ganze Jahr 1921 insgesamt nur 116 300 Tonnen, das heißt ungefähr 3 Prozent der Roheisenproduktion der Vorkriegszeit. Es fehlte an Brennstoffen. Das Verkehrswesen war zerstört. Die Vorräte des Landes an Metall und Manufakturartikeln waren nahezu erschöpft. Im Lande herrschte großer Mangel am Allernotwendigsten, an Brot,

Fetten, Fleisch, Schuhwerk, Kleidung, Zündhölzern, Salz, Petroleum, Seife.

Solange der Krieg andauerte, fanden sich die Menschen mit all diesen Mängeln, diesen Entbehrungen ab, ja sie bemerkten sie zuweilen gar nicht mehr. Jetzt aber, als der Krieg zu Ende war, fühlten die Menschen plötzlich die Unerträglichkeit dieser Mängel und Entbehrungen und drangen auf ihre sofortige Beseitigung.

Unter den Bauern machte sich Unzufriedenheit bemerkbar. Im Feuer des Bürgerkrieges war ein militärisch-politisches Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft entstanden und hatte sich gefestigt. Dieses Bündnis beruhte auf einer bestimmten Grundlage: der Bauer erhielt von der Sowjetmacht Boden und Schutz vor dem Gutsbesitzer, vor den Kulaken, die Arbeiter erhielten auf Grund der Ablieferungspflicht von der Bauernschaft Lebensmittel.

Nun aber erwies sich diese Grundlage schon nicht mehr als ausreichend.

Der Sowjetstaat war genötigt, von dem Bauern auf Grund der Ablieferungspflicht alle Überschüsse für die Bedürfnisse der Landesverteidigung einzuziehen. Der Sieg im Bürgerkrieg wäre ohne die Ablieferungspflicht, ohne die Politik des Kriegskommunismus unmöglich gewesen. Die Politik des Kriegskommunismus war durch den Krieg, durch die Intervention erzwungen worden. Solange Krieg geführt wurde, fand sich die Bauernschaft mit der Ablieferungspflicht ab und merkte den Warenmangel nicht, als aber der Krieg zu Ende war und die drohende Gefahr einer Rückkehr des Gutsbesitzers verschwand, begann der Bauer über die Wegnahme aller Überschüsse, über das System der Ablieferungspflicht Unzufriedenheit zu bekunden, begann er zu fordern, daß er in genügender Menge mit Waren versorgt werde.

Das ganze System des Kriegskommunismus geriet, wie Lenin bemerkte, in Kollision mit den Interessen der Bauernschaft.

Auch in der Arbeiterklasse kam es zu Äußerungen spontaner Unzufriedenheit. Das Proletariat hatte die Hauptlasten des Bürgerkrieges getragen, als es mit Heldenmut und Selbstverleugnung gegen die Heerhaufen der Weißgardisten und Interventen, gegen Zerrüttung und Hunger kämpfte. Die besten, klassenbewußtesten, selbstlosesten und diszipliniertesten Arbeiter lohten von sozialistischem Enthusiasmus. Aber die überaus schwere wirtschaftliche Zerrüttung übte auch auf die Arbeiterklasse ihren Einfluß aus. Die wenigen Fabriken und Werke,

die noch in Betrieb waren, litten unter großen Arbeitsunterbrechungen. Die Arbeiter waren gezwungen, zu Hause zu basteln, sich mit der Herstellung von Feuerzeugen u. dgl. sowie mit Hamsterei zu beschäftigen. Die Klassenbasis der Diktatur des Proletariats begann schwächer zu werden, die Arbeiterklasse bröckelte ab, ein Teil der Arbeiter wanderte ins Dorf, hörte auf, Arbeiter zu sein, verfiel der Deklassierung. Infolge des Hungers und der Ermüdung machte sich bei einem Teil der Arbeiter Unzufriedenheit bemerkbar.

Vor der Partei erhob sich die Frage der Ausarbeitung einer neuen, der neuen Situation entsprechenden Stellungnahme der Partei zu allen Problemen des wirtschaftlichen Lebens des Landes.

Und die Partei schritt an die Ausarbeitung der neuen Stellungnahme zu den Problemen des wirtschaftlichen Aufbaus.

Der Klassenfeind aber schlief nicht. Er versuchte, die schwere wirtschaftliche Lage, die Unzufriedenheit der Bauern auszunutzen. Von den Weißgardisten und Sozialrevolutionären organisierte kulakische Aufstände flammten in Sibirien, in der Ukraine, im Gouvernement Tambow (Antonowaufstand) auf. Die Tätigkeit der konterrevolutionären Elemente aller Art — der Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Anarchisten, Weißgardisten und bürgerlichen Nationalisten — lebte auf. Der Feind ging zu neuen taktischen Methoden des Kampfes gegen die Sowjetmacht über. Er begann sich mit sowjetischer Farbe zu übertünchen und stellte schon nicht mehr die alte, bankrotte Losung auf: „Nieder mit den Sowjets“, sondern eine neue Losung: „Für die Sowjets, aber ohne Kommunisten.“

Ein krasser Ausdruck der neuen Taktik des Klassenfeindes war die konterrevolutionäre Meuterei in Kronstadt. Sie begann eine Woche vor dem X. Parteitag, im März 1921. An die Spitze der Meuterei traten Weißgardisten, die mit den Sozialrevolutionären, den Menschewiki und Vertretern fremder Staaten in Verbindung standen. Ihre Bestrebungen, die Macht und das Eigentum der Kapitalisten und Gutsbesitzer wiederherzustellen, versuchten die Meuterer anfangs hinter einem „sowjetischen“ Aushängeschild zu verstecken. Sie stellten die Losung auf: „Sowjets ohne Kommunisten.“ Die Konterrevolution machte den Versuch, die Unzufriedenheit der kleinbürgerlichen Massen auszunutzen, um unter angeblich sowjetischen Losungen die Sowjetmacht zu stürzen.

Zwei Umstände erleichterten den Ausbruch der Kronstädter Meuterei: die Verschlechterung in der Zusammensetzung der Matrosen-

besetzungen der Kriegsschiffe und die Schwäche der bolschewistischen Organisation in Kronstadt. Die alten Matrosen, die an der Oktoberrevolution teilgenommen hatten, waren nahezu Mann für Mann an die Front gegangen und hatten in den Reihen der Roten Armee heldenhaft gekämpft. Neue, nicht in der Revolution gestählte Ergänzungsmannschaften waren zur Flotte eingerückt. Dieser Nachschub stellte eine noch völlig urwüchsige bäuerliche Masse dar, die die Unzufriedenheit der Bauernschaft mit der Ablieferungspflicht widerspiegelte. Was die Kronstädter bolschewistische Organisation jener Periode betrifft, so war sie durch eine Reihe von Aufgeboten für die Front sehr geschwächt. Diese Umstände gaben den Sozialrevolutionären, Menschewiki und Weißgardisten die Möglichkeit, sich in Kronstadt einzuschleichen und die Stadt einzunehmen.

Die Meuterer bemächtigten sich der erstklassigen Festung, der Flotte und einer gewaltigen Menge von Waffen und Geschossen. Die internationale Konterrevolution feierte einen Sieg. Aber die Feinde frohlockten zu früh. Die Meuterei wurde von den Sowjettruppen rasch niedergeworfen. Die Partei entsandte gegen die Kronstädter Meuterer ihre besten Söhne: die Delegierten des X. Parteitages mit Genossen Woroschilow an der Spitze. Die Rotarmisten mußten gegen Kronstadt über dünnes Eis vorgehen. Das Eis brach durch, und viele ertranken. Die fast uneinnehmbaren Kronstädter Forts mußten im Sturm genommen werden. Ergebenheit für die Revolution und Kampfesmut, die Bereitschaft, für die Sowjetmacht das Leben hinzugeben, trugen den Sieg davon. Die Kronstädter Festung wurde von den roten Truppen im Sturm genommen. Die Kronstädter Meuterei war liquidiert.

2

Die Parteidiskussion über die Gewerkschaften · Der X. Parteitag · Die Niederlage der Opposition · Der Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP)

Dem Zentralkomitee der Partei, seiner Leninschen Mehrheit war es klar, daß es nach Beendigung des Krieges und nach dem Übergang zu friedlichem wirtschaftlichem Aufbau keinen Grund mehr gab, das durch die Verhältnisse des Krieges und der Blockade bedingte harte Regime des Kriegskommunismus beizubehalten.

Das Zentralkomitee erkannte, daß die Notwendigkeit der Ablieferungspflicht entfallen war, daß man sie durch die Naturalsteuer ersetzen mußte, um den Bauern die Möglichkeit zu geben, den größten Teil der Überschüsse ihrer Produktion nach eigenem Ermessen zu verwenden. Das Zentralkomitee erkannte, daß eine solche Maßnahme die Möglichkeit geben würde, die Landwirtschaft zu beleben, die Produktion von Getreide und gewerblichen Nutzpflanzen, die für die Entwicklung der Industrie notwendig waren, zu erweitern, den Warenumsatz im Lande zu beleben, die Versorgung der Städte zu verbessern, eine neue, eine wirtschaftliche Grundlage für das Bündnis der Arbeiter und Bauern zu schaffen.

Das Zentralkomitee war sich auch darüber im klaren, daß die Belebung der Industrie die erste und wichtigste Aufgabe war; es war aber der Auffassung, daß man die Industrie nicht beleben konnte, ohne dazu die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften heranzuziehen, und daß man die Arbeiter heranziehen konnte, wenn man sie überzeuge, daß die wirtschaftliche Zerrüttung für das Volk ein ebenso gefährlicher Feind war wie die Intervention und die Blockade; daß Partei und Gewerkschaften zweifellos imstande sein werden, diese Aufgabe durchzuführen, wenn sie im Verhältnis zur Arbeiterklasse nicht mit militärischen Befehlen vorgehen, wie das an der Front der Fall war, wo Befehle wirklich notwendig sind, sondern Mittel und Methoden der Überzeugung anwenden.

Aber nicht alle Parteimitglieder dachten so wie das Zentralkomitee. Die oppositionellen Grüppchen — Trotzlisten, „Arbeiteropposition“, „linke Kommunisten“, „demokratische Zentralisten“ usw. — befanden sich in einem Zustand der Zerfahrenheit und machten angesichts der Schwierigkeiten des Übergangs auf die Bahnen des friedlichen wirtschaftlichen Aufbaus Schwankungen durch. In der Partei gab es nicht wenige frühere Menschewiki, frühere Sozialrevolutionäre, frühere Bundisten, frühere Borotbisten¹ und Halbnationalisten aller Art aus den Randgebieten Rußlands. Sie gehörten zum größten Teil diesen oder jenen oppositionellen Grüppchen an. Da sie keine wirklichen Marxisten waren, da sie die ökonomischen Entwicklungsgesetze nicht kannten,

¹ *Borotbisten* — linker Flügel der nationalchauvinistischen Partei der ukrainischen Sozialrevolutionäre, benannt nach ihrem Zentralorgan „Borotba“ (Der Kampf), das bis zum Jahre 1918 erschien. *Die Red.*

da sie nicht die parteifeste Leninsche Stählung hatten, so steigerten diese Leute nur die Zerfahrenheit und die Schwankungen der oppositionellen Grüppchen. Die einen von ihnen meinten, daß man das harte Regime des Kriegskommunismus nicht abzuschwächen brauche, daß es im Gegenteil nötig sei, „die Schrauben fester anzuziehen“. Die anderen meinten, daß die Partei und der Staat sich der Wiederherstellung der Volkswirtschaft fernzuhalten hätten, daß diese Sache ganz und gar in die Hand der Gewerkschaften zu legen wäre.

Es war klar, daß sich bei solcher Zerfahrenheit in einigen Schichten der Partei Leute finden würden, Liebhaber von Parteidiskussionen, verschiedenartige oppositionelle „Anführer“, die danach trachten, der Partei eine Diskussion aufzuzwingen.

So geschah es auch.

Die Diskussion begann mit der Frage über die Rolle der Gewerkschaften, obwohl die Frage der Gewerkschaften damals nicht die Hauptfrage der Politik der Partei war.

Einpeitscher der Diskussion und des Kampfes gegen Lenin, gegen die Leninsche Mehrheit des Zentralkomitees war Trotzki. Bestrebt, die Lage zu verschärfen, trat er in der Sitzung der kommunistischen Fraktion der V. Allrussischen Gewerkschaftskonferenz Anfang November 1920 mit der bedenklichen Losung der „Anziehung der Schrauben“ und der „Durchrüttelung der Gewerkschaften“ hervor. Trotzki stellte die Forderung nach sofortiger „Verstaatlichung der Gewerkschaften“ auf. Er war gegen die Methode der Überzeugung der Arbeitermassen. Er war für das Hineintragen der militärischen Methode in die Gewerkschaften. Trotzki war gegen die Entfaltung der Demokratie in den Gewerkschaften, gegen die Wählbarkeit der Gewerkschaftsorgane.

An Stelle der Methode der Überzeugung, ohne die die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen undenkbar ist, schlugen die Trotzkiisten die nackte Zwangsmethode, die nackte Kommandomethode vor. Durch ihre Politik trugen die Trotzkiisten dort, wo sie in die Führung der Gewerkschaften gelangten, Konflikte, Spaltung und Zersetzung in die Gewerkschaften hinein. Die Trotzkiisten suchten durch ihre Politik die parteilose Masse der Arbeiter gegen die Partei aufzuputschen, die Arbeiterklasse zu spalten.

Die Parteidiskussion über die Gewerkschaften hatte in Wirklichkeit eine Bedeutung, die weit über die Gewerkschaftsfrage hinausging. Wie später in der Resolution des Plenums des Zentralkomitees der Kom-

munistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) (vom 17. Januar 1925) aufgezeigt wurde, ging der Streit in Wirklichkeit „um das Verhältnis zur Bauernschaft, die sich gegen den Kriegskommunismus wandte, um das Verhältnis zur parteilosen Arbeitermasse, überhaupt um das Herangehen der Partei an die Masse in einem Zeitabschnitt, wo der Bürgerkrieg bereits zu Ende ging“. (Die KPdSU [B] in Resolutionen, Teil 1, S. 651 russ.)

Im Anschluß an Trotzki traten auch die anderen parteifeindlichen Gruppen auf: die „Arbeiteropposition“ (Schljapnikow, Medwedew, Kollontaj und andere), die „demokratischen Zentralisten“ (Sapronow, Drobnis, Boguslawski, Ossinski, W. Smirnow und andere), die „linken Kommunisten“ (Bucharin, Preobraschenski).

Die „Arbeiteropposition“ stellte die Losung der Übergabe der Verwaltung der gesamten Volkswirtschaft an einen „Allrussischen Kongreß der Produzenten“ auf. Sie wollte die Rolle der Partei auf ein Nichts reduzieren, sie verneinte die Bedeutung der Diktatur des Proletariats im wirtschaftlichen Aufbau. Die „Arbeiteropposition“ stellt die Gewerkschaften dem Sowjetstaat und der Kommunistischen Partei entgegen. Sie hielt nicht die Partei, sondern die Gewerkschaften für die höchste Organisationsform der Arbeiterklasse. Die „Arbeiteropposition“ war im Grunde eine anarcho-syndikalistische parteifeindliche Gruppe.

Die Gruppe des „demokratischen Zentralismus“ („Dezisten“) forderte volle Freiheit für Fraktionen und Gruppierungen. Die Dezisten trachteten ebenso wie die Trotzkiisten danach, die führende Rolle der Partei in den Sowjets und Gewerkschaften zu untergraben. Lenin bezeichnete die Dezisten als eine Fraktion „der lautesten Schreihälse“ und die Plattform der Dezisten als sozialrevolutionär-menschewistisch.

Trotzki fand in seinem Kampf gegen Lenin und die Partei bei Bucharin Hilfe. Bucharin schuf im Verein mit Preobraschenski, Serebrjakow, Sokolnikow eine „Puffergruppe“. Diese Gruppe verteidigte und deckte die schlimmsten Fraktionsmacher, die Trotzkiisten. Lenin nannte das Verhalten Bucharins den „Gipfel ideologischer Verkommenheit“. Bald danach vereinigten sich die Bucharinleute offen mit den Trotzkiisten gegen Lenin.

Lenin und die Leninisten richteten den Hauptschlag gegen die Trotzkiisten als gegen die Hauptkraft der parteifeindlichen Gruppierungen. Sie überführten die Trotzkiisten der Verwechslung der Gewerkschaften

mit militärischen Organisationen und wiesen ihnen nach, daß man die Methoden der militärischen Organisationen nicht in die Gewerkschaften hineinbringen darf. Als Gegengewicht zu den Plattformen der oppositionellen Gruppen arbeiteten Lenin und die Leninisten ihre eigene Plattform aus. In dieser Plattform wurde darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften eine Schule der Verwaltung, eine Schule der Wirtschaftsführung, eine Schule des Kommunismus sind. Die Gewerkschaften müssen ihre gesamte Arbeit auf der Methode der Überzeugung aufbauen. Nur unter dieser Bedingung werden die Gewerkschaften imstande sein, alle Arbeiter zum Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung in Bewegung zu setzen, sie in den sozialistischen Aufbau einzuziehen.

Im Kampf mit den oppositionellen Gruppierungen schlossen sich die Parteiorganisationen um Lenin zusammen. Besonders heftigen Charakter nahm der Kampf in Moskau an. Hier hatte die Opposition ihre Hauptkräfte zusammengezogen und sich das Ziel gesteckt, die Organisation der Hauptstadt zu erobern. Aber die Moskauer Bolschewiki wiesen diese Umtriebe der Fraktionsmacher entschieden zurück. Ein scharfer Kampf entbrannte auch in den ukrainischen Parteiorganisationen. Unter Führung des Genossen Molotow, der damals Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine (Bolschewiki) war, schlugen die Bolschewiki der Ukraine die Trotzkiisten und Schljapnikowleute. Die Kommunistische Partei der Ukraine blieb eine treue Stütze der Leninschen Partei. In Baku wurde die Zerschlagung der Opposition unter der Führung des Genossen Ordshonikidse organisiert. In Mittelasien leitete Genosse L. Kaganowitsch den Kampf gegen die parteifeindlichen Gruppierungen.

Alle maßgebenden örtlichen Parteiorganisationen schlossen sich der Leninschen Plattform an.

Am 8. März 1921 wurde der X. Parteitag eröffnet. Auf dem Parteitag waren 694 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, die 732521 Parteimitglieder vertraten. Delegierte mit beratender Stimme gab es 296.

Der Parteitag zog das Fazit der Diskussion über die Gewerkschaften und billigte mit erdrückender Stimmenmehrheit die Leninsche Plattform.

Bei Eröffnung des Parteitages erklärte Lenin, daß die Diskussion ein unerlaubter Luxus war. Er wies darauf hin, daß die Feinde auf

den inneren Kampf und auf die Spaltung der Kommunistischen Partei spekulierten.

In Anbetracht der gewaltigen Gefahr, die das Vorhandensein fraktioneller Gruppen für die bolschewistische Partei und für die Diktatur des Proletariats darstellte, widmete der X. Parteitag der Frage der *Einheit der Partei* besondere Aufmerksamkeit. Das Referat zu dieser Frage hielt Lenin. Der Parteitag verurteilte alle oppositionellen Gruppierungen und betonte, daß diese „in Wirklichkeit den Klassenfeinden der proletarischen Revolution helfen“.

Der Parteitag gab die strikte Weisung, alle fraktionellen Gruppen sofort aufzulösen, und beauftragte alle Organisationen, streng darüber zu wachen, daß keinerlei fraktionelle Handlungen zugelassen werden, wobei die Nichterfüllung des Parteitagsbeschlusses den unbedingten und unverzüglichen Parteiausschluß nach sich zog. Der Parteitag bevollmächtigte das Zentralkomitee, im Falle eines Disziplinbruchs durch Mitglieder des Zentralkomitees und im Falle des Wiederauflebens oder der Zulassung der Fraktionsmacherei alle Disziplinarmaßnahmen der Partei bis zum Ausschluß aus dem Zentralkomitee und aus der Partei anzuwenden.

Alle diese Beschlüsse wurden in der von Lenin vorgeschlagenen und vom Parteitag angenommenen besonderen Resolution „Über die Einheit der Partei“ niedergelegt.

In dieser Resolution lenkte der Parteitag die Aufmerksamkeit aller Mitglieder der Partei darauf, daß die Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen, die Willenseinheit der Avantgarde des Proletariats besonders notwendig sei in einem Moment wie in der Periode des X. Parteitags, wo eine Reihe von Umständen die Schwankungen unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung des Landes verstärkt hat.

„Indessen“, hieß es in der Resolution, „sind schon vor der allgemeinen Parteidiskussion über die Gewerkschaften einige Anzeichen der Fraktionsmacherei in der Partei festzustellen gewesen, das heißt die Entstehung von Gruppen mit besonderen Plattformen und mit dem Bestreben, sich bis zu einem bestimmten Grade abzuschließen und eine eigene Gruppendisziplin zu schaffen. Es ist notwendig, daß alle klassenbewußten Arbeiter sich des Schadens und der Unzulässigkeit jeder wie immer gearteten Fraktionsmacherei klar bewußt werden, die in der Praxis unweigerlich

dazu führt, daß die einmütige Arbeit geschwächt wird und daß die Feinde, die sich an die Regierungspartei heranmachen, erneut verstärkte Versuche unternehmen, die Zerklüftung (der Partei) zu vertiefen und sie für die Zwecke der Konterrevolution auszunutzen.“

Der Parteitag erklärte in dieser Resolution weiter:

„Die Ausnutzung jeder Art Abweichung von der streng konsequenten kommunistischen Linie durch die Feinde des Proletariats hat sich mit größter Anschaulichkeit an dem Beispiel der Kronstädter Meuterei gezeigt, als die bürgerliche Konterrevolution und die Weißgardisten in allen Ländern der Welt sofort ihre Bereitschaft bekundeten, sich sogar der Losungen einer Sowjetordnung zu bedienen, um ja nur die Diktatur des Proletariats in Rußland zu Fall zu bringen, damals, als die Sozialrevolutionäre und überhaupt die bürgerliche Konterrevolution sich in Kronstadt der Losungen des Aufstands angeblich im Namen einer Sowjetmacht gegen die Sowjetregierung in Rußland bedienten. Solche Tatsachen beweisen vollauf, daß die Weißgardisten bestrebt sind und es verstehen, sich einen solchen Anstrich zu geben, daß sie als Kommunisten erscheinen, ja sogar ‚linker‘ als die Kommunisten, nur um es zuwege zu bringen, das Bollwerk der proletarischen Revolution in Rußland zu schwächen und zu stürzen. Die menschenwristischen Flugblätter in Petrograd am Vorabend der Kronstädter Meuterei zeigen gleichfalls, wie die Menschewiki die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kommunistischen Partei Rußlands ausnutzten, um die Kronstädter Meuterer, die Sozialrevolutionäre und Weißgardisten, faktisch vorwärtszutreiben und zu unterstützen, wobei sie sich in Worten als Gegner von Aufständen und als Anhänger der Sowjetmacht, nur einer Sowjetmacht mit angeblich kleinen Korrekturen, ausgaben.“

Die Resolution wies darauf hin, daß die Parteipropaganda den Schaden und die Gefährlichkeit der Fraktionsmacherei vom Gesichtspunkt der Einheit der Partei und der Verwirklichung der Willenseinheit der Avantgarde des Proletariats, die die Grundbedingung des Erfolgs der Diktatur des Proletariats ist, eingehend klarlegen müsse.

Andererseits, hieß es in der Parteitagsresolution, muß die Parteipropaganda die *Eigenart* der neuesten taktischen Methoden der Feinde der Sowjetmacht erläutern.

„Diese Feinde“, betonte die Resolution, „die sich davon überzeugt haben, daß die Konterrevolution unter offen weißgardistischer Flagge hoffnungslos ist, verwenden jetzt alle Anstrengungen darauf, um, unter Ausnutzung der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kommunistischen Partei Rußlands, die Konterrevolution auf diese oder jene Weise zu fördern, und zwar durch Auslieferung der Macht an politische Gruppierungen, die der Anerkennung der Sowjetmacht äußerlich am nächsten stehen.“
(*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 801/02.)

Die Resolution wies weiter darauf hin, daß die Parteipropaganda „auch die Erfahrungen der früheren Revolutionen erläutern muß, in denen die Konterrevolution die der äußersten revolutionären Partei am nächsten stehenden kleinbürgerlichen Gruppierungen unterstützte, um die revolutionäre Diktatur zu erschüttern und zu stürzen, und dadurch dem weiteren, vollen Sieg der Konterrevolution, dem Sieg der Kapitalisten und Gutsbesitzer, den Weg zu bahnen“.

Der Resolution „Über die Einheit der Partei“ schloß sich eine andere Resolution „Über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in unserer Partei“ eng an, die ebenfalls von Lenin vorgeschlagen und vom Parteitag angenommen wurde. In dieser Resolution verurteilte der X. Parteitag die sogenannte „Arbeiteropposition“. Der Parteitag erklärte die Propaganda der Ideen der anarcho-syndikalistischen Abweichung für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei und rief die Partei zu entschiedenem Kampf gegen diese Abweichung auf.

Der X. Parteitag faßte den überaus wichtigen Beschluß über den Übergang von der Ablieferungspflicht zur Naturalsteuer, über den Übergang zur *Neuen Ökonomischen Politik* (NÖP).

In dieser Wendung vom Kriegskommunismus zur NÖP trat die Weisheit und Weitsicht der Leninschen Politik in ihrer ganzen Größe zutage.

In dem Parteitagsbeschluß war von der Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer die Rede. Die Naturalsteuer auf Lebensmittel machte weniger aus als die Abgaben auf Grund der Ablieferungspflicht. Der Steuerbetrag sollte vor der Frühjahrssaat bekanntgegeben werden. Die Steuerfristen wurden genau festgesetzt. Alles, was nach Entrichtung der Steuer übrigblieb, wurde dem Bauern

zu freier Verfügung überlassen, ihm wurde die Freiheit des Handels mit diesen Überschüssen gewährleistet. Die Freiheit des Handels, erklärte Lenin in seinem Referat, werde anfänglich zu einem gewissen Aufleben des Kapitalismus im Lande führen. Man werde den Privathandel zulassen und privaten Unternehmern gestatten müssen, kleine Betriebe zu eröffnen. Aber man brauche dies nicht zu fürchten. Lenin war der Auffassung, daß eine gewisse Freiheit des Warenumsatzes wirtschaftliche Interessiertheit beim Bauern hervorrufen, die Produktivität seiner Arbeit erhöhen und zu einem schnellen Aufschwung der Landwirtschaft führen wird, daß auf dieser Grundlage die staatliche Industrie wiederhergestellt und das Privatkapital verdrängt werden wird, daß man nach Ansammlung von Kräften und Mitteln eine mächtige Industrie — die ökonomische Grundlage des Sozialismus — schaffen kann, um danach zur entschiedenen Offensive überzugehen und die Überreste des Kapitalismus im Lande zu vernichten.

Der Kriegskommunismus war ein Versuch, die Festung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land im Sturm, durch einen Frontalangriff, zu nehmen. In dieser Offensive war die Partei weit vorausgeeilt und lief dabei Gefahr, sich von ihrer Basis zu lösen. Jetzt schlug Lenin vor, etwas zurückzugehen, sich zeitweilig etwas tiefer in das eigene Hinterland zurückzuziehen, vom Sturme zu einer langwierigeren Belagerung der Festung überzugehen, um nach Sammlung der Kräfte die Offensive von neuem zu beginnen.

Die Troztkisten und die anderen Oppositionellen waren der Auffassung, daß die NÖP *nur* ein Rückzug sei. Eine solche Deutung war für sie vorteilhaft, weil sie auf die Wiederherstellung des Kapitalismus hinsteuerten. Dies war eine zutiefst schädliche, antileninistische Deutung der NÖP. In der Tat erklärte Lenin bereits ein Jahr nach Einführung der NÖP auf dem XI. Parteitag, daß der *Rückzug beendet* sei, und stellte die Losung auf: „*Vorbereitung der Offensive gegen das privatwirtschaftliche Kapital*“. (Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXVII, S. 213 russ.)

Die Oppositionellen, die schlechte Marxisten und in den Fragen der bolschewistischen Politik völlige Ignoranten waren, verstanden weder das Wesen der NÖP noch den Charakter des bei Beginn der NÖP unternommenen Rückzugs. Über das Wesen der NÖP ist schon weiter oben gesprochen worden. Was den Charakter des Rückzugs betrifft, so gibt es verschiedene Rückzüge. Es gibt Augenblicke, wo Parteien oder

Armeen einen Rückzug antreten müssen, weil sie eine Niederlage erlitten haben. In solchen Fällen tritt die Armee oder die Partei einen Rückzug an, um sich und ihre Kader für neue Kämpfe zu bewahren. Lenin hatte bei Einführung der NÖP durchaus nicht einen Rückzug dieser Art vorgeschlagen, da die Partei nicht nur keine Niederlage erlitten hatte, nicht nur nicht geschlagen war, sondern im Gegenteil, sie selbst hatte die Interventionen und Weißgardisten während des Bürgerkriegs geschlagen. Aber es gibt auch Augenblicke, wo eine siegreiche Partei oder Armee in ihrer Offensive zu weit vorausseilt, ohne sich die rückwärtige Basis gesichert zu haben. Das schafft eine ernste Gefahr. In solchen Fällen erachtet eine erfahrene Partei oder Armee es gewöhnlich für geboten, um sich nicht von ihrer Basis zu lösen, sich etwas zurückzuziehen, etwas tiefer ins eigene Hinterland, um sich fester mit ihrer rückwärtigen Basis zu verbinden, sich mit allem Notwendigen zu versehen und danach aufs neue, mit größerer Zuversicht, mit voller Aussicht auf Erfolg zur Offensive überzugehen. Eben ein solcher zeitweiliger Rückzug war es auch, den Lenin in der NÖP durchführte. In seinem Referat auf dem IV. Weltkongreß der Komintern über die Ursachen der Einführung der NÖP sagte Lenin geradeheraus, daß „wir in unserer ökonomischen Offensive zu weit vorausgeeilt waren, daß wir uns nicht die ausreichende Basis gesichert hatten“, und daß es daher notwendig war, einen zeitweiligen Rückzug ins gesicherte Hinterland anzutreten.

Das Pech der Opposition bestand darin, daß sie infolge ihrer Unwissenheit weder damals noch später, bis an ihr Lebensende, diese Besonderheit des Rückzugs unter der NÖP begriff.

Der Beschluß des X. Parteitags über die NÖP sicherte das feste ökonomische Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zum Aufbau des Sozialismus.

Dieser Grundaufgabe diente auch ein anderer Beschluß des Parteitags, der Beschluß über die nationale Frage. Das Referat zur nationalen Frage hielt Genosse Stalin. Wir haben das nationale Joch beseitigt, führte Genosse Stalin aus, aber das genügt nicht. Die Aufgabe besteht darin, das schwere Erbe der Vergangenheit, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Rückständigkeit der früher unterjochten Völker, zu beseitigen. Man muß ihnen helfen, in dieser Beziehung Zentralrußland einzuholen.

Genosse Stalin wies weiter auf zwei parteifeindliche Abweichungen

in der nationalen Frage hin: den Großmachtchauvinismus (den großrussischen Chauvinismus) und den lokalen Nationalismus. Der Parteitag verurteilte beide Abweichungen als für den Kommunismus und den proletarischen Internationalismus schädlich und gefährlich. Dabei aber führte der Parteitag seinen Hauptschlag gegen die Großmachteinstellung als gegen die Hauptgefahr, das heißt gegen die Überreste und Überbleibsel einer Einstellung zu den Nationalitäten, wie sie die großrussischen Chauvinisten unter dem Zarismus den nichtrussischen Völkern gegenüber an den Tag gelegt hatten.

3

*Die ersten Ergebnisse der NÖP · Der XI. Parteitag · Die Bildung der Union der SSR · Lenins Krankheit · Der Genossenschaftsplan Lenins
Der XII. Parteitag*

Die Durchführung der Neuen Ökonomischen Politik stieß auf den Widerstand der wankelmütigen Elemente der Partei. Der Widerstand kam von zwei Seiten. Auf der einen Seite operierten die „linken“ Schreihälse, politische Mißgeburten vom Schlage eines Lominadse, Schatzkin und anderer, die zu „beweisen“ suchten, daß die NÖP ein Verzicht auf die Errungenschaften der Oktoberrevolution, eine Rückkehr zum Kapitalismus, der Untergang der Sowjetmacht sei. Infolge ihrer Unwissenheit in der Politik und ihrer Unkenntnis der ökonomischen Entwicklungsgesetze verstanden diese Leute die Politik der Partei nicht, verfielen sie in Panik und verbreiteten nach allen Seiten Verfallsstimmungen. Auf der anderen Seite operierten die direkten Kapitulanten vom Schlage eines Trotzki, Radek, Sinowjew, Sokolnikow, Kamenew, Schljapnikow, Bucharin, Rykow und anderer, die nicht an die Möglichkeit der sozialistischen Entwicklung unseres Landes glaubten und die „Allmacht“ des Kapitalismus anbeteten: in dem Bestreben, die Positionen des Kapitalismus im Sowjetlande zu festigen, forderten sie große Zugeständnisse an das Privatkapital sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes, forderten sie die Übergabe einer Reihe von Kommandohöhen der Sowjetmacht in der Volkswirtschaft an das Privatkapital— auf der Grundlage von Konzessionen oder gemischter Aktiengesellschaften unter Teilnahme des Privatkapitals.

Die einen wie die anderen standen dem Marxismus, dem Leninismus fremd gegenüber.

Die Partei entlarvte und isolierte die einen wie die anderen. Die Partei wies die Panikmacher und Kapitulanten entschieden zurück.

Das Vorhandensein eines solchen Widerstands gegen die Politik der Partei führte ein übriges Mal die Notwendigkeit einer Reinigung der Partei von den wankelmütigen Elementen vor Augen. In diesem Zusammenhang leistete das Zentralkomitee eine große Arbeit zur Festigung der Partei, indem es im Jahre 1921 eine Parteireinigung organisierte. Die Parteireinigung erfolgte unter Teilnahme von Parteiloosen in offenen Versammlungen. Lenin riet, die Partei gründlich zu reinigen „... von Gaunern, von Verbürokratisierten, von Unehrliehen, von unbeständigen Kommunisten und von Menschewiki, die ihre ‚Fassade‘ übertüncht haben, aber im Herzen Menschewiki geblieben sind“. (*Lenin*, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 882.)

Insgesamt wurden im Ergebnis der Reinigung rund 170 000 Personen oder ungefähr 25 Prozent der gesamten Parteimitgliedschaft aus der Partei ausgeschlossen.

Die Reinigung festigte die Partei bedeutend, verbesserte ihre soziale Zusammensetzung, stärkte das Vertrauen der Massen zur Partei, erhöhte ihre Autorität. Die Geschlossenheit und Diszipliniertheit der Partei nahm zu.

Schon das erste Jahr der Neuen Ökonomischen Politik erwies deren Richtigkeit. Der Übergang zur NÖP festigte in bedeutendem Maße das Bündnis der Arbeiter und Bauern auf neuer Grundlage. Macht und Stärke der Diktatur des Proletariats wuchsen. Der kulakische Banditismus wurde nahezu vollständig liquidiert. Nach Aufhebung der Ablieferungspflicht halfen die Mittelbauern der Sowjetmacht, gegen die Kulakenbanden zu kämpfen. Die Sowjetmacht behielt alle Kommandohöhen in der Volkswirtschaft in der Hand: die Großindustrie, das Verkehrswesen, die Banken, den Boden, den Innenhandel, den Außenhandel. Die Partei erreichte einen Umschwung an der Wirtschaftsfrent. Die Landwirtschaft kam alsbald vorwärts. Industrie und Verkehr erzielten die ersten Erfolge. Es setzte ein vorerst sehr langsamer, aber sicherer wirtschaftlicher Aufschwung ein. Die Arbeiter und Bauern fühlten und sahen, daß die Partei sich auf dem richtigen Wege befand.

Im März 1922 trat der XI. Parteitag zusammen. Auf dem Parteitag

waren 522 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, die 532 000 Parteimitglieder vertraten, das heißt weniger als auf dem vorhergehenden Parteitag. Delegierte mit beratender Stimme gab es 165. Die Verringerung der Mitgliederzahl erklärt sich durch die begonnene Reinigung der Parteireihen.

Auf dem Parteitag zog die Partei die Bilanz des ersten Jahres der Neuen Ökonomischen Politik. Diese Bilanz gestattete Lenin, auf dem Parteitag zu erklären:

„Ein Jahr lang befanden wir uns auf dem Rückzug. Wir müssen jetzt im Namen der Partei sagen: Genug! Das Ziel, das mit dem Rückzug verfolgt wurde, ist erreicht. Diese Periode geht zu Ende oder ist zu Ende. Nun setzen wir uns ein anderes Ziel: die Kräfte umzugruppieren.“ (Ebenda, S. 928.)

Lenin betonte, daß die NÖP einen verzweifelten Kampf, einen Kampf auf Leben und Tod zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus bedeute. „Wer — wen?“, so stehe die Frage. Um zu siegen, müsse man den Zusammenschluß zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, zwischen der sozialistischen Industrie und der bäuerlichen Wirtschaft durch allseitige Entwicklung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land sicherstellen. Zu diesem Zweck müsse man wirtschaften lernen, müsse man lernen, in einer allen Kulturansprüchen genügenden Weise Handel zu treiben.

Der Handel war in dieser Periode das Hauptglied in der Kette der Aufgaben, die vor der Partei standen. Ohne diese Aufgabe gelöst zu haben, konnte man nicht den Warenumsatz zwischen Stadt und Land entfalten, konnte man nicht das ökonomische Bündnis der Arbeiter und Bauern festigen, konnte man nicht die Landwirtschaft heben, die Industrie aus der Zerrüttung herausführen.

Zu jener Zeit war der Sowjethandel noch sehr schwach. Sehr schwach war der Handelsapparat, die Kommunisten waren im Handel noch nicht bewandert, den Feind, den „Nöpmann“, hatten sie noch nicht durchschaut, sie hatten noch nicht gelernt, ihn zu bekämpfen. Die Privathändler, die Nöpleute, machten sich die Schwäche des Sowjethandels zunutze und brachten den Handel mit Manufakturartikeln und anderen marktgängigen Waren in ihre Hände. Die Frage der Organisation des Staats- und Genossenschaftshandels erlangte gewaltige Bedeutung.

Nach dem XI. Parteitag setzte die wirtschaftliche Arbeit mit neuer Kraft ein. Die Folgen der Mißernte, die das Land betroffen hatte, wurden erfolgreich überwunden. Die Wiederherstellung der bäuerlichen Wirtschaft machte rasche Fortschritte. Die Eisenbahnen begannen besser zu arbeiten. Immer größer wurde die Zahl der Fabriken und Werke, die die Arbeit wiederaufnahmen.

Im Oktober 1922 feierte die Sowjetrepublik einen großen Sieg: Wladiwostok, das letzte Stück Sowjetlandes, das sich in den Händen der Interventionen befunden hatte, wurde durch die Rote Armee und die Partisanen des Fernen Ostens von den japanischen Interventionen befreit.

Jetzt, wo das gesamte Territorium des Sowjetlandes von den Interventionen gesäubert war und die Aufgaben des Aufbaus des Sozialismus und der Landesverteidigung die weitere Festigung des Bündnisses der Völker des Sowjetlandes erheischten, trat die Frage einer engeren Vereinigung der Sowjetrepubliken zu einer einheitlichen staatlichen Union auf die Tagesordnung. Es galt, alle Volkskräfte zum Aufbau des Sozialismus zu vereinigen. Es galt, eine starke Landesverteidigung zu organisieren. Es galt, die allseitige Entwicklung aller Nationalitäten unserer Heimat sicherzustellen. Zu diesem Zweck war eine noch größere gegenseitige Annäherung aller Völker des Sowjetlandes notwendig.

Im Dezember 1922 fand der I. Unionskongreß der Sowjets statt. Auf diesem Kongreß wurde auf Vorschlag Lenins und Stalins ein freiwilliger Staatsverband der Sowjetvölker — die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) — geschaffen. Ursprünglich gehörten der UdSSR an: die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR), die Transkaukasische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (TSFSR), die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR) und die Bjelorussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR). Etwas später wurden in Mittelasien drei selbständige Unionsowjetrepubliken — die Usbekische, Turkmenische und Tadshikische — organisiert. Jetzt vereinigten sich alle diese Republiken auf der Grundlage der Freiwilligkeit und der Gleichberechtigung zum einheitlichen Bund der Sowjetstaaten, zur Union der SSR, wobei jeder Republik das Recht auf freien Austritt aus der Sowjetunion gewahrt blieb.

Die Schaffung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bedeutete eine Stärkung der Sowjetmacht und einen großen Sieg der

Lenin-Stalinschen Politik der Partei der Bolschewiki in der nationalen Frage.

Im November 1922 hielt Lenin eine Rede auf dem Plenum des Moskauer Sowjets. Er zog die Bilanz des fünfjährigen Bestehens der Sowjetmacht und brachte die feste Zuversicht zum Ausdruck, daß „aus dem Rußland der NÖP das sozialistische Rußland werden wird“. Dies war das letztmal, daß er vor dem Lande sprach. Im Herbst 1922 brach über die Partei ein großes Unglück herein: Lenin wurde schwer krank. Die gesamte Partei, alle Werktätigen durchlebten die Krankheit Lenins als ihr eigenes großes Leid. Alle lebten in Unruhe um das Leben des geliebten Lenin. Lenin aber stellte auch während seiner Krankheit die Arbeit nicht ein. Schon schwer krank, schrieb Lenin noch eine Reihe sehr wichtiger Artikel. In diesen letzten Artikeln faßte er die geleistete Arbeit zusammen und entwarf den Plan für die Errichtung des Sozialismus in unserem Lande durch Heranziehung der Bauernschaft zur Teilnahme am sozialistischen Aufbau. In diesem Plan entwickelte Lenin seinen Genossenschaftsplan zur Einbeziehung der Bauernschaft in die gemeinsame Arbeit für die Errichtung des Sozialismus.

In der Genossenschaft überhaupt und in der landwirtschaftlichen Genossenschaft im besonderen sah Lenin den für Millionen Bauern zugänglichen und verständlichen Weg des Übergangs von der kleinen Einzelwirtschaft zu großen genossenschaftlichen Produktionsvereinigungen — den Kollektivwirtschaften. Lenin wies darauf hin, daß die Entwicklung der Landwirtschaft in unserem Lande auf dem Wege der Einbeziehung der Bauern in den sozialistischen Aufbau vermittelt Genossenschaften, auf dem Wege allmählicher Einbürgerung der Grundsätze des Kollektivismus in der Landwirtschaft verlaufen muß, anfänglich auf dem Gebiet des Absatzes, später auch auf dem Gebiet der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte. Lenin betonte, daß unter der Diktatur des Proletariats, auf Grundlage des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, bei Sicherung der Führerrolle des Proletariats in bezug auf die Bauernschaft, bei Vorhandensein einer sozialistischen Industrie eine richtig organisierte, Millionen von Bauern erfassende Produktivgenossenschaft das Mittel ist, mit dessen Hilfe in unserem Lande die vollendete sozialistische Gesellschaft errichtet werden kann.

Im April 1923 fand der XII. Parteitag statt. Das war der erste

Parteitag nach der Machtergreifung durch die Bolschewiki, dem Lenin nicht beiwohnen konnte. Auf dem Parteitag waren 408 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, die 386 000 Parteimitglieder vertraten, das heißt weniger als auf dem vorigen Parteitag. Hier wirkten sich die Ergebnisse der fortdauernden Reinigung der Parteireihen aus, die zum Ausschluß eines bedeutenden Prozentsatzes von Parteimitgliedern aus der Partei geführt hatte. Delegierte mit beratender Stimme gab es 417.

Der XII. Parteitag nahm in seinen Beschlüssen alle Weisungen Lenins zur Richtschnur, die in dessen letzten Artikeln und Briefen gegeben worden waren.

Der Parteitag wies alle diejenigen, die die NÖP als einen Rückzug von den sozialistischen Positionen, als eine Preisgabe dieser Positionen an den Kapitalismus auffaßten, alle, die mit dem Vorschlag kamen, das Land solle sich unter das Sklavenjoch des Kapitalismus begeben, aufs schärfste zurück. Solche Vorschläge wurden auf dem Parteitag von Anhängern Trotzki's, Radek und Krassin, gemacht. Sie schlugen vor, sich den ausländischen Kapitalisten auf Gnade und Ungnade zu ergeben, ihnen für den Sowjetstaat lebensnotwendige Industriezweige in Konzessionen zu geben. Sie schlugen vor, die Schulden der zaristischen Regierung, die von der Oktoberrevolution annulliert waren, zu bezahlen. Die Partei brandmarkte diese Kapitulantenvorschläge als verräterisch. Sie verzichtete nicht darauf, von der Konzessionspolitik Gebrauch zu machen, jedoch nur in solchen Wirtschaftszweigen und in solchen Ausmaßen, wie das für den Sowjetstaat vorteilhaft war.

Bucharin und Sokolnikow hatten schon vor dem Parteitag den Vorschlag gemacht, das Außenhandelsmonopol zu liquidieren. Dieser Vorschlag war ebenfalls das Resultat der Auffassung, daß die NÖP eine Preisgabe der Positionen der Sowjetmacht an den Kapitalismus sei. Lenin brandmarkte damals Bucharin als Verteidiger der Spekulanten, Nöpleute, Kulaken. Der XII. Parteitag wehrte die Anschläge auf die Unverletzlichkeit des Außenhandelsmonopols entschieden ab.

Der Parteitag wies auch den Versuch Trotzki's, der Partei eine verderbliche Politik gegenüber der Bauernschaft aufzuzwingen, entschieden zurück. Der Parteitag wies darauf hin, daß man die Tatsache des Überwiegens der bäuerlichen Kleinwirtschaft im Lande nicht übersehen dürfe. Er hob hervor, daß die Entwicklung der

Industrie, darunter der Schwerindustrie, nicht im Widerspruch zu den Interessen der Bauernmassen, sondern in engster Gemeinschaft mit ihnen, im Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung verlaufen soll. Diese Beschlüsse waren gegen Trotzki gerichtet, der den Vorschlag machte, die Industrie auf dem Wege der Ausbeutung der bäuerlichen Wirtschaft aufzubauen, da er in Wirklichkeit die Politik des Bündnisses des Proletariats und der Bauernschaft nicht anerkannte.

Trotzki schlug gleichzeitig vor, Großbetriebe von solcher Bedeutung für die Landesverteidigung wie die Putilow-Werke, die Brjansker Werke und andere stillzulegen, da sie seiner Behauptung nach keine Gewinne erbrachten. Der Parteitag lehnte die Vorschläge Trotzki mit Entrüstung ab.

Entsprechend einem dem Parteitag in schriftlicher Form zugegangenen Vorschlag Lenins schuf der XII. Parteitag ein vereinigtes Organ: die Zentrale Kontrollkommission – Arbeiter- und Bauerninspektion. Ihm wurden verantwortliche Aufgaben auferlegt: Schutz der Einheit unserer Partei, Festigung der Partei- und der Staatsdisziplin, allseitige Verbesserung des Apparats des Sowjetstaates.

Große Aufmerksamkeit widmete der Parteitag der nationalen Frage. Berichterstatte zu dieser Frage war Genosse Stalin. Genosse Stalin hob die internationale Bedeutung unserer Politik in der nationalen Frage hervor. Die unterjochten Völker im Westen und Osten sehen in der Sowjetunion das Vorbild für die Lösung der nationalen Frage und für die Liquidierung der nationalen Unterdrückung. Genosse Stalin verwies auf die Notwendigkeit energischer Arbeit zur Liquidierung der Ungleichheit in der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Völker der Sowjetunion. Er rief die gesamte Partei zu entschiedenem Kampfe gegen die Abweichungen in der nationalen Frage auf – gegen den großrussischen Chauvinismus und den lokalen bürgerlichen Nationalismus.

Auf dem Parteitag wurden die Träger nationalistischer Abweichungen und ihre Großmachtspolitik gegenüber den nationalen Minderheiten entlarvt. Damals traten die georgischen Vertreter der nationalistischen Abweichung, Mdiwani und andere, gegen die Partei auf. Diese Leute waren gegen die Schaffung der Transkaukasischen Föderation, gegen die Festigung des Freundschaftsbundes der Völker Transkaukasiens. Die Träger dieser Abweichungen benahmen sich gegenüber den anderen Nationalitäten in Georgien wie richtige Groß-

machtchauvinisten. Sie wiesen alle Nichtgeorgier, besonders Armenier, aus Tiflis aus und erließen ein Gesetz, wonach eine Georgierin, die einen Nichtgeorgier heiratete, die georgische Staatsbürgerschaft verlor. Die georgischen Vertreter der nationalistischen Abweichung wurden von Trotzki, Radek, Bucharin, Skrypnik und Rakowski unterstützt.

Bald nach dem Parteitag wurde eine spezielle Beratung der Funktionäre der nationalen Republiken über die nationale Frage einberufen. Auf ihr wurde eine Gruppe tatarischer bürgerlicher Nationalisten — Sultan-Galijew und andere — und eine Gruppe usbekischer Vertreter der nationalistischen Abweichung — Faisullah Chodshajew und andere — entlarvt.

Der XII. Parteitag faßte die Ergebnisse der Neuen Ökonomischen Politik für die zwei Jahre zusammen. Diese Ergebnisse flößten frischen Mut und Zuversicht in den Endsieg ein.

„Unsere Partei ist eine fest geschlossene, zusammengeschweißte Partei geblieben, die bei einer der größten Wendungen die Probe bestanden hat und mit breit entrolltem Banner vorwärtsschreitet“, erklärte Genosse Stalin auf dem Parteitag.

4

*Der Kampf mit den Schwierigkeiten der Wiederherstellung der Volkswirtschaft · Die verstärkte Aktivität der Trotzkiisten im Zusammenhang mit Lenins Krankheit · Die neue Parteidiskussion Die Niederlage der Trotzkiisten · Lenins Tod · Das Lenin-Aufgebot
Der XIII. Parteitag*

Gleich die ersten Jahre des Kampfes für die Wiederherstellung der Volkswirtschaft führten zu bedeutenden Erfolgen. Zu Beginn des Jahres 1924 war auf allen Gebieten ein Aufschwung zu beobachten. Die Saatfläche hatte sich seit 1921 bedeutend vergrößert, die bäuerliche Wirtschaft festigte sich immer mehr. Die sozialistische Industrie wuchs und entwickelte sich. Bedeutend war das zahlenmäßige Wachstum der Arbeiterklasse. Der Arbeitslohn stieg. Für die Arbeiter und Bauern wurde das Leben leichter und besser als in den Jahren 1920 und 1921.

Aber immer noch machten sich die Auswirkungen der noch nicht überwundenen Zerrüttung fühlbar. Die Industrie blieb noch hinter dem Vorkriegsniveau zurück, ihr Wachstum blieb hinter dem stei-

genden Bedarf des Landes bedeutend zurück. Gegen Ende 1923 wurden ungefähr 1 Million Arbeitslose gezählt, denn das langsame Wachstum der Volkswirtschaft bot noch nicht die Möglichkeit, die Arbeitslosen aufzusaugen. Der Handel entwickelte sich unter Stockungen, eine Folge davon, daß die städtischen Erzeugnisse übermäßig hohe Preise hatten, die dem Lande von den Nöpleuten und von den in unsere Handelsorganisationen eingedrungenen Nöpelementen aufgezwungen wurden. Infolgedessen begann der Sowjetrußland stark zu schwanken, sein Wert sank. All dies hemmte die Besserung der Lage der Arbeiter und Bauern.

Im Spätsommer 1923 erfuhren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge der Durchbrechung der von der Sowjetmacht betriebenen Preispolitik durch unsere Industrie- und Handelsorgane eine gewisse Verschärfung. Die Preise für Industriewaren und für Produkte der Landwirtschaft gingen stark auseinander. Die Getreidepreise waren niedrig, die Preise für Industriewaren aber übermäßig hoch. Die Verwaltungsausgaben der Industrie waren hoch, und dies verteuerte die Waren. Das Geld, das die Bauernschaft für das verkaufte Getreide erhielt, entwertete sich rasch. Zu alledem kam noch, daß der Trotzkist Pjatakow, der damals im Obersten Volkswirtschaftsrat (WSNCh) saß, den Wirtschaftlern die verbrecherische Direktive erteilte, aus dem Verkauf von Industriewaren soviel Gewinn wie möglich herauszuschlagen, die Preise rücksichtslos zu erhöhen, angeblich zugunsten der Entwicklung der Industrie. In Wirklichkeit konnte diese Nöpmannlösung nur zur Einengung der Basis der Industrieproduktion und zur Untergrabung der Industrie führen. Unter diesen Bedingungen war es für die Bauernschaft unvorteilhaft, städtische Waren zu erwerben, und die Bauern stellten den Ankauf solcher Waren ein. Es setzte eine Absatzkrise ein, die auf die Industrie zurückwirkte. In der Lohnzahlung entstanden Schwierigkeiten. Das rief Unzufriedenheit unter den Arbeitern hervor. Die rückständigsten Arbeiter in einigen Fabriken verließen die Arbeitsstätten.

Das Zentralkomitee der Partei zeichnete die Wege zur Beseitigung aller dieser Schwierigkeiten und Mängel vor. Es wurden Maßnahmen zur Überwindung der Absatzkrise getroffen. Es wurde eine Senkung der Preise für Gegenstände des Massenbedarfs durchgeführt. Es wurde beschlossen, eine Geldreform durchzuführen, zu einer festen und stabilen Valuta, zum Tschervonez, überzugehen. Die ordnungs-

gemäße Auszahlung der Löhne wurde gesichert. Es wurden Maßnahmen zur Entfaltung des Handels durch die Sowjet- und Genossenschaftsorgane und zur Verdrängung aller Arten von Privathändlern und Spekulanten aus dem Handel vorgesehen.

Es galt, einmütig, mit aufgekrepelten Ärmeln, ans Werk zu gehen. So dachten und handelten die der Partei ergebenen Menschen. Aber anders benahmen sich die Trotzlisten. Die Abwesenheit Lenins, der infolge seiner schweren Krankheit nicht mehr an der Arbeit teilnehmen konnte, nutzten sie aus, um einen neuen Angriff gegen die Partei und ihre Führung zu unternehmen. Sie wähten, daß der geeignete Augenblick gekommen sei, um die Partei zu zertrümmern und ihre Führung zu beseitigen. In ihrem Kampf gegen die Partei nutzten sie alles aus: sowohl die Niederlage der Revolution in Deutschland und Bulgarien im Herbst 1923 als auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Lande, sowie Lenins Krankheit. Gerade in diesem für den Sowjetstaat schwierigen Augenblick, als der Führer der Partei ans Krankenlager gefesselt war, begann Trotzki seine Attacke gegen die bolschewistische Partei. Er sammelte alle antileninistischen Elemente in der Partei um sich und schusterte eine oppositionelle, gegen die Partei, gegen ihre Führung, gegen ihre Politik gerichtete Plattform zusammen. Die Plattform nannte sich: Erklärung von 46 Oppositionellen. Im Kampfe gegen die Leninsche Partei vereinigten sich alle oppositionellen Gruppierungen — die Trotzlisten, die Dezisten, die Überreste der „linken Kommunisten“ und der „Arbeiteropposition“. Sie prophezeiten in ihrer Erklärung eine schwere Wirtschaftskrise und den Untergang der Sowjetmacht und forderten als einzigen Ausweg aus der Lage Freiheit für Fraktionen und Gruppierungen.

Das war ein Kampf für die Wiederherstellung der Fraktionen, die der X. Parteitag auf Vorschlag Lenins verboten hatte.

Von den Trotzlisten wurden keinerlei konkrete Fragen der Verbesserung der Industrie oder der Landwirtschaft, der Verbesserung des Warenumsatzes im Lande, der Verbesserung der Lage der Werktätigen aufgeworfen. Ja, dafür interessierten sie sich auch gar nicht. Sie waren nur an einem interessiert: die Abwesenheit Lenins auszunutzen, die Fraktionen innerhalb der Partei wiederherzustellen und die Grundlagen der Partei ins Wanken zu bringen, ihr Zentralkomitee zu erschüttern.

Gleich nach der Plattform der 46 wurde ein Brief Trotzki's in Umlauf gesetzt, worin er die Parteikader mit Schmutz bewarf und eine ganze Reihe neuer verleumderischer Beschuldigungen gegen die Partei erhob. In diesem Brief wiederholte Trotzki die alte menschwistische Litanei, die die Partei von ihm nicht das erstemal zu hören bekam.

Vor allem fielen die Trotzki'sten über den Parteiapparat her. Sie begriffen, daß die Partei ohne einen starken Parteiapparat nicht leben und arbeiten kann. Die Opposition versuchte diesen Apparat zu erschüttern, ihn zu zerstören, die Parteimitglieder dem Parteiapparat und die Jugend den alten Parteikadern gegenüberzustellen. Trotzki's Brief war eine Spekulation auf die studierende Jugend, auf die jungen Parteimitglieder, die die Geschichte des Kampfes der Partei gegen den Trotzki'smus nicht kannten. Um die studierende Jugend zu gewinnen, schmeichelte ihr Trotzki, indem er sie „das sicherste Barometer der Partei“ nannte und gleichzeitig behauptete, daß die alte Leninsche Garde entartet sei. Mit einer Anspielung auf die entarteten Führer der II. Internationale machte er die niederträchtige Andeutung, daß die alte bolschwistische Garde denselben Weg gehe. Durch sein Geschrei über eine Entartung der Partei versuchte Trotzki seine eigene Entartung und seine parteifeindlichen Ränke zu maskieren.

Beide Dokumente der Oppositionellen, sowohl die Plattform der 46 als auch der Brief Trotzki's, wurden von den Trotzki'sten an die Rayons und Zellen versandt und den Parteimitgliedern zur Erörterung unterbreitet.

Die Partei wurde zu einer Auseinandersetzung, zur Parteidiskussion, herausgefordert.

Somit wurde der Partei, wie vor dem X. Parteitag während der Gewerkschaftsdiskussion, auch jetzt von den Trotzki'sten eine allgemeine Parteidiskussion aufgezwungen.

Obwohl die Partei von wichtigeren, von wirtschaftlichen Fragen in Anspruch genommen war, nahm sie die Herausforderung an und eröffnete die Diskussion.

Die Diskussion erfaßte die gesamte Partei. Der Kampf trug sehr heftigen Charakter. Besondere Schärfe nahm der Kampf in Moskau an. Die Trotzki'sten trachteten danach, vor allem die Organisation der Hauptstadt in die Hand zu bekommen. Aber die Diskussion half den Trotzki'sten nicht. Sie brachte ihnen nur Schmach und Schande.

Die Trotzlisten wurden sowohl in Moskau als auch in der gesamten Sowjetunion aufs Haupt geschlagen. Für die Trotzlisten stimmte nur eine kleine Anzahl von Zellen in Hochschulen und Bürobetrieben.

Im Januar 1924 trat die XIII. Parteikonferenz zusammen. Sie nahm das Referat des Genossen Stalin entgegen, der die Bilanz der Diskussion zog. Die Konferenz verurteilte die trotzkistische Opposition und erklärte, daß die Partei es in dieser Opposition *mit einer kleinbürgerlichen Abweichung* vom Marxismus zu tun hatte. Die Beschlüsse der Konferenz wurden in der Folge vom XIII. Parteitag und vom V. Weltkongreß der Komintern gebilligt. Das internationale kommunistische Proletariat unterstützte die bolschewistische Partei in ihrem Kampf gegen den Trotzismus.

Die Trotzisten stellten jedoch ihre Wühlarbeit nicht ein. Im Herbst 1924 veröffentlichte Trotzki seinen Artikel „Die Lehren des Oktober“, worin er den Versuch unternahm, den Leninismus durch den Trotzismus zu ersetzen. Dieser Artikel war eine einzige Verleumdung unserer Partei und ihres Führers — Lenins. Dies verleumderische Machwerk wurde von allen Feinden des Kommunismus und der Sowjetmacht aufgegriffen. Die Partei nahm diese Verleumdung der heroischen Geschichte des Bolschewismus durch Trotzki mit Ent-rüstung auf. Genosse Stalin entlarvte den Versuch Trotzkis, den Leninismus durch den Trotzismus zu ersetzen. In seinen Reden betonte Genosse Stalin, daß „die Aufgabe der Partei darin besteht, den Trotzismus als ideologische Strömung zu begraben“.

Von großer Bedeutung für die ideologische Zertrümmerung des Trotzismus und die Verfechtung des Leninismus war das theoretische Werk des Genossen Stalin „Über die Grundlagen des Leninismus“, das im Jahre 1924 erschien. Diese Schrift ist eine meisterhafte Darlegung und eine bündige theoretische Begründung des Leninismus. Sie wappnete damals und wappnet heute die Bolschewiki in der ganzen Welt mit der scharfen Waffe der marxistisch-leninistischen Theorie.

In den Kämpfen gegen den Trotzismus schloß Genosse Stalin die Partei um ihr Zentralkomitee zusammen und mobilisierte sie zum weiteren Kampf für den Sieg des Sozialismus in unserem Lande. Genosse Stalin konnte den Beweis erbringen, daß die ideologische Zertrümmerung des Trotzismus eine notwendige Bedingung für die Sicherung des weiteren siegreichen Vormarsches zum Sozialismus war.

Bei der Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Periode des Kampfes gegen den Trotzismus sagte Genosse Stalin:

„Ohne den Trotzismus zu zerschlagen, kann man unter den Bedingungen der NÖP nicht den Sieg erringen, kann man nicht die Verwandlung des heutigen Rußland in ein sozialistisches Rußland erreichen.“

Aber die Erfolge der Leninschen Politik der Partei wurden getrübt durch das größte Unglück, das die Partei und die Arbeiterklasse betroffen hat. Am 21. Januar 1924 starb in Gorki bei Moskau unser Führer und Lehrer, der Schöpfer der bolschewistischen Partei, Lenin. Die Arbeiterklasse der ganzen Welt nahm die Kunde von Lenins Tod als den allerschwersten Verlust auf. Am Tage der Beisetzung Lenins führte das internationale Proletariat eine fünf Minuten lange allgemeine Arbeitseinstellung durch. Die Eisenbahnen standen still, die Arbeit in den Werken und Fabriken ruhte. In tiefster Trauer geleiteten die Werktätigen der ganzen Welt Lenin, ihren Vater und Lehrer, ihren besten Freund und Verteidiger, zu Grabe.

Auf Lenins Tod antwortete die Arbeiterklasse der Sowjetunion mit einem noch stärkeren Zusammenschluß um die Leninsche Partei. Jeder klassenbewußte Arbeiter besann sich in diesen Trauertagen auf sein Verhältnis zur Kommunistischen Partei, die das Vermächtnis Lenins verwirklicht. Im Zentralkomitee der Partei liefen tausende und aber tausende Erklärungen von parteilosen Arbeitern mit dem Ersuchen ein, sie in die Partei aufzunehmen. Das Zentralkomitee kam dieser Bewegung der fortgeschrittenen Arbeiter entgegen und verkündete eine Massenaufnahme fortgeschrittener Arbeiter in die Partei, ließ das Leninsche Parteiaufgebot ergehen. Weitere zehntausende Arbeiter kamen zur Partei. Es kamen diejenigen, die bereit waren, für die Sache der Partei, für die Sache Lenins das Leben hinzugeben. Mehr als zweihundertvierzigtausend Arbeiter traten damals in kurzer Zeit in die Reihen der bolschewistischen Partei ein. In die Partei trat der fortgeschrittene, der klassenbewußteste und revolutionärste, der kühnste und disziplinierteste Teil der Arbeiterklasse ein. Dies war das *Leninsche Parteiaufgebot*.

Lenins Tod zeigte, wie nahe unsere Partei den Arbeitermassen ist und wie sehr die Arbeiter die Leninsche Partei lieben.

In den Lenin-Trauertagen, auf dem II. Sowjetkongreß der UdSSR, legte Genosse Stalin im Namen der Partei den großen Schwur ab:

„Wir Kommunisten sind Menschen von besonderem Schlage. Wir sind aus besonderem Material geformt. Wir sind diejenigen, die die Armee des großen proletarischen Strategen bilden, die Armee des Genossen Lenin. Es gibt nichts Höheres als die Ehre, dieser Armee anzugehören. Es gibt nichts Höheres als den Namen eines Mitglieds der Partei, deren Gründer und Führer Genosse Lenin ist...

Als Genosse Lenin von unschied, hinterließ er uns das Vermächtnis, den erhabenen Namen eines Mitglieds der Partei hochzuhalten und in Reinheit zu bewahren. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir dieses dein Gebot in Ehren erfüllen werden!...

Als Genosse Lenin von unschied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Einheit unserer Partei wie unseren Augapfel zu hüten. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir auch dieses dein Gebot in Ehren erfüllen werden!...

Als Genosse Lenin von unschied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Diktatur des Proletariats zu schützen und zu festigen. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir unsere Kräfte nicht schonen werden, um auch dieses dein Gebot in Ehren zu erfüllen!...

Als Genosse Lenin von unschied, hinterließ er uns das Vermächtnis, mit allen Kräften das Bündnis der Arbeiter und Bauern zu festigen. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir auch dieses dein Gebot in Ehren erfüllen werden!...

Genosse Lenin sprach uns unermüdlich von der Notwendigkeit eines freiwilligen Bündnisses der Völker unseres Landes, von der Notwendigkeit ihres brüderlichen Zusammenwirkens im Rahmen der Union der Republiken. Als Genosse Lenin von unschied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Union der Republiken zu festigen und zu erweitern. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir auch dieses dein Gebot in Ehren erfüllen werden!...

Lenin hat uns wiederholt darauf verwiesen, daß die Stärkung der Roten Armee und ihre Vervollkommnung eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei ist... Schwören wir denn, Genossen, daß wir unsere Kräfte nicht schonen werden, um unsere Rote Armee und unsere Rote Flotte zu stärken...

Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale die Treue zu bewahren. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir unser Leben nicht schonen werden, um den Bund der Werktätigen der ganzen Welt, die Kommunistische Internationale, zu festigen und zu erweitern!“

Diesen Schwur leistete die bolschewistische Partei ihrem Führer Lenin, der durch die Jahrhunderte leben wird.

Im Mai 1924 fand der XIII. Parteitag statt. Auf dem Parteitag waren 748 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, die 735881 Parteimitglieder vertraten. Die starke Zunahme der Zahl der Parteimitglieder im Vergleich mit dem vorhergehenden Parteitag erklärt sich dadurch, daß auf Grund des Lenin-Aufgebots ungefähr 250000 neue Mitglieder in die Reihen der Partei eingetreten waren. Delegierte mit beratender Stimme gab es 416.

Der Parteitag verurteilte einstimmig die Plattform der trotzkistischen Opposition, die er als kleinbürgerliche Abweichung vom Marxismus, als Revision des Leninismus kennzeichnete, und bestätigte die Resolutionen der XIII. Parteikonferenz „Über den Parteaufbau“ und „Über die Ergebnisse der Diskussion“.

Ausgehend von der Aufgabe der Stärkung des Zusammenschlusses von Stadt und Land gab der Parteitag Anweisung zur weiteren Ausdehnung der Industrie, in erster Linie der Leichtindustrie, wobei er gleichzeitig die Notwendigkeit einer raschen Entwicklung des Hüttenwesens hervorhob.

Der Parteitag bestätigte die Schaffung des Volkskommissariats für Innenhandel und stellte allen Handelsorganen die Aufgabe, die Herrschaft über den Markt zu erlangen und das Privatkapital aus dem Handel zu verdrängen.

Der Parteitag setzte es als Aufgabe fest, den billigen Staatskredit an die Bauernschaft zu erweitern und den Wucherer aus dem Dorf zu verdrängen.

Die Hauptaufgabe der Arbeit auf dem Lande wurde vom Parteitag durch die Losung festgesetzt, den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauernmassen in jeder Weise zu fördern.

Schließlich wies der Parteitag auf die gewaltige Bedeutung des Lenin-Aufgebots hin und lenkte die Aufmerksamkeit der Partei auf

die Notwendigkeit einer verstärkten Arbeit zur Schulung der jungen Parteimitglieder, vor allem des Lenin-Aufgebots, um ihnen die Grundlagen des Leninismus zu vermitteln.

5

*Die Sowjetunion gegen Ende der Wiederherstellungsperiode • Die Frage des sozialistischen Aufbaus und des Sieges des Sozialismus in unserem Lande • Die „Neue Opposition“ von Sinowjew-Kamenev
Der XIV. Parteitag • Der Kurs auf die sozialistische Industrialisierung des Landes*

Mehr als vier Jahre beharrlicher Arbeit der bolschewistischen Partei und der Arbeiterklasse auf den Bahnen der Neuen Ökonomischen Politik waren vergangen. Die heroische Arbeit zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft näherte sich ihrem Abschluß. Immer mehr wuchs die wirtschaftliche und politische Macht der Sowjetunion.

Die internationale Lage hatte sich zu dieser Zeit verändert. Der Kapitalismus hatte dem ersten revolutionären Ansturm der Massen nach dem imperialistischen Krieg standgehalten. Die revolutionäre Bewegung in Deutschland, Italien, Bulgarien, Polen und einer Reihe anderer Länder war niedergeworfen. Hierbei hatten der Bourgeoisie die Führer der paktiererischen sozialdemokratischen Parteien geholfen. Eine zeitweilige Ebbe der Revolution war eingetreten. Eine zeitweilige, teilweise Stabilisierung des Kapitalismus in Westeuropa, eine teilweise Festigung seiner Positionen, war eingetreten. Aber die Stabilisierung des Kapitalismus beseitigte nicht die grundlegenden Widersprüche, die die kapitalistische Gesellschaft zerreißen. Im Gegenteil: die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus verschärfte die Widersprüche zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen dem Imperialismus und den Kolonialvölkern, zwischen den imperialistischen Gruppen verschiedener Länder. Die Stabilisierung des Kapitalismus bereitete eine neue Explosion der Widersprüche, neue Krisen in den Ländern des Kapitalismus vor.

Zugleich mit der Stabilisierung des Kapitalismus erfolgte auch eine Stabilisierung der Sowjetunion. Aber diese beiden Stabilisierungen waren von Grund auf verschieden. Die kapitalistische Stabilisierung kündete eine neue Krise des Kapitalismus an. Die Stabilisierung der

Sowjetunion dagegen bedeutete ein neues Wachstum der wirtschaftlichen und politischen Macht des Landes des Sozialismus.

Trotz der Niederlage der Revolution im Westen festigte sich die internationale Lage der Sowjetunion doch immer weiter, allerdings in langsamerem Tempo.

Die Sowjetunion wurde im Jahre 1922 zu der internationalen Wirtschaftskonferenz in der italienischen Stadt Genua eingeladen. Auf dieser Konferenz versuchten die infolge der Niederlage der Revolution in den Ländern des Kapitalismus ermunterten imperialistischen Regierungen, auf die Republik der Sowjets einen neuen Druck auszuüben, diesmal in diplomatischer Form. Die Imperialisten legten dem Sowjetlande freche Forderungen vor. Sie verlangten die Rückgabe der von der Oktoberrevolution nationalisierten Fabriken und Werke an die ausländischen Kapitalisten und die Bezahlung aller Schulden der zaristischen Regierung. Unter diesen Bedingungen versprachen die imperialistischen Staaten dem Sowjetstaat unbeträchtliche Anleihen.

Die Sowjetunion lehnte diese Forderungen ab.

Die Konferenz von Genua verlief ergebnislos.

Die Androhung einer neuen Intervention, die in dem Ultimatum des englischen Außenministers Curzon im Jahre 1923 enthalten war, wurde ebenfalls gebührend zurückgewiesen.

Die kapitalistischen Staaten, die die Stärke der Sowjetmacht sondiert und sich von ihrer Festigkeit überzeugt hatten, nahmen einer nach dem andern die diplomatischen Beziehungen mit unserem Lande wieder auf. Im Laufe des Jahres 1924 wurden die diplomatischen Beziehungen mit England, Frankreich, Japan und Italien wiederhergestellt.

Es war klar, daß das Sowjetland es verstanden hatte, sich eine friedliche Atempause für eine ganze Periode zu erkämpfen.

Auch innerhalb des Landes änderte sich die Situation. Die aufopferungsvolle Arbeit der von der Partei der Bolschewiki geführten Arbeiter und Bauern trug ihre Früchte. Ein rasches Wachstum der Volkswirtschaft war zu verzeichnen. Im Wirtschaftsjahr 1924/25 näherte sich die landwirtschaftliche Produktion bereits dem Vorkriegsstand, sie erreichte 87 Prozent des Vorkriegsniveaus. Die Großindustrie der Sowjetunion lieferte im Jahre 1925 bereits ungefähr *drei Viertel* der Industrieproduktion der Vorkriegszeit. Im Jahre 1924/25 konnte das Sowjetland schon 385 Millionen Rubel in Neubauten investieren. Die

Durchführung des Elektrifizierungsplans des Landes ging erfolgreich vorstatten. Die Kommandopositionen des Sozialismus in der Volkswirtschaft festigten sich. Im Kampfe gegen das Privatkapital in Industrie und Handel wurden ernste Erfolge erzielt.

Der wirtschaftliche Aufschwung brachte eine weitere Verbesserung der Lage der Arbeiter und Bauern mit sich. Das Wachstum der Arbeiterklasse vollzog sich in raschem Tempo. Der Arbeitslohn stieg. Die Arbeitsproduktivität hob sich. Die materielle Lage der Bauern besserte sich bedeutend. Der Arbeiter- und Bauernstaat konnte im Jahre 1924/25 zur Unterstützung der wirtschaftlich schwachen Bauernschaft an die 290 Millionen Rubel aufwenden. Auf Grund der besseren Lage der Arbeiter und Bauern nahm die politische Aktivität der Massen stark zu. Die Diktatur des Proletariats festigte sich. Autorität und Einfluß der bolschewistischen Partei stiegen.

Die Wiederherstellung der Volkswirtschaft näherte sich ihrem Ende. Aber für das Land der Sowjets, das Land des Aufbaus des Sozialismus, war eine einfache Wiederherstellung der Wirtschaft, die einfache Erreichung des Vorkriegsniveaus ungenügend. Das Vorkriegsniveau war das Niveau eines rückständigen Landes. Man mußte weiterschreiten. Die vom Sowjetstaat erkämpfte längere Atempause sicherte die Möglichkeit des weiteren Aufbaus.

Aber hier erhob sich gebieterisch die Frage der Perspektiven, des Charakters unserer Entwicklung, unseres Aufbaus, die Frage des Schicksals des Sozialismus in der Sowjetunion. In welcher Richtung soll der wirtschaftliche Aufbau in der Sowjetunion geführt werden, in der Richtung zum Sozialismus oder in irgendeiner anderen Richtung? Müssen und können wir die sozialistische Wirtschaft errichten, oder ist es uns beschieden, den Boden für eine andere, für die kapitalistische Wirtschaft zu düngen? Ist es überhaupt möglich, die sozialistische Wirtschaft in der Sowjetunion zu errichten, und, falls es möglich ist, ist dann ihre Errichtung möglich bei Verzögerung der Revolution in den kapitalistischen Ländern und bei Stabilisierung des Kapitalismus? Ist die Errichtung der sozialistischen Wirtschaft auf den Bahnen der Neuen Ökonomischen Politik möglich, die, während sie die Kräfte des Sozialismus im Lande in jeder Weise stärkt und erweitert, vorläufig zugleich auch ein gewisses Wachstum des Kapitalismus mit sich bringt? Wie ist die sozialistische Volkswirtschaft aufzubauen, von welcher Seite her ist dieser Aufbau in Angriff zu nehmen?

Alle diese Fragen erhoben sich gegen Ende der Wiederherstellungsperiode vor der Partei, nicht mehr als theoretische Fragen, sondern als Fragen der Praxis, als Fragen der tagtäglichen wirtschaftlichen Aufbauarbeit.

Alle diese Fragen mußten klipp und klar beantwortet werden, damit sowohl unsere Partei- und Wirtschaftsfunktionäre, die am Aufbau der Industrie und der Landwirtschaft arbeiteten, als auch das ganze Volk wisse, wohin man das Werk zu wenden habe, zum Sozialismus oder zum Kapitalismus.

Ohne klare Beantwortung dieser Fragen wäre unsere gesamte praktische Aufbauarbeit eine Arbeit ohne Perspektive, eine Arbeit ins Blinde hinein, eine Arbeit ins Leere gewesen.

Auf alle diese Fragen gab die Partei klare und bestimmte Antworten.

Jawohl, antwortete die Partei, die sozialistische Wirtschaft kann und muß in unserem Lande errichtet werden, denn wir haben alles, was notwendig ist, um die sozialistische Wirtschaft, die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten. Im Oktober 1917 hat die Arbeiterklasse den Kapitalismus *politisch* besiegt, ihre politische Diktatur eingerichtet. Seitdem hat die Sowjetmacht alle Maßnahmen getroffen, um die wirtschaftliche Macht des Kapitalismus zu brechen und die Vorbedingungen für die Errichtung der sozialistischen Volkswirtschaft zu schaffen. Expropriation der Kapitalisten und Gutsbesitzer; Überführung des Bodens, der Fabriken, der Werke, der Verkehrsmittel, der Banken in das Gemeineigentum des Volkes; Durchführung der Neuen Ökonomischen Politik; Aufbau der sozialistischen Staatsindustrie; Verwirklichung des Leninschen Genossenschaftsplans — das waren diese Maßnahmen. Jetzt besteht die Hauptaufgabe darin, im ganzen Lande den Aufbau einer neuen, der sozialistischen Wirtschaft zu entfalten und damit dem Kapitalismus auch *ökonomisch* den Todesstoß zu versetzen. Unsere gesamte praktische Arbeit, alle unsere Handlungen müssen den Bedürfnissen der Erfüllung dieser Hauptaufgabe untergeordnet werden. Die Arbeiterklasse kann dies tun und sie wird dies tun. Die Erfüllung dieser grandiosen Aufgaben muß man mit der Industrialisierung des Landes beginnen. Die sozialistische Industrialisierung des Landes — das ist das Hauptkettenglied, das angepackt werden muß, um den Aufbau der sozialistischen Volkswirtschaft voll in Gang zu bringen. Weder die Verzögerung der Revolution im Westen

noch die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus in den nichtsovjetschen Ländern können unseren Vormarsch zum Sozialismus aufhalten. Die Neue Ökonomische Politik kann dieses Werk nur erleichtern, denn sie war von der Partei eingeführt worden, eben um den Bau des sozialistischen Fundaments unserer Volkswirtschaft zu erleichtern.

So lautete die Antwort der Partei auf die Frage nach dem Sieg des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande.

Aber die Partei wußte, daß das Problem des Sieges des Sozialismus in *einem* Lande damit nicht erschöpft ist. Die Errichtung des Sozialismus in der Sowjetunion stellt die gewaltigste Wendung in der Geschichte der Menschheit und einen welthistorischen Sieg der Arbeiterklasse und der Bauernschaft der Sowjetunion dar. Aber sie ist dennoch *eine innere Angelegenheit der Sowjetunion* und bildet lediglich einen Teil des Problems des Sieges des Sozialismus. Den anderen Teil des Problems bildet die internationale Seite der Frage. Bei Begründung des Leitsatzes vom Siege des Sozialismus in *einem* Lande wies Genosse Stalin wiederholt darauf hin, daß man die beiden Seiten dieser Frage, die innere und die internationale, voneinander unterscheiden muß. Was die innere Seite der Frage, das heißt die Wechselbeziehungen der Klassen innerhalb des Landes betrifft, so können die Arbeiterklasse und die Bauernschaft der Sowjetunion ihre eigene Bourgeoisie *ökonomisch* völlig überwinden und die vollendete sozialistische Gesellschaft errichten. Die Frage hat aber noch ihre internationale Seite, das heißt das Gebiet der auswärtigen Beziehungen, das Gebiet der Beziehungen zwischen dem Sowjetland und den kapitalistischen Ländern, zwischen dem Sowjetvolk und der internationalen Bourgeoisie, die die Sowjetordnung haßt und nach einer Gelegenheit sucht, eine neue bewaffnete Intervention gegen das Sowjetland ins Werk zu setzen, neue Versuche zur Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion zu unternehmen. Und da die Sowjetunion vorläufig das einzige Land des Sozialismus ist, die übrigen Länder aber noch kapitalistisch geblieben sind, so besteht die kapitalistische Umkreisung der Sowjetunion weiter, was die Gefahr einer kapitalistischen Intervention heraufbeschwört. Es ist klar, daß, solange die kapitalistische Umkreisung der Sowjetunion besteht, die Gefahr einer kapitalistischen Intervention bestehen bleibt. Kann das Sowjetvolk allein, aus eigener Kraft, diese äußere Gefahr, die Gefahr der kapitalistischen Intervention gegen die Sowjetunion beseitigen? Nein, das kann es nicht. Das

kann es nicht, da es zur Beseitigung der Gefahr einer kapitalistischen Intervention notwendig ist, die kapitalistische Umkreisung zu beseitigen, die kapitalistische Umkreisung zu beseitigen ist aber nur möglich im Ergebnis einer siegreichen proletarischen Revolution mindestens in einigen Ländern. Daraus folgt aber, daß der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion, der seinen Ausdruck findet in der Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und in der Errichtung des sozialistischen Wirtschaftssystems, dennoch nicht als *endgültiger* Sieg betrachtet werden kann, insofern die Gefahr einer bewaffneten ausländischen Intervention, die Gefahr von Versuchen zur Restauration des Kapitalismus, noch nicht beseitigt ist, insofern das Land des Sozialismus gegen eine solche Gefahr auch weiterhin noch nicht gesichert ist. Um die Gefahr einer ausländischen kapitalistischen Intervention zu beseitigen, muß die kapitalistische Umkreisung beseitigt werden.

Natürlich werden das Sowjetvolk und seine Rote Armee bei richtiger Politik der Sowjetmacht eine neue ausländische kapitalistische Intervention ebenso nach Gebühr zurückzuschlagen wissen, wie sie die erste kapitalistische Intervention in den Jahren 1918 bis 1920 zurückgeschlagen haben. Aber das heißt noch nicht, daß dadurch die Gefahr neuer kapitalistischer Interventionen beseitigt sein wird. Die Niederlage der ersten Intervention hat die Gefahr einer neuen Intervention nicht beseitigt, da die Quelle der Interventionsgefahr — die kapitalistische Umkreisung — weiter existiert. Auch die Niederlage einer neuen Intervention wird die Interventionsgefahr nicht beseitigen, wenn die kapitalistische Umkreisung noch weiter existieren wird.

Hieraus folgt, daß der Sieg der proletarischen Revolution in den kapitalistischen Ländern ein Lebensinteresse der Werktätigen der Sowjetunion ist.

Das war die Stellungnahme der Partei in der Frage des Sieges des Sozialismus in unserem Lande.

Das Zentralkomitee verlangte, daß diese Stellungnahme auf der bevorstehenden XIV. Parteikonferenz erörtert werde, daß sie gebilligt und angenommen werde als Stellungnahme der Partei, als ein für alle Parteimitglieder *bindendes* Gesetz der Partei.

Diese Stellungnahme der Partei wirkte auf die Oppositionellen wie ein betäubender Schlag, vor allem dadurch, daß die Partei ihrer Stellungnahme konkret-praktischen Charakter verlieh, sie mit dem prak-

tischen Plan der sozialistischen Industrialisierung des Landes verband und verlangte, daß sie in die Form eines Parteigesetzes, in die Form einer für alle Parteimitglieder bindenden Resolution der XIV. Parteikonferenz gekleidet werde.

Die Trotzlisten wandten sich gegen die Stellungnahme der Partei und stellten ihr die menschwistische „Theorie der permanenten Revolution“ entgegen, die nur zum Hohn auf den Marxismus eine marxistische Theorie genannt werden konnte, und die die Möglichkeit des Sieges des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion verneinte.

Die Bucharinleute wagten es nicht, direkt gegen die Stellungnahme der Partei aufzutreten. Aber trotzdem begannen sie ihr unter der Hand ihre „Theorie“ des friedlichen Hineinwachsens der Bourgeoisie in den Sozialismus entgegenzustellen, die sie durch die „neue“ Lösung „Bereichert euch!“ ergänzten. Die Behauptungen der Bucharinleute liefen darauf hinaus, daß der Sieg des Sozialismus nicht die Liquidierung der Bourgeoisie, sondern ihre Großzuchtung und Bereicherung bedeute.

Sinowjew und Kamenew wagten sich zwar einmal mit der Erklärung hervor, daß der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion infolge ihrer technisch-ökonomischen Rückständigkeit unmöglich sei, sahen sich aber dann gezwungen, sich seitwärts in die Büsche zu schlagen.

Die XIV. Parteikonferenz (April 1925) verurteilte alle diese Kapitulations„theorien“ der offenen und verkappten Oppositionellen, bestätigte die Stellungnahme der Partei für den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion und nahm eine entsprechende Resolution an.

An die Wand gedrückt, zogen Sinowjew und Kamenew es vor, für diese Resolution zu stimmen. Die Partei aber wußte, daß sie den Kampf gegen die Partei nur aufgeschoben, daß sie beschlossen hatten, auf dem XIV. Parteitag „der Partei eine Schlacht zu liefern“. Sie sammelten ihre Anhänger in Leningrad und bildeten die sogenannte „neue Opposition“.

Im Dezember 1925 wurde der XIV. Parteitag eröffnet.

Der Parteitag fand in einer gespannten innerparteilichen Situation statt. Seitdem die Partei bestand, war es noch nicht vorgekommen, daß die ganze Delegation eines der größten Parteizentren, wie die Leningrader, sich anschickte, gegen ihr Zentralkomitee aufzutreten.

Auf dem Parteitag waren 665 Delegierte mit beschließender Stimme und 641 mit beratender Stimme anwesend, die 645000 Parteimit-

glieder und 445000 Kandidaten vertraten, das heißt etwas weniger als auf dem vorhergehenden Parteitag. Hier wirkten sich die Ergebnisse einer teilweisen Reinigung der Parteizellen in den Hochschulen und Bürobetrieben aus, in denen sich Unrat, parteifeindliche Elemente angesammelt hatten.

Den politischen Bericht des Zentralkomitees erstattete Genosse Stalin. Er entwarf ein klares Bild vom Wachstum der politischen und wirtschaftlichen Macht der Sowjetunion. Sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft waren dank den Vorzügen des Sowjetwirtschaftssystems in verhältnismäßig kurzer Zeit wiederhergestellt worden und näherten sich dem Vorkriegsniveau. Ungeachtet dieser Erfolge forderte Genosse Stalin auf, sich damit nicht zufrieden zu geben, da diese Erfolge nicht die Tatsache aus der Welt schaffen konnten, daß unser Land immer noch ein rückständiges Land, ein Agrarland blieb. Zwei Drittel der Gesamtproduktion lieferte die Landwirtschaft, nur ein Drittel die Industrie. Vor der Partei, sagte Genosse Stalin, steht in vollem Umfang die Frage der Verwandlung unseres Landes in ein von den kapitalistischen Ländern ökonomisch unabhängiges Industrieland. Das kann getan werden und das muß getan werden. Zur zentralen Aufgabe der Partei wird der Kampf für die sozialistische Industrialisierung des Landes, der Kampf für den Sieg des Sozialismus.

„Unser Land aus einem Agrarland in ein Industrieland zu verwandeln, das imstande ist, aus eigener Kraft die notwendige Produktionsausrüstung zu erzeugen, darin besteht das Wesen, die Grundlage unserer Generallinie“, erklärte Genosse Stalin.

Die Industrialisierung des Landes war geeignet, die wirtschaftliche Selbständigkeit des Landes zu sichern, seine Wehrkraft zu stärken und die für den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion notwendigen Vorbedingungen zu schaffen.

Gegen die Generallinie der Partei traten die Sinowjewleute auf. Dem Stalinschen Plan der sozialistischen Industrialisierung stellte der Sinowjewmann Sokolnikow einen bürgerlichen Plan entgegen, der unter den Haifischen des Imperialismus im Schwange war. Gemäß diesem Plan sollte die Sowjetunion ein Agrarland bleiben, das hauptsächlich Rohstoffe und Lebensmittel erzeugt, diese ins Ausland ausführt und von dort Maschinen einführt, die es selber nicht erzeugt

und nicht erzeugen soll. Wie die Dinge im Jahre 1925 lagen, nahm sich dieser Plan aus wie ein Plan der ökonomischen Versklavung der Sowjetunion durch das industriell entwickelte Ausland, wie ein Plan der Verewigung der industriellen Rückständigkeit der Sowjetunion zu Nutz und Frommen der imperialistischen Haifische der kapitalistischen Länder.

Diesen Plan annehmen hätte geheißen, unser Land in ein hilfloses agrarisches Anhängsel der kapitalistischen Welt zu verwandeln, es gegenüber der kapitalistischen Umwelt zu Wehrlosigkeit und Ohnmacht zu verurteilen und, am Ende, die Sache des Sozialismus in der Sowjetunion zu begraben.

Der Parteitag brandmarkte den wirtschaftlichen „Plan“ der Sinowjewleute als einen Plan der Versklavung der Sowjetunion.

Der „neuen Opposition“ halfen auch solche Vorstöße nicht wie die Behauptung (entgegen Lenin!), daß unsere staatliche Industrie angeblich keine sozialistische Industrie sei, oder die Erklärung (ebenfalls entgegen Lenin!), daß der Mittelbauer angeblich kein Bundesgenosse der Arbeiterklasse in der sozialistischen Aufbauarbeit sein könne.

Der Parteitag brandmarkte diese Vorstöße der „neuen Opposition“ als antileninistisch.

Genosse Stalin entlarvte das trotzkistisch-menschewistische Wesen der „neuen Opposition“. Er zeigte, daß Sinowjew und Kamenew nur die Sprüchlein der Feinde der Partei nachbeteten, gegen die Lenin seinerzeit einen schonungslosen Kampf geführt hatte.

Es war klar, daß die Sinowjewleute nur schlecht maskierte Trotzkisten waren.

Genosse Stalin hob hervor, daß die wichtigste Aufgabe der Partei das feste Bündnis der Arbeiterklasse mit dem Mittelbauern beim Aufbau des Sozialismus ist. Er verwies auf zwei Abweichungen in der Bauernfrage, die damals in der Partei vorhanden waren und für dieses Bündnis eine Gefahr darstellten. Die erste Abweichung war die Unterschätzung und Bagatellisierung der Kulakengefahr, die zweite war die Panik, das Erschrecken vor dem Kulaken und die Unterschätzung der Rolle des Mittelbauern. Auf die Frage, welche Abweichung schlimmer sei, antwortete Genosse Stalin: „Beide sind ‚schlimmer‘, sowohl die erste als auch die zweite Abweichung, und falls diese Abweichungen um sich greifen, so sind sie imstande, die Partei zu zersetzen und zugrunde zu richten. Zum Glück gibt es in

unserer Partei Kräfte, die sowohl die erste als auch die zweite Abweichung ausmerzen können.“

Die Partei hat in der Tat sowohl die „linke“ als auch die rechte Abweichung zerschlagen und ausgemerzt.

Die Ergebnisse der Diskussion über den wirtschaftlichen Aufbau zusammenfassend, lehnte der XIV. Parteitag die Kapitulationspläne der Oppositionellen einmütig ab und legte in seinem berühmten Beschluß folgendes fest:

„Auf dem Gebiet des ökonomischen Aufbaus geht der Parteitag davon aus, daß unser Land, das Land der Diktatur des Proletariats, ‚alles für die Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft Notwendige‘ besitzt (*Lenin*). Der Parteitag ist der Auffassung, daß der Kampf für den Sieg des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion die grundlegende Aufgabe unserer Partei ist.“

Der XIV. Parteitag bestätigte das neue Parteistatut.

Seit dem XIV. Parteitag nennt unsere Partei sich Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) — KPdSU (B).

Die auf dem Parteitag geschlagenen Sinowjewleute fügten sich der Partei nicht. Sie begannen einen Kampf gegen die Beschlüsse des XIV. Parteitags. Sofort nach dem XIV. Parteitag veranstaltete Sinowjew eine Versammlung des Leningrader Gouvernementskomitees des Kommunistischen Jugendverbandes, dessen Spitzengruppe von Sinowjew, Saluzki, Bakajew, Jewdokimow, Kuklin, Safarow und anderen Doppelzünglern im Geiste des Hasses gegen das Leninsche Zentralkomitee der Partei erzogen worden war. In dieser Versammlung faßte das Leningrader Gouvernementskomitee des Kommunistischen Jugendverbandes den in der Geschichte des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion (WLKSM) unerhörten Beschluß, sich zu weigern, den Beschlüssen des XIV. Parteitags Folge zu leisten.

Aber die aus Sinowjewschen Elementen bestehende Spitzengruppe des Leningrader Kommunistischen Jugendverbands widerspiegelte durchaus nicht die Stimmung der Massen des Leningrader Kommunistischen Jugendverbands. Daher wurde sie ohne große Mühe zerschlagen, und bald nahm die Leningrader kommunistische Jugendorganisation von neuem den ihr gebührenden Platz im Kommunistischen Jugendverband ein.

Als der XIV. Parteitag zu Ende ging, wurde eine Gruppe von Parteitagsdelegierten — die Genossen Molotow, Kirow, Woroschilow, Kalinin, Andrejew und andere — nach Leningrad entsandt. Es galt, den Mitgliedern der Leningrader Parteiorganisation den verbrecherischen, antibolschewistischen Charakter des Standpunkts klarzumachen, den die Leningrader Delegation, die ihre Mandate mit betrügerischen Methoden erlangt hatte, auf dem Parteitag vertrat. Die Versammlungen zur Entgegennahme der Berichte über den Parteitag verliefen stürmisch. Es wurde eine neue außerordentliche Leningrader Parteikonferenz einberufen. Die übergroße Masse der Mitglieder der Leningrader Parteiorganisation (mehr als 97 Prozent) billigte voll und ganz die Beschlüsse des XIV. Parteitags und verurteilte die parteifeindliche Sinowjewsche „neue Opposition“. Diese stellte schon damals Generale ohne Armee dar.

Die Leningrader Bolschewiki verblieben in den vordersten Reihen der Partei Lenins-Stalins.

Bei Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeiten des XIV. Parteitags schrieb Genosse Stalin:

„Die historische Bedeutung des XIV. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion besteht darin, daß er es verstand, die Fehler der neuen Opposition bis auf die Wurzeln aufzudecken, daß er ihren Unglauben und ihr Flennen völlig unbeachtet ließ, klar und deutlich den Weg des weiteren Kampfes für den Sozialismus vorzeichnete, der Partei die Perspektive des Sieges gab und damit das Proletariat mit dem unerschütterlichen Glauben an den Sieg des sozialistischen Aufbaus ausgerüstet hat.“
(*Stalin, Fragen des Leninismus*, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 192.)

Kurze Zusammenfassung

Die Jahre des Übergangs zur friedlichen Arbeit an der Wiederherstellung der Volkswirtschaft sind eine der verantwortungsvollsten Perioden in der Geschichte der bolschewistischen Partei. In einer gespannten Situation verstand es die Partei, die schwierige Wendung von der Politik des Kriegskommunismus zur Neuen Ökonomischen Politik zu vollziehen. Die Partei stärkte das Bündnis der Arbeiter

und Bauern auf der neuen ökonomischen Grundlage. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurde geschaffen.

Auf den Bahnen der Neuen Ökonomischen Politik wurden entscheidende Erfolge in der Wiederherstellung der Volkswirtschaft erzielt. Das Land der Sowjets durchschritt erfolgreich die Wiederherstellungsperiode in der Entwicklung der Volkswirtschaft und begann zu einer neuen Periode, zur Periode der Industrialisierung des Landes, überzugehen.

Der Übergang vom Bürgerkrieg zum friedlichen sozialistischen Aufbau war, besonders in den ersten Zeiten, von großen Schwierigkeiten begleitet. Die Feinde des Bolschewismus, die parteifeindlichen Elemente in den Reihen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), führten im gesamten Verlauf dieser Periode einen verzweifelten Kampf gegen die Leninsche Partei. An der Spitze dieser parteifeindlichen Elemente stand Trotzki. Seine Handlanger in diesem Kampf waren Kamenew, Sinowjew, Bucharin. Die Oppositionellen beabsichtigten, nach dem Tode Lenins in die Reihen der bolschewistischen Partei Zersetzung hineinzutragen, die Partei zu spalten, sie mit Unglauben an den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion zu versehen. Im Grunde genommen versuchten die Trotzkiisten, in der Sowjetunion eine politische Organisation der neuen Bourgeoisie, eine andere Partei — die Partei der kapitalistischen Restauration — zu schaffen.

Die Partei schloß sich unter dem Leninschen Banner um ihr Leninsches Zentralkomitee, um den Genossen Stalin zusammen und brachte sowohl den Trotzkiisten als auch deren neuen Freunden in Leningrad — der neuen Opposition Sinowjews-Kamenews — eine Niederlage bei.

An Kräften und Mitteln gestärkt, führte die Partei der Bolschewiki das Land einer neuen historischen Etappe entgegen — der Etappe der sozialistischen Industrialisierung.

Die Partei der Bolschewiki im Kampfe für die
sozialistische Industrialisierung des Landes
(1926—1929)

1

Die Schwierigkeiten in der Periode der sozialistischen Industrialisierung und der Kampf zu ihrer Überwindung · Die Bildung des trotzkistisch-sinowjewistischen parteifeindlichen Blocks · Die anti-sowjetischen Vorstöße des Blocks · Die Niederlage des Blocks

Nach dem XIV. Parteitag entfaltete die Partei den Kampf zur Durchführung der auf die *sozialistische Industrialisierung* des Landes gerichteten Generallinie der Sowjetmacht.

In der Wiederherstellungsperiode hatte die Aufgabe darin bestanden, vor allem die Landwirtschaft zu beleben, von der Landwirtschaft Rohstoffe, Nahrungsmittel zu erhalten und die Industrie wiederherzustellen, die vorhandenen Werke und Fabriken in Gang zu bringen.

Die Sowjetmacht hatte diese Aufgaben verhältnismäßig leicht bewältigt.

Aber die Wiederherstellungsperiode hatte drei große Mängel.

Erstens hatte man es in dieser Periode mit alten Werken und Fabriken zu tun, mit ihrer alten, rückständigen technischen Ausrüstung, die bald betriebsunfähig werden konnten. Die Aufgabe bestand darin, sie auf der Grundlage der modernen Technik neu auszurüsten.

Zweitens hatte man es in der Wiederherstellungsperiode mit einer Industrie zu tun, deren Basis viel zu schmal war, denn unter den vorhandenen Werken und Fabriken fehlten Dutzende und Hunderte dem Lande absolut notwendiger Werke für Maschinenbau, die wir damals nicht hatten und deren Errichtung notwendig war, da die Industrie ohne diese Werke nicht als wirkliche Industrie angesehen werden kann. Die Aufgabe bestand darin, diese Werke zu schaffen und sie mit modernen technischen Mitteln auszurüsten.

Drittens hatte man es in der Wiederherstellungsperiode vorwiegend mit einer Leichtindustrie zu tun, die entwickelt und auf die Beine gebracht wurde. Aber selbst der Entwicklung der Leichtindustrie

waren in der Folge durch die Schwäche der Schwerindustrie enge Schranken gezogen, ganz zu schweigen von den anderen Bedürfnissen des Landes, die nur durch eine entwickelte Schwerindustrie befriedigt werden konnten. Die Aufgabe bestand darin, das Hauptgewicht nunmehr auf die Schwerindustrie zu verlegen.

Alle diese neuen Aufgaben sollten durch die Politik der sozialistischen Industrialisierung gelöst werden.

Es war notwendig, eine ganze Reihe von Industriezweigen, die es im zaristischen Rußland nicht gab, *neu* aufzubauen, neue Maschinenbau-, Werkzeugmaschinen-, Automobilbetriebe, chemische Fabriken, Hüttenwerke zu errichten, die eigene Produktion von Motoren und Maschineneinrichtungen für Kraftwerke in Gang zu bringen, die Metall- und Kohlegewinnung zu erhöhen, denn dies erforderten die Interessen des Sieges des Sozialismus in der Sowjetunion.

Es war notwendig, eine neue Verteidigungsindustrie zu schaffen, neue Artillerie-, Munitions-, Flugzeug-, Tank-, Maschinengewehrfabriken zu errichten, denn dies erforderten die Interessen der Verteidigung der Sowjetunion unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung.

Es war notwendig, Traktorenwerke, Werke für moderne landwirtschaftliche Maschinen zu errichten und mit ihrer Produktion die Landwirtschaft zu versorgen, um den Millionen einzelbäuerlicher Kleinwirtschaften die Möglichkeit zu geben, zur kollektivwirtschaftlichen Großproduktion überzugehen, denn dies erforderten die Interessen des Sieges des Sozialismus im Dorfe.

Dies alles sollte die Industrialisierungspolitik bringen, denn darin bestand die sozialistische Industrialisierung des Landes.

Selbstverständlich erforderten so große Neubauten Milliardeninvestitionen. Auf Auslandsanleihen konnte man nicht rechnen, denn die kapitalistischen Länder weigerten sich, Anleihen zu gewähren. Man mußte mit eigenen Mitteln bauen, ohne Hilfe von außen. Unser Land war aber damals noch keineswegs reich.

Darin bestand nun eine der Hauptschwierigkeiten.

Die kapitalistischen Länder pflegten ihre Schwerindustrie durch den Zufluß von Mitteln aus auswärtigen Quellen aufzubauen: durch Ausplünderung von Kolonien, durch Kontributionen von besiegten Völkern, durch Auslandsanleihen. Das Sowjetland konnte prinzipiell nicht aus solch schmutzigen Quellen schöpfen wie die Ausplünderung

von kolonialen oder besiegten Völkern, um die Mittel für die Industrialisierung aufzubringen. Was Auslandsanleihen betrifft, so war diese Quelle für die Sowjetunion versperrt, da die kapitalistischen Länder Anleihen verweigerten. Man mußte die Mittel *innerhalb* des Landes finden.

Und in der Sowjetunion wurden diese Mittel gefunden. In der Sowjetunion wurden Quellen der Akkumulation gefunden, wie sie kein einziger kapitalistischer Staat kennt. Der Sowjetstaat verfügte über alle Betriebe und Ländereien, die durch die Sozialistische Oktoberrevolution den Kapitalisten und Gutsbesitzern weggenommen worden waren, über die Verkehrsmittel, die Banken, den Außen- und Innenhandel. Die Gewinne der staatlichen Fabriken und Werke, des Verkehrswesens, des Handels, der Banken wurden jetzt nicht für den Verbrauch durch die parasitäre Klasse der Kapitalisten, sondern für den weiteren Ausbau der Industrie verwendet.

Die Sowjetmacht hatte die Zarenschulden annulliert, für die das Volk alljährlich allein an Zinsen Hunderte von Millionen Goldrubel gezahlt hatte. Durch die Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer an Grund und Boden befreite die Sowjetmacht die Bauernschaft von Zahlungen an die Gutsbesitzer in Höhe von ungefähr 500 Millionen Goldrubel Pachtzins jährlich. Die Bauernschaft, befreit von dieser ganzen Last, konnte dem Staate helfen, eine neue, mächtige Industrie aufzubauen. Die Bauern waren höchst interessiert daran, Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen zu erhalten.

Alle diese Einnahmequellen standen dem Sowjetstaat zur Verfügung. Sie konnten hunderte Millionen und Milliarden Rubel für die Schaffung der Schwerindustrie ergeben. Man mußte nur mit wirtschaftlichem Verständnis an die Sache herangehen und bei der Ver-
ausgabe der Gelder strengste Sparsamkeit durchsetzen, die Produktion rationalisieren, die Selbstkosten der Produktion verringern, die unproduktiven Ausgaben beseitigen u. ä. m.

Die Sowjetmacht ging denn auch in dieser Weise vor.

Dank dem Sparregime wurden mit jedem Jahre immer bedeutendere Mittel für die Neubauten gesammelt. Es wurde möglich, den Bau so gigantischer Werke wie der Dnjepr-Wasserkraftwerke, der Turkestan-Sibirischen Eisenbahn, des Stalingrader Traktorenwerkes, der Werkzeugmaschinenfabriken, des Automobilwerkes „AMO“ („SIS“) usw. in Angriff zu nehmen.

Waren im Jahre 1926/27 in der Industrie gegen 1 Milliarde Rubel investiert worden, so gelang es, nach drei Jahren bereits gegen 5 Milliarden Rubel zu investieren.

Die Industrialisierung war im Vormarsch.

In der Erstarkung der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion sahen die kapitalistischen Länder eine Bedrohung der Existenz des kapitalistischen Systems. Deswegen ergriffen die imperialistischen Regierungen alle möglichen Maßnahmen, um einen neuen Druck auf die Sowjetunion auszuüben, Verwirrung hervorzurufen, die Industrialisierung der Sowjetunion zu vereiteln oder zumindest zu hemmen.

Im Mai 1927 organisierten die englischen Konservativen (die „Diehards“, die „Starrköpfe“), die in der Regierung saßen, einen provokatorischen Überfall auf die „Arcos“ (Sowjetgesellschaft für den Handel mit England). Am 26. Mai 1927 erklärte die englische konservative Regierung die diplomatischen und Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion für abgebrochen.

Am 7. Juni 1927 wurde in Warschau der Gesandte der Sowjetunion, Genosse Wojkow, von einem russischen Weißgardisten ermordet, der polnischer Untertan war.

Gleichzeitig wurden auf dem Territorium der Sowjetunion von englischen Spionen und Zerstörungsagenten Bomben in einen Partei-klub in Leningrad geworfen, wobei es gegen 30 Verwundete gab, darunter einige Schwerverwundete.

Im Sommer 1927 fanden fast gleichzeitig Überfälle auf Sowjetbotschaften und Handelsvertretungen in Berlin, Peking, Schanghai und Tientsin statt.

Daraus erwuchsen der Sowjetmacht zusätzliche Schwierigkeiten.

Die Sowjetunion gab jedoch dem Druck nicht nach und wehrte mit Leichtigkeit die provokatorischen Anrempelungen der Imperialisten und ihrer Agenten ab.

Nicht geringere Schwierigkeiten bereiteten der Partei und dem Sowjetstaat die Trotzlisten und andere Oppositionelle durch ihre Wühlarbeit. Nicht umsonst sagte damals Genosse Stalin, daß sich gegen die Sowjetmacht „eine Art Einheitsfront von Chamberlain bis Trotzki bildet“. Trotz der Beschlüsse des XIV. Parteitags und der Loyalitätserklärung der Opposition streckten die Oppositionellen nicht die Waffen. Im Gegenteil, sie verstärkten ihre Wühl- und Spaltungsarbeit noch mehr.

Im Sommer 1926 vereinigen sich die Trotzlisten und Sinowjewleute zu einem parteifeindlichen Block, scharen die Überreste aller zerschlagenen oppositionellen Gruppen um den Block und errichten die Grundlagen ihrer antileninistischen illegalen Partei unter grober Verletzung des Parteistatuts und der Beschlüsse der Parteitage, die die Bildung von Fraktionen verbieten. Das Zentralkomitee der Partei erklärt warnend: wenn dieser parteifeindliche Block, der einen Abklatsch des bekannten menschewistischen Augustblocks darstellt, nicht aufgelöst wird, kann die Sache für seine Anhänger einen üblen Ausgang nehmen. Aber die Anhänger des Blocks geben ihr Treiben nicht auf.

Im Herbst desselben Jahres, am Vorabend der XV. Parteikonferenz, unternehmen sie in Parteiversammlungen in Betrieben Moskaus, Leningrads und anderer Städte einen Vorstoß und versuchen, der Partei eine neue Diskussion aufzuzwingen. Sie legen dabei den Parteimitgliedern ihre Plattform vor, die eine Kopie der üblichen trotzkistisch-menschewistischen, antileninistischen Plattform darstellt. Die Parteimitglieder erteilen den Oppositionellen eine wuchtige Abfuhr und werfen sie manchenorts einfach aus den Versammlungen hinaus. Das Zentralkomitee warnt die Anhänger des Blocks neuerlich, daß die Partei ihre Wühlarbeit nicht weiter dulden könne.

Die Oppositionellen legen dem Zentralkomitee eine Erklärung mit den Unterschriften Trotzki's, Sinowjew's, Kamenew's, Sokolnikow's vor, in der sie ihre fraktionelle Tätigkeit verurteilen und versprechen, künftighin loyal zu sein. Nichtsdestoweniger bleibt der Block in Wirklichkeit weiter bestehen, und seine Anhänger stellen ihre illegale parteifeindliche Tätigkeit nicht ein. Sie fahren fort, ihre antileninistische Partei aufzuziehen, richten eine illegale Druckerei ein, führen unter ihren Anhängern Mitgliedsbeiträge ein und verbreiten ihre Plattform.

Angesichts dieses Verhaltens der Trotzlisten und Sinowjewleute stellen die XV. Parteikonferenz (November 1926) und das erweiterte Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (Dezember 1926) die Frage des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks zur Behandlung und brandmarken in ihren Beschlüssen die Anhänger des Blocks als Spalter, die in ihrer Plattform auf menschewistische Positionen hinabgesunken sind.

Aber auch dadurch ließen sich die Anhänger des Blocks nicht zur Vernunft bringen. Im Jahre 1927, in dem Augenblick, als die eng-

lischen Konservativen die diplomatischen und Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion abbrachen, verstärkten sie von neuem ihre Angriffe gegen die Partei. Sie heckten eine neue antileninistische Plattform aus, die sogenannte „Plattform der 83“, verbreiteten sie unter den Parteimitgliedern und forderten vom Zentralkomitee eine neue allgemeine Parteidiskussion.

Von allen oppositionellen Plattformen war diese Plattform wohl die verlogenste und pharisäischste.

In Worten, das heißt in der Plattform, erhoben die Trotzlisten und Sinowjewleute keine Einwände gegen die Einhaltung der Parteibeschlüsse und sprachen sich für die Loyalität aus, in der Tat aber verletzten sie in größter Weise die Parteibeschlüsse und verhöhnten jegliche Loyalität gegenüber der Partei und ihrem Zentralkomitee.

In Worten, das heißt in der Plattform, erhoben sie keine Einwände gegen die Einheit der Partei und sprachen sich gegen die Spaltung aus, in der Tat aber verletzten sie in größter Weise die Einheit der Partei, steuerten auf die Spaltung hin und besaßen bereits ihre besondere, illegale antileninistische Partei, die alle Anlagen dazu hatte, sich zu einer antisowjetischen, konterrevolutionären Partei auszuwachsen.

In Worten, das heißt in der Plattform, sprachen sie sich für die Politik der Industrialisierung aus und beschuldigten sogar das Zentralkomitee, daß es die Industrialisierung in nicht genügend schnellem Tempo durchführe, in der Tat aber verunglimpften sie den Beschluß der Partei über den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion, verhöhnten sie die Politik der sozialistischen Industrialisierung, stellten sie die Forderung, eine ganze Reihe von Betrieben an Ausländer in Konzession zu geben, setzten sie ihre größten Hoffnungen auf die ausländischen kapitalistischen Konzessionsbetriebe in der Sowjetunion.

In Worten, das heißt in der Plattform, sprachen sie sich für die Bewegung zur Kollektivierung der Bauernwirtschaften aus und beschuldigten sogar das Zentralkomitee, daß es die Kollektivierung in nicht genügend schnellem Tempo durchführe, in der Tat aber verhöhnten sie die Politik der Einbeziehung der Bauern in den sozialistischen Aufbau, predigten sie die Unvermeidlichkeit „unlösbarer Konflikte“ zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, setzten sie ihre Hoffnungen auf die „zivilisierten Pächter“ im Dorfe, das heißt auf die Kulakenwirtschaften.

Das war die verlogenste Plattform unter allen verlogenen Plattformen der Opposition.

Sie war darauf berechnet, die Partei zu betrügen.

Das Zentralkomitee lehnte eine sofortige Eröffnung der Diskussion ab und erklärte den Oppositionellen, daß eine Diskussion nur gemäß dem Parteistatut eröffnet werden könne, das heißt zwei Monate vor dem Parteitag.

Im Oktober 1927, das heißt zwei Monate vor dem XV. Parteitag, erklärte das Zentralkomitee der Partei die allgemeine Parteidiskussion für eröffnet. Die Diskussionsversammlungen begannen. Die Ergebnisse der Diskussion waren für den trotzkistisch-sinowjewistischen Block mehr als kläglich. Für die Politik des Zentralkomitees stimmten 724 000 Parteimitglieder. Für den Block der Trotzkisten und Sinowjewleute stimmten 4000, das heißt weniger als ein Prozent. Der parteifeindliche Block war aufs Haupt geschlagen. Somit hatte die Partei in ihrer überwältigenden Mehrheit die Plattform des Blocks einmütig abgelehnt.

Das war der klar zum Ausdruck gebrachte Wille der Partei, an deren Entscheidung die Anhänger des Blocks selbst appelliert hatten.

Aber auch durch diese Lektion ließen sich die Anhänger des Blocks nicht zur Vernunft bringen. Statt sich dem Willen der Partei zu fügen, entschlossen sie sich, den Willen der Partei zu durchkreuzen. Noch vor dem Abschluß der Diskussion, als sie die Unvermeidlichkeit ihrer schmachvollen Niederlage sahen, beschlossen sie, zu schärferen Formen des Kampfes gegen die Partei und die Sowjetregierung zu greifen. Sie beschlossen, in Moskau und Leningrad eine öffentliche Protestdemonstration durchzuführen. Zum Tage ihrer Demonstration wählten sie den 7. November, den Jahrestag der Oktoberrevolution, an dem die Werktätigen der Sowjetunion ihre revolutionäre Volksdemonstration veranstalten. Die Trotzkisten und Sinowjewleute machten sich also daran, eine Paralleldemonstration zu veranstalten. Aber wie zu erwarten war, gelang es den Anhängern des Blocks nur, das klägliche Häuflein ihrer wenigen Mitläufer auf die Straße zu bringen. Die Mitläufer und ihre Anführer wurden von der Volksdemonstration hinweggefegt und davongejagt.

Jetzt unterlag es bereits keinem Zweifel mehr, daß die Trotzkisten und Sinowjewleute in den antisowjetischen Sumpf geraten waren. Appellierten sie in der Parteidiskussion an die Partei gegen das

Zentralkomitee, so gingen sie nun durch ihre klägliche Demonstration dazu über, an die feindlichen Klassen gegen die Partei und den Sowjetstaat zu appellieren. Da sie sich die Untergrabung der bolschewistischen Partei zum Ziele setzten, mußten sie unvermeidlich auf den Weg der Untergrabung des Sowjetstaates geraten, denn die Partei der Bolschewiki und der Staat sind im Sowjetlande nicht voneinander zu trennen. Dadurch stellten sich die Anführer des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks außerhalb der Partei, denn es war unmöglich, in den Reihen der bolschewistischen Partei weiter Leute zu dulden, die im antisowjetischen Sumpf versunken waren.

Am 14. November 1927 schloß die vereinigte Sitzung des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission Trotzki und Sinowjew aus der Partei aus.

2

Die Erfolge der sozialistischen Industrialisierung · Das Zurückbleiben der Landwirtschaft · Der XV. Parteitag · Der Kurs auf die Kollektivierung der Landwirtschaft · Die Zerschmetterung des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks · Die politische Doppelzüngerei

Schon gegen Ende 1927 zeigten sich entscheidende Erfolge der Politik der sozialistischen Industrialisierung. Die Industrialisierung vermochte unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik in kurzer Frist eine bedeutende Aufwärtsbewegung herbeizuführen. Die Industrie und die Landwirtschaft als Ganzes (Forstwirtschaft und Fischerei mit inbegriffen) hatten in ihrer Gesamtproduktion das Vorkriegsniveau nicht nur erreicht, sondern sogar überholt. Der Anteil der Industrie an der Volkswirtschaft war auf 42 Prozent gestiegen und erreichte das Niveau der Vorkriegszeit.

Der sozialistische Sektor der Industrie wuchs rasch auf Kosten des privatwirtschaftlichen Sektors und erhöhte sich von 81 Prozent im Jahre 1924/25 auf 86 Prozent im Jahre 1926/27, während der Anteil des privatwirtschaftlichen Sektors in derselben Periode von 19 Prozent auf 14 Prozent zurückging.

Das bedeutete, daß die Industrialisierung in der Sowjetunion einen scharf ausgeprägten sozialistischen Charakter trug, daß sich die Industrie der Sowjetunion in der Richtung zum Sieg des sozialistischen Produktionssystems entwickelte, daß auf dem Gebiete der Industrie

die Frage „Wer — wen?“ bereits zugunsten des Sozialismus entschieden war.

Ebenso schnell wurde der Privathändler aus dem Handel verdrängt. Sein Anteil sank im Kleinhandel von 42 Prozent im Jahre 1924/25 auf 32 Prozent im Jahre 1926/27, vom Großhandel gar nicht zu sprechen, wo der Anteil des Privathändlers in derselben Periode von 9 Prozent auf 5 Prozent zurückging.

In noch schnellerem Tempo wuchs die sozialistische Großindustrie, die im Jahre 1927, im ersten Jahre *nach* der Wiederherstellungsperiode, gegenüber dem vorhergehenden Jahre einen Produktionszuwachs von 18 Prozent ergab. Das war eine Rekordziffer der Zunahme, unerreichbar für die Großindustrie selbst der fortgeschrittensten Länder des Kapitalismus.

Ein anderes Bild bot die Landwirtschaft, besonders die Getreidewirtschaft. Obwohl die Landwirtschaft als Ganzes das Vorkriegsniveau überschritten hatte, betrug die Gesamtproduktion ihres Hauptzweiges — der Getreidewirtschaft — nur 91 Prozent des Vorkriegsniveaus und der Warenteil der Getreideproduktion, der zur Versorgung der Städte zum Verkaufe gelangt, kaum 37 Prozent des Vorkriegsniveaus, wobei alle Anzeichen darauf hindeuteten, daß die Gefahr eines weiteren Rückgangs des Warenteils der Getreideproduktion bestand.

Das bedeutete, daß die Zerbröckelung der großen warenproduzierenden Wirtschaften im Dorfe in Kleinwirtschaften und der Kleinwirtschaften in Zwergwirtschaften, die im Jahre 1918 eingesetzt hatte, noch immer andauerte; daß die bäuerliche Klein- und Zwergwirtschaft sich in eine Halbnaturalwirtschaft verwandelte, die nur ein Minimum an Warengetreide liefern konnte, daß die Getreidewirtschaft der Periode des Jahres 1927, obwohl sie nicht viel weniger Getreide produzierte als die Getreidewirtschaft der Vorkriegszeit, dennoch nur etwas mehr als den dritten Teil jener Getreidemenge an die Städte verkaufen konnte, die die Getreidewirtschaft der Vorkriegszeit zu verkaufen imstande war.

Es unterlag keinem Zweifel, daß die Armee und die Städte der Sowjetunion bei einem solchen Stand der Getreidewirtschaft in eine Lage chronischen Hungers geraten mußten.

Das war eine Krise der Getreidewirtschaft, der eine Krise der Viehzucht folgen mußte.

Um aus dieser Lage herauszukommen, mußte man in der Landwirtschaft zur Großproduktion übergehen, die imstande ist, mit Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen zu arbeiten und den Warenteil der Getreidewirtschaft um ein Mehrfaches zu erhöhen. Das Land stand vor zwei Möglichkeiten: entweder zur *kapitalistischen* Großproduktion überzugehen, was den Ruin der Bauernmassen, den Zusammenbruch des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, die Stärkung des Kulakentums und die Niederlage des Sozialismus im Dorfe bedeutet hätte, oder den Weg der Vereinigung der kleinen Bauernwirtschaften zu *sozialistischen* Großwirtschaften, zu Kollektivwirtschaften zu beschreiten, die imstande sind, Traktoren und andere moderne Maschinen zu benutzen, um die Getreidewirtschaft und den Warenteil ihrer Produktion rasch zu heben.

Es ist verständlich, daß die Partei der Bolschewiki und der Sowjetstaat nur den zweiten Weg beschreiten konnten, den Weg der kollektivwirtschaftlichen Entwicklung der Landwirtschaft.

Dabei stützte sich die Partei auf folgende Hinweise Lenins über die Notwendigkeit des Übergangs von den bäuerlichen Kleinwirtschaften zum kollektiven landwirtschaftlichen Großbetrieb in der Form des Artels:

a) „Mit der Kleinwirtschaft kann man aus der Not nicht herauskommen.“ (*Lenin*, Ausgew. Werke, Bd. 8, S. 204.)

b) „Wenn wir in althergebrachter Weise in kleinen Wirtschaften hockenbleiben, und sei es auch als freie Bürger auf freier Scholle, so droht uns dennoch der unvermeidliche Untergang.“ (*Lenin*, Sämtl. Werke, Bd. XX, S. 417 russ.)

c) „Wenn die Bauernwirtschaft sich weiterentwickeln kann, so muß man auch den weiteren Übergang (zur höheren Entwicklungsstufe. *Der Übers.*) auf fester Basis sichern, der weitere Übergang aber besteht unweigerlich darin, daß die am wenigsten vorteilhafte und am meisten rückständige, zersplitterte bäuerliche Kleinwirtschaft sich durch allmählichen Zusammenschluß zur gesellschaftlichen Großlandwirtschaft organisiert.“ (*Lenin*, Sämtl. Werke, Bd. XXVI, S. 371.)

d) „Nur in dem Falle, daß es gelingt, den Bauern die Vorzüge der gesellschaftlichen, kollektiven, gemeinschaftlichen, artelmäßigen Bodenbestellung in der Praxis vor Augen zu führen, nur wenn es gelingt, dem Bauern mittels der gemeinschaftlichen,

der Artelwirtschaft zu helfen, nur dann wird die Arbeiterklasse, die die Staatsmacht in der Hand hat, den Bauern wirklich den Beweis erbringen, daß sie im Rechte ist, und die Millionenmassen der Bauern fest und wirklich auf ihre Seite ziehen.“ (*Lenin*, Ausgew. Werke, Bd. 8, S. 207.)

Das war die Situation vor dem XV. Parteitag.

Der XV. Parteitag wurde am 2. Dezember 1927 eröffnet. Auf dem Parteitag waren 898 Delegierte mit beschließender und 771 mit beratender Stimme anwesend, die 887 233 Parteimitglieder und 348 957 Kandidaten vertraten.

Genosse Stalin, der in seinem Rechenschaftsbericht die Erfolge der Industrialisierung und das rasche Wachstum der sozialistischen Industrie hervorhob, stellte der Partei die Aufgabe:

„Unsere sozialistischen Kommandohöhen in allen Zweigen der Volkswirtschaft, sowohl in der Stadt als auch im Dorfe, zu erweitern und zu festigen, und auf die Liquidierung der kapitalistischen Elemente in der Volkswirtschaft hinzusteuern.“

Als Genosse Stalin die Landwirtschaft mit der Industrie verglich und dabei die Rückständigkeit der Landwirtschaft und besonders der Getreidewirtschaft feststellte — eine Rückständigkeit, die sich aus der Zersplitterung der Landwirtschaft erklärte, welche die Anwendung moderner technischer Mittel verhinderte —, betonte er, daß dieser unerfreuliche Zustand der Landwirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft eine bedrohliche Lage schaffe.

„Wo ist nun der Ausweg?“ fragte Genosse Stalin.

„Der Ausweg“, antwortete Genosse Stalin, „liegt im Übergang der kleinen, zersplitterten Bauernwirtschaften zu großen, zusammengeschlossenen Wirtschaften auf der Grundlage der gesellschaftlichen Bodenbestellung, im Übergang zur kollektiven Bodenbestellung, auf der Grundlage der modernen, höheren Technik. Der Ausweg liegt darin, die bäuerlichen Klein- und Zwergwirtschaften allmählich, aber unentwegt, nicht durch Zwang, sondern durch Beispiel und Überzeugung zu Großwirtschaften zusammenzuschließen auf der Grundlage der gesellschaftlichen, gemeinschaftlichen, kollektiven Bodenbestellung, unter Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen und Traktoren, unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden zur In-

tensivierung der Landwirtschaft. Einen anderen Ausweg gibt es nicht.“

Der XV. Parteitag faßte den Beschluß über die allseitige Entfaltung der *Kollektivierung* der Landwirtschaft. Der Parteitag legte einen Plan zur Erweiterung und Festigung des Netzes der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften fest und gab klare Anweisungen über die Methoden zum Kampfe für die Kollektivierung der Landwirtschaft.

Zugleich gab der Parteitag die Direktive:

„Die Offensive gegen das Kulakentum weiterzuentwickeln und eine Reihe neuer Maßnahmen zu ergreifen, die die Entwicklung des Kapitalismus im Dorfe einschränken und die Bauernwirtschaft in der Richtung zum Sozialismus führen.“ (Die KPdSU [B] in Resolutionen, Teil 2, S. 260 russ.)

Schließlich beschloß der Parteitag, ausgehend von der Festigung des Planprinzips in der Volkswirtschaft und zum Zwecke der Organisation einer systematischen Offensive des Sozialismus gegen die kapitalistischen Elemente an der gesamten Front der Volkswirtschaft, den entsprechenden Organen die Direktive zu geben, den *ersten Fünfjahrplan* der Volkswirtschaft auszuarbeiten.

Nach Behandlung der Fragen des sozialistischen Aufbaus ging der XV. Parteitag zur Frage der Liquidierung des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks über.

Der Parteitag stellte fest, daß „die Opposition mit dem Leninismus ideologisch gebrochen hat, zu einer menschewistischen Gruppe entartet ist, den Weg der Kapitulation vor der internationalen und inneren Bourgeoisie beschritten und sich objektiv in ein Werkzeug dieser dritten Kraft gegen das Regime der proletarischen Diktatur verwandelt hat“. (Ebenda, S. 232.)

Der Parteitag stellte fest, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und der Opposition in programmatische Meinungsverschiedenheiten umgeschlagen waren, daß die trotzkistische Opposition den Weg des antisowjetischen Kampfes betreten hatte. Daher erklärte der XV. Parteitag die Zugehörigkeit zur trotzkistischen Opposition und die Propagierung ihrer Anschauungen für unvereinbar mit dem Verbleiben in den Reihen der bolschewistischen Partei.

Der Parteitag billigte den Beschluß der vereinigten Sitzung des

Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission über den Ausschluß Trotzki und Sinowjews aus der Partei und beschloß, alle aktiven Teilnehmer des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks, wie Radek, Preobraschenski, Rakowski, Pjatakow, Serebrjakow, I. Smirnow, Kamenew, Sarkis, Safarow, Lifschitz, Mdiwani, Smilga, und die ganze Gruppe des „demokratischen Zentralismus“ (Sapronow, W. Smirnow, Boguslawski, Drobnis u. a.) aus der Partei auszuschließen.

Ideologisch aufs Haupt geschlagen und organisatorisch zertrümmert, verloren die Anhänger des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks die letzten Reste ihres Einflusses im Volke.

Die aus der Partei ausgeschlossenen Antileninisten begannen einige Zeit nach dem XV. Parteitag, Erklärungen über ihren Bruch mit dem Trotzkismus abzugeben mit der Bitte, sie wieder in die Partei aufzunehmen. Natürlich konnte die Partei damals noch nicht wissen, daß Trotzki, Rakowski, Radek, Krestinski, Sokolnikow und andere schon seit langem Volksfeinde, von der ausländischen Spionage angeworbene Spione waren, daß Kamenew, Sinowjew, Pjatakow und andere bereits Verbindungen mit den Feinden der Sowjetunion in den kapitalistischen Ländern aufnahmen, um mit ihnen eine „Arbeitsgemeinschaft“ gegen das Sowjetvolk einzugehen. Die Partei hatte aber genügend Erfahrung darin, daß man von diesen Leuten, die wiederholt in den entscheidendsten Momenten gegen Lenin und die Leninsche Partei aufgetreten waren, jede Niederträchtigkeit erwarten konnte. Deshalb verhielt sich die Partei zu den Gesuchen der Ausgeschlossenen mißtrauisch. Um die Aufrichtigkeit der Gesuchsteller einer ersten Prüfung zu unterziehen, stellte sie als Bedingungen für die Wiederaufnahme in die Partei folgende Forderungen:

- a) offene Verurteilung des Trotzkismus als einer antibolschewistischen und antisowjetischen Ideologie;
- b) offene Anerkennung der Politik der Partei als der einzig richtigen Politik;
- c) unbedingte Unterwerfung unter die Beschlüsse der Partei und ihrer Organe;
- d) die Verpflichtung, sich einer Prüfung während einer bestimmten Frist zu unterziehen, in deren Verlauf die Partei die Gesuchsteller überprüft und nach deren Ablauf die Partei, je nach den Ergebnissen der Überprüfung, die Frage der Wiederaufnahme jedes Ausgeschlossenen gesondert behandelt;

Die Partei ließ sich hierbei davon leiten, daß die offene Anerkennung dieser Punkte durch die Ausgeschlossenen unter allen Umständen von positiver Bedeutung für die Partei sein mußte, da sie die Einheit der trotzkistisch-sinowjewistischen Reihen sprengen, in sie Zersetzung hineinragen sowie die Richtigkeit der Politik der Partei und die Macht der Partei nochmals demonstrieren und der Partei ermöglichen werde, im Falle der Aufrichtigkeit der Gesuchsteller, ehemalige Parteiarbeiter zur Partei zurückzubringen, im Falle ihrer Unaufrichtigkeit aber, sie in den Augen aller zu entlarven, und zwar schon nicht mehr als Leute, die irren, sondern als ideenlose Karrieristen, als Betrüger an der Arbeiterklasse und ausgemachte Doppelzüngler.

Die meisten Ausgeschlossenen nahmen die von der Partei aufgestellten Bedingungen für die Aufnahme in die Partei an und veröffentlichten in der Presse entsprechende Erklärungen.

Die Partei, die sie schonen und ihnen nicht die Möglichkeit versagen wollte, von neuem Menschen der Partei und der Arbeiterklasse zu werden, setzte sie wieder in die Rechte von Parteimitgliedern ein.

Im Laufe der Zeit stellte sich jedoch heraus, daß die Erklärungen der „aktiven Politiker“ des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks mit wenigen Ausnahmen durch und durch verlogene doppelzünglerische Erklärungen waren.

Es erwies sich, daß diese Herrschaften noch vor der Einreichung ihrer Gesuche aufgehört hatten, eine politische Strömung darzustellen, die bereit ist, ihre Anschauungen vor dem Volke zu vertreten, daß sie sich in eine Clique ideenloser Karrieristen verwandelt hatten, bereit, die Reste ihrer Anschauungen vor aller Augen mit Füßen zu treten, bereit, die ihr fremden Anschauungen der Partei vor aller Augen lobzupreisen, bereit, gleich Chamäleons jede beliebige Farbe anzunehmen, nur um sich in der Partei, in der Arbeiterklasse zu behaupten und die Möglichkeit zu haben, die Arbeiterklasse und ihre Partei heimtückisch zu schädigen.

Die trotzkistisch-sinowjewistischen „Politiker“ erwiesen sich als politische Gauner, als politische Doppelzüngler.

Politische Doppelzüngler beginnen gewöhnlich mit Betrug und betreiben ihr dunkles Werk durch Betrug am Volke, an der Arbeiterklasse, an der Partei der Arbeiterklasse. Aber politische Doppelzüngler kann man nicht lediglich als Betrüger betrachten. Politische

Doppelzüngler bilden eine Clique ideenloser politischer Karrieristen, die schon längst das Vertrauen des Volkes verloren haben und bestrebt sind, sich durch Betrug, Schwindel und Gaunerei — mit allen erdenklichen Mitteln — neuerlich das Vertrauen zu erschleichen, nur um sich den Ruf von Politikern zu erhalten. Politische Doppelzüngler stellen eine Clique prinzipienloser politischer Karrieristen dar, die bereit sind, sich auf wen immer zu stützen, sei es auch auf kriminelle Elemente, sei es auf den Abschaum der Gesellschaft, sei es auf die geschworenen Feinde des Volkes, nur um im „geeigneten Moment“ erneut auf der politischen Bildfläche zu erscheinen und sich dem Volke als „Regierende“ auf den Nacken zu setzen.

Eben als solche politische Doppelzüngler erwiesen sich die trotzkistisch-sinowjewistischen „Politiker“.

3

Die Offensive gegen das Kulakentum · Die parteifeindliche Bucharin-Rykw-Gruppe · Die Annahme des ersten Fünfjahrplans · Der sozialistische Wettbewerb · Der Beginn der kollektivwirtschaftlichen Massenbewegung

Die Agitation des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks gegen die Politik der Partei, gegen den Aufbau des Sozialismus, gegen die Kollektivierung, ebenso wie die Agitation der Bucharinleute, daß aus den Kollektivwirtschaften nichts werden könne, daß man die Kulaken nicht antasten solle, da sie von selbst in den Sozialismus „hineinwachsen“ würden, daß die Bereicherung der Bourgeoisie keine Gefahr für den Sozialismus darstelle — diese ganze Agitation fand großen Widerhall unter den kapitalistischen Elementen des Landes und vor allem unter dem Kulakentum. Die Kulaken wußten jetzt aus den Pressestimmen, daß sie nicht allein dastanden, daß sie in Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Bucharin, Rykw u. a. Verteidiger und Fürsprecher hatten. Selbstverständlich mußte dieser Umstand den Widerstandsgest des Kulakentums gegen die Politik der Sowjetregierung stärken. Und in der Tat begannen die Kulaken, mehr und mehr Widerstand zu leisten. Die Kulaken weigerten sich in Massen, dem Sowjetstaat die Getreideüberschüsse zu verkaufen, die sich bei ihnen in beträchtlichen Mengen angehäuft hatten. Sie begannen gegen Kollektivbauern,

gegen Partei- und Sowjetarbeiter im Dorfe Terror auszuüben und Kollektivwirtschaften sowie staatliche Getreidespeicher in Brand zu stecken.

Die Partei wußte wohl: solange nicht der Widerstand des Kulakentums gebrochen, solange nicht das Kulakentum in offenem Kampfe vor den Augen der Bauernschaft geschlagen sein wird, werden die Arbeiterklasse und die Rote Armee Brotmangel leiden und wird die Kollektivierungsbewegung der Bauern keinen Massencharakter annehmen können.

Entsprechend den Direktiven des XV. Parteitags ging die Partei zur entschiedenen Offensive gegen das Kulakentum über. In ihrer Offensive verwirklichte die Partei die Losung: fest gestützt auf die arme Bauernschaft und das Bündnis mit den Mittelbauern stärkend, einen entschiedenen Kampf gegen das Kulakentum einzuleiten. Als Antwort auf die Weigerung des Kulakentums, dem Staat die Getreideüberschüsse zu festen Preisen zu verkaufen, führten die Partei und die Regierung eine Reihe außerordentlicher Maßnahmen gegen das Kulakentum durch, brachten den Artikel 107 des Strafgesetzbuchs zur Anwendung, wonach die Getreideüberschüsse der Kulaken und Spekulanten gerichtlich beschlagnahmt werden, falls sie sich weigern, diese Überschüsse dem Staat zu festen Preisen zu verkaufen, und gewährten der Dorfarmut eine Reihe von Vergünstigungen, durch welche der armen Bauernschaft 25 Prozent des beschlagnahmten Getreides der Kulaken übergeben wurden.

Die außerordentlichen Maßnahmen verfehlten nicht ihre Wirkung: die armen Bauern und die Mittelbauern schlossen sich dem entschiedenen Kampf gegen das Kulakentum an, das Kulakentum wurde isoliert, der Widerstand des Kulakentums und der Spekulanten wurde gebrochen. Ende 1928 standen dem Sowjetstaat bereits genügende Getreidevorräte zur Verfügung, und die Kollektivierungsbewegung ging festeren Schrittes voran.

In demselben Jahre wurde eine große Schädlingsorganisation bürgerlicher Spezialisten im Schachty-Rayon im Donezbecken aufgedeckt. Die Schachty-Schädlinge standen in enger Verbindung mit den ehemaligen Besitzern der Betriebe, russischen und ausländischen Kapitalisten, sowie mit der ausländischen Militärspionage. Sie setzten sich das Ziel, die Entwicklung der sozialistischen Industrie zu hintertreiben und die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion zu

erleichtern. Die Schädlinge führten den Abbau der Kohlenlager unrichtig durch, um die Kohlenförderung zu senken. Sie beschädigten die Maschinen, die Lüftungsanlagen, führten Einstürze, Explosionen und Brände in den Gruben, Fabriken und Kraftwerken herbei. Die Schädlinge hemmten bewußt die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und verletzten die Sowjetgesetze über den Arbeitsschutz.

Die Schädlinge wurden zur Verantwortung gezogen. Das Gericht ließ ihnen die verdiente Strafe zuteil werden.

Das Zentralkomitee der Partei forderte alle Parteiorganisationen auf, aus dem Schachty-Prozeß die Lehren zu ziehen. Genosse Stalin wies darauf hin, daß die bolschewistischen Wirtschaftler selbst Kenner der Produktionstechnik werden müssen, damit sie in Zukunft von den Schädlingen aus den Kreisen der alten bürgerlichen Spezialisten nicht betrogen werden können, daß die Ausbildung neuer technischer Kader aus den Reihen der Arbeiterklasse beschleunigt werden müsse.

Auf Beschluß des Zentralkomitees wurde die Arbeit zur Ausbildung junger Spezialisten in höheren technischen Lehranstalten verbessert. Tausende von Parteimitgliedern, Komsomolzen und der Sache der Arbeiterklasse ergebenen Parteilosen wurden zum Studium herangezogen.

Vor dem Übergang der Partei zur Offensive gegen das Kulakentum, solange die Partei mit der Liquidierung des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks beschäftigt war, verhielt sich die Bucharin-Rykow-Gruppe mehr oder weniger ruhig, blieb sie in der Reserve der parteifeindlichen Kräfte, entschloß sie sich nicht, die Trotzkisten offen zu unterstützen, und trat sogar zuweilen zusammen mit der Partei gegen die Trotzkisten auf. Als jedoch die Partei zur Offensive gegen das Kulakentum überging und außerordentliche Maßnahmen gegen das Kulakentum anwendete, warf die Bucharin-Rykow-Gruppe die Maske ab und wandte sich offen gegen die Politik der Partei. Die Kulakenseele der Bucharin-Rykow-Gruppe bäumte sich auf, und die Anhänger dieser Gruppe gingen nunmehr zur offenen Verteidigung des Kulakentums über. Sie forderten die Aufhebung der außerordentlichen Maßnahmen, schreckten die Einfältigen, daß andernfalls eine „Degradation“ (Abwärtsbewegung, Niedergang, Zerfall) der Landwirtschaft einsetzen könne, und behaupteten, daß die Degradation bereits begonnen habe. Da sie das Wachstum der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften, dieser höheren Formen der Landwirtschaft, nicht

sahen, wohl aber den Niedergang der Kulakenwirtschaft, stellten sie die Degradation der Kulakenwirtschaft als Degradation der Landwirtschaft hin. Um sich eine theoretische Stütze zuzulegen, heckten sie die lächerliche „Theorie vom Erlöschen des Klassenkampfes“ aus und behaupteten auf Grund dieser Theorie, je mehr Erfolge der Sozialismus in seinem Kampfe gegen die kapitalistischen Elemente aufzuweisen haben werde, desto mehr werde sich der Klassenkampf mildern, der Klassenkampf werde bald vollständig erlöschen, und der Klassenfeind werde alle seine Positionen ohne Widerstand aufgeben, weshalb man keine Offensive gegen das Kulakentum zu unternehmen brauche. Dadurch stellten sie ihre fadenscheinige bürgerliche Theorie vom friedlichen Hineinwachsen des Kulakentums in den Sozialismus wieder her und traten den bekannten Leitsatz des Leninismus mit Füßen, daß der Widerstand des Klassenfeindes um so schärfere Formen annehmen wird, je mehr er den Boden unter den Füßen verliert, je mehr Erfolge der Sozialismus haben wird, und daß der Klassenkampf erst nach der Vernichtung des Klassenfeindes „erlöschen“ kann.

Es war nicht schwer zu verstehen, daß die Partei in der Bucharin-Rykw-Gruppe eine rechtsopportunistische Gruppe vor sich hatte, die sich vom trotzkistisch-sinowjewistischen Block nur der Form nach unterschied, nur dadurch, daß die Trotzkiisten und Sinowjewleute gewisse Möglichkeiten hatten, ihre Kapitulantennatur durch linke, marktschreierisch-revolutionäre Phrasen über die „permanente Revolution“ zu maskieren, während die Bucharin-Rykw-Gruppe, die im Zusammenhang mit dem Übergang der Partei zur Offensive gegen das Kulakentum gegen die Partei Stellung nahm, nicht mehr die Möglichkeit hatte, ihr Kapitulantengesicht zu maskieren, und gezwungen war, die reaktionären Kräfte unseres Landes, vor allem das Kulakentum, offen, unverblümt, ohne Maske zu verteidigen.

Die Partei begriff, daß die Bucharin-Rykw-Gruppe früher oder später dazu kommen mußte, den Überresten des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks zum gemeinsamen Kampf gegen die Partei die Hand zu reichen.

Gleichzeitig mit ihren politischen Vorstößen betrieb die Bucharin-Rykw-Gruppe eine organisatorische „Arbeit“ zur Sammlung ihrer Anhänger. Durch Bucharin zog sie die bürgerliche Jugend vom Schläge der Sleprow, Marezki, Eichenwald, Goldenberg und anderer heran, durch Tomski die bürokratisierten Spitzen der Gewerkschaften

(Melnitschanski, Dogadow u. a.), durch Rykow die demoralisierten Spitzenfunktionäre des Sowjetapparats (A. Smirnow, Eismont, W. Schmidt u. a.). Der Gruppe schlossen sich bereitwillig Leute an, die politisch demoralisiert waren und ihre Kapitulantestimmungen nicht verheimlichten.

Um diese Zeit fand die Bucharin-Rykow-Gruppe Unterstützung bei der damaligen Spitze der Moskauer Parteioorganisation (Uglanow, Kotow, Uchanow, Rjutin, Jagoda, Polonski u. a.). Dabei blieb ein Teil der Rechten auch weiterhin getarnt und trat nicht offen gegen die Parteilinie auf. In den Spalten der Moskauer Parteipresse und in Parteiversammlungen wurde darüber gepredigt, daß es notwendig sei, dem Kulakentum Zugeständnisse zu machen, daß die Belastung der Kulaken mit Steuern unzumutbar sei, daß die Industrialisierung für das Volk beschwerlich und der Aufbau der Schwerindustrie verfrüht sei. Uglanow wandte sich gegen den Bau der Dnjepr-Kraftwerke und forderte die Umleitung der Geldmittel aus der Schwerindustrie in die Leichtindustrie. Uglanow und andere rechte Kapitulantensicherten, daß Moskau eine Stadt des Kattuns war und bleiben werde, und daß es nicht nötig sei, in Moskau Maschinenfabriken zu bauen.

Die Moskauer Parteioorganisation entlarvte Uglanow und seine Anhänger, erteilte ihnen eine letzte Warnung und schloß sich noch enger um das Zentralkomitee der Partei zusammen. Genosse Stalin wies auf dem Plenum des Moskauer Komitees der KPdSU(B) im Jahre 1928 auf die Notwendigkeit hin, den Kampf an zwei Fronten zu führen, aber das Feuer gegen die rechte Abweichung zu konzentrieren. Die Rechten, sagte Genosse Stalin, stellen eine Agentur der Kulaken in der Partei dar.

„Ein Sieg der rechten Abweichung in unserer Partei würde die Kräfte des Kapitalismus entfesseln, die revolutionären Positionen des Proletariats untergraben und die Chancen für die Wiederherstellung des Kapitalismus in unserem Lande erhöhen“, sagte Genosse Stalin. (*Stalin, Fragen des Leninismus, S. 255.*)

Anfang 1929 stellte sich heraus, daß Bucharin als Bevollmächtigter der Gruppe der rechten Kapitulantens durch Kamenew mit den Trotzisten in Verbindung getreten war und mit ihnen ein Übereinkommen zum gemeinsamen Kampf gegen die Partei ausarbeitete. Das Zentralkomitee entlarvte diese verbrecherische Tätigkeit der rechten

Kapitulanten und erklärte warnend, daß die Sache für Bucharin, Rykow, Tomski und die anderen ein klägliches Ende nehmen könne. Aber die rechten Kapitulanten gaben ihr Treiben nicht auf. Sie traten im Zentralkomitee mit einer neuen parteifeindlichen Plattform, mit einer Deklaration auf, die vom Zentralkomitee verurteilt wurde. Das Zentralkomitee warnte sie neuerlich, brachte ihnen das Schicksal des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks in Erinnerung. Trotzdem setzte die Gruppe Bucharin-Rykwow ihre parteifeindliche Tätigkeit fort. Rykow, Tomski und Bucharin übermittelten dem Zentralkomitee eine Erklärung über ihre Demission und glaubten damit die Partei zu schrecken. Das Zentralkomitee verurteilte diese Sabotagepolitik der Demissionen. Schließlich erklärte das Novemberplenum des Zentralkomitees im Jahre 1929 die Propagierung der Anschauungen der rechten Opportunisten für unvereinbar mit dem Verbleiben in der Partei, verfügte den Ausschluß Bucharins als des Anführers und Leiters der rechten Kapitulanten aus dem Politbüro des Zentralkomitees und erteilte Rykow, Tomski und anderen Teilnehmern der rechten Opposition eine ernste Verwarnung.

Als die Anführer der rechten Kapitulanten sahen, daß die Sache für sie eine klägliche Wendung nahm, gaben sie Erklärungen ab, in denen sie ihre Fehler sowie die Richtigkeit der politischen Linie der Partei anerkannten.

Die rechten Kapitulanten beschlossen, sich zeitweilig zurückzuziehen, um ihre Kader vor der Zerschlagung zu bewahren.

Damit endete die erste Etappe des Kampfes der Partei gegen die rechten Kapitulanten.

Die neuen Meinungsverschiedenheiten in der Partei entgingen nicht der Aufmerksamkeit der äußeren Feinde der Sowjetunion. In der Annahme, daß die „neuen Zwistigkeiten“ in der Partei ein Zeichen der Schwächung der Partei seien, unternahmen sie einen neuen Versuch, die Sowjetunion in einen Krieg hineinzuziehen und die noch nicht gefestigte Industrialisierung des Landes zum Scheitern zu bringen. Im Sommer 1929 organisierten die Imperialisten einen Konflikt Chinas mit der Sowjetunion, die Besetzung der Ostschinabahn (die der Sowjetunion gehörte) durch chinesische Militaristen und einen Überfall chinesischer weißer Truppen auf die fernöstlichen Grenzen unserer Heimat. Aber dem Einfall der chinesischen Militaristen wurde in kurzer Zeit ein Ende bereitet; die von der Roten Armee geschlagenen

Militaristen zogen sich zurück, und der Konflikt endete mit einem friedlichen Abkommen mit den mandschurischen Behörden.

Die Friedenspolitik der Sowjetunion blieb abermals siegreich trotz allem, trotz der Ränke der äußeren Feinde und der „Zwistigkeiten“ innerhalb der Partei.

Bald darauf wurden die seinerzeit von den englischen Konservativen abgebrochenen diplomatischen und Handelsbeziehungen der Sowjetunion mit England wiederhergestellt.

Während die Partei die Attacken der äußeren und inneren Feinde erfolgreich zurückschlug, leistete sie gleichzeitig Großes in der Entfaltung des Aufbaus der Schwerindustrie, in der Organisation des sozialistischen Wettbewerbs, im Aufbau von Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften und schließlich in der Schaffung der Vorbedingungen, die notwendig waren, um den ersten Fünfjahrplan der Volkswirtschaft anzunehmen und durchzuführen.

Im April 1929 trat die XVI. Parteikonferenz zusammen. Die Hauptfrage der Konferenz war der erste Fünfjahrplan. Die Konferenz lehnte die von den rechten Kapitulanten verteidigte „minimale“ Variante des Fünfjahrplans ab und nahm die „optimale“ Variante des Fünfjahrplans als unter allen Umständen verbindlich an.

Die Partei nahm damit den berühmten ersten Fünfjahrplan des Aufbaus des Sozialismus an.

Im Fünfjahrplan wurde der Umfang der Kapitalinvestitionen in der Volkswirtschaft in den Jahren 1928–1933 mit 64,6 Milliarden Rubel festgelegt. Davon sollten in der Industrie, die Elektrifizierung mit eingeschlossen, 19,5 Milliarden Rubel, im Verkehrswesen 10 Milliarden Rubel, in der Landwirtschaft 23,2 Milliarden Rubel investiert werden.

Das war ein grandioser Plan zur Ausrüstung der Industrie und der Landwirtschaft der Sowjetunion mit modernen technischen Mitteln.

„Die grundlegende Aufgabe des Fünfjahrplans“, sagte Genosse Stalin, „bestand darin, in unserem Lande eine Industrie zu schaffen, die imstande sein würde, nicht allein die ganze Industrie, sondern auch das Verkehrswesen und die Landwirtschaft auf der Grundlage des Sozialismus neu auszurüsten und zu reorganisieren.“ (*Stalin, Fragen des Leninismus*, S. 447.)

Dieser Plan war für die Bolschewiki trotz seiner gewaltigen Ausmaße nichts Überraschendes und Schwindelerregendes. Er war durch

den gesamten Entwicklungsgang der Industrialisierung und Kollektivierung vorbereitet. Er war durch den Arbeitsaufschwung vorbereitet, der schon vorher die Arbeiter und Bauern erfaßt und im *sozialistischen Wettbewerb* seinen Ausdruck gefunden hatte.

Die XVI. Parteikonferenz beschloß einen Aufruf an alle Werktätigen zur Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs.

Der sozialistische Wettbewerb ergab bewunderungswürdige Vorbilder der Arbeitsleistung und des neuen Verhaltens zur Arbeit. Die Arbeiter und Kollektivbauern stellten in vielen Betrieben, in Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften höhere *Gegenpläne* auf. Sie lieferten Beispiele heroischer Arbeit. Sie erfüllten nicht nur die von der Partei und der Regierung festgelegten Pläne des sozialistischen Aufbaus, sondern überboten sie auch. Die Einstellung der Menschen zur Arbeit änderte sich. Die Arbeit verwandelte sich aus Zwang und Fron, die sie unter dem Kapitalismus war, „in eine Sache der Ehre und Würde, des Ruhmes und Heldentums“. (*Stalin.*)

Im ganzen Lande vollzog sich ein neuer gigantischer Aufbau der Industrie. Der Bau der Dnjepr-Wasserkraftwerke war in voller Entfaltung. Im Donezbecken begann der Bau der Werke von Kramatorsk und Gorlowka, der Umbau der Lugansker Lokomotivfabrik. Es entstanden neue Gruben und Hochöfen. Im Ural wurden die Uraler Maschinenbauwerke, in Beresniki und Solikamsk chemische Kombinate gebaut. Der Bau der Magnitogorsker Hüttenwerke wurde begonnen. Der Bau großer Automobilwerke in Moskau und in Gorki kam zu voller Entfaltung. Gigantische Traktorenwerke, Combinewerke, die Riesenwerke für den Bau landwirtschaftlicher Maschinen in Rostow am Don wurden gebaut. Die zweite Kohlenbasis der Sowjetunion, das Kusnezbecken, erweiterte sich immer mehr. Ein gewaltiges Traktorenwerk wuchs in elf Monaten in der Steppe, in Stalingrad, empor. Beim Bau der Dnjepr-Wasserkraftwerke und der Stalingrader Traktorenwerke schlugen die Arbeiter die Weltrekorde der Arbeitsproduktivität.

Die Geschichte hatte einen solchen Riesenumfang der industriellen Bautätigkeit, ein solches Pathos des Neuaufbaus, einen solchen Arbeitsheroismus der Millionenmassen der Arbeiterklasse noch niemals gesehen.

Ein wahrer Arbeitsschwung erfaßte die Arbeiterklasse auf der Grundlage des sozialistischen Wettbewerbs.

Die Bauern blieben diesmal nicht hinter den Arbeitern zurück. Auch im Dorfe erfaßte der Arbeitsschwung die Bauernmassen, die ihre Kollektivwirtschaften aufbauten. Die Bauernmassen wandten sich entschieden den Kollektivwirtschaften zu. Eine große Rolle spielten dabei die mit Traktoren und anderen Maschinen ausgerüsteten Sowjetwirtschaften und die Maschinen- und Traktorenstationen. Die Bauern kamen in Massen in die Sowjetwirtschaften, in die Maschinen- und Traktorenstationen, beobachteten die Arbeit der Traktoren, der landwirtschaftlichen Maschinen, bekundeten ihre Begeisterung und faßten sogleich den Beschluß, „in die Kollektivwirtschaft zu gehen“. In einzelbäuerliche Klein- und Zwergwirtschaften zersplittert, ohne auch nur einigermaßen taugliche Arbeitsinstrumente und ohne Zugkraft, ohne die Möglichkeit, große Neulandflächen zu bestellen, ohne die Aussicht, ihre Wirtschaft zu verbessern, durch die Not abgestumpft und vereinsamt, sich selbst überlassen, fanden die Bauern endlich einen Ausweg, den Weg zu einem besseren Leben; sie fanden ihn in der Vereinigung der Kleinwirtschaften zu Kollektiven, zu Kollektivwirtschaften; sie fanden ihn in den Traktoren, die jeden „harten Boden“, jedes Neuland pflügen können; sie fanden ihn in der Hilfe des Staates durch Maschinen, Geldmittel, Leute, Ratschläge; sie fanden ihn in der Möglichkeit, sich vom Joche der Kulaken zu befreien, die von der Sowjetregierung zur Freude der Millionenmassen der Bauernschaft erst vor kurzem aufs Haupt geschlagen und zu Boden geworfen worden waren.

Auf dieser Grundlage begann und entfaltete sich sodann die Massenbewegung zur Kollektivwirtschaft, die sich besonders Ende 1929 verstärkte und ein so ungeahntes Wachstumstempo der Kollektivwirtschaften zeitigte, wie es selbst unsere sozialistische Industrie noch nicht kannte.

Im Jahre 1928 betrug die Saatfläche der Kollektivwirtschaften 1 390 000 Hektar, im Jahre 1929 4 262 000 Hektar, im Jahre 1930 aber konnten die Kollektivwirtschaften bereits den Plan aufstellen, 15 Millionen Hektar unter den Pflug zu nehmen.

„Man muß anerkennen“, sagte Genosse Stalin in seinem Aufsatz „Das Jahr des großen Umschwungs“ (1929) über das Tempo des Wachstums der Kollektivwirtschaften, „daß ein so stürmisches Entwicklungstempo selbst unsere sozialisierte Großindustrie nicht

kennt, deren Entwicklungstempo sich im allgemeinen durch besonders große Schwungkraft auszeichnet.“

Das war der Umschwung in der Entwicklung der Kollektivwirtschaftsbewegung.

Das war der Beginn der Massenbewegung für die Kollektivwirtschaften.

„Worin besteht das *Neue* in der jetzigen Kollektivwirtschaftsbewegung?“, fragte Genosse Stalin in seinem Aufsatz „Das Jahr des großen Umschwungs“. Und er antwortete:

„Das Neue und Entscheidende in der jetzigen Kollektivwirtschaftsbewegung besteht darin, daß die Bauern nicht wie früher in einzelnen Gruppen, sondern daß ganze Dörfer, Landbezirke und Rayons, ja sogar Kreise in die Kollektivwirtschaften eintreten. Was aber bedeutet das? Das bedeutet, daß *der Mittelbauer in die Kollektivwirtschaften gegangen ist*. Das ist die Grundlage jenes radikalen Umschwungs in der Entwicklung der Landwirtschaft, der die wichtigste Errungenschaft der Sowjetmacht darstellt.“

Das bedeutete, daß die Aufgabe der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung heranreifte oder bereits herangereift war.

Kurze Zusammenfassung

Im Kampfe für die sozialistische Industrialisierung des Landes überwand die Partei in den Jahren 1926–1929 ungeheure innere und internationale Schwierigkeiten. Die Anstrengungen der Partei und der Arbeiterklasse führten zum Siege der Politik der sozialistischen Industrialisierung des Landes.

Eine der schwierigsten Aufgaben der Industrialisierung, die Aufgabe der Akkumulierung von Mitteln für den Aufbau der Schwerindustrie, wurde im wesentlichen gelöst. Es wurde das Fundament einer Schwerindustrie gelegt, die imstande ist, die gesamte Volkswirtschaft neu auszurüsten.

Der erste Fünfjahrplan des sozialistischen Aufbaus wurde ange-

nommen. Gewaltig entfaltete sich der Aufbau von neuen Werken, von Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften.

Dieser Vormarsch auf dem Wege zum Sozialismus war von einer Verschärfung des Klassenkampfes innerhalb des Landes und von einer Verschärfung des innerparteilichen Kampfes begleitet. Die wichtigsten Ergebnisse dieses Kampfes waren: die Unterdrückung des Widerstands des Kulakentums, die Entlarvung des trotzkistisch-sinowjewistischen Kapitulantenblocks als eines antisowjetischen Blocks, die Entlarvung der rechten Kapitulantanten als einer Kulakenagentur, die Verjagung der Trotzkisten aus der Partei, die Kennzeichnung der Anschauungen der Trotzkisten und rechten Opportunisten als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur KPdSU (B).

Die Trotzkisten, die von der bolschewistischen Partei ideologisch geschlagen waren und jeden Boden in der Arbeiterklasse verloren hatten, hörten auf, eine politische Strömung zu sein, und verwandelten sich in eine prinzipienlose Karrieristenclique politischer Gauner, in eine Bande politischer Doppelzüngler.

Nachdem die Partei das Fundament der Schwerindustrie gelegt hatte, mobilisierte sie die Arbeiterklasse und die Bauernschaft zur Erfüllung des ersten Fünfjahrplans der sozialistischen Umgestaltung der Sowjetunion. Im Lande entfaltete sich der sozialistische Wettbewerb von Millionen Werktätigen, entstand ein mächtiger Arbeitsaufschwung, bildete sich eine neue Arbeitsdisziplin heraus.

Diese Periode schließt mit dem Jahr des großen Umschwungs, das gewaltige Erfolge des Sozialismus in der Industrie, die ersten ernsthaften Erfolge in der Landwirtschaft, die Wendung des Mittelbauern zu den Kollektivwirtschaften, den Beginn der kollektivwirtschaftlichen Massenbewegung bedeutete.

KAPITEL XI

Die Partei der Bolschewiki im Kampfe für die Kollektivierung der Landwirtschaft (1930–1934)

1

Die internationale Lage in den Jahren 1930–1934 · Die Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern · Die Annexion der Mandchurei durch Japan · Der Machtantritt der Faschisten in Deutschland · Zwei Kriegsherde

Während die Sowjetunion in der sozialistischen Industrialisierung des Landes große Erfolge erzielte und in schnellem Tempo die Industrie entwickelte, brach in den Ländern des Kapitalismus Ende 1929 eine Weltwirtschaftskrise von beispiellos zerstörender Gewalt aus und vertiefte sich in den folgenden drei Jahren. Die Industriekrise verflocht sich mit der landwirtschaftlichen Krise, der Agrarkrise, und dies verschlimmerte die Lage der kapitalistischen Länder noch mehr.

Während in der Sowjetunion in den drei Jahren der Weltwirtschaftskrise (von 1930 bis 1933) die Industrieproduktion auf mehr als das Doppelte stieg und im Jahre 1933 201 Prozent im Vergleich zum Niveau des Jahres 1929 betrug, fiel die Industrieproduktion der Vereinigten Staaten gegen Ende 1933 auf 65 Prozent des Niveaus von 1929, die Englands auf 86 Prozent, Deutschlands auf 66 Prozent, Frankreichs auf 77 Prozent.

Diese Sachlage zeigte noch einmal die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems über das kapitalistische System. Sie zeigte, daß das Land des Sozialismus das einzige von Wirtschaftskrisen freie Land der Welt ist.

Infolge der Weltwirtschaftskrise wurden 24 Millionen Arbeitslose zu Hunger, Elend und Qualen verurteilt. Unter der Agrarkrise litten Millionen und aber Millionen Bauern.

Die Weltwirtschaftskrise verschärfte noch mehr die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten, zwischen den Siegerländern und den besiegten Ländern, zwischen den imperialistischen Staaten

und den kolonialen und abhängigen Ländern, zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen Bauern und Gutsbesitzern.

Genosse Stalin wies auf dem XVI. Parteitag in seinem Rechenschaftsbericht darauf hin, daß die Bourgeoisie einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise suchen wird — einerseits in der Niederschlagung der Arbeiterklasse durch Aufrichtung der faschistischen Diktatur, das heißt der Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, imperialistischsten Elemente des Kapitalismus, anderseits in der Entfesselung des Krieges um die Neuaufteilung der Kolonien und Einflußsphären auf Kosten der Interessen der mangelhaft geschützten Länder.

So ist es auch gekommen.

Im Jahre 1932 verschärfte sich die Kriegsgefahr von seiten Japans. Als die japanischen Imperialisten sahen, daß die europäischen Mächte und die Vereinigten Staaten infolge der Wirtschaftskrise von ihren inneren Angelegenheiten völlig in Anspruch genommen waren, beschlossen sie, die Gelegenheit zu benutzen und den Versuch zu machen, das mangelhaft geschützte China unter Druck zu setzen, es zu unterwerfen und dort Herr der Lage zu werden. Ohne China den Krieg zu erklären und nach Gaunermanier die von ihnen selbst herbeigeführten „örtlichen Zwischenfälle“ ausnutzend, ließen die japanischen Imperialisten ihre Truppen hinterrücks in die Mandschurei einmarschieren. Die japanischen Truppen besetzten die ganze Mandschurei und bereiteten sich günstige Stellungen für die Annexion Nordchinas und für einen Überfall auf die Sowjetunion vor. Um freie Hand zu bekommen, trat Japan aus dem Völkerbund aus und begann intensiv aufzurüsten.

Dieser Umstand gab den Anstoß zur Verstärkung der Seerüstungen der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs im Fernen Osten. Japan verfolgte offenkundig das Ziel, China zu unterwerfen und die europäischen und amerikanischen imperialistischen Mächte von dort zu verdrängen. Diese antworteten darauf mit der Verstärkung ihrer Rüstungen.

Japan stellte sich jedoch auch ein anderes Ziel — die Eroberung des sowjetischen Fernen Ostens. Selbstverständlich konnte die Sowjetunion diese Gefahr nicht unbeachtet lassen und begann, die Wehrkraft ihrer Fernöstlichen Region intensiv zu verstärken.

So bildete sich durch das Treiben der faschisierten japanischen Imperialisten im Fernen Osten der erste Kriegsherd.

Die Wirtschaftskrise verschärfte die Widersprüche des Kapitalismus nicht nur im Fernen Osten. Sie verschärfte sie auch in Europa. Die lang anhaltende Krise der Industrie und Landwirtschaft, die ungeheure Arbeitslosigkeit und die zunehmende Existenzunsicherheit der besitzlosen Klassen verstärkten die Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern. Die Unzufriedenheit begann in revolutionäre Empörung der Arbeiterklasse umzuschlagen. Die Unzufriedenheit verstärkte sich besonders in Deutschland, einem Lande, das durch den Krieg, die Kontributionen an die englisch-französischen Sieger und durch die Wirtschaftskrise wirtschaftlich erschöpft war, wo die Arbeiterklasse das Joch nicht nur ihrer eigenen, sondern auch der ausländischen, der englischen und französischen Bourgeoisie zu tragen hatte. Ein bedrutes Zeugnis dafür waren die sechs Millionen Stimmen, die die Kommunistische Partei Deutschlands bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Machtantritt der Faschisten erhielt. Die deutsche Bourgeoisie sah, daß die in Deutschland noch erhalten gebliebenen bürgerlich-demokratischen Freiheiten ihr einen bösen Streich spielen konnten, daß die Arbeiterklasse diese Freiheiten für die Entfaltung der revolutionären Bewegung ausnutzen konnte. Deshalb kam sie zu dem Schluß, daß es für die Erhaltung der Macht der Bourgeoisie in Deutschland nur ein Mittel gebe — die bürgerlichen Freiheiten zu vernichten, das Parlament (den Reichstag) völlig auszuschalten und eine terroristische bürgerlich-nationalistische Diktatur zu errichten, die imstande wäre, die Arbeiterklasse niederzuschlagen und unter den von Revanchestimmungen beherrschten kleinbürgerlichen Massen eine Basis zu finden. Und sie rief die faschistische Partei, die sich zur Irreführung des Volkes *nationalsozialistische* Partei nennt, an die Macht, da sie sehr wohl wußte, daß die Partei der Faschisten erstens den reaktionärsten und arbeiterfeindlichsten Teil der imperialistischen Bourgeoisie darstellt und zweitens die extremste Revanchepartei ist, die die Millionenmassen des nationalistisch gestimmten Kleinbürgertums mit sich zu reißen vermag. Dabei halfen ihr die Verräter der Arbeiterklasse, die Führer der deutschen Sozialdemokratie, die durch ihre Paktierpolitik dem Faschismus den Weg ebneten.

Das waren die Umstände, die dafür ausschlaggebend waren, daß die deutschen Faschisten im Jahre 1933 die Macht erlangten.

Bei der Analyse der Ereignisse in Deutschland sagte Genosse Stalin auf dem XVII. Parteitag in seinem Rechenschaftsbericht:

„Den Sieg des Faschismus in Deutschland darf man nicht nur als ein Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse und als Ergebnis der Verrätereien an der Arbeiterklasse seitens der Sozialdemokratie betrachten, die dem Faschismus den Weg ebnete. Man muß ihn auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten, als Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen, und in Anbetracht dessen gezwungen ist, in der Innenpolitik zu terroristischen Regierungsmethoden zu greifen...“ (*Stalin, Fragen des Leninismus, S. 522.*)

Ihrer Innenpolitik drückten die deutschen Faschisten ihren Stempel auf — durch die Reichstagsbrandstiftung, durch die bestialische Unterdrückung der Arbeiterklasse, durch die Vernichtung der Organisationen der Arbeiterklasse, durch die Vernichtung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten; ihrer Außenpolitik — durch den Austritt aus dem Völkerbund und die offenen Vorbereitungen zum Kriege für die *gewaltsame* Revision der Grenzen der europäischen Staaten zugunsten Deutschlands.

So bildete sich durch das Treiben der deutschen Faschisten im Zentrum Europas der zweite Kriegsherd.

Selbstverständlich konnte die Sowjetunion diese ernste Tatsache nicht unbeachtet lassen. Sie begann den Gang der Ereignisse im Westen mit verschärfter Aufmerksamkeit zu verfolgen und verstärkte die Wehrkraft des Landes an seinen westlichen Grenzen.

2

Von der Politik der Einschränkung der Kulakenelemente zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse · Der Kampf gegen die Entstellungen der Politik der Partei in der Kollektivwirtschaftsbewegung · Die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente an der ganzen Front · Der XVI. Parteitag

Der Masseneintritt der Bauern in die Kollektivwirtschaften, der sich in den Jahren 1929/30 vollzog, war das Ergebnis der gesamten vorhergehenden Arbeit der Partei und der Regierung. Das Wachstum der sozialistischen Industrie, die Traktoren und Maschinen für die

Landwirtschaft massenweise herzustellen begann; der entschiedene Kampf gegen das Kulakentum während der Getreidebeschaffungskampagnen von 1928 und 1929; das Wachstum der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die den Bauern allmählich an kollektives Wirtschaften gewöhnten; die guten Erfahrungen der ersten Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften — all dies bereitete den Übergang zur durchgängigen Kollektivierung vor, den Eintritt der Bauern ganzer Dörfer, Rayons und Kreise in die Kollektivwirtschaften.

Der Übergang zur durchgängigen Kollektivierung erfolgte nicht in Form eines einfachen und friedlichen Eintritts der großen Masse der Bauernschaft in die Kollektivwirtschaften, sondern in Form des Massenkampfes der Bauern gegen das Kulakentum. Die durchgängige Kollektivierung bedeutete, daß der gesamte Grund und Boden im Bereiche des Dorfes in die Hände der Kollektivwirtschaft überging; da sich aber ein bedeutender Teil dieses Bodens in den Händen der Kulaken befand, verjagten die Bauern die Kulaken vom Boden, führten die Kulakenenteignung durch, nahmen ihnen das Vieh, die Maschinen und forderten von der Sowjetmacht die Verhaftung und Aussiedlung der Kulaken.

Die durchgängige Kollektivierung bedeutete somit die Liquidierung des Kulakentums.

Das war die Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung.

Zu dieser Zeit war in der Sowjetunion schon eine ausreichende materielle Basis vorhanden, um mit dem Kulakentum Schluß zu machen, seinen Widerstand zu brechen, es als Klasse zu liquidieren und seine Produktion durch die Produktion der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften zu ersetzen.

Noch im Jahre 1927 erzeugten die Kulaken mehr als 600 Millionen Pud Getreide, von denen sie ungefähr 130 Millionen Pud als Warengetreide lieferten. Die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften hingegen konnten im Jahre 1927 nur 35 Millionen Pud Warengetreide liefern. Im Jahre 1929 waren dank dem festen Kurs der bolschewistischen Partei auf die Entwicklung der Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften und dank den Erfolgen der sozialistischen Industrie, die das Dorf mit Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen versorgte, die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften zu einer beträchtlichen Kraft herangewachsen. Schon in diesem Jahre

erzeugten die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften nicht weniger als 400 Millionen Pud Getreide, von denen sie schon über 130 Millionen Pud als Warengetreide lieferten, das heißt mehr als die Kulaken im Jahre 1927. Im Jahre 1930 aber sollten die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften mehr als 400 Millionen Pud Warengetreide liefern, das heißt unvergleichlich mehr als das Kulakentum im Jahre 1927, und sie lieferten sie in der Tat.

Auf diese Weise bot die Verschiebung der Klassenkräfte im Wirtschaftsleben des Landes und das Vorhandensein der materiellen Basis, die notwendig war, um die Getreideproduktion der Kulaken durch die Produktion der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften zu ersetzen, der bolschewistischen Partei die Möglichkeit, von der Politik der *Einschränkung* des Kulakentums zu einer neuen Politik, zur Politik der *Liquidierung des Kulakentums als Klasse* auf der Grundlage der durchgängigen Kollektivierung überzugehen.

Bis zum Jahre 1929 betrieb die Sowjetmacht die Politik der Einschränkung des Kulakentums. Die Sowjetmacht legte dem Kulaken erhöhte Steuern auf, verlangte von ihm, daß er das Getreide zu festen Preisen an den Staat verkaufe, beschränkte durch das Gesetz über die Bodenpacht die Bodennutzung durch die Kulaken auf ein bestimmtes Maß, beschränkte die Größe der kulakischen Wirtschaft durch das Gesetz über die Anwendung von Lohnarbeit in der bäuerlichen Einzelwirtschaft. Sie betrieb aber noch nicht die Politik der Liquidierung des Kulakentums, denn die Gesetze über die Bodenpacht und die Lohnarbeit ließen die Existenz des Kulakentums zu, und das Verbot der Kulakenenteignung gab in dieser Hinsicht eine bestimmte Garantie. Diese Politik führte dazu, daß das Wachstum des Kulakentums gehemmt wurde, daß einzelne Schichten des Kulakentums, die diese Einschränkungen nicht aushielten, verdrängt wurden und dem Ruin verfielen. Sie vernichtete jedoch nicht die wirtschaftlichen Grundlagen des Kulakentums als Klasse, sie führte nicht zur Liquidierung des Kulakentums. Das war eine Politik der Einschränkung, aber nicht der Liquidierung des Kulakentums. Diese Politik war bis zu einem gewissen Zeitpunkt notwendig, solange die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften noch schwach und nicht imstande waren, durch ihre eigene Produktion die Getreideproduktion der Kulaken zu ersetzen.

Ende 1929 vollzog die Sowjetmacht im Zusammenhang mit dem

Wachstum der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften eine schroffe Wendung und ging von dieser Politik ab. Sie ging zur Politik der Liquidierung, zur Politik der Vernichtung des Kulakentums als Klasse über. Sie schaffte die Gesetze über die Bodenpacht und die Lohnarbeit ab und entzog auf diese Weise dem Kulakentum sowohl den Boden als auch die Lohnarbeiter. Sie hob das Verbot der Kulakenteignung auf. Sie gestattete den Bauern, das Vieh, die Maschinen und anderes Inventar der Kulaken zugunsten der Kollektivwirtschaften zu konfiszieren. Das Kulakentum wurde expropriert. Es wurde ebenso expropriert, wie im Jahre 1918 die Kapitalisten in der Industrie expropriert worden waren, jedoch mit dem Unterschied, daß in diesem Fall die Produktionsmittel des Kulakentums nicht in die Hände des Staates, sondern in die Hände der vereinigten Bauern, in die Hände der Kollektivwirtschaften übergingen.

Das war eine außerordentlich tiefgehende revolutionäre Umwälzung, ein Sprung aus einem alten qualitativen Zustand der Gesellschaft in einen neuen qualitativen Zustand, eine Umwälzung, die in ihren Auswirkungen der revolutionären Umwälzung vom Oktober 1917 gleichkam.

Die Eigenart dieser Revolution bestand darin, daß sie *von oben*, auf Initiative der Staatsmacht, mit direkter Unterstützung *von unten*, durch die Millionenmassen der gegen das Kulakenjoch und für ein freies kollektivwirtschaftliches Leben kämpfenden Bauern, vollzogen wurde.

Diese Revolution entschied mit einem Schlage drei Grundfragen des sozialistischen Aufbaus:

a) sie liquidierte die zahlreichste Ausbeuterklasse in unserem Lande, die Klasse der Kulaken, das Bollwerk einer Restauration des Kapitalismus;

b) sie führte die zahlreichste werktätige Klasse in unserem Lande, die Klasse der Bauern, von dem Weg der Einzelwirtschaft, die den Kapitalismus hervorbringt, auf den Weg der vergesellschafteten, kollektiven, sozialistischen Wirtschaft;

c) sie gab der Sowjetmacht eine sozialistische Basis auf dem breitesten und lebenswichtigsten, aber auch rückständigsten Gebiet der Volkswirtschaft, in der Landwirtschaft.

Damit wurden im Lande die letzten Quellen einer Restauration des Kapitalismus zerstört und zugleich neue, entscheidende, für die Er-

richtung der sozialistischen Volkswirtschaft notwendige Bedingungen geschaffen.

Als Genosse Stalin im Jahre 1929 die Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse begründete und die Ergebnisse der Massenbewegung der Bauern für die durchgängige Kollektivierung feststellte, schrieb er:

„Das ‚heilige Prinzip des Privateigentums‘, diese letzte Hoffnung der Kapitalisten aller Länder, die von der Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion träumen, stürzt zusammen und geht in Trümmer. Die Bauern, die sie bloß als Material zur Düngung des Bodens für den Kapitalismus betrachten, verlassen in Massen das vielgepriesene Banner des ‚Privateigentums‘ und gehen auf die Bahnen des Kollektivismus, auf die Bahnen des Sozialismus über. Die letzte Hoffnung auf Wiederherstellung des Kapitalismus stürzt zusammen.“ (*Stalin, Fragen des Leninismus, S. 332.*)

Die Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse wurde verankert in dem historischen Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU (B) vom 5. Januar 1930 „Über das Tempo der Kollektivierung und die Hilfsmaßnahmen des Staates für den kollektivwirtschaftlichen Aufbau“. Der Beschluß trug der Mannigfaltigkeit der Bedingungen in den verschiedenen Gegenden der Sowjetunion in vollem Umfange Rechnung wie auch dem ungleichen Grad, in dem die verschiedenen Gebiete der Sowjetunion für die Kollektivierung vorbereitet waren.

Es wurde ein unterschiedliches Tempo der Kollektivierung festgelegt. Das Zentralkomitee der KPdSU (B) teilte die Gebiete der Sowjetunion hinsichtlich des Kollektivierungstempos in drei Gruppen ein.

In die erste Gruppe wurden die wichtigsten Getreidegebiete einbezogen, die für die Kollektivierung am besten vorbereitet waren und mehr Traktoren, mehr Sowjetwirtschaften, mehr Erfahrungen im Kampfe gegen das Kulakentum aus den vorhergegangenen Getreidebeschaffungskampagnen hatten: der Nordkaukasus (Kuban-, Don-, Terekgebiet), das Mittlere und Untere Wolgagebiet. Für diese Gruppe der Getreidegebiete gab das Zentralkomitee die Anweisung, die Kollektivierung im Frühjahr 1931 im wesentlichen abzuschließen.

Die zweite Gruppe der Getreidegebiete, die die Ukraine, das

Zentrale Schwarzerdegebiet, Sibirien, den Ural, Kasachstan und andere Getreidegebiete umfaßte, sollte die Kollektivierung erst im Frühjahr 1932 im wesentlichen abschließen.

Die übrigen Gebiete, Regionen und Republiken (das Moskauer Gebiet, Transkaukasien, die mittelasiatischen Republiken usw.) durften die Kollektivierungstermine bis zum Ende des Planjahrfünfts, das heißt bis zum Jahre 1933 erstrecken.

Das Zentralkomitee der Partei erachtete es in Anbetracht des wachsenden Kollektivierungstempos für notwendig, den Bau von Fabriken zur Herstellung von Traktoren, Mähreschmaschinen, Anhängegeräten für die Traktoren usw. noch mehr zu beschleunigen. Gleichzeitig verlangte das Zentralkomitee, daß „die Tendenzen zur Unterschätzung der Rolle der Pferdezugkraft im gegebenen Stadium der Kollektivwirtschaftsbewegung, Tendenzen, die zur Verschleuderung und zum Ausverkauf der Pferde führen, entschieden bekämpft werden“.

Die Kredite an die Kollektivwirtschaften wurden für das Jahr 1929/30 auf das Doppelte (auf 500 Millionen Rubel) erhöht.

Es wurde die Anweisung gegeben, die Flurbereinigung der Kollektivwirtschaften auf Kosten des Staates durchzuführen.

In dem Beschluß wurde die überaus wichtige Weisung gegeben, daß in der gegenwärtigen Entwicklungsphase die *Hauptform* der Kollektivwirtschaftsbewegung das landwirtschaftliche Artel ist, in dem nur die *hauptsächlichen* Produktionsmittel kollektiviert werden.

Das Zentralkomitee warnte die Parteiorganisationen mit allem Nachdruck „vor jedweder von oben erfolgenden ‚Dekretierung‘ der Kollektivwirtschaftsbewegung, wodurch die Gefahr heraufbeschworen werden kann, daß der wirkliche sozialistische Wettbewerb in der Organisierung von Kollektivwirtschaften durch ein Spiel mit der Kollektivierung ersetzt wird“. (Die KPdSU [B] in Resolutionen, Teil 2, S. 662 russ.)

Dieser Beschluß des Zentralkomitees brachte Klarheit darüber, wie die neue Politik der Partei im Dorfe in die Tat umzusetzen war.

Auf der Grundlage der Politik der Liquidierung des Kulakentums und der Festlegung der durchgängigen Kollektivierung entfaltete sich eine mächtige Kollektivwirtschaftsbewegung. Die Bauern ganzer Dörfer und Rayons traten in die Kollektivwirtschaften ein und legten die Kulaken hinweg, befreiten sich vom Kulakenjoch.

Neben den gewaltigen Erfolgen der Kollektivierung zeigten sich

aber auch bald Unzulänglichkeiten in der praktischen Arbeit der Parteiarbeiter, Entstellungen der Politik der Partei im kollektivwirtschaftlichen Aufbau. Ungeachtet der Warnungen des Zentralkomitees, daß man sich von den Erfolgen der Kollektivierung nicht allzusehr hinreißen lassen dürfe, begannen viele Parteiarbeiter die Kollektivierung künstlich zu forcieren, ohne mit den örtlichen und zeitlichen Bedingungen zu rechnen, ohne damit zu rechnen, in welchem Grade die Bauern zum Eintritt in die Kollektivwirtschaften vorbereitet waren.

Es zeigte sich, daß das Prinzip der *Freiwilligkeit* im kollektivwirtschaftlichen Aufbau verletzt wurde. In einer Reihe von Rayons wurde die Freiwilligkeit durch den *Zwang* zum Eintritt in die Kollektivwirtschaften ersetzt, unter der Androhung, gegen die Widerstrebenden die „Kulakenenteignung“ in Anwendung zu bringen, ihnen das Wahlrecht zu entziehen usw.

Statt einer vorbereitenden Arbeit und einer geduldigen Aufklärung über die Grundlagen der Politik der Partei auf dem Gebiet der Kollektivierung wurden in einer Reihe von Rayons durch Dekretierung von oben auf bürokratische, kanzleimäßige Weise aufgebauschte Zahlen über angeblich geschaffene Kollektivwirtschaften vorgeschrieben und der Prozentsatz der Kollektivierung künstlich hinaufgeschraubt.

Entgegen den Anweisungen des Zentralkomitees, daß das wichtigste Kettenglied der kollektivwirtschaftlichen Bewegung das landwirtschaftliche Artel ist, in dem nur die *hauptsächlichen* Produktionsmittel vergesellschaftet werden, erfolgte in einer Reihe von Orten ein törichtes Überspringen der Artels zur Kommune hin, wurde die Vergesellschaftung der Wohngebäude, des dem eigenen Bedarf dienenden Milch- und Kleinviehs, Geflügels usw. vorgenommen.

Die leitenden Funktionäre einiger Gebiete, hingerissen von den ersten Erfolgen der Kollektivierung, verletzten die direkten Anweisungen des Zentralkomitees über das Tempo und die Termine der Kollektivierung. In der Jagd nach aufgebauschten Ziffern orientierte das Moskauer Gebiet seine Funktionäre auf die Beendigung der Kollektivierung im Februar 1930, obwohl es nicht weniger als drei Jahre (bis Ende 1932) zur Verfügung hatte. Noch größere Verletzungen ließ man sich in Transkaukasien und in Mittelasien zuschulden kommen.

Die Kulaken und ihre Helfershelfer nutzten diese Überspitzungen

zu provokatorischen Zwecken aus und traten mit Vorschlägen hervor, statt der landwirtschaftlichen Arteln Kommunen zu organisieren und unverzüglich die Wohngebäude, das Kleinvieh, das Geflügel zu ver-gesellschaften. Gleichzeitig agitierten die Kulaken dafür, vor dem Ein-tritt in die Kollektivwirtschaft das Vieh abzuschlachten, wobei sie den Bauern weiszumachen suchten, man würde ihnen in der Kollektiv-wirtschaft das Vieh „sowieso wegnehmen“. Der Klassenfeind rechnete darauf, daß die Überspitzungen und Fehler, die von den örtlichen Orga-nisationen bei der Kollektivierung begangen wurden, die Bauernschaft erbittern und Revolten gegen die Sowjetmacht hervorrufen würden.

Als Folge der von den Parteiorganisationen begangenen Fehler und der direkten Provokationsakte des Klassenfeindes zeigten sich in der zweiten Hälfte des Februar 1930, bei unzweifelhaften allgemeinen Erfolgen der Kollektivierung, in einer Reihe von Rayons gefährliche Anzeichen einer ernstlichen Unzufriedenheit der Bauernschaft. Hier und da gelang es den Kulaken und ihren Agenten, die Bauern sogar zu direkten antisowjetischen Aktionen aufzustacheln.

Das Zentralkomitee der Partei, das eine Reihe von Alarmsignalen über Verzerrungen der Parteilinie erhielt, die die Kollektivierung zu vereiteln drohten, begann sofort die Sache wieder einzurenken und die Parteikader auf den Weg der möglichst raschen Behebung der be-gangenen Fehler zu bringen. Am 2. März 1930 wurde auf Beschluß des Zentralkomitees der Artikel des Genossen Stalin „Vor Erfolgen von Schwindel befallen“ veröffentlicht. In diesem Artikel wurde an alle diejenigen eine Warnung gerichtet, die, hingerissen von den Erfolgen der Kollektivierung, in grobe Fehler verfallen und von der Partei-linie abgewichen waren, an alle diejenigen, die versucht hatten, mit administrativen Maßnahmen auf die Bauern einen Druck auszuüben, um sie auf den kollektivwirtschaftlichen Weg überzuleiten. In dem Artikel wurde mit allem Nachdruck das Prinzip der Freiwilligkeit des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus betont und auf die Notwendig-keit hingewiesen, der Mannigfaltigkeit der Bedingungen in den ver-schiedenen Gebieten der Sowjetunion bei der Bestimmung des Tem-pos und der Methoden der Kollektivierung Rechnung zu tragen. Ge-nosse Stalin erinnerte daran, daß das wichtigste Kettenglied der Kol-lektivwirtschaftsbewegung das landwirtschaftliche Artel ist, in dem nur die hauptsächlichsten Produktionsmittel, vor allem in der Getreide-wirtschaft, vergesellschaftet werden, während die dem Haus anliegen-

den Grundstücke, die Wohnhäuser, ein Teil des Milchviehs, das Kleinvieh, Geflügel usw. nicht vergesellschaftet werden.

Der Artikel des Genossen Stalin war von größter politischer Bedeutung. Dieser Artikel half den Parteiorganisationen, ihre Fehler zu korrigieren, und führte einen mächtigen Schlag gegen die Feinde der Sowjetmacht, die gehofft hatten, daß es ihnen infolge der Überspitzungen gelingen würde, die Bauernschaft gegen die Sowjetmacht aufzuwiegeln. Die breiten Massen der Bauernschaft überzeugten sich davon, daß die Linie der bolschewistischen Partei nichts gemein hat mit den törichten „linken“ Überspitzungen, die in einzelnen Orten begangen wurden. Der Artikel trug Beruhigung in die Bauernmassen.

Um die mit dem Artikel des Genossen Stalin begonnene Korrigierung der Überspitzungen und Fehler zu Ende zu führen, beschloß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), gegen diese Fehler noch einen Schlag zu führen, und veröffentlichte am 15. März 1930 den Beschluß „Über die Bekämpfung der Verzerrungen der Parteilinie in der Kollektivwirtschaftsbewegung“.

Dieser Beschluß enthielt eine eingehende Analyse der begangenen Fehler, die eine Folge des Abweichens von der Lenin-Stalinschen Linie der Partei, das Ergebnis der direkten Verletzung der Parteidirektiven waren.

Das Zentralkomitee wies darauf hin, daß die Praxis der „linken“ Überspitzungen eine direkte Hilfe für den Klassenfeind ist.

Das Zentralkomitee gab die Anweisung: „Funktionäre, die es nicht verstehen oder nicht gewillt sind, einen entschiedenen Kampf gegen die Verzerrungen der Parteilinie zu führen, sind ihrer Posten zu *entheben* und durch andere zu *ersetzen*.“ (Die KPdSU [B] in Resolutionen, Teil 2, S. 663 russ.)

Das Zentralkomitee erneuerte die Leitungen einiger Gebiets- und Regionsorganisationen der Partei (Moskauer Gebiet, Transkaukasien), die politische Fehler begangen hatten und es nicht verstanden, sie zu korrigieren.

Am 3. April 1930 wurde der Artikel des Genossen Stalin „Antwort an die Genossen Kollektivbauern“ veröffentlicht. In ihm wurden die *Wurzeln* der Fehler in der Bauernfrage und die Hauptfehler in der Kollektivwirtschaftsbewegung aufgezeigt: die unrichtige Behandlung des Mittelbauern, die Verletzung des Leninschen Prinzips der Freiwilligkeit bei der Schaffung von Kollektivwirtschaften, die Verlet-

zung des Leninschen Prinzips, der Mannigfaltigkeit der Bedingungen in den verschiedenen Gebieten der Sowjetunion Rechnung zu tragen, das Überspringen des Artels zur Kommune hin.

Durch all diese Maßnahmen erreichte die Partei die Beseitigung der Überspitzungen, die in einer Reihe von Rayons von den örtlichen Funktionären begangen worden waren.

Es bedurfte der größten Festigkeit des Zentralkomitees, der Fähigkeit, sich *gegen den Strom* zu stellen, um einen bedeutenden Teil der Parteikader, denjenigen Teil, der von den Erfolgen hingerissen, jählings hinabglitt und von der Parteilinie abgetrieben wurde, rechtzeitig auf den richtigen Weg zu lenken.

Die Partei erreichte, daß die Verzerrungen der Parteilinie in der Kollektivwirtschaftsbewegung ausgemerzt wurden.

Auf dieser Grundlage wurden die Erfolge der Kollektivwirtschaftsbewegung verankert.

Auf dieser Grundlage wurde der Boden für ein neues mächtiges Anwachsen der Kollektivwirtschaftsbewegung geschaffen.

Bis zum Übergang der Partei zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse wurde eine ernsthafte Offensive gegen die kapitalistischen Elemente mit dem Ziele ihrer Liquidierung vorwiegend in der Stadt, auf dem Gebiete der Industrie, geführt. Die Landwirtschaft, das Dorf, blieb zunächst hinter der Industrie, hinter der Stadt, zurück. Infolgedessen trug die Offensive den Charakter eines nur an einer Stelle geführten Angriffs, einen unvollständigen, keinen allgemeinen Charakter. Jetzt aber, als die Rückständigkeit des Dorfes immer mehr in die Vergangenheit versank, der Kampf der Bauernschaft für die Liquidierung des Kulakentums mit aller Klarheit hervortrat und die Partei zur Politik der Liquidierung des Kulakentums überging, nahm die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente allgemeinen Charakter an; die an einer Stelle geführte Offensive ging in eine Offensive an der ganzen Front über. Zur Zeit der Einberufung des XVI. Parteitags entfaltete sich die allgemeine Offensive gegen die kapitalistischen Elemente bereits auf der ganzen Linie.

Der XVI. Parteitag trat am 26. Juni 1930 zusammen. Auf dem Parteitag waren 1268 Delegierte mit beschließender und 891 mit beratender Stimme anwesend, die 1 260 874 Parteimitglieder und 711 609 Kandidaten vertraten.

Der XVI. Parteitag ging in die Geschichte der Partei ein als

„Parteitag der vollentfalteten Offensive des Sozialismus *an der ganzen Front*, der Liquidierung des Kulakentums als Klasse und der Verwirklichung der durchgängigen Kollektivierung“. (*Stalin.*)

Im politischen Bericht des Zentralkomitees zeigte Genosse Stalin, welche großen Siege die bolschewistische Partei durch die Entfaltung der sozialistischen Offensive errungen hatte.

Auf dem Gebiete der sozialistischen Industrialisierung hatte der Anteil der Industrie an der Bruttoproduktion der gesamten Volkswirtschaft den Anteil der Landwirtschaft bereits übertroffen. Im Wirtschaftsjahr 1929/30 betrug der Anteil der Industrie bereits nicht weniger als 53 Prozent der Bruttoproduktion der gesamten Volkswirtschaft, der Anteil der Landwirtschaft ungefähr 47 Prozent.

Zur Zeit des XV. Parteitags im Jahre 1926/27 hatte die Bruttoproduktion der *gesamten* Industrie insgesamt nur 102,5 Prozent des Vorkriegsniveaus erreicht, zur Zeit des XVI. Parteitags aber, das heißt im Jahre 1929/30, gegen 180 Prozent des Vorkriegsniveaus.

Immer mehr festigte sich die Schwerindustrie — die Produktion von Produktionsmitteln, der Maschinenbau.

„... Wir stehen am Vorabend der Umwandlung unseres Landes aus einem *Agrarland* in ein *Industrieland*“, erklärte Genosse Stalin unter stürmischem Beifall des gesamten Parteitags.

Das hohe Entwicklungstempo der Industrie durfte jedoch, erklärte Genosse Stalin, nicht mit dem Entwicklungsniveau der Industrie verwechselt werden. Ungeachtet des beispiellosen Entwicklungstempos der sozialistischen Industrie sind wir hinter dem Entwicklungsniveau der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder noch *weit zurückgeblieben*. So war es mit der Erzeugung von elektrischer Energie, trotz der kolossalen Erfolge der Elektrifizierung in der Sowjetunion. So war es mit der Metallgewinnung. Die Erzeugung von Roheisen sollte in der Sowjetunion laut Plan Ende 1929/30 5,5 Millionen Tonnen betragen, während die Roheisengewinnung in Deutschland im Jahre 1929 13,4 Millionen Tonnen, in Frankreich 10,45 Millionen Tonnen betrug. Um in kürzester Frist unsere technisch-ökonomische Rückständigkeit zu beseitigen, war eine weitere Beschleunigung des Entwicklungstempos unserer Industrie notwendig, war der entschiedenste Kampf gegen die Opportunisten notwendig, die bestrebt waren, das Entwicklungstempo der sozialistischen Industrie zu verlangsamen.

„... Leute, die von der Notwendigkeit einer *Verlangsamung* des Entwicklungstempos unserer Industrie schwatzen, sind Feinde des Sozialismus, Agenten unserer Klassenfeinde“, betonte Genosse Stalin. (*Stalin*, Politischer Bericht des ZK an den XVI. Parteitag der KPdSU [B], Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 40.)

Nach der erfolgreichen Erfüllung und Übererfüllung des Planes für das erste Jahr des ersten Fünfjahrplans entstand in den Massen die Losung „*Erfüllung des Fünfjahrplans in vier Jahren*“. In einer Reihe führender Industriezweige (Erdöl- und Torfindustrie, allgemeiner Maschinenbau, Landmaschinenbau, Elektroindustrie) ging die Erfüllung des Planes so erfolgreich vor sich, daß man in diesen Zweigen das Programm des Fünfjahrplans sogar in zweieinhalb bis drei Jahren erfüllen konnte. Dadurch wurde die volle Realisierbarkeit der Losung „Fünfjahrplan in vier Jahren“ bestätigt und der Opportunismus der Kleingläubigen entlarvt, die an der Möglichkeit ihrer Verwirklichung gezweifelt hatten.

Der XVI. Parteitag beauftragte das Zentralkomitee der Partei, „auch in Zukunft ein *kämpferisches bolschewistisches Tempo* des sozialistischen Aufbaus zu sichern, die tatsächliche *Erfüllung des Fünfjahrplans in vier Jahren* zu erreichen“.

Zur Zeit des XVI. Parteitags war der gewaltigste Umschwung in der Entwicklung der Landwirtschaft der Sowjetunion erreicht. Die breiten Massen der Bauernschaft hatten sich dem Sozialismus zugewandt. Am 1. Mai 1930 erfaßte die Kollektivierung in den wichtigsten Getreiderayons der Überschußgebiete 40 bis 50 Prozent der Bauernwirtschaften (an Stelle von 2 bis 3 Prozent im Frühjahr 1928). Die Saatfläche der Kollektivwirtschaften betrug 36 Millionen Hektar.

Somit war jenes erhöhte Programm übererfüllt, das im Beschluß des Zentralkomitees vom 5. Januar 1930 festgelegt worden war (30 Millionen Hektar). Und das Fünfjahrprogramm des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus war im Verlauf von zwei Jahren bereits um mehr als das Anderthalbfache übererfüllt.

Die Warenproduktion der Kollektivwirtschaften wuchs in drei Jahren auf mehr als das Vierzigfache. Schon im Jahre 1930 erhielt der Staat von den Kollektivwirtschaften, die Sowjetwirtschaften nicht mit eingerechnet, mehr als die Hälfte der gesamten Warengetreideproduktion des Landes.

Das bedeutete, daß von nun ab nicht die individuellen Bauernwirtschaften, sondern die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften das Schicksal der Landwirtschaft bestimmen werden.

Hatte sich die Sowjetmacht vor dem Masseneintritt der Bauernschaft in die Kollektivwirtschaften hauptsächlich auf die sozialistische Industrie gestützt, so stützte sie sich von nun ab auch auf den rasch wachsenden sozialistischen Sektor der Landwirtschaft, auf die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften.

Die Kollektivbauernschaft wurde, wie der XVI. Parteitag in einem seiner Beschlüsse sagte, zur „wirklichen und festen Stütze der Sowjetmacht“.

3

*Die Einstellung auf die Rekonstruktion aller Zweige der Volkswirtschaft · Die Rolle der Technik · Das weitere Anwachsen der Kollektivwirtschaftsbewegung · Die Politischen Abteilungen bei den Maschinen- und Traktorenstationen · Die Ergebnisse der Erfüllung des Fünfjahresplans in vier Jahren · Der Sieg des Sozialismus an der ganzen Front
Der XVII. Parteitag*

Nachdem es offenbar geworden war, daß die Schwerindustrie und besonders der Maschinenbau nicht nur geschaffen und befestigt waren, sondern sich auch weiter in recht schnellem Tempo entwickelten, stand die Partei vor der nächsten Aufgabe, alle Zweige der Volkswirtschaft auf der Grundlage der neuen, modernen Technik zu rekonstruieren. Es galt, die Brennstoffindustrie, das Hüttenwesen, die Leichtindustrie, die Lebensmittelindustrie, die Holzindustrie, die Kriegsindustrie, das Verkehrswesen und die Landwirtschaft mit einer neuen, modernen technischen Ausrüstung, mit neuen Werkbänken, neuen Maschinen zu versorgen. Angesichts der kolossal gestiegenen Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten und Industrieerzeugnissen war es notwendig, die Produktionsleistung in allen Zweigen der Volkswirtschaft zu verdoppeln und zu verdreifachen. Das zu erreichen war aber unmöglich, ohne die Fabriken und Werke, die Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften in ausreichendem Maße mit neuer, moderner Ausrüstung zu versorgen, denn mit der alten Ausrüstung konnte man ein solches Anwachsen der Produktion nicht erreichen.

Ohne die Rekonstruktion der Hauptzweige der Volkswirtschaft war es unmöglich, die neuen, immer mehr anwachsenden Bedürfnisse des Landes und seiner Volkswirtschaft zu befriedigen.

Ohne die Rekonstruktion war es unmöglich, die Offensive des Sozialismus an der ganzen Front zu Ende zu führen, denn man mußte nicht nur durch eine neue Organisation der Arbeit und des Eigentums, sondern auch durch eine neue Technik, durch die Überlegenheit der eigenen Technik, die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land schlagen und endgültig erledigen.

Ohne die Rekonstruktion war es unmöglich, die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in technisch-ökonomischer Hinsicht einzuholen und zu überholen, denn war die Sowjetunion vom Standpunkt des Entwicklungstempos der Industrie den kapitalistischen Ländern überlegen, so blieb sie vom Standpunkt des Entwicklungsniveaus der Industrie, der Menge der gelieferten Produkte, immer noch erheblich hinter ihnen zurück.

Um diese Rückständigkeit zu beseitigen, mußte man unsere gesamte Volkswirtschaft technisch neu ausrüsten, alle Zweige der Volkswirtschaft auf der Grundlage der neuen, modernen Technik rekonstruieren.

Die Technik gewann somit entscheidende Bedeutung.

Das Hindernis lag dabei nicht so sehr im Mangel an neuen Maschinen und Werkbänken — denn der Maschinenbau hatte die Möglichkeit, neue technische Ausrüstungen zu liefern —, als vielmehr in der unrichtigen Einstellung unserer Wirtschaftsleiter zur Technik, in der Unterschätzung der Rolle der Technik in der Rekonstruktionsperiode, in der Geringschätzung der Technik. Unsere Wirtschaftsfunktionäre waren der Auffassung, daß die Technik eine Sache der „Spezialisten“ sei, eine den „bürgerlichen Spezialisten“ übertragene zweitrangige Angelegenheit, daß die als Wirtschaftsleiter tätigen Kommunisten nicht verpflichtet seien, sich in die Produktionstechnik einzumischen, daß sie sich nicht mit der Technik, sondern mit einer wichtigeren Sache zu befassen haben, nämlich mit der „allgemeinen“ Leitung der Produktion.

Man ließ somit die bürgerlichen „Spezialisten“ in der Produktion freischalten und walten, die kommunistischen Wirtschaftler aber behielten sich die „allgemeine“ Leitung, das Unterschreiben von Papieren vor.

Es bedarf wohl keines Beweises, daß bei einer solchen Einstellung die „allgemeine“ Leitung in ein Geschwätz über die Leitung „im all-

gemeinen“, in ein ödes Unterschreiben von Papieren, in eine Aktenwirtschaft ausarten mußte.

Es ist klar, daß wir angesichts einer solchen Geringschätzung der Technik seitens der kommunistischen Wirtschaftler die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder niemals einholen, geschweige denn überholen könnten. Eine solche Einstellung zur Technik, zumal in der Rekonstruktionsperiode, mußte dazu führen, unser Land zu Rückständigkeit zu verurteilen und das Entwicklungstempo zu verlangsamten. Im Grunde genommen verhüllte, maskierte diese Einstellung zur Technik den verborgenen Wunsch eines Teiles der kommunistischen Wirtschaftler, das Entwicklungstempo der Industrie zu verlangsamten, zu senken und für sich eine „ruhige Atmosphäre“ zu schaffen, indem die Verantwortung für die Produktion auf die „Spezialisten“ abgewälzt wurde.

Es war notwendig, die kommunistischen Wirtschaftler zu bewegen, ihre Aufmerksamkeit der Technik zuzuwenden, bei ihnen das Interesse für die Technik zu wecken, ihnen zu zeigen, daß die Beherrschung der modernen Technik die ureigenste Sache der als Wirtschaftsleiter tätigen Bolschewiki ist, daß wir ohne Beherrschung der modernen Technik Gefahr laufen, unsere Heimat zu Rückständigkeit, zum Dahinvegetieren zu verdammen.

Das war eine Aufgabe, ohne deren Lösung es unmöglich war, vorwärtszuschreiten.

Von größter Bedeutung war in dieser Beziehung die Rede des Genossen Stalin auf der ersten Konferenz der Funktionäre der Industrie im Februar 1931.

„Zuweilen wird die Frage gestellt“, sagte Genosse Stalin in seiner Rede, „ob man nicht das Tempo etwas verlangsamten, die Bewegung zurückhalten könnte. Nein, das kann man nicht, Genossen! Das Tempo darf nicht herabgesetzt werden!... Das Tempo verlangsamten, das bedeutet zurückbleiben. Und Rückständige werden geschlagen. Wir aber wollen nicht die Geschlagenen sein. Nein, das wollen wir nicht!“

Die Geschichte des alten Rußland bestand unter anderem darin, daß es wegen seiner Rückständigkeit fortwährend geschlagen wurde. Es wurde geschlagen von den mongolischen Khans. Es wurde geschlagen von den türkischen Begs. Es wurde geschlagen

von den schwedischen Feudalen. Es wurde geschlagen von den polnisch-litauischen Pans. Es wurde geschlagen von den englisch-französischen Kapitalisten. Es wurde geschlagen von den japanischen Baronen. Es wurde von allen geschlagen wegen seiner Rückständigkeit...

Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder bringen wir das zuwege, oder wir werden zermalmt...

In höchstens zehn Jahren müssen wir jene Distanz durchlaufen, um die wir hinter den fortgeschrittenen Ländern des Kapitalismus zurück sind. Hierzu besitzen wir alle ‚objektiven‘ Möglichkeiten. Es fehlt bloß an der Fähigkeit, diese Möglichkeiten gehörig auszunutzen. Das hängt aber von uns ab. *Nur von uns!* Es ist Zeit, daß wir lernen, diese Möglichkeiten auszunutzen. Es ist Zeit, mit dem faulen Standpunkt der Nichteinmischung in die Produktion Schluß zu machen. Es ist Zeit, sich eine andere, eine neue, der jetzigen Periode entsprechende Einstellung zu eigen zu machen: sich in alles einzumischen. Bist du Direktor eines Betriebes — so mische dich in alle Dinge, dringe in alle Einzelheiten ein, lasse dir nichts entgehen, lerne und noch einmal lerne. Die Bolschewiki müssen die Technik meistern. Es ist Zeit, daß die Bolschewiki selbst zu Spezialisten werden. *Die Technik entscheidet in der Rekonstruktionsperiode alles.*“ (Stalin, Fragen des Leninismus, S. 398—401.)

Die historische Bedeutung der Rede des Genossen Stalin bestand darin, daß sie der Geringschätzung der Technik seitens der kommunistischen Wirtschaftler ein Ende setzte, daß sie das Augenmerk der kommunistischen Wirtschaftler auf die Technik hinlenkte, daß sie eine neue Phase des Kampfes um die Beherrschung der Technik durch die Kräfte der Bolschewiki selbst eröffnete und damit die Entfaltung der Rekonstruktion der Volkswirtschaft erleichterte.

Von nun an verwandelte sich die Beherrschung der Technik aus einem Monopol der bürgerlichen „Spezialisten“ in die ureigenste Sache der bolschewistischen Wirtschaftler selbst und die verächtliche Bezeichnung „Spezialist“ wurde zu einem Ehrennamen für einen Bolschewik, der die Technik gemeistert hat.

Von nun an sollten ganze Scharen von roten Spezialisten auf den Plan treten, und wirklich erschienen bald Tausende und aber Tausende, die die Technik gemeistert hatten und zur Leitung der Produktion befähigt waren.

Dies war eine neue, die sowjetische, produktionstechnisch geschulte Intelligenz der Arbeiterklasse und Bauernschaft, die heute die Hauptkraft unserer Wirtschaftsleitung darstellt.

All das mußte die Entfaltung der Rekonstruktion der Volkswirtschaft erleichtern und erleichterte sie in der Tat.

Die Entwicklung der Rekonstruktion erfolgte nicht nur in der Industrie und im Verkehrswesen. Sie entfaltete sich in noch rascherem Tempo in der Landwirtschaft. Das ist auch verständlich: die Landwirtschaft war weniger als andere Zweige der Volkswirtschaft mit Maschinen versorgt, und sie bedurfte am meisten neuer Maschinen. Die verstärkte Versorgung der Landwirtschaft mit neuen Maschinen war jetzt aber besonders notwendig, da jeder Monat, jede Woche ein neues Anwachsen des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus und folglich auch eine neue Nachfrage nach Tausenden und aber Tausenden von Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen brachte.

Das Jahr 1931 brachte ein neues Anwachsen der Kollektivwirtschaftsbewegung. In den wichtigsten Getreidegebieten waren schon mehr als 80 Prozent der Gesamtzahl der Bauernwirtschaften in Kollektivwirtschaften vereinigt. Die durchgängige Kollektivierung war hier im wesentlichen bereits abgeschlossen. In den minder wichtigen Getreidegebieten und in den Rayons der gewerblichen Nutzpflanzen waren mehr als 50 Prozent der Bauernwirtschaften kollektiviert. 200 000 Kollektivwirtschaften und 4000 Sowjetwirtschaften bestellten bereits zwei Drittel der gesamten Saatfläche, die Einzelbauern nur ein Drittel.

Das war ein gewaltiger Sieg des Sozialismus im Dorfe.

Der kollektivwirtschaftliche Aufbau ging jedoch zunächst nicht in die Tiefe, sondern in die Breite, nicht in der Richtung der Verbesserung der Arbeit der Kollektivwirtschaften und ihrer Kader, sondern in der Richtung der Vergrößerung ihrer Zahl und der Erfassung immer neuer und neuer Gebiete durch die Kollektivierung. Dieser Umstand erklärte sich dadurch, daß die Entwicklung des kollektivwirtschaftlichen Aktivs, die Entwicklung der kollektivwirtschaftlichen Kader mit dem zahlenmäßigen Wachstum der Kollektivwirtschaften

selbst nicht Schritt hielt. Infolgedessen wurde in den neuen Kollektivwirtschaften nicht immer befriedigend gearbeitet, und sie selbst blieben zunächst schwach, ungefestigt. Die Festigung der Kollektivwirtschaften wurde auch dadurch gehemmt, daß es im Dorfe an Menschen mit der nötigen Vorbildung mangelte, wie man sie für die Kollektivwirtschaften braucht (Buchführer, Wirtschaftsverwalter, Sekretäre), und daß es den Bauern an Erfahrungen in der Bewirtschaftung eines kollektiven Großbetriebs fehlte. In den Kollektivwirtschaften saßen Einzelbauern von gestern. Sie hatten Erfahrungen in der Bewirtschaftung kleiner Bodenparzellen. Sie hatten aber noch keine Erfahrung in der Leitung eines kollektiven Großbetriebs. Es war Zeit erforderlich, um diese Erfahrung zu erwerben.

Infolge dieser Umstände zeigten sich in der ersten Zeit in der Arbeit der Kollektivwirtschaften ernste Mängel. Es stellte sich heraus, daß in den Kollektivwirtschaften die Arbeit noch schlecht organisiert und die Arbeitsdisziplin schwach war. In vielen Kollektivwirtschaften wurde der Ertrag nicht nach den geleisteten Tagewerken, sondern nach der Zahl der Esser verteilt. Häufig kam es so, daß der Faulpelz mehr Getreide erhielt als der fleißige, ehrliche Kollektivbauer. Diese Mängel in der Leitung der Kollektivwirtschaften führten dazu, daß das Interesse der Kollektivbauern an der Arbeit sank, daß viele selbst mitten in der Saison nicht zur Arbeit erschienen, daß ein Teil der Kollektivfelder bis zum Schneefall nicht abgeerntet und die Ernteinbringung selbst nachlässig durchgeführt wurde, woraus sich riesige Getreideverluste ergaben. Das Fehlen persönlicher Verantwortlichkeit für die Maschinen und Pferde sowie in der Arbeit selbst schwächte die Entwicklung der Kollektivwirtschaften und verringerte ihren Ertrag.

Besonders schlecht lagen die Dinge in denjenigen Rayons, wo die früheren Kulaken und ihre Tellerlecker vermocht hatten, sich irgendeinen Posten in den Kollektivwirtschaften zu erschleichen. Nicht selten zogen enteignete Kulaken in einen anderen Rayon, wo man sie nicht kannte, und schlichen sich dort in die Kollektivwirtschaft ein, um Schaden und Unheil zu stiften. Zuweilen drangen die Kulaken infolge mangelnder Wachsamkeit der Partei- und Sowjetfunktionäre auch in ihrem eigenen Rayon in die Kollektivwirtschaften ein. Das Eindringen früherer Kulaken in die Kollektivwirtschaften wurde dadurch erleichtert, daß sie ihre Taktik im Kampfe gegen die Kollektiv-

wirtschaften schroff änderten. Früher traten die Kulaken offen gegen die Kollektivwirtschaften auf, führten einen bestialischen Kampf gegen die Aktivisten, gegen führende Kollektivbauern, mordeten sie aus dem Hinterhalt, setzten ihre Häuser, Scheunen usw. in Brand. Damit wollten die Kulaken die Bauernmasse einschüchtern, sie vom Eintritt in die Kollektivwirtschaften zurückhalten. Jetzt, da der offene Kampf gegen die Kollektivwirtschaften gescheitert war, änderten sie ihre Taktik. Sie schossen nicht mehr aus dem Stutzen, sondern gaben sich als stille, friedliche, umgängliche, völlig sowjetreue Menschen. Einmal in die Kollektivwirtschaften eingedrungen, fügten sie ihnen durch versteckte Wühlarbeit Schaden zu. Überall trachteten sie, die Kollektivwirtschaften von innen her zu zersetzen, die Arbeitsdisziplin in ihnen zu untergraben, die Ernteabrechnungen und Arbeitsberechnungen zu verwirren. Die Kulaken setzten ihre Hoffnungen auf die Vernichtung des Pferdebestandes der Kollektivwirtschaften, und es gelang ihnen auch, viele Pferde zugrunde zu richten. Mit Vorbedacht verseuchten die Kulaken die Pferde mit Rotz, Krätze und anderen Krankheiten, ließen sie ohne jede Pflege usw. Die Kulaken machten Traktoren und Maschinen unbrauchbar.

Es gelang den Kulaken, die Kollektivbauern zu täuschen und ihre Schädlingsarbeit straflos zu betreiben, weil die Kollektivwirtschaften noch schwach und unerfahren, ihre Kader aber noch nicht die genügende Festigung erlangt hatten.

Um der Schädlingsarbeit der Kulaken in den Kollektivwirtschaften ein Ende zu bereiten und die Festigung der Kollektivwirtschaften zu beschleunigen, war es notwendig, den Kollektivwirtschaften durch Entsendung von Menschen, durch Ratschläge und Anleitung schnelle und wirksame Hilfe zu erweisen.

Diese Hilfe wurde den Kollektivwirtschaften von der bolschewistischen Partei zuteil.

Im Januar 1933 faßte das Zentralkomitee der Partei den Beschluß über die Organisation von *Politischen Abteilungen* bei den für die Kollektivwirtschaften arbeitenden Maschinen- und Traktorenstationen. Zur Unterstützung der Kollektivwirtschaften wurden 17 000 Parteiarbeiter ins Dorf zur Arbeit in den Politischen Abteilungen geschickt.

Das war eine wirksame Hilfe.

Die Politischen Abteilungen bei den Maschinen- und Traktorenstationen vermochten in zwei Jahren (1933 und 1934) eine große

Arbeit zu leisten, um die Mängel in der Tätigkeit der Kollektivwirtschaften zu beseitigen, in ihnen Aktivisten heranzubilden, die Kollektivwirtschaften zu festigen und von feindlichen, kulakischen Schädlingselementen zu säubern.

Die Politischen Abteilungen erfüllten in Ehren die ihnen zugewiesene Aufgabe: sie festigten die Kollektivwirtschaften in organisatorisch-wirtschaftlicher Beziehung, bildeten neue kollektivwirtschaftliche Kader heran, brachten die wirtschaftliche Leitung der Kollektivwirtschaften auf das richtige Geleise und hoben das politische Niveau der Massen der Kollektivbauern.

Gewaltige Bedeutung für die Hebung der Aktivität der Massen der Kollektivbauern im Kampfe für die Festigung der Kollektivwirtschaften hatten der Erste Unionskongreß der Stoßarbeiter der Kollektivwirtschaften (Februar 1933) und die Rede des Genossen Stalin auf diesem Kongreß.

Genosse Stalin sagte in seiner Rede, das alte, vorkollektivwirtschaftliche System im Dorfe mit dem neuen, dem kollektivwirtschaftlichen System vergleichend:

„Unter dem alten System arbeiteten die Bauern jeder für sich, sie arbeiteten in altväterlicher Weise, mit alten Arbeitsgeräten, arbeiteten für die Gutsbesitzer und Kapitalisten, für die Kulaken und Spekulanten, arbeiteten, um andere zu bereichern, und fristeten selbst ein Hungerdasein. Unter dem neuen, dem kollektivwirtschaftlichen System arbeiten die Bauern gemeinsam, artelweise, mit neuen Geräten, Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen, sie arbeiten für sich und für ihre Kollektivwirtschaften, leben ohne Kapitalisten und Gutsbesitzer, ohne Kulaken und Spekulanten, sie arbeiten, um ihre materielle und kulturelle Lage von Tag zu Tag zu verbessern.“ (*Stalin, Fragen des Leninismus, S. 500.*)

In seiner Rede zeigte Genosse Stalin auf, wieviel die Bauernschaft durch das Beschreiten des kollektivwirtschaftlichen Weges in der Tat gewonnen hat. Die bolschewistische Partei hatte den Millionenmassen der armen Bauern geholfen, in die Kollektivwirtschaften einzutreten und sich vom Kulakenjoch zu befreien. Und nun, nach ihrem Eintritt in die Kollektivwirtschaften, wo sie den besten Boden und die besten Produktionsmittel in Nutzung haben, erhoben sich die Millionen-

massen der armen Bauern, die früher ein Hungerdasein gefristet hatten, in den Kollektivwirtschaften auf das Niveau von Mittelbauern und wurden zu Menschen mit gesicherter Existenz.

Das war der erste Schritt, die erste Errungenschaft auf dem Wege des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus.

Der zweite Schritt, sagte Genosse Stalin, wird darin bestehen, die Kollektivbauern, sowohl die früheren armen Bauern als auch die früheren Mittelbauern, auf ein noch höheres Niveau zu heben, alle Kollektivbauern wohlhabend und alle Kollektivwirtschaften bolschewistisch zu machen.

„Damit die Kollektivbauern wohlhabend werden“, sagte Genosse Stalin, „dazu ist jetzt nur eins erforderlich – in der Kollektivwirtschaft ehrlich zu arbeiten, die Traktoren und Maschinen richtig auszunutzen, das Arbeitsvieh richtig auszunutzen, den Boden richtig zu bearbeiten, mit dem Eigentum der Kollektivwirtschaften sorgsam umzugehen.“ (Ebenda, S. 506.)

Die Rede des Genossen Stalin drang tief in das Bewußtsein der Millionen Kollektivbauern ein, sie wurde zum praktischen Kampfprogramm der Kollektivwirtschaften.

Ende 1934 wurden die Kollektivwirtschaften zu einer unerschütterlichen, unbesiegbaren Kraft. Zu dieser Zeit umfaßten sie bereits ungefähr drei Viertel aller Bauernwirtschaften der gesamten Sowjetunion und ungefähr 90 Prozent der gesamten Saatfläche.

Im Jahre 1934 arbeiteten in der Landwirtschaft der Sowjetunion bereits 281 000 Traktoren und 32 000 Mähdrescher. Die Frühljahrsaussaat 1934 wurde um 15 bis 20 Tage früher als im Jahre 1933 und um 30 bis 40 Tage früher als im Jahre 1932 beendet, der Getreidebeschaffungsplan wurde um drei Monate früher erfüllt als im Jahre 1932.

So hatten sich, dank der von der Partei und dem Arbeiter- und Bauernstaat erwiesenen gewaltigen Hilfe, die Kollektivwirtschaften in zwei Jahren gefestigt.

Der fest verankerte Sieg des kollektivwirtschaftlichen Systems und der damit verbundene Aufschwung der Landwirtschaft gaben der Sowjetmacht die Möglichkeit, das Kartensystem für Brot und andere Lebensmittel abzuschaffen und den freien Verkauf von Lebensmitteln einzuführen.

Da die Politischen Abteilungen bei den Maschinen- und Traktorenstationen, die als zeitweilige politische Organe geschaffen worden waren, ihre Aufgabe erfüllt hatten, faßte das Zentralkomitee den Beschluß, die Politischen Abteilungen bei den Maschinen- und Traktorenstationen in gewöhnliche Parteiorgane umzuwandeln, sie mit den bestehenden Rayonkomitees der Partei zu verschmelzen.

Alle diese Erfolge, sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie, waren dank der erfolgreichen Erfüllung des Fünfjahrplans erungen worden.

Zu Beginn des Jahres 1933 wurde offensichtlich, daß der erste Fünfjahrplan schon erfüllt war, vor Ablauf der Frist, nämlich in vier Jahren und drei Monaten.

Das war ein gewaltiger, welthistorischer Sieg der Arbeiterklasse und der Bauernschaft der Sowjetunion.

In seinem Bericht auf der Januarplenartagung des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der Partei im Jahre 1933 faßte Genosse Stalin die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans zusammen. Wie aus dem Bericht hervorging, hatten die Partei und die Sowjetmacht in der verflossenen Periode, in der Periode der Erfüllung des ersten Fünfjahrplans, folgende Hauptergebnisse erzielt:

a) Die Sowjetunion ist aus einem Agrarland ein Industrieland geworden, denn der Anteil der Industrieproduktion an der Gesamtproduktion der Volkswirtschaft war auf 70 Prozent angewachsen.

b) Das sozialistische Wirtschaftssystem hat die kapitalistischen Elemente in der Industrie liquidiert und ist zum einzigen Wirtschaftssystem in der Industrie geworden.

c) Das sozialistische Wirtschaftssystem hat in der Landwirtschaft das Kulakentum als Klasse liquidiert und ist zur herrschenden Kraft in der Landwirtschaft geworden.

d) Das kollektivwirtschaftliche System hat das Elend und die Armut im Dorfe beseitigt — Dutzende Millionen armer Bauern sind zu der Lebenslage von Menschen mit gesicherter Existenz emporgestiegen.

e) Das sozialistische System in der Industrie hat der Arbeitslosigkeit ein Ende gesetzt, hat in einer Reihe von Produktionszweigen den Achtstundentag beibehalten, in der überwältigenden Mehrheit der Betriebe den Siebenstundentag eingeführt und für gesundheitsschädliche Betriebe den Sechstundentag festgelegt.

f) Der Sieg des Sozialismus auf allen Gebieten der Volkswirtschaft hat die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft.

Die Bedeutung dieser Errungenschaften des ersten Fünfjahrplans bestand vor allem darin, daß sie die Arbeiter und Bauern endgültig vom Joch der Ausbeutung befreiten und ALLEN Werktätigen der Sowjetunion den Weg erschlossen, sich ein Leben in Wohlstand und Kultur zu sichern.

Im Januar 1934 trat der XVII. Parteitag zusammen. Auf dem Parteitag waren 1225 Delegierte mit beschließender und 736 Delegierte mit beratender Stimme anwesend, die 1 874 488 Parteimitglieder und 935 298 Kandidaten vertraten.

Der Parteitag zog die Bilanz der Arbeit der Partei während der verflossenen Periode, wies auf die entscheidenden Erfolge des Sozialismus in allen Zweigen der Wirtschaft und Kultur hin und stellte fest, daß die Generallinie der Partei auf der ganzen Linie gesiegt hatte.

Der XVII. Parteitag ging als „Parteitag der Sieger“ in die Geschichte ein.

Genosse Stalin hob in seinem Rechenschaftsbericht die grundlegenden Umgestaltungen hervor, die in der Berichtsperiode in der Sowjetunion vor sich gegangen waren.

„Die Sowjetunion hat sich in dieser Periode von Grund aus umgestaltet und das Gepräge der Rückständigkeit und des Mittelalters abgestreift. Aus einem Agrarland ist sie zu einem Industrieland geworden. Aus einem Lande der kleinbäuerlichen Einzelwirtschaft ist sie zu einem Lande des kollektiven mechanisierten landwirtschaftlichen Großbetriebs geworden. Aus einem unwissenden, analphabetischen und kulturlosen Land wurde sie — genauer gesagt, wird sie — zu einem gebildeten, kulturell hochstehenden Land, das von einem gewaltigen Netz von Hoch-, Mittel- und Elementarschulen bedeckt ist, die in den Sprachen der Nationalitäten der Sowjetunion wirken.“ (*Stalin, Fragen des Leninismus, S. 532.*)

Die sozialistische Industrie machte um diese Zeit bereits 99 Prozent der gesamten Industrie des Landes aus. Die sozialistische Landwirtschaft, die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften, verfügte über ungefähr 90 Prozent der gesamten Saatfläche des Landes. Was den Warenumsatz betrifft, so waren die kapitalistischen Elemente aus dem Handel völlig verdrängt.

Bei der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik hatte Lenin davon gesprochen, daß es in unserem Lande Elemente von fünf sozial-ökonomischen Formationen gab. Die erste Formation ist die patriarchalische Wirtschaft, die in hohem Grade Naturalwirtschaft ist, das heißt eine Wirtschaft, die fast keinen Handel treibt. Die zweite Formation ist die kleine Warenproduktion — die Mehrzahl der bäuerlichen Wirtschaften —, die sich mit dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte befaßt, und die Handwerker. Diese Wirtschaftsformation umfaßte in den ersten Jahren der Neuen Ökonomischen Politik die Mehrheit der Bevölkerung. Die dritte Formation ist der privatwirtschaftliche Kapitalismus, der zu Beginn der Neuen Ökonomischen Politik aufzuleben begann. Die vierte Formation ist der Staatskapitalismus, das sind hauptsächlich die Konzessionen, die keine irgendwie bedeutsame Entwicklung nahmen. Die fünfte Formation ist der Sozialismus, die sozialistische Industrie, die damals noch schwach war, die Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften, die zu Beginn der Neuen Ökonomischen Politik einen unbedeutenden Platz in der Volkswirtschaft einnahmen, der staatliche Handel und die Genossenschaften, die zu Beginn der Neuen Ökonomischen Politik ebenfalls schwach waren.

Lenin hatte nachgewiesen, daß von allen diesen Formationen die sozialistische Formation die Oberhand gewinnen muß.

Die Neue Ökonomische Politik war darauf berechnet, die sozialistischen Wirtschaftsformen zum vollen Sieg zu führen.

Und dieses Ziel war zur Zeit des XVII. Parteitags bereits verwirklicht.

„Wir können jetzt sagen“, erklärte Genosse Stalin in diesem Zusammenhang, „daß die erste, die dritte und die vierte sozial-ökonomische Formation bereits nicht mehr bestehen, daß die zweite sozial-ökonomische Formation auf untergeordnete Positionen zurückgedrängt worden ist, während die fünfte sozial-ökonomische Formation, die sozialistische Formation, die uneingeschränkt herrschende und einzige bestimmende Kraft in der gesamten Volkswirtschaft ist.“ (*Stalin, Fragen des Leninismus*, S. 534.)

Die Fragen der ideologisch-politischen Leitung nahmen im Bericht des Genossen Stalin einen wichtigen Platz ein. Er mahnte die Partei,

daran zu denken, daß die Feinde der Partei, die Opportunisten aller Spielarten, die Vertreter nationalistischer Abweichungen aller Art, zwar geschlagen sind, daß aber die Überreste ihrer Ideologie in den Köpfen einzelner Parteimitglieder noch fortleben und sich nicht selten bemerkbar machen. Die Überreste des Kapitalismus im Wirtschaftsleben und besonders im Bewußtsein der Menschen sind ein günstiger Boden für das Aufleben der Ideologie der geschlagenen antileninistischen Gruppen. Das Bewußtsein der Menschen bleibt in seiner Entwicklung hinter ihrer ökonomischen Lage zurück. Deshalb erhalten sich die Überreste bürgerlicher Auffassungen in den Köpfen der Menschen und werden sich noch weiter erhalten, obwohl der Kapitalismus in der Wirtschaft schon beseitigt ist. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die kapitalistische Umkreisung, gegen die man das Pulver trocken halten muß, bestrebt ist, diese Überreste zu beleben und zu unterstützen.

Genosse Stalin ging unter anderem auf die Überreste des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen auf dem Gebiete der nationalen Frage ein, wo sie besonders zählebig sind. Die Partei der Bolschewiki kämpfte an zwei Fronten — sowohl gegen die Abweichung zum großrussischen Chauvinismus als auch gegen die Abweichung zum lokalen Nationalismus. In mehreren Republiken (Ukraine, Bjelorußland u. a.) hatten die Parteioorganisationen den Kampf gegen den lokalen Nationalismus abgeschwächt und diesen so sehr anwachsen lassen, daß er sich mit feindlichen Kräften, mit Interventionisten, zusammenschloß und zu einer staatsgefährlichen Erscheinung wurde. Auf die Frage, welche Abweichung in der nationalen Frage die Hauptgefahr sei, antwortete Genosse Stalin:

„Die Hauptgefahr stellt diejenige Abweichung dar, gegen die man zu kämpfen aufgehört und die man dadurch zu einer staatsgefährlichen Erscheinung hat anwachsen lassen.“ (Ebenda, S. 575.)

Genosse Stalin forderte die Partei auf, die ideologisch-politische Arbeit zu verstärken, die Ideologie und die Überreste der Ideologie der feindlichen Klassen und der dem Leninismus feindlichen Strömungen systematisch zu entlarven.

Genosse Stalin wies weiter in seinem Bericht darauf hin, daß die Annahme richtiger Beschlüsse an sich noch nicht den Erfolg einer Sache sichere. Um den Erfolg einer Sache zu sichern, ist es notwendig,

die zur Durchführung der Beschlüsse der leitenden Organe-fähigen Menschen an den *richtigen Platz zu stellen* und die *Kontrolle der Durchführung* dieser Beschlüsse *zu organisieren*. Ohne diese organisatorischen Maßnahmen läuft man Gefahr, daß die Beschlüsse vom Leben losgelöste papierne Beschlüsse bleiben. Genosse Stalin berief sich hierbei auf den bekannten Leitsatz Lenins, daß die Hauptsache in der organisatorischen Arbeit *die Auswahl der Menschen und die Kontrolle der Durchführung* ist. Dabei unterstrich Genosse Stalin, daß die Kluft zwischen den gefaßten Beschlüssen und der organisatorischen Arbeit zur Durchführung und zur Kontrolle der Durchführung dieser Beschlüsse das Grundübel unserer praktischen Arbeit darstelle.

Um die Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse der Partei und der Regierung zu verbessern, schuf der XVII. Parteitag an Stelle der Zentralen Kontrollkommission – Arbeiter- und Bauerninspektion, die in der Zeit seit dem XII. Parteitag ihre Aufgaben bereits erfüllt hatte, die Kommission für Parteikontrolle beim Zentralkomitee der KPdSU (B) und die Kommission für Sowjetkontrolle beim Rat der Volkskommissare der Sowjetunion.

Genosse Stalin formulierte die organisatorischen Aufgaben der Partei in der neuen Etappe folgendermaßen:

1. unsere Organisationsarbeit mit den Anforderungen der politischen Linie der Partei in Einklang zu bringen;
2. die organisatorische Leitung auf das Niveau der politischen Leitung zu heben;
3. durchzusetzen, daß die organisatorische Leitung die Durchführung der politischen Losungen und der Beschlüsse der Partei vollständig sichert.

Am Schluß seines Berichtes mahnte Genosse Stalin, daß man sich, obwohl die Erfolge des Sozialismus groß sind und das Gefühl berechtigten Stolzes hervorrufen, dennoch von den errungenen Erfolgen nicht hinreißen lassen, daß man nicht „überheblich“ werden und sich nicht einschläfern lassen dürfe.

„Man darf . . . die Partei nicht einlullen, sondern muß in ihr die Wachsamkeit entwickeln, darf sie nicht einschläfern, sondern muß sie im Zustand der Kampfbereitschaft halten, darf sie nicht entwaffnen, sondern muß sie bewaffnen, darf sie nicht demobilisieren, sondern muß sie im Zustand der Mobilisierung

zur Verwirklichung des zweiten Fünfjahrplans halten“, sagte Genosse Stalin. (Fragen des Leninismus, S. 586.)

Der XVII. Parteitag nahm die Berichte der Genossen Molotow und Kujbyschew über den zweiten Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft entgegen. Die Aufgaben des zweiten Fünfjahrplans waren noch grandioser als die des ersten Fünfjahrplans. Bis zum Ende des zweiten Fünfjahrplans, im Jahre 1937, sollte die Industrieproduktion ungefähr auf das Achtfache des Vorkriegsniveaus anwachsen. Der Umfang der Neubauten in der gesamten Volkswirtschaft wurde im zweiten Fünfjahrplan in Höhe von 133 Milliarden Rubel festgelegt gegenüber etwas mehr als 64 Milliarden Rubel im ersten Fünfjahrplan.

Dieses gewaltige Ausmaß der Neubauten sicherte die völlige technische Neuausrüstung aller Zweige der Volkswirtschaft.

Im zweiten Jahrfünft war die Mechanisierung der Landwirtschaft im wesentlichen zu vollenden. Die Leistungsfähigkeit des Traktoren-parks sollte sich von $2\frac{1}{4}$ Millionen Pferdestärken im Jahre 1932 auf mehr als 8 Millionen Pferdestärken im Jahre 1937 erhöhen. Es wurde vorgesehen, ein System agrotechnischer Maßnahmen (richtiger Fruchtwechsel, Verwendung reinsortigen Saatgutes, Herbststurz der Saatflächen usw.) in breitem Ausmaße einzuführen.

Es wurden riesige Arbeiten für die technische Rekonstruktion des Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesens vorgesehen.

Ein großzügiges Programm der weiteren Erhöhung der Lebenshaltung und des Kulturniveaus der Arbeiter und Bauern wurde entworfen.

Der XVII. Parteitag widmete den Organisationsfragen große Aufmerksamkeit und nahm zum Bericht des Genossen Kaganowitsch spezielle Beschlüsse über die Fragen des Partei- und Sowjetaufbaus an. Die Organisationsfrage gewann noch größere Bedeutung, nachdem die Generallinie der Partei gesiegt hatte, nachdem die Politik der Partei durch das Leben, durch die Erfahrungen der Millionen Arbeiter und Bauern erprobt worden war. Die neuen, komplizierten Aufgaben des zweiten Fünfjahrplans erforderten die Erhöhung der Arbeitsqualität auf allen Gebieten.

„Die Hauptaufgaben des zweiten Fünfjahrplans — die endgültige Liquidierung der kapitalistischen Elemente, die Überwindung der Überreste des Kapitalismus im Wirtschaftsleben

und im Bewußtsein der Menschen, die Vollendung der Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft auf der modernsten technischen Basis, die Beherrschung der neuen Technik und der Leitung der neuen Betriebe, die Maschinisierung der Landwirtschaft und die Hebung ihrer Produktivität — stellen in aller Schärfe die Frage der *Erhöhung der Qualität der Arbeit auf allen Gebieten, in erster Linie der Qualität der praktisch-organisatorischen Leitung*“, hieß es in den Beschlüssen des Parteitag zu den Organisationsfragen. („Der Sozialismus siegt“, Berichte und Reden auf dem XVII. Parteitag der KPdSU [B], S. 682.)

Auf dem XVII. Parteitag wurde das neue Parteistatut angenommen, das sich vom alten Parteistatut vor allem dadurch unterscheidet, daß in das Statut ein einleitender Teil eingefügt wurde. Dieser einleitende Teil des Statuts enthält eine kurze Definition der Kommunistischen Partei, eine Definition ihrer Bedeutung für den Kampf des Proletariats und ihrer Stellung im System der Organe der proletarischen Diktatur. Das neue Statut zählt ausführlich die Pflichten des Parteimitglieds auf. In das Statut wurden strengere Regeln für die Aufnahme in die Partei und ein Punkt über die Gruppen der Sympathisierenden eingefügt. Im neuen Statut ist die Frage des organisatorischen Aufbaus der Partei ausführlicher behandelt; die Punkte über die früheren Parteizellen, die untersten, die primären Organisationen, wie sie seit dem XVII. Parteitag genannt werden, sind neu formuliert. Neu formuliert sind im neuen Statut auch die Punkte über die innerparteiliche Demokratie und die Parteidisziplin.

4

Die Entartung der Bucharinleute zu politischen Doppelzünglern • Die Entartung der trotzkistischen Doppelzüngler zu einer weißgardistischen Bande von Mördern und Spionen • Der ruchlose Mord an Genossen S. M. Kirow • Die Maßnahmen der Partei zur Verstärkung der Wachsamkeit der Bolschewiki

Die Erfolge des Sozialismus in unserem Lande erfüllten nicht bloß die Partei, nicht bloß die Arbeiter und Kollektivbauern mit Freude. Sie erfüllten auch unsere gesamte Sowjetintelligenz, alle ehrlichen Bürger der Sowjetunion mit Freude.

Sie erfreuten aber nicht, sondern erbitterten immer mehr die Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklassen.

Sie versetzten die Nachläufer der zerschlagenen Klassen, die erbärmlichen Überreste der Bucharinleute und Trotzlisten, in helle Wut.

Diese Herrschaften beurteilten die Errungenschaften der Arbeiter und Kollektivbauern nicht vom Standpunkt der Interessen des Volkes, das jede dieser Errungenschaften begrüßte, sondern vom Standpunkt der Interessen ihrer jämmerlichen, vom Leben losgerissenen und bis ins Mark verfaulten Fraktionsgruppe. Da die Erfolge des Sozialismus in unserem Lande den Sieg der Politik der Partei und den endgültigen Zusammenbruch der Politik dieser Herren bedeuteten, so begannen sie, anstatt die offensichtlichen Tatsachen anzuerkennen und sich in das gemeinsame Werk einzureihen, sich für ihren Mißerfolg, für ihren Bankrott, an der Partei und am Volke zu rächen; sie begannen die Sache der Arbeiter und Kollektivbauern verbrecherisch zu schädigen, Kohlengruben zu sprengen, Fabriken in Brand zu stecken, in den Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften Schaden zu stiften, um die Errungenschaften der Arbeiter und Kollektivbauern zu zerstören und im Volke Unzufriedenheit mit der Sowjetmacht hervorzurufen. Um aber dabei ihre erbärmliche Gruppe vor der Entlarvung und Zerschlagung zu bewahren, legten sie die Maske von parteitreuen Leuten an, begannen sie immer mehr vor der Partei zu scharwenzeln, der Partei zu lobhudeln, vor ihr zu kriechen, während sie in der Tat ihre Wühlarbeit gegen die Arbeiter und Bauern im verborgenen fortsetzten.

Auf dem XVII. Parteitag hielten Bucharin, Rykow und Tomski reuige Reden; sie sangen der Partei Loblieder und hoben die Errungenschaften der Partei in den Himmel. Der Parteitag fühlte jedoch, daß ihre Reden den Stempel der Unaufrichtigkeit und Doppelzünglerei trugen, denn die Partei fordert von ihren Mitgliedern keine Lobhudelei und Verherrlichung ihrer Errungenschaften, sondern ehrliche Arbeit an der Front des Sozialismus, von der jedoch bei den Bucharinleuten schon lange nichts zu merken war. Die Partei sah, daß diese Herrschaften in Wirklichkeit in ihren heuchlerischen Reden ihren Anhängern außerhalb des Parteitags Winke gaben, sie Doppelzünglerei lehrten und dazu aufriefen, nicht die Waffen zu strecken.

Auf dem XVII. Parteitag traten auch die Trotzlisten auf — Sinowjew

und Kamenew —, die sich wegen ihrer Fehler über alle Maßen geißelten und die Errungenschaften der Partei — ebenso maßlos — lobpriesen. Der Parteitag konnte aber nicht übersehen, daß sowohl die ekelregende Selbstgeißelung wie die widerlich-süßliche Lobpreisung der Partei die Kehrseite des unruhigen und bösen Gewissens dieser Herren darstellten. Die Partei wußte jedoch noch nicht, ahnte noch nicht, daß diese Herrschaften, die auf dem Parteitag mit süßlichen Reden auftraten, gleichzeitig den ruchlosen Mord an Genossen Kirow vorbereiteten.

Am 1. Dezember 1934 wurde im Smolny in Leningrad Genosse Kirow durch einen Revolverschuß ruchlos ermordet.

Der am Tatort ergriffene Mörder erwies sich als Mitglied einer konterrevolutionären unterirdischen Gruppe, die aus Teilnehmern der sowjetfeindlichen Sinowjewgruppe in Leningrad organisiert worden war.

Der Mord an Genossen Kirow, dem Liebling der Partei, dem Liebling der Arbeiterklasse, rief bei den Werktätigen unseres Landes gewaltigen Zorn und tiefste Trauer hervor.

Die Untersuchung ergab, daß sich in den Jahren 1933/34 in Leningrad aus früheren Teilnehmern der Sinowjew-Opposition eine unterirdische konterrevolutionäre Terroristengruppe gebildet hatte, an deren Spitze das sogenannte „Leningrader Zentrum“ stand. Diese Gruppe setzte sich das Ziel, die Führer der Kommunistischen Partei zu ermorden. Als erstes Opfer war Genosse Kirow ausersehen. Aus den Aussagen der Teilnehmer dieser konterrevolutionären Gruppe ergab sich, daß sie mit Vertretern ausländischer kapitalistischer Staaten in Verbindung standen und von ihnen Gelder erhielten.

Die entlarvten Teilnehmer dieser Organisation wurden vom Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion zur höchsten Strafe, zur Erschießung, verurteilt.

Bald danach wurde festgestellt, daß ein unterirdisches konterrevolutionäres „Moskauer Zentrum“ existierte. Die Untersuchung und der Prozeß deckten auf, welche schändliche Rolle Sinowjew, Kamenew, Jewdokimow und andere Führer dieser Organisation bei der Züchtung von terroristischen Stimmungen unter ihren Gesinnungsgenossen, bei den Vorbereitungen zur Ermordung von Mitgliedern des Zentralkomitees und der Sowjetregierung gespielt hatten.

Die Doppelzünglerei und die Niedertracht dieser Leute ging so

weit, daß Sinowjew — einer der Organisatoren und Inspiratoren des Mordes an Genossen Kirow, der den Mörder gedrängt hatte, diese ruchlose Tat möglichst bald auszuführen — nach Kirows Tod einen lobpreisenden Nachruf auf Kirow schrieb und verlangte, daß dieser Nachruf veröffentlicht werde.

Die Sinowjewleute, die vor Gericht die Reuigen spielten, setzten in der Tat auch in diesem Moment ihre Doppelzünglerei fort. Sie verheimlichten ihre Verbindung mit Trotzki. Sie verheimlichten, daß sie sich zusammen mit den Trotzkiisten an die faschistische Spionage verkauft hatten, sie verheimlichten ihre Spionage- und Schädlingearbeit. Die Sinowjewleute verheimlichten vor Gericht ihre Verbindungen mit den Bucharinleuten, das Bestehen einer vereinigten trotzkiistisch-bucharinschen Bande von Söldlingen des Faschismus.

Der Mord an Genossen Kirow war, wie sich später herausstellte, von dieser vereinigten trotzkiistisch-bucharinschen Bande verübt worden.

Schon damals, im Jahre 1935, wurde es klar, daß die Sinowjewgruppe eine maskierte weißgardistische Organisation war, die es vollauf verdiente, daß man mit ihren Mitgliedern wie mit Weißgardisten verfuhr.

Ein Jahr später wurde bekannt, daß Trotzki, Sinowjew, Kamenew und ihre Komplizen die eigentlichen, direkten und wirklichen Organisatoren des Mordes an Kirow und die Organisatoren der vorbereitenden Schritte zur Ermordung anderer Mitglieder des Zentralkomitees waren. Es wurden vor Gericht gestellt: Sinowjew, Kamenew, Bakajew, Jewdokimow, Pikel, I. N. Smirnow, Mratschkowski, Ter-Wagianian, Reinhold und andere. Die überführten Verbrecher mußten öffentlich, vor Gericht, eingestehen, daß sie nicht nur den Mord an Kirow organisiert hatten, sondern auch die Ermordung aller anderen Führer der Partei und der Regierung vorbereiteten. Die weitere Untersuchung ergab, daß diese verruchten Verbrecher den Weg der Organisation von Zerstörungsakten, den Weg der Spionage betreten hatten. Der ungeheuerliche moralische und politische Fall dieser Leute, die niederträchtige Gemeinheit und Verräterei, die sich hinter doppelzünglerischen Erklärungen über die Ergebnisse gegenüber der Partei verbargen, wurden in dem im Jahre 1936 in Moskau verhandelten Prozeß aufgedeckt.

Hauptinspirator und Hauptorganisator dieser ganzen Bande von

Mördern und Spionen war der Judas Trotzki. Die Helfershelfer Trotzki's, die seine konterrevolutionären Direktiven ausführten, waren Sinowjew, Kamenew und ihre trotzkistischen Nachläufer. Sie bereiteten die Niederlage der Sowjetunion für den Fall eines Angriffs der Imperialisten vor, sie waren gegenüber dem Arbeiter- und Bauernstaat zu Defaitisten, zu verabscheuungswürdigen Lakaien und Agenten der deutschen und japanischen Faschisten geworden.

Die wichtigste Lehre, die die Parteiorganisationen aus diesen Prozessen über den ruchlosen Mord an Genossen Kirow zu ziehen hatten, bestand darin, ihre eigene politische Blindheit, ihre politische Sorglosigkeit zu beseitigen und ihre Wachsamkeit, die Wachsamkeit aller Parteimitglieder zu erhöhen.

In dem Rundschreiben an die Parteiorganisationen, das im Zusammenhang mit dem ruchlosen Mord an Genossen Kirow herausgegeben wurde, gab das Zentralkomitee der Partei die Weisungen:

a) „Es gilt, mit der opportunistischen Vertrauensseligkeit Schluß zu machen, die von der falschen Annahme ausgeht, als ob der Feind in dem Maße, wie unsere Kräfte wachsen, immer zahmer und harmloser werde. Eine solche Annahme ist grundfalsch. Das ist eine Nachwirkung der rechten Abweichung, deren Vertreter aller Welt weiszumachen suchten, daß die Feinde allmählich in den Sozialismus hineinkriechen, daß sie zu guter Letzt richtige Sozialisten werden würden. Es ist nicht Sache der Bolschewiki, auf ihren Lorbeeren auszuruhen und Maulaffen feilzuhalten. Nicht Vertrauensseligkeit brauchen wir, sondern Wachsamkeit, wirkliche bolschewistische revolutionäre Wachsamkeit. Man muß dessen eingedenk sein, daß die Feinde, je hoffnungsloser ihre Lage sein wird, um so eher zu dem ‚äußersten Mittel‘ greifen werden, als dem einzigen Mittel der im Kampfe gegen die Sowjetmacht zum Untergang Verurteilten. Man muß dessen eingedenk und wachsam sein.“

b) „Es gilt, den Unterricht in der Parteigeschichte für die Parteimitglieder auf die gebührende Höhe zu bringen, das Studium aller und jeglicher parteifeindlichen Gruppierungen in der Geschichte unserer Partei, ihrer Methoden des Kampfes gegen die Linie der Partei, ihrer Taktik, und vor allem das Studium der Taktik und der Methoden des Kampfes unserer Partei gegen

die parteifeindlichen Gruppierungen, der Taktik und der Methoden, die es unserer Partei ermöglichten, diese Gruppierungen zu überwinden und aufs Haupt zu schlagen. Es ist notwendig, daß die Parteimitglieder nicht nur wissen, wie die Partei gegen die Kadetten, die Sozialrevolutionäre, die Menschewiki, die Anarchisten kämpfte und sie überwand, sondern auch, wie die Partei die Troztkisten, die ‚demokratischen Zentralisten‘, die ‚Arbeiter-Opposition‘, die Sinowjewleute, die rechten Abweichler, die ‚rechts-linken‘ Mißgestalten usw. bekämpfte und überwand. Man darf nicht vergessen, daß die Kenntnis und Beherrschung der Geschichte unserer Partei das wichtigste Mittel ist, um die revolutionäre Wachsamkeit der Parteimitglieder vollauf zu sichern.“

Gewaltige Bedeutung hatte in dieser Periode die im Jahre 1933 begonnene Reinigung der Parteilisten von den Elementen, die sich der Partei angegliedert hatten, sowie von den fremden Elementen, insbesondere aber die nach dem ruchlosen Mord an Genossen Kirow vorgenommene sorgfältige Überprüfung der Parteidokumente und der Umtausch der alten Parteidokumente gegen neue.

Bis zur Überprüfung der Parteidokumente herrschten in vielen Parteiorganisationen Willkür und Nachlässigkeit in der Handhabung der Parteimitgliedsbücher. In einer Reihe von örtlichen Parteiorganisationen wurde ein völlig unzulässiges *Chaos in der Registrierung der Kommunisten* aufgedeckt, das sich die Feinde für ihre niederträchtigen Zwecke dadurch zunutze machten, daß sie das Parteimitgliedsbuch als Deckung für Spionage, Schädlingarbeit usw. mißbrauchten. Die Aufnahme in die Partei und die Ausgabe von Parteimitgliedsbüchern wurden von vielen Leitern der Parteiorganisationen untergeordneten Funktionären anvertraut, häufig sogar ganz unerprobten Parteimitgliedern.

In einem speziellen Schreiben vom 13. Mai 1935 an alle Organisationen über die Registrierung, die Ausgabe und die Aufbewahrung der Parteimitgliedsbücher gab das Zentralkomitee der Partei die Anweisung, in allen Organisationen eine sorgfältige Überprüfung der Parteidokumente vorzunehmen, „in unserem eigenen Parteihause bolschewistische Ordnung zu schaffen“.

Die Überprüfung der Parteidokumente war von großer politischer Bedeutung. In der Resolution des Plenums des Zentralkomitees der

Partei vom 25. Dezember 1935 über die Ergebnisse der Überprüfung der Parteidokumente hieß es, daß diese Überprüfung eine organisatorisch-politische Maßnahme von größter Wichtigkeit für die Festigung der Reihen der KPdSU (B) darstelle.

Nach Abschluß der Überprüfung und des Umtausches der Parteidokumente wurde die Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei erneut zugelassen. Dabei forderte das Zentralkomitee der KPdSU (B), daß die Verstärkung der Parteilinien nicht gruppenweise erfolge, sondern streng individuell, durch Aufnahme „der wirklich fortgeschrittenen, der Sache der Arbeiterklasse wirklich ergebenden besten Menschen unseres Landes, vor allem aus der Arbeiterschaft, aber auch aus den Reihen der Bauern und der werktätigen Intelligenz, die an den verschiedenen Abschnitten des Kampfes für den Sozialismus erprobt sind“.

Im Zusammenhang mit der Wiederezulassung der Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei verpflichtete das Zentralkomitee die Parteiorganisationen, dessen eingedenk zu sein, daß die feindlichen Elemente auch in Zukunft versuchen werden, in die Reihen der KPdSU (B) einzudringen. In Anbetracht dessen

„besteht die Aufgabe aller Parteiorganisationen darin, die bolschewistische Wachsamkeit in jeder Weise zu erhöhen, das Banner der Leninschen Partei hochzuhalten und die Partei gegen das Eindringen fremder, feindlicher und zufälliger Elemente in ihre Reihen zu sichern“. (Beschluß des ZK der KPdSU [B] vom 29. September 1936, „Prawda“ Nr. 270, 1936.)

Indem die bolschewistische Partei ihre Reihen reinigte und festigte, einen Vernichtungsfeldzug gegen die Feinde der Partei führte und die Verzerrung der Parteilinie schonungslos bekämpfte, schloß sie sich noch enger um ihr Zentralkomitee zusammen, unter dessen Führung die Partei und das Sowjetland zu einer neuen Etappe übergingen, zur Vollendung des Aufbaus der klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft.

Kurze Zusammenfassung

In den Jahren 1930–1934 bewältigte die Partei der Bolschewiki die nach der Machteroberung schwierigste historische Aufgabe der proletarischen Revolution, die Überleitung der Millionen Wirtschaften

bäuerlicher Kleinbesitzer auf den Weg der Kollektivierung, auf den Weg des Sozialismus.

Die Liquidierung des Kulakentums als der zahlreichsten Ausbeuterklasse und die Überleitung der großen Massen der Bauernschaft auf den Weg der Kollektivwirtschaften führten zur Ausrodung der letzten Wurzeln des Kapitalismus im Lande, zur Vollendung des Sieges des Sozialismus in der Landwirtschaft, zur endgültigen Festigung der Sowjetmacht im Dorfe.

Nach Überwindung einer Reihe von Schwierigkeiten organisatorischer Natur festigten sich die Kollektivwirtschaften endgültig und beschränkten den Weg eines Lebens in Wohlstand.

Als Ergebnis der Erfüllung des ersten Fünfjahrplans wurde in unserem Lande das unerschütterliche Fundament der sozialistischen Wirtschaft gelegt, nämlich eine erstklassige sozialistische Schwerindustrie und die kollektive maschinisierte Landwirtschaft aufgebaut, es wurde die Arbeitslosigkeit beseitigt, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und die Bedingungen für eine ununterbrochene Verbesserung der materiellen Lage und der Erhöhung des Kultur-niveaus der Werktätigen unserer Heimat geschaffen.

Diese gigantischen Erfolge sind von der Arbeiterklasse, den Kollektivbauern und allen Werktätigen unseres Landes dank der kühnen, revolutionären und weisen Politik der Partei und der Regierung errungen worden.

Die kapitalistische Umwelt, die bestrebt ist, die Macht der Sowjetunion zu schwächen und zu untergraben, verstärkt ihre „Arbeit“ zur Organisierung von Mörder-, Schädlings- und Spionenbanden innerhalb der Sowjetunion. Besonders verstärkte sich diese der Sowjetunion feindliche Tätigkeit der kapitalistischen Umwelt, seitdem die Faschisten in Deutschland und Japan zur Macht gelangten. In den Trotz-kisten und Sinowjewleuten gewann der Faschismus treue Lakaien, die auf Spionage, Schädlingearbeit, auf Terror und Zerstörungsakte, auf eine Niederlage der Sowjetunion ausgehen, nur um den Kapitalismus wiederherzustellen.

Die Sowjetmacht straft mit fester Hand diesen Abschaum der Menschheit und rechnet schonungslos mit ihm ab, als mit Feinden des Volkes und Verrätern an der Heimat.

Die Partei der Bolschewiki im Kampf für die Vollendung
des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und die Durch-
führung der neuen Verfassung
(1935—1937)

1

Die internationale Situation in den Jahren 1935—1937
Die zeitweilige Milderung der Wirtschaftskrise · Der Beginn der
neuen Wirtschaftskrise · Die Annexion Abessiniens durch Italien
Die deutsch-italienische Intervention in Spanien · Die Invasion Japans
in Zentralchina · Der Beginn des zweiten imperialistischen Krieges

Die Wirtschaftskrise, die in den kapitalistischen Ländern im zweiten Halbjahr 1929 begonnen hatte, dauerte bis Ende 1933. Danach kam der Niedergang der Industrie zum Stehen, die Krise ging in die Stagnation über, worauf eine gewisse Belebung, ein gewisser Aufschwung der Industrie einsetzte. Aber dies war nicht der Aufschwung, dem ein Aufblühen der Industrie auf neuer, höherer Basis folgt. Die Industrie des Weltkapitalismus konnte sich nicht einmal bis zum Niveau von 1929 erheben, sie erreichte Mitte 1937 lediglich 95—96 Prozent dieses Niveaus. Im zweiten Halbjahr 1937 aber brach bereits eine neue Wirtschaftskrise aus, die vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika erfaßte. Ende 1937 war die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten erneut auf 10 Millionen gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen in England begann sich rasch zu vergrößern.

Somit sahen sich die kapitalistischen Länder, noch ehe sie sich von den Schlägen der jüngsten Wirtschaftskrise erholen konnten, einer neuen Wirtschaftskrise gegenüber.

Dieser Umstand führte dazu, daß sich die Gegensätze zwischen den imperialistischen Ländern sowie zwischen Bourgeoisie und Proletariat noch mehr verschärften. Im Zusammenhang damit verstärkten sich immer mehr die Versuche der aggressiven Staaten, sich für die infolge der Wirtschaftskrise innerhalb des Landes erlittenen Verluste auf Kosten anderer, mangelhaft geschützter Länder schadlos zu halten. Hierbei schloß sich den beiden notorisch aggressiven Staaten, Deutschland und Japan, diesmal ein dritter Staat an — Italien.

Im Jahre 1935 überfiel das faschistische Italien Abessinien und unterjochte es. Italien überfiel Abessinien — vom Gesichtspunkt des „Völkerrechts“ ohne jeden Grund und Anlaß, es überfiel Abessinien ohne Kriegserklärung, meuchlings, wie das jetzt bei den Faschisten gang und gäbe ist. Dies war ein Schlag nicht nur gegen Abessinien. Der Schlag war auch gegen England gerichtet, gegen die Seewege Englands von Europa nach Indien, nach Asien. Die Versuche Englands, die Festsetzung Italiens in Abessinien zu verhindern, blieben ergebnislos. Um sich die Hände frei zu machen, trat Italien dann aus dem Völkerbund aus und begann in verstärktem Maße aufzurüsten.

Somit wurde an den kürzesten Seewegen von Europa nach Asien ein neuer Knoten des Krieges geschürzt.

Das faschistische Deutschland zerriß durch einseitigen Akt den Versailler Friedensvertrag und entwarf einen Plan zur Verwirklichung einer *gewaltsamen* Revision der Grenzen der europäischen Staaten. Die deutschen Faschisten verhehlten nicht, daß sie die Unterjochung der Nachbarstaaten oder zum mindesten die Annexion des von Deutschen bewohnten Territoriums dieser Staaten anstreben. In diesem Plan ist vorgesehen: zuerst die Annexion Österreichs, sodann ein Schlag gegen die Tschechoslowakei, hierauf wohl gegen Polen, wo es ebenfalls ein geschlossenes, an Deutschland grenzendes Territorium mit deutscher Bevölkerung gibt, und dann ... dann werde „man weiter sehen“.

Im Sommer 1936 begann die militärische Intervention Deutschlands und Italiens gegen die spanische Republik. Unter der Flagge der Unterstützung der spanischen Faschisten erhielten Italien und Deutschland die Möglichkeit, in aller Stille ihre Truppen auf spanischem Territorium, im Rücken Frankreichs, aufmarschieren zu lassen, sowie ihre Flotte in die spanischen Gewässer, in das Gebiet der Balearischen Inseln und Gibraltars im Süden, in das Gebiet des Atlantischen Ozeans im Westen, in das Gebiet des Meerbusens von Biscaya im Norden, zu entsenden. Anfang 1938 annektierten die deutschen Faschisten Österreich, womit sie sich an der mittleren Donau festsetzten und, immer näher dem Adriatischen Meere zu, nach Südeuropa vordrangen.

Ihre Intervention gegen Spanien weitertreibend, suchten die deutschen und italienischen Faschisten aller Welt weiszumachen, daß sie gegen die „Roten“ in Spanien kämpfen und keinerlei andere Ziele verfolgen. Dies war jedoch eine plumpe, ungeschickte Maskierung, be-

rechnet auf die Leichtgläubigkeit einfältiger Leute. In Wirklichkeit führten sie einen Schlag gegen England und Frankreich, denn sie gingen dazu über, sich der Seewege zu bemächtigen, die England und Frankreich mit ihren gewaltigen Kolonialbesitzungen in Afrika und Asien verbinden.

Was die Annexion Österreichs betrifft, so war diese in keiner Weise mehr in den Rahmen des Kampfes gegen den Versailler Vertrag zu zwängen, in den Rahmen eines Schutzes der „nationalen“ Interessen Deutschlands und seiner Bemühungen, die im ersten imperialistischen Kriege verlorenen Gebiete zurückzuerlangen. Österreich gehörte weder vor noch nach dem Kriege zu Deutschland. Der *gewaltsame* Anschluß Österreichs an Deutschland bedeutet eine brutale imperialistische Annexion fremden Territoriums. Er enthüllt zweifellos das Bestreben des faschistischen Deutschland, auf dem westeuropäischen Festland die herrschende Stellung einzunehmen.

Dies war ein Schlag vor allem gegen die Interessen Frankreichs und Englands.

Somit wurden im Süden Europas, im Raumgebiet Österreichs und der Adria, sowie im äußersten Westen Europas, in Spanien und den spanischen Gewässern, neue Knoten des Krieges geschürzt.

Im Jahre 1937 besetzte die japanische faschistische Militärclique Peking, brach in Zentralchina ein und okkupierte Schanghai. Die Invasion der japanischen Truppen in Zentralchina erfolgte, ebenso wie einige Jahre früher die Invasion in der Mandchurei, nach japanischer Methode, das heißt meuchlings, unter provokatorischer Ausnutzung verschiedener „örtlicher Zwischenfälle“, die von den Japanern selber inszeniert wurden, unter faktischer Verletzung aller und jeglicher „internationaler Normen“, Verträge, Abkommen usw. Die Annexion Tientsins und Schanghais gab Japan den Schlüssel zum chinesischen Handel, zu dem unermeßlichen chinesischen Markt in die Hand. Dies bedeutet, daß Japan, solange es Schanghai und Tientsin in Händen hält, England und die Vereinigten Staaten von Amerika, die dort kolossale Kapitalanlagen besitzen, jederzeit aus Zentralchina hinauswerfen kann.

Freilich — der heroische Kampf des chinesischen Volkes und seiner Armee gegen die japanischen Eroberer, der gewaltige nationale Aufschwung in China, die kolossalen Menschenreserven und Räume Chinas, schließlich die Entschlossenheit der chinesischen nationalen

Regierung, den Befreiungskampf Chinas bis zu Ende, bis zur völligen Vertreibung der Eroberer aus chinesischem Gebiet zu führen — alles dies spricht ohne jeden Zweifel dafür, daß die japanischen Imperialisten in China keine Zukunftsaussichten haben noch haben können.

Aber wahr ist auch, daß Japan vorläufig die Schlüssel zum chinesischen Handel in Händen hält und daß sein Krieg gegen China dem Wesen der Sache nach ein sehr ernster Schlag gegen die Interessen Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika ist.

Somit wurde am Stillen Ozean, in China, noch ein Knoten des Krieges geschürzt.

All diese Tatsachen zeigen, daß der zweite imperialistische Krieg in der Tat schon begonnen hat. Er hat im stillen, ohne Kriegserklärung, begonnen. Staaten und Völker sind gleichsam unmerklich in den zweiten imperialistischen Krieg hineingeschlittert. Begonnen haben den Krieg an verschiedenen Enden der Welt die drei aggressiven Staaten — die faschistischen regierenden Kreise Deutschlands, Italiens, Japans. Der Krieg spielt sich in dem gewaltigen Raum von Gibraltar bis Schanghai ab. Schon heute sind mehr als eine halbe Milliarde Menschen in den Krieg hineingerissen. Der Krieg ist im letzten Grunde gegen die kapitalistischen Interessen Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten gerichtet, da er die Neuaufteilung der Welt und der Einflußsphären zugunsten der aggressiven Länder und auf Kosten dieser sogenannten demokratischen Staaten zum Ziel hat.

Ein besonderes Merkmal des zweiten imperialistischen Krieges besteht vorläufig darin, daß er von den aggressiven Mächten geführt und weitergetrieben wird, während die anderen Mächte, die „demokratischen“ Mächte, gegen die der Krieg doch eigentlich gerichtet ist, sich den Anschein geben, als ob der Krieg sie nichts angehe, sich die Hände in Unschuld waschen, zurückweichen, ihre eigene Friedensliebe in den Himmel heben, auf die faschistischen Aggressoren schimpfen und . . . den Aggressoren ihre Positionen nach und nach preisgeben, wobei sie versichern, daß sie zur Abwehr rüsten.

Dieser Krieg trägt, wie man sieht, einen ziemlich seltsamen und einseitigen Charakter. Aber dies hindert nicht, daß er ein grausamer und brutaler Annexionskrieg ist, der auf dem Rücken der mangelhaft geschützten Völker Abessiniens, Spaniens, Chinas ausgetragen wird.

Es wäre unrichtig, diesen einseitigen Charakter des Krieges mit einer militärischen oder ökonomischen Schwäche der „demokratischen“

Staaten zu erklären. Die „demokratischen“ Staaten sind natürlich stärker als die faschistischen Staaten. Der einseitige Charakter des sich ausbreitenden Weltkrieges erklärt sich durch das Fehlen einer Einheitsfront der „demokratischen“ Staaten gegen die faschistischen Mächte. Die sogenannten „demokratischen“ Staaten billigen natürlich nicht die „Übergriffe“ der faschistischen Staaten und fürchten deren Machtzuwachs. Aber noch mehr fürchten sie die Arbeiterbewegung in Europa und die nationale Befreiungsbewegung in Asien; sie sind der Auffassung, daß der Faschismus ein „gutes Gegengift“ gegen all diese „gefährlichen“ Bewegungen sei. Daher beschränken sich die regierenden Kreise der „demokratischen“ Staaten, ganz besonders die regierenden konservativen Kreise Englands, auf eine Politik der Beschwichtigung der maßlos frechen faschistischen Machthaber — „es nicht bis zum äußersten kommen zu lassen“ —, wobei sie ihnen gleichzeitig zu verstehen geben, daß sie ihre erzreaktionäre Polizeipolitik gegen die proletarische und die nationale Befreiungsbewegung „völlig begreifen“ und mit ihr im Grunde sympathisieren. Die regierenden Kreise Englands treiben hier ungefähr dieselbe Politik, wie sie die russischen liberal-monarchistischen Bourgeois unter dem Zarismus getrieben haben, die zwar vor den „Übergriffen“ der zaristischen Politik Furcht hatten, noch mehr aber das Volk fürchteten und daher zu einer Politik der Beschwichtigung des Zaren, folglich zu einer Politik des *Paktierens* mit dem Zaren gegen das Volk übergingen. Bekanntlich hat die liberal-monarchistische Bourgeoisie Rußlands für diese zwiespältige Politik schwer büßen müssen. Es ist anzunehmen, daß die regierenden Kreise Englands und ihre Freunde in Frankreich und in den Vereinigten Staaten der historischen Vergeltung ebensowenig entgehen werden.

Es ist begreiflich, daß die Sowjetunion angesichts einer solchen Wendung der internationalen Verhältnisse über diese unheil drohenden Ereignisse nicht hinwegsehen konnte. Jeder, wenn auch noch so kleine, von den Aggressoren begonnene Krieg stellt eine Gefahr für die friedliebenden Länder dar, um so mehr aber ist der zweite imperialistische Krieg, der sich an die Völker so „unmerklich“ herangeschlichen und mehr als eine halbe Milliarde Menschen erfaßt hat, eine überaus ernste Gefahr für alle Völker und in erster Linie für die Sowjetunion. Ein beredtes Zeugnis dafür ist die Schaffung des „antikommunistischen Blocks“, bestehend aus Deutschland, Italien und Japan. Darum hat

unser Land, zugleich mit der Durchführung seiner Friedenspolitik, eine weitere Stärkung der Wehrkraft unserer Grenzen und der Kampfbereitschaft der Roten Armee und der Roten Flotte durchgeführt. Ende 1934 trat die Sowjetunion in den Völkerbund ein, da sie wußte, daß der Völkerbund trotz seiner Schwäche doch als Stätte zur Entlarvung der Aggressoren dienen kann, daß er ein, wenn auch schwaches Friedensinstrument sein kann, das die Entfesselung des Krieges hemmt. Die Sowjetunion war der Auffassung, daß es in solchen Zeiten nicht angängig wäre, selbst eine so schwache internationale Organisation wie den Völkerbund außer acht zu lassen. Im Mai 1935 wurde zwischen Frankreich und der Sowjetunion ein Vertrag über gegenseitige Hilfe gegen einen eventuellen Überfall von seiten der Aggressoren abgeschlossen. Gleichzeitig wurde ein entsprechender Vertrag mit der Tschechoslowakei abgeschlossen. Im März 1936 schloß die Sowjetunion mit der Mongolischen Volksrepublik einen gegenseitigen Hilfspakt ab. Im August 1937 wurde ein auf Gegenseitigkeit beruhender Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und der chinesischen Republik abgeschlossen.

2

Der weitere Aufschwung der Industrie und der Landwirtschaft in der Sowjetunion · Die vorfristige Erfüllung des zweiten Fünfjahrplans · Die Rekonstruktion der Landwirtschaft und die Vollendung der Kollektivierung · Die Bedeutung der Kader · Die Stachanowbewegung · Der Aufschwung des Volkswohlstands · Der Aufschwung der Volkskultur · Die Kraft der Sowjetrevolution

Während in den kapitalistischen Ländern drei Jahre nach der Wirtschaftskrise von 1930—1933 eine neue Wirtschaftskrise eintrat, dauerte in der Sowjetunion *in dieser ganzen Periode* der Aufschwung der Industrie unablässig an. Hatte die gesamte Industrie der kapitalistischen Welt Mitte 1937 kaum 95—96 Prozent des Standes von 1929 erreicht, um im zweiten Halbjahr 1937 in die Phase einer neuen Wirtschaftskrise einzutreten, so erreichte die Industrie der Sowjetunion in ihrem wachsenden Aufschwung Ende 1937 428 Prozent des Standes von 1929 und im Vergleich mit dem Vorkriegsniveau mehr als das Siebenfache.

Diese Erfolge waren das direkte Resultat der Rekonstruktions-

politik, die von Partei und Regierung mit allem Nachdruck durchgeführt wurde.

Dank diesen Erfolgen konnte der zweite Fünfjahrplan für die Industrie vorfristig erfüllt werden. Der zweite Fünfjahrplan wurde bis zum 1. April 1937, das heißt in 4 Jahren und 3 Monaten, erfüllt.

Diß war ein gewaltiger Sieg des Sozialismus.

Nahezu dieselbe Aufschwungsbewegung war in der Landwirtschaft zu verzeichnen. Die Anbauflächen für alle Kulturen wuchsen von 105 Millionen Hektar im Jahre 1913 (Vorkriegszeit) auf 135 Millionen Hektar im Jahre 1937. Die Getreideproduktion wuchs von 4800 Millionen Pud im Jahre 1913 auf 6800 Millionen Pud im Jahre 1937, die Produktion von Rohbaumwolle von 44 Millionen Pud auf 154 Millionen Pud, die Produktion von Flachsfasern von 19 Millionen Pud auf 51 Millionen Pud, die Zuckerrübenproduktion von 654 Millionen Pud auf 1311 Millionen Pud, die Produktion von Ölfrüchten von 129 Millionen Pud auf 306 Millionen Pud.

Es muß bemerkt werden, daß allein die Kollektivwirtschaften (ohne Sowjetwirtschaften) dem Lande im Jahre 1937 mehr als 1700 Millionen Pud Warengetreide lieferten, das heißt mindestens um 400 Millionen Pud mehr als im Jahre 1913 die Gutsbesitzer, Kulaken und Bauern zusammengenommen.

Nur ein einziger Zweig der Landwirtschaft, die Viehzucht, blieb noch immer hinter dem Vorkriegsniveau zurück und schritt auch weiterhin in viel zu langsamem Tempo vorwärts.

Was die Kollektivierung der Landwirtschaft betrifft, so konnte man sie als bereits vollendet betrachten. In den Kollektivwirtschaften befanden sich 1937 $18\frac{1}{2}$ Millionen Bauernhöfe, also 93 Prozent aller Bauernhöfe, während die Getreideanbaufläche der Kollektivwirtschaften 99 Prozent aller bäuerlichen Getreideanbauflächen ausmachte.

Die fruchtbaren Ergebnisse, die die Rekonstruktion der Landwirtschaft und ihre verstärkte Versorgung mit Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen zeitigten, lagen klar zutage.

Die Vollendung der Rekonstruktion der Industrie und der Landwirtschaft hatte zur Folge, daß die Volkswirtschaft nunmehr technisch erstklassig und in reichem Maße ausgerüstet war. Industrie und Landwirtschaft, Verkehrswesen und Armee erhielten eine gewaltige Menge neuer technischer Ausrüstungen, neuer Maschinen und Werkbänke, Traktoren und Landmaschinen, Lokomotiven und Dampfer,

Geschütze und Tanks, Flugzeuge und Kriegsschiffe. Es war notwendig, Zehntausende und Hunderttausende geschulter Kaderkräfte in Bewegung zu setzen; die fähig waren, diese ganze Technik zu bewältigen und aus ihr das Höchstmaß dessen herauszuholen, was aus ihr herauszuholen ist. Ohne das, ohne eine genügende Anzahl von Menschen, die die Technik gemeistert haben, lief die Technik Gefahr, sich in einen Haufen toten, nutzlosen Metalls zu verwandeln. Dies war eine ernste Gefahr, die daraus entsprang, daß das Wachstum der Kader, die die Technik bewältigen können, mit dem Wachstum der Technik *nicht Schritt hielt* und hinter ihm *weit zurückblieb*. Erschwert wurde die Sache dadurch, daß ein bedeutender Teil unserer Funktionäre diese Gefahr nicht erkannte und glaubte, daß die Technik ihre Sache „von selber tun werde“. Hatte man früher die Technik unterschätzt und sich geringschätzig zu ihr verhalten, so begann man sie jetzt zu überschätzen, in einen Fetisch zu verwandeln. Man verstand nicht, daß eine Technik ohne die Menschen, die sie gemeistert haben, tot ist. Man verstand nicht, daß die Technik nur bei Vorhandensein von Menschen, die die Technik gemeistert haben, eine hohe Produktivität ergeben kann.

Die Frage der Kader, die die Technik gemeistert haben, erlangte somit *erstrangige Bedeutung*.

Es war notwendig, unsere Funktionäre abzubringen von der Überschätzung der Technik und von der Unterschätzung der Bedeutung der Kader, ihre Aufmerksamkeit auf die Aneignung der Technik, auf die Meisterung der Technik hinzulenken, auf die allseitige Verstärkung der Arbeit zur Heranbildung zahlreicher Kader, die fähig sind, die Technik zu bewältigen und aus ihr die höchste Leistung herauszuholen.

Hatte die Partei früher, zu Beginn der Rekonstruktionsperiode, als im Lande auf dem Gebiete der Technik Mangel herrschte, die Losung aufgestellt: „Die Technik entscheidet in der Rekonstruktionsperiode alles“, so mußte die Partei jetzt, angesichts der reichen technischen Ausrüstung, nachdem die Rekonstruktionsperiode im wesentlichen abgeschlossen war, als sich im Lande ein Kadermangel scharf fühlbar machte, eine neue Losung aufstellen, die die Aufmerksamkeit nicht mehr auf die Technik, sondern auf die Menschen, auf die Kader konzentrierte, die fähig sind, die Technik in vollem Umfang auszunutzen.

Große Bedeutung hatte in dieser Beziehung die Rede des Genossen

Stalin vor den Absolventen der Akademien der Roten Armee im Mai 1935. Genosse Stalin führte aus:

„Früher sagten wir: ‚Die Technik entscheidet alles‘. Diese Losung hat uns in der Beziehung geholfen, daß wir dem Mangel auf dem Gebiet der Technik ein Ende bereitet und in allen Tätigkeitszweigen die breiteste technische Basis für die Ausrüstung unserer Menschen mit einer erstklassigen Technik geschaffen haben. Das ist sehr gut. Aber das ist noch lange, lange nicht genug. Um die Technik in Bewegung zu setzen und sie restlos auszunutzen, braucht man Menschen, die diese Technik meistern, braucht man Kader, die fähig sind, sich diese Technik anzueignen und sie nach allen Regeln der Kunst auszunutzen. Eine Technik ohne Menschen, die sie gemeistert haben, ist tot. Eine Technik mit Menschen an der Spitze, die die Technik gemeistert haben, kann und muß Wunder vollbringen. Hätten wir in unseren erstklassigen Werken und Fabriken, in unseren Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften, in unserem Verkehrswesen, in unserer Roten Armee die genügende Anzahl von Kadern, die fähig sind, diese Technik zu bewältigen, so würde unser Land dreimal und viermal so große Leistungen erzielen wie heute. Das ist der Grund, warum jetzt das Schwergewicht auf die Menschen, auf die Kader, auf die Funktionäre gelegt werden muß, die die Technik meistern. Das ist der Grund, warum die alte Losung ‚Die Technik entscheidet alles‘, durch die eine bereits hinter uns liegende Periode, die Periode des Mangels auf dem Gebiet der Technik, gekennzeichnet ist, jetzt durch eine neue Losung ersetzt werden muß, durch die Losung: ‚Die Kader entscheiden alles‘. Das ist jetzt die Hauptsache . . .

Man muß endlich begreifen, daß von allen wertvollen Kapitalien, die es in der Welt gibt, das wertvollste und das entscheidendste Kapital die Menschen, die Kader sind. Man muß begreifen, daß unter unseren heutigen Verhältnissen ‚die Kader alles entscheiden‘. Haben wir gute und zahlreiche Kader in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Verkehrswesen, in der Armee, so wird unser Land unbesiegbar sein. Haben wir solche Kader nicht, so werden wir auf beiden Beinen lahmen.“

So wurde die beschleunigte Heranbildung von technischen Kadern und die rasche Aneignung der neuen Technik zum Zwecke des weite-

ren Aufschwungs der Arbeitsproduktivität zu einer erstrangigen Aufgabe.

Das leuchtendste Beispiel des Wachstums solcher Kader, ein Beispiel der Aneignung der neuen Technik durch unsere Menschen und des weiteren Wachstums der Arbeitsproduktivität, war die Stachanowbewegung. Sie wurde geboren und entfaltete sich im Donezbecken, in der Steinkohlenindustrie, sprang auf andere Industriezweige über, dehnte sich auf das Verkehrswesen aus und erfaßte sodann die Landwirtschaft. Diese Bewegung wurde Stachanowbewegung genannt nach dem Namen ihres Urhebers, des Häuers Alexei Stachanow aus der Kohlengrube „Zentralnaja-Irmino“ (Donezbecken). Schon vor Stachanow hatte Nikita Isotow in der Kohlenförderung bis dahin beispiellose Rekorde aufgestellt. Das Beispiel Stachanows, der am 31. August 1935 in einer Schicht 102 Tonnen Kohle abbaute und damit die gewöhnlichen Normen der Kohlenförderung um 1300 Prozent übertraf, legte den Grundstein zu der Massenbewegung der Arbeiter und Kollektivbauern für die Erhöhung der Leistungsnormen, für einen neuen Aufschwung der Arbeitsproduktivität. Bussygin in der Automobilindustrie, Smetanin in der Schuhindustrie, Kriwonos im Verkehrswesen, Mussinski in der Holzindustrie, Jewdokija und Maria Winogradowa in der Textilindustrie, Maria Demtschenko, Marina Gnatjenko, P. Angelina, Polagutin, Kollessow, Kowardak, Borin in der Landwirtschaft — das sind die Namen der ersten Pioniere der Stachanowbewegung.

Ihnen folgten andere, folgten ganze Scharen von Pionieren, die die Arbeitsproduktivität der ersten Pioniere übertrafen.

Von gewaltiger Bedeutung für die Entfaltung der Stachanowbewegung war die erste Unionsberatung der Stachanowleute im Kreml, im November 1935, und die Rede des Genossen Stalin auf dieser Beratung.

„Die Stachanowbewegung“, sagte Genosse Stalin in seiner Rede, „bringt einen neuen Aufschwung des sozialistischen Wettbewerbs, eine neue, eine höhere Etappe des sozialistischen Wettbewerbs zum Ausdruck . . . Früher, vor etwa drei Jahren, während der ersten Etappe des sozialistischen Wettbewerbs, war der sozialistische Wettbewerb nicht unbedingt mit der neuen Technik verbunden. Ja, damals hatten wir eigentlich auch fast keine neue Technik. Die jetzige Etappe des sozialistischen Wettbewerbs

aber, die Stachanowbewegung, ist im Gegenteil unbedingt mit der neuen Technik verbunden. Die Stachanowbewegung wäre ohne die neue, die höhere Technik undenkbar. Vor euch stehen Leute wie die Genossen Stachanow, Bussygin, Smetanin, Kriwonos, Pronin, die Winogradowas und viele andere, neue Menschen, Arbeiter und Arbeiterinnen, die die Technik ihres Faches in vollem Umfang gemeistert, sie bewältigt und vorwärtsgetrieben haben. Solche Menschen gab es bei uns vor drei Jahren nicht oder fast gar nicht . . . Die Bedeutung der Stachanowbewegung besteht darin, daß sie eine Bewegung ist, die die alten technischen Normen als unzulänglich zerbricht, die Arbeitsproduktivität der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in einer ganzen Reihe von Fällen übertrifft und somit die praktische Möglichkeit eröffnet, den Sozialismus in unserem Lande weiter zu festigen und unser Land zum wohlhabendsten Land zu machen.“

Indem Genosse Stalin die Arbeitsmethoden der Stachanowleute charakterisierte und die gewaltige Bedeutung der Stachanowbewegung für die Zukunft unseres Landes aufdeckte, führte er weiter aus:

„Seht euch doch die Genossen Stachanowleute näher an. Was sind das für Menschen? Das sind hauptsächlich Arbeiter und Arbeiterinnen in jungen und mittleren Jahren, technisch beschlagene Kulturmenschen, die Musterbeispiele an Genauigkeit und Pünktlichkeit in der Arbeit liefern, die den Zeitfaktor in der Arbeit zu schätzen wissen und gelernt haben, die Zeit nicht nur nach Minuten, sondern sogar nach Sekunden zu messen. Die meisten von ihnen haben die Prüfung des sogenannten technischen Minimums abgelegt und fahren fort, ihre technische Bildung zu vervollkommen. Sie sind frei von dem Konservatismus und der Unbeweglichkeit gewisser Ingenieure, Techniker und Wirtschaftler; sie schreiten kühn vorwärts, brechen mit den veralteten technischen Normen und schaffen neue, höhere Normen, sie korrigieren die von den Leitern unserer Industrie angesetzten Leistungsgrenzen und Wirtschaftspläne, ergänzen und korrigieren immer wieder die Ingenieure und Techniker, belehren sie nicht selten und treiben sie vorwärts; denn sie sind Menschen, die die Technik ihres Faches völlig gemeistert haben und verstehen, aus der Technik das Höchstmaß dessen herauszuholen, was aus ihr

herauszuholen ist. Heute gibt es noch wenig Stachanowleute, aber wer kann daran zweifeln, daß es ihrer morgen zehnmals soviel geben wird? Ist es etwa nicht klar, daß die Stachanowleute Neuerer in unserer Industrie sind, daß die Stachanowbewegung die Zukunft unserer Industrie darstellt, daß sie den Keim des künftigen kulturellen und technischen Aufschwungs der Arbeiterklasse in sich birgt, daß sie uns den Weg eröffnet, auf dem allein jene Höchstleistungen der Arbeitsproduktivität erzielt werden können, die für den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus und für die Aufhebung des Gegensatzes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit notwendig sind?“

Die Entfaltung der Stachanowbewegung und die vorfristige Erfüllung des zweiten Fünfjahrplans schufen die Bedingungen für eine neue Hebung des Wohlstands, für einen neuen kulturellen Entwicklungsaufschwung der Werktätigen.

Der Reallohn der Arbeiter und Angestellten stieg während der Durchführung des zweiten Fünfjahrplans auf mehr als das Doppelte. Der Lohnfonds wuchs von 34 Milliarden im Jahre 1933 auf 81 Milliarden im Jahre 1937. Der Fonds der staatlichen Sozialversicherung wuchs von 4600 Millionen Rubel im Jahre 1933 auf 5600 Millionen Rubel im Jahre 1937. Für die staatliche Arbeiter- und Angestelltenversicherung, für die Verbesserung der Lebenslage und für kulturelle Bedürfnisse, für Sanatorien, Kurorte, Erholungsheime und Krankenhilfe wurden allein im Jahre 1937 etwa 10 Milliarden Rubel ausgegeben.

Auf dem Lande hat sich das Kollektivwirtschaftssystem endgültig gefestigt. Dies wurde sehr gefördert durch das vom zweiten Kongreß der Stoßarbeit leistenden Kollektivbauern im Februar 1935 beschlossene *Statut eines landwirtschaftlichen Artels* und durch die Verbriefung des Rechtes der Kollektivwirtschaften auf ewige Nutzung aller von ihnen bestellten Ländereien. Infolge der Festigung des Kollektivwirtschaftssystems verschwanden Armut und Existenzunsicherheit auf dem Lande. Kamen früher, vor etwa drei Jahren, ein oder zwei Kilogramm Getreide auf das Tagewerk, so erhalten jetzt die meisten Kollektivbauern in den Getreidegebieten zwischen fünf und zwölf Kilogramm pro Tagewerk und viele von ihnen gegen zwanzig Kilogramm pro Tagewerk, gar nicht zu reden von der Zuweisung anderer Produkte

und von den Geldeinkünften. Es gibt jetzt Millionen Kollektivbauernfamilien, die jährlich zwischen 500 und 1500 Pud Getreide in den Getreidegebieten, zehntausende Rubel Jahreseinnahme in den Baumwoll-, Zuckerrüben-, Flachs-, Viehzucht-, Weinbau-, Orangen-, Obst- und Gemüsegebieten erhalten haben. Die Kollektivwirtschaften sind wohlhabend geworden. Die Erbauung neuer Speicher und Lager ist die Hauptsorge der Kollektivbauernfamilie geworden, da die alten Lagerräume für Produkte, die auf unbedeutende Jahresvorräte berechnet waren, auch nicht den zehnten Teil der neuen Bedürfnisse der Kollektivbauern befriedigten.

Im Jahre 1936 erließ die Regierung angesichts des Wachstums des Wohlstands der Volksmassen das Gesetz über das Verbot der Abtreibungen. Gleichzeitig wurde ein umfassendes Programm für die Erbauung von Entbindungsheimen, Kinderkrippen, Milchküchen, Kindergärten vorgesehen. Im Jahre 1936 wurden für diese Maßnahmen 2174 Millionen Rubel gegenüber 875 Millionen Rubel im Jahre 1935 bewilligt. Durch ein besonderes Gesetz wurde eine bedeutende Beihilfe für kinderreiche Familien eingeführt. Auf Grund dieses Gesetzes wurde 1937 mehr als 1 Milliarde Rubel an Beihilfen ausbezahlt.

Infolge der Einführung der allgemeinen Schulpflicht und der Erbauung neuer Schulen nahm die Kultur der Volksmassen einen mächtigen Aufschwung. Im ganzen Lande ging ein grandioser Schulbau vonstatten. Die Zahl der Schüler in den Grundschulen und Mittelschulen stieg von 8 Millionen im Jahre 1914 auf 28 Millionen in den Jahren 1936/37. Die Zahl der Studierenden in den Hochschulen stieg von 112 000 im Jahre 1914 auf 542 000 in den Jahren 1936/37.

Das war eine echte Kulturrevolution.

In der Hebung der materiellen Lage und in dem Aufschwung der Kulturentwicklung der Volksmassen kamen die Kraft, die Macht, die Unbesiegbarkeit unserer Sowjetrevolution zum Ausdruck. In der Vergangenheit gingen die Revolutionen daran zugrunde, daß sie, nachdem sie dem Volke die Freiheit gegeben, nicht die Möglichkeit hatten, ihm zugleich eine bedeutsame Besserung der materiellen und kulturellen Lage zu bieten. Darin lag ihre Hauptschwäche. Unsere Revolution unterscheidet sich von allen anderen Revolutionen dadurch, daß sie das Volk nicht nur vom Zarismus, vom Kapitalismus befreit, sondern ihm auch eine radikale Besserung seiner materiellen und kul-

turellen Lage gebracht hat. Darin liegt ihre Kraft und ihre Unbesiegbarkeit.

„Unsere proletarische Revolution“, sagte Genosse Stalin in seiner Rede auf der ersten Unionsberatung der Stachanowleute, „ist die einzige Revolution in der Welt, die in die Lage kam, dem Volke nicht nur ihre politischen Ergebnisse, sondern auch materielle Ergebnisse zu bieten. Von allen Arbeiterrevolutionen kennen wir nur eine, die so oder so die Macht erlangte. Das war die Pariser Kommune. Aber sie bestand nicht lange. Sie versuchte zwar, die Fesseln des Kapitalismus zu sprengen, aber sie kam nicht dazu, sie zu sprengen, und noch weniger kam sie dazu, dem Volke segensreiche materielle Ergebnisse der Revolution darzubieten. Unsere Revolution ist die einzige, die nicht nur die Fesseln des Kapitalismus gesprengt und dem Volke die Freiheit gegeben hat, sondern dem Volke auch die materiellen Bedingungen für ein wohlhabendes Leben bieten konnte. Darin liegt die Kraft und Unbesiegbarkeit unserer Revolution.“

3

Der VIII. Sowjetkongreß · Die Annahme der neuen Verfassung der UdSSR

Im Februar 1935 faßte der VII. Sowjetkongreß der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken den Beschluß, die im Jahre 1924 angenommene Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu ändern. Die Notwendigkeit einer Änderung der Verfassung der UdSSR war durch die gewaltigen Änderungen hervorgerufen worden, die im Leben der Sowjetunion seit 1924, das heißt seit Annahme der ersten Verfassung der Sowjetunion, bis auf unsere Tage erfolgt waren. In den vorhergegangenen Jahren hatte sich das Wechselverhältnis der Klassenkräfte in der Sowjetunion vollständig geändert: eine neue sozialistische Industrie war geschaffen, das Kulakentum war zertrümmert, das Kollektivwirtschaftssystem hatte gesiegt, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln hatte sich in der gesamten Volkswirtschaft durchgesetzt als die Grundlage der Sowjetgesellschaft. Der Sieg des Sozialismus gab die Möglichkeit, zu einer weiteren Demokratisierung des Wahlsystems, zur Einfüh-

rung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts bei geheimer Abstimmung überzugehen.

Eine besondere Verfassungskommission unter Vorsitz des Genossen Stalin arbeitete den Entwurf einer neuen Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aus. Der Entwurf wurde dem gesamten Volk zur Erörterung unterbreitet, die fünfeinhalb Monate dauerte. Der Verfassungsentwurf wurde dem Außerordentlichen VIII. Sowjetkongreß zur Behandlung vorgelegt.

Im November 1936 trat der VIII. Sowjetkongreß zusammen, der berufen war, den Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR zu billigen oder zu verwerfen.

In seinem Referat auf dem VIII. Sowjetkongreß über den Entwurf der neuen Verfassung legte Genosse Stalin die grundlegenden Veränderungen dar, die im Lande der Sowjets seit Annahme der Verfassung von 1924 vor sich gegangen waren.

Die Verfassung von 1924 war in der ersten Periode der Neuen Ökonomischen Politik ausgearbeitet worden. Damals mußte die Sowjetmacht noch eine Entwicklung des Kapitalismus neben der Entwicklung des Sozialismus zulassen. Damals bestand das Ziel der Sowjetmacht darin, im Verlaufe des Wettkampfes der beiden Systeme — des kapitalistischen und des sozialistischen — den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus auf ökonomischem Gebiet zu organisieren und zu sichern. Damals war die Frage „Wer — wen?“ noch nicht entschieden. Die auf der alten und dürftigen Technik beruhende Industrie hatte noch nicht einmal das Vorkriegsniveau erreicht. Ein noch weniger erfreuliches Bild bot damals die Landwirtschaft. Sowjetwirtschaften und Kollektivwirtschaften existierten nur in Gestalt einiger kleiner Inseln in dem unermeßlichen Ozean einzelbäuerlicher Wirtschaften. Damals konnte von der Liquidierung des Kulakentums nicht die Rede sein, sondern lediglich von seiner Einschränkung. Auf dem Gebiet des Warenumsatzes umfaßte der sozialistische Sektor nur etwa 50 Prozent.

Ein anderes Bild bot die Sowjetunion im Jahre 1936. Im Jahre 1936 war die Wirtschaftsstruktur der Sowjetunion vollständig verändert. Zu dieser Zeit waren die kapitalistischen Elemente restlos liquidiert, das sozialistische System hatte auf allen Gebieten der Volkswirtschaft gesiegt. Die mächtige sozialistische Industrie lieferte die siebenfache Produktion im Vergleich zur Vorkriegszeit und hatte die

Privatindustrie völlig verdrängt. Auf dem Lande hatte die maschinelle, technisch modern ausgerüstete sozialistische Großproduktion, diese größte landwirtschaftliche Produktion der Welt, in Gestalt des Kollektivwirtschafts- und Sowjetwirtschaftssystems gesiegt. Im Jahre 1936 war das Kulakentum als Klasse restlos liquidiert, und der einzelbäuerliche Sektor spielte bereits keinerlei bedeutsame Rolle mehr in der Wirtschaft des Landes. Der gesamte Warenumsatz war in der Hand des Staates und der Genossenschaften zusammengefaßt. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen war für immer beseitigt. Das gesellschaftliche, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln hatte sich in allen Zweigen der Volkswirtschaft durchgesetzt als unantastbare Grundlage der neuen, der sozialistischen Ordnung. In der neuen, der sozialistischen Gesellschaft waren Krisen, Elend, Arbeitslosigkeit und Ruin für immer verschwunden. Es waren die Bedingungen geschaffen für ein wohlhabendes und kulturvolles Leben aller Mitglieder der Sowjetgesellschaft.

Dementsprechend, sagte Genosse Stalin in seinem Referat, hat sich auch die Klassenstruktur der Bevölkerung der Sowjetunion verändert. Die Klasse der Gutsbesitzer und die alte imperialistische Großbourgeoisie waren schon in der Periode des Bürgerkriegs liquidiert worden. In den Jahren des sozialistischen Aufbaus wurden alle ausbeutenden Elemente — Kapitalisten, Kaufleute, Kulaken, Spekulanten — liquidiert. Übriggeblieben waren nur unbedeutende Reste der liquidierten Ausbeuterklassen, deren völlige Liquidierung eine Frage der allernächsten Zeit ist.

Die Werktätigen der Sowjetunion — Arbeiter, Bauern, Intelligenz — hatten in den Jahren des sozialistischen Aufbaus tiefgehende Veränderungen durchgemacht.

Die Arbeiterklasse hat aufgehört, eine ausgebeutete Klasse, eine der Produktionsmittel beraubte Klasse zu sein, wie dies unter dem Kapitalismus der Fall ist. Sie hat den Kapitalismus vernichtet, den Kapitalisten die Produktionsmittel weggenommen und diese in gesellschaftliches Eigentum verwandelt. Sie hat aufgehört, Proletariat im eigentlichen, alten Sinn dieses Wortes zu sein. Das Proletariat der Sowjetunion, das über die Staatsmacht verfügt, hat sich in eine vollständig neue Klasse verwandelt. Es hat sich in eine von Ausbeutung freie Arbeiterklasse verwandelt, die das kapitalistische Wirtschaftssystem vernichtet und das sozialistische Eigentum an den Produktions-

mitteln eingeführt hat, das heißt in eine Arbeiterklasse, wie sie die Geschichte der Menschheit noch nicht gekannt hat.

Nicht weniger tiefe Veränderungen sind auch in der Lage der Bauernschaft der Sowjetunion vor sich gegangen. In alter Zeit hatten sich in zersplitterten, vereinzelter Wirtschaften — kleinen und mittleren — mehr als 20 Millionen Bauernfamilien abgerackert, jede für sich auf ihrem Stückchen Boden. Sie hatten eine rückständige Technik angewandt und waren von Gutsbesitzern, Kulaken, Kaufleuten, Spekulanten, Wucherern usw. ausgebeutet worden. Jetzt hat sich in der Sowjetunion eine vollständig neue Bauernschaft herausgebildet: es gibt keine Gutsbesitzer und Kulaken, keine Kaufleute und Wucherer mehr, die die Bauernschaft ausbeuten könnten. Die übergroße Mehrheit der Bauernwirtschaften ist in die Kollektivwirtschaften eingetreten, die nicht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhen, sondern auf dem auf der Grundlage kollektiver Arbeit erwachsenen kollektiven Eigentum. Dies ist ein neuer, ein von jeglicher Ausbeutung befreiter Typus der Bauernschaft. Eine solche Bauernschaft hat die Geschichte der Menschheit ebenfalls noch nicht gekannt.

Verändert hat sich auch die Intelligenz der Sowjetunion. In ihrer Masse ist sie zu einer vollständig neuen Intelligenz geworden. Sie ist in ihrer Mehrheit aus den Reihen der Arbeiterschaft und der Bauernschaft hervorgegangen. Sie dient nicht dem Kapitalismus, wie die alte Intelligenz, sondern dem Sozialismus. Die Intelligenz ist zum gleichberechtigten Mitglied der sozialistischen Gesellschaft geworden. Diese Intelligenz baut gemeinsam mit den Arbeitern und Bauern die neue, die sozialistische Gesellschaft. Dies ist ein neuer Typus der Intelligenz, die dem Volke dient und von jeglicher Ausbeutung befreit ist. Eine solche Intelligenz hat die Geschichte der Menschheit noch nicht gekannt.

Auf diese Weise verwischen sich die Klassenscheidungen unter den Werktätigen der Sowjetunion, verschwindet die alte Klassenabgeschlossenheit. Die ökonomischen und politischen Gegensätze zwischen Arbeitern, Bauern und der Intelligenz fallen und verwischen sich. Es ist die Grundlage der moralisch-politischen Einheit der Gesellschaft geschaffen worden.

Diese tiefgreifenden Änderungen im Leben der Sowjetunion, diese entscheidenden Erfolge des Sozialismus in der Sowjetunion haben in der neuen Verfassung der UdSSR ihren Ausdruck gefunden.

Gemäß dieser Verfassung besteht die Sowjetgesellschaft aus zwei befreundeten Klassen, den Arbeitern und den Bauern, zwischen denen sich noch Klassenunterschiede erhalten haben. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern.

Die politische Grundlage der UdSSR bilden die Sowjets der Deputierten der Werktätigen, erwachsen und erstarkt im Ergebnis des Sturzes der Macht der Gutsherren und der Kapitalisten und der Eroberung der Diktatur des Proletariats.

Alle Macht in der UdSSR gehört den Werktätigen in Stadt und Land in Gestalt der Sowjets der Deputierten der Werktätigen.

Das höchste Organ der Staatsgewalt der UdSSR ist der Oberste Sowjet der UdSSR.

Der Oberste Sowjet der UdSSR, bestehend aus zwei gleichberechtigten Kammern, dem Sowjet der Union und dem Sowjet der Nationalitäten, wird von den Bürgern der UdSSR auf Grundlage des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts in geheimer Abstimmung auf die Dauer von vier Jahren gewählt.

Die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR ebenso wie zu allen Sowjets der Deputierten der Werktätigen sind *allgemein*. Dies bedeutet, daß alle Bürger der UdSSR, die das Alter von 18 Jahren erreicht haben, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer Rasse und Nationalität, von Glaubensbekenntnis, Bildungsgrad, Ansässigkeit, sozialer Herkunft, Vermögenslage und früherer Tätigkeit, das Recht haben, an der Wahl der Deputierten teilzunehmen und gewählt zu werden, mit Ausnahme von Geisteskranken und Personen, die vom Gericht unter Aberkennung des Wahlrechts verurteilt worden sind.

Die Deputiertenwahlen sind *gleich*. Dies bedeutet, daß jeder Bürger *eine* Stimme hat und alle Bürger auf gleicher Grundlage an den Wahlen teilnehmen.

Die Deputiertenwahlen sind *direkt*. Dies bedeutet, daß die Wahlen zu allen Sowjets der Deputierten der Werktätigen, vom ländlichen und Stadtsowjet der Deputierten der Werktätigen bis hinauf zum Obersten Sowjet der UdSSR, von den Bürgern unmittelbar auf dem Wege direkter Wahl vorgenommen werden.

Der Oberste Sowjet der UdSSR wählt in gemeinsamer Sitzung der beiden Kammern ein Präsidium des Obersten Sowjets und den Rat der Volkskommissare der UdSSR.

Die ökonomische Grundlage der Sowjetunion bilden das sozialistische Wirtschaftssystem und das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln. In der UdSSR wird der Grundsatz des Sozialismus verwirklicht: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung.“

Allen Bürgern der UdSSR ist das Recht auf Arbeit, das Recht auf Erholung, das Recht auf Bildung, das Recht auf materielle Versorgung im Alter sowie im Fall von Krankheit und Invalidität gewährleistet.

Der Frau stehen auf allen Tätigkeitsgebieten die gleichen Rechte wie dem Manne zu.

Die Gleichberechtigung der Bürger der UdSSR, unabhängig von ihrer Nationalität und Rasse, ist unverbrüchliches Gesetz.

Allen Bürgern wird die Gewissensfreiheit und die Freiheit anti-religiöser Propaganda zuerkannt.

Die Verfassung garantiert – im Interesse der Festigung der sozialistischen Gesellschaft – die Redefreiheit, die Pressefreiheit, die Meetings- und Versammlungsfreiheit, das Recht auf Vereinigung in gesellschaftlichen Organisationen, die Unverletzlichkeit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Briefgeheimnis, das Asylrecht für ausländische Bürger, die wegen Verfechtung der Interessen der Werktätigen oder wegen wissenschaftlicher Betätigung oder wegen nationalen Befreiungskampfes verfolgt werden.

Die neue Verfassung erlegt gleichzeitig jedem Bürger der Sowjetunion ernste Verpflichtungen auf: die Gesetze zu befolgen, die Arbeitsdisziplin zu beobachten, seiner gesellschaftlichen Pflicht ehrlich nachzukommen, die Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens zu achten, das gesellschaftliche, sozialistische Eigentum zu hüten und zu festigen, das sozialistische Vaterland zu verteidigen.

„Die Verteidigung des Vaterlandes ist heilige Pflicht eines jeden Bürgers der UdSSR.“

Was die Rechte der Bürger auf Zusammenschluß zu verschiedenen Vereinigungen betrifft, so hat die Verfassung in einem ihrer Artikel niedergelegt:

„Die aktivsten und zielbewußtesten Bürger aus den Reihen der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Werktätigen vereinigen sich in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), die der Vortrupp der Werktätigen in ihrem Kampf für

die Festigung und Entwicklung des sozialistischen Systems ist und den führenden Kern aller Organisationen der Werktätigen, der gesellschaftlichen sowohl wie der staatlichen, bildet.“

Der Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR wurde vom VIII. Sowjetkongreß einmütig gebilligt und bestätigt.

Das Land der Sowjets erhielt somit eine neue Verfassung, die Verfassung des Sieges des Sozialismus und der Arbeiter- und Bauerndemokratie.

Damit verankerte die Verfassung die weltgeschichtliche Tatsache, daß die Sowjetunion in eine neue Entwicklungsphase, in die Phase der Vollendung des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und des allmählichen Übergangs zur kommunistischen Gesellschaft, eingetreten ist, in welcher der leitende Grundsatz des gesellschaftlichen Lebens das kommunistische Prinzip sein muß: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

4

Die Liquidierung der Überreste der bucharinschen-trotzkistischen Spione, Schädlinge und Landesverräter · Die Vorbereitung für die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR · Der Kurs der Partei auf die entfaltete innerparteiliche Demokratie · Die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR

Das Jahr 1937 erbrachte neue Beweise gegen die Scheusale aus der bucharinschen-trotzkistischen Bande. Der Prozeß gegen Pjatakow, Radek und andere, der Prozeß gegen Tuchatschewski, Jakir und andere, schließlich der Prozeß gegen Bucharin, Rykow, Krestinski, Rosenholz und andere, alle diese Prozesse haben gezeigt, daß die Bucharinleute und Trotzkiisten erwiesenermaßen schon lange eine gemeinsame Bande von Volksfeinden in Gestalt des „Blocks der Rechten und Trotzkiisten“ gebildet hatten.

Die Prozesse zeigten, daß dieser Abschaum der Menschheit gemeinsam mit den Volksfeinden Trotzki, Sinowjew und Kamenew bereits seit den ersten Tagen der Sozialistischen Oktoberrevolution in einer Verschwörung gegen Lenin, gegen die Partei, gegen den Sowjetstaat gestanden hatten. Die provokatorischen Versuche zur Vereitelung des

Brester Friedens Anfang 1918; die Verschwörung gegen Lenin und das Komplott mit den „linken“ Sozialrevolutionären zur Verhaftung und Ermordung Lenins, Stalins, Swerdlows im Frühjahr 1918; das frevelhafte Attentat auf Lenin und dessen Verwundung im Sommer 1918; der Aufruhr der „linken“ Sozialrevolutionäre im Sommer 1918; die vorsätzliche Zuspitzung der Meinungsverschiedenheiten in der Partei im Jahre 1921 mit dem Ziel, die Leninsche Führung zu erschüttern und von innen heraus zu stürzen; die Versuche, in der Zeit von Lenins Krankheit und nach seinem Tode die Parteiführung zu stürzen; die Auslieferung von Staatsgeheimnissen und die Belieferung ausländischer Spionagedienste mit Spionagematerial; die ruchlose Ermordung Kirows; Schädlingarbeit, Sabotageakte, Sprengungen; die Meuchelmorde an Menshinski, Kujbyschew, Gorki — alle diese und ähnliche Freveltaten wurden, wie sich herausstellte, im Verlauf von 20 Jahren unter Teilnahme oder Führung Trotzki, Sinowjews, Kamenews, Bucharins, Rykows und ihrer Handlanger im Auftrage ausländischer bürgerlicher Spionagedienste ausgeführt.

Die Prozesse stellten klar, daß sich die trotzkistisch-bucharinschen Scheusale in Erfüllung des Willens ihrer Auftraggeber — ausländischer bürgerlicher Spionagedienste — das Ziel gesteckt hatten, die Partei und den Sowjetstaat zu zerstören, die Landesverteidigung zu untergraben, die auswärtige militärische Intervention zu erleichtern, eine Niederlage der Roten Armee vorzubereiten, die Sowjetunion zu zerstückeln, an die Japaner das fernöstliche Küstengebiet der Sowjetunion, an die Polen das sowjetische Bjelorußland, an die Deutschen die Sowjetukraine auszuliefern, die Errungenschaften der Arbeiter und Kollektivbauern zunichte zu machen, die kapitalistische Sklaverei in der Sowjetunion wiederherzustellen.

Diese weißgardistischen Wichte, deren Kraft man höchstens mit der Kraft eines elenden Gewürms vergleichen kann, hielten sich, wie es scheint, komischerweise für die Herren des Landes und bildeten sich ein, daß sie in der Tat die Ukraine, Bjelorußland, das Küstengebiet an andere verteilen und verkaufen könnten.

Dieses weißgardistische Gezücht vergaß, daß niemand anders als das Sowjetvolk Herr des Sowjetlandes ist, während die Herrschaften Rykow, Bucharin, Sinowjew, Kamenew weiter nichts waren als Leute, die zeitweilig im Dienste des Staates standen, der sie jede Minute wie nutzloses Gerümpel aus seinen Kanzleien hinauswerfen konnte.

Diese nichtswürdigen Lakaien der Faschisten vergaßen, daß das Sowjetvolk nur einen Finger zu rühren brauchte, damit von ihnen nicht einmal eine Spur übrigbleibe.

Das Sowjetgericht verurteilte die bucharinschen-trotzkistischen Scheusale zur Erschießung.

Das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten vollstreckte das Urteil.

Das Sowjetvolk billigte die Vernichtung der bucharinschen-trotzkistischen Bande und ging zur Tagesordnung über.

Auf der Tagesordnung aber stand die Aufgabe, sich für die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR vorzubereiten und sie organisiert durchzuführen.

Die Partei entfaltete mit aller Kraft die Vorarbeit zu den Wahlen. Die Partei war dessen eingedenk, daß die Einführung der neuen Verfassung der Sowjetunion eine Wendung im politischen Leben des Landes bedeutete. Die Partei war dessen eingedenk, daß diese Wendung in der Durchführung völliger Demokratisierung des Wahlsystems besteht, in dem Übergang von beschränkten Wahlen zu allgemeinen Wahlen, von nicht völlig gleichen zu gleichen Wahlen, von mehrstufigen zu direkten Wahlen, von offenen zu geheimen Wahlen.

Bestanden vor der Einführung der neuen Verfassung Beschränkungen des Wahlrechts für Geistliche, frühere Weißgardisten, frühere Kulaken und Personen, die keine gesellschaftlich nützliche Arbeit leisteten, so beseitigte die neue Verfassung jegliche Beschränkungen des Wahlrechts für diese Kategorien von Bürgern und machte die Deputiertenwahlen zu allgemeinen Wahlen.

Waren früher die Deputiertenwahlen ungleiche Wahlen, da verschiedene Wahlnormen für die städtische und ländliche Bevölkerung bestanden, so entfiel nunmehr die Notwendigkeit einer Beschränkung der Gleichheit der Wahlen, und alle Bürger haben das Recht, an den Wahlen auf gleicher Grundlage teilzunehmen.

Waren früher die Wahlen zu den mittleren und höchsten Organen der Sowjetmacht mehrstufig, so werden nunmehr, nach der neuen Verfassung, die Wahlen zu allen Sowjets, von den ländlichen und Stadtsowjets bis hinauf zum Obersten Sowjet, von den Bürgern unmittelbar auf dem Wege direkter Wahl vorgenommen.

Erfolgt die Deputiertenwahlen früher in offener Abstimmung und nach Listen, so erfolgt die Abstimmung bei den Deputiertenwahlen

jetzt geheim und nicht nach Listen, sondern nach einzelnen Kandidaturen, die nach Wahlkreisen aufgestellt sind.

Dies war eine unzweifelhafte Wendung im politischen Leben des Landes.

Das neue Wahlsystem mußte natürlich dazu führen und führte auch wirklich dazu, daß die politische Aktivität der Massen wuchs, daß die Kontrolle der Organe der Sowjetmacht durch die Massen sich verstärkte, daß die Verantwortlichkeit der Organe der Sowjetmacht vor dem Volk eine Steigerung erfuhr.

Um für diese Wendung vollauf gewappnet zu sein, mußte die Partei bei der Durchführung dieser Wendung voranschreiten und ihre führende Rolle in den bevorstehenden Wahlen völlig sicherstellen. Dazu aber war es notwendig, daß die Parteiorganisationen selber in ihrer praktischen Arbeit bis ins letzte demokratisch werden, daß sie in ihrem innerparteilichen Leben die Grundsätze des demokratischen Zentralismus restlos durchführen, wie dies das Parteistatut verlangt, daß alle Parteiorgane wählbare Organe werden, daß Kritik und Selbstkritik sich in der Partei in vollem Maße entfalten, daß die Parteiorganisationen vor der Parteimasse voll verantwortlich sind und daß die Parteimasse selber in vollem Umfang aktiviert wird.

Aus dem Referat des Genossen Shdanow auf dem Plenum des Zentralkomitees Ende Februar 1937 über die Vorbereitung der Parteiorganisationen für die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR ging hervor, daß eine ganze Reihe von Parteiorganisationen in ihrer praktischen Arbeit das Parteistatut und die Grundsätze des demokratischen Zentralismus auf Schritt und Tritt verletzte, das Wahlprinzip durch Kooptation, die Abstimmung nach einzelnen Kandidaturen durch Abstimmung nach Listen, die geheime Abstimmung durch offene Abstimmung ersetzte usw. Es ist begreiflich, daß Organisationen mit solcher Praxis bei den Wahlen zum Obersten Sowjet ihre Aufgabe nicht erfüllen konnten. Es war daher vor allem notwendig, eine derartige antidemokratische Praxis der Parteiorganisationen abzustellen und die Parteiarbeit auf Grundlage der entfaltetten Demokratie umzubauen.

Angesichts dessen beschloß das Plenum des Zentralkomitees nach Entgegennahme des Referats des Genossen Shdanow:

„a) Die Parteiarbeit auf der Grundlage der unbedingten und vollständigen praktischen Durchführung der Grundsätze der durch

das Parteistatut vorgeschriebenen innerparteilichen Demokratie umzustellen.

b) Mit der Praxis der Kooptierung von Mitgliedern in die Parteikomitees Schluß zu machen und entsprechend dem Parteistatut für die führenden Organe der Parteiorganisationen das Wahlprinzip wiederherzustellen.

c) Bei der Wahl der Parteiorgane die Abstimmung nach Listen zu verbieten und die Abstimmung nach einzelnen Kandidaturen vorzunehmen, wobei allen Parteimitgliedern das unbeschränkte Recht zu sichern ist, Kandidaten abzulehnen und sie zu kritisieren.

d) Bei der Wahl der Parteiorgane die geschlossene (geheime) Abstimmung über die Kandidaten durchzuführen.

e) In allen Parteiorganisationen Wahlen der Parteiorgane durchzuführen, von den Parteikomitees der primären Parteiorganisationen bis zu den Regions- und Gebietskomitees und den Zentralkomitees der nationalen Kommunistischen Parteien, wobei die Wahlen spätestens bis zum 20. Mai abzuschließen sind.

f) Alle Parteiorganisationen zu verpflichten, die Fristen für die Wahlen der Parteiorgane entsprechend dem Parteistatut streng einzuhalten: in den primären Parteiorganisationen einmal im Jahr, in den Bezirks- und Stadtorganisationen einmal im Jahr, in den Regions-, Gebiets- und Republikorganisationen einmal in anderthalb Jahren.

g) In den primären Parteiorganisationen die strenge Einhaltung des Grundsatzes sicherzustellen, daß die Wahlen der Parteikomitees in allgemeinen Betriebsparteiversammlungen vorgenommen werden, und keine Ersetzung der letzteren durch Konferenzen zuzulassen.

h) Die in einer Reihe von primären Parteiorganisationen geübte Praxis faktischer Abschaffung der Vollversammlungen und ihrer Ersetzung durch Abteilungsversammlungen und Konferenzen zu beseitigen.“

So begann die Partei, sich auf die bevorstehenden Wahlen vorzubereiten.

Dieser Beschluß des Zentralkomitees hatte gewaltige politische Bedeutung. Seine Bedeutung bestand nicht nur darin, daß er für die

Wahlkampagne der Partei bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR den Auftakt bildete. Seine Bedeutung bestand vor allem darin, daß er den Parteiorganisationen half, sich umzustellen, den Kurs auf innerparteiliche Demokratie durchzuführen und für die Wahlen zum Obersten Sowjet vollauf gewappnet zu sein.

Bei der Entfaltung der Wahlkampagne beschloß die Partei, die Idee des Wahlblocks der Kommunisten und Parteilosen zum Eckstein ihrer Wahlpolitik zu machen. Die Partei schritt zur Wahl in einem Block mit den Parteilosen, im Bündnis mit den Parteilosen, sie faßte den Beschluß, im Verein mit den Parteilosen gemeinsame Kandidaturen nach Wahlkreisen aufzustellen. Dies war etwas noch nie Dagewesenes, etwas, was in der Praxis der Wahlkampagnen der bürgerlichen Länder völlig unmöglich ist. Der Block der Kommunisten und Parteilosen war aber eine durchaus natürliche Erscheinung für unser Land, in welchem es keine feindlichen Klassen mehr gibt und wo die moralisch-politische Einheit aller Volksschichten unbestreitbare Tatsache ist.

Am 7. Dezember 1937 erließ das Zentralkomitee der Partei einen Aufruf an alle Wähler. In diesem Aufruf hieß es:

„Am 12. Dezember 1937 werden die Werktätigen der Sowjetunion auf der Grundlage unserer Sozialistischen Verfassung die Deputierten zum Obersten Sowjet der Union der SSR wählen. Die Partei der Bolschewiki tritt bei den Wahlen in einem *Block*, im *Bündnis* mit den parteilosen Arbeitern, Bauern, Angestellten und der Intelligenz auf... Die Partei der Bolschewiki schließt sich nicht von den Parteilosen ab, sondern im Gegenteil, sie schreitet zur Wahl in einem Block, im Bündnis mit den Parteilosen, sie schreitet zur Wahl in einem Block mit den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten, mit dem Kommunistischen Jugendverband und anderen Organisationen und Vereinigungen der Parteilosen. Folglich werden die Deputierten-Kandidaten sowohl für die Kommunisten als auch für die Parteilosen gemeinsame Kandidaten sein; jeder parteilose Deputierte wird auch Deputierter der Kommunisten sein, ebenso wie jeder kommunistische Deputierte Deputierter der Parteilosen sein wird.“

Der Aufruf des Zentralkomitees schloß mit der folgenden Aufforderung an die Wähler:

„Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) fordert alle Kommunisten und Sympathisierenden auf, für die parteilosen Kandidaten mit derselben Einmütigkeit zu stimmen, mit der sie für die als Kandidaten aufgestellten Kommunisten stimmen sollen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) fordert alle parteilosen Wähler auf, für die kommunistischen Kandidaten mit derselben Einmütigkeit zu stimmen, mit der sie für die parteilosen Kandidaten stimmen werden.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) fordert alle Wähler auf, am 12. Dezember 1937 vollzählig wie *ein* Mann zur Wahl der Deputierten für den Sowjet der Union und für den Sowjet der Nationalitäten an den Wahlurnen zu erscheinen.

Es darf keinen einzigen Wähler geben, der von seinem Ehrenrecht, die Deputierten für das Oberste Organ des Sowjetstaates zu wählen, nicht Gebrauch macht.

Es darf keinen einzigen aktiven Bürger geben, der es nicht für seine Bürgerpflicht hielte, dazu beizutragen, daß alle Wähler ohne Ausnahme an den Wahlen zum Obersten Sowjet teilnehmen.

Der 12. Dezember 1937 muß zu einem großen Festtag der Einheit der Werktätigen aller Völker der Sowjetunion, ihrer Vereinigung um das siegreiche Banner Lenins-Stalins werden.“

Am 11. Dezember 1937, am Vorabend der Wahlen, hielt Genosse Stalin in seinem Wahlkreis eine Rede, in der er die Frage berührte, was für Politiker die Erwählten des Volkes, die Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR, sein sollen. Genosse Stalin sagte:

„Die Wähler, das Volk, müssen von ihren Deputierten fordern, daß sie auf der Höhe ihrer Aufgaben bleiben; daß sie in ihrer Arbeit nicht auf das Niveau politischer Spießherren hinabsinken; daß sie auf dem Posten von Politikern Leninschen Typus bleiben; daß sie Politiker von ebensolcher Klarheit und Bestimmtheit seien, wie Lenin es war; daß sie ebenso furchtlos im Kampfe und ebenso schonungslos gegen die Feinde des Volkes seien, wie Lenin es war; daß sie frei von jeder Panik seien, von jeder Spur einer Panik, wenn die Lage sich kompliziert und sich am Horizont irgendeine Gefahr ankündigt; daß sie ebenso frei von jeder Spur einer

Panik seien, wie Lenin davon frei war; daß sie bei der Entscheidung komplizierter Fragen, bei der allseitige Orientierung und allseitige Erwägung aller Für und Wider nötig ist, ebenso weise und bedachtsam seien, wie Lenin es war; daß sie ebenso wahrhaft und ehrlich seien, wie Lenin es war; daß sie ihr Volk ebenso lieben, wie Lenin es liebte.“

Am 12. Dezember fanden die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR statt. Die Wahlen verliefen unter riesiger Begeisterung. Dies waren nicht einfach Wahlen, sondern ein großer Festtag, ein Triumph des Sowjetvolkes, eine Demonstration der großen Freundschaft der Völker der Sowjetunion.

Von den 94 Millionen Wählern nahmen an den Wahlen über 91 Millionen, das heißt 96,8 Prozent, teil. Von ihnen stimmten für den Block der Kommunisten und Parteilosen 89 844 000, das heißt 98,6 Prozent. Nur 632 000 Personen, das heißt weniger als ein Prozent, stimmten gegen die Kandidaten des Blocks der Kommunisten und Parteilosen. Ausnahmslos alle Kandidaten des Blocks der Kommunisten und Parteilosen wurden gewählt.

So bekräftigten 90 Millionen Menschen durch ihre einmütige Abstimmung den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion.

Das war ein großartiger Sieg des Blocks der Kommunisten und Parteilosen.

Das war ein Triumph der Partei der Bolschewiki.

Die moralisch-politische Einheit des Sowjetvolkes, von der Genosse Molotow in seiner historischen Rede am 20. Jahrestage der Oktoberrevolution sprach, erhielt hier ihre glänzende Bekräftigung.

Schlußfolgerungen

Welches sind die grundlegenden Ergebnisse des von der bolschewistischen Partei zurückgelegten historischen Weges?

Was lehrt uns die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)?

1. Die Geschichte der Partei lehrt vor allem, daß der Sieg der proletarischen Revolution, der Sieg der Diktatur des Proletariats unmöglich ist ohne eine revolutionäre Partei des Proletariats, eine Partei, die vom Opportunismus frei, gegen Paktierer und Kapitulanten unveröhnlich, gegenüber der Bourgeoisie und ihrer Staatsgewalt revolutionär ist.

Die Geschichte der Partei lehrt: das Proletariat ohne eine solche Partei lassen, bedeutet, es ohne revolutionäre Führung lassen, es aber ohne revolutionäre Führung lassen, bedeutet die Sache der proletarischen Revolution zum Scheitern bringen.

Die Geschichte der Partei lehrt, daß eine gewöhnliche sozialdemokratische Partei von westeuropäischem Typus, die in den Verhältnissen des Bürgerfriedens erzogen ist und hinter den Opportunisten einhertrottet, von „sozialen Reformen“ schwärmt und die soziale Revolution fürchtet, eine solche Partei nicht sein kann.

Die Geschichte der Partei lehrt, daß nur eine Partei von neuem Typus, eine marxistisch-leninistische Partei, eine Partei der sozialen Revolution, die fähig ist, das Proletariat auf entscheidende Schlachten gegen die Bourgeoisie vorzubereiten und den Sieg der proletarischen Revolution zu organisieren, eine solche Partei sein kann.

Eine solche Partei in der Sowjetunion ist die bolschewistische Partei.

„In der vorrevolutionären Periode“, führt Genosse Stalin aus, „in der Periode der mehr oder weniger friedlichen Entwicklung, als die Parteien der II. Internationale in der Arbeiterbewegung die herrschende Kraft darstellten und die parlamentarischen Kampfformen als die Grundformen galten — unter diesen Bedingungen hatte die Partei nicht die ernste und entscheidende Bedeutung und konnte diese auch nicht haben, wie die Partei sie dann unter den Bedingungen der offenen revolutionären Schlachten gewann. Zur Verteidigung der II. Internationale gegen verschiedene Angriffe erklärte Kautsky, daß die Parteien der II. In-

ternationale ein Friedensinstrument und kein Kriegsinstrument seien, daß sie gerade deshalb nicht imstande gewesen seien, während des Krieges, in der Periode der revolutionären Aktionen des Proletariats, irgend etwas Ernstes zu unternehmen. Das ist völlig richtig. Aber was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Parteien der II. Internationale untauglich sind für den revolutionären Kampf des Proletariats, daß sie keine Kampfparteien des Proletariats sind, die die Arbeiter zur Macht führen, sondern ein Wahlapparat, der für Parlamentswahlen und den parlamentarischen Kampf eingerichtet ist. Daraus erklärt sich eigentlich auch die Tatsache, daß in der Periode der Herrschaft der Opportunisten der II. Internationale nicht die Partei, sondern die Parlamentsfraktion die maßgebende politische Organisation des Proletariats war. Es ist bekannt, daß die Partei in dieser Periode in Wirklichkeit ein Anhängsel und dienstbares Element der Parlamentsfraktion war. Es erübrigt sich wohl nachzuweisen, daß unter solchen Bedingungen und mit einer solchen Partei an der Spitze von einer Vorbereitung des Proletariats auf die Revolution nicht einmal die Rede sein konnte.

Die Sache änderte sich jedoch von Grund aus mit dem Anbruch der neuen Periode. Die neue Periode ist die Periode offener Zusammenstöße der Klassen, die Periode revolutionärer Aktionen des Proletariats, die Periode der proletarischen Revolution, die Periode der direkten Vorbereitung der Kräfte zum Sturz des Imperialismus, zur Ergreifung der Macht durch das Proletariat. Diese Periode stellt dem Proletariat neue Aufgaben: die gesamte Parteiarbeit auf neue, auf revolutionäre Art umzubauen, die Arbeiter im Geiste des revolutionären Kampfes um die Macht zu erziehen, Reserven auszubilden und heranzuziehen, das Bündnis mit den Proletariern der benachbarten Länder herzustellen, feste Verbindungen mit der Befreiungsbewegung der Kolonien und der abhängigen Länder zu schaffen usw. usf. Zu glauben, daß diese neuen Aufgaben mit den Kräften der alten sozialdemokratischen Parteien, die in den friedlichen Verhältnissen des Parlamentarismus erzogen wurden, gelöst werden können — heißt sich zu hoffnungsloser Verzweiflung, zu einer unausbleiblichen Niederlage verurteilen. Die alten Parteien weiter an der Spitze zu belassen, wo man solche Aufgaben zu bewältigen hat, heißt völlig un-

gerüstet dastehen. Es erübrigt sich wohl nachzuweisen, daß das Proletariat sich mit einer solchen Sachlage nicht abfinden konnte.

Daraus folgt die Notwendigkeit einer neuen Partei, einer Kampfpartei, einer revolutionären Partei, die kühn genug ist, die Proletarier in den Kampf um die Macht zu führen, die genügend Erfahrung hat, um sich in den komplizierten Verhältnissen der revolutionären Situation zurechtzufinden, und genügend Elastizität besitzt, um Klippen jeder Art auf dem Wege zum Ziel zu umgehen.

Ohne eine solche Partei ist an einen Sturz des Imperialismus, an die Eroberung der Diktatur des Proletariats gar nicht zu denken.

Diese neue Partei ist die Partei des Leninismus.“ (*Stalin*, Fragen des Leninismus, S. 85–87.)

2. Die Geschichte der Partei lehrt weiter, daß die Partei der Arbeiterklasse die Rolle des Führers ihrer Klasse, daß sie die Rolle des Organisators und Führers der proletarischen Revolution nicht erfüllen kann, wenn sie nicht die fortgeschrittene Theorie der Arbeiterbewegung, die marxistisch-leninistische Theorie, gemeistert hat.

Die Kraft der marxistisch-leninistischen Theorie besteht darin, daß sie der Partei die Möglichkeit gibt, sich in der jeweiligen Situation zu orientieren, den inneren Zusammenhang der rings um sie vor sich gehenden Ereignisse zu verstehen, den Gang der Ereignisse vorauszusehen, und zu erkennen nicht nur, wie und wohin sich die Ereignisse gegenwärtig entwickeln, sondern auch wie und wohin sie sich künftig entwickeln müssen.

Nur eine Partei, die die marxistisch-leninistische Theorie gemeistert hat, kann mit Zuversicht vorwärtsmarschieren und die Arbeiterklasse vorwärtsführen.

Und umgekehrt — eine Partei, die die marxistisch-leninistische Theorie nicht gemeistert hat, ist genötigt, tastend umherzuirren, verliert die Zuversicht in ihre Handlungen, ist nicht fähig, die Arbeiterklasse vorwärtszuführen.

Es könnte scheinen: die marxistisch-leninistische Theorie gemeistert haben bedeute, einzelne Schlußfolgerungen und Leitsätze aus den Werken von Marx-Engels-Lenin gewissenhaft auswendig lernen, um sie zur rechten Zeit zu zitieren, und sich damit zufrieden geben in der

Hoffnung, daß die auswendig gelernten Schlußfolgerungen und Leitsätze für jede Situation, für alle Wechselfälle des Lebens tauglich seien. Aber ein solches Herangehen an die marxistisch-leninistische Theorie ist völlig unrichtig. Man darf die marxistisch-leninistische Theorie nicht als eine Dogmensammlung, als einen Katechismus, als eine Glaubensformel betrachten, noch die Marxisten selbst als Wortklauber und Schriftgelehrte. Die marxistisch-leninistische Theorie ist die Wissenschaft von der Entwicklung der Gesellschaft, die Wissenschaft von der Arbeiterbewegung, die Wissenschaft von der proletarischen Revolution, die Wissenschaft vom Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Als Wissenschaft bleibt sie nicht auf einer Stelle stehen und kann es auch nicht, sie entwickelt sich und vervollkommnet sich. Es ist verständlich, daß sie sich in ihrer Entwicklung durch neue Erfahrungen, durch neues Wissen bereichern muß, daß ihre einzelnen Leitsätze und Schlußfolgerungen sich im Laufe der Zeit ändern müssen, daß diese notwendig durch neue, den neuen historischen Verhältnissen entsprechende Schlußfolgerungen und Leitsätze ersetzt werden müssen.

Die marxistisch-leninistische Theorie meistern bedeutet durchaus nicht, alle ihre Formeln und Schlußfolgerungen auswendig zu lernen und sich an jeden Buchstaben dieser Formeln und Schlußfolgerungen zu klammern. Um die marxistisch-leninistische Theorie zu meistern, muß man vor allem lernen, zwischen ihrem Buchstaben und ihrem Wesen zu unterscheiden.

Die marxistisch-leninistische Theorie meistern bedeutet, sich das *Wesen* dieser Theorie anzueignen und zu lernen, diese Theorie bei der Entscheidung der praktischen Fragen der revolutionären Bewegung unter den verschiedenen Bedingungen des Klassenkampfes des Proletariats anzuwenden.

Die marxistisch-leninistische Theorie meistern heißt verstehen, diese Theorie durch die neuen Erfahrungen der revolutionären Bewegung zu bereichern; sie durch neue Leitsätze und Schlußfolgerungen zu bereichern heißt verstehen, *sie zu entwickeln und weiterzuführen*, und nicht davor zurückzuschrecken, ausgehend vom Wesen der Theorie, einzelne ihrer Leitsätze und Schlußfolgerungen, die bereits veraltet sind, durch neue, der neuen historischen Situation entsprechende Leitsätze und Schlußfolgerungen zu ersetzen.

Die marxistisch-leninistische Theorie ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln.

Bis zur zweiten russischen Revolution (Februar 1917) gingen die Marxisten aller Länder davon aus, daß die parlamentarische demokratische Republik die zweckmäßigste Form der politischen Organisation der Gesellschaft in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sei. Zwar hatte Marx schon in den siebziger Jahren darauf hingewiesen, daß nicht die parlamentarische Republik, sondern eine politische Organisation vom Typus der Pariser Kommune die zweckmäßigste Form der Diktatur des Proletariats ist. Leider aber wurde dieser Marxsche Hinweis in den Werken von Marx nicht weiterentwickelt und ward der Vergessenheit überliefert. Außerdem ließ die autoritative Erklärung von Engels in seiner Kritik des Erfurter Programmentwurfs von 1891, die demokratische Republik sei „die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats“, keinen Zweifel darüber, daß die Marxisten weiterhin die demokratische Republik für die politische Form der Diktatur des Proletariats hielten. Diese These von Engels wurde später zum richtunggebenden Leitsatz für alle Marxisten, darunter auch für Lenin. Die russische Revolution von 1905 und besonders die Revolution vom Februar 1917 brachten jedoch eine neue Form der politischen Organisation der Gesellschaft hervor — die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten. Auf Grund der Untersuchung der Erfahrungen der beiden Revolutionen in Rußland kam Lenin, ausgehend von der Theorie des Marxismus, zu dem Schluß, daß die beste politische Form für die Diktatur des Proletariats nicht die parlamentarische demokratische Republik, sondern die Republik der Sowjets ist. Auf dieser Grundlage stellte Lenin im April 1917, in der Periode des Übergangs von der bürgerlichen zur sozialistischen Revolution, die Losung der Organisierung der Sowjetrepublik auf als der besten politischen Form der Diktatur des Proletariats. Die Opportunisten aller Länder, die sich an die parlamentarische Republik klammerten, beschuldigten Lenin der Abkehr vom Marxismus, der Zerstörung der Demokratie. Aber der wahre Marxist, der die Theorie des Marxismus meisterte, war natürlich Lenin und nicht die Opportunisten, denn Lenin führte die marxistische Theorie weiter, bereicherte sie durch neue Erfahrungen, während die Opportunisten sie zurückzerzten, einen ihrer Lehrsätze in ein Dogma verwandelten.

Was wäre aus der Partei, aus unserer Revolution, aus dem Marxismus geworden, wenn Lenin sich gescheut hätte, den Buchstaben des Marxismus anzutasten, und sich nicht entschlossen hätte, einen der

alten, von Engels formulierten Leitsätze des Marxismus zu ersetzen durch den neuen, der neuen historischen Situation entsprechenden Leitsatz von der Republik der Sowjets? Die Partei hätte im Dunkeln getappt, die Sowjets wären desorganisiert worden, wir hätten keine Sowjetmacht, die marxistische Theorie hätte ernstlich Schaden erlitten. Das Proletariat hätte verloren, die Feinde des Proletariats hätten gewonnen.

Bei der Untersuchung des vorimperialistischen Kapitalismus gelangten Engels und Marx zu der Schlußfolgerung, daß die sozialistische Revolution in einem einzeln genommenen Lande nicht siegen kann, daß sie nur bei einem in allen oder den meisten zivilisierten Ländern gleichzeitig erfolgenden Schlag siegen kann. Das war um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Diese Schlußfolgerung wurde später zum Leitsatz für alle Marxisten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts jedoch schlug der vorimperialistische Kapitalismus in den imperialistischen um, der aufsteigende Kapitalismus verwandelte sich in den sterbenden Kapitalismus. Auf Grund der Untersuchung des imperialistischen Kapitalismus gelangte Lenin, ausgehend von der marxistischen Theorie, zu der Schlußfolgerung, daß die alte Formel von Engels und Marx der neuen historischen Situation nicht mehr entspricht, daß die sozialistische Revolution sehr wohl in einem einzeln genommenen Lande siegen kann. Die Opportunisten aller Länder, die sich an die alte Formel von Engels und Marx klammerten, beschuldigten Lenin der Abkehr vom Marxismus. Aber der wahre Marxist, der die Theorie des Marxismus meisterte, war natürlich Lenin und nicht die Opportunisten, denn Lenin führte die marxistische Theorie weiter, bereicherte sie durch neue Erfahrungen, während die Opportunisten sie zurückzerrten, in eine Mumie verwandelten.

Was wäre aus der Partei, aus unserer Revolution, aus dem Marxismus geworden, wenn Lenin sich gescheut hätte, den Buchstaben des Marxismus anzutasten, wenn es ihm an dem theoretischen Mut gefehlt hätte, eine der alten Schlußfolgerungen des Marxismus fallenzulassen und sie zu ersetzen durch die neue, der neuen historischen Situation entsprechende Schlußfolgerung von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem einzeln genommenen Lande? Die Partei hätte im Dunkeln getappt, die proletarische Revolution wäre der Führung beraubt worden, die marxistische Theorie hätte dahinzusiechen begonnen. Das Proletariat hätte verloren, die Feinde des Proletariats hätten gewonnen.

Opportunismus bedeutet nicht immer die direkte Verneinung der marxistischen Theorie oder ihrer einzelnen Leitsätze und Schlußfolgerungen. Der Opportunismus äußert sich mitunter auch in Versuchen, sich an einzelne, bereits überholte Leitsätze des Marxismus zu klammern, sie in Dogmen zu verwandeln, um dadurch die Weiterentwicklung des Marxismus aufzuhalten, folglich auch die Entwicklung der revolutionären Bewegung des Proletariats aufzuhalten.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß nach Engels' Tod Lenin als der gewaltigste Theoretiker und nach Lenin Stalin sowie andere Schüler Lenins die einzigen Marxisten waren, die die marxistische Theorie weiterführten und sie unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfes des Proletariats durch neue Erfahrungen bereicherten.

Und eben darum, weil Lenin und die Leninisten die marxistische Theorie weiterführten, ist der Leninismus die Weiterentwicklung des Marxismus, ist er der Marxismus unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfes des Proletariats, der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen, der Marxismus der Epoche des Sieges des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde.

Die Partei der Bolschewiki hätte im Oktober 1917 nicht zu siegen vermocht, wenn ihre führenden Kader nicht die Theorie des Marxismus gemeistert, wenn sie nicht gelernt hätten, diese Theorie als eine Anleitung zum Handeln zu betrachten, wenn sie nicht gelernt hätten, die marxistische Theorie weiterzuführen und sie durch die neuen Erfahrungen des Klassenkampfes des Proletariats zu bereichern.

In einer Kritik an deutschen Marxisten in Amerika, die die Führung der amerikanischen Arbeiterbewegung übernommen hatten, schrieb Engels:

„Die Deutschen haben nun einmal nicht verstanden, von ihrer Theorie aus den Hebel anzusetzen, der die amerikanischen Massen in Bewegung setzen konnte; sie verstehen die Theorie größtenteils selbst nicht und behandeln sie doktrinär und dogmatisch als etwas, das auswendig gelernt werden muß, dann aber auch allen Bedürfnissen ohne weiteres genügt. Es ist ihnen ein Credo, keine Anleitung zum Handeln.“ (Engels an Sorge, *Marx/Engels*, Ausgew. Briefe, Moskau 1934, S. 357.)

In einer Kritik an Kamenew und einigen alten Bolschewiki, die sich im April 1917 an die alte Formel der revolutionär-demokratischen

Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft klammerten, während die revolutionäre Bewegung weitergegangen war und den Übergang zur sozialistischen Revolution erheischte, schrieb Lenin:

„Unsere Lehre ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln — das betonten Marx und Engels ständig, wobei sie sich mit vollem Recht über das Einochsen und einfache Wiederholen von ‚Formeln‘ lustig machten, die bestenfalls nur geeignet waren, die *allgemeinen* Aufgaben vorzuzeichnen, die durch die *konkrete* ökonomische und politische Situation in jedem besonderen *Zeitabschnitt* des geschichtlichen Prozesses notwendig modifiziert werden... Es gilt, sich die unbestreitbare Wahrheit zu eigen zu machen, daß der Marxist mit dem lebendigen Leben, mit den exakten Tatsachen der *Wirklichkeit* rechnen muß, statt sich an die Theorie von gestern zu klammern...“ (*Lenin/Stalin*, Das Jahr 1917, S. 31 und 33.)

3. Die Geschichte der Partei lehrt weiter, daß ohne Zerschlagung der in den Reihen der Arbeiterklasse tätigen kleinbürgerlichen Parteien, die die rückständigen Schichten der Arbeiterklasse der Bourgeoisie in die Arme treiben und so die Einheit der Arbeiterklasse zerstören, der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist.

Die Geschichte unserer Partei ist die Geschichte der Bekämpfung und Zerschlagung der kleinbürgerlichen Parteien — Sozialrevolutionäre, Menschewiki, Anarchisten, Nationalisten. Ohne Überwindung dieser Parteien und ihre Vertreibung aus den Reihen der Arbeiterklasse wäre es unmöglich gewesen, die Einheit der Arbeiterklasse zu erreichen, ohne die Einheit der Arbeiterklasse aber wäre es unmöglich gewesen, den Sieg der proletarischen Revolution zu verwirklichen.

Ohne Zerschlagung dieser Parteien, die anfangs für die Erhaltung des Kapitalismus, später aber, nach der Oktoberrevolution, für die Wiederherstellung des Kapitalismus eintraten, wäre es unmöglich gewesen, die Diktatur des Proletariats zu behaupten, die auswärtige militärische Intervention zu besiegen, den Sozialismus zu errichten.

Man kann es nicht als Zufall ansehen, daß alle kleinbürgerlichen Parteien, die sich zur Täuschung des Volkes „revolutionäre“ und „sozialistische“ Parteien nannten — Sozialrevolutionäre, Menschewiki, Anarchisten, Nationalisten —, schon vor der Sozialistischen Oktoberrevolution zu konterrevolutionären Parteien geworden waren und sich

in der Folge in Agenten ausländischer bürgerlicher Spionagedienste, in eine Bande von Spionen, Schädlingen, Zerstörungsagenten, Mördern und Landesverrättern verwandelten.

„Die Einheit des Proletariats“, sagt Lenin, „kann in der Epoche der sozialen Revolution nur durch die äußerste revolutionäre Partei des Marxismus, nur durch schonungslosen Kampf gegen alle übrigen Parteien verwirklicht werden.“ (*Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXVI, S. 62.*)

4. Die Geschichte der Partei lehrt weiter, daß die Partei der Arbeiterklasse ohne unversöhnlichen Kampf gegen die Opportunisten in ihren eigenen Reihen, ohne Vernichtung der Kapitulanten in ihrer eigenen Mitte die Einheit und Disziplin ihrer Reihen nicht aufrechterhalten, ihre Rolle als Organisator und Führer der proletarischen Revolution, ihre Rolle als Erbauer einer neuen, der sozialistischen Gesellschaft nicht erfüllen kann.

Die Entwicklungsgeschichte des inneren Lebens unserer Partei ist die Geschichte der Bekämpfung und Vernichtung der opportunistischen Gruppen innerhalb der Partei — der „Ökonomen“, Menschewiki, Trotzlisten, Bucharinleute, Vertreter der nationalistischen Abweichungen.

Die Geschichte der Partei lehrt, daß alle diese Kapitulantengruppen dem Wesen der Sache nach Agenten des Menschewismus innerhalb unserer Partei, seine Schleppenträger, seine Fortsetzung waren. Sie spielten ebenso wie der Menschewismus die Rolle von Schrittmachern des bürgerlichen Einflusses in der Arbeiterklasse und in der Partei. Daher war der Kampf für die Liquidierung dieser Gruppen in der Partei die Fortsetzung des Kampfes für die Liquidierung des Menschewismus.

Ohne die „Ökonomen“ und Menschewiki geschlagen zu haben, hätten wir nicht die Partei aufbauen und die Arbeiterklasse zur proletarischen Revolution führen können.

Ohne die Trotzlisten und Bucharinleute geschlagen zu haben, hätten wir nicht die für die Errichtung des Sozialismus notwendigen Bedingungen herbeiführen können.

Ohne die Vertreter der nationalistischen Abweichungen aller und jeglicher Spielarten geschlagen zu haben, hätten wir nicht das Volk im Geiste des Internationalismus erziehen, nicht das Banner der großen

Freundschaft der Völker der UdSSR behaupten, nicht die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken errichten können.

Es könnte scheinen, daß die Bolschewiki dem Kampf gegen die opportunistischen Elemente in der Partei zu viel Zeit gewidmet, daß sie deren Bedeutung überschätzt hätten. Das ist jedoch völlig unrichtig. Man darf in seiner Mitte nicht den Opportunismus dulden, wie man in einem gesunden Organismus kein Geschwür dulden darf. Die Partei ist der führende Trupp der Arbeiterklasse, ihre vorgeschobene Festung, ihr Kampfstab. Man darf nicht zulassen, daß in dem führenden Stab der Arbeiterklasse Kleingläubige, Opportunisten, Kapitulanten, Verräter sitzen. Gegen die Bourgeoisie auf Leben und Tod kämpfen und Kapitulanten und Verräter in seinem eigenen Stabe, in seiner eigenen Festung haben — heißt in die Lage von Leuten geraten, die sowohl von der Front wie vom Rücken her beschossen werden. Es ist nicht schwer zu begreifen, daß ein solcher Kampf nur mit einer Niederlage enden kann. Festungen werden am leichtesten von innen genommen. Um den Sieg zu erringen, muß man vor allem die Partei der Arbeiterklasse, ihren führenden Stab, ihre vorgeschobene Festung von Kapitulanten, von Deserteuren, von Streikbrechern, von Verrätern säubern.

Man kann es nicht als Zufall ansehen, daß die Trotzlisten, die Bucharinleute, die Vertreter der nationalistischen Abweichungen im Kampfe gegen Lenin, im Kampfe gegen die Partei ebenso endeten wie die Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, daß sie zu Agenten der faschistischen Spionagedienste wurden, zu Spionen, Schädlingen, Mördern, Zerstörungsagenten, Landesverrätern.

„Wenn man in seinen Reihen Reformisten, Menschewiki hat“, sagt Lenin, „so ist es *unmöglich*, in der proletarischen Revolution zu siegen, so ist es *unmöglich*, sie zu behaupten. Das steht offenbar prinzipiell fest. Das ist sowohl in Rußland als auch in Ungarn durch die Erfahrung anschaulich bestätigt worden... In Rußland hat es *oftmals* schwierige Situationen gegeben, wo das Sowjetregime *ganz sicher* gestürzt worden wäre, wenn die Menschewiki, Reformisten, kleinbürgerlichen Demokraten innerhalb unserer Partei verblieben wären...“ (*Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXV, S. 462/63 russ.*)

„Wenn es unserer Partei gelungen ist“, sagt Genosse Stalin, „in der Partei die innere Einheit, die beispiellose Geschlossenheit ihrer

Reihen zu schaffen, so vor allem deshalb, weil sie es verstanden hat, sich rechtzeitig von dem Unrat des Opportunismus zu reinigen, weil sie es verstanden hat, die Liquidatoren und Menschewiki aus der Partei zu verjagen. Der Weg zur Entwicklung und Festigung der proletarischen Parteien führt über ihre Säuberung von den Opportunisten und Reformisten, den Sozialimperialisten und Sozialchauvinisten, den Sozialpatrioten und Sozialpazifisten. Die Partei wird gestärkt dadurch, daß sie sich von den opportunistischen Elementen reinigt.“ (*Stalin, Fragen des Leninismus, S. 98.*)

5. Die Geschichte der Partei lehrt weiter, daß die Partei ihre Rolle als Führer der Arbeiterklasse nicht erfüllen kann, wenn sie, von Erfolgen berauscht, überheblich zu werden beginnt, wenn sie aufhört, die Mängel ihrer Arbeit zu bemerken, wenn sie sich fürchtet, ihre Fehler einzugestehen, sich fürchtet, diese rechtzeitig offen und ehrlich zu korrigieren.

Die Partei ist unbesiegbar, wenn sie Kritik und Selbstkritik nicht fürchtet, wenn sie die Fehler und Mängel ihrer Arbeit nicht verkleistert, wenn sie an den Fehlern der Parteiarbeit die Kader erzieht und schult, wenn sie es versteht, ihre Fehler rechtzeitig zu korrigieren.

Die Partei geht zugrunde, wenn sie ihre Fehler verheimlicht, wunde Punkte vertuscht, ihre Unzulänglichkeiten bemäntelt, indem sie ein falsches Bild wohlgeordneter Zustände zur Schau stellt, wenn sie keine Kritik und Selbstkritik duldet, sich von dem Gefühl der Selbstzufriedenheit durchdringen läßt, sich dem Gefühl der Selbstgefälligkeit hingibt und auf ihren Lorbeeren auszuruhen beginnt.

„Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern“, sagt Lenin, „ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die *tatsächliche* Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer *Klasse* und den werktätigen *Massen*. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernstesten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der *Klasse* und dann auch der *Masse*.“ (*Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 703.*)

Und ferner:

„Alle revolutionären Parteien, die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, daß sie *überhebblich wurden* und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft bestand, daß sie *fürchteten, von ihren Schwächen zu sprechen*. Wir aber werden nicht zugrunde gehen, weil wir nicht fürchten, von unseren Schwächen zu sprechen, und es lernen werden, die Schwäche zu überwinden.“ (*Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXVII, S. 260/61 russ.*)

6. Schließlich lehrt die Geschichte der Partei, daß die Partei der Arbeiterklasse ohne umfassende Verbindungen mit den Massen, ohne ständige Festigung dieser Verbindungen, ohne die Fähigkeit, auf die Stimme der Masse zu lauschen und ihre brennenden Nöte zu verstehen, ohne die Bereitschaft, nicht nur die Massen zu belehren, sondern auch von ihnen zu lernen, keine wirkliche Massenpartei sein kann, die fähig ist, die Millionen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu führen.

Die Partei ist unbesiegbar, wenn sie es versteht, wie Lenin sagt, „...sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, aber auch mit den nichtproletarischen, werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern und, wenn ihr wollt, bis zu einem gewissen Grad sich sogar mit ihnen zu verschmelzen“. (*Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 673.*)

Die Partei geht zugrunde, wenn sie sich in ihrem eng parteilichen Gehäuse abkapselt, wenn sie sich von den Massen loslöst, wenn sie sich mit einer bürokratischen Kruste bedeckt.

„Man kann es als Regel betrachten“, sagt Genosse Stalin, „daß die Bolschewiki unbesiegbar bleiben, solange sie die Verbindung mit den breiten Massen des Volkes bewahren. Und umgekehrt, die Bolschewiki brauchen sich nur von den Massen loszulösen, die Verbindung mit ihnen zu verlieren, sich mit bürokratischem Rost zu bedecken, um jegliche Kraft einzubüßen und sich in ein Nichts zu verwandeln.“

Die alten Griechen hatten in ihrer Mythenwelt einen berühmten Heros, den Antäus, der, wie in der Mythologie erzählt wird, ein Sohn Poseidons, des Gottes der Meere, und der Gäa, der Göttin der Erde, war. Er hegte besondere Anhänglichkeit für seine Mutter, die ihn geboren, genährt und erzogen hatte. Es gab keinen

Helden, den er, dieser Antäus, nicht besiegt hätte. Er galt als ein unbesiegbarer Heros. Worin bestand seine Kraft? Sie bestand darin, daß er jedesmal, wenn er im Kampfe mit einem Gegner in Bedrängnis kam, die Erde, seine Mutter, berührte, die ihn geboren und genährt hatte, und so neue Kraft schöpfte. Aber dennoch hatte er seine schwache Stelle: das war die Gefahr, auf irgendeine Weise von der Erde losgerissen zu werden. Die Feinde rechneten auf diese seine Schwäche und lauerten ihm auf. Und es fand sich ein Feind, der diese seine Schwäche ausnutzte und ihn besiegte. Das war Herkules. Wie aber besiegte er ihn? Er riß ihn von der Erde los, hob ihn in die Luft, nahm ihm die Möglichkeit, die Erde zu berühren, und erdrosselte ihn auf diese Weise in der Luft.

Ich denke, die Bolschewiki erinnern uns an den Heros der griechischen Mythologie, Antäus. Ebenso wie Antäus sind sie dadurch stark, daß sie Verbindung mit ihrer Mutter, mit den Massen, aufrechterhalten, die sie erzeugt, genährt und erzogen haben. Und solange sie die Verbindung mit ihrer Mutter, mit dem Volke, aufrechterhalten, haben sie alle Aussicht, unbesiegbar zu bleiben.

Darin liegt der Schlüssel der Unbesiegbarkeit der bolschewistischen Führung.“ (*Stalin*, Über die Mängel der Parteiarbeit, Moskau 1957, S. 45.)

Das sind die grundlegenden Lehren des von der bolschewistischen Partei zurückgelegten historischen Weges.

Ende

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	5
------------------	---

Kapitel I

*Der Kampf für die Schaffung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in Rußland
(1883—1901)*

1. Die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Entwicklung des industriellen Kapitalismus in Rußland. Das Aufkommen des modernen Industrie-proletariats. Die ersten Schritte der Arbeiterbewegung	7
2. Die Volkstümlerrichtung und der Marxismus in Rußland. Plechanow und seine Gruppe „Befreiung der Arbeit“. Der Kampf Plechanows gegen die Volkstümlerrichtung. Die Ausbreitung des Marxismus in Rußland	14
3. Der Beginn der revolutionären Tätigkeit Lenins. Der Petersburger „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“	23
4. Der Kampf Lenins gegen die Volkstümlerrichtung und den „legalen Marxismus“. Die Leninsche Idee des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Der I. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands	26
5. Der Kampf Lenins gegen den „Ökonomismus“. Das Erscheinen der Leninschen Zeitung „Iskra“	31
Kurze Zusammenfassung	34

Kapitel II

*Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Die Ent-
stehung der Fraktionen der Bolschewiki und der Menschewiki innerhalb
der Partei
(1901—1904)*

1. Der Aufschwung der revolutionären Bewegung in Rußland in den Jahren 1901—1904	36
2. Der Leninsche Plan des Aufbaus der marxistischen Partei. Der Opportunismus der „Ökonomen“. Der Kampf der „Iskra“ für den Leninschen Plan. Lenins Werk „Was tun?“. Die ideologischen Grundlagen der marxistischen Partei	40
3. Der II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Die Annahme des Programms und des Statuts und die Schaffung einer	

einheitlichen Partei. Die Meinungsverschiedenheiten auf dem Parteitag und die Entstehung zweier Strömungen in der Partei: der bolschewistischen und der menschewistischen	51
4. Die Spaltungstätigkeit der menschewistischen Führer und die Verschärfung des Kampfes innerhalb der Partei nach dem II. Parteitag. Der Opportunismus der Menschewiki. Lenins Werk „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“. Die organisatorischen Grundlagen der marxistischen Partei	57
Kurze Zusammenfassung	67

Kapitel III

Menschewiki und Bolschewiki in der Periode des Russisch-Japanischen Krieges und der ersten russischen Revolution (1904—1907)

1. Der Russisch-Japanische Krieg. Der weitere Aufschwung der revolutionären Bewegung in Rußland. Die Streiks in Petersburg. Die Demonstration der Arbeiter vor dem Winterpalast am 9. Januar 1905. Die Niederschießung der Demonstranten. Der Beginn der Revolution ...	69
2. Die politischen Streiks und Demonstrationen der Arbeiter. Das Anwachsen der revolutionären Bewegung der Bauern. Der Aufstand auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“	74
3. Die taktischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bolschewiki und Menschewiki. Der III. Parteitag. Das Buch Lenins „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“. Die taktischen Grundlagen der marxistischen Partei	79
4. Der weitere Aufschwung der Revolution. Der gesamtrossische politische Streik im Oktober 1905. Der Rückzug des Zarismus. Das Manifest des Zaren. Die Entstehung der Sowjets der Arbeiterdeputierten ..	97
5. Der bewaffnete Aufstand vom Dezember. Die Niederlage des Aufstandes. Der Rückzug der Revolution. Die I. Reichsduma. Der IV. (Vereinigungs-)Parteitag	101
6. Die Auseinanderjagung der I. Reichsduma. Die Einberufung der II. Reichsduma. Der V. Parteitag. Die Auseinanderjagung der II. Reichsduma. Die Ursachen der Niederlage der ersten russischen Revolution	110
Kurze Zusammenfassung	118

Kapitel IV

Menschewiki und Bolschewiki in der Periode der Stolypinschen Reaktion. Formierung der Bolschewiki zu einer selbständigen marxistischen Partei (1908—1912)

1. Die Stolypinsche Reaktion. Zersetzung in den oppositionellen Schichten der Intelligenz. Verfallstendenzen. Der Übergang eines Teils der Parteintelligenz in das Lager der Feinde des Marxismus und Versuche zur Revision der Theorie des Marxismus. Lenins Abrechnung mit den Revisionisten in seinem Buche „Materialismus und Empirio-kritizismus“ und seine Verfechtung der theoretischen Grundlagen der marxistischen Partei	121
2. Über dialektischen und historischen Materialismus	131
3. Bolschewiki und Menschewiki in den Jahren der Stolypinschen Reaktion. Der Kampf der Bolschewiki gegen die Liquidatoren und Otswisten	166
4. Der Kampf der Bolschewiki gegen den Trotzkiismus. Der parteifeindliche Augustblock	171
5. Die Prager Parteikonferenz von 1912. Die Formierung der Bolschewiki zu einer selbständigen marxistischen Partei	174
Kurze Zusammenfassung	180

Kapitel V

Die Partei der Bolschewiki in den Jahren des Aufschwungs der Arbeiterbewegung vor dem ersten imperialistischen Krieg (1912—1914)

1. Der Aufschwung der revolutionären Bewegung in den Jahren 1912 bis 1914	183
2. Die bolschewistische Zeitung „Prawda“. Die bolschewistische Fraktion in der IV. Reichsduma	187
3. Der Sieg der Bolschewiki in den legalen Organisationen. Das weitere Anwachsen der revolutionären Bewegung. Der Vorabend des imperialistischen Krieges	196
Kurze Zusammenfassung	200

Kapitel VI

Die Partei der Bolschewiki in der Periode des imperialistischen Krieges. Die zweite Revolution in Rußland (1914 bis März 1917)

1. Entstehung und Ursachen des imperialistischen Krieges	201
2. Der Übergang der Parteien der II. Internationale auf die Seite ihrer imperialistischen Regierungen. Der Zerfall der II. Internationale in einzelne sozialchauvinistische Parteien	205
3. Theorie und Taktik der bolschewistischen Partei in den Fragen des Krieges, des Friedens und der Revolution	209
4. Die Niederlage der zaristischen Truppen an der Front. Die wirtschaftliche Zerrüttung. Die Krise des Zarismus	217
5. Die Februarrevolution. Der Sturz des Zarismus. Die Bildung von Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Die Bildung der Provisorischen Regierung. Die Doppelherrschaft	219
Kurze Zusammenfassung	225

Kapitel VII

Die Partei der Bolschewiki in der Periode der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Oktoberrevolution (April 1917—1918)

1. Die Lage im Lande nach der Februarrevolution. Die Partei tritt aus der Illegalität hervor und geht zu offener politischer Arbeit über. Die Ankunft Lenins in Petrograd. Die Aprilthesen Lenins. Die Einstellung der Partei auf den Übergang zur sozialistischen Revolution	227
2. Der Beginn der Krise der Provisorischen Regierung. Die Aprilkonferenz der bolschewistischen Partei	234
3. Die Erfolge der bolschewistischen Partei in der Hauptstadt. Die mißglückte Offensive der Truppen der Provisorischen Regierung an der Front. Die Niederschlagung der Julidemonstration der Arbeiter und Soldaten	240
4. Der Kurs der Partei der Bolschewiki auf die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands. Der VI. Parteitag	244
5. Die Verschwörung des Generals Kornilow gegen die Revolution. Die Niederschlagung der Verschwörung. Die Sowjets in Petrograd und Moskau gehen zu den Bolschewiki über	249

6. Der Oktoberaufstand in Petrograd und die Verhaftung der Provisorischen Regierung. Der II. Sowjetkongreß und die Bildung der Sowjetregierung. Die Dekrete des II. Sowjetkongresses über den Frieden und über den Grund und Boden. Der Sieg der sozialistischen Revolution. Die Ursachen des Sieges der sozialistischen Revolution	255
7. Der Kampf der bolschewistischen Partei für die Festigung der Sowjetmacht. Der Brester Friede. Der VII. Parteitag	267
8. Der Leninsche Plan der Inangriffnahme des sozialistischen Aufbaus. Die Komitees der Dorfarmut und die Bändigung des Kulakentums. Die Meuterei der „linken“ Sozialrevolutionäre und ihre Niederschlagung. Der V. Sowjetkongreß und die Annahme der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik	274
Kurze Zusammenfassung	278

Kapitel VIII

*Die Partei der Bolschewiki in der Periode der ausländischen militärischen Intervention und des Bürgerkrieges
(1918—1920)*

1. Der Beginn der ausländischen militärischen Intervention. Die erste Periode des Bürgerkrieges	281
2. Die militärische Niederlage Deutschlands. Die Revolution in Deutschland. Die Gründung der III. Internationale. Der VIII. Parteitag	287
3. Die Verstärkung der Intervention. Die Blockade gegen das Sowjetland. Der Feldzug Koltschaks und seine Vernichtung. Der Feldzug Denikins und seine Vernichtung. Die dreimonatige Atempause. Der IX. Parteitag	294
4. Der Überfall der polnischen Barone auf das Sowjetland. Der Vorstoß des Generals Wrangel. Das Scheitern des polnischen Plans. Die Vernichtung Wrangels. Das Ende der Intervention	300
5. Wie und warum hat das Sowjetland die vereinigten Kräfte der englisch-französisch-japanisch-polnischen Intervention und der weißgardistischen Konterrevolution der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer in Rußland besiegt?	305
Kurze Zusammenfassung	307

Kapitel IX

Die Partei der Bolschewiki in der Periode des Übergangs zur friedlichen Arbeit an der Wiederherstellung der Volkswirtschaft (1921—1925)

1. Das Sowjetland nach der Liquidierung der Intervention und des Bürgerkrieges. Die Schwierigkeiten der Wiederherstellungsperiode 309
2. Die Parteidiskussion über die Gewerkschaften. Der X. Parteitag. Die Niederlage der Opposition. Der Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) 312
3. Die ersten Ergebnisse der NÖP. Der XI. Parteitag. Die Bildung der Union der SSR. Lenins Krankheit. Der Genossenschaftsplan Lenins. Der XII. Parteitag 322
4. Der Kampf mit den Schwierigkeiten der Wiederherstellung der Volkswirtschaft. Die verstärkte Aktivität der Trotzlisten im Zusammenhang mit Lenins Krankheit. Die neue Parteidiskussion. Die Niederlage der Trotzlisten. Lenins Tod. Das Lenin-Aufgebot. Der XIII. Parteitag 329
5. Die Sowjetunion gegen Ende der Wiederherstellungsperiode. Die Frage des sozialistischen Aufbaus und des Sieges des Sozialismus in unserem Lande. Die „neue Opposition“ von Sinowjew-Kamenew. Der XIV. Parteitag. Der Kurs auf die sozialistische Industrialisierung des Landes, 337
- Kurze Zusammenfassung 347

Kapitel X

Die Partei der Bolschewiki im Kampfe für die sozialistische Industrialisierung des Landes (1926—1929)

1. Die Schwierigkeiten in der Periode der sozialistischen Industrialisierung und der Kampf zu ihrer Überwindung. Die Bildung des trotzkistisch-sinowjewistischen parteifeindlichen Blocks. Die anti-sowjetischen Vorstöße des Blocks. Die Niederlage des Blocks 349
2. Die Erfolge der sozialistischen Industrialisierung. Das Zurückbleiben der Landwirtschaft. Der XV. Parteitag. Der Kurs auf die Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Zerschmetterung des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks. Die politische Doppelzünglerei 356

3. Die Offensive gegen das Kulakentum. Die parteifeindliche Bucharin-Rykov-Gruppe. Die Annahme des ersten Fünfjahrplans. Der sozialistische Wettbewerb. Der Beginn der kollektivwirtschaftlichen Massenbewegung	363
Kurze Zusammenfassung	372

Kapitel XI

Die Partei der Bolschewiki im Kampfe für die Kollektivierung der Landwirtschaft (1930—1934)

1. Die internationale Lage in den Jahren 1930—1934. Die Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern. Die Annexion der Mandchurei durch Japan. Der Machtantritt der Faschisten in Deutschland. Zwei Kriegsherde	374
2. Von der Politik der Einschränkung der Kulakenelemente zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse. Der Kampf gegen die Entstellungen der Politik der Partei in der Kollektivwirtschaftsbewegung. Die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente an der ganzen Front. Der XVI. Parteitag.....	377
3. Die Einstellung auf die Rekonstruktion aller Zweige der Volkswirtschaft. Die Rolle der Technik. Das weitere Anwachsen der Kollektivwirtschaftsbewegung. Die Politischen Abteilungen bei den Maschinen- und Traktorenstationen. Die Ergebnisse der Erfüllung des Fünfjahrplans in vier Jahren. Der Sieg des Sozialismus an der ganzen Front. Der XVII. Parteitag.....	389
4. Die Entartung der Bucharinleute zu politischen Doppelzünglern. Die Entartung der trotzkistischen Doppelzüngler zu einer weißgardistischen Bande von Mördern und Spionen. Der ruchlose Mord an Genossen S. M. Kirow. Die Maßnahmen der Partei zur Verstärkung der Wachsamkeit der Bolschewiki	404
Kurze Zusammenfassung	410

Kapitel XII

Die Partei der Bolschewiki im Kampf für die Vollendung des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und die Durchführung der neuen Verfassung (1935—1937)

1. Die internationale Situation in den Jahren 1935—1937. Die zeitweilige Milderung der Wirtschaftskrise. Der Beginn der neuen Wirtschafts-
--

krise. Die Annexion Abessiniens durch Italien. Die deutsch-italienische Intervention in Spanien. Die Invasion Japans in Zentralchina. Der Beginn des zweiten imperialistischen Krieges.....	412
2. Der weitere Aufschwung der Industrie und der Landwirtschaft in der Sowjetunion. Die vorfristige Erfüllung des zweiten Fünfjahrplans. Die Rekonstruktion der Landwirtschaft und die Vollendung der Kollektivierung. Die Bedeutung der Kader. Die Stachanowbewegung. Der Aufschwung des Volkswohlstands. Der Aufschwung der Volkskultur. Die Kraft der Sowjetrevolution.....	417
3. Der VIII. Sowjetkongreß. Die Annahme der neuen Verfassung der UdSSR	425
4. Die Liquidierung der Überreste der bucharinschen-trotzkistischen Spione, Schädlinge und Landesverräter. Die Vorbereitung für die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR. Der Kurs der Partei auf die entfaltete innerparteiliche Demokratie. Die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR	431
Schlußfolgerungen	439

Das nachfolgende Quellenverzeichnis soll das Auffinden der im Text verwendeten Zitate in den deutschsprachigen Ausgaben der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin ermöglichen und erleichtern.

Befinden sich auf einer Seite mehrere Zitate – auch nicht eingerückte Kurz-zitate –, wird im Quellenverzeichnis nach dieser Reihenfolge die Quelle der deutschsprachigen Ausgabe benannt. Bei sehr kurzen Auszügen aus Zitaten wurde in wenigen Einzelfällen auf den Quellennachweis verzichtet.

QUELLENVERZEICHNIS

S. 18	Lenin, „Über die Fraktion der ‚Wperjod‘-Leute“	LW 16	S. 272
S. 22	Lenin, „Was tun?“	LW 5	S. 538
S. 27	Lenin, „Was sind die ‚Volksfreunde‘ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“	LW 1	S. 260
S. 32	Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“	SW 6	S. 144
S. 42	Lenin, „Was tun?“	LW 5	S. 377
S. 42 f.	Lenin, „Womit beginnen?“	LW 5	S. 9
S. 43	Lenin, „Womit beginnen?“	LW 5	S. 11
S. 43	Lenin, „Womit beginnen?“	LW 5	S. 11 f.
S. 44	Lenin, „Was tun?“	LW 5	S. 480 f.
S. 45	Lenin, „Was tun?“	LW 5	S. 383
S. 45	Lenin, „Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung“	LW 4	S. 370
S. 48	Lenin, „Was tun?“	LW 5	S. 379 S. 380
S. 48	Lenin, „Was tun?“	LW 5	S. 394
S. 48	Lenin, „Was tun?“	LW 5	S. 395 f.
S. 51	Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“	LW 7	S. 205
S. 60	Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“	LW 7	S. 257 f.
S. 61 f.	Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“	LW 7	S. 254 f.
S. 62	Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“	LW 7	S. 266
S. 62	Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“	LW 7	S. 392 f.
S. 62	Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“	LW 7	S. 419 f.
S. 63	Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“	LW 7	S. 260

S. 63 f.	Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“	LW 7	S. 370
S. 64	Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“	LW 7	S. 396
S. 64 f.	Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“	LW 7	S. 359
S. 65	Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“	LW 7	S. 399
S. 65 f.	Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“	LW 7	S. 419 f.
S. 72	Stalin, „Die Beratung und die Arbeiter“	SW 2	S. 124 f.
S. 83	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 77
S. 83 f.	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 39
S. 84	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 102
S. 84	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 5
S. 84	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 61
S. 85	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 61
S. 85	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 37
S. 85 f.	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 37 f.
S. 86	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 87 f.

S. 86	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 48
S. 87	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 88
S. 87	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 84
S. 87 f.	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 89 f.
S. 89	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 61 f.
S. 89	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 61
S. 89	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 23
S. 90	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 79
S. 91	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ bzw. Marx, „Die Krisis und die Kontrerevolution“	LW 9 MEW 5	S. 122 S. 402
S. 91 f	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 43 f.
S. 92	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 10
S. 93 f.	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 90

S. 94	Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“	LW 9	S. 104
S. 95	Marx, Brief an Engels	MEW 29	S. 47
S. 106	Lenin, „Die Lehren des Moskauer Aufstands“	LW 11	S. 159 f.
S. 109	Stalin, „Über die gegenwärtige Lage“	SW 1	S. 210
S. 111	Lenin, „Über den Boykott“	LW 11	S. 128
S. 111	Lenin, „Gegen den Boykott“	LW 13	S. 7
S. 112	Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“	LW 31	S. 20
S. 112	Lenin, „Über den Boykott“	LW 11	S. 127
S. 112	Lenin, „Über den Boykott“	LW 11	S. 131
S. 115	Stalin, „Der Londoner Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands“	SW 2	S. 43
S. 115	Stalin, „Der Londoner Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands“	SW 2	S. 45
S. 117	Lenin, „Ein Vortrag über die Revolution von 1905“	LW 23	S. 257
S. 122	Lenin, „Die politischen Parteien in Russland“	LW 18	S. 39
S. 125	Lenin, „Wie kann der Pro-Kopf-Verbrauch in Russland gesteigert werden?“	LW 19	S. 282
S. 128 f.	Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“	LW 14	S. 9
S. 129	Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“	LW 14	S. 10
S. 130	Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“	LW 14	S. 334
S. 130	Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“	LW 14	S. 362
S. 130	Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“	LW 14	S. 350

S. 130	Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus“	LW 14	S. 363
S. 130	Lenin, „Materialismus und Empiriokritizismus“	LW 14	S. 363
S. 130	Lenin, „Zur Frage der Dialektik“	LW 38	S. 344
S. 131 f.	Marx, „Das Kapital“, Erster Band	MEW 23	S. 27
S. 132	Engels, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“	MEW 21	S. 281 S. 283
S. 133 f.	Engels, „Dialektik der Natur“	MEW 20	S. 320
S. 134	Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dührung)“	MEW 20	S. 22
S. 134 f.	Engels, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“	MEW 19	S. 205
S. 135	Engels, „Dialektik der Natur“	MEW 20	S. 350 f.
S. 135 f.	Engels, „Dialektik der Natur“	MEW 20	S. 351
S. 136	Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dührung)“	MEW 20	S. 42
S. 136	Lenin, „Konspekt zu Hegels ‚Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie‘“	LW 38	S. 240
S. 137	Lenin, „Zur Frage der Dialektik“	LW 38	S. 339
S. 140	Engels, „Dialektik der Natur“	MEW 20	S. 469
S. 140	Lenin, „Konspekt zu Lassalles Buch ‚Die Philosophie Herakleitos des Dunklen von Ephesos‘“	LW 38	S. 331
S. 140	Engels, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“	MEW 21	S. 275
S. 141	Engels, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“	MEW 21	S. 277 f.
S. 141	Marx/Engels, „Die heilige Familie“	MEW 2	S. 136

S. 141	Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“	LW 14	S. 329
S. 141	Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“	LW 14	S. 141 S. 142
S. 141	Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“	LW 14	S. 358
S. 141	Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“	LW 14	S. 147
S. 142	Engels, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“	MEW 21	S. 276
S. 143	Lenin, „Materialismus und Empirio-kritizismus“	LW 14	S. 120
S. 145	Marx, „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“	MEW 13	S. 9
S. 147	Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“	MEW 1	S. 385
S. 151 f.	Marx, „Lohnarbeit und Kapital“	MEW 6	S. 407
S. 160	Marx, „Das Kapital“, Erster Band	MEW 23	S. 194 f.
S. 160 f.	Marx, „Das Elend der Philosophie“	MEW 4	S. 130
S. 161	Marx, „Das Elend der Philosophie“	MEW 4	S. 130
S. 161	Engels, Vorwort zum „Manifest der Kommunistischen Partei“, 1883	MEW 21	S. 3
S. 163	Marx, „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“	MEW 13	S. 8
S. 164	Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“	MEW 4	S. 482
S. 164	Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“	MEW 4	S. 481
S. 164	Marx, „Das Kapital“, Erster Band	MEW 23	S. 779
S. 165 f.	Marx, „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“	MEW 13	S. 8 f.
S. 168	Lenin, „Politische Notizen“	LW 13	S. 552
S. 168	Stalin, „Der XV. Parteitag der KPdSU(B)“	SW 10	S. 322
S. 171	Lenin, „Über die Schamröte des Juduschka Trotzki“	LW 17	S. 29

S. 171	Lenin, „An die Redaktion der Zeitung ‚Sozial-Demokrat‘“	LW 34	S. 392 f.
S. 172	Stalin, „Über die Industrialisierung des Landes und über die rechte Abweichung in der KPdSU(B)“	SW 11	S. 250
S. 173 f.	Stalin, „Brief an das ZK der Partei aus der Solwytshogodsker Verbannung“	SW 2	S. 189
S. 179	Lenin, „An A. M. Gorki“	LW 35	S. 1
S. 179	Stalin, „Der XV. Parteitag der KPdSU(B)“	SW 10	S. 313
S. 181	Lenin, „Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution“	LW 33	S. 38
S. 184	Stalin, „In Gang gekommen! ...“	SW 2	S. 217
S. 185	Lenin, „Der revolutionäre Aufschwung“	LW 18	S. 91
S. 194	Stalin, „An die ‚Prawda‘“	SW 5	S. 112
S. 194 f.	Stalin, „Wählerauftrag der Petersburger Arbeiter an ihren Arbeiterdeputierten“	SW 2	S. 229
S. 208	Lenin, „Ein erster Schritt“	LW 21	S. 389
S. 212	Lenin, „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“	LW 21	S. 345 f.
S. 212	Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“	LW 23	S. 74
S. 221	Lenin, „Briefe aus der Ferne“	LW 23	S. 324
S. 221	Lenin, „Briefe aus der Ferne“	LW 23	S. 311
S. 223	Lenin, „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“	LW 24	S. 41
S. 224	Lenin, „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“	LW 24	S. 46
S. 228	Lenin, „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“	LW 24	S. 4
S. 230	Lenin, „Briefe über die Taktik“	LW 24	S. 26

S. 231 f.	Lenin, „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“	LW 24	S. 4
S. 232	Lenin, „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“	LW 24	S. 5
S. 232	Lenin, „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“	LW 24	S. 4
S. 232	Lenin, „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“	LW 24	S. 5
S. 236	Lenin, „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“	LW 24	S. 4
S. 236	Lenin, „Krise der Macht“	LW 24	S. 328
S. 236	Lenin, „Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz)“	LW 24	S. 266
S. 238 f.	Lenin, „Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz)“	LW 24	S. 295 f.
S. 241	Stalin, „Gegen zersplitterte Demonstrationen“	SW 3	S. 82
S. 246	Stalin, „Reden auf dem VI. Parteitag der SDAPR (Bolschewiki)“	SW 3	S. 164
S. 246	Stalin, „Reden auf dem VI. Parteitag der SDAPR (Bolschewiki)“	SW 3	S. 172 S. 173
S. 254	Stalin, „Wer braucht das Vorparlament?“	SW 3	S. 344
S. 255	Lenin, „Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen“	LW 26	S. 1
S. 255 f.	Lenin, „Sitzung des Zentralkomitees der SDAPR(B)“	LW 26	S. 178
S. 258	Lenin, „Brief an das Zentralkomitee der SDAPR(B)“	LW 26	S. 213 f.

S. 260	Lenin, „Zweiter Gesamtrussischer Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“	LW 26	S. 237
S. 261	Lenin, „Zweiter Gesamtrussischer Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“	LW 26	S. 241
S. 261	Lenin, „Zweiter Gesamtrussischer Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“	LW 26	S. 242
S. 261	Lenin, „Zweiter Gesamtrussischer Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“	LW 26	S. 249
S. 271	Lenin, „Eine ernste Lehre und eine ernste Verantwortung“	LW 27	S. 65
S. 271	Lenin, „Seltsames und Ungeheuerliches“	LW 27	S. 52
S. 272	Lenin, „Siebenter Parteitag der KPR(B)“	LW 27	S. 84
S. 273	Lenin, „Ein unglückseliger Frieden“	LW 27	S. 36
S. 276	Lenin, „Rede auf dem I. Kongress der Volkswirtschaftsräte“	LW 27	S. 412
S. 277	Lenin, „Entwurf eines Telegramms an die Petrograder Arbeiter“	LW 27	S. 384
S. 277	Lenin, „IV. Konferenz der Gewerkschaften und Betriebskomitees Moskaus“	LW 27	S. 472
S. 287	Lenin, „Schreiben an die gemeinsame Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Moskauer Sowjets mit Vertretern der Betriebskomitees und der Gewerkschaften“	LW 28	S. 92
S. 292	Lenin, „Wertvolle Eingeständnisse Pitirim Sorokins“	LW 28	S. 186 f.
S. 294	Stalin, „Aus der Rede zur militärischen Frage auf dem VIII. Parteitag der KPR(B)“	SW 4	S. 221

S. 297	Lenin, „Alle zum Kampf gegen Denikin“	LW 29	S. 426
S. 300	Lenin, „An G. M. Krshishanowski“	LW 35	S. 412
S. 306	Lenin, „IX. Parteitag der KPR(B)“	LW 30	S. 438
S. 306	Lenin, „Rede auf der II. Gesamtrussischen Konferenz der verantwortlichen Organisatoren für die Arbeit auf dem Lande“	LW 31	S. 166
S. 307	Lenin, „Rede auf dem Verbandstag der Arbeiter und Angestellten der Lederindustrie“	LW 31	S. 300
S. 317 f.	Lenin, „X. Parteitag der KPR(B)“	LW 32	S. 245
S. 318	Lenin, „X. Parteitag der KPR(B)“	LW 32	S. 245 f.
S. 319	Lenin, „X. Parteitag der KPR(B)“	LW 32	S. 246
S. 319	Lenin, „X. Parteitag der KPR(B)“	LW 32	S. 246 f.
S. 321	Lenin, „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“	LW 33	S. 407 f.
S. 323	Lenin, „Über die Parteireinigung“	LW 33	S. 21
S. 324	Lenin, „XI. Parteitag der KPR(B)“	LW 33	S. 266
S. 326	Lenin, „Rede in der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets“	LW 33	S. 429
S. 329	Stalin, „Der XII. Parteitag der KPR(B)“	SW 5	S. 195
S. 333	Stalin, „Trotzkismus oder Leninismus“	SW 6	S. 319
S. 334	Stalin, „Zur Frage des Proletariats und der Bauernschaft“	SW 7	S. 28
S. 335 f.	Stalin, „Zum Tode Lenins“	SW 6	S. 41–46
S. 344	Stalin, „Der XIV. Parteitag der KPdSU(B)“	SW 7	S. 308
S. 345 f.	Stalin, „Der XIV. Parteitag der KPdSU(B)“	SW 7	S. 292 f.
S. 347	Stalin, „Zu den Fragen des Leninismus“	SW 8	S. 81
S. 352	Stalin, „Die Revolution in China und die Aufgaben der Komintern“	SW 9	S. 270

S. 358	Lenin, „Rede auf der I. Gesamtrussischen Konferenz über die Parteiarbeit auf dem Lande“	LW 30	S. 133
S. 358	Lenin, „Erster Gesamtrussischer Kongress der Bauerndeputierten“	LW 24	S. 507
S. 358	Lenin, „Referat über die Naturalsteuer in der Versammlung der Sekretäre und verantwortlichen Vertreter der Zellen der KPR(B) der Stadt und des Gouvernements Moskau“	LW 32	S. 296
S. 358 f.	Lenin, „Rede auf dem I. Kongress der landwirtschaftlichen Kommunen und Artels“	LW 30	S. 181 f.
S. 359	Stalin, „Der XV. Parteitag der KPdSU(B)“	SW 10	S. 260
S. 359 f.	Stalin, „Der XV. Parteitag der KPdSU(B)“	SW 10	S. 265
S. 367	Stalin, „Über die rechte Gefahr in der KPdSU(B)“	SW 11	S. 205
S. 369	Stalin, „Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans“	SW 13	S. 155
S. 370	Stalin, „Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU(B)“	SW 12	S. 276
S. 371 f.	Stalin, „Das Jahr des großen Umschwungs“	SW 12	S. 113
S. 372	Stalin, „Das Jahr des großen Umschwungs“	SW 12	S. 117
S. 377	Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“	SW 13	S. 261
S. 381	Stalin, „Das Jahr des großen Umschwungs“	SW 12	S. 117 f.
S. 387	Stalin, „Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU(B)“	SW 12	S. 300

S. 387	Stalin, „Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU(B)“	SW 12	S. 233
S. 388	Stalin, „Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU(B)“	SW 12	S. 240
S. 391 f.	Stalin, „Über die Aufgaben der Wirtschaftler“	SW 13	S. 35–38
S. 396	Stalin, „Rede auf dem ersten Unionskongress der Stoßarbeiter der Kollektivwirtschaften“	SW 13	S. 216
S. 397	Stalin, „Rede auf dem ersten Unionskongress der Stoßarbeiter der Kollektivwirtschaften“	SW 13	S. 223
S. 399	Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“	SW 13	S. 273
S. 400	Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“	SW 13	S. 275 f.
S. 401	Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“	SW 13	S. 321
S. 402	Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“	SW 13	S. 332 f.
S. 402 f.	Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“	SW 13	S. 334
S. 420	Stalin, „Rede im Kremlpalast vor den Absolventen der Akademien der Roten Armee“	SW 14	S. 27 f. S. 29
S. 421 f.	Stalin, „Rede auf der ersten Unionsberatung der Stachanowleute“	SW 14	S. 31 f. S. 33
S. 422 f.	Stalin, „Rede auf der ersten Unionsberatung der Stachanowleute“	SW 14	S. 34 f.

S. 425	Stalin, „Rede auf der ersten Unionsberatung der Stachanowleute“	SW 14	S. 38
S. 437 f.	Stalin, „Rede in der Wählerversammlung des Stalin-Wahlbezirks der Stadt Moskau“	SW 14	S. 165
S. 439 ff.	Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“	SW 6	S. 149 f.
S. 443	Engels, „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891“	MEW 22	S. 235
S. 445	Engels, Brief an F. A. Sorge	MEW 36	S. 578
S. 446	Lenin, „Briefe über die Taktik“	LW 24	S. 25 S. 27
S. 447	Lenin, „VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongress“	LW 31	S. 517
S. 448	Lenin, „Über den Kampf innerhalb der Italienischen Sozialistischen Partei“	LW 21	S. 378 f.
S. 448 f.	Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“	SW 6	S. 163
S. 449	Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“	LW 31	S. 42
S. 450	Lenin, „XI. Parteitag der KPR(B)“	LW 33	S. 297
S. 450	Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“	LW 31	S. 9

Nachwort

Probleme einer zu euphorischen Einschätzung des siegreichen Sozialismus

Die Debatte in der KPdSU(B) über die Frage der Fortsetzung des Klassenkampfes im Sozialismus, der Festigung der Diktatur der Arbeiterklasse und der sozialistischen Demokratie unter den Bedingungen der ökonomischen Liquidierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und damit der Ausbeutung überhaupt, wurde im Jahre 1936/37 erneut aufgenommen.

Diese Diskussion soll angesichts einiger nicht als Übersetzungsprobleme zu behandelnder Formulierungen im 11. und 12. Kapitel der „Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang“ (deren Darstellung mit dem Dezember 1937 endet) kurz angerissen werden.

Zunächst muss jedoch hervorgehoben werden, dass der „Kurze Lehrgang“ - kurz nachdem im Zusammenhang mit dem XVII. Parteitag 1934 vom „Sieg des Sozialismus“ die Rede ist, der „die Arbeiter und Bauern endgültig vom Joch der Ausbeutung befreite“ (S. 399) - sehr deutlich die noch bestehenden Gefahren der Restauration des Kapitalismus aufgezeigt hat, die in der bürgerlichen Ideologie ihren Ursprung haben:

„Die Überreste des Kapitalismus im Wirtschaftsleben und besonders im Bewusstsein der Menschen sind ein günstiger Boden für das Aufleben der Ideologie der geschlagenen antileninistischen Gruppen. Das Bewusstsein der Menschen bleibt in seiner Entwicklung hinter ihrer ökonomischen Lage zurück. Deshalb erhalten sich die Überreste bürgerlicher Auffassungen in den Köpfen der Menschen und werden sich noch weiter erhalten, obwohl der Kapitalismus in der Wirtschaft schon beseitigt ist. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die kapitalistische Umkreisung, gegen die man das Pulver trocken halten muss, bestrebt ist, diese Überreste zu beleben und zu unterstützen.“ („Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang“, S. 401).

Problematisch sind jedoch besonders einige Passagen in der „Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang“, in denen von einem „endgültigen Sieg“ im Sinne eines quasi „unumkehrbaren“ Siegs des Sozialismus ausgegangen wird, von einer „Liquidierung“ der „letzten Quellen einer Restauration des Kapitalismus“.

So heißt es im 11. Kapitel, dass durch die Revolution der Millionenmassen der Bauern für die durchgängige Kollektivierung, die zugleich Vernichtung des Kulakentums als Klasse bedeutete, in der Sowjetunion „die letzten Quellen einer Restauration des Kapitalismus zerstört“ wurden (S. 380) - was im ökonomischen Kontext stimmt. Und im 12. Kapitel wird davon gesprochen: „Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen war für immer beseitigt“ (S. 427). Damit wurde die große Gefahr einer möglichen Unterhöhnung und Zerstörung des Sozialismus durch revisionistische, konterrevolutionäre Kräfte innerhalb des Sowjetlandes nicht ausreichend bewusst gemacht.

Angesicht des Verschwindens der alten Ausbeuterklassen kamen damals auch in den Reihen der KPdSU(B) Stimmen auf, die behaupteten, jetzt gäbe es ja niemanden mehr zu unterdrücken, folglich könne auch die Diktatur der Arbeiterklasse wegfallen und einem Staat aller Werktätigen weichen. Stalin erwiderte im Bericht über den Verfassungsentwurf der UdSSR Ende 1936 dagegen:

„Ich muss zugeben, dass der Entwurf der neuen Verfassung tatsächlich das Regime der Diktatur der Arbeiterklasse aufrechterhält, ebenso wie er die jetzige führende Stellung der Kommunistischen Partei der UdSSR unverändert beibehält. (Stürmischer Beifall). Wenn die verehrten Kritiker dies für einen Mangel des Verfassungsentwurfs halten, so kann man dies nur bedauern.“ (Stalin, „Über den Entwurf der Verfassung der Union der SSR“, Bericht auf dem Außerordentlichen VIII. Sowjetkongress der UdSSR, 25. November 1936, Werke Band 14, S. 77)

Stalin wies auch im weiteren Verlauf der Diskussion in seinem Ende 1937 veröffentlichten - im „Kurzen Lehrgang“ noch nicht berücksichtigten - Referat „Über die Mängel der Parteiarbeit“ darauf hin, dass die großen Erfolge nicht zur Selbstzufriedenheit, politischen Sorglosigkeit und mangelnden Wachsamkeit führen dürften. Denn die - auch nach Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse - immer noch innerhalb des Sowjetlands existierenden Klassenfeinde würden nicht in dem Maße, wie die revolutionären Kräfte wachsen, immer zahmer werden:

„Es ist notwendig, die faule Theorie zu zerschlagen und beiseite zu werfen, dass der Klassenkampf bei uns mit jedem Schritt unseres Vormarsches mehr und mehr erlöschen müsse, dass der Klassenfeind in dem Maße, wie wir Erfolge erzielen, immer zahmer werde.“

Das ist nicht nur eine faule Theorie, sondern auch eine gefährliche Theorie, denn sie schläfert unsere Leute ein, lockt sie in die Falle, während sie

dem Klassenfeind die Möglichkeit gibt, für den Kampf gegen die Sowjetmacht Kräfte zu sammeln.

Im Gegenteil, je weiter wir vorwärts schreiten, je mehr Erfolge wir erzielen werden, umso größer wird die Wut der Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklassen werden, umso eher werden sie zu schärferen Kampfformen übergehen, umso mehr Niederträchtigkeiten werden sie gegen den Sowjetstaat begehen, umso mehr werden sie zu den verzweifeltsten Kampfmitteln greifen, als den letzten Mitteln zum Untergang Verurteilter.

Man muss im Auge behalten, dass die Reste der zerschlagenen Klassen in der UdSSR nicht allein dastehen. Sie genießen die direkte Unterstützung unserer Feinde jenseits der Grenzen der UdSSR. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, dass die Sphäre des Klassenkampfes sich auf das Gebiet der UdSSR beschränke. Spielt sich der Klassenkampf mit einem Ende innerhalb der UdSSR ab, so reicht das andere Ende in das Gebiet der uns umgebenden bürgerlichen Staaten.“ (Stalin, „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppeltzüngler“, Referat und Schlusswort auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B), 3. und 5. März 1937, Werke Band 14, S. 136).

Durch das bewusste und planmäßige Vorwärtsschreiten des Proletariats und der anderen Werktätigen musste der Klassenkampf also fortgesetzt und verschärft werden. Aber nicht nur gegen die Überreste der als Klasse vernichteten Bourgeoisie war der Klassenkampf zu führen, sondern vor allem auch gegen jene konterrevolutionären Kräfte, die sich mit dem Parteibuch tarnten und mitten in der KPdSU(B) saßen, wie Stalin in seinem Referat an anderer Stelle hervorhebt, und von dort aus die Diktatur des Proletariats stürzen und eine Restauration des Kapitalismus herbeiführen wollten.

Wir müssen klar machen, dass lediglich in einer Hinsicht der Aufbau des Sozialismus in der Tat ein unumstößlicher, endgültiger, vollständiger Sieg war, der durch nichts aus der Welt geschafft werden kann: In der Praxis wurde in der UdSSR unumstößlich bewiesen, dass mit der Waffe der Diktatur des Proletariats und mit revolutionärer Wachsamkeit der Sozialismus in einem Land aufgebaut werden kann. Diese große historische Erfahrung kann niemand und nichts mehr „beseitigen“.

Allerdings: Der reale Sozialismus in der Sowjetunion konnte dennoch beseitigt werden und wurde in der Tat seit Mitte der 50er Jahre systematisch durch die dann in der Sowjetunion in Partei und Staat herrschenden Revisionisten zerstört.

Die Gefahr der Restauration des Kapitalismus wurde unterschätzt!

Anmerkungen zu Problemen der deutschen Übersetzung

Bei genauerem Studium der „Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang“ fallen einige problematische Formulierungen auf, die mit der deutschen Übersetzung der russischen Originalausgabe von 1938 zusammenhängen und im russischen Original eindeutig anders lauten.

- 1) Der wohl gravierendste Übersetzungsfehler betrifft die Charakterisierung der Theorie zur Frage von Krieg und Revolution, die Lenin im Zusammenhang mit dem ersten imperialistischen Weltkrieg entwickelte. In der deutschen Ausgabe steht falsch:

*„Das war eine **neue**, eine abgeschlossene Theorie der sozialistischen Revolution, eine Theorie von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einzelnen Ländern“ (S. 213).*

Die Bezeichnung im russischen Original für „abgeschlossen“ hat nicht die Bedeutung von „unveränderbar“, dafür würde man ein anderes Wort verwenden.¹

Den Marxismus bzw. Leninismus als „abgeschlossene Theorie“ zu bezeichnen, widerspricht dem Wesen der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus fundamental, die keine unveränderliche, ein für alle mal abgeschlossene Dogmenlehre ist, die für alle Situationen und Epochen, für alle Fragen fertige Lösungen liefert. Dies hat Lenin mehrmals hervorgehoben, so wie er in seinem Artikel „Unser Programm“ schreibt:

*„Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, dass sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln **müssen**, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen.“ (Lenin, „Unser Programm“, 1899, Werke Band 4, S. 205/206)*

Richtig wäre die Formulierung: „Das war eine neue, in sich geschlossene Theorie der sozialistischen Revolution“. Das ist die treffende Charakterisierung

¹ Die Stelle im russischen Original (S. 163) lautet: «Это было новая, законченная теория социалистической революции...» das Wort законченная bedeutet abgeschlossen, vollendet; wollte man die Unveränderlichkeit ausdrücken, würde man das Adjektiv «совершенный» wählen.

der Theorie, wie sie Lenin etwa im Artikel „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ gleich anfangs formuliert hat:

„Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen“ (Lenin, „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“, März 1913, Werke Band 19, S. 3).²

2) Die Charakteristik des Zarismus heißt bei wörtlicher Übersetzung des russischen Originals:

„Die Revolution enthüllte, dass der Zarismus der geschworene Feind des Volkes war, dass er so verwachsen ist, dass nur der Tod ihn beseitigen kann.“

Die allzu freie Übersetzung in der vorliegenden deutschen Ausgabe lautet:

„... dass der Zarismus jenem Buckligen glich, den nur der Tod grad machen kann.“ (S. 118).

Das als Übersetzung verwendete deutsche Sprichwort vom „Buckligen, den nur der Tod grad machen kann“ ist mehr als problematisch, da dies traditionell in Deutschland auch zur Diskriminierung körperlich behinderter Menschen dient.³

3) Was im russischen Original unmissverständlich: „Kampf um die Truppe“ heißt⁴, kann selbstverständlich nicht in der deutschen Übersetzung „Kampf um die Wehrmacht“ (S. 220) heißen.

4) Dass die „Rote Armee ... in den Kämpfen gegen die Feinde“, wie es im russischen Original heißt, „hart und erwachsen“ wurde⁵, ist dann doch allzu frei und nicht ohne ideologische Gefahren in der deutschen Ausgabe mit „stählerne Härte und männliche Kraft“ übersetzt worden (S. 286).

5) In diesem Zusammenhang soll auch darauf hingewiesen werden, dass sprachlich, im Russischen wie im Deutschen, ein Problem existiert, angemessen auf die Macht der Gewohnheit zu reagieren, dass männliche Begriffe gleichzeitig als Oberbegriffe für Männer wie für Frauen verwendet werden. So der Begriff „Arbeiter“ (z. B. S. 75: „70.000 Arbeiter, darunter viele Frauen“) oder bei Marx die „weiblichen Arbeiter“, aber auch Metaphern wie „Verbrüderung“ (z. B. S. 220: „Arbeiterinnen, die sich ... mit (Soldaten A. d. V.) verbrüdernten“). So

² Lenin formulierte in dieser Schrift in diesem Sinne deutlicher (S. 3): «Оно полно и стройно, ...»

³ die Stelle im Original (S. 90): «... что царизм является тем горбатым. Которого может исправить только могила.»

⁴ die Stelle im Original (S. 169): «Борьба за войско»

⁵ Die Stelle im Original (S. 219) «В боях с врагами закалялась и мужала молодая Красная армия.»

eben auch Begriffe „wie ein Mann“ (S. 306), wobei es im russischen Original zuweilen jedoch eindeutig heißt, dass es um „Menschen“, also nicht um Männer allein geht (siehe S. 287).⁶

Nicht korrekt ist in dieser Hinsicht die deutsche Übersetzung, die lautet, dass die Wähler „vollzählig wie *ein* Mann zur Wahl“ gehen (S. 437), während es im russischen Original heißt, dass die Wähler „geschlossen zur Wahl“ erscheinen.⁷

6) Als letzter Punkt sei erwähnt, dass der im russischen Original verwendete Begriff „Selbstlosigkeit“⁸ zur Charakterisierung des Kampfes der Rotarmisten gegen die imperialistischen Eindringlinge mit dem deutschen Wort „Selbstverleugnung“ übersetzt wurde (S. 305), was bei genauem Hinsehen dann doch einen wesentlich anderen Sinn ergibt.

Der Verlag, August 2012

⁶ Die Stelle im Original (S. 219): «человек»

⁷ Die Stelle im Original (S. 335): «как один»

⁸ Die Stelle im Original (S. 234): «самоотверженность»

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlags Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**



Olga Benario, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der

Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

Herbert Baum, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die antikommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisation einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus

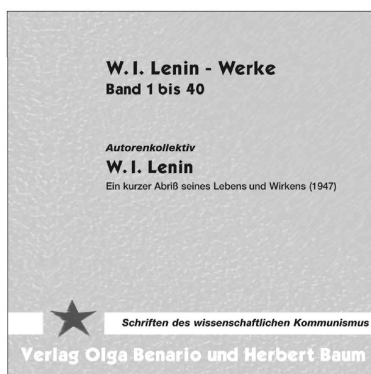


Die DVD enthält die Bände 1 bis 43 der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels, beide Verzeichnisbände sowie zwei Sachregister.

ISBN 978-3-86589-090-0, 18 €

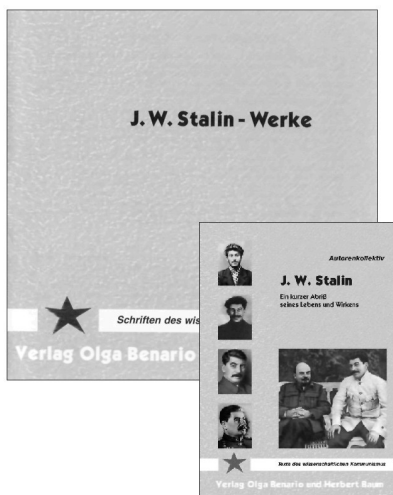
Die DVD enthält neben den Bänden 1 bis 40 der Werke W. I. Lenins beide Ergänzungs- und beide Registerbände sowie die in den 1940er Jahren in der sozialistischen Sowjetunion entstandene Biographie Lenins.

ISBN 978-3-86589-083-2, 18 €



Die CD enthält die Bände Band 1 bis 13 der Werke J. W. Stalins sowie dessen Schriften von 1934 bis 1952, einschließlich der „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“.

ISBN 978-3-932636-72-1, 10 €



Buch „J. W. Stalin – Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens“ (340 Seiten) inklusive Werke-CD

ISBN 978-3-932636-73-8, 22 €

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus

Karl Marx/Friedrich Engels

Manifest der Kommunistischen Partei (1848)

92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-00-7

Karl Marx

Kritik des Gothaer Programms (1875)

96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-01-5

W. I. Lenin

Staat und Revolution (1917)

159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-02-3

J. W. Stalin

Über die Grundlagen des Leninismus (1924)

137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-03-1

W. I. Lenin

Was tun? (1902)

276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 3-932636-04-X

J. W. Stalin

Über dialektischen und historischen Materialismus (1938)

45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €, ISBN 3-932636-05-8

W. I. Lenin

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916)

Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916)

185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €, ISBN 3-932636-36-8

W. I. Lenin

Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (1904)

242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €, ISBN 978-3-86589-042-9

W. I. Lenin

Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution (1905)

192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €, ISBN 978-3-86589-043-6

W. I. Lenin

Materialismus und Empiriokritizismus (1908)

410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €, ISBN 978-3-86589-050-4

Karl Marx / Friedrich Engels: **Ausgewählte Werke in zwei Bänden**

Band I: 1848 – 1874

650 Seiten, 25 €, Offenbach 2004, ISBN 3-86589-001-6

Band II: 1875 – 1894

504 Seiten, 25 €, Offenbach 2004, ISBN 3-86589-002-4

W. I. Lenin: **Ausgewählte Werke in zwei Bänden**

Band I: 1884 – 1917

916 Seiten, 30 €, Offenbach 2004, ISBN 3-932636-93-7

Band II: 1917 – 1923

1037 Seiten, 30 €, Offenbach 2004, ISBN 3-932636-94-5

**Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus
in anderen Sprachen**

Karl Marx / Friedrich Engels

Manifest der Kommunistischen Partei (1848)

Türkisch:

Karl Marx / Friedrich Engels

Komünist Partisi Manifestosu

82 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 3-932636-06-6

Englisch:

Karl Marx / Frederick Engels

Manifesto of the Communist Party

83 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 3-932636-07-4

Französisch:

Karl Marx / Friedrich Engels

Manifeste du Parti Communiste

82 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 3-932636-08-2

Spanisch:

Carlos Marx / Federico Engels

Manifiesto del Partido Comunista

87 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 3-932636-09-0

Farsi:

کارل مارکس فریدریش انگلس

مانیفست حزب کمونیست

97 Seiten, Offenbach 1999, 4 € , ISBN 3-932636-10-4

Russisch:

**К. Маркс и Ф. Энгельс
Манифест Коммунистической Партии**

80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 3-932636-91-0

Russisch / Deutsch:

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-95-3

Serbokroatisch:

Karl Marx/Friedrich Engels

Manifest Komunističke Partije

168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-86589-000-8

Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus

Marx, Engels, Lenin, Stalin

Über den Partisanenkampf

188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-11-2

**Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919
Programm der Kommunistischen Internationale – 1928**

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 3-932636-19-8

Marx, Engels, Lenin, Stalin, Kl, Zetkin

Die kommunistische Revolution und die Befreiung der Frauen

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-18-X

Autorenkollektiv: **Lehrbuch der politischen Ökonomie** (1954)

J. W. Stalin: **Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR** (1952)

515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €, ISBN 3-932636-21-X

Autorenkollektiv

W. I. Lenin – Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens (1947)

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 3-932636-35-X

W. I. Lenin / J. W. Stalin

Hauptmerkmale der Partei neuen Typs

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €, ISBN 3-932636-22-8

W. I. Lenin / J. W. Stalin

Über die Arbeiteraristokratie

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €, ISBN 3-932636-23-6

Marx, Engels, Lenin, Stalin

Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-67-8

Autorenkollektiv

J. W. Stalin – Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €, ISBN 3-932636-65-1

Stalin Werke Band 1 bis 13

sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952, inklusive der "Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang"

CD-ROM, Offenbach 2003, 10 €, ISBN 3-932636-72-4

Stalin-Biographie inklusive Werke-CD: 22 €, ISBN 3-932636-73-2

M. Glasser / A. Primakowski / B. Jakowlew

Studieren – Propagieren – Organisieren (1948 / 1951)

Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €, ISBN 3-932636-20-1

Béla Fogarasi

Dialektische Logik – mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €, ISBN 3-932636-12-0

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow

Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland (1937 / 1949)

Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution

(Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917)

540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 3-932636-15-5

Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution

(Oktober 1917 bis November 1917)

750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 3-932636-16-3

Autorenkollektiv

Mao Tse-tung – seine Verdienste, seine Fehler

Band 1: 1926 – 1949

400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 3-932636-14-7

Band 2: 1950 – 1976

240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 3-86589-036-9

Autorenkollektiv

Zur „Polemik“ – Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 3-932636-70-8

Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen

den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten

Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der KP Indonesiens (PKI) von 1966/67
148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 3-86589-037-7

Autorenkollektiv

Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 3-86589-012-1

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv

Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 – ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)

in russischer Sprache: 106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 3-932636-47-3

in türkischer Sprache: 120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-9

in französischer Sprache: 176 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 3-86589-005-9

in italienischer Sprache: 108 Seiten, Offenbach 2006, 8 €, ISBN 978-3-86589-004-7

Dokumente und Analysen

Zur Geschichte Afghanistans – Ein Land im Würgegriff des Imperialismus

Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 3-932636-48-1

Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 3-932636-52-X

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Die Rote Fahne – Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933, Hardcover-Bände im Format DIN A3

Januar – März 1929, 1080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 3-86589-018-0

April – Juni 1929, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 3-86589-019-9

Juli – September 1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 3-86589-020-2

Oktober – Dezember 1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 3-86589-021-0

Januar – Februar 1933, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 3-86589-034-2

Autorenkollektiv

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-92-9

Autorenkollektiv

**Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und
das revolutionäre Programm der KPD (1918)**

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-74-0

Georgi Dimitroff

Gegen den Nazifaschismus

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 3-932636-25-2

Autorenkollektiv

1418 Tage – Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die
Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

220 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 3-86589-035-0

Autorenkollektiv: **Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum** (1943)

Alfred Klahr: **Gegen den deutschen Chauvinismus** (1944)

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 3-932636-13-9

Autorenkollektiv

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-34-1

Gudrun Fischer

„Unser Land spie uns aus“

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-3

Freies Deutschland – Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration

erschienen in Mexiko von November 1941 bis Juni 1946

Band 1: Nov. 1941 – Okt. 1942, 440 Seiten, 30 €, ISBN 3-932636-96-1

Band 2: Nov. 1942 – Nov. 1943, 460 Seiten, 30 €, ISBN 3-932636-97-X

Band 3: Dez. 1943 – Nov. 1944, 480 Seiten, 30 €, ISBN 3-932636-98-8

Band 4: Dez. 1944 – Juni 1946, 660 Seiten, 35 €, ISBN 3-932636-99-6

Internationale Hefte der Widerstandsbewegung (1959 – 1963)

Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

Band 1: Heft 1 – 4 (1959 – 60), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 3-932636-49-X

Band 2: Heft 5 – 10 (1961 – 63), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 3-932636-50-3

Bd. 1 & 2 in einem Band (Hardcover): 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 €, ISBN 3-932636-51-1

Das Potsdamer Abkommen (1945)

Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 €, ISBN 3-932636-24-4

Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald (1949)

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-0

Autorenkollektiv

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 €, ISBN 3-932636-38-4

Autorenkollektiv

10 Jahre „Deutsche Einheit“: **Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf**
Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 3-932636-37-6

Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe

A. Schapowalow

Auf dem Weg zum Marxismus

Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs

337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €, ISBN 3-932636-29-5

S. Mstislawski

Die Krähe ist ein Frühlingsvogel

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €, ISBN 3-932636-17-1

I. Popow

Als die Nacht verging

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €, ISBN 3-932636-30-9

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht

500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 3-932636-90-2

Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen

Band 1: 1919 – 1924

416 Seiten, Offenbach 1998, 30 €, ISBN 3-932636-27-9

Hardcover: Offenbach 1998, 55 €, ISBN 3-932636-60-0

Band 2: 1925 – 1943

452 Seiten, Offenbach 1998, 35 €, ISBN 3-932636-28-7

Hardcover: Offenbach 1998, 60 €, ISBN 3-932636-61-9

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

Teil 1: 1898 – 1917

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-76-7
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-77-5

Teil 2: 1917 – 1924

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-82-1
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-83-X

Teil 3: 1924 – 1927

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-84-8
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-85-6

Teil 4: 1927 – 1932

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-86-4
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-87-2

Teil 5: 1932 – 1953

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-88-0
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-89-9

Zur internationalen Lage 1919 – 1952

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 3-932636-71-6
Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 3-932636-78-3

Dokumente der Internationalen Roten Hilfe und der Roten Hilfe Deutschlands

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 3-932636-66-X
Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 3-932636-81-3

Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 3-932636-32-5
Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 3-932636-59-7

Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 3-932636-31-7
Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 3-932636-58-9

Indien und die Revolution in Indien

262 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 3-86589-039-3
Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 3-86589-040-7

Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: 1956 – 1963

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 3-932636-44-9
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 3-932636-62-7

Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 3-932636-45-7
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 3-932636-63-5

Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 3-932636-46-5

Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 3-932636-64-3

Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albanien gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966

Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 3-932636-68-6

Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 3-932636-79-1

Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 3-932636-69-4

Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 3-932636-80-1

Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 3-932636-41-4

Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 3-932636-57-0

Materialien zur Gründung der SED (1945/46)

Band 1: Berichte und Protokolle

Die Parteitage der KPD, SPD und SED im April 1946

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 3-932636-40-6

Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 3-932636-53-8

Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage, herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 3-932636-39-2

Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 3-932636-54-6

Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei,

Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 3-932636-42-2

Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 3-932636-55-4

Band 4:

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)

Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)

Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)

Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 3-932636-43-0

Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 3-932636-56-2

Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-86589-003-2

Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 3-86589-008-3

Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Postfach 10 20 51, D-63020 Offenbach
www.verlag-benario-baum.de